

J A H R B U C H F Ü R W I R T S C H A F T S G E S C H I C H T E

1963 · T E I L I I

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
INSTITUT FÜR GESCHICHTE
ABTEILUNG WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), G. Bondi (DDR), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), A. Pesenti (Italien), T. Prager (Österreich), J. Purš (Tschechoslowakei), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

9
JAHRBUCH
FÜR
WIRTSCHAFTS
GESCHICHTE

10 1963 · TEIL II

2710



11 AKADEMIE-VERLAG · BERLIN DDR

1963

Redaktionsschluß: 31. 12. 1962

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH Berlin W8, Leipziger Straße 3-4

Copyright 1963 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/136/63

Gesamtherstellung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 1996

Bestellnummer: 2103/63/2 · ES 5 B 2 · 14 D · Preis 20,- DM



Inhalt

Zu diesem Band 7

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

BERTHOLD PUCHERT/HANS RADANDT

Walter Ulbricht, Vorkämpfer der Betriebszellen der KPD, und die
Geschichte der Fabriken und Werke 11

Der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“
und einige Probleme der Wirtschaftsgeschichte 23-
38

SIEGFRIED RICHTER/ROLF SONNEMANN

Zur Problematik des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalis-
mus zum Imperialismus in Deutschland 39-
78

BRUNO WIDERA

Beginn und Umfang der deutschen Getreideausfuhr in die vormongol-
ische Rus 79-
102

DISKUSSIONEN

HELMUT KUBITSCHKE

Zu Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutsch-
land vor dem ersten Weltkrieg 103-
112

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

JÜRGEN KUCZYNSKI

Westdeutsche Unternehmensgeschichte über den Wiederaufbau der
Firmen in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg 143-
200

QUELLEN UND MATERIALIEN

BERTHOLD PUCHERT

Aus der Praxis der IG Farben in Auschwitz-Monowitz 203

Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850 (Fortsetzung) 211

RUDOLPH STRAUSS

Getreidepreise in Chemnitz (Fortsetzung) 212

Bierpreise in Chemnitz 230

LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

MANFRED NUSSBAUM

Die gegenwärtige westdeutsche Historiographie zur deutschen
Kolonialgeschichte 237

BERTHOLD PUCHERT

Neue wirtschaftshistorische Literatur aus der Volksrepublik Polen
(II. Teil) 246HANSISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN
REPUBLIKHansische Studien. Heinrich Sproemberg zum 70. Geburtstag (Erich
Donnert/Wolfgang Küttler) 255

Autorenverzeichnis 267

Zu diesem Band

Der vorliegende Band wird durch eine Studie eröffnet, die die Rolle des ersten Sekretärs der SED, des Genossen Walter Ulbricht, als Vorkämpfer der Betriebszellen der KPD würdigt. Wir freuen uns, diese Arbeit anlässlich des siebzigsten Geburtstages des Genossen Walter Ulbricht veröffentlichen zu können.

Die Beschlüsse des 16. Plenums der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und vor allem der auf diesem Plenum beschlossene „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ regten die Wirtschaftshistoriker der DDR an, die Schwerpunkte ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit zu überprüfen und führten auch zur Aufnahme neuer Forschungsthemen, um den Anforderungen, die die Partei an die Wirtschaftshistoriker stellt, im höchsten Maße zu entsprechen. Die vier Hauptzentren der wirtschaftshistorischen Forschung und Lehre in unserer Republik berichten über die wichtigsten Ergebnisse dieser Diskussionen.

Der Schwerpunkt der Monographien dieses Bandes liegt auf der Untersuchung des Monopolkapitalismus und speziell des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland. Die Behandlung dieser Fragen ist von erstrangiger Bedeutung in der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus im Weltmaßstab und im besonderen in Deutschland. Dieser Thematik sind vor allem die Studien von Richter/Sonnemann und Kubitschek zur Problematik der Herausbildung des Imperialismus in Deutschland bzw. zu den Tendenzen der staatsmonopolistischen Entwicklung vor dem ersten Weltkrieg gewidmet. Auch die Abteilung Geschichte der Fabriken und Werke steht mit einer Studie von Kuczynski über den apologetischen Charakter und die Methodik westdeutscher Unternehmensgeschichten im Zeichen der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus.

Monographien,
Studien und Referate

Diskussionen

Geschichte
der Fabriken und Werke

Walter Ulbricht, Vorkämpfer der Betriebszellen der KPD, und die Geschichte der Fabriken und Werke

VON BERTHOLD PUCHERT UND HANS RADANDT

„Als Lehre aus der Märzaktion 1921 und den nachfolgenden Arbeiterkämpfen entfaltete sich im Anschluß an den Parteitag in der Partei die Diskussion über die Verlagerung des Schwergewichts der Parteiorganisation von der Wohn- auf die Betriebszelle. Es ging darum, Lenins Losung: Jeder Betrieb soll unsere Burg sein! zu verwirklichen.“
(Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)

Die Abteilung Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften hat sich seit ihrer Begründung mit der „Geschichte der Fabriken und Werke“ in Deutschland beschäftigt. Kein Wissenschaftler in unserer Abteilung, der nicht an einer solchen Geschichte mitarbeitend oder zumindest mitberatend gewirkt hat. Zahlreiche Werks geschichten, die in den Betrieben von dort Beschäftigten verfaßt wurden, gingen vor der Veröffentlichung durch unsere Hände.

Wie vieles, das in diese Geschichten Eingang fand, verdanken wir den Genossen, die einst in den Betriebszellen arbeiteten! Wir erfuhren von dieser Arbeit durch mündliche Überlieferung von Veteranen, durch Betriebszellenzeitungen, durch Korrespondenzen in der Parteipresse und natürlich auch durch Berichte, die sich in den Archiven der Direktion oder der Polizei finden.

Ohne die berichtende Aktivität der Genossen in den Betriebszellen wäre unsere Überlieferung aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Werken und Fabriken unendlich viel ärmer.

Ganz speziell als Wirtschaftshistoriker wollen wir zum 70. Geburtstag unseres Genossen Walter Ulbricht, der heute auch durch seine führende Arbeit an dem großen Werk zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die Vergangenheit einen Motor auf dem Wege in die Zukunft werden läßt, an einem Beispiel schildern, wie Walter Ulbricht die deutschen Arbeiter lehrte, den Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu führen — diesen Kampf, der uns heute unerschöpfliche Quelle ist, Lehren aus der Vergangenheit zum Nutzen der Gegenwart zu ziehen.

Die Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftsgeschichte
am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie
der Wissenschaften zu Berlin

„Die Gründung der KPD auf dem Parteitag vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 war ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Sie entsprach den Bedürfnissen und Interessen der ganzen deutschen Arbeiterklasse und der Nation; denn die Führung durch die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist die Voraussetzung für die Lösung der geschichtlichen Aufgaben der Arbeiterklasse, für den Sturz der imperialistischen und militaristischen Volksfeinde und für die Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht.“¹ Dieser ihrer Aufgabe war sich die junge Kommunistische Partei Deutschlands von Anfang an bewußt. Sie grenzte sich ideologisch klar gegenüber den Führern der SPD ab und ging unter den schwierigsten Bedingungen daran, die Massen zur Verteidigung der Errungenschaften der Novemberrevolution zu organisieren und für ihre Ziele zu gewinnen. Hierbei machte sich unter anderem hemmend bemerkbar, daß das Organisationsprinzip nicht den Zielen und Aufgaben einer revolutionären Partei entsprach. Die KPD-Mitglieder waren zunächst in der traditionellen Form, in den Wohngebieten in Straßenzellen organisiert. Wenn dieses Organisationsprinzip in der KPD auch straffer und disziplinierter als in der SPD angewandt wurde, so blieb doch ein gewisser Widerspruch zwischen politischer Linie und Organisationsform bestehen. Für eine Partei wie die SPD, die ihr Ziel darin sah, bei Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften möglichst viele Stimmen zu erhalten, möglichst viele Abgeordnete in die Parlamente zu senden, die dort „konstruktive Arbeit“ leisten und eventuell einige Reformen erreichen sollten, war die Organisierung ihrer Mitglieder nach Wohngebieten und Wahlbezirken die geeignete Form. Für eine Partei dagegen, die den Sturz der herrschenden Kapitalistenklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats auf ihre Fahne geschrieben hat, können Wahlen und Parlamentssitze nicht die entscheidende Waffe sein. Um die Staatsmacht der Bourgeoisie, die auf ihrer Produktionsmacht, auf dem Eigentum an den Produktionsmitteln und der Ausbeutung der Arbeiterklasse beruht, stürzen zu können, mußte die KPD in erster Linie die Arbeitermassen in den Betrieben, vor allem in den Großbetrieben, gewinnen; sie mußte sie zum Klassenkampf organisieren und in Aktionen zur Durchsetzung miteinander verbundener ökonomischer und politischer Forderungen führen. Das Schwergewicht der Parteiarbeit mußte also vom Wohngebiet in die Betriebe verlagert werden, es mußten Parteiorganisationen in den Betrieben gebildet werden.

Daß dieses Organisationsprinzip Voraussetzung für den Erfolg des revolutionären Kampfes ist, hatten die Bolschewiki praktisch bewiesen, indem sie erstmalig in der Welt die proletarische Staatsmacht errichteten. Von Anfang an hatten sie ihre Arbeit auf die Betriebe konzentriert. Bereits im Jahre 1902, als die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands eben erst entstand, schrieb Lenin: Die Betriebszirkel „sind für uns besonders wichtig, liegt doch

¹ *Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, in: Einheit, Sonderheft, Berlin 1962, S. 103.

die ganze Hauptkraft der Bewegung darin, daß die Arbeiter der *Großbetriebe* organisiert sind, denn die großen Betriebe (und Fabriken) umfassen nicht nur zahlenmäßig, sondern noch viel mehr dem Einfluß, der Entwicklung, der Kampffähigkeit nach den ausschlaggebenden Teil der gesamten Arbeiterklasse. Jeder Betrieb muß unsere Festung sein.“² Im Jahre 1909, als nach der Niederlage der Revolution von 1905 die Festigung der Partei besonders wichtig war, betonte Lenin: „... vor allem Bildung von ‚nur aus Parteimitgliedern bestehenden, und sei es auch zahlenmäßig nicht starken Arbeiterkomitees in jedem Industriebetrieb‘ ...“³ Im Jahre 1913 schließlich, als erneut eine revolutionäre Situation in Rußland heranreifte, formulierte er in der Resolution der Beratung des Zentralkomitees mit Parteiarbeitern: „Die wichtigste unmittelbare Aufgabe auf dem Gebiet des Organisationsaufbaus besteht gegenwärtig darin, in allen Fabriken und Werken nur auf Parteibasis gebildete illegale Betriebskomitees zu schaffen, die sich aus den aktivsten Arbeitern zusammensetzen. Der gewaltige Aufschwung der Arbeiterbewegung schafft die Bedingungen, unter denen es in den weitaus meisten Orten möglich wird, wieder Betriebskomitees zu schaffen und die bestehenden Komitees auszubauen.“⁴ Die gleiche Lehre, daß die Kommunisten vor allem in den Betrieben fest organisiert sein und Masseneinfluß besitzen müssen, hatten aber auch die tragischen Erfahrungen in Italien, wo die Bourgeoisie im Jahre 1922 die faschistische Diktatur aufrichten konnte, dem internationalen Proletariat erteilt. Zwar hatte, angespornt durch das russische Beispiel, die Betriebsrätebewegung in Turin unter der Leitung Antonio Gramscis einen stürmischen Aufschwung genommen. Diese Betriebsräte waren „eine Bewegung sowjetischen Typs, die die bürgerliche Gesellschaft und die Macht der Bourgeoisie in ihren Grundlagen, direkt an der Stätte der Produktion, bedrohte“ (Togliatti)⁵, ihre Bildung verband Gramsci mit der Schaffung kommunistischer Zellen in den Betrieben, die die Betriebsräte leiten und zur Revolutionierung der Arbeiterbewegung führen sollten. Doch diese Verlagerung des politischen Kampfes in die Betriebe unter marxistisch-leninistischer Führung war im wesentlichen nur in Turin gelungen und noch keine gesamtitalienische Erscheinung geworden, so daß die blutjunge Kommunistische Partei Italiens⁶ im Jahre 1922 nicht stark genug war, die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Mussolini-Faschisten zu verhindern.⁷

² *Lenin, W. I.*, Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben, in: Werke, Bd 6, 4. Ausg., Berlin 1956, S. 235.

³ *Derselbe*, Auf den Weg, in: Sozial-Demokrat v. 28. 1. 1909, zit. nach: Werke, Bd 15, 4. Ausg., Berlin 1962, S. 353.

⁴ *Derselbe*, Werke, Bd 18, 4. Ausg., Berlin 1962, S. 450f.

⁵ *Togliatti, Palmiro*, Antonio Gramsci, ein Leben für die italienische Arbeiterklasse, Berlin 1954, S. 28.

⁶ Die KPI wurde erst im Januar 1921 gegründet.

⁷ Vgl. auch *Togliatti, Palmiro*, Trentacinque anni di lotte per la libertà e il socialismo, Rom 1956, S. 16–19.

Auch in Deutschland hatte sich gezeigt, daß der Masseneinfluß der KPD noch nicht stark genug war. Eine Ursache war, daß die Partei keine feste und dauerhafte organisatorische Verbindung zu den Betrieben besaß. Die Mehrheit der Arbeiter folgte noch den Reformisten. Wollte die KPD den hemmenden politischen Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie und der rechten SPD-Führer auf die Arbeitermassen überwinden, so mußte sie den politischen Kampf eng mit den ökonomischen Kämpfen der Arbeiter in den Betrieben verbinden. Um das konkret tun zu können, mußte sie das Schwergewicht der Parteiarbeit von den Wohngebieten in die Betriebe verlagern, mußte sie Betriebsparteiorganisationen bilden. Ehe sich diese Erkenntnis durchsetzte und in der ganzen Partei zur Tat wurde, waren viele zähe Auseinandersetzungen erforderlich, sowohl mit den opportunistischen Elementen, die damals in der Parteiführung saßen, wie auch mit manchen ehrlichen Mitgliedern und unteren Parteiorganisationen, die die Notwendigkeit der organisatorischen Umstellung der Partei nicht ein-sahen.

Es ist das Verdienst Walter Ulbrichts, in Deutschland „der energischste Vorkämpfer dieser neuen bolschewistischen Organisationsform der Partei“ (Becher)⁸ gewesen zu sein. Bereits in einem Aufsatz in der thüringischen „Neuen Zeitung“ vom 22. November 1922, in dem er die Beschlüsse des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale erläuterte, erklärte er: „Die mehr oder weniger feste Verankerung der Kommunistischen Partei in den Betrieben ist der Maßstab für die Aktionsfähigkeit der Partei“⁹, und er forderte: „Legt das Hauptgewicht der Parteiarbeit in die Betriebe!“¹⁰

Etwa ein halbes Jahr später, am 16. Mai 1923, referierte Walter Ulbricht in der Sitzung des Zentralausschusses der KPD über die Notwendigkeit, kommunistische Betriebszellen zu bilden. Daraufhin faßte der Zentralausschuß eine Resolution, in der vor allem die Verantwortung der leitenden Parteiorgane für die Errichtung kommunistischer Betriebszellen, ihre Arbeitsweise sowie ihr Zusammenwirken mit der Parteipresse festgelegt wurden.¹¹ Am gleichen Tage erschien im Zentralorgan der KPD ein Artikel von Walter Ulbricht, der das Leninwort „Jede Fabrik soll unsere Burg sein“ zum Titel hatte.¹² Gemeinsam mit Ernst Thälmann schuf Walter Ulbricht die feste Basis für die revolutionäre Kampfpartei, „deren Hauptorgane die Betriebszellen sind“¹³, „fest in den breiten Massen des Industrieproletariats verwurzelt“.¹⁴

⁸ *Becher, Johannes R.*, Walter Ulbricht, ein deutscher Arbeitersohn, Berlin 1958, S. 89.

⁹ Zit. nach: *Ulbricht, Walter*, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd 1, Berlin 1958, S. 72.

¹⁰ Ebenda, S. 73.

¹¹ *Referat und Resolution*, in: Die Rote Fahne, Nr 110, v. 17. 5. 1923.

¹² *Die Rote Fahne*, Nr 109, v. 16. 5. 1923, zit. nach: *Ulbricht, Walter*, Zu Fragen der Parteiarbeit, Berlin 1960, S. 12ff.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda.

Immer wieder wies Walter Ulbricht die Notwendigkeit nach, Betriebszellen zu schaffen. Dabei betonte er unter anderem, daß dies auch geboten wäre „in Hinsicht auf den zunehmenden Einfluß der Partei auf die Mittelschichten. Nur wenn auf Grund der Betriebszellenarbeit die aktivsten Industriearbeiter den entscheidenden Einfluß in der Partei haben, ist es möglich, eine Verbreitung des kleinbürgerlichen Einflusses in der KPD von vornherein zu unterbinden“.¹⁵

Er hob hervor, daß die Partei künftig nur über die Betriebszellen in der Lage sein würde, ihre Aufgaben zu erfüllen, wie zum Beispiel proletarische Betriebs-hundertschaften als Einheitsfrontorgane zu bilden, die Arbeiter schnell und intensiv zu beeinflussen und zu mobilisieren, die Zeitungspropaganda, den Schriftenvertrieb sowie die tägliche Information der Arbeiter über Tagesfragen zu fördern, Parteimitglieder aus den fortgeschrittensten Schichten des Industrieproletariats zu rekrutieren, eine bessere Kontrolle zu haben, wie die Genossen ihre täglichen Aufgaben erfüllen, und den Funktionärkörper vergrößern, die kommunistischen Betriebsratskandidaten besser auswählen und die Tätigkeit gewählter Betriebsräte besser kontrollieren zu können.

Walter Ulbricht vertrat nicht nur in Artikeln der Parteizeitungen oder in Reden auf Parteitag und Kongressen energisch und konsequent die Meinung: „die Betriebszellen sind die Grundeinheit der Partei“¹⁶, sondern er sprach vor allem auch in den Betrieben vor und mit den Arbeitern. Becher schreibt darüber:

„Walter Ulbricht nimmt jede Möglichkeit wahr, um in Betriebsversammlungen zu den Arbeitern zu sprechen und auf diese Weise die revolutionären Betriebsorganisationen zu festigen und zu stärken. Gerade solche Betriebe besucht er mit Vorliebe, wo die überwiegende Mehrheit aus sozialdemokratischen Arbeitern besteht und wo es den Kommunisten nicht gelingen will, sich mit ihrer Meinung durchzusetzen. Manchmal dauert es eine Weile, bis sich Walter Ulbricht Gehör verschaffen kann. Die Gewerkschaftsbürokraten in Berlin haben Anweisung gegeben, ihn nicht zu Wort kommen zu lassen, aber keinerlei Zwischenruf kann ihn aus der Ruhe bringen, und allmählich wird es still und stiller im Saal, denn seine Argumente lassen aufhorchen.

Nach einer jeden solchen Versammlung bespricht er die Lage mit den für diesen Betrieb politisch verantwortlichen Genossen und hält sie dazu an, ihm laufend über die Weiterführung der Arbeit Bericht zu erstatten. Er legt den größten Wert darauf, daß diese Berichte genau den Tatsachen entsprechen, und hat ein feines Unterscheidungsvermögen dafür, welche Genossen es mit der Wahrheit ernst nehmen und welche schönfärben und die Tatsachen ‚für oben‘ korrigieren.“¹⁷

¹⁵ *Die Rote Fahne*, Nr 179, v. 5. 8. 1923.

¹⁶ *Ulbricht, Walter*, Sofortiger Aufbau der Betriebszellen, Rede auf dem II. Parteitag der KPD in Frankfurt a. M., 7. bis 10. 4. 1924, in: *derselbe*, Zu Fragen der Parteiarbeit, a. a. O., S. 33.

¹⁷ *Becher, Johannes R.*, a. a. O., S. 87.

Bereits in seinem Artikel vom 16. Mai 1923 forderte Walter Ulbricht:

„In Verbindung mit der Betriebsarbeit wird notwendigerweise eine Umstellung der Parteipresse erfolgen. Obwohl die Arbeiter am stärksten unter den Einflüssen der Vorgänge im Betrieb stehen, wo in erster Linie und am unmittelbarsten der Kampf um die Lebensinteressen des Proletariats geführt wird, spiegelt die kommunistische Presse diese im Betrieb in Erscheinung tretenden Nöte der Arbeiter nicht wider. Der Betrieb ist der Ort, wo die nachhaltige Beeinflussung und Aktivierung der Arbeiter am ehesten möglich ist. Diese Tatsachen müssen die Partei veranlassen, in der Presse mehr auf die Vorgänge in den Betrieben einzugehen und weniger ‚hohe‘ Politik zu treiben. Die Berichterstattung über die Betriebsarbeit ist systematisch zu organisieren.“¹⁸

Bis zu diesem Zeitpunkt erschienen in der Parteipresse nur sehr sporadisch Artikel über Vorgänge in einzelnen Betrieben, oftmals nur aus Anlaß von Streiks oder Betriebsrätewahlen. Jetzt setzte langsam eine Änderung ein. Am 23. Juni 1923 erschien im Zentralorgan der KPD zum ersten Male eine halbe Seite unter einer graphisch gestalteten Kopfleiste, in welcher die Worte standen: „Jede Fabrik, jeder Betrieb muß unsere Burg sein“ und „Die Betriebszelle ist das Fundament der Parteiorganisation“. Unter der Kopfleiste stand als Sammelüberschrift: „Aus den Betrieben und aus den Werkstätten“¹⁹.

Bis zum 5. August 1923 einschließlich erschienen unter dieser Kopfleiste in unregelmäßigen Abständen außerdem noch in fünf Nummern des Zentralorgans auf je einer Viertelseite Berichte aus den Betrieben.²⁰ Berücksichtigen wir dabei, daß ein Teil des Platzes unter diesen Kopfleisten für zwei redaktionelle Artikel zur Anleitung der Betriebszellen in der Werbeweche für die Parteipresse²¹ und zur Erläuterung der Aufgaben eines Betriebszellenobmannes dienten²², dann war es noch recht wenig, was in dieser Zeit aus den Betrieben berichtet wurde. Das Bild ändert sich auch dadurch nicht, daß an einigen anderen Stellen der „Roten Fahne“, zum Beispiel unter der Rubrik „Gewerkschaftliches“, über Betriebe berichtet wurde. Das Neue nämlich, die Berichterstattung aus den Betrieben, welche die Genossen aus den Betriebszellen selbst vornehmen sollten, blieb zunächst noch unentwickelt. Das lag keineswegs daran, daß etwa noch keine arbeitsfähigen Betriebszellen vorhanden gewesen wären. Bereits während der Werbeweche zur Gewinnung neuer Parteimitglieder und neuer Abonnenten der Parteipresse Ende Juni 1923 berichtete „Die Rote Fahne“, daß die Werbung „in den meisten Betrieben im Gange ist. Die Resultate, die hierbei erzielt wurden, sind in vielen Betrieben

¹⁸ *Die Rote Fahne*, Nr 109, v. 16. 5. 1923, zit. nach: Ulbricht, Walter, Zu Fragen der Parteiarbeit, a. a. O., S. 17.

¹⁹ *Die Rote Fahne*, Nr 142, v. 23. 6. 1923.

²⁰ Ebenda, Nr 161, v. 15. 7. 1923; Nr 165, v. 20. 7. 1923; Nr 174, v. 31. 7. 1923; Nr 177, v. 3. 8. 1923; Nr 179, v. 5. 8. 1923.

²¹ Ebenda, Nr 142, v. 23. 6. 1923.

²² Ebenda, Nr 179, v. 5. 8. 1923.

sehr überraschend gute.“²³ Für gute Erfolge in der Werbung wurden von der „Roten Fahne“ einige Berliner Betriebszellen ausgezeichnet²⁴:

Betriebszelle	Zahl der erworbenen Abonnenten
1. Transformatorenfabrik Oberschönevide	76
2. Görz, Friedenau	46
3. AEG, Brunnenstraße	40
4. Ambi-Waggon	64

In einem Bilanzartikel zur Arbeit der Zentrale seit dem VIII. Parteitag der KPD unter dem Titel „Nach 6 Monaten“ schrieb Walter Ulbricht:

„Ein besonderer Mangel in den Partei-Organisationen ist die ungenügende Berichterstattung. Es kommt dabei nicht nur in Betracht, daß infolge ungenügender Berichterstattung über die Vorgänge in den Betrieben unsere Zeitungen zu wenig die Betriebsvorgänge besprechen und somit noch keine wirklichen Arbeiterzeitungen geworden sind, sondern auch die Berichterstattung der Parteileitungen funktioniert nicht. Die Genossen sind noch nicht überzeugt davon, daß wirkliche Kampfleitungen ihre Aufgaben nur dann richtig erfüllen können, wenn sie regelmäßig über die Tätigkeit der Partei-Organisationen Berichte erhalten. Das trifft sowohl für die Betriebe wie für die Zentrale zu.“²⁵

Wie richtig diese Einschätzung und Kritik Walter Ulbrichts war, sollte sich bereits in den folgenden sechs Wochen erweisen. Obwohl nach Beendigung des Generalstreiks, zu dem die KPD am 12. August 1923 aufgerufen hatte, aus manchen Betrieben Mitte August sämtliche Genossen entlassen worden waren²⁶, gingen jetzt viel mehr Berichte ein als früher. Vom 19. August bis zum 22. September 1923 erschienen in der „Roten Fahne“ fünfzehnmal unter der genannten Kopfleiste Berichte aus den Betrieben in einem Gesamtumfang von über fünf-einhalb Seiten.

In einem Artikel, der zur Herstellung einer Betriebszellenzeitung anleitet, werden wir informiert, daß diese Zeitungen in einzelnen Betrieben bereits im September 1923 erschienen: „In Hamburg haben einige Genossen der Belegschaft Janssen und Schmilinsky die erste Betriebszeitung ‚herausgebracht‘. Auch anderswo, z. B. in Hannover, haben verschiedene Betriebe ihre Betriebszeitungen.“²⁷ Die ersten Betriebszeitungen, wie die meisten vor 1933, waren hand- oder maschinengeschrieben, eventuell auch schon mit Matrizen vervielfältigt. Aber ein dreiviertel Jahr nach dem Bilanzartikel Walter Ulbrichts konnte der „Klassenkampf“ berichten, daß die Betriebszellen von Krupp,

²³ Ebenda, Nr 144, v. 26. 6. 1923.

²⁴ Ebenda, Nr 205, v. 12. 9. 1923.

²⁵ Ebenda, Nr 179, v. 5. 8. 1923.

²⁶ Ebenda, Nr 190, v. 18. 8. 1923.

²⁷ Ebenda, Nr 213, v. 21. 9. 1923.

Essen, und der Leunawerke bereits gedruckte Betriebszeitungen herausgaben.²⁸ Ferner erfahren wir auch, wie empfindlich die Monopolherren auf diese Betriebszellenarbeit reagierten, was letztlich nur wieder bestätigt, daß die Partei hier den richtigen Weg eingeschlagen hatte:

„Die Direktion des Leunawerkes hat zum Beispiel eine Belohnung von 3000 Mark (dreitausend Goldmark) ausgesetzt für die Namhaftmachung des Herausgebers und Herstellers der Betriebszellenzeitung ‚Der Leunaprolet‘.“²⁹

Ab Mitte der zwanziger Jahre treffen wir des öfteren in der Woche ganze Seiten oder Doppelseiten an, in denen nur aus den Betrieben berichtet wird. Ein fester Stamm von Arbeiterkorrespondenten in den Großbetrieben wurde entwickelt. Sie schrieben über die Ausbeutungsverhältnisse in ihrer jeweiligen konkreten Gestalt und vom Kampf, den die Arbeiter unter der Leitung der Betriebszellen-Organisationen dagegen führten. Viele Artikel berichten über die politische Arbeit und über bestimmte Erfahrungen in einzelnen Betrieben, so zum Beispiel über Methoden der Agitation, über Diskussionen zu einzelnen Problemen, über Schriftenwerbung, Landagitation, Betriebszeitungen usw.

Den internationalen Beziehungen der Parteiorganisationen und dem internationalen Austausch von Erfahrungen der Arbeiterbewegung schenkte Walter Ulbricht große Beachtung:

„In Verbindung mit dem Aufbau der Betriebszellen ist es von großer politischer Bedeutung, die Betriebszellen wichtiger Großbetriebe international zu verbinden. Zum Beispiel würden in Verbindung treten die Betriebszellen von Krupp im Rheinland und Schneider-Creuzot in Frankreich, die Betriebszelle der AEG Berlin und eine Moskauer Betriebszelle, die Betriebszelle der Vulkan-Werft Hamburg und eine Leningrader Betriebszelle. Ebenso müßte die Gesamtzellenleitung der Thyssen-Schächte mit Betriebszellen im französischen Bergbau die Erfahrungen austauschen. Besonders die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe lehren die Zweckmäßigkeit dieser internationalen Verbindungen.“³⁰

Eine Anzahl von Betriebszellen in deutschen Großbetrieben griff in den zwanziger Jahren diesen Rat Walter Ulbrichts auf und schuf durch Briefe besonders an Betriebszellen in der Sowjetunion erste Beziehungen, die sich im Laufe der Jahre zu ständigem gegenseitigem Erfahrungsaustausch erweiterten und sich mit Delegationsbesuchen und Erinnerungsgeschenken zu festen Freundschaftsverhältnissen entwickelten. Neben anderen begannen in den zwanziger Jahren die Freundschaften zwischen den Betriebszellen des Mansfeld-Konzerns und des Metallkombinats von Krivoj-Rog sowie zwischen den Betriebszellen der Apparatefabriken Treptow (AEG) und der Staatlichen Elektrotechnischen Werke in Charkow.

²⁸ *Klassenkampf*, Nr 79, v. 5. 6. 1924.

²⁹ Ebenda.

³⁰ *Ulbricht, Walter*, Jede Fabrik muß unsere Burg sein. Zum V. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Juni 1924, in: *derselbe*, Zu Fragen der Partearbeit, a. a. O., S. 39.

Die Betriebszellen der KPD hatten sich in der Zeit der Weimarer Republik als Fundament der Partei bewährt. Mit dem Machtantritt der Hitler-Faschisten wurde die politische Arbeit der Kommunisten in den Betrieben noch wichtiger als zuvor.

Nachdem die rechten Führer der SPD und des ADGB alle Angebote der KPD zum gemeinsamen Handeln, zum Generalstreik gegen Hitler abgelehnt und die zur Zusammenarbeit mit Hitler bereiten Kräfte im ADGB-Vorstand sogar die Arbeiter zur Teilnahme an den nazistischen Maidemonstrationen aufgefordert hatten, war es den Faschisten nicht schwer gefallen, die Gewerkschaften, dieses potentiell mächtige Instrument des Proletariats im Kampf gegen den Ausbeuterstaat, zu zerschlagen. Da auch nach dieser Erfahrung die Führer der SPD auf ihrer passiven Losung „Hitler abwirtschaften lassen“ beharrten, hing jede künftige Aktion für die Arbeiterinteressen ausschließlich davon ab, wie schnell und wie intensiv die Kommunisten in den Betrieben Masseneinfluß gewannen. Die von den Faschisten immer stärker betriebene Kriegsvorbereitung erforderte gerade in den großen Rüstungsbetrieben, im Verkehrswesen sowie im Straßen- und Befestigungsbau Massenaktionen zur möglichst wirksamen Behinderung der Aufrüstung, zur Bewahrung des Friedens. Solche Massenaktionen setzten voraus, daß die Kommunisten in den Betrieben fest organisiert waren, kontinuierliche Verbindungen zur Parteiführung besaßen, die von dort empfangenen Anleitungen auf ihren Betrieb zu konkretisieren verstanden, die sozialdemokratischen und parteilosen, aber auch die von den nazistischen Parolen irregeleiteten Arbeiter in möglichst großer Zahl für gemeinsame Aktionen gewannen und von diesen als führende und wegweisende Kraft anerkannt wurden.

Diese gewaltig gewachsenen Aufgaben der Kommunisten in den Betrieben mußten unter Bedingungen gelöst werden, die ungleich härter als vor 1933 waren und höchste Opferbereitschaft von jedem Kämpfer für die Arbeiterinteressen verlangten. Unter diesen Bedingungen politisch zu arbeiten, erforderte nicht nur großen Mut von den wenigen nicht eingekerkerten und nicht aus ihrer Arbeitsstelle entlassenen Kommunisten, sondern auch außerordentliche Elastizität in der Methodik.

An der Organisierung der illegalen Arbeit in den Betrieben hatte Walter Ulbricht maßgeblichen Anteil. In seinem Referat auf der Parteikonferenz der KPD in Brüssel 1935 faßte er die Erfahrungen aus den ersten beiden Jahren des Kampfes gegen die faschistische Diktatur zusammen und arbeitete Vorschläge zu einer einheitlichen gewerkschaftlichen Plattform aus. Er entlarvte einerseits das betrügerische Wesen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und forderte andererseits von den Kommunisten in den Betrieben, daß sie dieser wie auch anderen faschistischen Organisationen, denen ja nun einmal die Masse der Arbeiter angehörte, beiträten und in ihnen arbeiteten, „daß sie Politik machen, indem sie alle legalen Möglichkeiten ausnützen und den Kampf führen um die Verteidigung der kleinsten Tagesinteressen und für die Freiheiten der Arbeiterklasse. Wir müssen an die sozialdemagogischen Losungen, die von den

Nazis in der Deutschen Arbeitsfront propagiert werden, anknüpfen, sie umkehren und ihnen einen klassenkämpferischen Inhalt geben.“³¹

Wohl ist es den deutschen Kommunisten nicht gelungen, eine breite Widerstandsbewegung des deutschen Volkes zustande zu bringen, die den Krieg verhindern oder auf revolutionäre Weise beenden konnte. Dennoch darf die Leistung der illegalen kommunistischen Gruppen in den Betrieben nicht unterschätzt werden. Trotz schärfster Kontrollen und rigoroser Strafen kam es in der Kriegsindustrie immer wieder zu organisierten Produktionsstörungen, zu bewußter Ausschußproduktion und zu anderen Widerstandsaktionen gegen den faschistischen Raubkrieg. Angesichts der gewaltigen Kaderverluste der KPD zeugt der Umfang dieser Aktionen von der trotz allem zunehmenden Wirkung der kommunistischen Agitations- und Organisationstätigkeit auf die nichtkommunistischen Arbeiter.³² Trotz grausamer Repressalien leisteten zahlreiche deutsche Arbeiter ihren zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppten ausländischen Klassengenossen materielle und moralische Hilfe. Diese Solidaritätshandlungen wurden in den meisten Fällen von den in den Betrieben verbliebenen Kommunisten systematisch organisiert, zum Teil entsprangen sie natürlich auch einem trotz der faschistischen Völker- und Rassenhetze nicht völlig verschütteten spontanen Humanitätsgefühl.

Der gemeinsame antifaschistische Kampf kommunistischer, sozialdemokratischer und anderer Arbeiter in den Betrieben trug viel zur Überwindung der Spaltung und zur Einigung der deutschen Arbeiterklasse bei, die zu Ostern 1946 in der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ihre Krönung fand. Die organisatorisch und ideologisch geeinte Arbeiterklasse konnte im Osten Deutschlands die Produktionsmacht und die Staatsmacht erringen und damit die Grundlage für den stetig wachsenden Wohlstand des werktätigen Volkes schaffen. Die Erfolge der geeinten Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik weisen den Arbeitern Westdeutschlands immer sichtbarer den richtigen Weg. So wertvoll Proteste und Kundgebungen der oppositionellen Kräfte, auch innerhalb des Bürgertums, zur Behinderung der Aufrüstungs- und Revanchepolitik des westdeutschen Imperialismus sind,

³¹ *Walter* (d. i. Walter Ulbricht), *Der gewerkschaftliche Kampf in Deutschland*, o. O. u. o. J., S. 8; s. auch die gekürzte Fassung des Referats in: *Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd 2, Berlin 1955, S. 88–108 (zitierte Stelle S. 91).

³² Vgl. z. B. *Nitzsche, Gerhard/Biernat, Karl-Heinz*, *Beispiele des Kampfes der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Kriegsvorbereitung (1933–1939)*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1959, S. 495–514; *Nitzsche, Gerhard*, *Deutsche Arbeiter im Kampf gegen faschistische Unterdrückung und Ausbeutung. Gestapomeldungen aus den Jahren 1935–1937*, in: ebenda, S. 138–149; *Quast, Claire*, *Die Kommunistische Partei Deutschlands, Organisator und Führer der westdeutschen Friedensbewegung in den Jahren 1941–1943*, in: ebenda, S. 303 bis 318.

die Entscheidung für Frieden und sozialen Fortschritt wird in der Bundesrepublik erst fallen, wenn sich die Arbeiter, vor allem in den Großbetrieben, ihrer Kraft an der Basis der Gesellschaft, in der Produktion, bewußt werden und unter zielklarer Führung diese mächtige Potenz in einheitliche Aktionen verwandeln.

*

Der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ hat die Arbeit zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe befruchtet und den Werktätigen mancher Betriebe erst recht zum Bewußtsein gebracht, daß es notwendig ist, die Vergangenheit ihres Werkes und ihre eigene Vergangenheit in diesem Werk kennenzulernen. Die Betriebsgeschichten haben zwei Aufgaben, die dialektisch miteinander zusammenhängen:

1. Sie sollen zur Ermittlung und Vermittlung der historischen Wahrheit beitragen und damit unser aller Geschichtsbild verbreitern und bereichern.
2. Aus der Kenntnis der Geschichte, in diesem Falle der speziellen Geschichte ihrer Arbeitsstätte im Rahmen der nationalen und internationalen Geschichte, sollen die Werktätigen für die Gegenwart Lehren ziehen und Kraft schöpfen, um ihre heutigen Aufgaben als Herren der Betriebe und als Herren des Staates noch besser meistern zu können. Indem die Betriebsgeschichten die Grundzüge der nationalen Geschichte, insbesondere die der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, an Hand der Entwicklung des Betriebes lebensnah und anschaulich darstellen, tragen sie zur sozialistischen Bewußtseinsbildung und Erziehung bei.

Die führende Rolle der revolutionären Arbeiterpartei muß sich als roter Faden durch jede Betriebsgeschichte ziehen. Das bedeutet, daß die Geschichte der Betriebsparteiorganisation, die Geschichte der Arbeiterbewegung des jeweiligen Betriebes in das sorgfältig untersuchte Gesamtgeschehen im Betrieb eingebettet sein muß. In vielen alten Großbetrieben wird sich die Geschichte der Betriebsparteiorganisation zurückverfolgen lassen bis zur Gründung der damaligen Betriebszellen der KPD in den zwanziger Jahren, manche bis 1923, als die ersten Betriebszellen in Deutschland entstanden.

Entstehung und Entwicklung der KPD-Betriebszellen müssen in der Betriebsgeschichte als Prozeß dargestellt werden. Aus der Darstellung des komplizierten Entwicklungsprozesses der kommunistischen Parteiorganisation in seinem Betrieb soll der Leser die Erkenntnis schöpfen können, wie wichtig es ist, die heutige Betriebsparteiorganisation ständig zu stärken und zu festigen. In seinem Bericht an den VI. Parteitag konnte das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die vorangegangene Periode feststellen: „Hunderttausende Parteimitglieder helfen, die führende Rolle der Partei in der Produktion zu verwirklichen, und stehen jetzt in den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft beispielhaft an der Spitze des Kampfes zur allseitigen

Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht.“³³ Dem Kapitalismus wird die Niederlage in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, in der Sphäre der materiellen Produktion, bereitet. Dem trägt das neue Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands noch mehr als in der Vergangenheit Rechnung, indem es festlegt, daß „Parteiorganisationen, die für den umfassenden Aufbau des Sozialismus von besonderer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sind, aus den territorialen Parteiorganisationen herausgelöst werden“ und „Parteiorganisationen, die einen ganzen Arbeitszweig umfassen“, gebildet werden können, die den Parteiorganisationen von Teilen oder Abschnitten dieses Arbeitszweiges übergeordnet sind.³⁴ Die weitere ökonomische Stärkung unseres Staates, der siegreiche Aufbau des Sozialismus in der DDR und die damit wachsende Möglichkeit, den westdeutschen Militarismus und Imperialismus zu bändigen, hängen in großem Maße davon ab, wie die Parteiorganisationen in den Produktionsstätten, deren Vorkämpfer Walter Ulbricht bereits in den frühen zwanziger Jahren war, sich immer mehr festigen, immer engere kameradschaftliche Verbindung zu den parteilosen Arbeitern halten und immer größere Erfolge in der Produktion sichern.

³³ Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, o. O., o. J., S. 86.

³⁴ *Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, III 25b), in: Neues Deutschland, Republikausgabe, Nr 26, v. 26. 1. 1963.

Der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und einige Probleme der Wirtschaftsgeschichte

Die neuesten Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, vor allem die Beschlüsse des 16. Plenums und der Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, waren für alle Historiker der DDR Anlaß, ihre Arbeit zu überprüfen. Im Verlauf fruchtbarer Diskussionen wurde größere Klarheit über die Schwerpunkte der Forschungsarbeit gewonnen; laufende Arbeiten wurden kritisch eingeschätzt und neue Aufgaben in Angriff genommen. Die folgenden Berichte der vier Hauptzentren der wirtschaftshistorischen Forschung und Lehre der Deutschen Demokratischen Republik enthalten indessen keine umfassenden Forschungspläne, sondern sind nur eine erste Zusammenfassung von Gedanken und Überlegungen zur Verbesserung der Arbeit der Wirtschaftshistoriker verschiedener Institutionen.

Abteilung Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte
der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ hat größte Bedeutung für alle Deutschen, insbesondere für alle Bürger unserer Republik und damit auch für alle Wissenschaftler. Zugleich aber hat er für die Gesellschaftswissenschaftler eine besondere Bedeutung, und unter diesen wieder spezifisch für die Historiker jeder Art, nicht zum wenigsten auch für die Wirtschaftshistoriker.

Und zwar in zweierlei Richtung: einmal gewissermaßen als „Lehrbuch“, in dem wir eine gültige Darlegung wichtiger historischer Prozesse finden, und sodann als „Aufgabenbuch“, das uns zum Neu-Durchdenken zahlreicher Probleme veranlaßt bzw. uns eine Reihe Probleme überhaupt erst sehen läßt. Nehmen wir den ersten Absatz des ersten Kapitels und betrachten wir ihn vom Standpunkt des Wirtschaftshistorikers. Welch eine Fülle von Problemen werden in diesen wenigen Zeilen für uns aufgeworfen! Da heißt es: „In Deutschland entstanden die Anfänge eines nationalen Marktes“ in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts. Wir wissen, daß es sich bei der Entstehung des nationalen Marktes um ein Phänomen von eminenter Bedeutung in der Wirtschafts-

geschichte Deutschlands wie jedes anderen bürgerlichen Staates handelt. Lange hat man die Herausbildung eines nationalen Marktes für Deutschland zu früh angesetzt. Lange hat man konkrete Untersuchungen der Entstehung des nationalen Marktes in Deutschland vernachlässigt. In einer Studie unseres „Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte“ (Jahrgang 1960, Teil II, Seite 124 ff.) wurden zum ersten Male Kennziffern zur Einschätzung des Entwicklungsstadiums des nationalen Marktes in Deutschland gegeben, und unsere Untersuchungen zeigten, wie schwach entwickelt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der nationale Markt in Deutschland noch war. Die Einschätzung des „Grundrisses“ bestätigt einerseits die Auffassung, daß der nationale Markt in Deutschland sich weit, weit später als zum Beispiel in England entwickelte, stellt aber gleichzeitig die Aufgabe, unsere Untersuchungen zu vertiefen, die kurze Feststellung des „Grundrisses“ ausführlich in aller Breite darzulegen. Ein zweites, überaus wichtiges und, wie wir noch sehen werden, gerade uns Wirtschaftshistoriker besonders beschäftigendes Problem, das der erste Abschnitt des ersten Kapitels anschnidet, ist das der Struktur der Arbeiterklasse und ihr eng verwandter Schichten. Dort heißt es: „Angeregt durch die Juli-Revolution in Frankreich und durch den Aufschwung der antifeudalen und nationalen Bewegung der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in Deutschland und beeinflußt durch die französische und englische Arbeiterbewegung, begannen deutsche Arbeiter und proletarische Handwerksgesellen politisch aktiv zu werden. In den Jahren 1836 bis 1838 lösten sich wandernde proletarisierte Handwerksgesellen, die damals die politische Vorhut der deutschen Arbeiter waren, vom bürgerlich-demokratischen Geheimbund der Geächteten.“ Deutsche Arbeiter und proletarische Handwerksgesellen . . . Im nächsten Satz heißt es „proletarisierte“ Handwerksgesellen. Hier handelt es sich um eine wichtige Problematik, die unsere Forschung noch sehr ernstlich beschäftigen muß. Waren die Handwerksgesellen jener Jahre proletarisiert, das heißt in das Proletariat hinabgeschleudertes Kleinbürgertum, ökonomisch dem Proletariat jetzt verbunden, ideologisch ihm noch fremd, wie es bei den proletarisierten Schichten des Kleinbürgertums üblich – oder handelt es sich um echtes Proletariat, proletarische Handwerksgesellen, proletarisch wie die nicht wenigen Handwerker, die als gelernte Arbeiter damals in den neu aufkommenden Fabriken dieser oder jener Industrie arbeiteten? Oder gab es, was wahrscheinlich die richtige Antwort ist, beides: proletarisierte und proletarische Handwerksgesellen? –

Blicken wir jetzt in den ersten Absatz des zweiten Kapitels. Dort findet sich der Satz: „Die kapitalistische Konjunktur machte seit dem Sommer 1850 die Erwartungen auf einen neuen revolutionären Aufschwung in der nächsten Zukunft zunichte.“ Wie schnell lesen sich die drei Worte „Die kapitalistische Konjunktur“ – und doch steckt ein ganzes Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte in ihnen. Wir sind in unseren Untersuchungen der zyklischen Überproduktionskrisen im allgemeinen davon ausgegangen, daß die erste „bodenständige“, nicht mehr von England „importierte“ Wirtschaftskrise die Krise

von 1857 war. Die sich seit 1850 entwickelnde Konjunktur war also wohl wirklich die erste kapitalistische Konjunktur im eigentlichen Sinne des Wortes, die erste Konjunktur, in der sich die modernen Produktivkräfte in solchem Maße gegen die modernen Produktionsverhältnisse empörten, daß es zu einer zyklischen Überproduktionskrise kommen mußte. Zugleich handelt es sich, und das hängt natürlich mit dem soeben Gesagten zusammen, um die erste kapitalistische Konjunktur in Deutschland, deren notwendiges Ende in einer zyklischen Überproduktionskrise Marx und Engels voraussagten – die erste solche Krisenvoraussage in der Geschichte.

Werfen wir noch einen Blick auf den ersten Satz des letzten (XIV.) Kapitels: „Diese Jahre sind durch das stürmische Wachstum der Macht und des internationalen Einflusses des sozialistischen Weltsystems, den aktiven Prozeß des Zerfalls des Kolonialsystems unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung, das Anwachsen der Klassenkämpfe in der kapitalistischen Welt, den weiteren Niedergang und die weitere Zersetzung des kapitalistischen Weltsystems gekennzeichnet.“ Dieser Satz ist eine Zusammenfassung allgemein anerkannter Tatsachen. Von ihnen gehen wir stets aus, wenn wir die Welt, in der wir leben und kämpfen, betrachten und analysieren.

Doch schon das Wort „analysieren“ sollte uns zu bedenken geben. Ist es wirklich so, daß diese Weltvorgänge von uns Wirtschaftshistorikern analysiert werden? Wie viele wirtschaftshistorische Studien haben wir in der Deutschen Demokratischen Republik gemacht über den Zerfall des Kolonialsystems, über die Versuche Westdeutschlands, diesen Zerfall aufzuhalten, über die ökonomischen Beziehungen zwischen unserer Republik und den jungen Nationalstaaten? Können wir sagen, daß wir systematisch den weiteren Niedergang und die weitere Zersetzung des kapitalistischen Weltsystems analysieren? Kommen wir Wirtschaftshistoriker über sehr viel mehr als sporadische und nicht genügend unterbaute Feststellungen des Einflusses der DDR auf Westdeutschland hinaus? Wir glauben nicht, daß die Antworten auf diese Fragen befriedigend ausfallen können.

Was zeigt sich also?

Wo wir auch den „Grundriß“ anpacken – welch ein Gewimmel von Problemen für uns Wirtschaftshistoriker! Ungelöste und halbgelöste – doch auch gelöste, aber in ihrem steten konkreten Verlauf ungenügend von uns untersuchte. Probleme ferner Vergangenheit des kapitalistischen Deutschland und jüngster Gegenwart des Zusammenstoßes sozialistischer und kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten. Probleme von nationaler und internationaler, Probleme von nationaler und sozialer Bedeutung.

Sobald einmal gerade auf Grund des Studiums des „Grundrisses“ Klarheit darüber geschaffen ist, wie viele Aufgaben vor uns Wirtschaftshistorikern noch stehen, nicht nur allgemein in der Weltgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler, sondern gerade als Gesellschaftswissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik, gilt es für alle spezifischen Institutionen und Arbeits-

gruppen, ihr Forschungs- und Veröffentlichungsprogramm zu überprüfen und eventuell neue Schwerpunkte, neue Vorstoßrichtungen zu suchen.

Die Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften hat dazu einige Überlegungen angestellt, die es vielleicht nützlich ist, der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Eine der Schwächen in unserer Arbeit ist das ungenügende Studium der Struktur der Arbeiterklasse in ihrer nun schon etwa 150jährigen Geschichte.

Natürlich wissen wir, daß es in den ersten fünfzig Jahren ihrer Geschichte im allgemeinen noch nicht das gab, was wir ein „erbliches Proletariat“ nennen. Ein großer Teil der Arbeiter kam aus anderen Schichten und Klassen – vor allem aus dem Handwerk und aus dem Bauerntum.

Das änderte sich in den folgenden fünfzig Jahren, in denen die Zahl „reiner Arbeiterfamilien“ sehr groß war: Sowohl die Eltern wie auch die Geschwister, wie auch die Kinder waren Arbeiter.

Im 20. Jahrhundert änderte sich die Struktur von neuem: Zahlreiche Kinder von Arbeitereltern wurden Angestellte, wie umgekehrt Kinder von Angestellten sich mit der Arbeiterklasse vermischt.

Besonders bedeutsame Änderungen brachte dann natürlich die grundlegende Wandlung der Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik.

Wir wissen auch, daß es bestimmte Berufe gab, in denen ausländische Arbeiter zeitweise eine besonders große Rolle spielten – Bergarbeiter, Ziegeleiarbeiter, Landarbeiter usw.

Wir wissen auch, daß die gelernten Arbeiter in der Frühzeit fast noch als „Künstler“ angesehen wurden, und daß es noch keinen voll ausgebildeten Markt für ihre Ware „gelernte Arbeitskraft“ gab, während die überwältigende Anzahl der Arbeiter ungelernete Arbeiter, in der Mehrheit sogar Frauen und Kinder waren. Im Laufe der Zeit, und mit der Komplikation des Arbeitsprozesses (Einfluß der Produktivkräfte!), stieg das Gewicht der Gelernten, während das Gewicht der Frauen und Kinder wie überhaupt der Ungelernten zurückging. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde jedoch die Position der Gelernten durch die moderne Technik (Taylor-System, Fließbandverfahren usw.) unterhöhlt, und es bildete sich eine besondere Schicht von bedeutender Stärke, die der Halbgelernten oder Angelernten, heraus.

Diese und andere allgemeine Tatsachen sind insbesondere auch in Kuczynskis zahlreichen Büchern zur Geschichte der Lage der Arbeiter bekanntgemacht worden. Sehen wir jedoch von der Frage der ausländischen Arbeiter ab, zu der eine Reihe bürgerlicher Studien und bei uns in der letzten Zeit die Untersuchungen von Nichtweiss und Wächtler vorliegen, und von der soziologischen Untersuchung der Eisenbahnarbeiter in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts durch Eichholtz, so gibt es keine einzige Monographie, die solche Fragen im einzelnen und zugleich über einen längeren Zeitraum untersucht. Man stelle sich vor: Bei uns herrscht die Arbeiterklasse, aber eine historische Analyse ihrer Struktur liegt nicht vor!

Die Abteilung Wirtschaftsgeschichte beabsichtigt nun, in den nächsten Jahren, ohne deswegen ihre anderen, ebenfalls wichtigen Untersuchungen in den Hintergrund zu drängen, sich systematisch und unter Beteiligung aller Mitarbeiter, gewissermaßen als Kollektivunternehmen, mit solchen Strukturanalysen zu beschäftigen.

Da wir mit Arbeiten diesen Typs im Republikmaßstab noch recht zurück sind, können wir uns nicht einfach auf die Analyse stürzen. Es gilt zunächst, reichlich Material zu sammeln. Aber auch das ist nicht so einfach. Woher das Material nehmen? Wo es suchen? Das heißt, methodologische Fragen primitivster Art, doch deshalb noch keineswegs leicht zu lösende, stehen am Beginn unserer Arbeit.

Um einen Anfang damit zu machen, der hinsichtlich der Materialsuche relativ große Erleichterungen gibt, haben wir beschlossen, im Laufe eines Jahres folgende Studien durchzuführen:

1. Die soziale Herkunft und die soziale Schichtung der Familien der 1848 in den revolutionären Kämpfen in Berlin und Dresden Gefallenen.
2. Die soziale Herkunft und die soziale Schichtung der Familien der in den ersten beiden Jahren des Sozialistengesetzes zu Zuchthausstrafen Verurteilten.
3. Die soziale Herkunft und die soziale Schichtung der Familien der auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik in den revolutionären Kämpfen vom 7. November bis 31. Dezember 1918 Gefallenen.
4. Die soziale Herkunft und die soziale Schichtung der Familien der politischen Gefangenen in einem Konzentrationslager an einem bestimmten Tag.

Sämtliche Mitarbeiter der Abteilung sind in Gruppen auf die verschiedenen Themen aufgeteilt.

Wir bitten alle Gesellschaftswissenschaftler, insbesondere Historiker, Wirtschaftshistoriker und Soziologen der Republik, die sich mit diesen und verwandten Fragen beschäftigen, uns Hinweise für unsere Arbeit zu geben. Umgekehrt würden wir uns freuen, allen, die sich mit dieser oder einer ähnlichen Thematik beschäftigen wollen, unsere Arbeitserfahrungen und eventuell bereits vorliegende Resultate mitzuteilen.

Institut für Wirtschaftsgeschichte
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Mit dem vom Zentralkomitee der SED beschlossenen Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beginnt nicht nur die systematische Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern überhaupt eine neue Etappe in der Geschichtswissenschaft der DDR. Durch die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Geschichte der Arbeiterbewegung und anderen Spezialgebieten der Geschichtswissenschaft erfährt die gesamte Geschichtswissenschaft der DDR eine Bereicherung, die bei der Er-

arbeitung des nationalen Geschichtsbildes der deutschen Arbeiterklasse für uns eine entscheidende Hilfe ist. Das betrifft sowohl thematische als auch methodologische und theoretische Fragen der Geschichte.

Von unmittelbarer Bedeutung für die Wirtschaftshistoriker der DDR sind die folgenden Hervorhebungen Walter Ulbrichts im Referat zum Grundriß: „Die Grundlage des historischen Prozesses ist die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, die die ökonomische Basis der Gesellschaft bilden.“¹ „Bei einer wissenschaftlichen Periodisierung der Geschichte . . . ist es notwendig, von der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen auszugehen, das heißt von der realen Basis, die die Grundlage des sozialen, politischen und geistigen Lebensprozesses der Menschen ist.“² Damit ist die Verantwortung der Wirtschaftshistoriker, deren Forschungsgegenstand gerade die Entwicklung der Produktionsverhältnisse darstellt, erneut unterstrichen worden.

Die Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Halle haben sich bemüht, dieser Forderung gerecht zu werden, und stellen in diesem Band einen Artikel zur Diskussion, der als erster Versuch einer genaueren Periodisierung der Etappe des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus in Deutschland gedacht ist. Was die Arbeitsergebnisse der Wirtschaftshistoriker der DDR im allgemeinen betrifft, so kann gesagt werden, daß sie – gemessen an ihrer Zahl – eine große Reihe von Publikationen vorgelegt haben. Thematisch beschäftigten sich ihre Forschungen mit der Manufakturperiode, mit der industriellen Revolution, mit der Herausbildung des nationalen Marktes, mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus und mit den Anfängen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland sowie mit der Geschichte der Lage der Arbeiterklasse und mit der Geschichte einzelner Betriebe. Das sind alles sehr notwendige Arbeiten gewesen, die noch der weiteren Vertiefung bedürfen. In der Erforschung und Darstellung der Wirtschaftsgeschichte nach 1917/18 und besonders nach 1945 sind jedoch erst Ansätze vorhanden. Dabei erkennen die Wirtschaftshistoriker mehr und mehr selbst, daß sie hier einen Forschungsschwerpunkt bilden müssen. So hat sich das Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg der Geschichte der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 zugewandt. Die Bearbeitung dieser Thematik verspricht Ergebnisse von höchst aktueller Bedeutung und von unmittelbarem Zusammenhang mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in dem Sinne, wie das Walter Ulbricht im Referat zum Grundriß darlegte.³ In der Weltwirtschaftskrise erlangte der staatsmonopolistische Kapitalismus in Deutschland eine neue Qualität, die in der staatlichen Wirtschaftspolitik, in der Krisenlastenverteilung und in der etappenweisen Faschisierung beredten Ausdruck fand. Die „hohe ‚Meisterschaft‘ in der Anwendung der zwei Taktiken

¹ Einheit, Sonderheft, August 1962, S. 9.

² Ebenda, S. 15.

³ Ebenda, S. 14.

der bürgerlichen Politik gegenüber der Arbeiterbewegung“, die Walter Ulbricht⁴, trat gerade in diesem Zeitraum deutlich hervor. Deshalb erfordert die Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit der Weltwirtschaftskrise in besonderem Maße die Erforschung der ökonomischen und sozialökonomischen Verhältnisse. Und nicht zuletzt besteht ein enger Zusammenhang zwischen der westdeutschen Wirtschaftspolitik nach 1948 („Konjunkturpolitik“) und den Erschütterungen, denen der Imperialismus in der Weltwirtschaftskrise ausgesetzt war.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben stets auf zwei Seiten der Arbeiterbewegung hingewiesen – auf die objektive und die subjektive Seite. Da die objektiven, die Entwicklung der ganzen Gesellschaft bestimmenden sozialökonomischen Prozesse den Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte bilden, hat die Wirtschaftsgeschichte die Aufgabe, die sozialökonomischen Voraussetzungen der politischen Geschichte und insbesondere die objektiven Bedingungen für den politischen Kampf der Arbeiterbewegung zu untersuchen und darzustellen. Diese geschichtswissenschaftliche Arbeitsteilung hat ihre Vorteile, aber auch ihre Gefahren. Wenn man sich dessen bewußt ist, kann man jene nutzen und diese vermeiden.

In der historischen Forschung ist die Arbeitsteilung und Spezialisierung Voraussetzung hoher wissenschaftlicher Arbeitsproduktivität. Ihr Nutzeffekt kann durch sinnvolle Planung und Koordination noch wesentlich gesteigert werden. So könnten die Bemühungen der Wirtschaftshistoriker um die Aktualität ihrer Forschungsvorhaben – insbesondere im Hinblick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung – wesentlich gefördert werden durch ein Zentrum der Koordination, Organisation und Konsultation. Nach Stellung und Ansehen wäre hierzu die Abteilung Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften am besten geeignet. Einer solchen Koordinierung der wirtschaftshistorischen Forschung dürfte auch die unterschiedliche organisatorische Zugehörigkeit der Institute für Wirtschaftsgeschichte nicht mehr hemmend im Wege stehen. Die Institute bzw. Abteilungen für Wirtschaftsgeschichte gehören in Halle zur Philosophischen Fakultät, in Berlin zur Hochschule für Ökonomie und zur Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Humboldt-Universität, in Leipzig zum Institut für Politische Ökonomie und in Jena wiederum zum Institut für Allgemeine Geschichte. Aus dieser organisatorischen Verschiedenheit entspringen zum Teil die oftmals sehr unterschiedliche Behandlung der wirtschaftshistorischen Belange durch die jeweiligen Fachreferate im Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen und vor allem die unterschiedlichen Auffassungen von der Stellung und Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte innerhalb der marxistischen Gesellschaftswissenschaft.

Bei der Darstellung der Geschichte, sei es an den Universitäten, an den allgemeinbildenden Schulen oder in zusammenfassenden Geschichtsbüchern

⁴ Ebenda.

(Lehrbüchern), müssen die Spezialgebiete der Geschichtswissenschaft wieder zusammenfließen zu dem einheitlichen marxistisch-leninistischen nationalen Geschichtsbild der deutschen Arbeiterklasse. Im Bereich von Lehre und Unterricht muß eine möglichst breite, alle historischen Spezialgebiete in der richtigen Proportion umfassende Geschichtsbildung vermittelt werden. Hier würden zu enge Spezialisierung und falsche Gewichtung leicht zur Verzerrung des ganzen Geschichtsbildes führen. An den Universitäten kann diese Gefahr bei der Ausbildung der Historiker durch eine sinnvolle Studienplangestaltung, die allen historischen Spezialgebieten einen ihrer Bedeutung entsprechenden Anteil an der Ausbildung gewährt, vermieden werden. In diesem Sinne entsprechen jedoch die gegenwärtig gültigen Studienpläne für Historiker und die Zusammensetzung der Fachrichtungen Geschichte an den Universitäten nicht mehr den Anforderungen. Dies möge aus der Sicht unseres Instituts erläutert werden, das als einziges wirtschaftshistorisches Institut der Fachrichtung Geschichte an der Philosophischen Fakultät angehört.

Das Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist seit September 1959 Bestandteil der Fachrichtung Geschichte an der Philosophischen Fakultät. Bei der Überführung in die Fachrichtung Geschichte wurde seinerzeit ausdrücklich darauf verwiesen, daß es Aufgabe des Instituts sein müsse, die Ausbildung der Geschichtsstudenten im Fach Wirtschaftsgeschichte zu verbessern und damit, entsprechend den Erkenntnissen des historischen Materialismus, das Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu vertiefen. Doch die unklaren Vorstellungen über den Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte und ihre Bedeutung im System der marxistischen Geschichtswissenschaft äußern sich unter anderem auch darin, daß der gegenwärtig noch gültige Studienplan für die Geschichtslehrausbildung nur *eine Vorlesung* im Fach Wirtschaftsgeschichte vorsieht, die sich über *ein Semester* mit zwei Wochenstunden erstreckt. Lediglich die Diplomanden im Fach Geschichte studieren *zwei Semester* Wirtschaftsgeschichte und haben die Möglichkeit des Seminarbesuches. Wenn in Halle trotzdem für die Geschichtsstudenten mehr Lehrveranstaltungen im Fach Wirtschaftsgeschichte abgehalten werden, so entspricht das einer örtlichen Regelung, wonach andere historische Fachdisziplinen auf die entsprechenden Stunden verzichten und die wirtschaftshistorischen Vorlesungen und Seminare als Lehrveranstaltungen der Deutschen bzw. der Allgemeinen Geschichte anerkannt werden. Das führte zu einer allgemein begrüßten und anerkannten Verbesserung der Ausbildung unserer Historiker und wird in der Konsequenz auch eine generelle Veränderung der Studienpläne zur Folge haben.

Von besonderer Bedeutung ist die verbesserte Ausbildung im Fach Wirtschaftsgeschichte für die Lehrerausbildung. Die Schulpraxis beweist, daß unsere Geschichtslehrer in den meisten Fällen nicht in der Lage sind, den Schülern die historisch-ökonomischen Zusammenhänge zu erklären. Die Schüler werden im Geschichtsunterricht lediglich in politischer Geschichte unterwiesen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß man – um ein Beispiel heraus-

zugreifen – die politischen Kämpfe der Arbeiterklasse in den Jahren von 1929 bis 1933 nur dann richtig verstehen und beurteilen kann, wenn die Darstellung dieser ereignisreichen Zeit im historischen Unterricht unmittelbar mit einer Analyse der ökonomischen Geschehnisse verknüpft wird. Schüler wie Student werden die Gründe für den Machtantritt des Faschismus erst dann begreifen, wenn sie sich Klarheit verschafft haben über die Strukturveränderungen innerhalb des deutschen Monopolkapitals, wenn ihnen dessen Schwäche nicht nur mit einigen allgemeinen Leitsätzen vorgeführt wird, sondern wenn man konkrete wirtschaftshistorische Fakten sprechen läßt. Wenn das nicht geschieht, wird die Erkenntnis des historischen Materialismus, daß die politischen Veränderungen Ergebnisse der Veränderungen im Bereiche der Ökonomie sind, außer acht gelassen. Das führt zu einem mechanischen Auswendiglernen und nicht zu einem wirklichen Verständnis der Geschichte. Die Folgen sind ungenügendes politisch-ideologisches Bewußtsein der Schüler, mangelndes historisch-ökonomisches Denken und mangelndes Verständnis für die Politik von Partei und Regierung.

Schließlich wäre analog der Gemeinschaftsarbeit der historischen Spezialinstitute bei der Historiker-Ausbildung auch ihre Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung der Lehrbücher zu verbessern. In der bisherigen Gemeinschaftsarbeit überwiegt noch die Zusammenfassung von Spezialisten gleicher Fachgebiete, die lediglich unterschiedliche zeitliche und thematische Schwerpunkte bearbeiten, wie dies zum Beispiel beim Lehrbuch der deutschen Geschichte der Fall ist. Es läge jedoch im Interesse der jeweiligen Sache, wenn besonders in den Grenzfragen zweier Fachgebiete die Spezialisten des Nachbargebietes wenigstens gutachtlich zu Rate gezogen würden. Diese Art der Zusammenarbeit ließe sich sicher auch bei der Ausarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verwirklichen.

Wenn wir – ausgehend vom Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – die Geschichtswissenschaft der DDR generell auf eine qualitativ höhere Stufe heben wollen, dann gehören dazu auch gewisse wissenschaftlich-organisatorische Maßnahmen im bereits angeführten Sinne, zumal diesen ja eine methodologische Bedeutung zukommt. Natürlich ist die entscheidende Maßnahme für die Anerkennung der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR und speziell der marxistischen Wirtschaftsgeschichte die Verbesserung der Forschung und Lehre, die Verbesserung der geschichtswissenschaftlichen Aussage durch die Historiker selbst. Die Diskussionen und Beschlüsse des 16. und 17. Plenums des ZK der SED sind uns dabei eine wertvolle Hilfe.

Institut für Wirtschaftsgeschichte
an der Hochschule für Ökonomie, Berlin

Auf dem 16. Plenum widmete unsere Partei erneut den Problemen der Geschichtswissenschaft, der Schaffung eines wahrhaften, die Entwicklung unserer Nation widerspiegelnden Geschichtsbildes ihre Aufmerksamkeit. Unsere Partei

unterstrich damit, welche große Bedeutung der Geschichtswissenschaft bei der Lösung unserer Gegenwartsfragen, bei der Herausbildung eines sozialistischen Bewußtseins, zukommt. Heute, zu einer Zeit, in der wir den VI. Parteitag vorbereiten, der ein Meilenstein auf dem Wege zur vollentfalteten sozialistischen Gesellschaft sein und eine neue Etappe in der Entwicklung unserer Nation einleiten wird, ist diese Bedeutung noch größer geworden. Die kritische Analyse der bisherigen Ergebnisse unserer Geschichtswissenschaft durch das 16. Plenum und vor allem durch das Referat des Genossen Walter Ulbricht machte jedoch deutlich, daß wir Historiker unseren gewachsenen Aufgaben bisher nicht gerecht geworden sind. Nicht zum ersten Male mußte die Parteiführung feststellen, daß die „Historiker von sich aus zu wenig neue Fragen aufwerfen. Noch immer ist es so, daß oft die Parteiführung geschichtliche Grundfragen aufwirft, deren Beantwortung unser Kampf erforderlich macht.“⁵ Im engen Zusammenhang mit diesem Mangel steht das vom Genossen Walter Ulbricht kritisierte falsche Verhältnis der Historiker zu den Parteibeschlüssen. Damit wurde auf wesentliche Ursachen für das Zurückbleiben der Historiker gegenüber den Anforderungen unserer Partei hingewiesen. Diese Kritik müssen wir auch in bezug auf unsere Tätigkeit im Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie anerkennen. Trotz unserer Bemühungen, unsere Forschungsarbeit gemäß den Weisungen unserer Partei durchzuführen und die Beantwortung von Grundfragen der ökonomischen Geschichte unseres Landes in Angriff zu nehmen, weist unsere Arbeit, wenn wir sie von der Warte des 16. Plenums betrachten, doch wesentliche Mängel auf.

Unser Institut ergriff bereits 1953 die Initiative, um die wirtschaftshistorische Ausbildung durch die Ausarbeitung von Lehrbüchern über die Geschichte der deutschen Wirtschaft zu vervollkommen und im Zusammenhang damit auch zur Lösung wichtiger, noch ungeklärter Probleme beizutragen. Als noch der 1. Band der Deutschen Wirtschaftsgeschichte, der die Zeit bis zu den Anfängen der Französischen Revolution umfaßt, durch H. Mottek ausgearbeitet wurde, nahm das Institut schon die Erforschung wichtiger Fragen des 19. Jahrhunderts als Vorbereitung für die Abfassung des 2. Bandes in Angriff. Schon als Studenten und gleichzeitig Hilfsassistenten und später als Assistenten haben H. Blumberg, A. Schröter, W. Becker, L. Baar, der durch einen tragischen Unfall ums Leben gekommene H. Wutzmer und der jetzt an der Hochschule für Verkehrswesen tätige H. Wehner beachtliche Beiträge in dieser Richtung geleistet. Diese Beiträge waren um so wirksamer, als sie nicht voneinander isolierte Themen betrafen, sondern alle einer einheitlichen Zielstellung, der Erforschung der industriellen Revolution untergeordnet waren. Diese komplexe und zugleich kollektive Erforschung erwies sich als die richtige Form des Herangehens; denn nur auf diese Weise konnte unser Institut trotz der geringen Zahl seiner Mitarbeiter und der umfangreichen Lehrarbeit in verhältnismäßig kurzer Zeit zu neuen wichtigen Ergebnissen bei der Er-

⁵ Ebenda, S. 8.

forschung der ökonomischen Entwicklung Deutschlands kommen. Auf der Grundlage dieser kollektiven Forschungsarbeit gelang es H. Mottek, die Grundfragen der industriellen Revolution neu aufzuwerfen, was auch in dem jetzt von ihm fertiggestellten 2. Band über die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands zum Ausdruck kommt. Um die Ergebnisse des Instituts rasch für die Verbesserung der Lehrarbeit in unserer Republik nutzen zu können, wurden die neuen Ergebnisse und die neuen Gedanken im Kreise der Lehrinstitute für Wirtschaftsgeschichte zur Diskussion gestellt. Nach Überwindung einiger Schwierigkeiten gelang es auch, die ersten Ergebnisse der kollektiven Forschungsarbeit im Akademie-Verlag zu publizieren. Die Arbeit in dieser Richtung fortzusetzen, vor allem die wichtigen Monographien von H. Blumberg und L. Baar über die Wollindustrie und die Berliner Industrie in der Zeit der industriellen Revolution zu veröffentlichen, wurde jedoch in Frage gestellt. Dies ist um so bedauerlicher, als besonders im westlichen Ausland an ähnlichen Problemen (Deutsche Industriegeschichte des 19. Jahrhunderts) gearbeitet wird; es besteht daher die Gefahr, daß der Umfang und die Qualität dessen, was zum gleichen Themenkomplex in der DDR geleistet wird, demgegenüber unterschätzt wird und die nichtmarxistischen Betrachtungen über die industrielle Entwicklung in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt in den jungen Nationalstaaten, stärker in den Vordergrund treten. Zweifellos wird auch das internationale Ansehen der Geschichtswissenschaft unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates nicht so wirksam, wie es den Möglichkeiten entspricht.

Gelang es uns am Beispiel der industriellen Revolution, bestimmte Fragen neu aufzuwerfen, so vermochten wir jedoch nicht, darüber eine breite, schöpferische Diskussion in Gang zu bringen. Dieser Mangel zeigte sich auch bei anderen Fragen, die im 2. Band der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands behandelt werden, wie zum Beispiel bei dem Problem der bürgerlichen Revolution in Deutschland. Publikationen über diese Fragen vor dem Erscheinen des 2. Bandes hätten zumindest die Möglichkeit gegeben, die wissenschaftliche Diskussion unter den Historikern zu beleben. Zugleich hätte dann die Möglichkeit bestanden, unseren auf dem besonders verantwortungsvollen Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung tätigen Genossen auf diese Weise zu helfen.

Wir hoffen jedoch, daß der 2. Band bei seinem Erscheinen den Historikern, die jetzt, vom Grundriß ausgehend, die drei Bände des Lehrbuches zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ausarbeiten, von Nutzen sein wird, soweit es die erste Hauptperiode betrifft. Zu der wichtigen Feststellung im Grundriß, daß der Ausbruch der Revolution von 1848 „durch die Weltwirtschaftskrise gefördert wurde“⁶, liefert der 2. Band Beweismaterial. Die Darstellung im 2. Band wird auch das Verständnis für folgende bemerkenswerte These des Grundrisses erleichtern: „Trotz der Niederlage der Revolution war der endgültige Sieg und die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr zu verhindern“⁷.

⁶ Ebenda, S. 75.

⁷ Ebenda, S. 77.

Nach dem Erscheinen des Grundrisses muß die Tätigkeit aller Wirtschaftshistoriker aber noch viel mehr als bisher darauf gerichtet sein, an der Klärung jener sozialökonomischen Grundlagen zu arbeiten, die für das Verständnis des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse notwendig sind. Gleichzeitig müssen uns die Erkenntnisse des Grundrisses veranlassen, tiefer in den Zusammenhang zwischen der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Wirtschaftsgeschichte einzudringen und die einzelnen ökonomischen Probleme noch schärfer als bisher vom Standpunkt der kämpfenden Arbeiterklasse zu sehen.

Uns vermittelt der Grundriß aber nicht nur Anregungen inhaltlicher Art, sondern auch Anregungen für das richtige methodische Herangehen. Insbesondere zeigte er uns auch, wie wir, von den Hinweisen der Klassiker ausgehend, schöpferisch das marxistisch-leninistische Geschichtsbild vom Leben unseres Volkes ausarbeiten müssen. Aus der Fülle der Beispiele hierfür sei nur eines aus der 1. Hauptperiode herausgegriffen: „Die Industriekrise von 1847, die die Revolution von 1848 vorbereitet hatte, war überwunden; eine neue, bisher unerhörte Periode der industriellen Prosperität war angebrochen. Wer Augen hatte zu sehen und sie gebrauchte, für den mußte es klar sein, daß der Revolutionssturm von 1848 sich allmählich erschöpfte“, schrieb Engels in seiner Schrift zur Geschichte des Bundes der Kommunisten.⁸ Beide Gedanken, die Engels hier zum Ausdruck bringt, haben einen wichtigen Platz im Grundriß gefunden. Soweit es die Krise betrifft, wurde bereits darauf hingewiesen, und soweit es den Zusammenhang zwischen dem Ende der Revolution und dem neuen Aufschwung anbelangt, heißt es im Grundriß:

„Die kapitalistische Konjunktur machte seit dem Sommer 1850 die Erwartung auf einen neuen revolutionären Aufschwung in der nächsten Zukunft zunichte.“⁹ So kann und soll der Grundriß uns Historiker lehren, tiefer als bisher in den reichen Schatz der Gedanken und Erkenntnisse unserer Klassiker einzudringen. Die wichtigste Schlußfolgerung, die die Historiker aus dem Grundriß zu ziehen haben, besteht darin, daß ihre Verantwortung gewachsen ist. Das gilt auch für uns Wirtschaftshistoriker. In einer Zeit, in der die Partei die Ausarbeitung des Lehrbuches zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu einer kurzfristig zu lösenden Aufgabe erklärt hat, müssen wir schneller als bisher die Grundfragen und die ökonomische Entwicklung erforschen, also unsere eigentliche Aufgabe bewältigen. Insbesondere gilt das für die neueste Geschichte, die als Grundlage für das Lehrbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine überragende Rolle spielen wird. Hier machen sich, was unser Institut betrifft, Mängel unserer früheren Planung bemerkbar. Wir gaben zu lange der kontinuierlichen Ausarbeitung der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in ihrem historischen Ablauf den Vorzug und kamen daher zu spät zu der Auseinandersetzung mit den Problemen der neuesten Wirtschaftsgeschichte. Wir

⁸ Engels, Friedrich, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Moskau 1950, Bd 2, S. 329.

⁹ Einheit, a. a. O., S. 78.

fanden zwar zunächst den Weg vom Ich zum Wir im Rahmen des Institutskollektivs, gingen aber längere Zeit nicht darüber hinaus. Mit Hilfe der Kritik unserer Partei überwinden wir auch diese Schwächen. Im Jahre 1959 wurde der Entschluß gefaßt, die Ausarbeitung des 4. Bandes der deutschen Wirtschaftsgeschichte, der die Zeit von 1914 bis 1958 behandeln wird, unabhängig vom Abschluß des 2. Bandes vor Beginn der Ausarbeitung zum 3. Band vorzunehmen. Um diese große Aufgabe möglichst schnell zu lösen, wurde vom Institut ein Kollektiv gebildet, das sowohl Wirtschaftshistoriker anderer Institute als auch Politökonomien umfaßt. Trotzdem müssen wir feststellen, daß sich die Verwirklichung dieser wichtigen Aufgabe bisher recht schleppend vollzog. Zweifellos hat das 16. Plenum der Partei dazu beigetragen, unsere Arbeit in dieser Richtung zu intensivieren. Für jeden von uns machte es die große Bedeutung dieses unseres Vorhabens noch offenkundiger, und es spornt uns an, die Erwartungen der Partei zu erfüllen. Wir werden der Partei im Zusammenhang mit der Arbeit zum 4. Band auch Beiträge zu so wichtigen Fragen der deutschen Geschichte geben können, wie der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, der Inflation und der relativen Stabilisierung.

Das 16. Plenum und die Veröffentlichung des Grundrisses spornt uns aber nicht nur bei unserer Forschungsarbeit an, sondern auch bei der keineswegs minder wichtigen Lehrarbeit. Jetzt ist es uns wesentlich leichter geworden, anti-historischen Tendenzen, die im Grunde auf eine Liquidierung der wirtschaftsgeschichtlichen Ausbildung im Rahmen des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums hinausliefen, zu begegnen.

Gerade weil wir aber als Wirtschaftshistoriker vor allem an der Ausbildung unserer künftigen Ökonomen beteiligt sind, können wir das 16. Plenum und den Grundriß nicht isoliert, gewissermaßen als Fachproblem, sondern nur in dem Zusammenhang sehen, in dem sie stehen. Die Dokumente zur Vorbereitung des VI. Parteitages, die das 17. Plenum unserer Partei bestätigte, erleichtern uns das zweifellos. Auf dem 17. Plenum und besonders im Referat des Genossen Walter Ulbricht auf diesem Plenum wird betont, daß die rasche Entwicklung der Produktivkräfte Voraussetzung der weiteren Entfaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR ist. Dieser Hinweis ist gerade für die Wirtschaftshistoriker von grundlegender Bedeutung. Im Zusammenhang damit sieht unsere Partei das entscheidende Kettenglied in der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in der Beseitigung aller Hemmnisse, die dem entgegenstehen. Das verlangt von den Wirtschaftswissenschaftlern eine wirklich schöpferische Arbeit, die über all das hinausgeht, was bisher von ihnen geleistet wurde. Das verlangt von der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung eine Erziehung der Studenten zum selbständigen ökonomischen Denken, zum undogmatischen Herangehen an die Tatsachen, zum Verständnis für die Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte. Damit wachsen aber auch die Anforderungen an die wirtschaftshistorische Ausbildung des zukünftigen Wirtschaftswissenschaftlers. Die wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung muß mehr als bisher die Studenten auf die Achtung vor den Tatsachen und auf das

Erkennen der Entwicklungstendenzen hinlenken. Sie müssen den Studenten in der Fülle der Tatsachen die Grundlinien der Entwicklung sichtbar machen. Darüber hinaus gilt es, der Betrachtung der Produktivkräfte, der Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik auch in der wirtschaftsgeschichtlichen Ausbildung mehr Raum als bisher zu geben.

Die Mitarbeiter unseres Instituts gehen an diese immer größer und schwieriger werdenden Aufgaben guten Mutes heran und versuchen, ihre Kräfte rationeller als bisher einzusetzen. Dennoch kommen wir nicht um die Feststellung herum, daß die großen Lehraufgaben unseres Instituts unsere Möglichkeiten innerhalb der Forschungsarbeit beschränken. So erfordert zum Beispiel die Konzentrierung der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung ausländischer Studenten an unserer Hochschule die rasche Ausarbeitung einer speziellen, den Bedürfnissen dieser Ausbildung Rechnung tragende Vorlesung. Aber mag uns auch als Lehrinstitut nicht so viel Zeit für die reine Forschungsarbeit zur Verfügung stehen, so schätzen wir doch den großen Vorteil, der darin besteht, daß wir in unserer Lehrarbeit die neuen Erkenntnisse und Aspekte unmittelbar berücksichtigen können. Das geschah auch sofort nach Veröffentlichung des Grundrisses bei der Durchführung und Anleitung von Seminaren zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Auf diese Weise konnten wir die von uns als notwendig erkannte enge Verbindung zwischen Wirtschaftsgeschichte und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verwirklichen.

Institut für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität Berlin

Geleitet durch die Aufgabenstellung des 16. Plenums des ZK der SED für Historiker, „die Geschichte des Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse gegen den deutschen Imperialismus zu schreiben“¹⁰, haben sich die Angehörigen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität besonders der weiteren Erforschung der 5. Hauptperiode der deutschen Geschichte zugewandt. In Lehre und Forschung wollen wir zeigen, wie in der DDR „die fortschrittliche Linie in der deutschen Politik zum Siege geführt“¹¹ und die „größte Revolution der deutschen Geschichte“¹² vollzogen werden konnte. Als Wirtschaftshistoriker sehen wir in diesem Zusammenhang unsere Aufgabe besonders darin, den Befreiungsprozeß der Arbeit in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart zu untersuchen und unsere Ergebnisse für die ideologische und ökonomische Arbeit der Partei nutzbar werden zu lassen.

In der Vergangenheit wurden in großem Maße solche Themen bearbeitet, die sich auf den Ausgangspunkt für die Befreiung der Arbeit in der antifaschistisch-demokratischen Etappe der Revolution bezogen. Diese Untersuchungen bieten sehr viel konkretes Material, das die Feststellung im Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unterstreicht, die besagt: „Das wichtigste Ergebnis der revolutionären Umwälzung in Ostdeutschland war die Enteignung

¹⁰ Ebenda, S. 43.

¹¹ Ebenda, S. 70.

¹² Ebenda.

der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher.“¹³ Unsere Bemühungen waren auch darauf gerichtet zu beweisen, daß mit der Brechung der ökonomischen Macht des Monopolkapitals und der Schaffung des volkseigenen Sektors in der Industrie „die materielle Basis für die antifaschistisch-demokratische Ordnung, für den schrittweisen wirtschaftlichen Aufbau, für die Entfaltung der Produktivkräfte im Interesse der Werktätigen“¹⁴ gelegt wurde. In der letzten Zeit haben wir uns – im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Erhöhung des Niveaus der Wirtschaftswissenschaften – stärker der Erforschung des Prozesses der Herausbildung und Vervollkommnung des neuen Charakters der gesellschaftlichen Arbeit in der 2. Etappe der volksdemokratischen Revolution in der DDR zugewandt.

Wir führen dazu sowohl theoretische Diskussionen und Studien als auch konkret-historische Untersuchungen in Betrieben, Städten und Kreisen wie auch im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft und einzelner Industriezweige durch. Mit Hilfe einer genauen Aufgabenstellung gelingt es, Studenten vom 2. Studienjahr an in diese Arbeit einzubeziehen.

Das 16. und 17. Plenum des ZK der SED haben uns in dieser Art des Heran-gehens bestärkt.

Es geht uns darum – bei der antifaschistisch-demokratischen Etappe der Revolution angefangen –, solche Probleme zu untersuchen, die den neuen Inhalt der Arbeiterbewegung ausmachen, nämlich: „die Mobilisierung der Massen zur planmäßigen Mehrung der Produktivkräfte im Interesse des Volkes, die Vervollkommnung der neuen Produktionsverhältnisse, ... die Werktätigen zu bewußter schöpferischer Tätigkeit zu führen.“¹⁵

Dabei wollen wir die wachsende Rolle der Arbeiterklasse in der DDR und ihre Wirksamkeit im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus nachweisen und herausarbeiten, wie die gesellschaftliche Arbeit in diesem Prozeß einen neuen Inhalt erhält, wie sie immer mehr zur gemeinsamen Sache aller Mitglieder der Gesellschaft wird, und wie sich in diesem Prozeß der neue, sozialistische Mensch entwickelt. Im Vordergrund stehen gegenwärtig Arbeiten zu Problemen, wie sie die Herausbildung des neuen Charakters der Arbeit als soziologische Erscheinung im Zusammenhang mit dem jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, des gesellschaftlichen Bewußtseins und der Leitung von Staat und Wirtschaft aufwirft, die für den Befreiungsprozeß der Arbeit in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse und in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus von großer Bedeutung sind. Etwa fünfzehn Studenten führen in diesem Studienjahr vor allem in Betrieben des Kreises Köpenick konkrete Untersuchungen zur Entwicklung der Aktivistin-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung durch, deren Ergebnisse nicht nur in die Forschungsarbeit des Instituts eingehen, sondern, zum Beispiel im Falle des EAW, für die Arbeit des Lektorats und im KWO für die Erarbeitung der Geschichte des Betriebes nutzbar gemacht werden.

¹³ Ebenda, S. 150.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda, S. 155/156.

Diese Arbeit der Studenten wird zum Teil ergänzt durch ein Spezialseminar zum Thema: „Die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in einzelnen Industriezweigen“. Eng damit verbunden ist die Weiterführung einer Materialsammlung zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der DDR mit dem Ziel, eine umfassende Dokumentation zu erarbeiten. Im Rahmen unserer Untersuchungen in Betrieben, Industriezweigen oder Kreisen haben vier Dissertationen Themen aus der Problematik des Befreiungsprozesses der Arbeit. So werden zum Beispiel der Einfluß von ideologischen Fragen, Problemen der Leitungstätigkeit und der Qualifizierung der Werktätigen oder der Einführung der neuen Technik bzw. ihrer Hemmnisse auf den Befreiungsprozeß der Arbeit konkret untersucht.

Die Ergebnisse der Arbeiten sollen sich unter anderem in den Abschnitten des Lehrbuches für deutsche Wirtschaftsgeschichte, 1945 bis 1959 und 1949 bis 1958, niederschlagen, die von Mitarbeitern des Instituts geschrieben werden. Unser großes Ziel besteht darin, eine Geschichte des Befreiungsprozesses der Arbeit in der DDR bis zum Übergang zur allseitigen freien Arbeit im Kommunismus schrittweise auszuarbeiten.

Auch in der Forschungsarbeit einzelner Mitarbeiter und Studenten über andere Perioden der deutschen Geschichte sind wir bemüht, den inneren Zusammenhang zum Forschungsschwerpunkt des Instituts zu wahren. So beschäftigt sich ein Forschungsseminar, an dem alle Mitarbeiter des Instituts, die Studenten des 5. Studienjahres der Fachrichtung Wirtschaftsgeschichte und Gäste teilnehmen, mit Problemen des Charakters der Arbeit im Kapitalismus und Sozialismus. Dabei wird in erster Linie theoretisch und konkret-historisch die Thematik „Der Anteil der unmittelbaren Produzenten an der Entwicklung der materiellen Produktionsgrundlage“ behandelt. Im Rahmen dieser Problematik werden auch eine Habilitations- und eine Dissertationsschrift über die Struktur der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert in Deutschland und über die Entwicklung der Arbeiterklasse im Irak geschrieben.

Wir sind der Meinung, daß die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen unserer Vorhaben das gründliche Studium der Parteibeschlüsse und die ständige Qualifizierung der Mitarbeiter in der Beherrschung des Marxismus-Leninismus sind. Deshalb diskutieren wir zweimal im Monat wichtige theoretische oder ideologische Fragen der Geschichte oder Ökonomie, wie: Probleme des kapitalistischen und sozialistischen Weltwirtschaftssystems; der Inhalt der soziologischen Forschung; die Weiterentwicklung der historischen Hilfswissenschaften durch die Anwendung mathematischer und kybernetischer Methoden sowie Schwerpunktprobleme aus dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.

Wir möchten alle Wirtschaftshistoriker, Ökonomen und Historiker, die an den genannten Problemen arbeiten, im Interesse der Erhöhung der Qualität der zeitgeschichtlichen Forschung zu enger Zusammenarbeit aufrufen, soweit sie noch nicht erfolgt.

Zur Problematik des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus in Deutschland

VON SIEGFRIED RICHTER UND ROLF SONNEMANN

Die Entwicklungsetappen des deutschen Kapitalismus zu untersuchen, ihre spezifischen Merkmale näher zu bestimmen und sie gegenüber denen anderer kapitalistischer Länder abzugrenzen, gehört unzweifelhaft zu den wichtigsten Aufgaben der wirtschaftshistorischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik. Fragen wir darum zunächst: Welchen Platz hat die hier zur Diskussion stehende Thematik bisher in der Reihe der Forschungen der marxistischen Wirtschaftshistoriker unserer Republik eingenommen?

Überschaut man die zu diesem Themenkreis in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten, so fällt auf, daß gerade der Zeitraum, in dem sich der deutsche Imperialismus entwickelt und sich jene spezifischen Wesenszüge und Eigentümlichkeiten herausbilden, die Jahrzehnte später seine soziale, ökonomische und politische Physiognomie bestimmen – eben die 70er Jahre bis zur Jahrhundertwende –, von der Forschung sehr vernachlässigt worden ist. Zwar sind sowohl die vorangehenden wie auch die nachfolgenden Abschnitte kapitalistischer bzw. imperialistischer Entwicklung in Deutschland noch längst nicht bis ins Detail erforscht worden. Nichtsdestoweniger gestatten aber die dazu vorliegenden Monographien und die beachtliche Anzahl kleinerer Artikel, die wichtigsten ökonomischen Probleme und Entwicklungstendenzen nicht nur allgemein theoretisch zu formulieren, sondern auch einigermaßen durch historische Fakten zu belegen.

Auf die „Vernachlässigung der Probleme jener Zeit, die der Herrschaft des Monopolkapitals voranging . . .“, hat übrigens Kuczynski bereits im Jahre 1957 in seinen „Studien zur Geschichte des Kapitalismus“ hingewiesen. E. Giersiepen kommt drei Jahre später in ihrem Bericht „Die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der Forschungsarbeit der Wirtschaftshistoriker der DDR“¹ noch immer zu dem gleichen Ergebnis.

Sicherlich hat sich auch für diesen von der wirtschaftshistorischen Geschichtsschreibung vernachlässigten Zeitraum der Bereich des zuverlässig gesicherten

¹ Siehe *Giersiepen, Elisabeth*, Die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der Forschungsarbeit der Wirtschaftshistoriker der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderheft 1960.

Wissens beträchtlich erweitert. Es sei hier unter anderem auf die diesbezüglichen Arbeiten von Kuczynski, Mottek, Rehbein, Rathmann, Sonnemann, Richter, Nussbaum, König und anderen verwiesen.² Hierbei handelt es sich aber, von den Arbeiten Kuczynskis abgesehen, durchweg um Beiträge, die sich mit einzelnen Problemen beschäftigen. Fehlt also bisher eine zusammenfassende, wirtschaftshistorisch fundierte, marxistische Analyse dieses Zeitabschnittes, so reichen auch – bei der komplizierten und widersprüchlichen Entwicklung dieser Jahre – die von den einzelnen Autoren zusammengetragenen Materialien für eine solche Darstellung nicht aus. So fehlen beispielsweise genaue Untersuchungen über den Verlauf des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses im deutschen Bankwesen. Ferner müßten die Herausbildung und die Wirkungssphären des deutschen Finanzkapitals, ja überhaupt die besonderen Erscheinungsformen des deutschen Imperialismus während ihres Entstehens systematisch analysiert werden.

Scheiterte also bis jetzt eine systematische wirtschaftshistorische Analyse an den erwähnten Gebrechen, so zehrten alle bisherigen in dieser Richtung unternommenen Versuche ausnahmslos entweder von den theoretischen Erkenntnissen Lenins oder von dem Material, das er für seine Forschungen zusammengetragen hatte. Nun ist es selbstverständlich, daß kein marxistischer Wirtschaftshistoriker sich den Problemen dieser Zeit zuwenden kann, ohne auf den Erkenntnissen Lenins zu fußen. Da Lenin aber in allererster Linie die allgemeine Charakterisierung des Imperialismus im Auge hatte, ersetzen sie keines-

² *Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte des Kapitalismus Berlin 1957; *derselbe*, Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 11: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1825–1866, Berlin 1961; ebenda, Bd 12: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873–1914, Berlin 1961; ebenda, Bd 13: Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 bis zum Ersten Weltkrieg und andere Studien, Berlin 1961; *Mottek/Blumberg/Wutzmer/Becker*, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960; *Rehbein, Elfriede*, Zum Charakter der preußischen Eisenbahnpolitik von ihren Anfängen bis zum Jahre 1879, phil. Diss. Dresden 1953; *Mottek, Hans*, Die Ursachen der preußischen Eisenbahnverstaatlichung des Jahres 1879 und die Vorbedingungen ihres Erfolges, oec. Diss. Berlin 1950; *Rathmann, Lothar*, Bismarck und der Übergang Deutschlands zur Schutzzollpolitik (1873/75–1879), in: ZfG, 5/1956; *Sonnemann, Rolf*, Die Auswirkungen des Schutzzolls auf die Monopolisierung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie 1879–1892, Berlin 1960; *Richter, Siegfried*, Die Struktur des deutschen Außenhandels von 1872–1892. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Imperialismus, oec. Diss. Halle 1961; *Nussbaum, Manfred*, Vom „Kolonialenthusiasmus“ zur Kolonialpolitik der Monopole. Zur deutschen Kolonialpolitik unter Bismarck, Caprivi, Hohenlohe, Berlin 1962; *König, Erika*, Die deutsche Sozialdemokratie und die aufkommenden Wirtschaftsmonopole, Berlin 1958. Weitere Literaturangaben s. bei *Giersiepen, Elisabeth*, a. a. O., S. 237 ff.

falls die systematische Erforschung der Besonderheiten des deutschen Imperialismus und ihres Entstehens.

Diese Übersicht in Form einer gedrängten Bestandsaufnahme des Vorhandenen möge demonstrieren, woran es für eine Gesamtdarstellung dieses wichtigen Zeitabschnittes im vorhin geäußerten Sinne mangelt. Natürlich können die folgenden Ausführungen die gesamte Problematik des Übergangs des deutschen Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium auch nicht annähernd erschöpfen. Sie dienen vielmehr dem Zweck, die Diskussion wieder zu beleben, und sind als möglicher Ausgangspunkt für diese Diskussion gedacht.

Zum Inhalt ist einschränkend hinzuzufügen, daß in allererster Linie die augenfälligste Erscheinung und das wichtigste Element der neuen Entwicklungsphase des Kapitalismus – das Monopol – behandelt werden wird. Eine Reihe neuer Fakten wird seine Entstehungsgeschichte in Deutschland in einem klareren Lichte erscheinen lassen als bisher.

I. ZU EINIGEN THEORETISCHEN FRAGEN DES IMPERIALISMUS UND DER „ÜBERGANGSPERIODE“

Wann beginnt und wann endet die „Übergangsperiode“ vom Kapitalismus der sogenannten freien Konkurrenz zum Imperialismus?

Wenn Lenin bei seinen Untersuchungen über den Imperialismus als ein besonderes Stadium des Kapitalismus vor einer dogmatischen Periodisierung warnt – „Es erübrigt sich natürlich zu sagen, daß alle Grenzen in Natur und Gesellschaft bedingt und beweglich sind, daß es sinnlos wäre, z. B. über die Frage zu streiten, seit welchem Jahr oder Jahrzehnt der Imperialismus als ‚endgültig‘ herausgebildet gelten kann“³ –, so darf man daraus nicht den Schluß ziehen, daß es der Dialektik der gesellschaftlichen Entwicklung widersprechen würde, für ein gegebenes kapitalistisches Land die Grenzen genauer zu ziehen, innerhalb deren es sich zum Imperialismus hin entwickelt. Die Periodisierung der geschichtlichen Entwicklung wird einerseits um so gröber, je mehr Länder in sie einbezogen werden, andererseits um so genauer, je enger der Kreis gezogen wird.

Nun könnte man einwenden, daß die Bestimmung des Zeitpunktes, von dem an ein Land imperialistische Züge trägt, überhaupt nicht ohne Bezugnahme auf andere imperialistische Länder möglich ist; denn es liegt ja im Wesen dieses letzten Stadiums kapitalistischer Entwicklung, daß der Imperialismus über die Schranken der Nation austritt, daß die Verflechtung kapitalistischer Länder untereinander immer enger wird, kurz: daß der Imperialismus erst

³ Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ausgewählte Werke, Bd 1, Berlin 1953, S. 840.

dann seine Herrschaft antritt, wenn er in mehreren Ländern zugleich existiert. Und in der Tat unterscheidet sich diese letzte Phase kapitalistischer Entwicklung dadurch von den anderen Entwicklungsstadien des Kapitalismus, daß sie alle hochentwickelten Länder zur ungefähr gleichen Zeit erfaßt. Die Unterschiede im Entwicklungsstand gleichen sich für eine kurze Periode aus, um dann allerdings wieder um so stärker hervorzutreten. Auf diese Ungleichmäßigkeit der Entwicklung werden wir später noch zu sprechen kommen.

Trotz dieses Einwandes muß die Möglichkeit und Notwendigkeit einer exakteren Zäsur für ein bestimmtes Land als gegeben angenommen werden. Um das im einzelnen zu begründen, erscheinen zunächst einige Bemerkungen zur Periodisierung überhaupt notwendig. Die marxistische Geschichtsperiodisierung zeichnet sich gegenüber einer formal-idealistischen dadurch aus, daß ihre Grenzziehungen auf den Erkenntnissen des historischen Materialismus beruhen. Eine neue Phase historischer Entwicklung ist dann erreicht, wenn der Inhalt, das Wesen der vorhergehenden Periode durch das Wirken neuer Gesetzmäßigkeiten gesprengt wird, wenn jenes Maßverhältnis erreicht ist, dessen Überschreitung die Aufhebung und Negierung des Wesens der alten Epoche bedeutet.

Was heißt das in bezug auf den hier zu untersuchenden Zeitraum? Die „Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt“ ist die freie Konkurrenz: „das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz . . .“⁴

Natürlich hat es weder im vormonopolistischen Kapitalismus jemals einen Zustand absolut freier Konkurrenz gegeben, noch herrscht das Monopol im Imperialismus absolut in dem Sinne, daß neben ihm die freie Konkurrenz völlig verschwunden ist; ja, das Monopol setzt sich gerade im dauernden Kampf gegen die nichtmonopolisierten Betriebe – und teils auch Zweige – durch und weitet die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise aus.⁵ Aber das Wesen, die „Grundeigenschaft“ ist hier die freie Konkurrenz und dort das Monopol.

Daher muß der Übergang zum Imperialismus dort und dann seinen Anfang nehmen, wo und wann das Monopol die freie Konkurrenz zu verdrängen beginnt. Dieser leicht zu treffenden theoretischen Formulierung steht aber die bedeutend schwierigere Aufgabe gegenüber, eine solch abstrakte Definition auf die gesellschaftliche Realität eines Landes zu übertragen und ihr durch eine Jahreszahl konkreten Ausdruck zu verleihen. Kartelle zum Beispiel gab es in der deutschen Schwerindustrie schon lange vor 1870, so daß die Existenz monopolistischer Verbände allein noch keinen Maßstab für die Beurteilung einer solchen Frage gibt.

Folgen wir darum zunächst Lenin, der im Anschluß an die Darlegungen Vogelsteins zu dem Schluß kommt: „Die wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole sind demnach: 1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahr-

⁴ Ebenda, S. 839.

⁵ Ebenda.

hundreds – die höchste Stufe der Entwicklung der freien Konkurrenz; kaum merkbare Ansätze zu Monopolen. 2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind. 3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900 bis 1903: Die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.“⁶

Diese Periodisierung ist eindeutig und läßt keinen Platz für Spekulationen. Nun hat sich aber in manche marxistischen politökonomischen und wirtschaftshistorischen Arbeiten ein Fehler eingeschlichen, der von Kuczynski im zwölften Band seiner „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ zum Anlaß genommen wurde, um gegen Oelßner zu polemisieren. Oelßner⁷ – genauso wie Mottek⁸ – schreibt nämlich den oft zitierten Satz „Die große Umwälzung beginnt mit dem Krach von 1873 oder, richtiger, mit der ihm folgenden Depression . . .“⁹ nicht Vogelstein, der von Lenin zitiert wird, sondern Lenin selbst zu. Nun ist das zwar eine wissenschaftliche Unsauberkeit, die zumindest in der vierten Auflage ausgemerzt sein sollte, aber doch kein Fehler, der sich nachteilig auf die Interpretation dieses Satzes auswirken würde. Es gibt nämlich unseres Erachtens keinen Anhaltspunkt dafür, daß Lenin mit einer solchen Abgrenzung des Zeitpunktes beginnender Monopolisierung nicht einverstanden gewesen wäre. Weder widerspricht Lenin einer solchen Charakteristik und Periodisierung direkt, noch lassen seine folgenden Ausführungen erkennen, daß ihm eine andere Zäsur angemessen erscheint.

Kuczynski dagegen ist anderer Meinung. Er schreibt: „Lenin zitiert hier (. . .) Vogelstein, um, wie er sagt, ‚die Zeit der *endgültigen* (. . .) Ablösung des alten Kapitalismus‘ am Anfang des 20. Jahrhunderts zu bestimmen. Nicht aber, weil er mit Vogelsteins Einschätzung der siebziger Jahre übereinstimmt. Im Gegenteil gibt er ausdrücklich eine ganz andere Einschätzung des Zeitpunktes der ‚Großen Umwälzung‘.“¹⁰ Kuczynski läßt dann im Zitat jene zwei Sätze Lenins folgen, die wir bereits anführten.

Uns scheint, daß Kuczynskis Polemik gegen Oelßner der Grundlage entbehrt, ja, daß er selbst irrt. Sollte man geneigt sein, diese ganze Diskussion als wenig sinnvoll, als Akribie am falschen Platz aufzufassen, so muß dem entgegengehalten werden, daß es hier nicht nur um die Bestimmung eines Zeitpunktes, sondern offensichtlich auch um die Beurteilung historischer Vorgänge geht, die auch philosophisch zu interpretieren sind. Folgen wir darum der Kritik Kuczynskis an Oelßner ein wenig genauer, nicht ohne jedoch vorher einige grundsätzliche Bemerkungen zur Übergangsperiode zu machen. Wenn wir

⁶ Ebenda, S. 781.

⁷ Oelßner, Fred, Die Wirtschaftskrisen, 4. Aufl., Berlin 1953, S. 263.

⁸ Mottek/Blumberg/Wutzmer/Becker, a. a. O., S. 61.

⁹ Vogelstein, zit. nach: Lenin, W. I., a. a. O., S. 780.

¹⁰ Kuczynski, Jürgen, Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 12, a. a. O., S. 9.

sagen, daß der Übergang zum Imperialismus nicht durch einen einmaligen Akt vollzogen wurde, so erscheint das jedem Ökonomen und Historiker als eine Binsenwahrheit. Die „große Umwälzung“, von der Vogelstein mit Recht spricht, vollzieht sich in einem Zeitraum von rund dreißig Jahren und stellt sich – philosophisch gesprochen – als Sprung dar, der keinen explosiven Charakter trägt. Je mehr sich diese Umwälzung ihrem Ende nähert, um so intensiver treten jene Merkmale in Erscheinung, die dem Imperialismus das Gepräge geben: die Monopole. Wenn die Monopole in den siebziger Jahren auch noch keine entscheidende Rolle spielen, wenig stabil sind und oft genug zusammenbrechen – viele Monopole kommen ja auch noch in der Krise von 1891 zu Fall –, so sind sie doch bereits Ausdruck jener großen Umwälzung, die sich eben nicht in den Jahren 1900 oder 1903 vollzieht, sondern den Zeitraum einer ganzen Generation in Anspruch nimmt. Kuczynski versteht unter der Umwälzung aber offensichtlich etwas anderes. Er schreibt – nachdem er zuvor Lenins Periodisierung zitiert hat – folgendes: „Das heißt, die Depression der siebziger Jahre fällt in eine Zeit, in der die Monopole noch Ausnahmen, noch als keine irgendwie den Wirtschaftsverlauf bestimmende Faktoren zu charakterisieren sind, also keine ‚große Umwälzung‘ bringen können. Denn wir befinden uns ja gerade auf der höchsten Stufe der Entwicklung der freien Konkurrenz.“¹¹ Unseres Erachtens liegt diesen Sätzen eine falsche Auffassung des Begriffes Umwälzung bzw. ihres Charakters zugrunde. Das wird ganz deutlich bei Kuczynskis Feststellung, daß diese Monopole (der siebziger Jahre) „keine ‚große Umwälzung‘ bringen können“ (von uns hervorgehoben).

Sie bringen sie tatsächlich nicht, aber in einem anderen Sinne als dem von Kuczynski verstandenen. Diese Monopole bringen die „große Umwälzung“ deshalb nicht, weil sie selbst Teil dieser Umwälzung sind, weil ihre Existenz – selbst wenn sie nicht festen Bestand haben – davon zeugt, daß die Umwälzung, der Übergang zum Imperialismus – nicht der Beginn des Imperialismus selbst – schon im Gange ist, daß sich bereits die Anfänge „neuer“ Produktionsverhältnisse zeigen. Der Hinweis darauf, daß wir uns in den siebziger Jahren „ja gerade auf der ‚höchsten Stufe der Entwicklung der freien Konkurrenz‘“ befinden, ist kein Gegenargument. Lenin nimmt die gleichen siebziger Jahre einmal in die erste Gruppe auf („die höchste Stufe der Entwicklung der freien Konkurrenz; kaum merkbare Ansätze zu Monopolen“), zum anderen aber auch in die zweite („... weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen ... sind“). Und das ist auch ganz logisch. Denn die Geschichte aller antagonistischen Gesellschaftsordnungen lehrt, daß die Blütezeit einer Gesellschaftsordnung zugleich auch die Keime hervortreten ließ, die die Zersetzung der noch kräftigen Produktionsweise bewerkstelligten; so das 14. Jahrhundert in Deutschland. Darum sind die siebziger Jahre in Deutschland äußerst widerspruchsvoll, eine Zeit des Noch und Schon. Und schließlich können wir Kuczynski, der mit Recht großen Wert auf eine genaue Inter-

¹¹ Ebenda.

pretation der Meinungen Lenins legt, mit einer Feststellung Lenins antworten, die er in einem anderen Zusammenhang traf: „... Wir wollen das Jahr 1876 nehmen, einen gut gewählten Zeitpunkt, denn gerade zu dieser Zeit kann man die Entwicklung des westeuropäischen Kapitalismus in seinem vormonopolistischen Stadium im großen und ganzen als beendet betrachten...“¹². Wenn Lenin hier auch nicht vom deutschen Kapitalismus spricht, so scheint es doch gerechtfertigt, ihn in diesem Zusammenhang in den westeuropäischen einzubeziehen. Was folgt aus dem bisher Gesagten?

Die Übergangsperiode vom vormonopolistischen Kapitalismus, dem „Kapitalismus mit vorwiegend freier Konkurrenz“ (von uns hervorgehoben – d. Verf.), zum Imperialismus ist eine Zeit der „großen Umwälzung“, eine Etappe kapitalistischer Entwicklung, während der die „Grundeigenschaft“ des Kapitalismus, die freie Konkurrenz, durch die sich entwickelnden Monopole aufgehoben bzw. zerstört wird, nicht, um ganz zu verschwinden, sondern um in einer neuen Qualität, als Konkurrenzkampf der Monopole gegen die „Außenseiter“ und als Kampf der Monopole gegeneinander wieder aufzutauchen. Unter dem Aspekt der hochentwickelten kapitalistischen Länder betrachtet, erstreckt sich diese Übergangsperiode über einen Zeitraum von rund dreißig Jahren, der in den siebziger Jahren beginnt und mit der Krise von 1900 bis 1903 sein Ende findet.

Wir wollen nun zu unserer Fragestellung zurückkehren. Es war die Frage aufgeworfen worden, ob für ein gegebenes kapitalistisches Land Beginn und Ende der „großen Umwälzung“ nicht etwas genauer zu bestimmen seien als nur im Rahmen der europäischen Entwicklung im allgemeinen. Nehmen wir zunächst England. Seine Blütezeit der freien Konkurrenz fällt in die Jahre zwischen 1840 und 1860.¹³

Und doch traten „zwei der wichtigsten Merkmale des Imperialismus – großer Kolonialbesitz und Monopolstellung auf dem Weltmarkt – ... in England schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts hervor“¹⁴. Lenin spricht deshalb auch von den „imperialistischen Besonderheiten des englischen Kapitalismus“¹⁵. Diese Besonderheiten ermöglichten es auch dem englischen Kapital, bedeutend früher, als das die Bourgeoisie der anderen Länder tun konnte, das englische Proletariat in Arbeiteraristokraten und „gewöhnliche“ Arbeiter zu spalten, den Opportunismus zu züchten. An diesem Beispiel wird so recht deutlich, wie wichtig es ist, den Grad kapitalistischer bzw. imperialistischer Entwicklung eines Landes genauer zu bestimmen. Engels' Feststellung in einem Brief an Marx vom 7. 10. 1858¹⁶, „daß das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert“, wird eben dadurch begründet, daß eine „Nation, die die ganze Welt exploitiert...“, auch die Summen ausgeben kann, die notwendig sind,

¹² Lenin, *W. I.*, a. a. O., S. 831.

¹³ Vgl. ebenda, S. 830.

¹⁴ Ebenda, S. 856.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Zit. ebenda.

um das Bewußtsein der Arbeiter einzuschläfern. Man muß also den ökonomischen Veränderungen nachspüren, wenn man bestimmte Erscheinungen, die auf einem ganz anderen Gebiet des gesellschaftlichen Lebens liegen können, erklären will. Nehmen wir Frankreich: „Das französische Finanzkapital war aber zu Beginn dieser Periode (gemeint ist das Jahr 1876 – d. Verf.) vielleicht ebenfalls um ein Mehrfaches größer als das Deutschlands und Japans zusammengekommen.“¹⁷ Lenin bezeichnet den französischen Imperialismus als „Wucherimperialismus“. Dieses Merkmal eines enormen Kapitalexports bildete sich auch schon in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts heraus, bevor also der Kapitalismus insgesamt erste Merkmale des Imperialismus trug. Der deutsche Kapitalismus dagegen streift um 1870 gerade erst die Merkmale der industriellen Revolution ab, er kann weder Kolonien sein eigen nennen noch sich der Profite erfreuen, die mit hohen Kapitalanlagen im Ausland verbunden sind. Müssen dann also nicht England und Frankreich, die viel früher als Deutschland imperialistische Züge angenommen haben, in die Übergangsperiode eingetreten sein?

Diese Frage führt uns zur „Grundeigenschaft“, zum wichtigsten Merkmal des Imperialismus zurück. Worin liegt das Wesen des Imperialismus?

Die Verfasser erinnern sich einiger Diskussionen, die im Zusammenhang mit der These Tarlés¹⁸ standen, daß die Eroberungskriege Napoleons imperialistische Kriege gewesen seien. Tarlé beruft sich in seiner Beurteilung der Raubzüge Napoleons auf Lenin. Es ist aber gar nicht so schwierig, diesen Widerspruch zu lösen.

Lenins Urteil ist eindeutig. Er schreibt: „Kolonialpolitik und Imperialismus hat es auch vor dem jüngsten Stadium des Kapitalismus, ja vor dem Kapitalismus selbst gegeben. Das auf Sklaverei beruhende Rom trieb Kolonialpolitik und verwirklichte einen Imperialismus. Aber ‚allgemeine‘ Betrachtungen über den Imperialismus, die den radikalen Unterschied in den ökonomischen Gesellschaftsformationen vergessen oder in den Hintergrund schieben, arten unvermeidlich in leere Banalitäten oder Flunkereien aus, . . . Selbst die kapitalistische Kolonialpolitik der früheren Stadien des Kapitalismus unterscheidet sich wesentlich von der Kolonialpolitik des Finanzkapitals.“¹⁹

Wenn in England – wie schon zitiert – „großer Kolonialbesitz und Monopolstellung auf dem Weltmarkt“ als wichtige Merkmale des Imperialismus schon seit 1850 zu beobachten sind, so darf man unseres Erachtens daraus nicht den Schluß ziehen, daß der Monopolkapitalismus schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts in England seinen Anfang genommen hat. Denn das wichtigste Merkmal imperialistischer Produktionsverhältnisse fehlte: das durch Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital gebildete Monopol. Lenin sagt dazu: „Die grundlegende Besonderheit des jüngsten Kapitalismus ist die Herr-

¹⁷ Ebenda, S. 832.

¹⁸ Tarlé, Napoleon, Berlin 1961, S. 12.

¹⁹ Lenin, W. I., a. a. O., S. 833/834.

schaft der Monopolverbände der Großunternehmer.“²⁰ Und an anderer Stelle: „Diese Verwandlung der Konkurrenz in das Monopol ist eine der wichtigsten Erscheinungen – wenn nicht die wichtigste – in der Ökonomie des neuesten Kapitalismus . . .“²¹ Gewiß ist Kuczynski recht zu geben²², wenn er sagt, daß es in England bereits zu dieser Zeit eine echte Konzentration von Kapital in Gesellschaften gab, die ganze Kolonien monopolistisch beherrschten. Aber das bedeutet unseres Erachtens nicht, daß die freie Konkurrenz als allgemeine Basis für die Realisierung des Profits schon aufgehoben gewesen wäre. Der 1860 abgeschlossene Handelsvertrag zwischen Frankreich und England bekräftigt das Freihandelsprinzip eindeutig, und der Freihandel wiederum ist Ausdruck des *laissez faire, laissez aller*.

Wenn also in England „gewisse imperialistische Züge der Entwicklung bedeutend früher als in anderen Ländern zum Vorschein kamen“²³, so bedeutet das unseres Erachtens nicht, daß der Beginn imperialistischer Entwicklung des englischen Kapitalismus bereits in die fünfziger und sechziger Jahre zu verlegen ist. Englands Welthandels- und Kolonialmonopol ist gewissermaßen ein Bestandteil des englischen Kapitalismus, seine Besonderheit, die sich in einem langen historischen Prozeß herausbildete. Nun ist allerdings zu beachten, daß sich dieses englische Weltmarkt- und Kolonialmonopol in den fünfziger und sechziger Jahren zu wandeln beginnt: Aus einem historisch gewordenen, dem englischen Kapitalismus infolge seines klassischen „geraden“ Weges gewissermaßen zugefallenen Monopol, das bis dahin dem Monopol der deutschen Hanse oder dem der Fugger und Welser mehr ähnelt als einem Monopol unter imperialistischen Bedingungen, wird ein „neues“, „imperialistisches“ Monopol, das England unter den Bedingungen des Übergangs zum Imperialismus im Kampf mit seinen Konkurrenten in die Waagschale werfen kann. Dieses gesamt-nationale Monopol ersetzt quasi das Monopol industrieller Unternehmungen, verzögert darum auch die Monopolbildung im engeren Sinne. Das entscheidende Merkmal imperialistischer Produktionsverhältnisse aber fehlt dem englischen Kapitalismus nach wie vor: das aus der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital erwachsene Monopol innerhalb der Industrie.

Es kann daher resümiert werden, daß der französische und der englische Kapitalismus zwar einzelne Züge des Imperialismus früher ausbilden als der deutsche, daß diese Merkmale aber infolge des Fehlens einer monopolisierten bzw. mit der Monopolisierung beginnenden Industrie nicht dazu berechtigen, den Beginn des Übergangs zum Imperialismus insgesamt früher als um 1870 anzusetzen.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda, S. 777.

²² Wir beziehen uns hier auf mündliche Diskussionen mit Kuczynski; eine Literaturangabe ist darum nicht möglich.

²³ *Lenin, W. I., a. a. O., S. 872.*

Wann bilden sich in Deutschland jene objektiven Merkmale, das heißt jene neuen ökonomischen Kategorien heraus, die den Beginn des Übergangs zum Imperialismus ankündigen?

Mottek schlägt in dem schon genannten Werk folgende Periodisierung der Geschichte der deutschen Industrie vor:

„2. Die industrielle Revolution 1834 bis 1873

3. Die kapitalistische Industrialisierung in der Zeit des allmählichen Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus 1873 bis etwa 1895“.²⁴

Wenn diese Periodisierung auch nicht ausschließlich unter dem Aspekt erfolgte, den wir hier zu beachten haben, so macht der Verfasser in den folgenden Ausführungen doch deutlich, daß er diesen Gesichtspunkt mit einbezieht. Er schreibt: „1873 beginnt also ein qualitativ neues Stadium in der Geschichte des deutschen Kapitalismus. In ihm vollzieht sich überdies als Grundlage des Übergangs zum monopolistischen Kapitalismus ein schneller Konzentrationsprozeß innerhalb der kapitalistischen Industrie.“²⁵ Eine nähere Begründung für die Wahl des Jahres 1873 gibt Mottek nicht; er übernimmt unter Zitierung des schon mehrfach erwähnten Satzes von Vogelstein Lenins Periodisierung, von der wir sagten, daß sie mit der Vogelsteins übereinstimmt.²⁶

Im Jahre 1873 zerrüttet die bis dahin tiefste und folgenschwerste Krise die deutsche Wirtschaft.²⁷

Daß die Überproduktionskrise von 1873 einen Kulminationspunkt in der Geschichte des deutschen Kapitalismus darstellt, findet seine Begründung erstens darin, daß sie zu einem Zeitpunkt über die deutsche Wirtschaft kam, da die objektive Basis der Monopolisierung, nämlich ein Höchstmaß von

²⁴ Mottek/Blumberg/Wutzmer/Becker, a. a. O., S. 63.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Es ist hier nicht der Ort, näher zu untersuchen, warum die Beendigung der industriellen Revolution mit dem Beginn des Übergangs zum Imperialismus zusammenfällt. Unseres Erachtens ist das insofern zufällig, als ein solches Zusammentreffen durch keine objektiven ökonomischen Gesetze begründet ist. Ganz im Gegenteil: Sowohl in der Geschichte des englischen als auch in der des französischen Kapitalismus folgt dem Abschnitt der industriellen Revolution eine Periode verstärkter Industrialisierung, eine Zeit, in der sich der Kapitalismus voll entfalten kann, ohne bereits mit den sich verschärfenden Widersprüchen beginnender Monopolisierung belastet zu sein. Diese Periode gibt es in der Geschichte des deutschen Kapitalismus in ihrer „reinen Form“ nicht; einige ihrer Merkmale begegnen uns jedoch zwischen 1870 und 1900.

²⁷ Wir begrüßen es sehr, daß Kuczynski die von Oelßner aufgestellte und von vielen Politökonomen übernommene These, wonach die Krise von 1873 „die letzte klassische Krise des Industriekapitalismus der freien Konkurrenz“ gewesen sein soll, durch gründliche Faktenuntersuchungen widerlegt hat. Nichtsdestoweniger bleibt es aber eine Tatsache, daß sie in ihren Auswirkungen verheerend gewesen ist. S. Kuczynski, Jürgen, Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 12, a. a. O., S. 10ff.

Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals im Rahmen des Kapitalismus der freien Konkurrenz, gerade erreicht war. Zweitens darum, weil sich in ihrem Gefolge die an und für sich Krisen innewohnende Eigenschaft, Klein- und Mittelbetriebe, aber auch Großbetriebe, zu ruinieren, verstärkt auswirken mußte; vor allem deshalb, weil die in den sogenannten Gründerjahren hochgetriebene Spekulation eine bedeutend größere Zahl von Betrieben in den Abgrund riß, als das schon „normalerweise“ der Fall ist. Hinzu kamen die langanhaltende Depression – bis 1879 – sowie die außerordentlich gestiegene Konkurrenz auch des Auslandes, die den Verfall bzw. den Bankrott vieler kleiner und mittlerer Betriebe bewirkte.

Untersuchen wir ein weiteres Merkmal hinsichtlich seiner Bedeutung für diese Periodisierung:

Die Schwenkung in der deutschen Handels- und Zollpolitik: Die Einführung des Schutzzolls.²⁸

Die Heranziehung der ab 1879 betriebenen schutzzöllnerischen Wirtschaftspolitik als Beweismittel für den Beginn des Übergangs zum Imperialismus mag Verwunderung hervorrufen, denn erstens ist 1879 nicht 1873, und zweitens handelt es sich bei der Zollpolitik ja nicht um Veränderungen der Ökonomie, sondern um eine Maßnahme des Staates. Es ist dies aber eine Maßnahme, die sowohl Ausdruck der Veränderungen der ökonomischen Basis als auch ein wichtiges Stimulans für die Entwicklung von Monopolen ist. Die schutzzöllnerische Wirtschaftspolitik eines im Übergang zum Imperialismus begriffenen Staates verstärkt die Monopolisierung insofern, als sie gerade jenen Industriezweigen Unterstützung gewährt, deren monopolistische Tendenzen sowieso schon stark ausgeprägt sind. Lenin zählt zu den „Bestandteilen des Begriffs ‚Imperialismus‘“ auch die „Ablösung des freien Handels und des friedlichen Verkehrs durch eine Politik der Gewalt (Zölle, Eroberungen usw.)“.²⁹ Oder an anderer Stelle: „Es sei bemerkt, daß er (der bürgerliche Ökonom Heymann – d. Verf.) Deutschland in Anbetracht der hohen Industrieschutzzölle eine gewisse Sonderstellung einräumt. Aber dieser Umstand konnte die Konzentration und die Bildung von monopolistischen Unternehmerverbänden, Kartellen, Syndikaten usw. nur beschleunigen.“³⁰ Es ist auch nicht von ungefähr, daß „die ersten Schritte auf dem Wege der Kartellierung zuerst von Ländern mit hohen Schutzzöllen (Deutschland, Amerika) getan wurden“.³¹ Es besteht also kein Zweifel daran, daß Imperialismus und Schutzzollpolitik in einem engen Zusammenhang stehen.³² Infolgedessen kann der Zeitpunkt, da

²⁸ Siehe hierzu *Sonnemann, Rolf*, Die Auswirkungen des Schutzzolls auf die Monopolisierung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, Berlin 1960, S. 19 ff.

²⁹ *Lenin, W. I.*, Hefte zum Imperialismus, Berlin 1957, S. 176.

³⁰ *Derselbe*, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a. a. O., S. 778/779.

³¹ Ebenda, S. 870.

³² Zumindest gilt das für die Zeit bis zum Ende der zweiten Etappe der allgemeinen Krise. Gegenwärtig gehen von den stärksten imperialistischen

ein kapitalistisches Land diese „neuen“ Schutzzölle – im Gegensatz zu den alten, etwa im Sinne Friedrich Lists verstandenen Schutzzöllen – zu seinem wirtschaftspolitischen Kampfmittel erhebt, als Hilfsmittel für die Periodisierung dienen. Was nun die Gegenüberstellung der Jahre 1873 und 1879 betrifft, so meinen wir, daß man beide Jahre gelten lassen sollte, um damit folgendes auszudrücken:

Die objektive Grundlage für eine sich anbahnende imperialistische Entwicklung ist durch einen hohen Grad der Konzentration und Zentralisation gegeben. Die Krise von 1873 förderte diesen Prozeß objektiv. Die Schutzzollpolitik Bismarcks stützte und forcierte die Monopolbildung „von Amts wegen“, sie verlieh ihr zusätzliche Wirksamkeit. Sie legte aber zugleich davon Zeugnis ab, daß man mit den liberalen Gedankengängen am Ende seines Lateins war. Die Jahre von 1873 bis 1879 sind darum die Einleitung des Übergangs zum Imperialismus. Die ökonomischen Veränderungen finden ihre Widerspiegelung in einer immer mehr zunehmenden Agitation der schutzzöllnerisch orientierten Großbourgeoisie zugunsten einer staatlich gelenkten Politik der Absperrung des nationalen Marktes vom Ausland; in der organisatorischen Zusammenfassung der Kapitalisten in Unternehmerverbänden; in der Schaffung einer Allianz von Junkern und Großbourgeoisie zum Zwecke der ungehinderten Erfüllung ihrer monopolistischen Bestrebungen.

Von wann an trägt der deutsche Kapitalismus imperialistische Züge? Wir erinnern uns der Periodisierung Lenins: „Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900 bis 1903: Die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.“³³ Setzt diese allgemeingültige, auf die kapitalistischen Länder ganz Europas bezogene Feststellung Lenins auch zugleich die genaue Grenze für den Umschlag des deutschen Kapitalismus in den Imperialismus? Spiegelt das Allgemeine das Einzelne genau wider, oder haben wir Veranlassung, den Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Kapitalismus früher anzusetzen? Haben sich in Deutschland nicht schon vor 1900 jene Merkmale in aller Deutlichkeit herausgebildet, die das Wesen des Imperialismus ausmachen?

Man muß auch diese Frage wieder unter dem Aspekt der Monopolisierung der Industrie betrachten, wenn auch nicht vergessen werden soll, daß die Herausbildung des Finanzkapitals, der immer mehr zunehmende Kapitalexport und die anderen Wesensmerkmale des Imperialismus dazugehören. Da die Existenz großer Syndikate und sogenannter gemischter Betriebe (Kombinationen) aber gar nicht ohne die sich anbahnende Verschmelzung von Industrie- und

Ländern gewisse „neue“ Freihandelsbestrebungen – neue insofern, als das mit ihnen verfolgte Ziel nichts mehr mit dem Grundsatz des „laissez faire, laissez aller“ zu tun hat – aus, die den Vormarsch dieser Länder auf die Märkte der schwächeren kapitalistischen Staaten erleichtern sollen.

³³ *Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a. a. O., S. 781.*

Bankkapital denkbar ist, reduziert sich für uns die Frage nach dem Zeitpunkt des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus auf das erstgenannte Problem. Die Leninsche Periodisierung macht das ja auch deutlich.

Welche Stellung haben die marxistischen Wirtschaftshistoriker bisher zu dieser Frage bezogen? Es sei zunächst Mottek zitiert, dessen Periodisierungsvorschlag so lautet:

„4. Entwicklung der deutschen Industrie in den Anfängen des deutschen Imperialismus 1895 bis 1914“³⁴. Leider gibt Mottek für die Wahl dieses Zeitpunktes keine Begründung.

Kuczynski, an dessen Forschungen und Darstellungen immer wieder anzuknüpfen ist, wenn man sich mit Problemen des deutschen Imperialismus auseinandersetzt, hat die hier zu untersuchende Frage in den letzten Jahren wiederholt gestellt und beantwortet. Da wir meinen, daß seine Analysen nicht frei von Widersprüchen sind, erscheint es notwendig, ihnen aufmerksam zu folgen. Er schreibt: „... im Jahre 1894, ganz zu Beginn der Periode des Monopolkapitalismus, wie sie Lenin für alle großen kapitalistischen Länder datiert, war das Zentrum der deutschen Roheisenproduktion . . . wohl durchorganisiert mit Kartellen und Syndikaten. . .“³⁵ Man kann Kuczynski nur dann zustimmen, wenn man den „Beginn der Periode des Monopolkapitalismus“ als einen Zeitraum von zehn Jahren betrachtet, während dessen sich bereits existierende Monopole und Monopolgruppen (wie in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie) festigen und schließlich in der Krise von 1900 auch behaupten. An anderer Stelle heißt es: „Die einflußreichsten Monopolorganisationen Deutschlands vor 1894, vor der neuen Welle von Monopolgründungen, die in Deutschland den Monopolkapitalismus endgültig als Macht etablieren . . .“³⁶ Und schließlich in dem gleichen Zusammenhang: „So kann bereits für einige Zeit vor der Periode des Monopolkapitalismus, die wir etwa um 1894 beginnen lassen können . . .“³⁷

Das IV. Kapitel im gleichen Band dagegen weist wieder folgende Formulierung auf: „Der deutsche Kapitalismus beging das Ereignis der Jahrhundertwende in doppelter Weise: er brachte das Monopolkapital zur Macht und feierte das Jahr, indem er in eine zyklische Überproduktionskrise schlidderte.“³⁸

Diese Gegenüberstellung soll zeigen, wie schwer es Kuczynski fällt, konsequent zu bleiben. Soll man das Jahr 1894 oder die Jahrhundertwende als den Beginn des Imperialismus ansetzen? Diese mangelnde Konsequenz kann man aber Kuczynski insofern nicht vorwerfen, als wirtschaftshistorische Trennungs-

³⁴ Mottek/Blumberg/Wutzmer/Becker, a. a. O., S. 63.

³⁵ Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd 1, 2. Aufl., Berlin 1952, S. 120.

³⁶ Ebenda, S. 87.

³⁷ Ebenda, S. 89.

³⁸ Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 12, a. a. O., S. 105.

linien viel schwerer zu finden sind als solche in der politischen Geschichte, das heißt, die Grenzen sind fließend. Um das deutlich zu machen, ein Beispiel: 1894 war – wie schon bemerkt – die Monopolisierung der Schwerindustrie Westdeutschlands so weit fortgeschritten, daß man bereits in dieser Zeit von einer Herrschaft des Monopolkapitals in diesem Territorium sprechen kann. Das schlesische Industrievier dagegen wurde erst im Jahre 1903 der Herrschaft der Monopole unterworfen. Die Teerfarbenindustrie als der bedeutendste Zweig der chemischen Industrie bekam mit der Bildung der beiden „Dreibünde“ aus den Jahren 1904 bis 1906 Monopolcharakter. Einerseits hatte die Monopolisierung der Kohlen- und Eisenindustrie schon 1893/94 ihren vorläufigen Abschluß gefunden, andererseits machte erst die Gründung des Stahlwerksverbandes im Jahre 1904 die Monopolisierung der Schwerindustrie vollständig. Wo also die Grenze ziehen? Wenn wir nun gar noch den Konzentrationsprozeß im Bankwesen mit einbeziehen, wird die Grenzziehung noch schwerer. Einerseits ist bereits im Jahre 1881 mit der Bildung der sechsten deutschen Großbank ein gewisser Abschluß der Monopolisierung gegeben, andererseits kann „von einer Monopololigarchie, die gemeinsam Industriebetriebe und Banken leitet, erst nach der Jahrhundertwende die Rede sein . . .“³⁹ Die Schwierigkeit einer genauen Periodisierung liegt ganz einfach darin, daß man der Realität, also dem widerspruchsvollen Monopolbildungsprozeß gerecht werden muß, aber andererseits nicht in ein eklektizistisches „sowohl – als auch“ verfallen darf. Wir meinen darum, daß sich eine gewisse Willkür in der Bestimmung des Kulminationspunktes gar nicht vermeiden läßt. Es war weiter oben gesagt worden, daß es der politischen Geschichte leichter falle, ihre Grenzen zu ziehen. Der Lehrbuchbeitrag „Deutschland von 1897/98 bis 1917 (Deutschland in der Periode des Imperialismus bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution)“⁴⁰ soll uns dafür als Beispiel dienen. Klein gibt zunächst ebenfalls keine Begründung für die Wahl der Jahre 1897/98 als Beginn der von ihm dargestellten Periode, sondern schreibt nur allgemein: „Wir setzen den Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus in Übereinstimmung mit wiederholten Hinweisen Lenins etwa mit der Jahrhundertwende an. Dabei ist selbstverständlich zu beachten, daß dieser Übergang nicht auf ein bestimmtes Datum fixiert werden kann. Es handelt sich um einen Prozeß, der zum Beispiel in bezug auf die Monopolbildung schon seit den siebziger Jahren im Gange war, der aber um die Jahrhundertwende so weit fortgeschritten war, daß man von der Herausbildung einer neuen Qualität sprechen kann.“⁴¹ Wenn die Bestimmung „etwa mit der Jahrhundertwende“ sich dann in den genannten beiden Jahren niederschlägt, so ist zu fragen: Was ereignete sich in diesen Jahren? Was brachten sie Neues? Sind die in diese Jahre fallenden Ereignisse bereits Ausdruck imperialistischer Machtbestrebungen, soweit sie unmittelbar aus den neuen ökonomischen Verhältnissen resultieren?

³⁹ *Derselbe*, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, a. a. O., S. 147.

⁴⁰ *Klein, Fritz*, Deutschland 1897/98–1917, Berlin 1961.

⁴¹ *Ebenda*, S. 373.

In der Einleitung zum zweiten Kapitel kommt Klein noch einmal auf die zeitliche Begrenzung zu sprechen. Er schreibt: „Eine Vielzahl von markanten Ereignissen in den Jahren 1897 und 1898 gestattet es, den Beginn der neuen Epoche genauer auf diese beiden Jahre zu fixieren. Solche Ereignisse sind vor allem: die ‚Sammlungspolitik‘ von Bourgeois und Junkern (Regierungsumbildung Sommer 1897, Bildung des Ausschusses für die Vorbereitung der Handelsverträge Herbst 1897), die Okkupation von Kiautschou Ende 1897 . . .“⁴²

Wenn wir uns – ohne den von Klein genannten Ereignissen hier weiter zu folgen – dieser Periodisierung auch unter wirtschaftshistorischem Aspekt anschließen, so nicht deshalb, weil auch die Wirtschaftsgeschichte Daten bieten kann, die die Jahre 1897/98 als eindeutigen Beginn des Imperialismus ausweisen, sondern weil wir meinen, daß sich die ökonomischen Veränderungen nach 1871 nun in politischen Ereignissen widerspiegeln, die die Einheit von Ökonomie und Politik drastisch dokumentieren. Zugleich wollen wir damit zum Ausdruck bringen, daß der deutsche Kapitalismus in einer relativ kurzen Frist, schneller und stürmischer als der englische und französische, monopolistische Züge annahm, daß die Basis der deutschen Schwerindustrie, das Rhein-Ruhr-Saar-Gebiet, zugleich das Nest der deutschen Rüstungsindustrie, bereits vor der Jahrhundertwende von Monopolen beherrscht wurde. Es soll aber damit auch zum Ausdruck kommen, daß der deutsche Imperialismus früher als die anderen imperialistischen Hauptländer bereit war, den Kampf um die Neuaufteilung der Welt mit kriegerischen Mitteln in Angriff zu nehmen.

Zur Frage der Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung des Kapitalismus vor und nach Beginn des Übergangs zum Imperialismus

In den einleitenden Bemerkungen zum ersten Abschnitt dieser Untersuchung war festgestellt worden, daß das letzte Stadium kapitalistischer Entwicklung, der Imperialismus, in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern zur ungefähr gleichen Zeit seinen Anfang nimmt. Das ist insofern eine Besonderheit in der Geschichte des Kapitalismus überhaupt, als alle anderen vorhergehenden Entwicklungsperioden – wie die der Manufaktur und der industriellen Revolution – in den wichtigsten kapitalistischen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten einsetzen und ihr Ende finden. Die Meinungen Kuczynskis und Motteks zur Periodisierung der Geschichte des deutschen Kapitalismus sind jedem Wirtschaftshistoriker bekannt; es erübrigt sich hier, auf sie im einzelnen einzugehen. Es soll nur resümierend festgehalten werden, daß der Kapitalismus sich während all seiner Entwicklungsphasen durchaus ungleichmäßig entwickelt und es vor 1900 keinen Zeitpunkt gibt, den man als Punkt eines zeitweiligen „Gleichgewichtes“ in der ökonomischen Stärke der einzelnen Länder fixieren oder von dem man sagen könnte, daß sich jetzt zwei oder mehrere Länder gleichauf befinden. Die ökonomischen Daten bzw. wirtschaftshistorischen Tatsachen bestätigen also die Erkenntnis Lenins, daß „die Ungleich-

⁴² Ebenda, S. 38.

mäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder . . . im Kapitalismus unvermeidlich⁴³ ist. Darum ruft es Verwunderung hervor, wenn man zuweilen – so bei Studenten der Wirtschaftswissenschaft – der Meinung begegnet, daß die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der kapitalistischen Länder erst mit dem Beginn des Monopolkapitalismus ihren Anfang nehme.

Sicherlich hat eine solche, im Widerspruch zu den historischen Tatsachen stehende Auffassung ihre Ursache in einer dogmatischen Interpretation dieses Gesetzes, die ihrerseits durch eine mangelnde Faktenkenntnis hervorgerufen wird. Andererseits dürfte eine solche Meinung auch durch eine unpräzise Darstellungsweise in der jüngsten Auflage des Lehrbuches „Politische Ökonomie“ genährt werden. Dort wird nämlich ausdrücklich vom „Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder in der Periode des Imperialismus“⁴⁴ gesprochen. Natürlich entwickeln sich die kapitalistischen Länder in der Phase des Monopolkapitalismus ungleichmäßig, und hinsichtlich der ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Folgen dieser Ungleichmäßigkeit kann man gar nicht genug Wert legen auf die Kenntnis eines solchen Gesetzes. Es erhebt sich doch aber sofort die Frage, ob dieses Gesetz denn nur im Imperialismus wirksam sei. Jener Lehrbuchabschnitt, der sich mit dieser Problematik befaßt, läßt diese Frage unbeantwortet. Statt dessen gibt es dort eine Reihe widersprüchlicher Feststellungen, so zum Beispiel die, daß sich im Kapitalismus „die einzelnen Betriebe und Wirtschaftszweige eines Landes nicht gleichmäßig entwickeln können“, wohingegen der Kapitalismus sich während der freien Konkurrenz noch „relativ gleichmäßig“ entwickle.⁴⁵

Wenige Seiten später steht der unpräzisen Formulierung „relativ gleichmäßig“ ein Leninzitat gegenüber, wonach „die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung . . . ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus“ ist.⁴⁶ Es bleibt also nur zu schlußfolgern, daß dieses „unbedingte Gesetz“ bereits in der Periode des vormonopolistischen Kapitalismus wirksam ist. Eine solche Feststellung müßte unseres Erachtens bei einer Überarbeitung des Lehrbuches in diesem Kapitel ausdrücklich getroffen werden. Was sich im Imperialismus gegenüber dem vormonopolistischen Kapitalismus ändert, sind die Wirkung und die Folgen dieses Gesetzes, nicht aber die Existenz des Gesetzes selbst. Da sich das Kapital während des vormonopolistischen Kapitalismus noch keineswegs der ganzen Erdoberfläche bemächtigt hat, berühren sich die Interessensphären der einzelnen kapitalistischen Nationen noch nicht oder

⁴³ *Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a. a. O., S. 816.*

⁴⁴ *Politische Ökonomie, Lehrbuch, 3. Aufl., Berlin 1960, S. 287.*

⁴⁵ *Ebenda.*

⁴⁶ *S. ebenda, S. 290.* Die zitierte Stelle findet sich allerdings nicht auf S. 695, sondern ist bei *Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a. a. O., auf S. 753* angegeben.

nicht in dem Maße, wie dies später unter der Ägide des Monopolkapitals der Fall ist. Die ungleichmäßige Entwicklung wird begleitet von der kapitalistischen Durchdringung fast aller Länder der Erde und schließt sie ein.

Es sollte daher in Zukunft statt vom „Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder in der Periode des Imperialismus“ von der veränderten Wirkung und von den veränderten Folgen dieses Gesetzes in der Periode des Imperialismus gesprochen werden.

Im Rahmen der in diesem Artikel zu behandelnden Fragen ist dieses Problem aber nicht einmal das wichtigste. Von ungleich größerer Bedeutung erscheint es uns, den Zusammenhang zwischen der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung während des Kapitalismus und der Gleichzeitigkeit des Übergangs zum Imperialismus zu klären. Wir halten dies nicht nur aus theoretischen Gründen für erforderlich, sondern weil sich daraus auch neue Gesichtspunkte für die wirtschaftshistorische Beurteilung des deutschen Kapitalismus in jenem Entwicklungsstadium ergeben.

Wenn weiter oben davon gesprochen wurde, daß es auch vor der Jahrhundertwende in der historischen Entwicklung der kapitalistischen Länder keinen Zeitpunkt gegeben hat, den man als Zustand eines zeitweiligen ökonomischen „Gleichgewichtes“ zwischen ihnen bezeichnen kann, andererseits aber ein gleichzeitiger Übergang der kapitalistischen Hauptländer zum Imperialismus stattgefunden hat, mag dies auf den ersten Blick als ein Widerspruch erscheinen. Wir wollen versuchen, diesem scheinbaren Widerspruch nachzugehen. Die Fragestellung soll sich vor allem auf folgende Gesichtspunkte reduzieren:

1. Wie kommt es unter den Bedingungen der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung innerhalb des Kapitalismus und unter der Voraussetzung, daß die einzelnen kapitalistischen Länder sowohl hinsichtlich des Beginns ihrer kapitalistischen Entwicklung wie auch hinsichtlich des Eintretens in die verschiedenen Perioden kapitalistischer Entwicklung erhebliche Unterschiede aufweisen, zu einem gleichzeitigen, gemeinsamen Übergang dieser Länder zum Imperialismus?
2. Wieso drängen die deutschen Verhältnisse in mancher Hinsicht sogar schneller, stürmischer und kraftvoller zum Imperialismus, obwohl die ökonomische und politische Entwicklung des deutschen Kapitalismus während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehemmt und verzögert und die industrielle Revolution zur Zeit des Übergangs zum Imperialismus gerade eben erst beendet ist?

Zum ersten Punkt: Unter dem zusammenfassenden und verallgemeinernden Begriff der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus verstehen wir die aus den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion und den historischen Besonderheiten der einzelnen kapitalistischen Länder resultierende Ungleichmäßigkeit des Wachstumstempos der verschiedenen Länder. Das gilt sowohl für die jeweiligen Volkswirtschaften als ganze wie für deren einzelne Industriezweige. Ein Zustand des ökonomischen Gleich-

gewichtetes sowohl innerhalb der Ökonomik eines gegebenen Landes als auch zwischen den kapitalistischen Staaten würde dem anarchischen Charakter der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus widersprechen. Selbst wenn bestimmte äußere, statistisch feststellbare Daten, wie das Produktionsvolumen, der Außenhandel etc. sich quantitativ gleichen, so liegen ihnen doch oft genug verschiedenartige Ursachen zugrunde. Nun kann aber im Ergebnis der ungleichmäßigen Entwicklung der Fall eintreten, daß auf einer bestimmten Stufe der historischen Entwicklung das unterschiedliche Wachstumstempo zu einer Verringerung der Niveauunterschiede zwischen den kapitalistischen Ländern führt. Eine solche Tendenz hat unseres Erachtens während des Übergangs zum Imperialismus vorgeherrscht. Diese Annäherung der ökonomischen Positionen einiger kapitalistischer Länder hat jedoch nichts mit einem ökonomischen Gleichgewicht zwischen diesen Ländern zu tun. Sie ist außerdem insofern begrenzt, als sie nur einige, wenn auch die wichtigsten Staaten umfaßt. Andererseits wird die Ungleichmäßigkeit in der ökonomischen und politischen Entwicklung zwischen den kapitalistischen Hauptländern und den von ihnen abhängigen Staaten und Gebieten um so krasser. Das heißt also, die Verringerung der Unterschiede im ökonomischen Niveau zwischen den Hauptländern wird begleitet von einer wachsenden Ungleichmäßigkeit im Rahmen der kapitalistischen Welt überhaupt.

Was die Rangfolge anbetrifft, so ändert sich zwar die Stellung Großbritanniens, Frankreichs, der USA und Deutschlands in ihr, nicht aber die Tatsache, daß es eine solche Hierarchie gibt. Was dem Übergangszeitraum vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus eigen ist, ist die schnelle Veränderung der Positionen der einzelnen Länder. Nicht davon berührt werden jedoch die entscheidenden Charaktermerkmale, die den englischen Imperialismus als kolonialen, den deutschen als junkerlich-bourgeoisien Imperialismus usw. ausweisen. Ist nun der gemeinsame Eintritt mehrerer hochentwickelter kapitalistischer Länder in die Phase des Imperialismus eine zufällige oder zwangsläufige Folge der vorangegangenen ökonomischen Entwicklung? Alle Merkmale sprechen für eine zwangsläufige, notwendige Gemeinsamkeit des Übergangs zum Imperialismus. Nehmen wir zunächst eine Erscheinung, die sich uns beim Studium der Krisengeschichte des 19. Jahrhunderts darbietet:

Seit den siebziger Jahren beeinflussen die „nationalen“ Krisenzyklen Großbritanniens, Frankreichs, der USA und Deutschlands in wachsendem Maße einander, was nicht heißt, daß sie eine unterschiedslos gleiche Entwicklung nehmen oder daß ihre Höhe- bzw. Tiefpunkte schon übereinstimmen. Wir sehen diese wachsende gegenseitige Beeinflussung, die auf eine zunehmende Verflechtung der „nationalen“ Volkswirtschaften hindeutet, in der Tatsache, daß beispielsweise eine Agrarkrise oder ein Eisenboom in einem der betreffenden Länder entsprechende Rückwirkungen in den übrigen zeitigt und zu entsprechenden Veränderungen im Verlauf ihrer Konjunkturzyklen führt. Hieran ändert nach unserer Meinung die zwischen 1867 und 1893 festzustellende offenkundige Entfernung der „nationalen“ Krisenzyklen voneinander nichts, da ja

der Verlauf des Konjunkturzyklus von vielen Faktoren – darunter auch politischen – abhängig ist.

Wollte man einwenden, daß schon seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine solche wechselseitige Beeinflussung der Krisenzyklen in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern zu beobachten ist, so muß dem folgendes entgegengehalten werden: In den vierziger bis sechziger Jahren hat diese Tatsache ganz andere Ursachen als in dem Zeitraum nach 1873. Resultierte sie zwischen 1848 und 1866 aus dem übermächtigen Einfluß Englands, so findet sie von den siebziger Jahren an ihre Begründung in einer weitgehenden gegenseitigen Durchdringung und Abhängigkeit relativ weit entwickelter nationaler Volkswirtschaften. Dies wiederum basiert auf der durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgebrachten und intensivierten internationalen Arbeitsteilung, die sich in dem Maße ausbreitet, wie die kapitalistische Produktion überhaupt zunimmt. Der mehr und mehr spezialisierte Produktionsprozeß erfordert eine durch viele Fäden an die anderen Länder gebundene Produktionsbasis. Diese unerläßliche Bedingung resultiert ihrerseits aus dem objektiven Streben des Kapitals nach einem möglichst reibungslosen Verlauf des Reproduktionsprozesses, hier vor allem hinsichtlich der Wiederherstellung der sachlichen Voraussetzungen. Jede Störung des kontinuierlichen Verlaufs des Reproduktionsprozesses beeinträchtigt nicht nur die Akkumulation des Mehrwertes eines Einzelkapitals; sie verzögert und verlangsamt auch die Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise.

Eine zweite Ursache für die Gemeinsamkeit des Übergangs zum Imperialismus erblicken wir in folgendem: Die Entwicklung des vormonopolistischen Kapitalismus erfolgte seiner Tendenz nach im nationalen Rahmen, der aber dann – gegen Ende dieser Phase schon weitgehend durchlöchert – vom Imperialismus endgültig gesprengt wird. Das Monopolkapital trägt schon während seiner Herausbildung eine kosmopolitische Tendenz in sich. Zwar bildet sich das einzelne Monopol im Bereiche einer nationalen Ökonomik, aber sein Zweck ist von vornherein ein doppelter: Bekämpfung der inländischen und der ausländischen Konkurrenten. Es liegt im Wesen des Monopols, daß es seinen Herrschaftsbereich über die Grenzen einer Nation auszudehnen bestrebt ist. Aber nicht nur die Tatsache, daß das einmal gebildete Monopol die Schranken des nationalen Marktes durchbricht, ist hier von Bedeutung; schon der Prozeß seiner Entstehung zeigt, daß es einiger auslösender Impulse bedarf, die außerhalb des nationalen Marktes liegen. Natürlich erfolgt die Herausbildung monopolistischer Organisationsformen der Industrie auf der Grundlage des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses, der um 1870 im Rahmen des vormonopolistischen Kapitalismus jene Stufe erreicht hat, wo er ins Monopol umschlagen muß. Dieser Umschlag kommt aber nicht nur zustande infolge der sich immer mehr verschärfenden Konkurrenz auf dem Binnenmarkt, sondern inzwischen „hat sich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt bedeutend gesteigert durch die rapide Entwicklung der Industrie in allen Kulturländern . . .“⁴⁷

⁴⁷ Marx, Karl, Das Kapital, Bd 3, Berlin 1956, S. 142, Anm. von Friedrich Engels.

Die Produktivkräfte sind den „Gesetzen des kapitalistischen Warenaustausches“ also im internationalen Rahmen über den Kopf gewachsen. Nehmen wir zum Beispiel Ungarn. Obwohl die großindustrielle Entwicklung in diesem Land erst nach 1870 einsetzt, bildet sich die Schwerindustrie unter dem Einfluß der Kapital exportierenden, hochentwickelten Länder des Westens doch gleich in Gestalt von Monopolen aus, gibt es schon zu Anfang der achtziger Jahre eine ganze Reihe von Monopolorganisationen, deren Zahl bis 1900 auf zirka vierzig ansteigt.

Die Verringerung der Unterschiede im ökonomischen Niveau der einzelnen Länder erstreckt sich natürlich nicht gleichmäßig auf die gesamte Volkswirtschaft. Es ist vornehmlich die Schwerindustrie, deren Entwicklungsstand in den vier wichtigsten kapitalistischen Staaten eine Tendenz zum „Ausgleich“ zeigt. Alle in der Schwerindustrie ausgenutzten modernen technischen Errungenschaften haben nicht nur den Großbetrieb und eine enge Verbindung von Industrie- und Bankkapital zur Voraussetzung, sondern werden von vornherein international angewandt (man denke zum Beispiel an das Verfahren nach Thomas-Gilchrist). Ein sicheres Anzeichen dafür, daß das Monopol die freie Konkurrenz im internationalen Rahmen zu verdrängen beginnt, sind Schutzzölle und die „neuen“ Patentgesetzgebungen.

Die Zunahme der Konkurrenz auf dem Weltmarkt drängt also vor allem in der Schwerindustrie zu Monopolen, die um so leichter entstehen, als es sich in diesem Zweig um relativ wenige Werke handelt, deren Zusammenschluß infolge des hohen Grades der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital zustande kommt.

Wir schließen hiermit den – keineswegs vollständigen – Versuch ab, die Beziehungen zwischen der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung und dem gleichzeitigen Übergang mehrerer Länder zum Imperialismus zu klären.

Die Erörterung unserer zweiten Frage führt jedoch weit über den allgemeinen theoretischen Rahmen dieses ersten Teiles hinaus. Wir werden ihr im zweiten Hauptteil gebührende Aufmerksamkeit widmen und beschränken uns hier auf die allgemeine Feststellung, daß die in mancher Hinsicht raschere und stürmischere Entwicklung zum Imperialismus ihre Ursache in Faktoren findet, die in einem engen Zusammenhang mit der speziellen Art und Weise stehen, wie Deutschland „von oben“ geeint wurde.

*Zur Frage des technischen Fortschritts im Imperialismus*⁴⁸

Naturgemäß kann sich die Erörterung theoretischer Probleme im Rahmen eines solchen Artikels nur auf einige wenige Fragen beschränken, deren Beantwortung für die Darstellung des konkreten Verlaufs der Übergangsperiode

⁴⁸ Kurz vor Abgabetermin dieses Artikels wurde uns die – nach erster Durchsicht sicher bedeutungsvolle – Arbeit von Zoch, Klaus, Monopole und technischer Fortschritt unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Apologeten der Monopole, oec. Diss. Berlin 1960, bekannt. Es ist uns leider nicht mehr möglich, auf sie einzugehen.

zum Imperialismus wichtig ist. Wenn wir aus der Vielzahl dieser Fragen die nach der Möglichkeit, Begrenztheit und Widersprüchlichkeit des technischen Fortschritts im Imperialismus aufgreifen, so ist das zunächst dem gleichen Umstand geschuldet, der auch zur Behandlung der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung im Kapitalismus anregte. Die Definition des Imperialismus als des faulenden, parasitären Kapitalismus, wie sie Lenin gegeben hat, wird oftmals ganz zu unrecht und im Widerspruch zu den Untersuchungen Lenins zum Anlaß genommen, eine Meinung zu vertreten, die man etwa so wiedergeben kann: Da Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse nicht mehr miteinander in Übereinstimmung zu bringen sind, verlangsamt sich der technische Fortschritt, können Erfindungen und neue Produktionsverfahren nur sehr schwer Eingang in die Produktion finden, werden Patente aufgekauft, Produktionskapazitäten nicht ausgelastet usw. Eine solche Ansicht wird dann zu einem Dogma, wenn sie – ohne die konkreten Verhältnisse zu berücksichtigen – als allgemeingültig bezeichnet wird. Man vergißt dabei, daß sich erst in der Periode des Imperialismus Industriezweige herausbilden, die – wie etwa die Elektroindustrie – gerade dadurch profitieren, daß sie die neuesten Erfindungen technisch nutzbar machen. Man läßt die Tatsache außer acht, daß ein imperialistisches Land gerade dadurch die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise enorm steigern kann, daß es den technischen Fortschritt auf einem bestimmten Gebiet maximal ausnutzt, monopolisiert und im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt ausspielt. Man sieht gewissermaßen den Wald als Ganzes, ohne die einzelnen Bäume zu beachten, man malt grau in grau, ohne zu sehen, daß das Grau deshalb zustande kommt, weil sich die schwarzen Töne mit den weißen mischen. Damit soll keinem Eklektizismus, keinem „sowohl – als auch“ das Wort geredet werden, sondern die ganze Widersprüchlichkeit der Ausnutzung neuer Produktivkräfte im Imperialismus soll demonstriert werden. Wie wäre denn sonst auch die Meinung Lenins zu verstehen, der vom „schwindelerregenden technischen Fortschritt“⁴⁹ spricht, davon, daß „die Technik . . . sich in unseren Tagen mit unglaublicher Geschwindigkeit“⁵⁰ entwickelt, und der an anderer Stelle sagt: „Indes ging bekanntlich während dieser Zeit die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere die der Kohlen- und Eisenindustrie, in Deutschland unvergleichlich schneller vor sich als in England, geschweige denn in Frankreich oder Rußland.“⁵¹ Und warum war der deutsche Imperialismus „frischer, kräftiger, organisierter“⁵² als der englische? Unter anderem doch deshalb, weil er sich neue Erfindungen und Verfahren zunutze machen konnte.

Lenin macht unter der Überschrift „Der Platz des Imperialismus in der Geschichte“ das ganze Problem noch einmal mit folgenden Worten deutlich: „Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließe; durchaus nicht: Einzelne Industriezweige,

⁴⁹ Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a. a. O., S. 816.

⁵⁰ Ebenda, S. 835.

⁵¹ Ebenda, S. 848.

⁵² Ebenda, S. 862.

einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren im Zeitalter des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere dieser Tendenzen. Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher . . .“ Das ist die eine Seite, der eine Pol des Widerspruchs, dem ein anderes Merkmal gegenübersteht. Darum fährt Lenin unmittelbar daran anschließend fort: „Aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigsten Länder (England).“⁵³

Der Imperialismus ist nicht deshalb faulender Kapitalismus, weil den Produktivkräften und damit dem technischen Fortschritt kein Raum mehr zur Weiterentwicklung bliebe, sondern darum, weil die sich zum Teil stürmisch entwickelnden Produktivkräfte vom Monopol seinen Zwecken nutzbar gemacht werden, weil sie nicht der Wirtschaft eines Landes als Ganzem zugute kommen, sondern einem kleinen Häuflein von Finanzkapitalisten und Rentiers, weil sie nicht den allgemeinen Bedürfnissen entsprechend – zum Beispiel in der Landwirtschaft – revolutionierend wirken können, sondern in Form des Kapitalexports in andere Länder drängen und diese Staaten den Monopolen hörig werden, weil die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet werden, weil die Arbeitslosigkeit zum Damoklesschwert für die Arbeiterklasse wird, und schließlich, weil der technische Fortschritt eingesetzt wird, um in Eroberungskriegen Tod und Vernichtung über die Menschheit zu bringen. Die Frage, ob es im Imperialismus noch einen technischen Fortschritt gibt, kann also nur unter dem Aspekt des Profits beantwortet werden, unter dem Aspekt der Verwertungsbedürfnisse des Kapitals. Es ist hier vom Imperialismus die Rede gewesen. Um wieviel mehr gilt aber eine solche Einschätzung für die Zeit des Übergangs zum Imperialismus, da sich die Ungleichmäßigkeit in der kapitalistischen Entwicklung der Länder verstärkt, da die einen – wie Deutschland und die USA – als „junge, kräftige“ kapitalistische Staaten den technischen Fortschritt nutzen können, um andere kapitalistische Länder – wie Frankreich und England – einzuholen und zu überholen. Nehmen wir die Eisen- und Stahlindustrie und die chemische Industrie Deutschlands. Innerhalb dreier Jahrzehnte gelingt es der Deutschen Eisen- und Stahlindustrie – vor allem mit Hilfe des Thomas-Gilchrist'schen Verfahrens –, die französische Eisen- und Stahlindustrie weit abzuschlagen und die englische einzuholen. Die deutsche chemische Industrie – und hier vor allem die Teerfarbenindustrie – setzt sich schon um 1900 an die Spitze der chemischen Industrie der ganzen Welt. Sie bedient sich dabei im Konkurrenzkampf eines sehr schlaun Patentverfahrens, das in seiner Wirkung dem Englands und Frankreichs weit überlegen ist.

Um zu verstehen, in welchem Tempo sich der deutsche Kapitalismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelt, ist es notwendig, den um 1870 erreichten Grad kapitalistischer Entwicklung in Deutschland genauer zu bestimmen.

⁵³ Ebenda, S. 871/872.

II. DER ENTWICKLUNGSSTAND DES DEUTSCHEN KAPITALISMUS AM ANFANG DER SIEBZIGER JAHRE DES 19. JAHRHUNDERTS

Um das ökonomische Wachstum des deutschen Kapitalismus in den folgenden Jahrzehnten und seine gleichzeitige Transformation zum Monopolkapitalismus in ihrem ganzen Ausmaße – vor allem im Verhältnis zu Großbritannien, Frankreich und den USA – hervortreten zu lassen, bedarf es eines kurzgefaßten Überblickes darüber, welches Niveau der deutsche Kapitalismus am Beginn dieses Transformationsprozesses erreicht hat. Es handelt sich aber nicht darum, die einzelnen, zum Teil schon bekannten Fakten hier ausführlich darzustellen. Im folgenden soll vielmehr versucht werden, diese Daten zu einem möglichst umfassenden Gesamtbild zusammenzufügen.

Was zunächst den absoluten Zuwachs der deutschen Industrieproduktion anbetrifft, so weisen die siebziger Jahre gegenüber dem Durchschnitt des vorangegangenen Wirtschaftszyklus nach Berechnungen Kuczynskis eine rund vierzigprozentige Steigerung des Volumens auf. Für die drei folgenden Zyklen von 1879 bis 1902 schwanken die durchschnittlichen Steigerungsquoten zwischen siebenunddreißig Prozent und fünfundvierzig Prozent. Die Verminderung des prozentualen Wachstumstempos gegenüber den fünfziger Jahren verleitet Kuczynski zu dem nach unserer Meinung nicht gerechtfertigten Schluß, daß hier bereits Niedergangerscheinungen des deutschen Kapitalismus im Sinne eines frühzeitigen Verfalls am Werke seien, die mit dem beginnenden Übergang zum Imperialismus in Zusammenhang zu bringen sind. Diese Niedergangerscheinungen beginnen, wie Kuczynski weiter sagt, „auf das Tempo der Produktionssteigerung zu drücken“.⁵⁴ Wir halten diese Aussage aus den folgenden Gründen für zu weitgehend: Es erscheint uns nicht gerechtfertigt, solche Schlußfolgerungen lediglich aus der prozentualen Steigerung des Wachstumstempos abzuleiten. Je nach Größe der Basis repräsentiert ein Prozent der Steigerung ganz verschieden große absolute Zuwachsraten. Eine Verlangsamung des Wachstumstempos liegt nach unserer Meinung erst dann vor, wenn sich die absoluten durchschnittlichen jährlichen Zuwachsquoten eines bestimmten Zeitraumes gegenüber dem vorangegangenen Vergleichszeitraum verringert haben. Das aber ist unseres Wissens und nach – allerdings nur oberflächlicher – Prüfung der statistischen Angaben in den in Frage kommenden Zeiträumen nie der Fall gewesen. Wenn man berücksichtigt, daß die deutsche Industrieproduktion nach Kuczynskis eigenen Angaben im Durchschnitt der fünfziger Jahre gegenüber dem Durchschnitt des vorigen Jahrzehnts von fünf auf elf, also um sechs Indexeinheiten, im Zyklus 1879 bis 1886 gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum durchschnittlich von einundzwanzig auf neunundzwanzig, also um acht Indexeinheiten, und während des

⁵⁴ Vgl. *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland 1871 bis in die Gegenwart, Bd 1, Teil 2; 1871–1932, 6. Aufl., Berlin 1954, S. 19.

folgenden Zyklus 1887 bis 1894 auf vierzig, also um elf Indexeinheiten, gestiegen ist, so kann man nach Ansicht der Verfasser keineswegs von einem Nachlassen des Tempos der Produktionssteigerung sprechen.

In einem solchen Falle bliebe der technische Fortschritt während des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts – auf den übrigens Lenin selbst hinweist⁵⁵ – unerklärbar. Außerdem widersprechen diese angeblich durch das Monopol verursachten Niedergangerscheinungen des deutschen Kapitalismus im Bereiche der Produktion der von Kuczynski an anderer Stelle selbst geäußerten Ansicht – die auch die Verfasser vertreten –, daß die Zyklen einschließlich der Krisen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Deutschland noch nicht merklich durch die Auswirkungen des Monopols beeinflußt werden. Es ist nicht gut möglich, die Entwicklung der deutschen Industrieproduktion einerseits als Resultat der Zyklen, die eben noch nicht merklich durch die Auswirkungen des Monopols beeinflußt werden, zu interpretieren und sie andererseits mit Niedergangerscheinungen des deutschen Kapitalismus in Zusammenhang zu bringen.

Sofern es im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts tatsächlich solche „Niedergangerscheinungen“ innerhalb des deutschen Kapitalismus gibt, halten wir sie für nicht so ausgeprägt, daß sie in der Lage wären, das Tempo der Produktionssteigerung entscheidend zu beeinflussen. Sicherlich spielen hier beispielsweise die Auswirkungen dessen, was Engels die „great depression“ nennt, keine untergeordnete Rolle.

Vergleichen wir nun einmal das Volumen der deutschen Industrieproduktion am Anfang der siebziger Jahre mit dem der britischen, der französischen und derjenigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nach den Anteilen an der Weltindustrieproduktion hat Deutschland Frankreich bereits überholt, gegenüber Großbritannien und den USA fällt es aber weit ab. Im Außenhandel ist die Reihenfolge allerdings umgekehrt. Gerechnet nach den Anteilen am Weltaußenhandel rangiert Frankreich noch vor Deutschland und dieses vor den USA. Auch hier hält Großbritannien mit weitem Abstand die Spitze. Allerdings wird in den folgenden Jahren die Position, die die alten kapitalistischen Industrienationen Großbritannien und Frankreich auf dem Weltmarkt innehaben, weniger durch den Export als vielmehr in erster Linie durch den Import bestimmt, während es im Falle Deutschlands und auch der USA gerade umgekehrt ist.

Was die Struktur der deutschen Industrieproduktion anbetrifft, so besteht sie am Anfang der siebziger Jahre überwiegend – zu etwa zwei Dritteln – aus Konsumtionsmitteln. Es sind aber die Produktionsmittel, deren Wachstum der Ausdehnung des deutschen Produktionsvolumens in den Jahrzehnten bis zur Jahrhundertwende ihr charakteristisches Gepräge verleiht.

Die deutsche Roheisenproduktion hat um 1870 einen Stand erreicht, der sie nach Großbritannien und knapp hinter den USA den dritten Platz in der Welt

⁵⁵ Vgl. hierzu die Ausführungen über den technischen Fortschritt in dem entsprechenden Abschnitt dieses Artikels.

einnehmen läßt. Bei Stahl behauptet Deutschland, am Produktionsausstoß der ersten Hälfte der siebziger Jahre gemessen, den zweiten Platz. Frankreich erreicht um diese Zeit etwa 50 Prozent der deutschen Stahlproduktion. Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich bei einem Vergleich der deutschen und der französischen Kohleförderung. Die französische erreicht knapp zwei Drittel der deutschen. Auch hier liegt Deutschland wiederum hinter Großbritannien und knapp hinter den USA an dritter Stelle.

Diese Rangstufe, die die deutsche Eisen-, Stahl- und Montanindustrie in der Weltproduktion innehat, resultiert aus ihrer frühzeitigen und starken Konzentration in Form der Großindustrie. Abgesehen von der deutschen Baumwollspinnerei existieren zu dieser Zeit nennenswerte großindustrielle Produktionsformen größeren Ausmaßes nur noch in der chemischen Industrie, genauer gesagt in der deutschen Teerfarbenindustrie. Mit Ausnahme der Anilin- und Alizarinfarbenherstellung, die ein für damalige Zeiten relativ großes Ausmaß erreichte und auf dem Weltmarkt dominierte, ist die großindustrielle Fertigung in diesem Industriezweig erst im Aufbau begriffen. Überhaupt ist das, was damals unter chemischer Industrie verstanden wurde, durchaus noch nicht mit modernen Maßstäben zu messen. So ist denn auch für die siebziger Jahre die Abhängigkeit von England und die Überlegenheit der englischen Konkurrenz ganz eindeutig. Die wichtigsten Zwischenprodukte – auch für die Farbenindustrie – mußten noch immer aus England bezogen werden.

Als deutsche Besonderheit, gewissermaßen als ein Rudiment der eigentümlichen ökonomischen Entwicklung des deutschen Kapitalismus, bleiben nun noch der relativ starke Anteil der handwerklich orientierten Zweige und der Heimindustrie an der deutschen Industrieproduktion sowie der eminent starke Anteil der auf der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte beruhenden ländlichen Industrie am Export zu erwähnen. Insgesamt aber treten sie, trotz ihres hohen Anteils und ihrer quantitativen Zunahme in den folgenden Jahrzehnten immer mehr in den Hintergrund.

Werfen wir nun zur Abrundung noch einen kurzen Blick auf die wichtigsten Zweige des deutschen Kommunikationssystems. Um 1875 erreicht das deutsche Eisenbahnnetz eine Ausdehnung von rund 28000 km und hält damit die Spitze in Europa. Die deutsche Handelsschiffstonnage beträgt dagegen zur gleichen Zeit nur etwa ein Achtel der englischen, ist insgesamt aber größer als die französische. Berücksichtigt man aber die Dampfschiffe allein, so fällt Deutschland hinter Großbritannien, Frankreich und Spanien auf den vierten Platz in Europa zurück.

Dies ist in kurzen Zügen das ökonomische Potential, auf dessen Basis der deutsche Kapitalismus in den Kampf um die ökonomische Vorherrschaft in der Welt eintritt und das die Voraussetzung für alle Veränderungen seiner ökonomischen Physiognomie bis zur Jahrhundertwende abgibt. Die Haupttendenzen seiner Veränderungen bewegen sich in folgender Richtung:

In zunehmendem Maße treten, auf der Grundlage der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals, die Merkmale und

Erscheinungsformen des Imperialismus in den Vordergrund. Die Monopolbildung geht vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie, der Montanindustrie und der chemischen Industrie voran. Auch die entstehende deutsche Elektroindustrie schließt sich bereits zu Monopolen zusammen, beginnt aber hinsichtlich ihres Anteils an der deutschen Gesamtproduktion erst in den neunziger Jahren in den Vordergrund zu treten. Bis 1892 wächst die deutsche Industrieproduktion schneller als die deutsche Ausfuhr. Das ist ein Zeichen dafür, daß sich der deutsche Kapitalismus, vor allem auf seinem heimatlichen Territorium, in die Tiefe und in die Breite entwickelt. Begünstigt wird diese Tendenz durch eine bis 1892 zunächst vorzugsweise auf den inneren deutschen Markt gerichtete Orientierung der entstehenden deutschen Monopolorganisation. Eine durch das deutsche Monopolkapital inspirierte handelspolitische Expansion großen Stils findet bis zum Beginn der neunziger Jahre ebenfalls nicht statt.

Besonders deutlich wird die bis zu Beginn der neunziger Jahre vorwiegend nach innen gerichtete Tendenz des entstehenden deutschen Monopolkapitals einmal darin, daß die nachweisbaren Auswirkungen dieses deutschen Monopolkapitals, so stark sie im Bereiche der unmittelbaren Produktion bereits sind, in der deutschen Außenhandelsstruktur nur in sehr abgeschwächtem Maße in Erscheinung treten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bewegen sich die Veränderungen innerhalb der deutschen Außenhandelsstruktur vornehmlich noch im Bereiche vormonopolistischer Erscheinungsformen. Andererseits läßt der bei starkem Wachstum in der Produktion bis 1892 konstant bleibende Exportanteil der Produktionsmittel gleichfalls auf die erwähnte Tendenz in der Orientierung der deutschen Monopolbourgeoisie schließen.

Erst im folgenden Jahrzehnt erfolgt die entscheidende Hinwendung des deutschen Monopolkapitals zu einer expansiven Politik. Dies zeigt sich seitdem nicht nur am Wachstum der deutschen Fertigwarenausfuhr, sondern auch in einer sprunghaften Veränderung ihrer Struktur. Hatte sich der Anteil der Produktionsgüter von 1880 bis 1890 faktisch kaum verändert und siebenundzwanzig Prozent bzw. achtundzwanzig Prozent des deutschen Fertigwarenxports betragen, so stieg er bis zur Jahrhundertwende auf neununddreißig Prozent und bis 1910 sogar auf achtundvierzig Prozent an. Es besteht kein Zweifel, daß hieran in erster Linie die in der deutschen Schwerindustrie verwurzelten Monopolverbände beteiligt waren.

III. WELCHE FAKTOREN BEGÜNSTIGEN DEN BESCHLEUNIGTEN ÜBERGANG DES DEUTSCHEN KAPITALISMUS ZUM IMPERIALISMUS?

Die Zahl jener Faktoren, die den Übergang des deutschen Kapitalismus vom vormonopolistischen in sein imperialistisches Stadium beschleunigten, ist recht umfangreich. Es ist gleichfalls einleuchtend, daß die Veränderungen im

Bereiche der ökonomischen Basis des deutschen Kapitalismus zur Ausbildung entsprechender Formen in den Institutionen des Überbaus führen mußten und auch geführt haben, und so spannt sich der Bogen der begünstigenden Faktoren von wirtschaftspolitischen über juristische – insbesondere zivilrechtliche (Patentrecht!) – bis zu einzelnen anderen staatlichen Maßnahmen. Die Autoren haben sich hier auf jene beschränkt, die sie entweder für wichtig und daher unbedingt erwähnenswert hielten bzw. zu deren Beurteilung sie im Hinblick auf das Thema vom Fachgebiet der Wirtschaftsgeschichte aus in der Lage waren.

Unter den Faktoren, die den Übergang des deutschen Kapitalismus zum Imperialismus während des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts beschleunigten, nehmen – chronologisch betrachtet – diejenigen den ersten Platz ein, die mit dem Abschluß des Kampfes um die deutsche Einheit bzw. mit der Verwirklichung der junkerlich-bourgeois Variante von der Einheit Deutschlands zusammenhängen. Es ist daher zunächst die Frage zu beantworten, inwieweit die Folgen des deutsch-französischen Krieges den Übergang Deutschlands zum Imperialismus unterstützt haben.

Nicht direkt damit im Zusammenhang stehend, der zeitlichen Einordnung entsprechend aber als erstes zu nennen, ist das Aktiengesetz vom 11. Juli 1870. Bekanntlich ist die Aktiengesellschaft die häufigste juristische Form eines Monopolunternehmens. Dadurch, daß das genannte Gesetz die staatliche Konzessionspflicht aufhob, erleichterte es in juristischer Hinsicht das zukünftige Zustandekommen des Monopols.

Die ökonomischen Ergebnisse der militärischen Auseinandersetzung Preußen-Deutschlands mit Frankreich waren von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten drei Jahrzehnte. Der im unmittelbaren Ergebnis dieses Krieges zustande gekommene deutsche Nationalstaat lieferte Deutschland nicht nur an Preußen aus, sondern schuf auch ein erweitertes Exploitationsfeld für die bereits existierende deutsche Großindustrie und beschleunigte den Prozeß ihrer Erstarkung. Zudem machte sich der Staat – mindestens seit Anfang der achtziger Jahre – zum Interessenvertreter nicht mehr der gesamten deutschen Bourgeoisie, sondern er unterstützte eindeutig die deutsche Groß- bzw. Monopolbourgeoisie. Daß der Staatsapparat in dem Maße, wie die Macht der Monopolorganisationen zunahm, immer mehr die Interessen dieser Monopole vertrat, ist natürlich keine deutsche Besonderheit, wohl aber die Form, in der das geschah, und der Zeitpunkt, an dem dieser Prozeß begann.

Was ferner die französischen Kriegskontributionen anbetrifft, so ist sicher, daß sie ebenfalls beschleunigend im angedeuteten Sinne gewirkt haben. Ein großer Teil floß innerhalb kurzer Zeit über die deutschen Einzelstaaten, die die Beiträge zur Rückzahlung der Kriegskredite benutzten, in die deutsche Wirtschaft. Meistens gelangten diese Kapitalien jedoch entweder unmittelbar oder mittelbar in die Verfügungsgewalt der deutschen Großindustrie, sofern sie nämlich zur Spekulation verwendet wurden und die deutsche Großindustrie den Löwenanteil der Spekulationsgewinne abschöpfte. Der deutschen Groß-

bourgeoisie kamen diese Gelder wie gerufen. Sie benutzte sie zur zusätzlichen Akkumulation, sowohl in Form der Erweiterung bestehender Produktionsanlagen als auch zur industriellen Nutzung neuer technischer Erfindungen. Schließlich ist noch die Annexion Elsaß-Lothringens zu erwähnen, von der – wenn auch nicht sofort – in allererster Hinsicht die deutsche Eisen- und Stahlindustrie profitierte. Diese Eingliederung stieß jedoch nicht auf die ungeteilte Zustimmung der gesamten deutschen Bourgeoisie. Besonders in den Kreisen der deutschen Baumwollindustrie gab es in der ersten Hälfte der siebziger Jahre Stimmen, die die Angliederung Elsaß-Lothringens ablehnten. Sie fürchteten mit Recht eine starke Zunahme der Konkurrenz auf dem deutschen Binnenmarkt durch die elsässische Baumwollindustrie. Aber wie in anderen Dingen, so setzte die deutsche Großbourgeoisie auch hier ihren Willen durch. Von weit größerer Bedeutung war deshalb die Einbeziehung der lothringischen Minetteerzvorkommen in die materielle Basis der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Zu Beginn der achtziger Jahre, als das Thomas-Verfahren durchgängig zur Anwendung gelangte, erwiesen sich diese Erzlager (die Minetteerze haben einen hohen Phosphorgehalt und konnten deshalb erst mit Hilfe des erwähnten Verfahrens nutzbar gemacht werden) als sehr profitabel. Um die Jahrhundertwende wurden etwa zwei Drittel der deutschen Stahlproduktion nach diesem Verfahren erzeugt. Bekanntlich hat die deutsche Eisen- und Stahlindustrie auf der Basis des Thomas-Verfahrens nicht nur den englischen Vorsprung qualitativ und quantitativ aufgeholt, sondern dieses Verfahren bildete gleichzeitig eine der technologischen Grundlagen für den Monopolbildungsprozeß in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, vor allem, was die Bildung der sogenannten gemischten Betriebe anbetrifft, die ihrerseits als eine der wichtigsten Vorstufen der vertikalen Kombination zu betrachten sind. Insofern die lothringischen Erzvorkommen die Grundlage für die später durchgängige Einführung des Thomas-Verfahrens in die deutsche Eisen- und Stahlindustrie abgaben, haben sie zur Zeit der Einverleibung eine zunächst nur potentielle Bedeutung.

Mit der Feststellung, daß die Annexion Elsaß-Lothringens mittelbar über das Thomas-Verfahren eine wichtige Voraussetzung für die spezifische Form des Monopolbildungsprozesses in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie geliefert hat, ist die Bedeutung dieses Problems für unsere Betrachtung keineswegs erschöpft. Es spielt noch in einer anderen Hinsicht, und zwar im Zusammenhang mit der „Neuorientierung“ der deutschen Handelspolitik zu Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts, eine Rolle. Abgesehen davon, daß – wie wir noch zeigen werden – die Schutzzölle des Jahres 1879 direkte Folge des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses innerhalb der deutschen Industrie sind, ergeben sich direkte Beziehungen zur Einführung des Thomas-Verfahrens in die deutsche Eisen- und Stahlindustrie auf der Basis der lothringischen Erzvorkommen.

Um ein neues technisches Verfahren in die Produktion einzuführen, und noch dazu in einem großen Ausmaße, sind nicht unbeträchtliche Kapitalanlagen

erforderlich. Theoretisch ergab sich eine Möglichkeit, die erforderlichen Akkumulationsmittel bereitzustellen, aus der Tatsache, daß schon im Laufe der siebziger Jahre die Produktionskosten nicht nur der deutschen Werke infolge verbesserter Betriebsorganisation, Steigerung der Arbeitsintensität usw. gefallen waren. Gleichzeitig aber setzte nach 1873 im Gefolge der Depression und der zunehmenden Konkurrenz ein rapider Fall auch der Eisenpreise ein. Es bestand also die Gefahr, daß die gesunkenen Produktionskosten auf diese Weise, wenn nicht ganz, so doch aber teilweise wieder kompensiert wurden. In gleicher Richtung wirkte die Aufhebung der deutschen Eisenzölle.

Es war nun die unausgesprochene Absicht der deutschen Großeisenindustriellen, durch die neuen Schutzzölle des Jahres 1879 den Preisfall wenigstens so weit aufzuhalten, daß die Differenz zu den gesunkenen Produktionskosten nicht ganz verschenkt wurde. Was die Verlangsamung des Preisfalls anbetrifft, so sind tatsächlich die deutschen Roheisenpreise zwischen 1876 und 1880 weniger stark gefallen als die englischen. Der Preis für schlesisches Roheisen betrug im Durchschnitt der Jahre 1876 bis 1880 pro Tonne 58,53 Mark; er sank bis zum Jahrfünft 1886 bis 1890 auf 54,08 Mark. Die entsprechenden Werte schottischen Roheisens liegen für die Jahre 1876 bis 1880 bei 52,74 Mark und für die Jahre 1886 bis 1890 bei 43,66 Mark. Cleveland-Roheisen kostete in den entsprechenden Fünfjahresdurchschnitten 129,- und 107,44 Mark.⁵⁶ Allerdings läßt sich hier kein direkter Beweis dafür erbringen, daß der verlangsamte Preisfall tatsächlich den deutschen Eisenzöllen zuzuschreiben ist.

Sicher ist hingegen, daß in den siebziger Jahren zum Teil erhebliche Selbstkostensenkungen stattgefunden haben. In der Ilseder Hütte sind die Selbstkosten pro Tonne Roheisen zwischen 1870 und 1880 um fünfundzwanzig Prozent gefallen.

Das ganze Ausmaß dieser Produktionskostenverminderung läßt sich jedoch nicht präzise bestimmen. Die deutschen Großeisenindustriellen haben – wohl aus für sie gutem Grunde – kategorisch jede Einsicht in die entsprechenden Unterlagen verweigert. Bisher von den deutschen Werken veröffentlichte Angaben weisen die Selbstkosten durchweg zu hoch aus, weil in den gemischten Betrieben für Roheisen und innerhalb des Unternehmens zugelieferte Erze, Kohle und Koks nicht die eigentlichen Selbstkosten dieses Werkes, sondern die Preisnotierungen des Marktes berechnet worden sind. Bekanntlich sind aber gerade die verminderten Selbstkosten innerhalb eines gemischten Betriebes ein wesentlicher Grund für dessen Zustandekommen.

So entzieht sich das ganze Ausmaß der Selbstkostenverminderung ebenso wie die spezifische Wirkung der Schutzzölle dem direkten Nachweis. Daß sich die Produktionskosten vermindert haben, geht einmal aus den – wenn auch zu hohen – Angaben der Unternehmen selbst hervor. Angeblich sind nach den Veröffentlichungen der deutschen Werke die Preise aber mehr als die Selbstkosten gefallen. Durch die wissentlich falschen Angaben – das heißt, die Selbst-

⁵⁶ Neumann, B., Die Metalle, Halle 1904, S. 68.

kosten wurden von den deutschen Großeisenindustriellen höher angegeben, als sie in Wirklichkeit waren – sollte der Eindruck hervorgerufen werden, die Preise seien mehr und tiefer gefallen als die Selbstkosten, und dies wurde dann erfolgreich zur Motivierung der Schutzzölle benutzt.

Gelegentlich der Schutzzolldebatten im deutschen Reichstag fühlte sich der nationalliberale Abgeordnete Bamberger bemüht, ausdrücklich auf diesen Umstand hinzuweisen. „Ein erster Entwurf“ (des Berichtes der Eisen-enquetekommission – d. Verf.) „hatte sowohl die Herstellungskosten niedriger als die Verkaufspreise höher angeführt, als sie in dem definitiven Elaborat zu Tage kommen.“⁵⁷ Daß zum Teil erhebliche Selbstkostensenkungen stattgefunden haben und aus ihnen bereits im Laufe der siebziger Jahre Betriebserweiterungen finanziert worden sind, beweisen die Geschäftsberichte der Ilse der Hütte: „Wenn ein industrieller Betrieb nach langjährigem Mißgeschick zum ersten Male in die Lage kommt, über einen bedeutenden Gewinn verfügen zu können, so ist es unbestritten die erste Pflicht des Vorstandes, die Bilanz nach den solidesten und vorsichtigsten Prinzipien aufzustellen und im Zweifel eher die Reserven als die Dividenden zu erhöhen . . . nach diesem vorsichtigen Grundsatz ist auch später verfahren und so sind die wesentlichen Betriebs-erweiterungen und Betriebsverbesserungen in der Zeit von 1868 bis 1879 zum großen Teil aus den Rückstellungen vom Gewinn bestritten.“⁵⁸ Sicherlich ist die Ilse der Hütte nicht das einzige Werk, das nach diesen Gesichtspunkten verfuhr.

Nach 1879 haben die Eisenzölle die Spanne zwischen Selbstkosten und Preis und damit das Ausmaß der verfügbaren Akkumulationsmittel aller Wahrscheinlichkeit nach noch vergrößert. Auf jeden Fall läßt die geringere Verminderung des Preises für Roheisen gegenüber dem englischen und schottischen einen solchen Schluß zu. Damit waren von der finanziellen Seite günstige Voraussetzungen für die Einführung des Thomas-Verfahrens, das seinerseits die Produktionskosten um ein weiteres verminderte, in die deutsche Eisen- und Stahlindustrie gegeben. Tatsächlich beginnt die Einführung dieses Verfahrens in großem Ausmaße erst nach 1879. Es ist sicher, daß die Verfügbarkeit über solche zusätzlichen finanziellen Mittel auch die vertikale Kombination erleichterten, indem sie die Möglichkeit gaben, vor- und nachverarbeitende Produktionsstufen anzugliedern.

Damit sind die Auswirkungen des Schutzzolles im Sinne unseres Themas keineswegs erschöpft. Seine eigentliche, den Übergang zum Imperialismus beschleunigende Wirkung liegt vielmehr darin, daß er den Zusammenschluß zu Monopolen fördert, weil er die ausländische Konkurrenz vom nationalen Markt ausschließt und so die Zahl der Konkurrenten verringert. Dadurch wird

⁵⁷ *Ritschl, F.*, Die Tarifreform im Deutschen Reiche nach dem Gesetze vom 15. Juli 1879. Abschnitt D: Die Eisenzölle, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Suppl. H. 1–6, Jena 1880, S. 4.

⁵⁸ *Geschäftsberichte und Festschriften der Ilse der Hütte und des Peiner Walzwerkes aus den Jahren 1858–1918*, Hannover 1922, S. 640.

zunächst die Kartellierung und Syndizierung der Betriebe gleichgeordneter Verarbeitungsstufen, vornehmlich der Grundstoffindustrie, begünstigt. Um den Monopolpreisen auszuweichen, schließen sich die Abnehmer und die nachgeordneten Bearbeitungsstufen entweder ebenfalls zu Monopolen zusammen – was aber im allgemeinen an der Vielzahl der Konkurrenten und deren Sonderinteressen scheitert –, oder aber sie versuchen, ihre Betriebe in vertikale Kombinationen umzuwandeln. Gleichzeitig setzt der Schutzzoll die monopolisierten Industriezweige in den Stand, einen Extraprofit auf dem inneren Markt zu realisieren, der ihnen einerseits einen Vorsprung vor der nichtmonopolisierten heimischen Industrie verschafft und sie andererseits befähigt, im Wege des Dumping zur Eroberung ausländischer Märkte zu schreiten. Eine solche schutzzöllnerische Wirtschaftspolitik eignete sich in besonderem Maße für den deutschen Imperialismus, der sich nicht wie sein englischer Kontrahent auf ein Kolonial- und Welthandelsmonopol stützen konnte. Die deutschen Schutzzölle stellten daher für die deutsche Schwerindustrie – insbesondere für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie – das geeignete Instrument sowohl zur Beschleunigung ihres Zusammenschlusses in Gestalt bestimmter Monopolorganisationen wie auch für den ökonomischen Kampf mit den anderen imperialistischen Großmächten dar.

Aus dem Kreise dieser in Thesenform formulierten Hauptgedanken muß ein Gesichtspunkt besonders herausgehoben werden. Es handelt sich darum, daß unter der Voraussetzung, daß der Schutzzoll unmittelbar und in erster Linie den Zusammenschluß der Grundstoffindustrie zu Monopolen fördert, in den nachfolgenden Verarbeitungsstufen die Tendenz entsteht, ihre Werke zu kombinieren, um den Monopolpreisen der Grundstoffindustrie auszuweichen. Hier liegt die Begründung dafür, daß infolge des Zusammenwirkens des Schutzzolls und der Monopole die anfänglichen, wenig stabilen Organisationsformen der deutschen Eisen- und Stahlmonopole – die Kartelle und Syndikate – schließlich den aus den „gemischten Betrieben“ hervorgegangenen vertikalen Kombinationen als den eigentlichen marktbeherrschenden Monopolorganisationen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie Platz machen mußten.⁵⁹ Unter den wirtschaftspolitischen Faktoren, die in erheblichem Maße die ökonomische Entwicklung Deutschlands in Richtung auf einen beschleunigten Übergang zum Imperialismus fördern, spielt die mit dem Ende der siebziger Jahre beginnende deutsche Eisenbahntarifpolitik eine wichtige Rolle. Sie hat die Aufgabe, die Wirkung der deutschen Schutzzölle zu unterstützen bzw. zu ergänzen, mindestens aber zu verhindern, daß eine bestimmte Tarifgestaltung die Wirkung der neuen Schutzzölle zunichte macht.

Die Eigentumsverhältnisse im deutschen Eisenbahnwesen – bis in die siebziger Jahre dominierte eindeutig das Privateigentum – sowie die Konkurrenz der

⁵⁹ Im einzelnen sowie über das Zusammenwirken zwischen Schutzzöllen und Monopolen in der deutschen Eisenindustrie vgl. *Sonnemann, Rolf*, Die Auswirkungen des Schutzzolls auf die Monopolisierung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie 1879–1892, Berlin 1960.

vielen deutschen Eisenbahnverwaltungen untereinander – der privaten wie der staatlichen –, deren jede ihren Sonderinteressennachging, hatten in bezug auf die Tarifgestaltung zu einem eigenartigen Zustand, nämlich zu den sogenannten Differentialtarifen geführt. Diese Differentialtarife neigten in ihrer Gesamtheit dazu, die Zufuhr fremder Waren nach Deutschland gegenüber der Ausfuhr zu erleichtern. Eine Beibehaltung dieser, die Einfuhr gegenüber der Ausfuhr begünstigenden Tarifgestaltung nach 1879 hätte die von den Initiatoren beabsichtigte Wirkung der deutschen Zölle mindestens teilweise beeinträchtigt. Hier setzte dann auch die gemeinsame Agitation der deutschen Großbourgeoisie und der Junker für „Staatshilfe“ auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens ein.

Welche Hoffnungen speziell von der deutschen Großbourgeoisie an die „Staatshilfe“ geknüpft wurden, beleuchtet eine Korrespondenz des „Handelsblattes“ aus dem Jahre 1879. In einer Vorstandssitzung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberamtsbezirk Dortmund wird, unter Hinweis darauf, daß den oberschlesischen Kohlenzechen kürzlich ein Ausnahmetarif für den Kohlentransport nach den Ostseehäfen zugestanden worden sei, beschlossen, einen ebensolchen Vorstoß zu unternehmen und auf der nächsten Kölner Eisenbahnkonferenz ein ähnliches Zugeständnis für westfälische Steinkohle zu erlangen. Es heißt dazu im einzelnen: „Wie es kaum einem Zweifel unterliegen könne, daß mit den außerordentlich ermäßigten Sätzen des neuen Tarifes, die zum Teil kaum die Hälfte der früheren Sätze betragen, die englische Kohle durch die oberschlesische aus den Ostseepätzen werde verdrängt werden, so werde sich auch für die westfälische Kohle die Aussicht des Absatzes in den Häfen der Nord- und Ostsee ganz anders gestalten, wenn erst für den Verkehr mit diesen Häfen Tarife zur Einführung gelangt sein werden, welche denen des oberschlesischen Ausnahmetarifef analog seien. Man sprach seine Überzeugung dahin aus, daß der Herr Handelsminister keine Bedenken tragen werde, bei den an dem westfälischen Kohlenverkehr beteiligten Staatsbahnen und unter Staatsverwaltung stehenden Bahnen seinen Einfluß zur Einführung ähnlicher Frachtsätze zur Geltung zu bringen . . .“⁶⁰ Hatte man in den Kreisen der deutschen Großindustriellen bisher nur „seine Überzeugung“ ausgesprochen, daß der „Herr Handelsminister keine Bedenken tragen werde“, so wurde der Ton wenig später, im Jahre 1882, wesentlich unverblümter. Als die französische Regierung die großen französischen Privateisenbahngesellschaften aufforderte, ihre Tarife für den Güterverkehr um zwanzig Prozent zu senken, nahm die deutsche Großbourgeoisie diese Tatsache zum Anlaß, weitergehende Zugeständnisse zu fordern. Der Bericht des Königlichen Regierungs-Präsidiums Düsseldorf vom 1. 2. 1882 an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe, betreffend die Entwicklung und die jetzige Lage der wichtigsten Industriezweige, läßt sich darüber folgendermaßen aus: Das französische Beispiel „sollte unserer Staatsregierung zu den eingehendsten Erwägungen Veranlassung geben, ob die Tarifpolitik des Staates nicht vielmehr auf die Ermäßigung

⁶⁰ *Deutsches Handelsblatt*, Jg. 1879, Nr 15.

der Frachten, als auf die Erzielung von großen Überschüssen zugunsten der allgemeinen Finanzlage des Staates zu richten sei.“⁶¹

Das war sehr deutlich. Die deutschen Großindustriellen verlangten kategorisch die Ermäßigung der deutschen Gütertarife, und zwar in der Form, daß sie durch eine günstigere Tarifgestaltung gegenüber der ausländischen Konkurrenz erhebliche Vorteile genossen, oder, anders ausgedrückt, daß die bisherige Tendenz der deutschen Tarifgestaltung – nämlich die Einfuhr zu erleichtern – mittels der „Staatshilfe“ umgekehrt und den Interessen der deutschen Großbourgeoisie angepaßt wurde.

Was aber, wenn sich die privaten deutschen Eisenbahnverwaltungen einer solchen von der deutschen Großbourgeoisie geforderten Regelung widersetzen und es ablehnten, nach dieser Pfeife zu tanzen? Solange das neue deutsche Schutzzollsystem durch private Interessen, etwa in Gestalt bestimmter Sonder-tarife einiger privater Eisenbahnverwaltungen, durchbrochen werden konnte, war es nicht voll im Sinne seiner Initiatoren und Schöpfer aktionsfähig.

Die drohende Gefahr, daß das so mühsam erkämpfte deutsche Schutzsystem durch die privaten Eisenbahnen durchbrochen werden könnte, beschleunigte die fortlaufende Verstaatlichung der Eisenbahnen. Seit 1879 betrieb der preußische Staat diese Politik mit besonderer Intensität, und in der Tat sind die preußischen Staatsbahnen schon sehr bald zu dem ersten Monopol – richtiger Staatsmonopol – im deutschen Verkehrswesen herangewachsen, das in seiner monopolistischen Tendenz den Monoporganisationen in der deutschen Schwerindustrie mindestens gleichwertig zur Seite steht. Dieses Staatsmonopol hat als Abnehmermonopol vor allem für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie Bedeutung, und zwar im Zusammenhang mit der Tatsache, daß vor allem die preußischen Staatsbahnen ausschließlich die deutsche Großeisenindustrie mit Aufträgen bedachte, selbst wenn deren Preise wesentlich über dem Weltmarktniveau lagen. Dieses Prinzip der Bevorteilung der deutschen Großbourgeoisie setzt sich, wie wir gesehen haben, in der Tarifgestaltung fort. Über den Charakter der preußischen Eisenbahntarifpolitik nach 1879 äußern sich die Handelskammerberichte sehr aufschlußreich:

„Ein besonderes Kapitel bilden daneben noch die Klagen über die Eisenbahntarifpolitik der preußischen Regierung. Die in unserer Zollpolitik herrschende Tendenz, die Zufuhr fremder Erzeugnisse zu erschweren, dringt immer stärker in das Eisenbahntarifwesen Deutschlands, soweit dasselbe innerhalb der Macht-sphäre des preußischen Eisenbahnministers liegt, und manche Bezirke haben schon jetzt (1881 – d. Verf.) über die schädigenden Wirkungen der hiernach regulierten Bahntarife ebenso oder gar noch mehr zu klagen als über die Zollsätze.“⁶² Noch eindeutiger und präziser äußert sich ein anderer Autor: „Zu beachten ist natürlich auch, daß unsere Eisenbahnpolitik mit ihren höheren

⁶¹ Deutsches Zentralarchiv Merseburg (im folgenden: DZA Merseburg), Rep. 120 Bb VII. 1 Nr 1b, Vol. 3, Bl. 261.

⁶² *Deutschlands Industrie und Handel im ersten Jahre der neuen Zollpolitik*, Bd 1, Berlin 1881, S. V.

Einfuhr- und niedrigeren Ausfuhrtarifen, vor allem solchen Artikeln – wie Kohlen (diese zollfrei! – d. Verf.) einen verkappten Schutzzoll gewährt –, die Protektion liegt hier im Verkehrswesen.“⁶³

Diese letzte, im Zitat wiedergegebene Äußerung ist in doppelter Hinsicht interessant. Einmal gerade deshalb, weil die Ausnahmetarifpolitik, die vorher für die schutzzöllnerischen Kreise den Stein des Anstoßes bildete, nach wie vor – allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen, eben im Interesse derjenigen Kreise, die am lautesten nach Schutzzöllen geschrien hatten – vom preußischen Eisenbahnfiskus fortgesetzt wurde. Sie zeigt andererseits, daß die von den Schöpfern der neuen Handelspolitik emphatisch verkündete Zollfreiheit für Rohstoffe zwar formell bestand, aber in der Praxis eingeschränkt wurde dadurch, daß bestimmte Rohstoffe, die die deutsche Schwerindustrie aus dem binnenländischen Reservoir gewann, einen indirekten Schutzzoll in Form der Eisenbahnfrachten genossen.

Nach Berechnungen von Ulrich⁶⁴ sollen sich die im Wege der Ausnahmetarifordnungen auf allen deutschen Bahnen gewährten jährlichen Tarifermäßigungen in den Jahren von 1878 bis 1890 auf neununddreißig Millionen Mark, zuzüglich weiterer einundzwanzig Millionen Mark jährlich durch Ermäßigung der Einheitssätze und Beseitigung der besonderen Gebühren und Frachtzuschläge, belaufen haben. Wenn auch diese Ermäßigungen den deutschen Kapitalisten in Industrie und Landwirtschaft insgesamt zugute gekommen sein mögen, so ist nicht daran zu zweifeln, daß die deutsche Großbourgeoisie und die deutschen Großagrarien den Löwenanteil davon geschluckt haben. Es waren vor allem Massengüter, deren Tarife ermäßigt wurden; und diese Massengüter wurden von den deutschen Großindustriellen und den deutschen Großagrariern produziert – oder von der deutschen Schwerindustrie benötigt!

Als weitere Faktoren, die den deutschen Kapitalismus beschleunigt auf imperialistische Gleise gedrängt haben, sind jene Maßnahmen zu nennen, die Kuczynski als „positive Beziehungen zwischen dem Staat und den Monopolen“ bezeichnet und die, was ihre Auswirkung auf die deutschen Verhältnisse anbetrifft, mit dem frühen Beginn des Monopolbildungsprozesses in Deutschland in Zusammenhang gebracht werden müssen. Einige von ihnen bilden gleichzeitig die Voraussetzungen und darüber hinaus die ersten Elemente für den späteren staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland.⁶⁵

⁶³ Dietzel, H., Sozialpolitik und Handelspolitik, Berlin 1902, S. 30 Anm.

⁶⁴ Vgl. Ulrich, Die fortschreitende Ermäßigung der Eisenbahngütertarife, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd 1, Jena 1891, S. 67.

⁶⁵ Die gegenwärtige Gestalt des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist schon seit längerer Zeit Gegenstand einer ausführlichen Diskussion. Die Verfasser sind der Ansicht, daß diese Diskussion auch auf seine Vorgeschichte bzw. sein Entstehen ausgedehnt werden sollte. Der 1962 erschienene Band 14 von Kuczynskis Neuauflage der „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ wird vermutlich diesen Diskussionsgegenstand stärker in den Vordergrund rücken.

An erster Stelle müssen in dieser Beziehung die in immer stärkerem Maße den Charakter eines Staatsmonopols annehmenden Eisenbahnen genannt werden, soweit sie dem Einflußbereich des preußischen Eisenbahnministeriums unterstanden. Es handelt sich dabei – wie schon erwähnt – sowohl um ihre Bedeutung als Abnehmermonopol für die deutsche Großeisenindustrie als auch um die Tarifgestaltung im Interesse der deutschen Großbourgeoisie.

Des weiteren müssen unter solchen positiven Beziehungen zwischen Staat und Monopolen solche Maßnahmen verstanden werden, die durch direkte Einmischung des Staates auch inländische Konkurrenten des deutschen Monopolkapitals auf dem heimischen Markt ausschalten. Es spielt dabei keine Rolle, ob diese Maßnahmen im einzelnen auf unmittelbare Vorstellungen und Eingaben der interessierten großindustriellen Kreise zurückzuführen sind oder der Eigeninitiative des Staatsapparates entstammen.

Es ist bekannt, daß die deutschen Staatsbahnen die einheimischen Großeisenindustriellen insofern begünstigten, als sie ihnen die Schienenaufträge auch dann erteilten, wenn sie im Preise wesentlich höher als die ausländische Konkurrenz lagen. Die deutschen Eisenindustriellen waren aber mit den Schienenaufträgen allein nicht zufrieden, sie wollten dazu auch noch die Schwellen liefern. So wandten sie sich an den preußischen Minister für öffentliche Arbeit, um auch in dieser Angelegenheit staatliche Protektion zu erbitten. Die „Cölnische Zeitung“ druckte unter dem 11. August 1886 einen Artikel ab, in dem es heißt:

„... in dieser nämlichen Zeit tritt uns die niederschlagende Tatsache entgegen, daß die Eisenbahnen wieder in größerem Umfange zur Verwendung von Holzschwellen übergehen. Schon vor etlichen Jahren wurde dieserhalb aus den Kreisen der deutschen Stahlerzeuger an den Herrn Arbeitsminister eine dringliche Vorstellung gerichtet, und es ist gewiß eine Sache von allergrößtem Ernste, welche Entscheidung die preußische Staatsbahnverwaltung treffen wird.“

„Zwar wird von einigen Seiten die Ansicht vertreten, als verknüpfe sich mit der ausgedehnteren Verwendung der hölzernen Schwellen eine sehr dringende Anteilnahme an der deutschen Forstwirtschaft. Die Wirklichkeit eines solchen Anteils wird sich indessen in zweifelsfreier Form schwerlich erweisen lassen. Zunächst ist es nach den unwidersprochenen Ausführungen der erwähnten Eingabe der Eisenhüttenleute kaum zu bezweifeln, daß der bei weitem größte Teil der auf deutschen Bahnen verlegten Schwellen gar nicht auf deutschem Boden gewachsen ist . . . Die ausländischen Holzschwellen entstammen zudem fast nur Ländern, welche, wie besonders Rußland, der deutschen Einfuhr nicht nur ihre Tore verschließen, sondern namentlich der deutschen Landwirtschaft mit ihren Erzeugnissen in hervorragender Weise den Markt verderben.“⁶⁶
Aber was den deutschen Eisenindustriellen recht ist, ist den Kohlenbaronen nur billig. Gleich ihren „Kollegen“ aus der Eisenindustrie liegen sie „ihrer“

⁶⁶ *Cölnische Zeitung* v. 11. 8. 1886.

Regierung ständig in den Ohren, damit sie für eine Verbesserung ihrer Absatzverhältnisse auf dem deutschen Markt Sorge. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlichte 1882 einen Artikel unter der Überschrift „Die Versorgung der deutschen Konsumenten mit deutscher Kohle“, der die Situation treffend umreißt:

„Schon jetzt erfahren wir, daß man sich mit Vorschlägen beschäftigt, deren Durchführung es ermöglichen soll, ‚ganz Deutschland mit deutscher Kohle zu versorgen‘, oder wie der technische Ausdruck auch sonst lautet, der deutschen Kohle ihr Anrecht auf den deutschen Markt zu sichern. Zwar wissen wir noch nicht, ob dieses Resultat nur durch eine weitere Herabsetzung der Frachten auf den Eisenbahnen erreicht werden soll, für welche die umfassenden Verstaatlichungen ja die Möglichkeit gewähren würden . . .“⁶⁷

Auch in bezug auf die beginnende deutsche Aufrüstung erwiesen sich die Verbindungen des deutschen Monopolkapitals zum Staatsapparat für das Monopol von höchstem Nutzen. Im Jahre 1883 berichtet die „Cölnische Zeitung“, daß „eine Deputation von Vertretern der Großindustrie“ dem Marineminister a. D. von Stosch eine „hochkünstlerisch auf Pergament geschriebene Adresse als Anerkennung für die außerordentlichen Verdienste Stosch's um die Hebung der deutschen Industrie“ überreicht habe. Nach der Feststellung, daß „seit Bestehen einer deutschen Kriegsmarine . . . fast ausschließlich das Ausland mit dem Bau der deutschen Kriegsschiffe und der Bereitstellung der zum Dienst derselben benötigten Materialien betraut wurde“, wird der Leser über die „außerordentlichen Verdienste“ des Herrn von Stosch aufgeklärt: „Ihr hohes Verdienst ist es, darin Wandel geschaffen zu haben. . . . Somit dürfte die deutsche Industrie mit Stolz und Freudigkeit an die Lösung der ihr im Dienste des Vaterlandes gestellten Aufgabe herantreten und, nachdem We. Exellenz selbst ihr wiederholt das Zeugnis ausgestellt haben, daß sie den an sie gestellten Forderungen voll entsprochen hat, erfüllt es dieselbe mit gerechter Genugtuung, daß die deutsche Kriegsmarine nunmehr in jeder Hinsicht vom Auslande unabhängig dasteht und daß eine beabsichtigte Vergrößerung der deutschen Kriegsflotte die einheimische Industrie in vollem Maße leistungsfähig finden würde. Ihnen dankt es insbesondere auch der deutsche Steinkohlebergbau, daß auf den deutschen Werften und Kriegsschiffen die heimische Kohle in ihr lang bestritten gewesenes Recht getreten ist und das ausländische Produkt vollständig verdrängt hat.“⁶⁸ Doch die deutsche Aufrüstung wurde nicht nur zur See, sondern auch zu Lande betrieben. Im Jahre 1888 legte Bismarck dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Friedensstärke der deutschen Armee um 66000 Mann auf 468000 erhöht werden sollte. Die Mittel dazu sollten vom Reichstag auf sieben Jahre im voraus bewilligt werden. In dieser Zeit des „Septenatskampfes“ wendet sich die Firma Felten & Guilleaume, Mühlheim am Rhein, aus einem hier nebensächlichen Anlaß an das preußische Ministerium

⁶⁷ *Vossische Zeitung* v. 21. 9. 1882.

⁶⁸ *Cölnische Zeitung* v. 6. 8. 1883.

für Handel und Gewerbe, um die englische Konkurrenz bei der Vergebung „amtlicher“, sprich „militärischer“, Lieferungen auszuschalten. Das erwähnte preußische Ministerium findet „... im Hinblick ... auf die beteiligten nationalen Wirtschaftsinteressen ... das erwähnte Verlangen nach einem entsprechenden Schutze heimischer Arbeitsleistungen nicht unberechtigt ...“ und bittet den Kaiser in einer Immediatvorlage, „... durch huldvolle Beifügung eines Randvermerkes allergnädigst genehmigen zu wollen, daß die Marine- und Armeeverwaltung angewiesen werde, bei Vergebung ihrer Arbeiten und Lieferungen, soweit dies irgend angängig erscheint, fremde Fabrikate und Unternehmer nicht zu berücksichtigen.“⁶⁹ Selbstverständlich geruhte „Seine Majestät“, einverstanden zu sein.

Diese einzelnen Beispiele, die nach Bedarf durch weitere ergänzt werden können, mögen, jedes für sich genommen, gar nicht so sehr nach staatsmonopolistischem Kapitalismus aussehen. In ihrer Häufung jedoch und in ihrer Gesamttendenz, die heimische Groß- bzw. Monopolbourgeoisie unter allen Umständen zu begünstigen, sind sie durchaus als die ersten und vor allem frühen Anfänge des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland zu werten.

In diesem Zusammenhang müssen ferner die Vorfälle beachtet werden, die sich aus Anlaß der Opposition der preußischen Handelskammern gegen die 1879 ins Leben gerufenen Schutzzölle ereigneten. In den meisten deutschen Handelskammern dominierte die nichtmonopolisierte Bourgeoisie, und so ist es nicht verwunderlich, daß sich die weitaus meisten der jährlichen Handelskammerberichte in den Jahren 1880 und 1881 eindeutig negativ über die deutschen Schutzzölle äußern. Diese massive antischutzzöllnerische Opposition mißfiel der deutschen Großbourgeoisie und rief vor allem den Unwillen Bismarcks hervor⁷⁰, der zunächst durch den Staatssekretär von Bötticher während der achtzehnten Sitzung des Reichstages erklären ließ, daß solche subjektiven Urteile für die Einschätzung der allgemeinen Wirkung der Schutzzölle wertlos seien. Als die Mehrzahl der Opponenten indessen auf ihrem Standpunkt verharrte, erließ Bismarck in seiner Eigenschaft als preußischer Minister für Handel und Gewerbe unter dem 30. November 1881 ein Reskript an alle Handelskammern, in dem unter Androhung von Repressivmaßnahmen verfügt wurde, daß die öffentliche Publikation der Jahresberichte der Handelskammern in Zukunft erst vier Wochen nach ihrer Einreichung beim preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe und auch dann nur unter Einschluß der ministeriellen „Berichtigungen“ erfolgen dürfe. Somit sahen sich die Handelskammern, in denen die nichtmonopolisierte deutsche Bourgeoisie den Ton angab, unter Zensur gestellt, und die Mehrzahl kuschte, wie nicht anders zu erwarten war. Dennoch machten einige Handelskammern Front gegen diesen

⁶⁹ DZA Merseburg, Rep, 120 C VIII. 1 Nr 25, Vol. 7, Bl. 17/18.

⁷⁰ Siehe zu diesem Komplex: *Deutsches Handelsblatt*, Jg. 1881, Nr 51; Jg. 1882, Nr 4, 6, 8, 11 u. 16.

flagranten Rechtsbruch. Von seiten der preußischen Regierung wurde eine Reihe Repressivmaßnahmen angedroht und auch praktiziert. Den Höhepunkt dieses Vorgehens gegen „renitente“ Handelskammern bildet schließlich deren zwangsweise Auflösung und die „Enthebung ihrer amtlichen Funktionen“. Ihre charakteristische Note erhielten diese Vorgänge endlich dadurch, daß nach einer Notiz des Deutschen Handelsblattes vom 14. September 1882⁷¹ der Centralverband deutscher Industrieller aufgefordert worden sein sollte, „sich mit der Reorganisation der deutschen Handelskammern zu beschäftigen“, was nach Lage der Dinge nur so verstanden werden kann, daß sich der „Centralverband“ als Dachorganisation der deutschen Großindustrie auch in den Handelskammern stärkeren Einfluß verschaffen sollte. Großbourgeoisie und Staatsregierung fanden sich also auch hier zu gemeinsamem Handeln zusammen, um die Masse der deutschen Bourgeoisie, sofern sie wider den Stachel löcken sollte, an die Kandare zu nehmen. So wurde es offenbar auch in den Kreisen der Betroffenen empfunden, beeilte sich doch der Generalsekretär des Centralverbandes, Bueck, zu versichern, „daß die Erörterung dieser Frage durchaus nicht in Zusammenhang mit den Differenzen gebracht werden dürfe, welche in neuerer Zeit zwischen dem Herrn Reichskanzler als preußischer Handelsminister und den Handelskammern entstanden sind“.⁷² Wenn diese Äußerung überhaupt für etwas spricht, dann nur dafür, daß es, entgegen Buecks Versicherung, so gewesen ist.

Der zweite Schlag gegen die Handelskammern erfolgte unmittelbar im Anschluß an die Handelsvertragsverhandlungen der Staatsregierung, als „mehrfach Gutachten, welche von Handelskammern und kaufmännischen Corporationen mit Bezug auf den Abschluß von Handelsverträgen auf amtliche Anregung erstattet worden waren, in die Jahresberichte dieser Corporationen aufgenommen oder auch in der Tagespresse zum Gegenstand der Erörterung gemacht wurden“⁷³, wie es im Erlaß des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe vom 24. 7. 1882 Nr. 9457 heißt. Mit gleichem Erlaß wurde den Handelskammern eingeschärft, vor der Veröffentlichung solcher Gutachten die ministerielle Genehmigung einzuholen. Im Anschluß daran erfolgte am 18. September 1882 ein weiterer Erlaß⁷⁴, der die Handelskammern zusätzlich aufforderte, „in Zukunft Vertretern (Consuln, Gesandten) einer fremden Macht keinerlei Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse des Inlandes zu erteilen“; „darauf gerichtete Anfragen derselben sind vielmehr im Allgemeinen . . .“ an das Ministerium zu verweisen.

Nachdem solcherart die Selbständigkeit der Handelskammern und damit auch der nichtmonopolisierten deutschen Bourgeoisie weitgehend beseitigt worden war, schwand ihre Opposition gegen die schutzzöllnerische Handelspolitik zusehends. So treten denn auch ab 1882 Urteile über die Auswirkung der Zoll-

⁷¹ Ebenda, Jg. 1882, Nr. 37.

⁷² Ebenda.

⁷³ DZA Merseburg, Rep. 120 C XIII, Nr. 4, adh. 1, Vol. 2, Bl. 228f.

⁷⁴ Ebenda, Bl. 233f.

politik in den jährlichen Handelskammerberichten merklich in den Hintergrund. Die zeitgenössischen Autoren sind sich über die Ursachen dessen durchaus im klaren und sprechen dies auch, wie folgendes Beispiel demonstriert, deutlich aus: „Allerdings scheint noch ein anderer Umstand diesmal die eingehende Besprechung der zollpolitischen Verhältnisse wesentlich zurückgedrängt zu haben. Die wiederholten Erlasse des preußischen Handelsministers resp. des Reichskanzlers, worin den Handelskammern eingeschärft wurde, sich in ihren der Öffentlichkeit übergebenen Auslassungen aller Urteile und Beschwerden über die deutsche Zollpolitik zu enthalten, welche bei den Verhandlungen über Handelsverträge mit anderen Staaten die Stellung der deutschen Vertreter erschweren könnten, haben nicht ohne Einfluß auf die in den Jahresberichten üblichen Äußerungen über die Wirkung der neuen Zölle und die handelspolitische Situation Deutschlands bleiben können. Viele Berichte legen sich dann auch betreffs der Zollfragen eine sehr wahrnehmbare Zurückhaltung auf. . . In scharfem Contrast hierzu steht die Überschwenglichkeit, mit welcher die kleine Anzahl der oben bereits erwähnten Kammern die segensreichen Erfolge der neuen Zollpolitik preist. Wind und Sonne sind eben unter dem bestehenden Regime zwischen den beiden handelspolitischen Parteien sehr ungleich verteilt.“⁷⁵

Diese Beispiele zeigen deutlich, daß nunmehr auch der „renitente“ Flügel der deutschen Bourgeoisie, nachdem die deutsche Arbeiterklasse durch das Sozialistengesetz mundtot gemacht worden war, die ersten Anfänge des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland zu spüren bekam.

Mit diesen Faktoren glauben wir, die wesentlichsten Momente⁷⁶, die die kapitalistische Entwicklung Deutschlands im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts begünstigt und beschleunigt auf die Bahn des Monopolkapitalismus geführt haben, dargelegt zu haben. Sie sind auch dafür verantwortlich zu machen, daß sich die angeführte Entwicklung bis zu Beginn der neunziger Jahre unter vornehmlicher Orientierung der deutschen Groß- bzw. Monopolbourgeoisie auf den inneren Markt vollzog, wobei die Wahl dieser Mittel nicht aus dem subjektiven Bestreben der Träger des deutschen Monopolkapitals, sondern zwangsläufig aus der objektiven ökonomischen Situation entsprang.

Wenn der Übergangsprozeß zum Imperialismus in Deutschland und die ökonomische Entwicklung des Monopolkapitals bis zu Anfang der neunziger Jahre unter vornehmlicher Orientierung auf den inneren deutschen Markt erfolgt, so liegt das daran, daß eine erfolgreiche handelspolitische Expansion großen Stils, ausgehend vom deutschen Monopolkapital, eine relativ gesicherte Position auf dem inneren Markt voraussetzt: Diese Position hat sich die deutsche Monopolbourgeoisie – nicht zuletzt mit Hilfe der angeführten Faktoren – bis

⁷⁵ *Deutschlands Handel und Industrie im Jahre 1882 mit besonderer Rücksicht auf die Zollpolitik*, Berlin 1883, S. IV.

⁷⁶ Auf die Darlegung des Konzentrations- und Monopolbildungsprozesses wurde aus Raumgründen verzichtet. Sie müßte Gegenstand einer selbständigen und ausführlichen Behandlung sein.

etwa 1892 geschaffen. Weiterhin muß bemerkt werden, daß die internationale ökonomische Situation bis zu Anfang der neunziger Jahre für eine solche großangelegte handelspolitische Expansion ausgesprochen ungünstig war.

Daß sich die deutsche Entwicklung bis etwa 1892 in der angeführten Form vollzogen hat, beweisen erstens das schnellere Wachstum der deutschen Industrieproduktion gegenüber dem Außenhandel, zweitens die Entwicklung des Außenhandelsvolumens und drittens die Außenhandelsstruktur am Anfang der neunziger Jahre. Schließlich muß man sich vergegenwärtigen, daß sowohl die deutsche Handelspolitik wie auch die ersten Anfänge des staatsmonopolistischen Kapitalismus in allererster Linie die Ausschaltung der auswärtigen Konkurrenz der deutschen Großindustrien zum Ziele haben. Wenn es noch eines weiteren Beweises für die in diesen Jahren vorzugsweise nach innen gerichtete Orientierung des deutschen Monopolkapitals bedarf, so ist es der, daß die deutschen Monopolorganisationen bis zu Anfang der neunziger Jahre noch keineswegs die ökonomische Stärke erreicht hatte, die sie zu einer großangelegten handelspolitischen Expansion befähigte. Außerdem sahen die deutschen Kartellverträge bis 1892 lediglich die Regelung der Preise und der Lieferungsbedingungen für den inneren Markt vor, und Exportprämien und Exportrückvergütungen wurden seitens der Monopole mit ganz wenigen Ausnahmen auch erst ab 1892 gezahlt.

So beginnt seit etwa 1892 eine qualitative Umschichtung im Prozeß der Monopolisierung. Im Bereich der Produktion entsteht eine Reihe vertikaler Verbände; gleichzeitig beginnen in großem Maße der Kapitalexpert des deutschen Finanzkapitals und auf dem Gebiete des Außenhandels die handelspolitische Expansion. Das deutsche Monopolkapital schickt sich an, seinen englischen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Zugleich aber schürzen sich die dadurch entstandenen Widersprüche zu einem Knoten, der unter imperialistischen Bedingungen nicht anders als durch den ersten Weltkrieg „gelöst“ werden konnte.

Beginn und Umfang der deutschen Getreideausfuhr in die vormongolische Rus

VON BRUNO WIDERA

In den letzten Jahren hat die Historiker wiederum das Thema mittelalterlicher Getreidehandel nach Osteuropa interessiert. Hierbei wurde auch die Frage des hansischen Getreidehandels nach der Rus gestellt. Die ersten Forschungen galten allerdings der späteren Epoche des Mittelalters, da hierzu die Quellen reichlicher fließen. Der polnische Historiker M. Małowist beschäftigte sich mit dem Getreidehandel in den Ostseeländern im 15. und 16. Jahrhundert und stellte fest, daß aus Deutschland und den Ostseegebieten Getreide ausgeführt wurde.¹ Der sowjetische Historiker M. P. Lesnikov wandte sich einer früheren Zeit zu und untersuchte den Getreidehandel des 14. Jahrhunderts.² Der polnische Historiker B. Żientara ging noch weiter zurück und verfolgte den Getreidehandel vom 13. bis 14. Jahrhundert, wobei er der Ausfuhr baltischen Getreides nach Flandern in der Zeit des ausgehenden 13. Jahrhunderts auf die Spur kam.³ Wenn auch diese Autoren das Gebiet zwischen Elbe und Weichsel als Kornkammer ansehen, aus der der Getreidehandel gespeist wurde, so halten sie aber an der Auffassung fest, daß neben Stettin doch Lübeck eine bedeutende Stellung in diesem Getreidehandel einnahm.

Diese Forschungen haben natürlicherweise erneut die Frage des deutschen Getreidehandels nach Rußland, und zwar vorwiegend nach Nowgorod, für noch

¹ *Małowist, M.*, Über die Frage der Handelspolitik des Adels in den Ostseeländern im 15. und 16. Jahrhundert, in: *Hansische Geschichtsblätter*, Jg. 75, 1957.

² *Lesnikov, M. P.*, Beiträge zur Baltisch-Niederländischen Handelsgeschichte am Ausgang des 14. und Beginn des 15. Jahrhunderts, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig*, Jg. 7, 1957/58, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, H. 5; *derselbe*, Lübeck als Handelsplatz für Osteuropawaren im 14. Jahrhundert, in: *Hansische Studien*, Berlin 1961; *Лесникоу, М. П.*, Некоторые вопросы балтийско-нидерландской торговли хлебом в конце 14 — начале 15 века, in: *Средние века*, Bd 7, Moskau 1955.

³ *Żientara, B.*, Einige Bemerkungen über die Bedeutung des pommerschen Exports im Rahmen des Ostsee-Getreidehandels im 13. und 14. Jahrhundert, in: *Hansische Studien*, a. a. O.; *derselbe*, Rola Szczecina w odrzańskim i bałtyckim handlu zboża XIII—XIV w., in: *Przegląd Historyczny*, Bd 3, 3/1961.

frühere Zeiträume ausgelöst. Eindeutig äußerte sich dieses Interesse in der ersten Sektion der 4. Arbeitstagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft in der Deutschen Demokratischen Republik im April des Jahres 1959 zu Berlin. Einige deutsche Hansehistoriker und vereinzelt auch sowjetische Historiker haben eine deutsch-hansische Getreideausfuhr in die vormongolische Rus festgestellt. Allerdings befriedigen diese Feststellungen nicht, weil sie ganz allgemeiner Natur sind und zwei entscheidende Faktoren nicht berücksichtigen, nämlich: a) Stand der Getreideerzeugung im hansisch-deutschen Raum, b) Stand der Produktivkräfte im Ackerbau und der Agrartechnik in der vormongolischen Rus. Die Untersuchung der Getreideerzeugung im hansisch-deutschen Raum muß der Erforschung der hansischen Getreideausfuhr vorausgehen, weil ja zunächst die Frage der Überschüßerzeugung zu klären ist. Ohne vorhandene Getreideüberschüsse ist ein Getreideexport nicht denkbar. Umgekehrt müssen Getreideanbau und Getreideerzeugung in der vormongolischen Rus einer Untersuchung unterzogen werden, weil sich aus der Klärung dieser Sachlage die Notwendigkeit des Getreideimports ergibt. Vor dem Hintergrund solcher grundlegenden Untersuchungen ist das Problem der hansisch-deutschen Getreideausfuhr in die Rus bisher nicht betrachtet worden. Das ist auch verständlich, denn eingehendere Untersuchungen der Getreideerzeugung im deutschen Raum für diesen frühen Zeitraum liegen bisher nicht vor, und die Erforschung der Landwirtschaft und Agrartechnik in der vormongolischen Rus ist erst im Anlaufen.

Weil diese wichtigen Voruntersuchungen bisher unterblieben sind, erscheinen die Angaben über die deutsch-hansische Getreideausfuhr in die Rus als nicht stichhaltige Behauptungen. Des Überblicks halber seien sie unserer Untersuchung vorangestellt. V. Gitermann stellt fest, daß der Boden in der Umgebung von Nowgorod im allgemeinen für den Ackerbau ungeeignet gewesen sei und daher zur Ernährung der zahlreichen Bevölkerung der Stadt Getreide eingeführt werden mußte. Der Getreideimport sei zum großen Teil aus dem im oberen Wolga-Becken eingebetteten Wladimir-Susdaler Land erfolgt. Für das Getreide hätten die Nowgoroder mit Waren gezahlt, die sie von den Hansestädten kauften, nämlich mit Tuchen, eisernen Werkzeugen und Edelmetallen.⁴ F. Rörig spricht zwar nicht von einem deutsch-hansischen Getreideexport in die vormongolische Rus, betont aber mit Nachdruck, daß Lübeck schon im 13. Jahrhundert „ein bedeutender Umschlagplatz für den Getreidehandel gewesen ist“.⁵ Wären ihm die Angaben der Ersten Nowgoroder Chronik über eine deutsche Getreideausfuhr nach Nowgorod bekannt gewesen, dann hätte er in seine Vorstellungen von dem Lübecker Getreidehandel auch den Getreideexport in die Rus einbezogen und würde in der Polemik gegen J. Hansen⁶, der

⁴ *Gitermann, V.*, Geschichte Rußlands, Bd 1, Hamburg 1949, S. 108/109.

⁵ *Rörig, F.*, Wirtschaftskräfte im Mittelalter, Weimar 1959, S. 371.

⁶ *Hansen, J.*, Beiträge zur Geschichte des Getreidehandels und der Getreidepolitik Lübecks, in: Veröffentlichungen zur Geschichte der Freien und Hansestadt Lübeck, Bd 1, H. 1, Lübeck 1912, S. 1, 3-5.

einen Kornhandel Lübecks bis Mitte des 13. Jahrhunderts zu Recht verneinte, auch mit diesem russischen Beispiel argumentiert haben. H. Bechtel sieht den Getreidehandel der Hanse schon für die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts als gesichert an. Seiner Meinung nach exportierte die Hanse das Getreide nach Flandern, England und Skandinavien.⁷ Von einem Getreideexport in die Rus kann er nicht sprechen, weil auch ihm, wie Rörig, die Mitteilungen der Ersten Nowgoroder Chronik nicht bekannt sind. Für P. Heinsius ist der hansische Getreidehandel in die Rus, und zwar zunächst nach Riga, sicher.⁸ H. Mottek macht zwar ebenfalls keine Angaben über einen deutschen Getreidehandel nach der Rus, behauptet aber, daß in der Zusammensetzung der Fernhandelswaren Deutschlands „ein Ansteigen des Anteils von Massengütern, wie Getreide und Viehprodukte“, in der Zeit vom 11. bis 13. Jahrhundert⁹ eingetreten sei. P. Johansen meint gleichfalls, daß Nowgorods zahlreiche Bevölkerung nur durch Getreideimporte ernährt werden konnte, schränkt jedoch die deutsche Einfuhr auf „gelegentliche Kornimporte, so besonders in Hungerjahren“ ein.¹⁰ Von den sowjetischen Historikern hat B. Rybakow Getreide in die Liste der Waren aufgenommen, die vor dem Mongoleneinfall in die Rus aus Deutschland eingeführt wurden.¹¹ W. Dowshenok behauptet zwar nicht, daß Nowgorod Getreide aus Deutschland einfuhrte, stellt aber fest, daß seine Eigenerzeugung unzureichend gewesen sei. Außerdem verweist er auf den in den Chroniken bezeugten Getreidehandel Nowgorods.¹² Das Register dieser Meinungen zeigt, daß die bisherige Geschichtsschreibung über den frühhansischen Getreidehandel, besonders den nach Rußland, mehr behauptet, als den Quellen tatsächlich zu entnehmen ist.

Der frühe hansisch-deutsche Getreideexport in die Rus ist zwar in einigen schriftlichen Quellen festgehalten, jedoch erst seit Beginn des 13. Jahrhunderts und auch nur für den äußersten nordwestlichen Teil, für das Gebiet zwischen Nowgorod und Riga.

Unter dem Jahre 1206 hat Heinrich der Lette in seiner Chronik eingetragen, daß der Bischof Daniel von Gotland in Riga, wo eine Hungersnot herrschte, mit zwei Koggen erschien, die bis oben voll mit Getreide (cibarium) gefüllt waren.¹³ P. Heinsius errechnet, daß jede der Koggen mit mindestens 38 Lasten

⁷ Bechtel, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Von der Vorzeit bis Ende des Mittelalters, 2. erw. Aufl., München 1951, S. 236.

⁸ Heinsius, P., Das Schiff der hansischen Frühzeit, Weimar 1956, S. 90.

⁹ Mottek, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Berlin 1957, S. 154.

¹⁰ Johansen, P., Novgorod und die Hanse, in: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte. Gedächtnisschrift für Fritz Rörig, Lübeck 1953, S. 130.

¹¹ Rybakow, B. A., Der Handel und die Handelsstraßen, in: Geschichte der Kultur der alten Rus, Bd 1, Berlin 1959, S. 301. Russische Ausgabe erschien 1951.

¹² Довженко, В. И., Земледелие у восточных славян в I тысячелетии н. э. и в эпоху Киевской Руси, in: Материалы по истории земледелия СССР, Bd 1, Moskau 1952, S. 155.

¹³ Heinrichs livländische Chronik (Scriptores rerum Germanicarum in usum scholarum), bearb. v. L. Arbusov und A. Bauer, Hannover 1955, S. 39.

beladen war und demnach die gesamte Getreidemenge 150 Tonnen betrug.¹⁴ Daß in diese Gebiete Getreide eingeführt wurde, geht auch aus Bullen hervor, die der Papst Honorius III. an die nordischen Bischöfe sandte. In einer vom 13. 1. 1221 datierten Bulle an die Bischöfe von Finnland ersucht Honorius III. diese, den benachbarten Heidenvölkern keine victualia zu senden.¹⁵ Der Nachfolger Honorius III., Papst Gregor IX., fordert den Bischof von Linköping, den Abt des Zisterzienser Klosters auf Gotland und den Probst von Wisby in Bullen vom 16. 2. 1229 auf, dafür zu sorgen, daß jeglicher Handel mit den Russen unterbunden würde, wobei ausdrücklich Getreide (victualis) erwähnt wird.¹⁶ Eine Bulle gleichen Inhalts ging auch nach Lübeck ab.¹⁷ Diese Aufforderung Gregors IX. scheint wirkungslos geblieben zu sein, denn kurze Zeit nach ihrer Abfassung kam es zum Abschluß des Smolensker Handelsvertrages zwischen dem Fürsten Mstislaw Dawydowitsch von Smolensk einerseits und Riga und Gotland andererseits.¹⁸ Möglicherweise hatte Gregor IX. von Bestrebungen zum Abschluß eines hansisch-russischen Handelsvertrages gehört und wollte ihn vereiteln. In dem Vertragstext ist zwar Getreide als hansischer Handelsartikel nicht erwähnt, aber unter dem Jahre 1231 ist in der Ersten Nowgoroder Chronik eingetragen, daß die Deutschen in Nowgorod eintrafen und aus Übersee Korn und Mehl brachten.¹⁹ Bemerkenswert ist, daß diese Getreideeinfuhren im Zusammenhang mit Hungersnöten, Mißernten und Naturkatastrophen verzeichnet werden, von denen dieser nordwestliche Teil der Rus heimgesucht wurde. Heinrich der Lette bringt die Getreidelieferung nach Riga mit einer im Lande ausgebrochenen Hungersnot in Verbindung, und dem von der Ersten Nowgoroder Chronik für das Jahr 1231 vermerkten deutschen Getreidetransport für Nowgorod ging im Jahre 1230 eine Naturkatastrophe im ganzen Nowgoroder Land voraus, die für das Jahr 1231 eine Hungersnot zur Folge hatte.²⁰ Wenn auch die Angaben des Chronisten über das Ausmaß der Hungersnot kaum glaubhaft erscheinen – es seien sogar Kinder an die Fremden für Brot verkauft worden²¹ –, so muß die Not dennoch sehr groß gewesen sein, da zusätzlich noch der Getreidemangel spürbar wurde, der sich aus der im Jahre 1228 eingetretenen Mißernte in Wladimir-Susdal²² ergab, von wo man Getreide für Nowgorod bezog. An dieser Meldung der Ersten Nowgoroder Chronik von der Einfuhr deutschen Getreides nach Nowgorod fällt auf, daß sie die einzige ist, obwohl von 1127 bis zu diesem Zeitpunkt von 7 Mißernten berichtet wird²³, die zum Teil ebenfalls arge Hungersnöte zur Folge hatten.

¹⁴ Heinsius, P., a. a. O., S. 90.

¹⁵ *Diplomatarium Suecanum*, vol. I, Stockholm 1829, S. 221.

¹⁶ Ebenda, S. 256. ¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Goetz, K., *Deutsch-russische Handelsverträge*, Hamburg 1916, S. 230–304.

¹⁹ *Первая Новгородская летопись*, Moskau 1950, S. 71.

²⁰ Ebenda, S. 69 u. 71. ²¹ Ebenda, S. 71.

²² *Полное собрание русских летописей* (im folgenden: ПСРЛ), Bd 1, 2. Aufl., Lfg. 2, Leningrad 1927, S. 451.

²³ *Первая Новгородская летопись*, a. a. O., S. 21, 27, 39, 54 u. 69.

Sowohl diese einzige Meldung der Ersten Nowgoroder Chronik als auch die anderen erwähnten schriftlichen Quellen führen nun zur Frage, ob der früh-hansische Getreideexport nach der Rus wenigstens seit Beginn des 13. Jahrhunderts systematisch betrieben wurde und das Getreide schon als ein ständiger hansischer Handelsartikel in der Einfuhrliste der Rus-Länder eingetragen war. Sie könnte nur bejahend beantwortet werden, wenn zu dieser Zeit in Deutschland genügend Getreide produziert worden wäre, was aber nicht der Fall zu sein scheint, auch wenn in verschiedenen Gegenden Deutschlands auf Grund eines gut entwickelten Ackerbaues eine Überschüsse aufweisende Getreideproduktion anzunehmen ist.

Adam von Bremen schreibt in seiner Hamburgischen Kirchengeschichte, daß Sachsen wegen seiner Feldfrüchte berühmt war (*Saxonia . . . frugibus inclita*).²⁴ Herbord, der Autor der *Vita des Bischofs Otto von Bamberg*, berichtet, daß auch in Ostfranken „reife Saaten nach der Sichel verlangten“ (*et maturae iam segetes . . . falcem postulant*).²⁵ Von den gegenständlichen Quellen her läßt sich ebenfalls für unsere Zeit ein hochentwickelter Ackerbau in den deutschen Ländern erkennen. Wenn auch die Pflugforschung noch lange nicht systematisch betrieben wird, so genügen die bekannten Funde eiserner Pflugscharen durchaus zur Feststellung, daß schon im 11. Jahrhundert Pflüge mannigfaltiger Konstruktion zum Beackern der Böden in Gebrauch waren. Am Oberrhein war der Räderpflug mit Wendeschar bereits längere Zeit beheimatet.²⁶ Auch die in ganz Deutschland verbreiteten Wassermühlen, die schon in den Volksrechten erwähnt werden, weisen auf relativ hohe Getreideerzeugung in Deutschland hin. Ein indirektes Zeugnis für sie legt die Erfindung der Kogge, des großen Lastenschiffes, ab. Das Getreide war Massenschüttgut geworden, so daß für seinen Transport, wohl Ende des 12. Jahrhunderts, ein geräumiges Wasserfahrzeug für Strom und See entwickelt werden mußte.²⁷ So sprechen alle vier Faktoren, nämlich fruchtbare Böden, gut ausgebildete Ackerwerkzeuge, allgemein gebräuchliche Wassermühlen und schließlich moderne Wasserfahrzeuge dafür, daß seit dem 11. Jahrhundert der Getreidehandel in der Wirtschaft Deutschlands ständig an Bedeutung gewann. Aus einem sehr gewichtigen Grunde, der von den Verfechtern des Getreidehandels übersehen wird²⁸, konnte er sich jedoch bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts nicht kontinuierlich entfalten und vor allen Dingen nicht zum überseeischen Fernhandel werden.

²⁴ *Magister Adam Bremensis; Gesta Hammaburgensis Ecclesiae Pontificum*, in: Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, hg. v. R. Büchner, Bd 11, Berlin 1957, S. 164.

²⁵ *Herborði Dialogus de vita Ottonis* (Scriptores rerum in usum scholarum), Hannover 1868, S. 30.

²⁶ *Schröder-Lemke, G.*, Wesen und Verbreitung der Dreifelderwirtschaft im Rheinland, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Jg. 7, 1/1959, S. 30.

²⁷ *Heinsius, P.*, a. a. O.

²⁸ H. Bechtel u. H. Mottek.

Das waren die häufigen Mißernten, über die uns vor mehr als 60 Jahren F. Curschmann mit einer nüchternen Aufzählung eindrucksvoll informierte.²⁹ Weil die Forschungsergebnisse Curschmanns ein sehr geeigneter Beitrag zur Klärung des hier untersuchten Problems sind, sollen sie ausführlicher zitiert werden. Curschmann registriert alle in schriftlichen Quellen von 1004 bis 1240 verzeichneten Hungersnöte, die „in den von Deutschen bewohnten und unmittelbar deutschem Einfluß unterstandenen Gebieten“ ausgebrochen waren. Es war dies der große geographische Raum zwischen der Nordsee im Norden (mit Ausnahme von Dänemark) bis an die Alpen im Süden, zwischen Polen und Ungarn, Österreich und Böhmen im Osten und Belgien und Ostfrankreich–Toul–Verdun–Dijon im Westen.

Aus insgesamt 748 Quellenangaben hat er folgende Daten von Hungersnöten und Mißernten ermittelt:

Belgien, Niederrhein:	1006, 1043, 1044, 1090, 1095, 1117, 1118, 1124, 1125, 1126, 1139, 1142, 1143, 1144, 1146, 1147, 1151, 1161, 1162, 1175, 1183, 1196, 1197, 1225.
Mittelrhein:	1005, 1044, 1045, 1100, 1101, 1106, 1125, 1144, 1145, 1146, 1147, 1151, 1196, 1197, 1198, 1125, 1226.
Lothringen-Ostfrankreich:	1003, 1005, 1006, 1031, 1032, 1044, 1100, 1144, 1145, 1146, 1150, 1151, 1176, 1177, 1197, 1224, 1225, 1233, 1234, 1235, 1253.
Süddeutschland – West:	1005, 1044, 1046, 1055, 1056, 1060, 1061, 1062, 1069, 1077, 1090, 1098, 1099, 1100, 1101, 1102, 1125, 1126, 1145, 1146, 1150, 1151, 1176, 1195, 1196, 1197, 1198, 1220, 1225, 1226, 1256.
Süddeutschland – Ost:	1005, 1038, 1053, 1060, 1125, 1146, 1177, 1196, 1211, 1217, 1225, 1226, 1231.
Norddeutschland – Küste:	1066–1072, 1164 Mecklenburg, 1217 Lübeck, 1219 Friesland, 1225 Friesland, 1226 Lübeck.
Norddeutschland – Binnenland:	1006, 1025, 1045, 1092, 1093, 1094, 1100, 1120, 1124, 1125, 1140, 1145, 1146, 1147 Holstein, 1151, 1162, 1166, 1197, 1205, 1217, 1218, 1225, 1226.

²⁹ *Curschmann, F.*, Hungersnöte im Mittelalter. Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 8. bis 13. Jahrhunderts, Leipzig 1900. Dieses wertvolle Buch scheint vergessen und den Wirtschaftshistorikern nicht bekannt, wie die Beispiele Bechtel und Mottek zeigen. Neuerdings ist es von H. Gericke (*Der Hauptgegensatz der feudalen Gesellschaft im Spiegel einiger literarischer Zeugnisse des 11. bis 13. Jahrhunderts*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 4/1900, S. 887) berücksichtigt worden. Auch W. Paschuto (Moskau) wird es bei seinen künftigen Arbeiten heranziehen.

Böhmen:	1043, 1126, 1217, 1252.
Österreich:	1082, 1145, 1149, 1150, 1195, 1196, 1206, 1216, 1217, 1234, 1235, 1252.
Östliche Grenzgebiete:	1217 Ungarn, 1221 Polen, 1222, 1233 Livland, 1241 Ungarn. ³⁰

Demnach gab es im 11. Jahrhundert in 61, im 12. Jahrhundert in 91 und in der Zeit zwischen 1200 und 1240 in 39 Jahren Hungersnöte. Bemerkenswert ist, daß die einzelnen Notperioden recht häufig verzeichnet werden, so die von 1005 bis 1006 in 9, die von 1043 bis 1045 in 16, die von 1099 bis 1101 in 21, die von 1195 bis 1198 in 39 und die 1225 bis 1226 in 20 Nachrichten.³¹ Im 11. Jahrhundert sind 30 Jahre, im 12. Jahrhundert nur 9 Jahre und im 13. Jahrhundert (bis 1240) nur 2 Jahre ohne Hungersnöte. Außer den lokalen Hungersnöten treten solche allgemeiner Natur auf, so daß die ersteren mit den letzteren zusammenfallen und dann in ganzen Ländereien Not und Hunger herrschen. Von solchen epidemieartigen Hungersnöten wurde Belgien im 11. Jahrhundert 4mal, im 12. Jahrhundert 9mal und im 13. Jahrhundert (bis 1240) 2mal heimgesucht. Im Gebiet des Mittelrheins traten allgemeine Hungersnöte im 11. Jahrhundert 3mal, im 12. Jahrhundert 6mal und im 13. Jahrhundert (bis 1240) 2mal auf. Für Bayern werden im 11. Jahrhundert 4, im 12. Jahrhundert ebenfalls 4 und im 13. Jahrhundert (bis 1240) 7 allgemeine Hungersnöte verzeichnet. Arg wurde das westliche Süddeutschland betroffen, denn im 11. Jahrhundert werden 8, im 12. Jahrhundert 6 und im 13. Jahrhundert (bis 1240) 5 allgemeine Hungersnöte errechnet. Recht düster ist das Bild auch für Sachsen, denn es erlitt im 11. Jahrhundert 4, im 12. Jahrhundert 9 und im 13. Jahrhundert (bis 1240) 4 allgemeine Hungersnöte. Böhmen und Österreich kamen im 11. und 12. Jahrhundert verhältnismäßig gut weg, aber im 13. Jahrhundert (bis 1240) werden 4 (Böhmen) und 7 (Österreich) allgemeine Hungersnöte ermittelt.³² Obwohl Curschmann die Angaben der Chronisten und Schreiber recht kritisch beurteilt, muß er doch auch feststellen, daß die Hungersnöte häufig zwei bis drei Jahre anhielten. Daß eine Hungersnot „mehrere Jahre“ dauerte, berichtet der Autor der Vita des Bischofs Otto von Bamberg, Herbord, in der Darstellung der Zustände in Ostfranken.³³ Eine dreijährige Hungersnot herrschte in Köln, nämlich von 1145 bis 1147.³⁴ In den Jahren 1124 bis 1126 ist ganz Deutschland, also Sachsen, Süddeutschland, das mittelrheinische Gebiet und auch Böhmen von einer Hungersnot heimgesucht worden. Im Jahre 1145 wurden Frankreich und Deutschland von Hunger gequält.³⁵ Im Jahre 1196 bis 1197 hungerte ganz Belgien.³⁶ In den Jahren 1217 bis 1218 wurden die Bezirke Lübeck, Magdeburg, Halle und die Länder Bayern, Österreich von einer

³⁰ Ebenda, S. 83–85.

³¹ Ebenda, S. 36.

³² Ebenda, S. 40.

³³ *Herbordi Dialogus de vita Ottonis*, a. a. O., S. 28.

³⁴ *Curschmann, F.*, a. a. O., S. 28.

³⁵ Ebenda, S. 34.

³⁶ Ebenda, S. 26.

allgemeinen Hungersnot betroffen.³⁷ Als Ursachen der Hungersnöte ermittelt Curschmann Mißernten, die durch schneereiche Winter, starke Fröste, Hagel-schlag, Überschwemmungen und Dürren hervorgerufen wurden. Auch die Kriege waren an den Hungersnöten schuld.³⁸

Gerade im Lichte der von Curschmann erarbeiteten Unterlagen, also auf Grund der häufigen Mißernten, die wiederum zu Hungersnöten führten, konnte es in Deutschland für die Zeit vom 11. Jahrhundert bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts keine Getreidereserve geben, die einen Getreideexport ermöglicht hätte. Waren dann und wann in irgendeinem Gau, Land oder Bezirk gewisse Reserven aus guten Ernten vorhanden, wurden sie von Hungergebieten absorbiert, so daß für den Fernhandel nichts frei war. Außerdem stellte der ständige Bevölkerungszuwachs erhöhte Anforderungen an die Getreide-erzeugung, so daß auch von dieser Seite her die Möglichkeiten eines Getreide-exports ausgeschlossen wurden. Schließlich gelangte „der Getreidehandel erst an der Wende vom 1. zum 2. Viertel des 13. Jahrhunderts zu einer Belebung“, nachdem er zuvor völlig darnieder gelegen hatte.³⁹

In der letzten Zeit wird erneut die Frage nach der Getreidebasis Pommerns und Mecklenburgs gestellt. E. Assmann meint, daß seit Beginn des 13. Jahrhunderts in Pommern durch die deutsche Kolonisation eine erhebliche Getreideerzeugung einsetzte⁴⁰, die besonders gegen Ende des Jahrhunderts einen nennenswerten Export zuließ.⁴¹ B. Żientara meint, daß Pommern schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts „zum ersten Getreideexportland des Baltikums geworden ist“, was „zum großen Teil auf die deutsche Kolonisation zurückzuführen ist, wobei jedoch auch in den slawischen Dörfern ein hohes Niveau der Ackerbau-kultur herrschte“.⁴² Da Lübeck nicht über eigene Getreidereserven verfügte und auch kein agrarisches Hinterland hatte, könnte es sich das für den Export bestimmte Getreide wohl aus Pommern und Mecklenburg beschafft haben. Aber auch dann ist nicht sicher, ob das nach Nowgorod gebrachte Getreide von deut-schen oder westslawischen Bauern stammte. Über die ethnische Herkunft des von den Deutschen (nemzy) im Jahre 1231 nach Nowgorod gebrachten Ge-treides läßt sich keine bestimmte Aussage machen.

Um zu einem klaren Bild über den deutsch-russischen Getreidehandel in der vormongolischen Periode zu gelangen, müssen auch der Ackerbau und die Agrartechnik der vormongolischen Rus einer Betrachtung unterzogen werden. In der in den letzten 20 Jahren erschienenen deutschen Geschichtsliteratur

³⁷ Ebenda, S. 42.

³⁸ Ebenda, S. 19–23.

³⁹ *Lamprecht, K.*, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter Bd 1/1, Leipzig 1886, S. 593 u. 594.

⁴⁰ *Assmann, E.*, Stettins Seehandel und Seeschiffahrt im Mittelalter, Kitzingen a. M., o. J., aber nach 1945 erschienen, S. 7.

⁴¹ *Derselbe*, Die Stettiner Zollrolle des 13. Jahrhunderts, in: *Hansische Geschichts-blätter*, Jg. 71, 1952, S. 72.

⁴² *Żientara, B.*, Rola Szczecina w odrzańskim i bałtyckim handlu zboża XIII–XIV w., a. a. O., S. 415.

herrscht mit wenigen Ausnahmen die Auffassung vor, daß die Landwirtschaft der Ostslawen wenig entwickelt und in ihrer Gesamtwirtschaft gegenüber Jagd und Fischfang von untergeordneter Bedeutung war. Eine eigene Forschung über die Landwirtschaft und über den Ackerbau des alten Rußland im besonderen hat die deutsche Osteuropa-Geschichtswissenschaft nicht betrieben. Sie übernahm die Auffassungen der vorsowjetischen Forschung und die unrevidierten von M. Pokrowski, der in Vorstellungen M. Kljutschewskis verhaftet war. Sie bewertet demnach die Landwirtschaft und den Ackerbau der alten Rus als unerhebliche Wirtschaftsfaktoren. B. D. Grekows Werk über die Bauern in der Rus, in dem zum ersten Mal die Landwirtschaft der alten Rus in vollem Umfang als führender Sektor der Wirtschaft dargelegt worden ist, beginnt erst 10 Jahre nach seinem Erscheinen – nachdem die deutsche Übersetzung vorliegt – beachtet zu werden, wie die Rezensionen lehren. Die inzwischen neu erschienenen zahlreichen, zum Teil recht umfangreichen Teilbeiträge zur Geschichte des Ackerbaues in der Rus sind von der deutschen Osteuropa-Geschichtsschreibung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht einmal registriert worden.

Bei O. Hoetsch (1949) rangiert die Landwirtschaft der Ostslawen hinter Jagd und Fischerei, im 11. und in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts sei sie durch eine „primitive Technik und Organisation“ gekennzeichnet, und erst seit der zweiten Jahrhunderthälfte wäre im Zuge der Kolonisation des Landes zwischen Wolga und Kljasma neben der „Brenn- auch die Dreifelderwirtschaft“ aufgekomen.⁴³ V. Gitermann (1949) räumt zwar den Ostslawen ein, daß bei ihnen seit dem 9. Jahrhundert „der Besitz von Herden eine immer kleinere und die Benutzung des Ackers eine immer größere Rolle spielte“, aber die Bearbeitung des Bodens erfolgte „mit primitivem Gerät“, so daß „der Handel alle anderen ökonomischen Funktionen überflügelte“. Seiner Meinung nach erlangte der Ackerbau in der alten Rus erst mit der Abwanderung der Bevölkerung aus dem mittleren Dneprbecken in das Wolgaland eine größere Bedeutung, also seit dem letzten Drittel des 12. Jahrhunderts. Doch auch hier hätten die Böden nur in den ersten Jahren nach der Rodung gute Erträge ergeben, „als der Abbrand noch düngewirksam“ war. Im allgemeinen „warf der Lehm Boden an der oberen Wolga nur geringe Ernten ab. Von der Produktion eines Überschusses, aus dem der Lebensunterhalt größerer Städte hätte bestritten werden können, war keine Rede.“⁴⁴ G. Thimm (1952) verknüpft den Ackerbau mit der ostslawischen Kolonisationswelle im 12. Jahrhundert – also recht spät – und erachtet ihn als gering entwickelt, da der Bauer den Boden „mit primitiven Geräten, die er sich mit der Axt herstellte“, bebaute.⁴⁵ I. Neander (1956) tritt entschieden der Auffassung entgegen, die Ostslawen seien Steppenmenschen und Nomaden gewesen. Mit dem Hinweis auf die Kolonisation, die von der Autorin mit der Aneignung des Bodens gleichgesetzt wird, stellt sie ihnen als Ackerbauer jedoch folgendes ungünstiges Zeugnis aus: Sie

⁴³ Hoetsch, O., Grundzüge der Geschichte Rußlands, Stuttgart 1949, S. 26, 27 u. 34.

⁴⁴ Gitermann, V., a. a. O., S. 32, 87 u. 88.

⁴⁵ Thimm, G., Das Rätsel Rußland, Stuttgart u. Hamburg 1952, S. 22.

trieben „extensive Wirtschaft, zumal ihnen Anregungen von höher entwickelten Wirtschaftssystemen fehlten. Es konnten sich bei ihnen mehr Pionier- und Pfadfinderinstinkte ausbilden als pfliegerische wie bei anderen Ackerbauvölkern“⁴⁶. O. Brunner (1956) sieht den Ackerbau in der Rus bis zum Ende des 16. Jahrhunderts als Feldgraswirtschaft oder als Brandwirtschaft an. Die niedergebrannten Waldteile werden dabei, wenn der Boden erschöpft ist, aufgegeben und dem Waldwuchs überlassen.⁴⁷ „Der russische Bauer ist noch durch das Waldland langsam weitergewandert.“⁴⁸ Während in Westeuropa um 1200 schon die Rodungswirtschaft herrschte, blieb es in Rußland bei der Brandwirtschaft. In Westeuropa wurde nach Meinung des Autors schon um 1200 das Land dem Ackerbau dauernd gewonnen, in Rußland dagegen immer wieder aufgegeben.⁴⁹ W. Weidlé (1956) verbindet gleichfalls den Ackerbau der Ostslawen und ihrer Kolonisationstätigkeit und stellt fest, daß „Steppen und Wälder unter den Pflug genommen und in fruchtbaren Boden verwandelt wurden“.⁵⁰ G. Stökl, dem schon 1955 eine Reihe von aufschlußreichen Beiträgen sowjetischer Historiker und Archäologen zur Geschichte des Ackerbaues und der Agrartechnik in der alten Rus bekannt waren⁵¹, behauptet (1957), daß „der Ackerbau des ostslawischen Bauern im Rahmen der bäuerlichen Gesamtwirtschaft wohl eine relative Rolle spielte und lange Zeit extensiv betrieben wurde“.⁵² Durch diese Technik und Arbeitsweise habe sich der ostslawische Bauer „vom Bauern anderer slawischer und nichtslawischer Völker Europas unterschieden“.⁵³

Ein objektiveres Urteil über den Ackerbau und die Bedeutung der Landwirtschaft innerhalb der Gesamtwirtschaft der im Kiewer Staat vereinigten Ostslawen fällen nur D. Tschizewski und A. Stender-Petersen. Beide Historiker haben für dieses Teilgebiet der altrussischen Geschichte die sowjetischen Forschungsergebnisse beachtet und beurteilen daher auch die Sachlage besser als die zuvor genannten. D. Tschizewski (1959) ist folgender Auffassung: „Nach modernen Methoden durchgeführte Analysen des bei den Ausgrabungen gewonnenen Materials berechtigen zu der Annahme, daß die Hauptbeschäftigung der Ostslawen die Landwirtschaft war und nicht Jagd und Fischerei, wie noch vor ein paar Jahrzehnten vermutet wurde“.⁵⁴ A. Stender-Petersen (1960) bescheinigt „den autochthonen Ostslawen, daß sie eine verhältnismäßig hochentwickelte agrarische Kultur hatten“.⁵⁵

⁴⁶ Neander, I., Grundzüge der russischen Geschichte, Darmstadt 1956, S. 15.

⁴⁷ Vgl. Brunner, O., Neue Wege der Sozialgeschichte, Göttingen 1956, S. 63.

⁴⁸ Ebenda, S. 66. ⁴⁹ Ebenda, S. 76.

⁵⁰ Weidlé, W., Rußland. Weg und Abweg, Stuttgart 1956, S. 31.

⁵¹ Stökl, G., Russisches Mittelalter und sowjetische Mediaevistik, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Neue Folge, Bd 3, 1/1955.

⁵² Derselbe, Rußland und Europa vor Peter dem Großen, in: Historische Zeitschrift (im folgenden: HZ), Bd 184, 1957, S. 534. ⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Tschizewski, D., Das heilige Rußland, Bd 1, Hamburg 1959, S. 14.

⁵⁵ Stender-Petersen, A., Der älteste russische Staat, in: HZ, Bd 191, 1960, S. 17.

Sind diese Urteile aus den Angaben der Quellen gerechtfertigt? Ihre negativen Gehalte sind nicht einmal den wenigen schriftlichen Quellen zu entnehmen, auch wenn diese nur in seltenen Fällen Auskunft über die Bodenbearbeitung geben. Aus der Russkaja Prawda ist ersichtlich, daß in der vormongolischen Rus alle hauptsächlichen Getreidearten, wie Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Hirse angebaut wurden.⁵⁶ Daß es sich um tatsächlich in der Rus angebautes Getreide handelt, bezeugen die Bezeichnungen gedroschenes und ungedroschenes Korn.⁵⁷ Die Erste Nowgoroder Chronik berichtet, daß im Nowgoroder Land Sommer- und Wintergetreide zum Anbau kamen.⁵⁸ Die schriftlichen Quellen sagen auch eindeutig aus, daß die Rus ein fruchtbares Land war und reiche Ernten abwarf. Obilie (обилье) oder pribytok (прибыток) als Ausdruck für gute Ernten kommen in den altrussischen Schriftdenkmälern häufig vor, so zum Beispiel in der Russkaja Prawda und in der Ersten Nowgoroder Chronik.⁵⁹ Danil Zatotschnik schreibt in seinem Bittgesuch an den Fürsten, daß „die Erde reiche Frucht trägt“.⁶⁰ Im Igorlied besingt der Verfasser dieses altrussischen Poems das altrussische Land, weil es mit „weiten Feldern“ ausgestattet ist.⁶¹ Im Traktat über den Untergang des russischen Landes, das anläßlich des Einfalls der Mongolen in die Rus entstanden ist, lesen wir, daß „das russische Land mit herrlichen Feldern geschmückt“ war.⁶²

Die Fruchtbarkeit in den Ländern der Rus war auch im Ausland, so z. B. in Deutschland und im arabischen Asien, bekannt. Die Kunde davon gelangte dahin teils durch Reisende, die das Land besucht hatten, teils auf uns unbekanntem Wegen. Der Querfurter Bischof Brun, der im Jahre 1008/09 in der

⁵⁶ *Правда Русская*, Redaktion B. D. Grekow, Moskau u. Leningrad 1947, S. 379, 380 u. 694.

⁵⁷ Ebenda, о немолоченой ржи, о немолоченом жите, S. 379 u. 380.

⁵⁸ *Первая Новгородская летопись* unter dem Jahre 1127, S. 21, und unter dem Jahre 1230, S. 69.

⁵⁹ *Правда Русская*, а. а. О., S. 379; *Первая Новгородская летопись*, а. а. О., S. 54 u. 69.

⁶⁰ *Зарубин, Н. Н.*, Слово Данила Заточника, Leningrad 1932, S. 63: земля плодь дает обилия. Deutsche Übersetzung dieses altrussischen Schriftdenkmals besorgt von K. Müller, in: *Zeitschrift für Slawistik*, Bd 5, 1960, S. 432 bis 445.

⁶¹ *Слово о полку Игореве*, Moskau 1950, S. 11: не буря соколы занесе чрезъ поля широкая. Dieses altrussische Schriftdenkmal liegt in einigen deutschen Übersetzungen vor: Dazu: *Widera, B.*, Deutsche Übersetzungen altrussischer Quellen der vormongolischen Zeit, in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der europäischen Volksdemokratien*, Bd 4, 1960, S. 334, 335 u. 341.

⁶² *Слово о погибели роускыя земли*, in: *Памятники древней письменности*, Nr 84, Sanktpeterburg 1892, S. 18: О светло светлая и оукрашено оукрашена земля роускыя польми дивными. Deutsche Übersetzung: *Philipp, W.*, Über das Verhältnis des „Slovo о pogibeli russkoj zemli“ zum „Žitie Aleksandra Nevskogo“, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte*, Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Historische Veröffentlichungen, Bd 5, Berlin 1957.

Rus war, schrieb in seinem an König Heinrich II. adressierten Brief, daß dieses Land „ein großes und reiches Königreich sei“ (magnus regno et divitiis).⁶³ Diese Angabe bezieht sich auf die südlichen Ländereien der Rus, da Brun in Kiew am Hofe des Großfürsten Wladimir des Täufers weilte und von Ungarn aus in das Land kam. 60 bis 70 Jahre später erfuhr der Magister Adam von Bremen aus dem Munde ausländischer Kaufleute vom Reichtum der nördlichen Rus, denn er schreibt in seiner Hamburgischen Kirchengeschichte, daß die Rus „wie ein bewässerter Garten alle Güter in Fülle besitzt“ (Ruzzia . . . quasi hortus irriguus abundat omnibus bonis).⁶⁴ Unter divitiis und bonis verstand man im Mittelalter auch den Reichtum der Agrarerträge. Um die Mitte des 12. Jahrhunderts bereiste der Araber Abu Hāmid die Rus von der mittleren Wolga über Oka bis nach Kiew, möglicherweise auch das noch weiter westlich gelegene Gebiet⁶⁵ und berichtete, daß er „ein weites Land, reich an Honig, Weizen und Gerste“ fand.⁶⁶ Wenn diese angezogenen schriftlichen Quellen auch keine konkreten Angaben über die Ernteerträge enthalten, so ermöglichen die gegebenen Mitteilungen doch ein zuverlässiges Bild von der guten Ertragsleistung des Ackerbaues in der vormongolischen Rus. Natürlich blieben auch Mißernten nicht aus, verschiedentlich auch solche schwerer Natur. Auch sie sind in der altrussischen Chronistik registriert. Ungefähr 20 Mißerntenjahre werden in der Zeit zwischen 1024 bis 1231 verzeichnet.⁶⁷ Verhältnismäßig häufig traten sie den Mitteilungen der Ersten Nowgoroder Chronik zufolge im Nowgoroder Land auf, denn sie sind hier notiert für die Jahre 1127, 1145, 1157, 1161, 1187 bis 1188, 1215, 1230.⁶⁸ In der Zeit von 1228 bis 1230 scheint für das ganze Land von Wladimir-Susdal bis in die Gegenden von Nowgorod eine Mißerntenperiode geherrscht zu haben. Gewiß ist ein Vergleich mit dem deutschen Quellenmaterial, wie es uns beispielsweise Curschmann vorlegt, nur bedingt zulässig, weil, verglichen mit den deutschen schriftlichen Quellen, die altrussischen quantitativmäßig geringer sind. Dennoch scheint die Rus in dem gleichen Zeitraum viel weniger von Mißernten heimgesucht worden zu sein als Deutschland. Darauf deuten auch die Meldungen über Nowgorod hin, wo die Mißernten im allgemeinen in Zeitabständen von 20 bis 25 Jahren auftraten, eine Erscheinung, die für die Beschaffenheit der Nowgoroder Böden aufschluß-

⁶³ Brief Bruns von Querfurt an Heinrich II., in: *Monumenta Poloniae Historica*, Bd 1, Lwów 1864, S. 224.

⁶⁴ *Magister Adam Bremensis, Gesta Hammaburgensis Ecclesiae, Pontificum*, a. a. O., S. 450/451.

⁶⁵ *Lewicki, T.*, Znaczenie handlowe Drohiczyńia nad Bugiem we wczesnym średniowieczu, in: *Kwartalnik Historii Kultury Materialnej*, Jg. 4, 2/1956, S. 292.

⁶⁶ *Моисейт, А. Л.*, Абу Хамид ал Гарнати и его путешествие в русские земли 1150—1153, in: *История СССР*, 1/1959, S. 175.

⁶⁷ *Довженок, В. И.*, Об уровне развития земледелия в Киевской Руси, in: *История СССР*, 5/1960, S. 74.

⁶⁸ *Первая Новгородская летопись*, a. a. O., S. 21, 27, 30, 31, 38, 39, 54 u. 61.

reich zu sein vermag. Schon im Lichte des schriftlichen Quellenmaterials scheinen die Nowgoroder Böden keineswegs so ungeeignet für den Getreideanbau gewesen zu sein, wie dies die Geschichtsschreibung behauptet. Schließlich ist noch beachtenswert, daß diese Mißernten nicht das Resultat der Unfruchtbarkeit des Bodens sind, sondern Folgeerscheinungen von Naturkatastrophen, wie Unwetter in Sommer- und Winterzeiten.

Konkreter, prononcierter und plastischer treten der Ackerbau, der Anbau der Getreidekulturen und die Ertragsmöglichkeiten des Bodens aus den gegenständlichen Quellen des archäologischen Materials hervor, das gerade in den vergangenen 20 Jahren dank der systematischen und finanziell sehr geförderten sowjetischen Forschungen in ständig größeren Quantitäten aus der Erde geborgen wird. Während wir uns aus den schriftlichen Quellen wegen der knappen Narration nur ein abstraktes Bild machen können, bietet uns das archäologische Material die erhaltene dingliche und stoffliche Substanz des wichtigsten Zweiges der Landwirtschaft der alten Rus, nämlich des Getreideanbaues, dar. Das gegenständliche Material der Archäologie umfaßt: eiserne Pflugscharen verschiedener Typen, Erntewerkzeuge, wie Sicheln und Kurzsensen (gorbuschy) ebenfalls aus Eisen, Pferdegeschirr, Mahlsteine und schließlich Körneransammlungen. Was die Pflugscharen anlangt, so sind sie bisher in allen Teilen der einstigen Rus-Länder gefunden worden.⁶⁹ Sie wurden entdeckt in: Staraja Ladoga, in Nowgorod, Pskow, im Gebiet von Wologda, im Kreis Tscherdynsk, im Gebiet von Kostroma, Kreis Jaransk, in der Gegend von Kalinin, Dmitrowo (Raum Moskau), im Kreis Kolomna, Rjasan, Pronsk, Moskau (Stadt), Wstschish (Gebiet von Brjansk), Muranka (Gebiet von Kuibyschew), im Raum Kursk, Rayon Putiwl, in der Gegend von Kanew, Nowo Troizkoe (Rayon Lebedinsk – Gebiet auf dem linken Ufer des Dnepr), Raiki, Kolodjashin, Plisnesk (Raum Lwow), Rayon Tschernigow, Ekimauzy (unteres Dnestrgebiet), Rayon Shitomir, Tmutarakan. Die Pflugscharen wurden in Siedlungen und auf Friedhöfen gefunden. Sie lagen nicht nur vereinzelt, sondern auch in mehreren Exemplaren beisammen, wie zum Beispiel in Raiki (bei Berdytschew) und in Nowgorod. Obwohl es von den Pflugscharen mehrere Varianten gibt, lassen sie sich im wesentlichen in zwei Hauptgruppen einteilen. Im Süden waren kürzere Pflugscharen mit breiter Arbeitsschaufel (лемехы) und im Norden länglichere Scharen (сошники) in Gebrauch. An verschiedenen Stellen kamen die Pflugscharen mit dem Sech zum Vorschein; es wurde also der Pflug mit Streichbrett und Pflugmesser verwendet.⁷⁰

In den schriftlichen Quellen wird der Pflug in der Powest wremennych let (Nestorchronik) schon für das Jahr 981 als Normengröße für die Tribut- und Abgabenerhebung erwähnt⁷¹, und im Artikel 57 der erweiterten Fassung der

⁶⁹ Довженко, В. И., Об уровне, S. 61.

⁷⁰ Das Material ist der sowjetischen archäologischen Literatur entnommen wie: Материалы и исследования по археологии СССР, Советская археология, Краткие сообщения института истории материальной культуры.

⁷¹ Повесть временных лет, Bd 1, Moskau 1950, S. 55.

Russkaja Prawda (Prostrannaja Russkaja Prawda)⁷² ist er in der Liste des Inventars aufgeführt, das der abhängige Bauer vom Feudalherrn zur Benutzung erhielt. In der nördlichen Rus hieß das Ackergerät socha und war mit zwei eisernen Scharen, den soschniki, ausgerüstet. Im Süden trug es die Bezeichnung plug, hatte Streichbrett und Pflugmesser. In den nördlichen Regionen der Rus wurde der Boden von den zwei schmalen soschniki senkrecht aufgegraben, in den südlichen Regionen von der breiten Pflugschar horizontal gehoben, wobei das Wurzelwerk zerschnitten und durch das vor der Pflugschar eingefügte Pflugmesser die ausgegrabene Scholle geteilt und vom Streichbrett umgeworfen wurde. Nach den Datierungen der Funde waren socha und plug schon seit dem 10. Jahrhundert gebräuchlich, wenn auch noch ältere Bodenbearbeitungswerkzeuge, wie die kürzeren Pflugscharen, die naralniki, die den Boden geringer aufgruben, Verwendung fanden. Vor allem wurden im Norden in der Waldzone die für die Brandmethode – podseka – notwendigen Werkzeuge, wie Hacke und Axt, benutzt. Seit dem 10. Jahrhundert eroberte sich die pflügerische Bodenbearbeitung auch den Norden der Rus, für die Brandmethode blieb nur geringer Raum, der aber im Zuge der Kolonisationsbewegung erneut erweitert wurde, so daß stetig neue Ländereien der Waldzone im podseka-Verfahren für den Ackerbau gewonnen wurden. Socha und plug sind aber Ackergeräte, die ohne tierische Zugkraft nicht verwendbar sind. Als Zugkraft kamen Pferde und hier und da auch Ochsen in Betracht.⁷³ Ihre Verwendung drückt sich ebenfalls in archäologischen Funden von Zaumzeug und Kumten aus.⁷⁴ Ferner ist die Verwendung des Pferdes als Zugkraft im osteologischen Material ausgewiesen. Die Pferdeknochen werden aus Kulturschichten des 11. Jahrhunderts und der folgenden Zeit nicht mehr in zerhacktem Zustand – was auf Verzehr des Pferdefleisches hinweist – sondern ungeteilt ausgegraben.⁷⁵ So findet in diesem archäologischen Material jene Mitteilung in der Powest wremennych let über das Fürstentreffen von Dolobsk (1103), auf dem der Großfürst Wladimir Monomach die Fürsten ersucht, vor den Polowzen nicht nur die Pferde zu schützen, sondern auch die Bauern⁷⁶, die mit ihnen ackern, die konkrete Bestätigung. Das Aufkommen von socha und plug und

⁷² *Правда Русская*, а. а. О., S. 489.

⁷³ *Довженок, В. И.*, Об уровне, S. 66; *Кирьянов, А. В.*, История земледелия Новгородской земли, in: Труды Новгородской археологической экспедиции II Материалы и исследования по археологии СССР (im folgenden: МИА), 65, Moskau 1959, S. 346.

⁷⁴ *Арциховский, А. В.*, Новгородские грамоты на бересте – Из раскопок 1952 года, Moskau 1954, Urkunde Nr 78, S. 78; *Краинов, Д. А.*, Сессия отделения исторических наук и пленума института истории материальной культуры АН СССР, in: Советская археология (im folgenden: СА), 3/1958, S. 295.

⁷⁵ *Левашева, В. П.*, Сельское хозяйство, in; Очерки по истории русской деревни X–XIII вв. (Труды государственного исторического музея [im folgenden: ТГИМ] Nr 32), Moskau 1957, S. 84.

⁷⁶ *Повесть временных лет*, а. а. О., S. 190.

deren Bespannung mit dem Pferd haben aber eine intensivere Bodenbearbeitung zur Folge, denn sie führen zur Zwei- und Dreifelderwirtschaft und damit zur Verwendung von Stalldung. Für Nowgorod hält A. W. Kirjanow die Düngung der Felder im Hinblick auf umfangreiche Wiesengelände, die eine günstige Futtergrundlage für Viehhaltung abgaben, schon im 11. bis 12. Jahrhundert für wahrscheinlich.⁷⁷ Die Ausbildung von socha und plug hatte zur Voraussetzung die ständige Bearbeitung des gleichen Ackerbodens, was wiederum erforderte, daß nach der Ernte die Wiederherstellung seiner Fruchtbarkeit angestrebt werden mußte, die nur mit Düngung erfolgen kann. Mit dem Aufkommen beider Ackergeräte ist die Düngung des Ackerbodens mit Stallmist unvermeidbar. Daher ist sie für die Rus 3 bis 4 Jahrhunderte früher anzusetzen, als bisher behauptet wurde.⁷⁸

Unwiderlegbare Zeugen eines autochthonen Getreideanbaues in der Rus sind auch die zahlreichen Funde von eisernen Sicheln und Kurzsensen (gorbuschy). Die Sicheln wurden an fast allen Stellen gefunden, an denen auch die Scharen der Ackergeräte zum Vorschein kamen. Sie zerfallen in 4 Typen, nämlich Kiewer, Nowgoroder, Rjasaner und Moskauer Typ. Bis zu einem gewissen Grad kommt auch der Wilnaer Typ, der in litauischen Territorien verbreitet ist, hinzu. Die meisten Sicheln hatten zahnige und stählerne Schneiden, die auf die eisernen Klingen aufgeschweißt wurden. Es wurden aber auch ganzeiserne und ganzstählerne Sicheln verwendet. In Form und Länge unterscheiden sich diese alten Sicheln nicht von denen des 20. Jahrhunderts, denn die Entfernung von Klingenanfang bis Klingenende beträgt bei den alten 19 bis 33 cm, bei den zeitgenössischen 21 bis 35 cm.⁷⁹ Die Kurzsensen hatten eine Klinge von 50 bis 70 cm. Auf Grund einer nur sehr dürftigen Registrierung kamen sie an 20 Orten in verschiedenen Teilen der Rus vor. Die Kurzsense ist weniger ein Erntewerkzeug für die Kornmahd – mit Ausnahme für Hafer – als vorwiegend für die Grasmahd, so daß sie nur in einen mittelbaren Zusammenhang mit dem Getreideanbau gestellt werden kann.⁸⁰

Die für die vorliegende Untersuchung herangezogene Kollektion von eisernen Acker- und Erntewerkzeugen ist nur ein geringer Bruchteil der vielen Funde, die auch von der sowjetischen Forschung noch nicht vollständig registriert wurden. Es ist zu hoffen, daß A. W. Kirjanow, der eine Publikation zur „Geschichte der Entwicklung der Ackerbauwerkzeuge der Ostslawen vom 1. Jahrtausend bis Mitte des 2. Jahrtausend u. Z.“ vorbereitet, eine solche Gesamtübersicht vorlegt. Die Geräte sind kein Einfuhrgut aus dem westeuropäischen Ausland, etwa aus Deutschland, sondern Erzeugnisse einer ausgedehnten

⁷⁷ *Кирьянов, А. В., История земледелия Новгородской земли, а. а. О., S. 334; Горский, А. Д., Земледелие в северо-восточной Руси XIV—XV вв., in: Материалы по истории сельского хозяйства и крестьянства СССР, Сборник III, Moskau 1959, S. 20.*

⁷⁸ *Tretjakow, P. N., Die Landwirtschaft und das Gewerbe, in: Geschichte der Kultur der alten Rus, а. а. О., S. 50. Russische Ausgabe erschien 1951.*

⁷⁹ *Левашева, В. П., а. а. О., S. 63–66.*

⁸⁰ *Ebenda, S. 87–90.*

autochthonen ostslawischen Eisenverarbeitung, die auf einem umfangreichen Eisenhüttenwesen basierte. Von Jahr zu Jahr werden bei den archäologischen Ausgrabungen Schmiedeherde und Anlagen von Hüttenöfen in den verschiedensten Gegenden der einst von den Ostslawen bewohnten Territorien entdeckt. Diese Funde aus Gorodsk (Gebiet Shitomir), Czerwien und Wolyn in Wolhynien, Ripnew (Gebiet Lwow-Lemberg), Raiki (Gegend von Berdyschew), Luka Wrublezkaja, Lebedka (Gebiet Orlow), Podmoklowo (Rayon Serpuchow), Sterszenski gorodok, Starodwore (Gebiet Leningrad), Pskow, Rjasan, Pronsk, Pirowigorodische (Rayon Wjasniki), Zolotorutsche (Rayon Uglitsch), Grigorowka (Mittel-Dnestr), Altschedarskoe (unterer Dnestr) sind nur eine dürftige Auswahl aus der bisher ebenfalls noch nicht zusammengestellten Gesamtzahl der entdeckten Eisenhüttenanlagen dieser Zeit. Sie vermag aber die allgemeine Verbreitung und dichte Streuung des Eisenhüttenwesens auf den von Ostslawen in der Zeit vom 10. bis Mitte des 13. Jahrhunderts besiedelten Territorien zu veranschaulichen.⁸¹

Die dritte überaus aussagekräftige gegenständliche Quelle für die Verbreitung des Getreideanbaues in der vormongolischen Rus sind die Funde der Ansammlungen von Getreidekörnern und der Getreidegruben, die als Aufbewahrungsstätten des Getreidekorns gedient haben. Getreidekörneransammlungen sind Berichten über archäologische Grabungen zufolge entdeckt worden in: Donezkoe gorodische bei Charkow mit Roggen und Weizen; Kiew mit Weizen, Kurgan Gulbistsche bei Tschernigow mit Roggen und Weizen, Raiki bei Berdyschew mit Roggen und Weizen, Kolodjashin im Gebiet Shitomir mit Roggen und Weizen, Wtschish mit Roggen, Gorodok im Rayon Schepetowka mit verschiedenen Getreiden, Ekimauzy mit Roggen und Weizen, Twer mit Roggen und Weizen, Kimry mit Gerste, Dmitrowo mit Roggen, Susdal mit Roggen, Rjasan mit Roggen, Weizen und teilweise Gerste, Moskau mit Roggen, Weizen und Hafer, Kusnezkoe gorodische bei Woronesh – Art des Getreides nicht benannt –, Nowgorod mit Roggen, Weizen, Hafer und Gerste, Knjashowa Gora im Gebiet von Nowgorod mit denselben Getreidearten wie in Nowgorod Stadt, Kowscharowskoe gorodische im Gebiet von Smolensk, Grodno mit Roggen, Serenskoe gorodische und Selistsche Roswa, beide im Gebiet von Kaluga. Die Funde datieren hauptsächlich aus der Zeit vom 11. bis 13. Jahrhundert. In geringerer Zahl und mit kleineren Mengen kommen sie auch in Kulturschichten des 8. bis 10. Jahrhunderts vor. Die größten Körneransammlungen wurden bisher in Nowgorod gehoben. In Rjasan wurden Getreidegruben entdeckt, die annähernd 12 Tonnen aufnehmen konnten.⁸² In Nowgorod wurden einige Dutzend Millionen Getreidekörner gefunden.⁸³

⁸¹ Hierzu wurde umfangreiche sowjetische Literatur mit den neuesten archäologischen Forschungsberichten eingesehen.

⁸² *Монгайт, А. Л.*, Рязанская земля, Moskau 1961, S. 260.

⁸³ *Арциховский, А. В.*, Археологическое изучение Новгорода, in: Труды Новгородской археологической экспедиции I, МИА 55, Moskau 1956, S. 29; *Кирьянов, А. В.*, a. a. O., S. 321—341.

Von Getreidegruben berichteten die sowjetischen Archäologen aus den Gebieten Murom, Rjasan, Dmitrowo, Putiwł, Poltawa, Charkow und Woronesh sowie vom mittleren und unteren Dnestr. In einigen Siedlungen wurden auf verhältnismäßig nicht besonders umfangreichem Gelände eine größere Anzahl Getreidegruben entdeckt⁸⁴, ein bemerkenswerter Tatbestand, weil er auf eine Getreidebevorratung in größerem Ausmaß hindeutet. Die Nowgoroder Körneransammlungen wurden nicht in Getreidegruben, sondern in Speichern (ambary und chlebnye chranilistscha), die sich „unter dem Dach des gemeinsamen Hauses befanden“, gefunden.⁸⁵ Ein überirdischer Getreidespeicher, in dem ebenfalls eine Ansammlung von Körnern, meistens Roggen, lag, wurde in Gorodistsche Nowotroizkoe erkannt.⁸⁶ Möglicherweise wurde in die Getreidegruben auch das Getreide in Ähren hineingelegt, obwohl es viel wahrscheinlicher ist, daß das ungedroschene Getreide in Scheunen verwahrt worden ist. Von ihnen, vom gumno, berichten die altrussischen schriftlichen Denkmäler, zum Beispiel die Russkaja Prawda⁸⁷ und die Powest wremennych let.⁸⁸

Die Funde der Ansammlungen von Getreidekörnern und von Ackergeräten drängen die Frage nach den Ernteerträgen auf. Sie läßt sich im Hinblick auf „das Fehlen von direkten Hinweisen in schriftlichen Quellen“⁸⁹ – da nur sie für die Beantwortung in erster Linie in Betracht kämen – nicht ganz sicher beantworten. In der älteren sowjetischen Geschichtsschreibung, die sich mit der Geschichte des Ackerbaues in der Rus beschäftigte (zwischen 1940 und 1950) spürt man eine gewisse Skepsis bezüglich hoher Ernteerträge.⁹⁰ Auf Grund des neuerdings gewonnenen gegenständlichen Quellenmaterials weicht diese Skepsis und das zu Recht.

W. I. Dowshenok legt die Ähnlichkeit der Ackerwerkzeuge der Kiewer Epoche mit denen des 17. bis 19. Jahrhunderts, die gleiche Produktivität des Bauern in beiden Zeiträumen und die im Susdaler Gebiet im 16. bis 17. Jahrhundert erzielten Ernteerträge mit 50 Pud pro Desjatine seiner Feststellung zugrunde, daß in der Kiewer Periode in allen Gebieten, in denen die Pflugbauweise auf mittelguten Böden betrieben wurde, die Ernteerträge nicht nur für die Versorgung der Bevölkerung (20 Pud pro Person im Jahr), für die Saat und zur gewissen Bevorratung ausreichten, sondern auch ein gutes Drittel als Überschuß entfiel. In den Schwarzerdegebieten mit ihrer hohen Fruchtbarkeit und in den Podseka-Gebieten der Waldzone, in denen wenn auch nur kurzfristig (aber doch mindestens für 3 Jahre) die Erträge auf 180 Pud je Desjatine an-

⁸⁴ Левашева, В. П., а. а. О., S. 94.

⁸⁵ Кирьянов, А. В., а. а. О., S. 340; Засурцев, П. И., Постройки древнего Новгорода, in: Труды Новгородской археологической экспедиции II, S. 264.

⁸⁶ Ляпушкин, И. И., Городище Новотроицкое, МИА 74, Moskau 1958, S. 150.

⁸⁷ Правда Русская, а. а. О., S. 393 u. 587.

⁸⁸ Повесть временных лет, а. а. О., S. 113 für das Jahr 1068, S. 146 für das Jahr 1099, S. 190 für das Jahr 1111.

⁸⁹ Довженок, В. И., Об уровне, S. 73.

⁹⁰ Третяков, П. Н., Landwirtschaft und Gewerbe, S. 57.

stiegen, war die Erzeugung noch höher.⁹¹ Die Überschüsse konnten zur Ernährung in die Städte gebracht werden – obwohl auch in diesen der Getreideanbau üblich war, wie besonders die Ausgrabungen zeigen – oder auch jenen Gegenden zugeführt werden, wo die Ernteerträge geringer waren, zur Ernährung und zur Saat nicht ausreichten, oder die auch von Mißernten und Hungersnöten befallen wurden. Gewiß mögen die von W. I. Dowshenok gemachten Errechnungen Fehlerquellen enthalten, und sicher sind Abstriche an seinen Ertragsergebnissen zulässig, aber dennoch erscheinen uns im Lichte des verfügbaren Quellenmaterials in der vormongolischen Rus Getreideerträge sicher, die für die Ernährung der Bevölkerung und für die Aussaaten ausreichten. Vom 8. Jahrhundert ab entwickelte sich der Ackerbau und damit der Getreideanbau stetig vorwärts.

Eine solche Gewähr für gute Ernteerträge war in hohem Maße auch für Nowgorod gegeben. Leider können wir sie für den uns interessierenden Zeitabschnitt nur teilweise aus den schriftlichen Quellen fassen. Eine verlässlichere Aussage vermag erfreulicherweise das gegenständliche Material der Archäologie zu geben. Vor allen Dingen die bei den Nowgoroder Ausgrabungen entdeckten Ansammlungen von Getreidekörnern und Unkrautsamen, die sich zwischen den Körnern befanden. Das Körnermaterial stammt aus dem Nerevski-konez⁹², also nur aus einem einzigen Nowgoroder Stadtteil, von dem bis Ende des Jahres 1954 eine Fläche von 4390 Quadratmeter bis zur frühesten Kulturschicht ausgegraben wurde.⁹³ Die Funde bieten: in Schichten des 11. Jahrhunderts aus drei Fundstellen 2100 Körner Roggen und 375 Körner Weizen; in Schichten des 12. Jahrhunderts an fünfzehn Fundstellen 2950000 Körner, darunter 2350000 Roggenkörner; in Schichten des 13. Jahrhunderts an sechsundzwanzig Fundstellen 12938000 Körner, darunter 10550000 Roggenkörner.⁹⁴ Wenn für 1 Getreidekorn ein Gewicht von 1 g zugrunde gelegt wird, was mit Vorbehalten zulässig ist⁹⁵, dann würden die gefundenen Körnermassen ungefähr folgende Gewichtsmengen ergeben: 2,95 t (12. Jahrhundert), 12,93 t (13. Jahrhundert). Der Restteil der Körnerfunde des 12. und 13. Jahrhunderts entfällt zum größeren Teil auf Gerste und zum geringen Teil auf Weizen. Auffallend ist die Zunahme der Roggenkörner, was darauf hinweist, daß seit dem 12. Jahrhundert auch in Nowgorod der Roggen als Hauptgetreidefrucht angebaut wurde. Da er ausschließlich in den kleinen Häusern gefunden wurde, scheint er das Brotgetreide der niederen Schichten gewesen zu sein. Ein größerer Fund von Weizenkörnern, nämlich 316000 Stück, der 1947 bei Ausgrabungen auf dem Jaroslaw-Hof aus einem unweit eines Steinhauses gelegenen Getreide-

⁹¹ Довженко, В. И., Об уровне, S. 71–73; derselbe, Древнерусские замки-городища, in: Археология I, 13/1961, S. 101/102.

⁹² Кирьянов, А. В., а. а. О., S. 322 ff.

⁹³ Арциховский, А. В., Археологическое изучение Новгорода, S. 14.

⁹⁴ Кирьянов, А. В., а. а. О., S. 324–336.

⁹⁵ Hierzu habe ich Informationen beim Institut für Agrarökonomik der Humboldt-Universität Berlin eingeholt.

speicher (chranilistsche) gehoben wurde, deutet darauf hin, daß Weizen vor allem von den feudalen Grundbesitzern verzehrt wurde.⁹⁶ Die Körner des Nerewski-konez sind stark durch Unkrautsamen verunreinigt. Auf 1000 Roggenkörner fallen 10 und auf 1000 Weizenkörner 40 bis 50 Unkrautsamen.⁹⁷ Die Unkrautsamen als solche sind sehr aufschlußreich, denn sie bieten sichere Anhaltspunkte dafür, daß das Getreide, mit dem sie vorkommen, auf Nowgoroder Böden angebaut wurde. Es handelt sich besonders um Samen von Unkräutern, wie Roggentrespe (*Bromus secalinus*), die in Gesellschaft mit Winterroggen auf jahrelang bebauten Böden aufgehen. Durch diese Unkrautsamen, die unter den Roggenkörnern vorhanden waren, werden die Mitteilungen der Ersten Nowgoroder Chronik über die Vernichtung von Winterroggenkulturen durch Naturkatastrophen bestätigt. Ein weiteres Merkmal, das auf den Nowgoroder Anbau des gefundenen Getreides hinweist, sind die Tatbestände, daß auch in den Getreidefunden des 14. Jahrhunderts⁹⁸ die gleichen Unkrautsamen vorkommen und bei Gewächsuntersuchungen, die im Jahre 1916 im Gouvernement Nowgorod stattfanden, zwischen Winterroggen die gleiche Unkrautflora festgestellt wurde, wie sie aus den Unkrautsamen der archäologischen Nowgoroder Getreidefunde hervortritt.⁹⁹ Mit diesem Fundmaterial erscheint ausreichender Getreideanbau in Nowgorod und Umgebung in der uns interessierenden Zeit als sicher. Das Gegenstück zu Nowgorod, archäologisch gefundenes Getreide als autochthones Erzeugnis und nicht als Einfuhrgut zu erkennen, ist auch für Hamburg vorhanden, wenn auch für eine erheblich frühere Zeit. Eine Samen- und Pollenanalyse aus Erdschichten der Hammaburg hat „eine sprunghafte Anreicherung von Getreideblütenstaub und der mit ihm vergesellschafteten Unkrautsamen“ ergeben, so daß daraus ein autochthoner Getreideanbau ausgewiesen ist.¹⁰⁰

Aber nicht nur in der Bodenbearbeitung und in der Düngung des Bodens mit Stallmist sind Anzeichen für einen ertragreichen Getreideanbau in Nowgorod und seiner Umgebung zu erblicken. Auch in der Beschaffenheit des Bodens liegen gewisse Voraussetzungen dazu. Natürlich haben wir keine sicheren Unterlagen über die Beschaffenheit der Nowgoroder Böden für die uns interessierende Zeit. Neueste Untersuchungen der gegenwärtigen Nowgoroder Böden haben ergeben, daß es Podsol-Böden sind und daher dürrftig. Sie haben einen lehmigen Untergrund. Er und reiches Grundwasser erschöpfen die Nährschichten des Bodens schnell. Hinzu kommt, daß die Felder auf Abhängen von Hügeln ausgebreitet sind, so daß deren Nährschicht bei Regenperioden ständig heruntergespült wird. Die östlichen und nördlichen Teile des Nowgoroder

⁹⁶ *Кирьянов, А. В.*, а. а. О., S. 337.

⁹⁷ Ebenda, S. 328.

⁹⁸ Ebenda, S. 337–339.

⁹⁹ Ebenda, S. 331.

¹⁰⁰ *Schindler, R.*, Hamburgs Frühzeit im Lichte der Ausgrabungen, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd 43, 1956, S. 64.

Territoriums sind sumpfig und wässrig.¹⁰¹ Sicherlich lassen die Untersuchungsergebnisse der Jahre 1956 bis 1957 Rückschlüsse auf die Bodenbeschaffenheit der vormongolischen Zeit zu, aber so allgemein schlecht erscheint sie wiederum nicht. Die Böden enthielten nämlich Molybdän, das den neueren Forschungen gemäß von großer Bedeutung für die Entwicklung des Wachstums der Pflanzen ist. Untersuchungen der letzten Zeit zeigen, daß das Molybdän einen wesentlichen Anteil am Phosphorumsaustausch der Gewächse hat und auch ihre Frostfestigkeit günstig beeinflußt. Außerdem ist es noch düngewirksam.¹⁰² Eindeutig ausgewiesen haben den Molybdängehalt der Nowgoroder Böden des Mittelalters die metalloanalytischen Untersuchungen (Spektralanalysen), die an ausgegrabenen Eisenerzerzeugnissen vorgenommen wurden. Das Molybdän ist als Bestandteil der Nowgoroder Sumpf- und Raseneisenerze in ihnen erhalten geblieben.¹⁰³ Die Erforschung der physiologischen Rolle des Molybdän in den Pflanzen steht noch mitten in der Entwicklung, so daß von ihren weiteren Ergebnissen ebenfalls einige Klärungen zur Fruchtbarkeit des Nowgoroder Bodens in der Zeit des Mittelalters zu erwarten sind. Heute bereits hat die Forschung erkannt, daß das Molybdän Gewächsen in sauren Podsolböden, und das waren die Nowgoroder Böden, zugänglich war.¹⁰⁴ Was auch die Boden- und Metallforschung der kommenden Zeit zur Beschaffenheit der Nowgoroder Böden des Mittelalters noch an Ergebnissen erbringen mag, im Lichte der bereits gewonnenen, erscheinen uns die Böden in der vormongolischen Zeit für den Getreideanbau nicht so ungeeignet gewesen zu sein, wie es die Geschichtsschreibung behauptet.¹⁰⁵ Die eingewurzelte Vorstellung von der Unfruchtbarkeit der Nowgoroder Böden und dem unzureichenden Getreideanbau im Nowgoroder Land im Mittelalter muß im Hinblick auf den Forschungsstand der Gegenwart revidiert werden.

Hat es in Nowgorod dennoch an Getreide gemangelt, so bezog es dieses aus drei mehr oder weniger entfernten benachbarten russischen Gebieten. Das war zunächst das Gebiet um Smolensk, dessen zentrale Teile ihrer Fruchtbarkeit wegen in der Zeit vom 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts dicht bevölkert waren.¹⁰⁶ Die landwirtschaftliche Betätigung, darunter der Anbau von Getreidekulturen, ist auch ausgewiesen im archäologischen Material, wie den in der Waldsteppenzone gebräuchlichen länglichen Pflugscharen der socha, den

¹⁰¹ Громов, Г. Г., Подсечно-огневая система земледелия крестьян Новгородской области в XIX—XX вв., in: Вестник Московского университета, Jg. 13, Историко-филологическая серия, 4/1958, S. 141—148.

¹⁰² Ратнер, Е. И., Буркин И. А., Молибден и урожай, Moskau 1959, S. 4, 5 u. 34.

¹⁰³ Колчин, Б. А., Железообрабатывающее ремесло Новгорода Великого, in: Труды Новгородской археологической экспедиции II, S. 15/16.

¹⁰⁴ Ратнер, Е. И., Буркин И. А., а. а. О., S. 6.

¹⁰⁵ Gitermann, V., а. а. О., S. 108.

¹⁰⁶ Седов, В. В., Сельские поселения центральных районов Смоленской земли 8—15 вв., МИА 92, Moskau 1960, S. 25.

soschniki, Sicheln, Kurzsensen und Körnerfunden.¹⁰⁷ W. W. Sedow nimmt an, daß als Äquivalent für die Getreideausfuhr nach Nowgorod von dort die eisernen Bodenbearbeitungs- und Erntewerkzeuge in das Smolensker Land eingeführt wurden.¹⁰⁸ Aus häufigen Erwähnungen von Handelsbeziehungen zwischen Nowgorod und dem Land von Wladimir-Susdal in altrussischen Chroniken geht hervor, daß auch dieses altrussische Gebiet nach Nowgorod Getreide lieferte. In seiner ganzen Ausdehnung bis an die Kljasma wird es von der bürgerlichen russischen und von der sowjetischen Geschichtsschreibung übereinstimmend als eine der fruchtbarsten Ländereien der alten Rus angesehen und als „Kornkammer“ bezeichnet.¹⁰⁹ Mit archäologischem Material wird diese Feststellung ständig erhärtet. Neuerdings tritt das Rjasaner Land als eine „Kornkammer“ der vormongolischen Rus hervor, wie die Forschungsergebnisse von A. L. Mongait zeigen.¹¹⁰ Bezugnehmend auf die bereits erwähnte Mitteilung von Abu Hämid und auf eine reichhaltige Kollektion von Pflugscharen verschiedener Typen, Sicheln und Kurzsensen, besonders aber auch auf reichhaltige Körnerfunde – meistens Roggen – und vor allen Dingen auf ganz große Getreidegruben, die bis 12 Tonnen Fassungsvermögen hatten, also sehr aussagekräftiges gegenständliches Quellenmaterial, stellt er fest, daß das Rjasaner Land ebenfalls zu den Getreideüberschußgebieten der alten Rus zu zählen sei, das auch Nowgorod im Bedarfsfalle versorgte.¹¹¹ Auf Grund des vorliegenden Quellenmaterials glaubt L. Mongait schließen zu können, daß „das Hauptexportgut des Rjasaner Landes das Getreide war“¹¹². Die Nowgorod-Rjasaner Handelsbeziehungen scheinen ihm in Funden der Nowgoroder Silberbarren ausgewiesen zu sein.¹¹³

Wenn wir die Gesamtheit des Materials im Auge haben, dann ergibt sich die Erkenntnis, daß der Getreideanbau in der vormongolischen Rus, besonders der Roggenanbau, so stark verbreitet war, daß die Bevölkerung ausreichend versorgt werden konnte. Es erscheint uns, daß zu Beginn des 13. Jahrhunderts überhaupt die Landwirtschaft und in ihrem Rahmen der Getreideanbau, einen hohen Stand erreichte.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 73, 74, 103, 104–108.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 107; P. W. Golubowski (История Смоленской земли до начала XV столетия, Kiew 1895) und W. I. Pitscheta (История сельского хозяйства и землевладения в Белоруссии, Т. 1, Минск 1928) haben eine Getreideausfuhr aus dem Gebiet von Smolensk nach Nowgorod festgestellt.

¹⁰⁹ *Кочин, Г. Е.*, Развитие земледелия на Руси с конца XIII по конец XV в., in: Вопросы экономики и классовых отношений в русском государстве XII–XVII веков, Moskau 1960, S. 260; *Зимин, А. А.*, Новгород и Волоколамск в X–XV веках, in: Новгородский исторический сборник, Lfg. 10, Nowgorod 1961, S. 102; *Kulischer, J.*, Russische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1925, S. 110.

¹¹⁰ *Монгайт, А. Л.*, Рязанская земля, Moskau 1961, S. 216, 260–265.

¹¹¹ Ebenda, S. 257–262.

¹¹² Ebenda, S. 317.

¹¹³ Ebenda, S. 312–317.

Allerdings soll ein der Landwirtschaft anhaftendes Phänomen von merkwürdigem Charakter nicht übersehen werden. Es ist die primitive Vermahlung des Getreides, die dem immensen archäologischen Fundmaterial zufolge, nur mit Handmühlen vor sich ging. Das Material besteht in der Hauptsache aus Mahlsteinen, die aus Granit, Diorit, vornehmlich aber aus Kalk- und Sandstein, in Diskusform von 35 bis 50, teilweise bis 60 cm Durchmesser und 5 bis 11 cm Dicke gehauen waren. Eine vorläufige und sehr fragmentarische Zusammenstellung ergibt, daß bis 1956 diese Mahlsteine an über 20 Orten ausgegraben wurden.¹¹⁴ In weiteren seitherigen archäologischen Publikationen wird von neuen Funden berichtet. Außer den Mahlsteinen wurden auch die Unterstände der Mühlen und sonstiges Zubehör, wie die die oberen Mahlsteine bewegenden Spindeln, entdeckt, so daß die Konstruktion der Handmühlen recht gut zu erkennen ist. Bis in das 13. Jahrhundert hinein waren sie die in der Rus gebräuchliche Mühle, was besonders durch die Tatsache unterstrichen wird, daß an manchen Orten eine größere Anzahl von Steinen entdeckt wurden, so in Kolo-djashin (Ukraine).¹¹⁵ Größere Mahlsteine, die auf Wassermühlen hinweisen würden, sind bisher noch nicht gefunden worden. Die Existenz von automatischen Mühlen für die vormongolische Rus kann noch nicht exakt nachgewiesen werden. Dieser Tatbestand ist merkwürdig, da auch die sonstigen Voraussetzungen für ihre Ausbildung im vollen Umfang vorlagen, nämlich die Wasserkräfte und die Ausnutzung der tierischen Zugkraft. Im Gegensatz zu Mittel- und Westeuropa, wo die Wassermühle seit Jahrhunderten bereits neben der Handmühle vorherrschte, war in der vormongolischen Rus die Handmühle die typische und herrschende Mahlanlage. Es scheint in der vormongolischen Rus das merkwürdige Phänomen bestanden zu haben, daß hier mit den Handmühlen das reichhaltig anfallende Getreide vermahlen wurde. Selbst auf einem so großen Wirtschaftshof wie dem der Klosterwirtschaft des Kiewer Höhlenklosters war dies der Fall, wie aus der Chronik des Klosters für diese Zeit hervorgeht.¹¹⁶ In der Vermahlung des Getreides kann die Rus auf dem Gebiet der Produktivkräfte gegenüber Mittel- und Westeuropa zurückgeblieben sein. Die in der Rus herrschende Handmühle kann jedoch nicht als Beweis für einen unzureichenden Getreideanbau und für niedrige Ernteerträge herangezogen werden. Wahrscheinlich war hier das Vermahlungssystem dezentralisiert. Während in Mittel- und Westeuropa sich die Vermahlung des

¹¹⁴ Левашева, В. П., а. а. О., S. 52–55, 78–81.

¹¹⁵ Юра, Р. О., До питання соціально належність мешканців древнього Колодяжина, in: Археологія, 12/1961, S. 96.

¹¹⁶ Патерик Києвського печерського монастиря, in: Памятники славянорусской письменности, Bd 2, Sanktpeterburg 1911, S. 27: паки купляше жито и своими руками измелаше. Сице же пребыть две лете или боле. Und auf Seite 116 heißt es: Постави же в пещере жернови. Dazu auch Woronin, N. N., Die Nahrung und das Hausgerät, in: Geschichte der Kultur der alten Rus, а. а. О., S. 244: Auch in diesem größten Kiewer Kloster wurde, wie in einer gewöhnlichen Bauernwirtschaft, das Getreide mit Handmühlen gemahlen.

Getreides einer Raumeinheit auf eine Betriebseinheit konzentrierte, nämlich auf die Wassermühle, verteilte sie sich in der Rus auf viele Betriebseinheiten, auf die Handmühlen. Eine eingehende Erforschung des Mühlenwesens der vormongolischen Mühlen könnte ein noch völlig unbeachtetes Problem zur Geschichte der Entwicklung der Produktivkräfte der Rus klären. Bisher wurden nur Hypothesen über die Existenz von Wassermühlen in der vormongolischen Rus aufgestellt.¹¹⁷

In keinem Falle läßt sich diese Unterschiedlichkeit des Mühlensystems als Argument für einen ständigen deutschen Getreideexport in die vormongolische Rus, wenn auch erst seit Beginn des 13. Jahrhunderts, anziehen, selbst wenn im Jahre 1229 die Lübecker eine Wassermühle bauten¹¹⁸, deren Errichtung ja auf eine für den Verkauf bestimmte Getreidereserve hinweisen kann. Die Einfuhr kann auch nicht in einen ursächlichen Zusammenhang gebracht werden mit der Sperrung des Nowgoroder Handels oder mit den Verhaftungen von nach Torshok und nach Wladimir-Susdal reisenden Nowgoroder Kaufleuten durch die Fürsten von Wladimir-Susdal, worüber die Erste Nowgoroder Chronik berichtet.¹¹⁹ Die in dieser Chronik unter dem Jahre 1232 verzeichnete Einfuhr von Getreide durch die Deutschen könnte eher in Verbindung gebracht werden mit dem Pelzexport der Rus nach Deutschland. Die in dieser Zeit in die Rus fahrenden Schiffe (Koggen) konnten auf der Hinfahrt nicht unbeladen bleiben. Die deutschen Kaufleute nahmen das damals gängigste Schüttgut an Bord, nämlich das Getreide – soweit sie es zur Verfügung hatten –, und boten es der Pelzmetropole Nowgorod an, einerlei ob sie es für den augenblicklichen Bedarf benötigte oder zur Bevorratung bestimmte. Doch auch im Hinblick auf den Pelzexport aus der Rus konnte der Getreideimport aus Deutschland keine beständige Größe im Wirtschaftsverkehr beider Länder sein, denn die Pelze wurden mit Silber bezahlt.¹²⁰ In der vormongolischen Periode war das Getreide im Wirtschaftsverkehr Deutschlands und der Rus nur ein unbedeutender Artikel. Es ist auch erst seit dem 13. Jahrhundert in die Warenliste des deutsch-russischen Handels eingerückt und zwar an die letzte Stelle. Das Getreide wurde zum deutschen Handelsartikel nicht wegen des russischen Versorgungs- und Ernährungsbedürfnisses, sondern wegen der Sicherung der Rentabilität des deutschen Wasserfahrzeuges, der Kogge. Nicht die Erfordernisse der Wirtschaft der Rus, sondern Rentabilitätsnotwendig-

¹¹⁷ Рыбаков, Б. А., Ремесло древней Руси, Moskau 1948, S. 420, 567/568; Данилова, Л. В., Пашуто, В. Т., Товарное производство на Руси до конца XVII в., in: Вопросы истории, 1/1954, S. 123.

¹¹⁸ *Urkundenbuch der Stadt Lübeck*, T. 1, Lübeck 1843, Urkunde XLIII, S. 54.

¹¹⁹ *Первая Новгородская летопись*, а. а. О., S. 36 u. 54.

¹²⁰ Widera, B., Novgorods Beziehungen zu Ural und Westsibirien in der Vorhansezeit, in: *Hansische Studien*, а. а. О., S. 396; *derselbe*, Ware-Geld-Beziehungen—Silbergeld—Silberbergbau im frühen Mittelalter in Osteuropa im Lichte neuer Literatur, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1961, T. 2, S. 321—331.

keiten des deutschen Wasserfahrzeuges, nicht ein russisches Versorgungsbedürfnis, sondern ein deutsches Transportproblem bestimmte, daß auch Getreide zum Ausfuhrgut nach der Rus geworden ist. Aus der landwirtschaftlichen Situation beider Länder in jener Zeit ergab es sich, daß der Getreidehandel von Land zu Land nicht erforderlich war. In Deutschland hat es in dieser Zeit noch keine Getreidereserven gegeben, in der Rus waren die Ernterträge ausreichend. Die hansisch-deutsche Getreideausfuhr konnte daher in der vormongolischen Periode nur einen zufälligen und gelegentlichen Charakter haben, wobei noch zu beachten wäre, daß die ausgeführten Getreidemengen, gemessen an dem möglichen Bedarf, nicht erheblich sein konnten. Wenn wir annehmen wollen, daß ähnlich wie nach Riga auch nach Nowgorod im Jahre 1231 zwei Koggen mit einer Gesamtladung von 150 Tonnen Getreide einfuhren, so war dies eine Gesamtmenge von ungefähr 9300 Pud, die nur zur Jahresernährung von circa 415 bis 420 Personen ausgereicht hätte. Um nur die Hälfte der Nowgoroder Bevölkerung, die in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts auf 10000 Personen beziffert wird, im Falle einer Mißernte in einem Jahre zu ernähren, hätte eine Flottille von 22 bis 24 Koggen in Fahrt gesetzt werden müssen, was einer halben Kreuzfahrerflottille entsprochen hätte und daher unwahrscheinlich ist.

Zu Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg

VON HELMUT KUBITSCHKE

Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft erhielt in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in den Betrachtungen der deutschen bourgeoisen Ideologen einen neuen Akzent.

Freilich war es an sich nichts Neues, wenn sich die bürgerliche Literatur mit dem mehr oder weniger idealen Verhältnis von Staat und Wirtschaft beschäftigte, denn dies war schon im 19. Jahrhundert der Kernpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und halbfeudalen Kräften Deutschlands gewesen. Neu waren die Schlagwörter und auch die ideologischen Tendenzen einiger nach der Jahrhundertwende in Deutschland erschienenen Literatur.

War man bis zu dieser Zeit daran gewöhnt, daß die bürgerliche Apologetik – wenn man von den Kathedersozialisten absieht – dem Staat die sogenannte Nachtwächterrolle zuwies, das heißt, die Sicherung von Haus und Hof, Leib und Vermögen des Bourgeois und Agrariers oder, anders formuliert, den Schutz der kapitalistischen Ausbeutung, oder daß sie die Funktionen des Staates auf die traditionellen Bereiche der Wirtschaftspolitik, wie Zoll-, Handels- und Finanzgesetzgebung, beschränkt wissen wollte, so erklangen nun neue Stimmen im Chor der Kapitalisten und ihrer Ideologen. Diese neuen Stimmen über das Thema „Staat und Wirtschaft“ müssen schon sehr mächtig gewesen sein, wenn ein großer Bankier wie Paul von Schwabach, dessen Name immerhin in den Aufsichtsräten der Hibernia AG (1910 70 Millionen M. Kapital), des Norddeutschen Lloyd (1910 125 Millionen M. Kapital) und vieler anderer Unternehmen größter Rangordnung verzeichnet war. 1912 aus Anlaß von Reformplänen des Reichsbankdirektoriums in seinen privaten Akten beinahe resignierend bemerkte:

„Ich weiß wohl, daß, wer heutzutage von dem freien Spiel der Kräfte überhaupt noch spricht, Gefahr läuft, als Manchestermann verspottet zu werden. Trotzdem behaupte ich, daß es ein verkehrtes und auch aussichtsloses Beginnen ist, vom grünen Tisch aus – und säßen die klügsten und besten Patrioten daran – die industrielle Entwicklung eines großen Landes leiten und ihr Tempo bestimmen zu wollen.“¹

¹ Schwabach, Paul v., Aus meinen Akten, Berlin 1927, S. 245.

Es muß also ernsthafte Pläne ernst zu nehmender staatlicher Beamter und Monopolisten gegeben haben, die – nach den Worten Schwabachs – die industrielle Entwicklung Deutschlands vom grünen Tisch eines riesigen Verwaltungszentrums aus leiten und deren Tempo bestimmen wollten, so daß sich ein in Monopolpraktiken erfahrener Mann wie Schwabach gezwungen sah, dagegen Stellung zu nehmen.

Swabach ist jedoch in seinen Äußerungen noch sehr unbestimmt. Viel bestimmter ist Curt Arnold Rosenthal, der sein 1914 geschriebenes Buch „Die Gütertarifpolitik der Eisenbahnen im Deutschen Reiche und in der Schweiz“ lakonisch mit folgenden Sätzen beginnt:

„Der moderne Staat hat sich mehr und mehr von dem Grundsatz des ‚laissez faire, laissez passer‘ abgewandt: die bewußte Beeinflussung des nationalen Wirtschaftslebens zählt er heute zu seinen wichtigsten Aufgaben. Mannigfaltig sind die Formen und Hilfsmittel, die dem Staate bei seiner wirtschaftspolitischen Tätigkeit zu Gebote stehen; doch lassen sie sich auf zwei Grundprinzipien zurückführen. Entweder tritt der Staat

1. autoritativ als Obrigkeit oder aber
2. als privates Wirtschaftsobjekt auf.“²

Die Feststellung Rosenthals, daß der „moderne Staat“ die „bewußte Beeinflussung des nationalen Wirtschaftslebens“ zu seinen wichtigsten Aufgaben zählte, war keine aus der Luft gegriffene Behauptung irgendeines begeisterten Anhängers des neuen „Berufes“ des preußisch-deutschen Staates, sondern das Ergebnis einer Untersuchung der Tarifpolitik der deutschen Staatsbahnen. Sie widerspiegelte – wenn auch in verzerrter Form – eindeutig Vorgänge der gesellschaftlichen Praxis, die nicht mehr in das klassische Schema des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft paßten.

Diese Veränderungen zogen mehr und mehr auch das Interesse der bürgerlichen Ideologen auf sich und bewogen sie zu Untersuchungen vor allem der Gebiete, auf denen sich das neue Verhältnis von Staat und Wirtschaft an der Oberfläche am deutlichsten offenbarte.³

Es waren dies vor allem die Reichsbank-, Reichsbahn- und Zolltarifpolitik des Deutschen Reiches, die die bürgerlichen Ideologen nicht mehr von einer „ausgewogenen“ und „reinen“ Staatspolitik sprechen ließ.

² Rosenthal, Curt Arnold, Die Gütertarifpolitik der Eisenbahnen im Deutschen Reiche und in der Schweiz, Jena 1914, S. 1.

³ Von den uns bekannten Werken seien nur auszugsweise genannt: Göppert, Heinrich, Staat und Wirtschaft, Tübingen 1924; Staudinger, Hans, Der Staat als Unternehmer, in: Du und der Staat, Bd 6, Berlin o. J. (Anfang der zwanziger Jahre); Passow, Richard, Die gemischt privaten und öffentlichen Unternehmungen auf dem Gebiet der Elektrizitäts- und Gasversorgung und des Straßenbahnwesens, Jena 1912; Schultz, Bruno, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahnen, Jena 1922; Rosenthal, Curt Arnold, Die Gütertarifpolitik der Eisenbahnen im Deutschen Reiche und in der Schweiz, a. a. O.; Eynern, G. v., Die Reichsbank, Jena 1928.

Aber noch mehr, der preußische Staat erwarb um die Jahrhundertwende neue Grubenfelder an Ruhr und Saar; er kontrollierte einen nicht unbeträchtlichen Teil der Nichteisenmetallurgie, und schließlich brachten die Gemeinden einen nicht geringen Teil der Elektrizitätserzeugung unter ihre Kontrolle.

Und als nun die staatlichen Betriebe Bestandteile von Syndikaten und anderen Monopolorganisationen wurden, hatte sich das Bild vollends geändert.

Während nun die Detailuntersuchungen von den bürgerlichen Ökonomen und Soziologen relativ genau vorgenommen wurden, nahmen viele von einer theoretischen Einschätzung der neuen Momente Abstand: das, was am Einzelbeispiel zu beobachten war, werteten sie verallgemeinernd als neues Merkmal der Staatspolitik gegenüber der Wirtschaft. Soweit sie überhaupt eine „theoretische Betrachtung“ versuchten, faßten sie das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft gar nicht so erstaunlich auf, weil es nach ihrer Meinung eben der Rolle des Staates entsprach, Hüter des Gemein- oder Gesamtwohles zu sein. Der Staat müsse eben dort eingreifen, wo Einzelinteressen die Gesamtinteressen verletzen. Das sei aber unter „modernen“ Verhältnissen nur möglich, wenn sich der Staat die entsprechenden wirtschaftlichen Positionen verschaffe, um seiner Politik auch die ökonomische Kraft zu geben. Der Staat sei in der „modernen“ Zeit um so mehr zu einer solchen Politik gezwungen worden, als die zunehmende Verknüpfung des Wirtschaftsgeschehens die wirtschaftlichen Fragen mehr und mehr aus dem Bereiche des Einzelinteresses in den des Gesamtinteresses gerückt hätte, wobei die Eisenbahnen als Paradebeispiel dienten.

Von „Wohlmeinenden“ wurde eine derartige Politik als „Staatssozialismus“ deklariert, indem der Staat nun auch in der Wirtschaft allgemeine und soziale Gesichtspunkte durchsetze. Andere dagegen wollten die gleiche Politik mit dem gleichen Worte diffamieren. In beiden Fällen ging es nicht um eine wissenschaftliche Analyse, sondern um eine apologetische Verklärung bzw. „Abwertung“ der Wirtschaftspolitik des deutschen bzw. preußischen Staates.

Dabei herrschte in beiden Richtungen die Tendenz vor, die Triebkräfte für die „neue“ Wirtschaftspolitik auf seiten des Staates zu suchen und die Wirtschaft und ihre personellen Exponenten als passives Objekt hinzustellen, die der neuen Doktrin der Staatspolitik doch ausgeliefert wären. Womit man das Verhältnis Staat und Wirtschaft auf den Kopf stellte. Am reinsten kommt diese Ansicht in den folgenden Sätzen zum Ausdruck, die der Unterstaatssekretär a. D. Professor Dr. H. Göppert 1924 niederschrieb:

„Mein ist der Helm und mir gebührt er zu“. Als sich das junge Deutsche Reich zu konsolidieren begann, da wandte sich das leuchtende Adlerauge, das damals über Deutschland wachte, auch dem Gebiete der Wirtschaft zu. Es begann die Periode des Staatssozialismus oder richtiger des staatssozialistischen Kapitalismus, der spezifisch preußisch-deutschen Wirtschaftsform, die ein bewußt regelndes Eingreifen des Staates in das freie Getriebe der Wirtschaft im Interesse des Staatsganzen verlangte und auch vor der eigenen wirtschaftlichen Betätigung des Staates nicht zurückschreckte. Das war das charakteristischste

dieser Richtung, daß sie von keinem Dogma gehemmt oder getrieben wurde, sondern sich lediglich nach praktischen Gesichtspunkten orientierte. Es war die praktische Wirtschaftspolitik eines Staates, der sich seiner Macht und seiner Fähigkeiten und damit auch seines Berufes bewußt war, diese Macht und diese Fähigkeiten im Interesse des Allgemeinwohles zur Geltung zu bringen.“⁴

Abgesehen von der Begeisterung des Herrn Unterstaatssekretärs a. D. für das „leuchtende Adlerauge“ – er merkt gar nicht seine eigene ungewollte Ironie – und abgesehen von der Demagogie des Staatssozialismus, ist in seinen Ausführungen die Gegenüberstellung der beiden Begriffe „freies Getriebe der Wirtschaft“ und „Allgemeinwohl“ interessant, wobei er offensichtlich den letzten Begriff mit dem Staat identifiziert.

Es ist wohl schwerlich anzunehmen, daß Göppert in seinem Streben, den Staat als das aktive und die Wirtschaft als das passive Element hinzustellen, auch solche Männer wie Krupp, v. Stumm, Kirdorf, Mannesmann, Rathenau, v. Siemens und andere als passive Objekte der staatlichen Wirtschaftspolitik betrachtete. (Er wäre, nebenbei bemerkt, sonst wohl kaum Unterstaatssekretär geworden!)

Selbst der oberflächlichste Betrachter der deutschen Geschichte jener Jahre war sich darüber im klaren, daß die genannten Monopolherren nicht nur die Industrie-, Handels- und Finanzpolitik in ihrem Sinne beeinflußten, sondern auch die wesentlichsten Ziele der deutschen Außenpolitik bestimmten. Aber leider läßt sich Göppert darüber nicht aus, und der preußisch-deutsche Staat bleibt für ihn der Genius, der die Kraft und die Richtung seiner Bewegung aus sich selbst schöpft und danach nur dem Allgemeinwohl dient. Ein modernes ökonomisches Gottesgnadentum – eine Deutung, die nicht gerade neu ist, denn schon Friedrich II. nahm das gleiche für seinen Staat in Anspruch. Bei dieser Theorie kommt es nur auf die „richtige“ Beantwortung der Frage „Was ist Allgemeinwohl?“ an, und dann stimmt alles. Aber wir wollen uns nicht in sophistische Streitereien mit Göppert über die Zweifelhafteigkeit solcher unbestimmter Begriffe wie Allgemeinwohl einlassen, sondern nur festhalten, daß seine theoretischen Ausflüge über das Niveau mittelmäßiger Apologie nicht hinauskommen.

An die Stelle einer wissenschaftlichen Analyse trat bei Göppert die demagogische Apologie des preußischen Staates. Dabei erforderten die schon angedeuteten Veränderungen der Stellung des Staates gegenüber der Wirtschaft – um erst einmal bei dieser allgemeinen Formulierung zu bleiben – eine genaue Analyse der ökonomischen und politischen Prozesse, die dazu führten. Einzeluntersuchungen der Eisenbahntarif-, Seehafen- oder Finanzpolitik des deutschen Staates – so wertvoll sie auch als Materialsammlungen sein können – genügen hier nicht, solange man sich nicht mit den gesellschaftlichen Triebkräften dieser Entwicklung auseinandersetzt.

⁴ Göppert, Heinrich, a. a. O., S. 9.

I. EINIGES ZUR THEORIE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

Die Problematik des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist heute angesichts der Entwicklung in den imperialistischen Hauptländern ein wichtiges Forschungsgebiet der marxistischen Gesellschaftswissenschaftler der DDR. Dabei liegt notwendigerweise der Schwerpunkt der Untersuchungen in der Periode seit 1945. Schwächer vertreten – wenn man von den Werken von Schneijerson und Kuczynski⁵ absieht – sind konkrete Analysen der Herausbildung und Ausformung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vor der großen Weltwirtschaftskrise in Deutschland.

In dem folgenden Beitrag wird nun versucht, einiges zur Herausbildung der staatsmonopolistischen Tendenzen vor dem ersten Weltkrieg zu sagen.

Kuczynski kennzeichnete in dem schon genannten Buch diese staatsmonopolistischen Tendenzen näher und gab damit für diesen Artikel nicht nur die Anregung, sondern auch gleichzeitig den Rahmen der Untersuchung.

Zunächst muß jedoch einiges zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus gesagt werden, damit wir, davon ausgehend, seine konkreten Erscheinungsformen charakterisieren und in den richtigen gesellschaftlichen Zusammenhang stellen können.

Diese theoretischen Bemerkungen können meines Erachtens knapp sein, weil sie uns nur die wichtigsten Kriterien liefern sollen, die es ermöglichen, die konkrete Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die damit verbundenen Veränderungen in Staat und Wirtschaft zu verfolgen.

Die weitere Behandlung allgemeiner theoretischer Fragen scheint mir erst dann möglich zu sein, wenn genügend gründliche und wissenschaftlich fundierte Analysen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vorliegen.

Der vorliegende Artikel soll ein kleiner Beitrag zur Untersuchung der Keimformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus sein. Eine solche Aufgabenstellung erscheint mir um so dringender, als die Auswertung des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine genaue Analyse der historischen Bedingungen erfordert, unter denen sich der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Krieg vollzog.

Walter Ulbricht sagte in seinem Referat zum Grundriß: „Die von Marx und Engels entdeckten Bewegungsgesetze des Kapitalismus sind allgemeingültige historische Gesetze. Diese historische Gesetzmäßigkeit vollzieht sich unter bestimmten nationalen und historischen Bedingungen. Aufgabe unserer Wissenschaftler ist es, die historischen Besonderheiten unserer Entwicklung herauszuarbeiten, die komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland und den Entwicklungsprozeß der revolutionären Partei der

⁵ *Kuczynski, Jürgen*, Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd 14, Berlin 1962.

deutschen Arbeiterklasse, ihren Kampf um die politische Macht, um die Diktatur des Proletariats und um den Sieg des Sozialismus in der DDR, in ihrer ganzen Kompliziertheit und Vielseitigkeit darzulegen.“⁶

Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach 1900 veränderte die Bedingungen, unter denen sich der Klassenkampf abspielte, weshalb die Untersuchung seiner relativ frühen Herausbildung in Deutschland zu einer zwingenden Notwendigkeit wird. Die zunehmende Verschmelzung des Staatsapparates mit den Monopolen und die damit verbundene Verschärfung der innenpolitischen Situation durch den rücksichtslosesten Gebrauch der staatlichen Macht warf unter anderem neue Fragen der Kampfmethoden des Proletariats, zum Beispiel die des politischen Generalstreiks, auf.

Im Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion heißt es über den staatsmonopolistischen Kapitalismus:

„Die Bildung und das Wachstum der Monopole führen dazu, daß der Staat zugunsten der Finanzoligarchie unmittelbar in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß eingreift. Im Interesse der Finanzoligarchie trifft der bürgerliche Staat regulierende Maßnahmen verschiedener Art, nutzt er die Verstaatlichung einzelner Wirtschaftszweige aus.“⁷

Es hat sich also – mit der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus – eine Änderung in den Funktionen des Staates gegenüber der Wirtschaft vollzogen; er greift regulierend in den Reproduktionsprozeß ein, um ihn entsprechend den Interessen der Finanzoligarchie zu beeinflussen. Viele Funktionen der Leitung des Produktionsprozesses, die in der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Händen der Kapitalbesitzer oder ihrer Kommis lagen, sind in die Hände des Staates übergegangen. Gleichzeitig sind all die „ökonomischen“ Funktionen des Staates, wie zum Beispiel die Zoll-, Außenhandels- oder Staatsbankpolitik, zu einem großen System ausgebaut worden, mit dessen Hilfe die Monopole die Reproduktionsbedingungen zu bestimmen suchen. Diese Veränderungen im Verhältnis Staat und Produktion vollzogen sich aber nicht mehr im Rahmen der „klassischen“ Arbeitsteilung zwischen Basis und Überbau.

Lesen wir dazu wieder im Programm der KPdSU:

„Der Staat ist zu einem geschäftsführenden Ausschuß der Monopolbourgeoisie geworden. Das gesamte Wirtschaftsleben wird rapide bürokratisiert. Der staatsmonopolistische Kapitalismus vereint die Macht der Monopole und die Macht des Staates in einem einheitlichen Apparat.“⁸

Also nicht nur eine Änderung in den Beziehungen, sondern ein Verschmelzungsprozeß.

Kuczynski faßte, auf Lenins Bemerkungen fußend, dieses Moment so zusammen:

⁶ *Einheit*, Sonderheft, August 1962, S. 3/4.

⁷ *Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Berlin 1961, S. 24.

⁸ Ebenda, S. 24f.

„Staatsmonopolistischer Kapitalismus ist auch nicht der im Interesse der Monopole handelnde Staat, sondern ist genau das, was Lenin das Wirken eines einzigen Mechanismus, einer einzigen Organisation nennt, die sich aus den verschmolzenen Elementen von Monopolen und Staat zusammensetzt.“⁹

Und zur Beweisführung zitiert Kuczynski die Feststellung Lenins, daß „... private und staatliche Monopole sich verflechten und die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes der größten Monopolinhaber um die Teilung der Welt sind.“¹⁰

Aber noch in einer anderen wichtigen Beziehung beobachten wir eine grundlegende Änderung in der Rolle des Staates, in seinem Verhältnis zum Proletariat und den anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten und Klassen.

Angesichts des Kriegsstaatsmonopolismus bemerkte Lenin, daß sich der Staat in ein „... Militärzuchthaus für die Arbeiter“ verwandelt hatte. Politisch gesehen bedeutete der staatsmonopolistische Kapitalismus „... immer stärkere Ausbeutung, ... Verstärkung der Unterdrückung, ... Erschwerung des Widerstandes gegen die Ausbeuter, ... Erstarkung der Reaktion und des Militärdespotismus“¹¹.

Der willkürliche und brutale Einsatz aller Mittel der Staatsmacht in letzter Instanz ist für die Monopolbourgeoisie das einzige Mittel, sich gegen den Ansturm der ausgebeuteten Schichten zu retten.

Ausgehend von diesem kurz skizzierten Inhalt des staatsmonopolistischen Kapitalismus, ist es nun erforderlich, sich den Ursachen für seine Herausbildung zuzuwenden. Prinzipiell gesehen lassen sich diese Ursachen auf zwei reduzieren. Die erste Ursache ist in der Zuspitzung des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der kapitalistischen Großproduktion und der privaten Aneignung der Resultate der Produktion zu suchen.

Die rapide Entwicklung der Produktivkräfte in der Periode des Kapitalismus, die zunehmende Arbeitsteilung und Spezialisierung, die Verzahnung und Verästelung der kapitalistischen Produktion trieb die Vergesellschaftung der Produktion bis zu einem Punkt, an dem sie notwendigerweise sowohl mit dem kapitalistischen Eigentum als auch mit den ihm entsprechenden Organisationsformen der Produktion in einen unüberbrückbaren Gegensatz geriet. Lenin führte dazu aus:

„Die kapitalistische Großwirtschaft ist schon ihrer ganzen technischen Natur nach eine vergesellschaftete Wirtschaft, d. h. sie arbeitet für Millionen Menschen und vereinigt durch ihre Operationen, direkt und indirekt, Hunderte, Tausende, ja Zehntausende von Familien.“¹²

Dieser hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion erfordert ganz einfach auch die gesellschaftliche Leitung der Produktion auf der Basis des gesell-

⁹ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 183.

¹⁰ Lenin, W. I., Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd 1, Berlin 1960, S. 767.

¹¹ Derselbe, Werke, Bd 24, 4. Ausg., Berlin 1959, S. 303.

¹² Derselbe, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd 2, Berlin 1959, S. 10.

schaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, daß heißt die sozialistische Revolution.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist in dieser Hinsicht nichts anderes, als der Versuch der Monopolbourgeoisie, diesen Widerspruch unter kapitalistischen Bedingungen und mit kapitalistischen Vorzeichen zu lösen. Er ist, wie Lenin einmal feststellte, der Versuch, die Geschichte „zu überlisten“, wobei der Staat in ökonomischer und politischer Sicht zum Hauptherrschaftsinstrument wird.

Die Existenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist der Ausdruck der Tatsache, daß die Bourgeoisie angesichts der geschilderten Entwicklung nicht mehr fähig ist, mit den ihr adäquaten Formen der Organisation der Produktion zu existieren.

Und so tritt der Staat, bisher der „Gesamtkapitalist“, nunmehr als „Gesamtmopolist“ in Aktion, als „Regulator und Organisator“ wesentlicher Seiten des Produktionsprozesses, womit sich aber an den Eigentums- und Ausbeutungsverhältnissen prinzipiell nichts ändert.¹³

Es wäre jedoch falsch, wollte man die Notwendigkeit der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nur unter diesen ökonomischen Gesichtspunkten betrachten.

Der Imperialismus ist das letzte Stadium des Kapitalismus, sein verfaulendes und absterbendes. Er ist der Vorabend der proletarischen Revolution. Der Klassenkampf zwischen der Bourgeoisie einerseits und dem Proletariat und den anderen Schichten andererseits nimmt an Schärfe und Breite zu. Die Monopolbourgeoisie gerät mehr und mehr auch in Gegensatz zu den anderen Teilen der Bourgeoisie. Sie kann ihre Ausbeuterexistenz letzten Endes nur durch rücksichtslosesten Gebrauch der staatlichen Macht erhalten. Abbau der bürgerlichen Freiheiten, Einschränkung der Rechte der bürgerlich beherrschten Parlamente, Suche nach dem „starken Mann“, Reglementierung des Arbeitskräftemarktes, Zuchthausvorlagen und anderes mehr sind das Ergebnis der Zuspitzung des Klassenkampfes, womit nicht ausgeschlossen ist, daß die Bourgeoisie in bestimmten Situationen des Klassenkampfes zur „liberalen

¹³ Dieses Moment unterstrich Lenin, als er sich mit der Problematik des Begriffs „planmäßig“ unter kapitalistischen Bedingungen auseinandersetzte. Er sagte: „Interessant ist, daß Engels vor 27 Jahren auf die Unzulänglichkeit einer Betrachtung des Kapitalismus hinwies, bei der man die Rolle des Trusts übersieht und sagt, das Merkmal des Kapitalismus sei die Planlosigkeit. Engels bemerkt dazu: ‚Und wenn wir zu den Trusts übergehen . . ., so hört da auch die Planlosigkeit auf‘, und doch ist das Kapitalismus. Darauf hinzuweisen ist jetzt um so angebrachter, als wir einen Militärstaat, einen staatsmonopolistischen Kapitalismus haben. Die Einführung der Planmäßigkeit befreit die Arbeiter nicht davon Sklaven zu sein, die Kapitalisten aber streichen ihre Profite ‚planmäßiger‘ ein. Was wir jetzt haben, ist ein direktes Hinüberwachsen des Kapitalismus in seine höchste planmäßige Form.“ (*Lenin, W. I., Werke, Bd 24, a. a. O., S. 298f.*)

Methode“ der Unterdrückung greift oder sie als ergänzendes Moment zur brutalen Herrschaft benutzt.

Soweit allgemein zu den Ursachen der Herausbildung der Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Bei der konkreten Untersuchung der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus stoßen wir auf eine interessante Frage, die von einzelnen Wissenschaftlern unterschiedlich beantwortet wird. Es ist die Frage, wie der staatsmonopolistische Kapitalismus aus dem monopolistischen herauswächst. Gegen Schnejerson polemisierend, antwortet Kuczynski so:

„Nein, dem vormonopolistischen Kapitalismus folgt der monopolistische Kapitalismus, mit dem Staat als Herrschaftsinstrument der Monopole. Der monopolistische Kapitalismus aber wächst, wie Lenin gesagt hat, in den staatsmonopolistischen Kapitalismus hinüber.“¹⁴

Danach gibt es drei im Prinzip voneinander abgegrenzte Stadien. Schnejerson dagegen sagt – nach Kuczynskis Meinung unklar:

„Der staatsmonopolistische Kapitalismus reflektiert den Übergang vom vormonopolistischen, sich in aufsteigender Linie entwickelnden Kapitalismus zum Monopolkapitalismus.“¹⁵ Also keine abgegrenzten Stadien, sondern ein fließender Übergang.

Folgen wir Kuczynski, dann ergeben sich, was das Verhältnis Staat und Monopole anbelangt, folgende Etappen:

1. vormonopolistischer Kapitalismus mit dem Staat als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie,
2. monopolistischer Kapitalismus mit dem Staat als Herrschaftsinstrument der Monopole,
3. staatsmonopolistischer Kapitalismus – Staat und Monopole sind verschmolzen.

So bestechend diese Periodisierung erscheint, sie wird problematisch, wenn wir folgende Überlegung anstellen.

Der Unterschied zwischen der ersten und zweiten Etappe kann doch nur darin bestehen, daß sich Monopole herausgebildet haben, denen der Staat vorwiegend dient. Wenn sich Änderungen im Prinzip der Handhabung der Staatsmacht ergeben hätten, dann könnten sie nur den Charakter von Eingriffen in den Reproduktionsprozeß, also von staatsmonopolistischen Tendenzen gehabt haben. Man kann demnach nur zwischen der ersten und dritten Etappe unterscheiden. Diese letzte Frage kann allein die entscheidende sein, denn der staatsmonopolistische Kapitalismus ist ja eine Kategorie, die das Verhältnis von Staat und Ökonomie widerspiegelt. Und eine Periodisierung dürfte demnach nur unter dem Aspekt der Veränderung dieses Verhältnisses vorgenommen werden. Solange die Unterordnung des Staates unter die Monopole – zum Unterschied zur Unterordnung unter die gesamte Bourgeoisie – der Rolle des

¹⁴ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 128.

¹⁵ Schnejerson, A. I., Die Unterordnung des bürgerlichen Staates unter die Monopole, Berlin 1958, S. 28.

Staates prinzipiell nichts Neues hinzufügt und keine Veränderung in der Rolle der Monopole mit sich bringt, kann man meines Erachtens nicht von einem gesonderten Stadium sprechen. So sehr man Kuczynski also zustimmen kann, wenn er gegen Schneijersons These polemisiert, die Unterordnung des Staates unter die Monopole sei ein Element des staatsmonopolistischen Kapitalismus, so problematisch ist seine Schlußfolgerung, daß es ein gesondertes Stadium des monopolistischen Kapitalismus mit dem Staat als Instrument der Monopole gegeben habe.

Der monopolistische Kapitalismus ist ein gesondertes Stadium des Kapitalismus, sein letztes, bestimmt von dem grundlegenden ökonomischen Merkmal der Existenz von Monopolen. In dieser Hinsicht ist er die Grundlage für den staatsmonopolistischen Kapitalismus, wächst er in ihn hinüber. Aber vom Verhältnis Staat und Ökonomie her gesehen, ist er kein besonderes Stadium, sondern gewissermaßen eine Übergangsphase, die zum staatsmonopolistischen Kapitalismus führt.

Die Unterordnung des Staates unter die Monopole beinhaltet meines Erachtens sowohl Herrschaftsmethoden des vormonopolistischen Kapitalismus als auch schon Keime und Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dabei geht die Herrschaft der Monopole über den Staat sehr stark in Richtung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, weil die Prozesse und Widersprüche, die zur Herausbildung der Monopole führten, gleichzeitig auch die Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus verursachten. Die theoretische Aussage, daß der monopolistische Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus hinüberwächst, sollte indessen nicht identifiziert werden mit der historischen Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Ökonomie.

Hiervon ausgehend, wollen wir nun für die Zeit bis 1914 untersuchen, wo, in welcher Form und in welcher Stärke schon Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus vorhanden waren.

Bevor wir uns der näheren Untersuchung der Keime des staatsmonopolistischen Kapitalismus zuwenden, sei eine Vorbemerkung zur theoretischen Einleitung gestattet.

Die Theorie ist entwickelt worden angesichts der stärkeren Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus während und nach dem ersten Weltkrieg, als alle seine Erscheinungen voll entwickelt waren. Es ist natürlich, daß eine Untersuchung der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vor dem ersten Weltkrieg nicht auf alle Fragen Antwort geben kann, weil eben alles nur in Keimformen innerhalb einer monopolistischen Umgebung vorhanden war und weil die untersuchte Periode relativ kurz ist. Vielmehr tritt in den kommenden Untersuchungen die Frage in den Vordergrund, wie sich in dieser Zeit die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten konkret in den vermittelnden Kategorien durchsetzten, oder, umgekehrt, was hinter den Veränderungen steckte.

In dieser Sicht erhalten die einleitenden theoretischen Bemerkungen mehr den Charakter einer theoretischen Grundlage für die konkreten Untersuchungen

in den einzelnen Gebieten der Wirtschaft, indem sie uns die notwendigen Kriterien dafür bieten, diese oder jene neue Erscheinung im imperialistischen System als staatsmonopolistisch zu kennzeichnen und entsprechend einzuschätzen. Gleichzeitig soll untersucht werden, in welchen konkreten Formen sich die Ursachen für die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Wirtschaftszweigen zeigten.

II. TENDENZEN DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG IN DEUTSCHLAND

1. *Militarisierung der Wirtschaft*

Die Militarisierung der Wirtschaft ist ein typisches Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus; die Monopole sichern sich über den Staat einen relativ sicheren Absatzmarkt und verschmelzen gerade auf diesem Sektor sehr eng mit ihm. Die Rüstungen verschlingen immer größere Teile des Volkseinkommens und bestimmen damit die Reproduktionsbedingungen in den entsprechenden Industriezweigen.

Bei der Betrachtung der Militärausgaben im Deutschen Reich kommt Kuczynski zu dem Schluß, daß sie seit 1870 ansteigen, ohne entscheidenden Anteil am Volkseinkommen zu haben. Das ändert sich im Jahre 1913, als „Rüstungsmonopole und Militärssektor des Staates... zu einem Mechanismus“ verschmelzen.¹⁶ Gewiß hat Kuczynski recht, wenn er, von den gesamten Militärausgaben ausgehend, meint, daß die Rüstungsausgaben bis 1913 in der Wirtschaft noch nicht ein so entscheidendes Gewicht haben wie im voll entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus. Greifen wir jedoch aus der Gesamtrüstung die Flottenrüstung und den entsprechenden Sektor der Wirtschaft heraus, dann ergibt sich ein differenzierteres Bild.

Es zeigt sich, daß die Gesamtaufwendungen des Deutschen Reiches für die Marine zeitlich eher emporschnellen als die für die Heeresrüstung, bei der die entscheidende Verstärkung des Etats in den Jahren 1911/12 liegt. Die Ausgaben für die Marine stiegen seit 1875 kontinuierlich an, um dann von 99 Millionen Mark im Jahre 1896/97 auf 130,6 Millionen Mark im Jahre 1897/98 zu springen. Weitere entscheidende Steigerungen der Ausgaben finden wir in den Jahren 1900 zu 1901 und 1906 zu 1908, bis sie schließlich im Jahre 1913 536,2 Millionen Mark betragen.¹⁷

Aber die Marineausgaben stiegen nicht nur absolut, sondern nahmen in dieser Zeit gegenüber den Aufwendungen für das Heer einen immer größeren Platz ein. Betrug nach Kandler das Verhältnis Heer (Spezialetat) zu Marine (Ge-

¹⁶ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 184f.

¹⁷ Junghänel, Heinz, Marinehaushalt und Marineausgabenpolitik in Deutschland (1868–1930), phil. Diss. Leipzig, Lucka 1932, S. 96.

samtetat) innerhalb der Reichsverwaltungsausgaben im Jahre 1885 noch 72,9 zu 9,1 so hatte es sich 1900 auf 58,7 zu 14,9 verändert, und schließlich stand es im Jahre 1910 38,9 zu 22,5.¹⁸

Insgesamt wuchs die deutsche Kriegsflotte wie folgt an¹⁹:

Die Kriegsflotte des deutschen Imperialismus 1899 bis 1914

Typen	Jahr	Zahl der Schiffe	Wasser- verdrängung in Tonnen	PS-Zahl der Dampf- maschinen
Linienschiffe	1899	11	97 094	89 100
	1902	14	130 703	128 900
	1908	27	295 353	329 900
	1913	32	483 000	553 600
	1914	37	608 500	716 600
Große Kreuzer	1899	10	70 495	99 500
	1902	11	79 471	114 000
	1908	14	114 596	217 700
	1913	18	196 000	396 800
	1914	19	221 200	485 000
Kleine Kreuzer	1899	23	44 377	92 250
	1902	28	58 642	136 250
	1908	37	95 356	262 100
	1913	37	123 930	440 800
	1914	38	130 200	520 100
Insgesamt	1899	97	326 701	399 030
	1902	107	384 985	498 270
	1908	130	603 384	934 080
	1913	127	888 700	1 505 460
	1914	133	1 041 010	1 832 840

Die Flottenrüstung mit ihrem riesigen Stahl- und Eisenbedarf und ihren großen Aufträgen für die Werften spielte für die entsprechenden Zweige der Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Sie garantierte den Monopolen einen relativ sicheren Markt, und zwar in einem Ausmaß, das es früher nicht gab. Das hing nicht zuletzt mit den technischen Umrüstungen in der Flotte vor allem seit 1906 zusammen.

Die zunehmende Technisierung der Kriegsmittel ließ die Baukosten der Schiffe rapide anwachsen und bezog immer neue Produktionszweige in die Flottenrüstung ein, und zwar nicht nur die Dampfturbinenindustrie und die Kanonen-

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 95 ff.

¹⁹ Vgl. *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, hg. v. Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin, Jg. 1899, 1902, 1908, 1913, 1914: Abschnitt Kriegswesen. Das Jahr 1899 wurde als Basisjahr benutzt, weil von da an die Untergliederung bis 1914 einheitlich beibehalten wurde.

werke oder die Panzerplattenwerke; die nach 1906 gebauten Großkampfschiffe der „König-Klasse“ bzw. die modernen Schlachtkreuzer erforderten auch optisch-elektrische Zielgeräte, elektrische Anlagen, komplizierte Pumpensysteme, elektrisch angetriebene Paternosterwerke und Munitionsaufzüge, Kompressoren, Transformatoren, Kühlmaschinen, Ventilatoren usw. und schließlich Dynamomaschinen mit der Leistung eines mittleren Kraftwerkes, wobei sicherheitshalber ein mit Dampf betriebenes hydraulisches System bei Ausfall der Dynamos den Antrieb der gesamten Aggregate garantieren sollte.²⁰ Ein Großkampfschiff der damaligen Zeit glich einer mit der modernsten Technik ausgerüsteten Fabrik, allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, daß seine Produktion unmittelbar Tod brachte. Alle technischen Errungenschaften dieser Zeit wurden im Dienste des Krieges mißbraucht.

Was den ersten Gesichtspunkt des Ansteigens der Kosten anbelangt, so lesen wir in der interessanten Dissertation Junghänel:

„Aus diesem Grunde läßt sich leider nicht die interessante Frage beantworten, wie hoch die Baukosten der modernsten, zu Kriegsbeginn gerade verwendungsbereiten Linienschiffe der ‚König‘-Klasse waren (‚König‘ – 1. Rate im Etat 1911 –, ‚Großer Kurfürst‘ 1911, ‚Markgraf‘ 1911, ‚Kronprinz‘ 1912). Vorgefundene Aufzeichnungen in den Akten des Reichsmarineamts haben ergeben, daß anlässlich der Vorbereitung der Novelle 1912 zum Flottengesetz die Kosten der in Bau zu gebenden Linienschiffe der ‚Baden‘-Klasse C (‚Baden‘ 1913, ‚Bayern‘ 1913) infolge des Übergangs vom 30,5 cm-Geschütz zum 38 cm-Geschütz bei der schweren (Turm-)Artillerie der Schiffe auf 58,2 Millionen M. veranschlagt wurden. Auch über die Baukosten der – damals – modernsten Schlachtkreuzer (‚Derfflinger‘ 1911, ‚Lützow‘ 1912, ‚Hindenburg‘ 1913) lassen sich exakte Angaben nicht machen.

Die Aufstellung auf Seite 69 macht die beträchtlichen Aufwendungen ersichtlich, die sich bei Linienschiffen von rd. 22,7 auf 45,5 Millionen M., bei Panzerkreuzern von 16,0 auf 44,3 Millionen M., bei kleinen Kreuzern von 4,7 auf 7,7 Millionen M. erhöhten.

Prozentual betrug die Steigerung in den Jahren 1900 bis 1910

bei Linienschiffen:	100,4%
bei Panzerkreuzern:	172,4%
bei kleinen Kreuzern:	65,9%. ²¹

Insgesamt wurde in der Zeit von 1898 bis 1914 ein Rüstungsmarkt für die Wertbesitzer von 2706,1 Millionen Mark über den Staat geschaffen.²² Freilich

²⁰ Vgl. Die Kultur der Gegenwart. Ihre Entwicklung und ihre Ziele, T. 4: Die technischen Wissenschaften, Bd 12: Die Technik des Kriegswesens, hg. v. Paul Huneberg, Berlin 1913, S. 569 ff.; vgl. auch Schwarte, M., Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920, S. 327 ff.

²¹ Junghänel, Heinz, a. a. O., S. 70.

²² Vgl. Berechnungen von Junghänel, Heinz, a. a. O., S. 68. Die Angabe betrifft die Kosten der Neubauten (einschl. Grundreparaturen und Umbauten) und die Torpedo- und Artilleriearmierung.

ist zu beachten, daß am Kriegsflottenbau auch die staatlichen Werften beteiligt waren, die im Jahre 1912 21 670 Personen beschäftigten.²³ Die Frage, ob diese Staatswerften als Keime des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu bezeichnen sind, bleibt meines Erachtens so lange offen, bis der Nachweis geführt werden kann, daß sie, ähnlich wie die staatlichen Kohlengruben im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, untrennbarer Bestandteil der monopolistischen Umgebung waren, daß die Monopolherren direkt oder indirekt Einfluß auf diese Staatsbetriebe nehmen konnten. Allerdings gab es eine enge Verbindung durch den Austausch von Bauplänen und über Zulieferungen. Sicher ist jedoch, daß sie genauso stimulierend auf die Zulieferindustrien wirkten wie die privaten Werften.

In welchem Maße die Flottenrüstung die Profite der Werftindustriellen beeinflußte, dafür einige Beispiele:

Die Firma Krupp (Germaniawerft) erhielt allein bis 1911 von der Reichsregierung Aufträge für den Bau von neun Linienschiffen, fünf kleinen Kreuzern, dreiunddreißig Torpedobooten und 110 U-Booten. Daneben nahmen sich die vierzehn neugebauten zivilen Dampfer sehr mager aus. Aber Krupp war nicht der einzige, wenn auch der größte Monopolist, der an der Flottenrüstung verdiente. Die Firma Blohm & Voss, Hamburg, schrieb in ihrem Bericht für das Handbuch der Aktiengesellschaften folgenden bezeichnenden Satz:

„Für 1909/10 verblieben im Bau der Kreuzer ‚Von der Tann‘ und die Kreuzer ‚G‘ und ‚H‘, ferner ein Segelschulschiff für den deutschen Schulschiffsverein in Bremen. Die Werft ist im Kriegsschiffbau also gut beschäftigt; im Handelsschiffbau ist nur das Schulschiff in Arbeit und die Aussichten auf weitere Neubauten sind zunächst nur sehr gering.“²⁴

Bei der Weserwerft AG befanden sich – wenn wir von kleineren Aufträgen absehen – im März 1911 ein Linienschiff und zwei kleine Kreuzer sowie sieben Frachtdampfer im Bau. Die Howaldtwerft AG hatte 1910/11 drei Linienschiffe und sechs Frachtdampfer im Bau bzw. ausgeliefert, während die Vulkanwerft in Stettin Anfang 1911 ein Linienschiff, einen kleinen Kreuzer und dreizehn Hochseetorpedoboote, aber nur zwei zivile Dampfer auf der Werft liegen hatte. Die Schichauwerft in Elbing/Danzig hatte sich auf den Bau kleiner Kreuzer und Torpedoboote konzentriert.

Jede dieser Werften ließ ihre Verbindungen zu ihrem Hauptauftraggeber auch nach außen hin erkennen. Im Aufsichtsrat der Vulkanwerft saß neben Carl Fürstenberg von der Berliner Handelsgesellschaft, neben Paul v. Schwabach und Emil v. Rathenau von der AEG der Admiral Friedrich von Hollman, bis 1897 Chef des deutschen Marineamtes – ein Mann, dessen Verbindungen zu deutschen Marinekreisen, auch als er nicht mehr Chef des Marineamtes war, noch außerordentlich groß waren. Im Aufsichtsrat der Howaldtwerft finden wir

²³ *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, a. a. O., Jg. 1911, S. 332. 1910 hatte die Vulkanwerft (Stettin und Hamburg) 9581 Beschäftigte.

²⁴ *Handbuch der Deutschen Aktien-Gesellschaften*, Jg. 1909/10, Bd 2, Berlin 1909, S. 662.

neben Walter Boverix von BBC (Brown, Boveri & Cie) gleich zwei Marineoffiziere, den Vice-Admiral a. D. von Basse und Exc. Korvetten-Kapitän von Bernstorff. Und schließlich hatte die Weserwerft den Vice-Admiral a. D. von Ahlefeld zum Vorsitzenden der Direktion erkoren. Blohm & Voss hatte ausnahmsweise keinen Marineoffizier in ihrem Aufsichtsrat, dafür hatte die „Turbinia“ Deutsche Pearsons Marine AG in Berlin, die die Kriegsschiffe mit Pearsonsturbinen ausrüstete, gleich zwei, nämlich Vize-Admiral Vict. Valois und den Konter-Admiral a. D. Paschen. Die BBC beherrschte die Turbinia.²⁵ Was die Monopolherren bewog, diese Militärs in die Aufsichtsräte aufzunehmen, waren ihre militärischen Kenntnisse und ihre Verbindungen zu den Spitzen der preußisch-deutschen Marine. Über solche persönlichen Verbindungen, die im preußisch-deutschen Offizierkorps sehr zäh waren, nahmen die Werften Einfluß auf ihren Auftraggeber. Und ein Marineoffizier im Marineamt diente den Monopolen um so lieber, wenn ihm dafür ein Aufsichtsratsposten winkte.²⁶ Der Einfluß der Flottenrüstung ging aber über die Werftindustrie hinaus. So schrieben Fuchs und Müller in einer Jahresarbeit:

„Als am 18. Oktober 1898 Wilhelm II. ein zweites Flottenprogramm ankündigte, zogen die Aktien folgender Werke plötzlich an.

Vulkanwerft	19%	Bismarckhütte	21%
Howaldtwerft	17%	Bothmer Gußstahl	12%
Bottroper Walzwerk	27%	Charlottenhütte	30%
Hasper Eisenwerk	33% ²⁷		

Die Kurse der Hütten und Walzwerke zogen stärker an als die der Werften. Man sieht, mit welcher hochgespannten Erwartungen das Börsenpublikum die Auswirkungen des Flottenprogramms auf die Industrie kalkulierte.

Welche Rolle die Flottenrüstung in den Plänen der deutschen Monopolisten spielte, beweist ihre Sorge um den Flottenverein, die größte chauvinistische Massenorganisation vor dem ersten Weltkrieg.²⁸ Bei seiner Gründung standen unter anderem neben der Hapag und dem Norddeutschen Lloyd die Deutsche Bank und die Firma Krupp Pate. Dem Präsidenten Prinz Wilhelm zu Wied wurde der Kruppünstling Victor Schweinsberg zur Seite gesetzt.

Von den Werften und Hütten gehen die Fäden ins Marineamt und zum Flottenverein und umgekehrt. Das Marineamt und der kaiserliche Hof fördern öffent-

²⁵ Ebenda, S. 657 ff.

²⁶ Bezeichnenderweise befand sich 1898, also im Jahr des Beginns der Flottenrüstung, noch kein einziger Marineoffizier in den Aufsichtsräten der genannten Werften. Vgl. *Handbuch der Deutschen Aktien-Gesellschaften*, Jg. 1899/1900, Bd 1 u. 2, Berlin 1899 u. 1900.

²⁷ *Fuchs/Müller*, Probleme der Flottenrüstung in Deutschland, Jahresarbeit am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität, S. 16 (MS); vgl. *Kehr, Eckart*, Schlachtflottenbau und Parteipolitik, 1894–1901, Berlin 1930, S. 210 ff.

²⁸ Vgl. für diese gesamte Problematik *Jerussalimski, A. S.*, Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin 1954.

lich und insgeheim den Flottenverein. Der Kaiser hält kaum noch eine Rede, in der er nicht versichert, daß „Deutschlands Zukunft auf dem Wasser“ liege. Die Werften erhalten Aufträge über Aufträge und scheffeln sichere Profite, während die Steuerzahler, die werktätigen Schichten, über den Staatshaushalt alles finanzieren müssen.

Die Gesamtaufwendungen für die Marinierüstung von 1896/97 bis 1914 – einschließlich Zinsdienst aus Anleihen – in Höhe von 5830,9 Millionen Mark wurden entweder dem Staatshaushalt entnommen oder über Staatsanleihen gedeckt; in beiden Fällen war der Steuerzahler der Leidtragende.

Die Zeichner von Marineanleihen verdienten in dieser Periode allein 462,9 Millionen Mark²⁹, denn so hoch war die Summe für die Anleiheverzinsung, woraus das Interesse bestimmter Teile der Bourgeoisie, die sich nicht direkt in der Werft- oder Schwerindustrie etabliert hatten bzw. nicht stark export-orientiert waren, an der Flottenindustrie resultiert.

Ein unentwirrbares Knäuel von Interessenverbindungen zwischen Monopolen, Propagandaorganisation und Staat ist entstanden, das schon nicht mehr in das Bild der traditionellen Herrschaftsweise der Bourgeoisie paßt.

Über den Staat, mit dem sie in mehr als nur einer Form eng verzahnt waren, bestimmten die Monopole die Reproduktionsbedingungen in den Werften und Zulieferbetrieben. Die Militarisierung war im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in der Schiffbauindustrie schon weiter vorangeschritten als in den anderen Zweigen der kapitalistischen Wirtschaft.

2. Die Rolle des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln

Wenn die staatsmonopolistischen Tendenzen vor dem ersten Weltkrieg untersucht werden, dann ist das Staatseigentum an Produktionsmitteln, das in dieser Periode schon große Ausmaße hatte, in dieser Hinsicht vielleicht am augenfälligsten. Betrachten wir nun folgende Tabelle:

Prozentanteil der öffentlichen Hand³⁰

Industriezweig	1913	1920	1925
<i>an der Förderung von</i>			
Steinkohle	6,9	10,9	10,1
Koks	4,3	8,2	8,1
Braunkohle	0,4	0,9	7,2
Rohkali	?	4,3	5,6
Steinsalz	?	?	5,9
Siedesalz	21,0	28,1	40,7
Eisenerz	10,6	12,0	18,8
Bleierz	2,0	2,66	3,85

²⁹ Vgl. *Junghänel, Heinz*, a. a. O., S. 96.

³⁰ Nach: *Wirtschaftsdemokratie*, hg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes v. *Fritz Naphtali*, Berlin 1928, S. 65.

Industriezweig	1913	1920	1925
<i>an der Produktion von</i>			
Roheisen	?	1,06	0,65
Blei	?	30,2	35,1
Aluminium	64,2	65,6	74,0
Elektrizität	23,6	32,1	86,2
Gas	84	86	87
<i>an der Schienenlänge von</i>			
Eisenbahnen (in Prozent) —		92,2	—
<i>an Straßenbahnbetrieben</i>			
(in Prozent)			
Betriebe mit mehr als 50 Prozent Beteiligung der öffentlichen Hand	50	62	72
Betriebe mit weniger als 50 Prozent Beteili- gung der öffentlichen Hand	—	21	21
privat	50	17	7
<i>an der Forstwirtschaft</i>	65	?	?

In bestimmten Zweigen der Rohstoffindustrie hatte der preußische Staat bzw. das Deutsche Reich eine relativ starke Position, bei Aluminium und Gas sogar eine Monopolstellung. Wir müssen uns jedoch davor hüten, diesen Staatsbesitz von vornherein als Keim des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu bezeichnen. Denn noch ist nichts ausgesagt über das Verhältnis zu den Monopolen bzw. darüber, wie dieser Staatsbesitz ausgenutzt wurde.³¹ Auch darf nicht vergessen werden, daß ein Teil dieses Staatsbesitzes schon über ein Jahrhundert alt und teilweise das Ergebnis der merkantilistischen Wirtschaftspolitik des preußischen Staates war, so zum Beispiel der Besitz von Kohlen- und Bleierzgruben in Schlesien und der von Siedesalzanlagen in der Provinz Sachsen, der auf landesherrliche feudale Regale zurückging.

Greifen wir uns das Beispiel des Steinkohlenbergbaues heraus, um der Problematik näherzukommen. Der Besitz von Steinkohlengruben und -feldern geht zurück bis ins 18. Jahrhundert. Etwa bis um die Wende zum 20. Jahrhundert dehnte ihn der preußische Staat aus, vor allem infolge des Steinkohlenbedarfs der preußischen Staatsbahnen.³²

Hören wir dazu Göppert, der über die Stellung der staatlichen Gruben vor dem ersten Weltkrieg folgendes schrieb: „Man hat vor dem Krieg viel von der

³¹ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 185ff.

³² Vgl. *Handbuch der Öffentlichen Wirtschaft*, hg. v. Vorstand des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Berlin 1930, S. 123ff.

Macht des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikates gesprochen, das kraft seiner Monopolstellung die staatliche Macht überwuchere. Der größte Bergbaubetriebende nicht nur Deutschlands, sondern der Welt aber war der preußische Staat. Das Saarrevier beherrschte er fast völlig, in Oberschlesien hatte er die weitaus größte Förderung und den größten Felderbesitz. Angesichts der sich entwickelnden Macht des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats schickte er sich an, in konsequenter Politik auch in diesem größten Kohlenrevier die maßgebende Stellung zu erobern. Er war am Ziele, als es ihm gelungen war, der drohenden Absperrung von der Rhein-Wasserstraße durch Ankauf der Aktienmajorität der Rhein- und Seeschiffahrts-Aktiengesellschaft zuvorzukommen und nach Erwerb der mächtigen Hibernia-Zechen über die größte Förderung in diesem Revier zu verfügen. *Von jetzt ab gab es kein Syndikat mehr ohne die Beteiligung des preußischen Staates.*³³

Sehen wir von der apologetischen Tendenz dieser Darstellung ab – bei der Geisteshaltung des Verfassers ist nichts anderes zu erwarten –, und konzentrieren wir unsere Aufmerksamkeit auf den letzten Satz, den wir im Zitat hervorgehoben haben. Das Eindringen des preußischen Staates in das Ruhrrevier stieß anfangs beim Kohlensyndikat auf keine Gegenliebe, und es entbrannte ein heftiger Kampf zwischen beiden, vor allem um die Hibernia AG.³⁴ Staat und Monopol befanden sich in einem handfesten monopolistischen Konkurrenzkampf, an dessen Ende es weder einen Sieger noch einen Unterlegenen gab, sondern die Vereinigung beider im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat. 1913 traten die Staatszechen dem Syndikat bei. Wir können Kuczynski nur zustimmen, wenn er dies „eine Form . . . der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus“³⁵ nennt. Und daß diese Formen nicht geringen Ausmaßes waren, offenbart uns die Tatsache, daß die staatlichen Zechen immerhin 1913 dreizehn Prozent der Gesamtförderung zutage brachten. Wenn wir also eine Schlußfolgerung ziehen wollen, dann kann man nicht die Existenz der staatlichen Gruben schlechthin schon als Ausdruck staatsmonopolistischer Tendenzen bezeichnen, sondern erst ihre Eingliederung in ihre monopolistische Umgebung, also ihre Verschmelzung mit anderen Monopolen, zum Beispiel im RWKS. Weitere Ausführungen über die anderen Teile des preußischen Staatsbesitzes können wir uns hier ersparen, denn Kuczynski hat am Beispiel des Kalibergbaues das wesentliche schon herausgearbeitet.³⁶ Ein bestimmter Teil des Staatsbesitzes sei hier jedoch noch erwähnt: das Eigentum an Hafenanlagen und Binnenwasserstraßen. Fast sämtliche deutschen Häfen samt Umschlagseinrichtungen und fast alle künstlichen Wasserstraßen befanden sich in den Händen staatlicher Einrichtungen. Es ist klar, daß der Staat dadurch, in Gestalt von Ländern oder Gemeinden, einen nicht geringen Einfluß auf die Reproduktion ausüben konnte.

³³ Göppert, Heinrich, a. a. O., S. 12, Hervorhebung v. Verf.

³⁴ Vgl. *Handbuch der Öffentlichen Wirtschaft*, a. a. O., S. 124f.

³⁵ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 187.

³⁶ Vgl. ebenda, S. 190f.

Soweit zu dieser Problematik, auf die wir am Beispiel der Staatsbahnen und der Reichsbank noch einmal zurückkommen werden.

3. Die Funktion der „gemischten Betriebe“ im Elektrizitätswesen³⁷

In diesem Sektor der kapitalistischen Wirtschaft war der Staat mit einem relativ großen Besitz vertreten, allerdings nicht in Gestalt des Reiches oder der Länder, sondern in Form von Gemeinden oder Städten.

Die Entstehungsgeschichte des kommunalen Besitzes verlief anders als bei Kohle, Erzen oder Salz, und dabei spielten die technischen Bedingungen der neuen Energiequelle eine bedeutende Rolle. Die Elektroenergie begann mit der Jahrhundertwende eine immer größere Rolle zu spielen, als sie nach und nach die Dampfkraft als direkte Energiequelle für die Produktion ausschaltete. Sie wies einige grundlegende Vorzüge auf, die sich im Zuge der technischen Vervollkommnung immer mehr auswirkten und von denen hier nur einige genannt seien.

- a) Sie konnte in sofort nutzbarer Form über große Entfernungen übertragen werden, während die Dampfmaschine – abgesehen vom Eisenbahnwesen – ortsgebunden blieb. Die Kosten für das Energieübertragungssystem waren geringer als die des Kohletransportes.
- b) Innerhalb der Produktion ersparte sie das volumenmäßig große Übertragungssystem von der Dampfmaschine zur Arbeitsmaschine; das Kabel- und Leitungssystem war vorteilhafter. Außerdem war der Elektromotor in kleinere Einheiten zerlegbar als die Dampfmaschine.
- c) Sie ermöglichte neue Nahverkehrsmittel, wie Straßen- und Untergrundbahnen und Werksanschlußbahnen.
- d) Sie erlaubte neue Arten der Beleuchtung von Arbeitsplätzen, kommunalen Einrichtungen und Wohnungen.

Diese Vorzüge brachten es mit sich, daß der Bedarf an Elektroenergie um die Jahrhundertwende stark anstieg, und zwar sowohl seitens der Produktion als auch seitens der kommunalen Einrichtungen und der Haushalte. Das Bestreben aller Großverbraucher ging dahin, sich die notwendige Energie möglichst billig zu beschaffen, weil sie einen nicht geringen Selbstkostenbestandteil bildete. Aber der massenhafte Einsatz der Elektroenergie in der Produktion warf einige Probleme auf, die den Monopolisierungsprozeß in diesem Zweig nicht unbeträchtlich beeinflussten. Elektroenergie war nur dann entsprechend billiger als Dampfkraft, wenn sie in großen Einheiten erzeugt wurde. Energieerzeugungsanlagen in der Preisklasse einer normalen Dampfmaschine waren nicht rentabel. So ging die Tendenz dahin, große Überlandzentralen zu schaffen, die ein größeres Gebiet mit Elektroenergie beliefern. Der Konzentrationsprozeß

³⁷ Es ist nicht Aufgabe dieser Arbeit, die Geschichte der gemischten Betriebe darzustellen. Sie interessieren uns hier vielmehr nur insofern, als wir in ihnen schon Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus sehen.

heitsverhältnisse, als Hugo Stinnes und August Thyssen die Mehrzahl der Aktien an sich rissen. In der folgenden Zeit wurde das RWE stark ausgebaut mit dem erklärten Ziel seiner Beherrscher, das gesamte Ruhrgebiet einheitlich mit Strom zu versorgen. Da zeigten sich bald Gegentendenzen gegen diese übermächtig werdende Stellung des RWE in den Händen von Thyssen und Stinnes. Es waren vor allem die Städte und Gemeinden, aber auch große Monopole, die eine Preisdiktatur des RWE fürchteten. Stinnes und Thyssen waren in diesem Gebiet zu gut bekannt, als daß ihnen die anderen Monopole freiwillig eine Monopolstellung eingeräumt hätten. Der gleichzeitige Streit innerhalb des Kohlensyndikates um die Stinneszechen hatte schon eine bestimmte Gruppe gegen das RWE zusammengefügt. Die Städte und Gemeinden, die von Monopolgruppen gestützt wurden, verfügten in diesem Konkurrenzkampf über ein wichtiges Kampfmittel, sie waren der Eigentümer des Grund und Bodens, über den die Kabel laufen mußten. Das Ergebnis dieses Kampfes können wir folgendem Zitat entnehmen:

„Der mit großer Heftigkeit geführte Kampf wurde endlich nach langen, unter Mitwirkung der Staatsregierung geführten Verhandlungen durch einen am 10. März 1908 im Dortmunder Stadtverordnetenversammlungssaale notariell beurkundeten Vertrag beendet. Danach verpflichtete sich das RWE, seine Zentrale Wiendahlsbank in eine neu zu gründende Aktiengesellschaft ‚Westfälisches Verbandselektrizitätswerk in Kruckel‘ einzubringen und $\frac{10}{11}$ der Aktien dieses Unternehmens an die Stadt Dortmund, den Kreis Hörde, die Stadt Hörde, das Elektrizitätswerk Westfalen (Bochum), die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft und die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft abzutreten, während es $\frac{1}{11}$ der Aktien behielt. Gleichzeitig wurde ein sogenannter Demarkationsvertrag abgeschlossen, durch den das RWE, das städtische Elektrizitätswerk Dortmund, das Elektrizitätswerk Westfalen (Bochum) und das Verbandselektrizitätswerk (Kruckel) ihre Interessengebiete gegenseitig abgrenzten. Dadurch ist für einen großen Teil des für die Stromversorgung in Betracht kommenden Gebietes die Konkurrenz vertraglich ausgeschlossen; das Gebiet nördlich der Lippe und südlich der abgegrenzten Interessensphären sollte jedoch für die Konkurrenz frei bleiben.“³⁹

Staatliche und private Monopolbetriebe waren „einträchtig“ mit Monopolpraktiken beschäftigt, grenzten ihre Interessensphären ab und gingen zu Fusionen über.

So finden wir dann zum Beispiel im Jahre 1909 im Aufsichtsrat des RWE den Oberbürgermeister von Essen, Holle, den Oberbürgermeister von Mülheim (Ruhr), Dr. Lembcke, den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Machens, den Landrat von Solingen, Lucas, und den Landrat von Ruhrort, Dr. von Wülffing, neben Hugo Stinnes, August Thyssen, Schöller (Discontogesellschaft) und Kirdorf von der GBAG: Monopolisten und staatliche Vertreter gemeinsam im Aufsichtsrat eines der größten Monopole des Ruhrgebietes. Warum gerade

³⁹ Passow, Richard, a. a. O., S. 10.

staatliche Einrichtungen an einer Beteiligung an den Elektrizitätswerken interessiert waren und wieweit technisch-ökonomische Gesichtspunkte dabei eine Rolle spielten, dafür möge folgender Auszug aus einer Vorlage für den Kreistag Solingen-Land stehen, in dem die Notwendigkeit einer kommunalen Beteiligung am RWE so begründet wurde:

„Bei den eigenartigen Verhältnissen unseres Industriebezirkes, wo eigentlich kein Gemeinwesen ein wirtschaftlich für sich unabhängiges Gemeinwesen darstellt, sondern alle Interessen vielfältig miteinander verflochten sind, wäre es eine wirtschaftliche Verschwendung, wenn jedes Gemeinwesen, ja jeder Kreis ein eigenes Elektrizitätswerk haben wollte. Dazu kommt, daß die Elektrizität um so billiger abgegeben werden kann und um so gleichmäßiger arbeitet, in je größerem Umfange sie erzeugt wird. Da es auch offenbar billiger sein muß, die elektrische Energie zu transportieren als die Kohle, so liegt der Vorteil der großen Werke mit eigenen Zechen auf der Hand. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich dies im Laufe der Zeiten bei den zu erwartenden technischen Fortschritten nur noch deutlicher geltend machen.“⁴⁰

Mit dieser Begründung beteiligte sich der Kreis Solingen-Land mit 787 000 M. an dem RWE. Es dürfte auch klar sein, daß sich das Verhältnis der Monopole zu Gemeinden und Legislative nicht nur auf der Basis dieser Argumentation bewegte, sondern die Herren des RWE verfügten auch über die gleichen Zauber- mittel wie der Mister Cowperwood in Dreisers Romantrilogie, um sich die Gemeindevertreter geneigter zu machen, nämlich über Geld. Die Beweg- gründe des RWE für ein Zusammengehen mit den Gemeinden können wir zum Beispiel aus einem Vertrag ersehen, den das RWE 1910 mit mehreren Kreisen abschloß. Die Landkreise Kleve, Geldern, Kempen, Moers und Rees hatten aus den gleichen Gründen wie Solingen auf die Errichtung eines eigenen Kraft- werkes verzichtet und unter aktiver Mitwirkung des Regierungspräsidiums Düsseldorf mit dem RWE einen Stromvertrag vereinbart (1910). Danach ver- pflichtete sich das RWE, die genannten Kreise mit Strom zu versorgen. Die Kreise dagegen räumten dem RWE das ausschließliche Recht ein, auf den Straßen und Plätzen die erforderlichen Leitungen zu legen. Womit schon ein Beweggrund des RWE genannt sein dürfte.

Weiter hieß es wörtlich in dem Vertrag:

„Es besteht Einverständnis unter den Vertragschließenden darüber, daß für die im Versorgungsgebiet bereits vorhandenen und noch zu bauenden Straßen- bahnen ein Zusammenschluß zu einheitlichen Unternehmungen und einheit- licher Betriebsführung, sei es im ganzen oder gruppenweise, unter Führung des RWE, anzustreben ist.“⁴¹

Über den Stromversorgungsplan bekam das RWE das wohl wichtigste Nah- verkehrsmittel in den genannten Kreisen in die Hand, zumindest erhielt es den alleinigen Anspruch darauf. Die Konkurrenz wurde über die staatlichen Stellen ausgeschaltet.

⁴⁰ Ebenda, S. 31.

⁴¹ Ebenda, S. 13.

Und noch eine Stelle sei aus dem Vertrag zitiert:

„Mit Rücksicht auf die schwache Rentabilität des für die Elektrifizierung der 5 Kreise aufzuwendenden und nachzuweisenden Kapitals stellen die Kreise dem RWE ihren Kommunalkredit zur Verfügung, und zwar bis 3,5 Millionen M. für die Erweiterung einer Zentrale und bis 7 Mill. M. für die gesamte Anlage des Leitungsnetzes einschließlich Transformatoren. Das RWE vergütet den Kreisen die Selbstkosten bei Aufnahme des Kapitals, jedoch dürfen die Kreise das Darlehen nur im Einverständnis mit dem RWE aufnehmen. Nach Ablauf des fünften Betriebsjahres werden die angeliehenen Beträge mit 2% plus ersparten Zinsen getilgt.“⁴²

Hinzugefügt werden muß noch, daß das RWE das Recht erhielt, wenn nach fünf Jahren noch mit Verlust gearbeitet wurde, Ersatz für den Verlust in Höhe bis zu 750000 M. zu verlangen.

Diese Art der Finanzierung war für das RWE außerordentlich günstig. Der Kommunalkredit war in der damaligen Zeit der billigste, die Zinsen betragen im Durchschnitt zwei Prozent. Bei einer normalen Kreditaufnahme hätte es mindestens sechs Prozent Zinsen zahlen und vielleicht auch dem Kreditgeber einen Einfluß auf das Geschäftsgebaren einräumen müssen. Diese Gefahr war ausgeschaltet, weil das RWE bestimmen konnte, bei wem die Kreise das Darlehen aufnehmen durften. Die Differenzen bei der Kreditgebung mußten die Gemeindehaushalte, das heißt die Steuerzahler tragen. All diese Umstände dürften es dem RWE sehr leicht gemacht haben, „sich stark dafür zu machen“ – wie es so schön im Vertragstext hieß –, daß die Generalversammlung sich bereit erklärte, den genannten Kreisen je 500000 M. Aktien zum Kurs von 150 zu verkaufen. So bildete sich die kommunale Beteiligung am RWE heraus, die 1910 mit rund 13 Millionen M. von 38 Millionen M. etwa dreißig Prozent betrug. In der Folgezeit dehnte sich dieser staatliche Anteil immer mehr aus, so daß heute in Westdeutschland das RWE der größte staatsmonopolistische Betrieb ist und an Größe nur noch von der Badischen Anilin- und Sodafabrik übertroffen wird.

In ähnlicher Form wie das RWE entstanden um die Jahrhundertwende in Deutschland sogenannte gemischte Betriebe auf dem Sektor der Elektrizitätserzeugung, der Gasversorgung und des Straßenbahnwesens, so zum Beispiel die Oberrheinische Eisenbahngesellschaft AG in Mannheim (1911 8 Millionen M. Kapital), das Elektrizitätswerk Rheinlassen AG in Worms, die Elbtalzentrale AG in Pirna und viele andere.⁴³

Dabei kann als Tendenz festgestellt werden, daß bei allen Elektrizitäts- und Gaswerken, die in großem Umfang Energie für Fremdbedarf lieferten – ganz besonders, wenn es sich um Konzernbetriebe handelte –, seitens der Aktionäre Kurs darauf genommen wurde, gemischte Betriebe zu bilden. Dies geschah, indem private Konsortien Werke errichteten und dann die Kommunen oder Länder beteiligten, oder indem von vornherein gemischte Konsortien den Bau des Werkes in die Hand nahmen oder die Werke im Auftrage von Städten an-

⁴² Ebenda, S. 14.

⁴³ Ebenda, S. 31 ff.

gelegt und dann an private Gruppen verpachtet wurden. Der staatliche Anteil, der vor 1914 schon mehr als ein Drittel betrug, dehnte sich in der Folge aus und erreichte 1929 schon sechzig Prozent der Gesamterzeugung. Dabei waren, wie an den Beispielen bewiesen, die staatlichen Betriebe kein Fremdkörper in einer monopolistischen Umgebung, sondern ein untrennbarer Bestandteil der monopolistischen Wirtschaft.

Unter diesem Gesichtspunkt kann man Passow in gewissem Sinne folgen, wenn er feststellt:

„Nur dadurch (über gemischte Betriebe – H. K.) ist es in vielen Fällen möglich gewesen, große, billig arbeitende, leistungsfähige, machtvoll sich ausdehnende Werke zu schaffen, die sich zur Zufriedenheit der Beteiligten entwickeln.“⁴⁴

Die Zufriedenheit des Hauptbeteiligten – des Monopolkapitals – wurde vor allem dadurch erreicht, daß die gemischten Betriebe den Großabnehmern außerordentlich billigen Strom lieferten.

4. Eisenbahnen und Eisenbahntarifpolitik in Deutschland

Wenn wir uns unter dem Gesichtspunkt staatsmonopolistischer Tendenzen den Eisenbahnen zuwenden, dann sind wir uns völlig im klaren, daß der Staatsbesitz an Eisenbahnen nichts besonderes für den Monopolkapitalismus ist. Schon in den fünfziger Jahren – vor allem initiiert durch den Handelsminister August von der Heydt – dehnte der preußische Staat, ebenso wie die anderen deutschen Teilstaaten, sein eigenes Eisenbahnnetz aus, wobei ihm dies von Teilen der Bourgeoisie beinahe freiwillig zugestanden wurde.

Eine solche Politik als verfrühten Staatsmonopolismus bezeichnen zu wollen, wäre unsinnig. Völlig anders sieht es jedoch aus, wenn wir die Politik der raschen Ausdehnung des Staatsbahnnetzes in den Rahmen des raschen Konzentrationsprozesses und der Monopolisierung der achtziger und neunziger Jahre stellen. Zunächst wollen wir diese Situation von einer mehr theoretischen Warte aus betrachten. Der Transport hat im Rahmen des Reproduktionsprozesses entscheidende Bedeutung. Er ist eine notwendige Bedingung für den Produktionsprozeß und seine Wiederholung. Technisch gesehen garantiert erst der Transport die Heranführung der Produkte an den Konsumenten. Dabei ist zu beachten, daß die Eisenbahnen der weitaus größte Verkehrsträger waren. In dem Maße, wie sich nun die Produktion immer mehr ausweitete, verästelte und im nationalen und internationalen Rahmen in kapitalistischer Weise spezialisierte und die Arbeitsteilung immer weiter voranschritt, also der Grad der Vergesellschaftung immer höher wurde, stieg die Bedeutung des Transportes sowohl innerhalb des Betriebes als auch – und zwar noch ungleich stärker – in der Volkswirtschaft als Ganzes.

Wenn nun infolge dieser Entwicklung eine gesamtgesellschaftliche Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses zur Notwendigkeit wird, weil das

⁴⁴ Ebenda, S. 183.

kapitalistische Eigentum und die Formen und die Struktur der Leitung der Produktion einfach zu eng für die Entwicklung der Produktivkräfte werden, dann gilt dies um so mehr für das Adernsystem der Produktion.

Unter kapitalistischen Bedingungen erzwingt dies das Eingreifen des Staates, natürlich mit kapitalistischer Zielsetzung und zugunsten derjenigen, die den Staat beherrschen.

Nehmen wir nur einige technisch-ökonomische Probleme, zum Beispiel die Notwendigkeit, das gesamte kapitalistische Wirtschaftsgebiet mit einem Netz von Bahnen zu überziehen, mit den entsprechenden Direktanschlüssen an die wichtigsten Produktions- und Verbrauchszentren, einer genauen Bahnhof- und Streckennetzplanung innerhalb der Städte, genauen Fahrplänen usw. Der gesamte Maschinen- und Wagenpark muß in den Anschlußteilen genormt sein, und seine Erhaltung erfordert ein System von Reparaturwerkstätten. Eine Eisenbahnplanung und -leitung war in den siebziger und achtziger Jahren nicht mehr im Rahmen, sagen wir, der Magdeburgisch-Halberstädter oder der Köln-Mindener Bahn möglich. Die Tendenz ging in Richtung einer raschen Konzentration und gesamtstaatlichen Regelung dieses Verkehrsträgers. Ob diese Entwicklung nun zu Riesenkonzernen mit Tarifkartellverträgen und gesetzlichen Regelungen, wie im Falle der USA, oder zu Staatsbahnen führte, war eine zweite Frage, die von der konkreten Situation in dem jeweiligen Land abhing. Mit wenigen Ausnahmen gingen jedoch alle imperialistischen Länder zum Staatsbahnsystem über.

In Deutschland setzte sich schon in den fünfziger Jahren innerhalb der Bourgeoisie die Tendenz durch, den Eisenbahnsektor dem Staat zu überlassen, obwohl er gerade in den vierziger Jahren das Gebiet der stärksten wirtschaftlichen Aktivität der Bourgeoisie war. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß eine von der Regierung ungehinderte Kapitalakkumulation nun nicht mehr, wie in den vierziger Jahren, nur auf dem Gebiet der Eisenbahnen möglich war, sondern vielmehr die Textil- und die Schwerindustrie an die Stelle der Eisenbahnen getreten waren.

Die Bourgeoisie war nun stärker an der Auffüllung der Lücken im deutschen Eisenbahnnetz und an der Senkung der Tarife interessiert. Überhaupt beobachten wir bei der Stellung der Bourgeoisie zu den Eisenbahnen einen Widerspruch zwischen Gruppen- und Gesamtinteressen. Insgesamt gesehen war man daran interessiert, die Transportkosten niedrig zu halten und so einen wichtigen Kostenbestandteil zu senken. Doch diejenigen Bourgeois, die ihr Kapital in den Eisenbahnen investiert hatten, bewiesen ein Interesse an der Erhöhung der Tarife, um mehr Profit zu erhalten, womit sie direkt die Realisierungsbedingungen der Masse der Bourgeoisie beeinflussten. Ein Konflikt, der zumeist zugunsten der Gesamtinteressen gelöst wurde.

Der preußische Staat kam den Forderungen der Bourgeoisie mehr und mehr nach und begann in den fünfziger Jahren mit dem Bau der Ostbahn und der Saarbahn, das Eisenbahnnetz auszubauen. Die rasche kapitalistische Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren sowie die Anforderungen des

Krieges gegen Frankreich 1870/71 offenbarten jedoch eindeutig, daß das bestehende Eisenbahnsystem in Preußen und Deutschland den Erfordernissen der kapitalistischen Gesellschaft in keiner Hinsicht gerecht wurde. Das Nebeneinanderbestehen von Staats- und Privatbahnen, das Durcheinander im Tarifwesen, der ungenügende Maschinen- und Wagenpark wurden zu entscheidenden Hemmnissen der kapitalistischen Entwicklung.

Es war nun vor allem Bismarck, der auch im Interesse der Bourgeoisie die Initiative ergriff und sowohl in der Verfassung des Norddeutschen Bundes als auch in der des Deutschen Reiches den Anspruch des Reiches auf die Eisenbahn verankern ließ. Er war sich dabei der Unterstützung der Masse der Bourgeoisie sicher. So sprach sich zum Beispiel eine parlamentarische Untersuchungskommission 1873 für ein reines Staatsbahnsystem in Deutschland aus, und das war auch die Haltung der meisten Großindustriellen.

In der Folge versuchte Bismarck nun über das Reich, die Eisenbahnen in die staatliche Hand zu bekommen, ein Plan, der an dem Widerstand der partikularistischen Kräfte in Süd- und Mitteldeutschland scheiterte. Deshalb begann er seit 1879 die Politik der Ausdehnung und Ausweitung der preußischen Staatsbahnen über Ankauf und Neubauten.

Es ist natürlich klar, daß bei Bismarck nicht nur die genannten Gesichtspunkte bei seiner Eisenbahnpolitik eine Rolle spielten. Ihm ging es auch darum, sich in den Eisenbahnen eine vom Reichstag unabhängige Einnahmequelle und in der Beamtenschaft der Reichsbahn einen ihm ergebenden politischen Apparat zu verschaffen.

Bis 1910 hatte sich folgende Besitzstruktur im Eisenbahnwesen herausgebildet:

*Eisenbahnen in Deutschland*⁴⁵

		Insgesamt	staatseigen	privat	in staatlicher Verwaltung
1876	{ Reich	29 211 km	13 881	12 063	3 258
	{ davon Preußen	17 414 km	4 683	9 814	2 927
1910	{ Reich	58 444 km	54 947	3 497	—
	{ davon Preußen	42 098 km	39 180	2 948	—

Bis etwa um 1910 war der Staat zum Hauptbesitzer der deutschen Eisenbahnen geworden, wobei der preußische Staat mit rund zwei Drittel den Löwenanteil besaß. Eine gemeinsame Tarifpolitik (seit 1876) und sonstige gemeinsame Bestimmungen für den Eisenbahnverkehr schufen aber im wesentlichen gleiche Bedingungen in ganz Deutschland, denn die Bahnen der anderen deutschen Staaten paßten sich den Bedingungen der preußischen Staatsbahn an.

Der Staat verfügte damit über ein wichtiges Instrument der Beeinflussung der Reproduktionsprozesse, wobei die Frachttarif-, die Eisenbahnbau- und die

⁴⁵ v. d. Leyen, Die Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck, Berlin 1914, S. 129.

Anschlußpolitik die wichtigsten Hilfsmittel waren. Göppert lobte sie als einen „Zauberstab“, der „dort Not bannen, hier Fülle“ schaffen konnte.⁴⁶ Das wichtigste Einzelinstrument aber war die Tarifpolitik, die Rosenthal 1914 so einschätzte:

„In den Transportpreisen dagegen besitzt das wirtschaftspolitische Arsenal ein Werkzeug, das mit der Einwirkung auf Kapital und Kreditmarkt an Allgemeinheit und Vielseitigkeit des wirtschaftlichen Einflusses nahezu wetteifert, während es sich wie kein zweites – die Zollpolitik selbst nicht ausgenommen – zur Erzielung abgestuftester Wirkungen eignet.“⁴⁷

Dogmengeschichtlich ist interessant, daß Begriffe wie „wirtschaftspolitisches Arsenal“ oder „Werkzeug“ keine originären Entdeckungen der modernen Apologeten des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sondern immerhin schon fünfzig Jahre alt sind.

Um einen Überblick über das Wirkungsfeld dieses „Werkzeuges“ zu erhalten, sei noch folgende Übersicht über die Menge der transportierten Güter gegeben:

Güterverkehr auf der Eisenbahn in Deutschland
(in 1000 t)⁴⁸

Art	1890	1900	1907
Steinkohle	} 58 510	81 750	97 804
Steinkohlenkoks		11 385	17 744
Steinkohlenbriketts		2 235	3 649
gebrannte Steine	12 336	23 648	36 579
Eisenerze	6 039	11 611	13 913
Düngemittel	2 967	6 393	10 291
Eisen und Stahl	2 083	4 564	7 471
Zement	1 170	2 672	4 840
Insgesamt	151 681	264 968	359 152

Angesichts solcher Transportmengen erübrigt sich jeder Beweis für die große Auswirkung von Tarifmanipulationen.

Die Hauptmethode der Manipulationen waren die Güterklassifikationen des Normaltarifes und die sogenannten Ausnahmetarife.

Allerdings wurde der Großabnehmer schon beim Aufbau des Tarifschemas bevorzugt, indem ganze Wagenladungen billiger angesetzt wurden.

Aus der Masse der Tarifveränderungen seit dem Jahre 1876 wollen wir uns die wichtigsten herausgreifen, um so die Wirkung dieser Manipulationen einschätzen zu können.

Mit dem Jahre 1890 wurde bei den preußischen Staatsbahnen mit der Einführung der sogenannten Ausnahmetarife begonnen, die, wie der Name schon

⁴⁶ Göppert, Heinrich, a. a. O., S. 11.

⁴⁷ Rosenthal, Curt Arnold, a. a. O., S. 3f.

⁴⁸ Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd 3, 3. Aufl., Jena 1909, S. 920.

sagt, ausnahmsweise und nur für eine bestimmte Zeit eingeführt werden sollten. Aus den Ausnahmen wurde jedoch bald die Regel.

Interessanterweise begann diese Ausnahmetarifierung bei Produkten wie Düngemittel, Erde, Kartoffeln und Rüben, eine Maßregel, die Bismarck – ebenso wie den Mehltarif, der Getreide und Mehl gleichstellte und so bewirkte, daß die Mühlenindustrie in den Junkergebieten verblieb – noch im Interesse seiner Klassengenossen initiierte. Sehr bald zog die Industrie mit den Junkern gleich, und 1897 erhielten Brennstoffe, Erze, Schlacken und Holz einen Ausnahmetarif, der in der Folgezeit als der sogenannte Rohstofftarif in den Schemata fungierte. Die anderen deutschen Bahnen schlossen sich diesen Änderungen an.

Welche Vorteile dieser neue Tarif den Monopolen brachte, dafür nur das folgende Beispiel: 1900 wurden per Bahn 81,75 Millionen Tonnen Kohle versandt. Nehmen wir einen durchschnittlichen Transportweg von 200 km an, so wären nach dem bis 1897 gültigen Spezialtarif III 457 Millionen M. Frachtkosten entstanden. Nach dem neuen Rohstofftarif betragen die Transportkosten nur noch 416 Millionen M., womit sich eine Frachtkostenersparung von rund 40 Millionen M. ergab. Und das waren 40 Millionen M. reiner Gewinn für die Kohlemagnaten. Bei deutschen Erzen, die im Zollvereinsgebiet verhüttet wurden, betrug die durchschnittliche Tarifermäßigung 30 bis 40 Prozent.

Die zweite große Gruppe der deutschen Ausnahmetarife bildeten die Ausfuhrtarife, die auch als Seehafentarife bezeichnet wurden. Normalerweise war das Ausfuhrgut ohnehin schon bevorteilt, ging es aber über deutsche Seehäfen, dann steigerte sich die Begünstigung noch. Diese Tarifklasse umfaßte im deutschen Tarifsystem 42 Positionen. Unter diesen Positionen, die Glaswaren, Eisenvitriol, bestimmte Textilwaren, Stein- und Siedesalz, Getreide und, wie nicht anders zu erwarten, auch Schnaps umfaßten, war die wichtigste Position wohl die S 1 – Stückgüter zur Ausfuhr über See –, die laut Sondertarif wie die allgemeine Wagenladungsklasse A 1 zu behandeln war.

Rechnen wir die Vergünstigung an einem Beispiel durch. Im inländischen Stückgutverkehr wären nach dem Normaltarif in der allgemeinen Stückgutklasse für 10 Tonnen bei 300 km Transportweg 315 M. zu bezahlen gewesen, nach S 1 – also bei Ausfuhr – nur noch 221 M., was eine Frachtkostenersparung von rund einem Drittel bedeutete.⁴⁹ Aber diese Bestimmung kam nur zur Anwendung, wenn die Ladefähigkeit eines 10-Tonnen-Waggons ausgenutzt wurde, was wohl nur bei schweren technischen Gütern der Fall war, oder wenn mengenmäßig genügend Exportwaren vorhanden waren, um den Laderaum eines Waggons auszunutzen, ohne daß das einzelne Stück die volle Ladefähigkeit erreichte. Die Klausel wirkte also zugunsten der Großbetriebe, vor allem der von technischen Waren.

Eine weitere, von Stückgut oder Wagenladung unabhängige Ausfuhrerleichterung war die für Stahl- und Eisenwaren. Die Bedeutung der Ausfuhr-

⁴⁹ Vgl. *Rosenthal, Curt Arnold*, a. a. O., Anhang S. 58ff.

erleichterung für Eisen- und Stahlwaren faßte v. Beckerath folgendermaßen zusammen:

„Die qualitative Bedeutung dieser Ausfuhrerleichterung kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Das Güterverzeichnis dieser Tarifgruppe umfaßt sämtliche Gegenstände aus Eisen und Stahl der Spezialtarife I und II; es enthält die Fertigfabrikate von hochwertigen Erzeugnissen der elektrischen Industrie: wie Dynamomaschinen, Elektromotoren, Umformern, Transformatoren bis hinab zu den billigen Hilfsfabrikaten: wie Nägel und Schrauben; es enthält sowohl das Stab- und Formeisen des Spezialtarifes II als auch das schier unübersehbare Heer der Ersatz- und Bestandteile von industriellen und landwirtschaftlichen Maschinen, von Eisenkonstruktionsbauten jeder Art und von Eisenbahnlokomotiven . . .

Die Eisen- und Stahltarife könnten gegenüber etwa 20 Prozent des Wertes der gesamten deutschen Ausfuhr zur Anwendung kommen.“⁵⁰

Dabei ist allerdings zu beachten, daß nicht alle diese Güter über deutsche Seehäfen ausgeführt wurden, so daß die Ausfuhrerleichterung nicht in vollem Maße zur Wirkung kam. Es ist beinahe überflüssig zu betonen, daß die Zweige, aus denen die genannten Waren kamen, mit am stärksten durchmonopolisiert waren. Dies gilt zum Beispiel für die Elektroindustrie.

Als weitere Ausnahmetarife wäre noch der für den Versand von inländischem Eisen und Stahl für den Schiffbau auf inländischen Werften zu nennen. Der Zusammenhang mit der Flottenrüstung, der Expansion des Außenhandels und der Ausdehnung des Kapitalexportes liegt auf der Hand. Auf ähnlicher Ebene liegt der Ausnahmetarif für den Versand von bestimmten Gütern nach einigen deutschen Seehäfen. Diese Seehäfen sollten gegen die Konkurrenz ausländischer Häfen geschützt werden. So sollte der ermäßigte Tarif für die Verschickung von Kohle aus dem Ruhrgebiet nach Emden und Bremen diese Häfen gegen die holländischen und belgischen Häfen aber auch gegen Triest schützen, und zwar vor allem bei der Kohleversorgung der Häfen des Mittelmeeres. Hinzu kamen noch eine Vielzahl sachlich und geographisch begrenzter Ausnahmetarife, unter anderen der für den Transport von Eisen und Stahl nach Berlin, so daß das Studium der Tarife der deutschen Eisenbahnen zu einer Wissenschaft für sich wurde.

Dabei galt für alle Maßnahmen der Tarifneugestaltung, gleichgültig ob es sich um Ausnahmetarife oder Neuklassifizierung der Güter handelte, daß die absolute Höhe der Einsparung an Frachtkosten nicht identisch war mit den Gewinnen, die daraus für die Eigentümer der versandten Waren entstanden. Denn durch die verminderten Tarifsätze wurden bestimmte Waren erst auf weiter entfernten Märkten „konkurrenzfähig“.

Dazu schrieb Laury 1911:

„Sie (die Beförderungskosten – H. K.) sind insbesondere für den Handel und Industrie von um so größerem Einfluß, als der auf den meisten Gebieten außer-

⁵⁰ *Beckerath, E. v.*, Die Seehafenpolitik der Deutschen Eisenbahnen und die Rohstoffversorgung, Berlin 1918, S. 94.

ordentlich gesteigerte Wettbewerb zu tunlichster Herabminderung der Selbstkosten zwingt, um in diesem Wettkampf bestehen zu können, die Frachtkosten aber als wesentlicher Teil dieser Selbstkosten vielfach noch die einzige (?) Möglichkeit zu einer Einschränkung bieten.

Hierdurch erklärt es sich, daß Frachtermäßigungen, oft schon geringfügiger Art, von erheblicher Bedeutung, ja nicht selten für das Bestehen und Gedeihen ganzer Industriezweige ausschlaggebend sein können.⁵¹

Eine Verminderung der Frachtkosten konnte dazu führen, daß bei Waren, die vorher nicht absetzbar waren, der volle Durchschnitts- oder Monopolprofit realisiert wurde.

Nach den angeführten Beispielen kann man folgende Schlußfolgerung ziehen: Der Staat beeinflusste durch seine Eisenbahnpolitik wesentlich die Bedingungen des Reproduktionsprozesses, wobei die Tarifgestaltung das wichtigste Instrument war. Vor allem verschaffte er den durchmonopolisierten Zweigen, wie Kohle, Eisen und Stahl sowie Elektro- und Maschinenbau, ebenso wie den an der Außenhandelsexpansion interessierten Monopolen entscheidende Vorteile, indem er sie auf dem Inlands- und Auslandsmarkt ökonomisch unterstützte. Hier kann der Zusammenhang mit der Zollpolitik nicht außer acht gelassen werden, denn in den meisten Fällen handelt es sich bei den genannten Waren um schon zollpolitisch prohibitierte. Die gleichzeitige Begünstigung der landwirtschaftlichen Produkte, die im wesentlichen den Großagrariern und Junkern zugute kam, weist auf ein wichtiges ökonomisches Moment des Bündnisses zwischen Bourgeoisie und Junkertum hin. In diesem Sinne kann diese Wirtschaftspolitik des Staates als eine Tendenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnet werden.

Aber dieser Verschmelzungsprozeß hatte nicht nur sachlich, sondern auch schon institutionell begonnen, was wir an den Organen sehen, denen die Tarifgestaltung oblag. Formell gesehen wurde die Tarifpolitik der deutschen Eisenbahnen seit 1878 von den Generalkonferenzen der deutschen Eisenbahnverwaltungen festgelegt, auf denen die einzelnen Staatsbahndirektionen vertreten waren. Sie traten anfangs jährlich zweimal, sehr bald aber nur noch einmal zusammen. An ihrer Stelle schob sich die auf Anregung des preußischen Handelsministers gegründete ständige Tarifkommission in den Vordergrund, die das Recht besaß, zwischen den Sitzungen der Generalkonferenz über Tariffragen zu entscheiden, wobei ihre Beschlüsse der Bestätigung der Generalkonferenz unterlagen. Dieser Tarifkommission, die aus Vertretern von vierzehn deutschen Eisenbahnverwaltungen bestand, wurde ein Ausschuß der Verkehrsinteressenten beigeordnet, dem seit 1912 je fünf Vertreter aus Gewerbe, Handel und Landwirtschaft angehörten. In gemeinsamen Sitzungen konnten nun laut Bundesratsbeschluß bindende Tarifveränderungen festgelegt werden.

⁵¹ *Das deutsche Eisenbahnwesen der Gegenwart*, hg. unter Förderung des Preußischen Ministers für öffentliche Arbeiten, des bayrischen Staatsministers für Verkehrsangelegenheiten und der Eisenbahn-Zentralbehörde anderer deutscher Bundesstaaten, Bd 2, Berlin 1911, S. 405.

Die Vertreter der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft hatten demnach direkten Einfluß auf die Tarifgestaltung der deutschen Eisenbahnen, denn die einzelnen Eisenbahnverwaltungen waren an diese Beschlüsse gebunden.

Der Kompetenzbereich beider Kommissionen umfaßte nach der Geschäftsordnung:

- „a) die Allgemeinen Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahnverkehrsordnung,
- b) die Allgemeinen Tarifvorschriften
- c) die Güterklassifikation
- d) den Nebengebührentarif.“⁵²

Angesichts dieser Vollmachten und deren Gebrauch sah sich Rosenthal genötigt, die Tarifkommission und den Verkehrsausschuß als das „Tarifparlament“ zu kennzeichnen.

An dieser einflußreichen Stellung änderte auch die formelle Unterstellung unter die Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen nichts. Nach Rosenthal bestätigte die Generalkonferenz zu 89,1 Prozent die Beschlüsse der Tarifkommission. Aber nicht nur im zentralen Maßstab, sondern auch im lokalen nahm die Wirtschaft Einfluß auf die staatliche Eisenbahnpolitik. Jeder Eisenbahnverwaltung war ebenfalls ein Ausschuß der Verkehrsinteressenten beigeordnet. So finden wir von unten bis oben die Herausbildung gemeinsamer Organe von Staat und Bourgeoisie.

Soviel zur Eisenbahnpolitik, wobei wir uns im klaren sind, daß hier nur ein Teil der gesamten Problematik behandelt wurde.

5. Rolle und Stellung der deutschen Reichsbank in der monopolistischen Wirtschaft

Die deutsche Reichsbank war seit dem Jahre ihrer Gründung (1876) das zentrale Bankinstitut Deutschlands. Sie war die weitaus stärkste Bank Deutschlands und hatte das alleinige Recht der Banknotenausgabe. Sie unterstand direkt dem Reichskanzler, der auch das Reichsbankdirektorium bestimmte. Gleichzeitig war sie aber eine Aktiengesellschaft, deren Aktien sich in den Händen von Privatpersonen befanden. Diese wurden bei der Reichsbank durch den Zentralausschuß der Anteilseigner vertreten, der zwar im rechtlichen Sinne keinen Aufsichtsrat darstellte, aber einen nicht geringen Einfluß auf die prinzipielle Politik der Reichsbank hatte.

Man könnte nun sagen, daß diese Kombination von Staat und Kapital in einem Institut ein Beispiel für Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wäre. Dem steht aber gegenüber, daß die schon 1846 gegründete Preußische Bank, nach deren Vorbild die Reichsbank errichtet wurde, genau nach dem gleichen Prinzip aufgebaut war.

⁵² Rosenthal, Curt Arnold, a. a. O., Anhang S. 22.

Wir müssen also bei unserer Untersuchung schon tiefer gehen und uns zuerst die Zusammensetzung des Zentralausschusses der Anteilseigner ansehen. Im Jahre 1910⁵³ zum Beispiel finden wir dort die Creme der deutschen Finanzwelt, so den Berliner Bankier Robert von Mendelsohn, Dr. James Simon und Graf von Dönhoff-Friedrichstein, um mit den kleineren zu beginnen. Dann folgte das Gros der großen Konzerne. So verbergen sich hinter dem offiziellen Titel des Herrn Alex Schöller – Geh. Seehandlungsrat – der persönlich haftende Gesellschafter der Discontogesellschaft (200 Millionen M. Aktienkapital) und der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gelsenkirchener Bergwerks AG (156 Millionen M.). Das nächste Mitglied, der Freiherr Albin von Oppenheim, war nicht nur Teilhaber der Bank „Sal. Oppenheim & Cie“ in Köln, sondern daneben noch Aufsichtsratsvorsitzender der Phönix AG in Hörde (100 Millionen M.) und Mitglied des Aufsichtsrates der Darmstädter Bank (160 Millionen M.). Seine Verwandten, alle Teilhaber seiner Firma, saßen in den Aufsichtsräten der verschiedensten Konzerne, so der Discontogesellschaft, der Gelsenkirchener Bergwerks AG und bei Felten und Guillaume. Nicht ganz so lang ist die Liste der Aufsichtsratsposten des Geheimen Kommerzienrates Hardt. Er besaß nur eine Export- und Importbank und war nur Aufsichtsratsmitglied der Discontogesellschaft und einiger Reedereien. Ihm folgte in Otto Braunfels ein Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank. Paul von Schwabach hatte schon wieder mehr aufzuweisen. Er war nicht nur Mitinhaber der Bank S. Bleichröder und Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Vereinigten Königs- und Laurahütte“ (36 Millionen M.), sondern auch Mitglied des Aufsichtsrates der Hibernia AG (70 Millionen M.), des Norddeutschen Lloyds (125 Millionen M.) sowie der Allgemeinen Petroleum Industrie AG, um nur einige zu nennen. Carl Fürstenberg war von der gleichen Preisklasse, denn er hatte eine ähnliche Zahl von Aufsichtsratsposten aufzuweisen und war mit Walter Merton persönlich haftender Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, in der Emil von Rathenau (AEG) Chef des Verwaltungsrates war. Der Stadtrat a. D. Johsef Kaempf dürfte schwerlich ob seiner Verdienste als Kommunalbeamter in den Zentralausschuß gekommen sein. Seine Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Darmstädter Bank wird wahrscheinlich ausschlaggebend gewesen sein. Herrn Carl Helfferich, Direktor der Deutschen Bank, können wir ohne weitere Angaben notieren. Zu nennen wäre schließlich noch Ludwig Delbrück, Mitinhaber dreier großer rheinischer Bankhäuser, Emil Hecker, der Älteste der Berliner Kaufmannschaft und Mitglied des Aufsichtsrates der Discontogesellschaft, und Hugo Oppenheim, Privatbankier und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Darmstädter Bank.⁵⁴ Nach diesem groben Überblick über die Zusammensetzung des Zentralausschusses der Anteilseigner kann man ohne weiteres sagen, daß faktisch die ganze Spitze der deutschen Finanzoligarchie entweder direkt oder indirekt

⁵³ Kuczynski hat die gleiche Untersuchung für das Jahr 1901 vorgenommen; vgl. *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 192.

⁵⁴ Vgl. *Handbuch der Deutschen Aktien-Gesellschaften*, Jg. 1911/12, Berlin 1911.

bei der Reichsbank vertreten war. Staat und Monopole waren eine enge Verbindung eingegangen.

Es war kaum die Hoffnung auf einen großen Profit, die die Monopole bewog, die Reichsbank zu finanzieren. Die durchschnittlich sieben Prozent Dividende, die die Reichsbankaktien vor dem ersten Weltkrieg abwarfen, waren kein allzu großer Anreiz zur Kapitalanlage. Vielmehr dürfte die einflußreiche Stellung der deutschen Reichsbank der Beweggrund für die Kapitalanlage gewesen sein. Untersuchen wir daraufhin einige Bereiche der Reichsbankpolitik, so werden wir dies bestätigt finden – und dabei wiederum auf einige Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus stoßen!

Neben den gesamten währungspolitischen Maßnahmen war das Wechseldiskontieren das wichtigste Geschäft der Reichsbank.

Göppert schrieb dazu:

„Wir haben das interessante und wohl in jedem anderen Staate der Welt unerhörte Schauspiel erlebt, wie zwei ehemalige königlich-preußische Amtsrichter, jeder zu seiner Zeit, die unbestrittene Autorität in der Geld- und Bankpolitik ausübten. Der Reichsbankpräsident Koch hatte sich noch bei seiner Diskontpolitik im wesentlichen als das Barometer gefühlt, das die Witterungserscheinungen am Geldmarkte zutreffend zu registrieren hätte. Nach ihm aber (Koch war bis 1908 Präsident – H. K.) trat in Havenstein ein Mann in die Leitung, der entschlossen war, nötigenfalls das Wetter selbst zu machen. Seiner zielbewußten Politik, die auch vor einem Druck, der die eiserne Hand ahnen ließ, nicht zurückschreckte, hatten wir es zu danken, daß die Reichsbank und mit ihr die deutschen Kreditbanken einen Zustand der inneren Festigkeit erreichten . . .“⁵⁵

Göppert applaudiert Havenstein, weil er schon seit 1908 die Diskontpolitik als ein aktives Instrument der Konjunkturpolitik gebrauchte, was heute in allen imperialistischen Staaten ganz systematisch geschieht. Allerdings hatte die Diskontpolitik der Reichsbank in dieser Anfangszeit noch nicht so starke Auswirkungen wie heute, denn der Privatkontsatz wich im Normalfalle zumeist um einen Punkt von dem offiziellen ab. Manchmal war die Reichsbank sogar gezwungen, unter ihrem offiziellen Satz Wechsel zu diskontieren. Aber der offizielle Diskontsatz der Reichsbank war der feste Punkt, um den der private schwankte. Und die Reichsbank war der weitaus größte Wechselkreditgeber Deutschlands. Ein Blick auf die angekauften Wechsel, gegliedert nach Ausstellern, überzeugt davon (siehe Tabelle S. 136).

Rund 2 Milliarden M., genau siebenzig Prozent der ausgereichten Wechselkredite, wurden innerhalb eines Vierteljahres an die Banken vergeben, während im Laufe eines ganzen Jahres insgesamt 10 Milliarden M. verliehen wurden.

Auf Grund dieser Reichsbankkredite konnten die Banken ihrerseits, ohne allzu viele Rücksichten, Kredite weiterzugeben. v. Eynern kommentierte dies wie folgt:

⁵⁵ Göppert, *Heinrich*, a. a. O., S. 13.

„Obwohl die Statistiken zu mangelhaft sind . . . läßt sich doch mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß den Krediten, welche die anderen Banken in einem fast zur Gewißheit verstärkten Vertrauen auf die stete Rediskontbereitschaft der RBK leisteten, eine erhebliche, wenn nicht entscheidende Bedeutung für die volkswirtschaftliche Entwicklung zuzusprechen ist.“⁵⁶

*Von der Reichsbank vom 31. 12. 1907 bis 7. 4. 1908 angekaufte Inlandswechsel*⁵⁷

Zweig	Zahl der Wechsel	Summe	Prozentsatz
Landwirtschaft und deren Gewerbe	3192	14530847	0,5
Industrie und Gewerbe	278716	417155920	14,4
Handel, Transport und Versicherungs- wesen	215396	282526048	9,8
Geld und Kreditwesen			
a) Aktienbanken	484821	1399602733	48,3
b) Sonstige	346205	645078825	22,3
Übrige	11027	139090671	4,7
	1389357	2897985044	100,0

Dabei wurde die volkswirtschaftliche Bedeutung der Wechselkredite keinesfalls durch ihre Höhe bestimmt. Denn die Banken konnten auf Grund der Rediskontbereitschaft der Reichsbank Kredite bis auf die letzte Deckung ausgeben. Sie brauchten dabei nicht zu befürchten, bei plötzlicher Geldnachfrage dieses Papier oder jenen Kredit zurückrufen zu müssen, da die Reichsbank die entsprechenden Wechsel rediskontierte bzw. diskontierte. Auf diese Art und Weise garantierten die kurzfristigen Wechselkredite der Reichsbank, deren durchschnittliche Laufzeit sich auf dreißig Tage belief, die langfristigen Anlagen der Banken.

Im Zusammenhang mit der Rediskontbereitschaft der Reichsbank gewinnt ein Umstand an Bedeutung, der mit den Deckungsvorschriften der Banknotenausgabe verbunden war.

Laut Gesetz mußte ein Drittel der umlaufenden Noten durch die Reichsbank mit Gold gedeckt werden, womit die umlaufende Geldmenge von dem Goldvorrat der Reichsbank abhing – etwa die gleiche Bestimmung wie in England. Aber im Gegensatz zu England, wo in Krisenzeiten erst ein Parlamentsbeschluß diese Vorschrift für bestimmte Zeit aufheben konnte, durfte die deutsche Reichsbank ohne gesetzliche Neuregelung in bestimmten Zeiten über den festgelegten Satz hinaus Noten emittieren, allerdings mit einer fünfprozentigen Notensteuer. Damit war die Reichsbank zum Beispiel in Krisenzeiten in der Lage, die Geldnachfrage zu befriedigen und teilweise den Fall nichtliquider Banken aufzuhalten.

Wie dieser Mechanismus funktionierte, veranschaulicht folgender Auszug aus einer offiziellen Festschrift der Reichsbank, der sich auf die Krise von 1901 bezieht:

⁵⁶ *Eynern, G. v., a. a. O., S. 32.*

⁵⁷ *Die Reichsbank 1876 bis 1910, Berlin 1912, S. 150f.*

„Die Aufwärtsentwicklung wurde im Juni des Jahres 1901 durch den Zusammenbruch der Kreditanstalt für Industrie und Handel, Dresden und der Leipziger Bank empfindlich gestört. Der Bankrott des letztgenannten großen Kreditinstitutes wirkte um so schwerer als sich die Beunruhigung über die Zahlungseinstellungen der Preußischen Hypothekenbank, der Deutschen Grundschuldbank, der Pommerschen Hypotheken-Aktienbank, der Mecklenburg-Strelitz'schen Hypothekenbank, die kurz zuvor (Oktober 1900 und Mai 1901) erfolgt waren, noch kaum gelegt hatte. Die ängstlich und mißtrauisch gewordenen Sparer und Kapitalisten schritten zu umfangreichen überstürzten Depositenabhebungen, die besonders bei Sparkassen, zumal wenn böswillige Ausstreuungen mit ins Spiel kamen, in vielen Fällen den Charakter eines regelrechten Run annahmen. Sogar die größten und solidesten Kreditinstitute sind von dieser Bewegung nicht verschont geblieben. Namentlich in den Monaten Juni und Juli hatten die Banken, als die Krisis ihren Höhepunkt erreichte, einem starken Ansturm der Depositengläubiger standzuhalten.“⁵⁸

Und wie reagierte die Reichsbank? Lesen wir weiter in der Festschrift:

„Die deutsche Bankwelt fand in dieser kritischen Zeit an der Reichsbank den stärksten Rückhalt. Die nötigen Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Zahlungsfähigkeit und zu den nach Lage der Verhältnisse erforderlichen Stundungen, Krediterteilungen und Garantieübernahmen beschafften sich die Bankinstitute im wesentlichen durch Rediskontierungen und Darlehensentnahmen bei der Reichsbank. Die Folge war, daß die Reichsbank, deren Lage sich bisher befriedigend entwickelt hatte, in der letzten Juniwoche 1901 stärker in Anspruch genommen wurde als in dem gleichen Zeitraume der Vorjahre. Die gesamte zinsbringende Kapitalanlage hob sich in jener Woche um 322.8 auf 1.173.9 Millionen Mark, an welcher Summe das Wechselportefeuille allein mit 1.057.5 Millionen und die Lombardforderungen, die sich nahezu verdoppelt hatten, mit 104.7 Millionen Mark beteiligt waren.“⁵⁹

Die Reichsbank fing also in bestimmtem Maße die Auswirkungen der Krise ab, indem sie den angegriffenen Banken einen Kredit gewährte und sie somit vor dem Bankrott bewahrte. Das änderte nichts an der Krise oder gar an ihren Ursachen, sondern nur ihre Auswirkungen auf einen bestimmten Kreis von Kapitalisten wurden gemildert. In letzter Konsequenz jedoch bedeuteten die Maßnahmen der Reichsbank, daß die ohnehin schon gefüllten Zirkulationskanäle noch zusätzlich durch nicht voll gedeckte Banknoten weiter belastet, das heißt, die inflationistischen Tendenzen verstärkt wurden.

Aber nicht nur das Wechselgeschäft war ein Instrument der Beeinflussung des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die Reichsbank. Es gab deren mehrere, aber bei den weiteren Ausführungen wollen wir die traditionellen Transaktionen einer Staatsbank, wie Banknotenemission, Gold- und Devisenpolitik ausklammern und uns auf das Girogeschäft beschränken, dessen Einführung weitgehend das Verdienst der Reichsbank war. Von der Reichsbank

⁵⁸ *Die Reichsbank 1901 bis 1925*, Berlin o. J., S. 8f.

⁵⁹ Ebenda, S. 9.

wurden die wichtigsten Industrie- und Bankplätze mit einem Netz von Girofilialen überzogen und die Anweisungen zwischen den Konten provisionsfrei vorgenommen. Damit wurde der Geldverkehr außerordentlich erleichtert und beschleunigt, und in dieser Richtung wirkte auch der Anschluß des Gironetzes an den 1909 eingeführten Postscheckverkehr. Kamen zum Beispiel 1896 auf 1 M. durchschnittliches Guthaben bargeldlose Umsätze in Höhe von 213 M., so waren es 1910 bereits 426 M. Dabei standen die vereinnahmten Beträge der Bank 1896 durchschnittlich 2,75 Tage, 1910 aber nur noch 1,49 Tage zur Verfügung.

Indirekt wirkte diese Beschleunigung des Geldumlaufes wie eine Kreditierung. Die Reichsbank legte nun außerordentlich großen Wert auf die Auswahl ihrer Girokunden, von denen es 1910 nur 19410 private gab. Der Zahl nach verteilten sie sich zu etwa gleichen Teilen auf Industrie, Gewerbe und Handel (insgesamt 39,6 Prozent) und Versicherungen (32,3 Prozent), während die Banken (17,8 Prozent) geringer beteiligt waren.⁶⁰ Der Höhe der Guthaben nach standen die Banken jedoch mit mehr als 50 Prozent an der Spitze. Leider gibt es keine exakte Aufgliederung der Giroumsätze nach Umsatzhöhe und Zweigen, so daß wir die von der Reichsbank bevorzugten Zweige und Größenklassen nicht genau charakterisieren können. Wir müssen hier einen Umweg wählen, indem wir die Statistik über die durchschnittliche Höhe der Giro Guthaben nach Stichtagen untersuchen. Da nach den Bestimmungen der Reichsbank ein bestimmter Mindestsatz immer auf dem Konto vorhanden sein mußte, können wir aus diesen Angaben einige Schlußfolgerungen ziehen. Auf den ersten Blick scheint die Reichsbank bei der Auswahl ihrer Girokunden im kapitalistischen Sinne demokratisch vorgegangen zu sein, denn am 15. 6. 1910 hatten 95 Prozent der Kontoinhaber ein Guthaben zwischen 0 und 50000 M., 50 Prozent sogar ein Guthaben unter 5000 M.

Das Bild ändert sich aber, wenn man weiß, daß nur 1,5 Prozent Kontoinhaber mit mehr als 100000 M. Guthaben mehr als 50 Prozent der Gesamt Guthaben auf ihren Konten hatten, und zwar 141 Millionen M. von insgesamt 268 Millionen M. Da sich an einem zweiten Stichtag, dem 26. 7. 1914, ähnliche, sogar noch zugunsten der größeren Guthaben verschobene Prozentzahlen ergaben, kann man durchaus schlußfolgern, daß weit mehr als 60 Prozent der Gesamtumsätze des Giroverkehrs auf die großen Monopole entfielen.⁶¹ Immerhin betrug der Gesamtumsatz 314 Milliarden M. im Jahre 1910.

Also auch dieser Geschäftszweig der Reichsbank wurde im Interesse der Monopole gehandhabt.

Der Ausbau des Giroverkehrs, den die zunehmende Vergesellschaftung der kapitalistischen Wirtschaft erforderte, weil er den Geldumlauf notwendigerweise beschleunigte und erleichterte, erfolgte also nicht im Sinne irgendwelcher gesamtstaatlicher Interessen, sondern vor allem zugunsten der großen Industriemonopole und besonders der Banken.

⁶⁰ Ebenda, S. 113.

⁶¹ Ebenda, S. 112 ff.

Abschließend sei noch auf eine weitere Seite der Politik der Reichsbank eingegangen. Schon im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts nahm die Reichsbank Kurs auf eine Mindestreservenpolitik, um die Privatbanken unter ihre Kontrolle zu bringen und Mittel zur Beeinflussung der Konjunktur zu haben. Paul v. Schwabach kommentierte den Havensteinschen Plan, die Privatbanken zu zwingen, 15 Prozent ihrer Kredite als Barvorrat zu halten, 1912 wie folgt:

„Aber aus manchen Äußerungen, die im Laufe der Erörterungen gefallen sind, geht für mich klar hervor, daß der Reichsbankpräsident und auch andere Herren eigentlich etwas Anderes im Sinne haben . . . Sie wünschen die Kreditgewährung seitens der Privatbanken einzuschränken, und zwar ganz allgemein, nicht etwa nur in dem selbstverständlichen Sinne, daß jeder bestrebt sein soll, nur an lebensfähige Unternehmungen und für volkswirtschaftlich zulässige Zwecke Gelder herzuliehen. Die Herren sind der Meinung, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten eine zu rasche gewesen ist, und wünschen, einen Hemmschuh anzulegen.“⁶²

Deutlicher konnte es ein Großkapitalist nicht sagen. Was hier Schwabach dem Reichsbankpräsidenten und den anderen Herren aus dem Ausschuß der Anteilseigner vorwirft, ist doch seinem Charakter nach eine staatsmonopolistische Maßnahme. Der Staat – in diesem Falle die Reichsbank – greift zugunsten der Monopole – bei Schwabach als „andere Herren“ vom Zentralausschuß bezeichnet – in den Reproduktionsprozeß ein und versucht, das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung zu bestimmen.

Kehren wir nun nach diesen Ausführungen zum Zentralausschuß der Anteilseigner zurück, so können wir jetzt folgende Schlußfolgerung ziehen: Der Zentralausschuß der Anteilseigner war kein Vertretungsorgan von nur an den Dividenden der konkreten Kapitalanlage interessierten Monopolisten, sondern der Aufsichtsrat eines Bankinstitutes, das in starkem Maße staatsmonopolistische Tendenzen verkörperte. In ihrem Interesse wurde die hier behandelte Politik der Reichsbank durchgeführt. Selbst bei Kartellisierungsbestrebungen gingen die Bankmonopole über die Reichsbank vor, denn bei der von den Bankierstagen angeregten „Vereinheitlichung“ der Konditionen war sie mehr als nur Taufpate. v. Eynern charakterisierte die Rolle, die die Reichsbank dabei spielte, wie folgt:

„Des weiteren war die Reichsbank bestrebt, die Kreditbanken zur Berücksichtigung öffentlicher Interessen zu erziehen. Mit dem Lockmittel der Möglichkeit höherer Verdienste und unter leichter aber gut verstandener Andeutung ihrer Gewalt, veranlaßte sie die Gründung des Bankkartells, einer Konditionskartell genannten, in Wirklichkeit – da die Konditionen für die Banken die Einnahmen sind – ein Preiskartell darstellenden Vereinigung der großen Banken.“⁶³

⁶² Schwabach, Paul v., a. a. O., S. 245.

⁶³ Eynern, G. v., a. a. O., S. 52.

Die Erziehung zur Berücksichtigung öffentlicher Interessen erwies sich als eine Zwangskartellisierung unter Androhung sanfter Gewalt.

Wir können also festhalten, daß die staatsmonopolistischen Tendenzen auf diesem Sektor besonders ausgeprägt waren.

III. SCHLUSSBEMERKUNG

Nach der Untersuchung der Herausbildung von Keimen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg – also vor der Zeit, in der er dann besonders stark in der Form des Kriegsstaatsmonopolismus vorhanden war – drängen sich einige Schlußbemerkungen auf.

Erstens: Fast gleichzeitig oder, exakter formuliert, unmittelbar nach der Herausbildung der Monopole in Deutschland stellen wir die ersten Keime des staatsmonopolistischen Kapitalismus fest, indem der Prozeß der Unterordnung des Staates schon diese neuen Momente – ohne daß sie etwa das Überwiegende wären – beinhaltet, was am Beispiel der Flottenrüstung oder der Reichsbank sehr deutlich zum Ausdruck kommt.

Der Einsatz des Staatsapparates im Interesse der Monopole erstreckte sich notwendigerweise schon auf die „Reglementierung“ des Reproduktionsprozesses, wenn auch nicht der gesamten Wirtschaft, so doch bestimmter Bereiche.

Aber auch der Verschmelzungsprozeß zwischen Staat und Monopolen hatte begonnen, zwar noch in Anfängen und sporadisch, doch schon sichtbar.

Zweitens: Wenn in der Einleitung davon ausgegangen wird, daß die Entwicklung der Produktivkräfte und die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in Konflikt kommen und der staatsmonopolistische Kapitalismus einerseits das Ergebnis dessen und andererseits der Versuch einer Lösung dieses Konfliktes unter imperialistischen Vorzeichen ist, dann zeigt sich das in den einzelnen Bereichen sehr konkret in einer Vielzahl von vermittelnden Kategorien.

So in der Elektrizitätswirtschaft. Die Tatsache, daß die Elektrizität als neue Produktivkraft mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in Konflikt gerät, offenbart sich zum Beispiel konkret in dem Widerspruch zwischen dem notwendigen Bau von Überlandleitungen bzw. der Anlage von Kabelsystemen und kapitalistischem Besitz an Grund und Boden. Unter anderem ergibt sich daraus für die Monopole die Notwendigkeit, sich mit den Kommunen als dem Eigentümer des städtischen Grund und Bodens in Form der gemischten wirtschaftlichen Betriebe zu „einigen“.

Die relativ frühe Herausbildung von Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland beruhte nicht nur auf den im Artikel genannten prinzipiellen Ursachen, sondern wurde noch durch bestimmte Faktoren der historischen Entwicklung beschleunigt.

Hier wäre zunächst die gesamte Problematik des Verhältnisses der deutschen Bourgeoisie zum Junkertum und zum preußischen bzw. preußisch-deutschen

Staat zu nennen. Die deutsche Bourgeoisie war auf Grund der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung des 19. Jahrhunderts, durch die Zuspitzung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse und durch ihren Verrat in der bürgerlich-demokratischen Revolution schon sehr früh auf den Gebrauch der staatlichen Macht in der Ökonomie und Politik als des einzigen Instruments zur Behauptung ihrer Stellung als Ausbeuter angewiesen. Sie war in einem anderen Verhältnis zum Staat aufgewachsen als die französische oder die englische Bourgeoisie. Eine direkte Periode des „laissez faire“ oder des Manchestertums hat es in Deutschland nicht gegeben.

Umgekehrt war der preußische Staat, der sich als wichtigstes Herrschaftsinstrument einer zum Untergang verurteilten Klasse gebildet hatte, sehr geschult im Gebrauch der staatlichen Macht, und zwar nicht nur im politischen Bereich, sondern auch in der Ökonomie. Als Beispiele seien nur die Zollvereinspolitik und das staatliche Eigentum genannt.

Das Bündnis zwischen der Bourgeoisie, die seit 1870/71 sowohl im politischen als auch im ökonomischen Sinne keine fortschrittliche Klasse mehr war, und dem Junkertum mit seiner spezifischen Herrschaftsmethodik und Staatsideologie ließ die genannten Faktoren voll zum Tragen kommen, wodurch die Herausbildung staatsmonopolistischer Elemente beschleunigt wurde.⁶⁴

Dieses Moment zeigt sich auch in der Politik und Ideologie, denn schon vor der Jahrhundertwende können wir so ausgeprägt reaktionäre und willkürliche Staatsaktionen und Anschauungen der sie auslösenden Klassenkräfte beobachten, wie sie später für den staatsmonopolistischen Kapitalismus kennzeichnend sind. Wir erinnern nur an die Stumm-Halbergschen Betriebsordnungen und an die folgende Äußerung Alfred Krupps: —

„Wir wollen nur treue Arbeiter haben, die dankbar im Herzen und in der Tat dafür sind, daß wir ihnen das Brot bieten. Dagegen soll aber niemand wagen, gegen ein wohlwollendes Regiment sich zu erheben und eher ist alles in die Luft zu sprengen, alles zu opfern, als Arbeiterbegehre nachzugeben unter dem Druck von Streiks.“⁶⁵

Diese makabre Äußerung des Herrn Krupp erinnert an die eines späteren Vertreters des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der die Welt in einen verheerenden Weltkrieg stürzte und die Tür so hinter sich zuschlagen wollte, daß ganz Europa erzittern sollte.

Das ist die Ideologie des totalen Gebrauches der staatlichen Macht, der in Deutschland schon sehr frühzeitig begann und, wie Kuczynski meint⁶⁶, schon in dem Bestreben, die Zuchthausvorlagen durchzusetzen, seinen ersten Höhepunkt fand.

⁶⁴ Vgl. *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 154ff.

⁶⁵ *Krupp 1812–1912*. Zum 100jährigen Bestehen der Firma Krupp und der Gußstahlfabrik Essen, Jena 1912, S. 307.

⁶⁶ Wir beziehen uns auf seine Vorlesung „Probleme der Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals“, gehalten an der Humboldt-Universität zu Berlin. Das Scheitern der Zuchthausvorlage beweist, daß die politische Situation für eine derartig reaktionäre Politik nicht vorhanden war.

Diese immer reaktionärer werdenden Tendenzen der Monopolherren in der Innenpolitik – und die dahinter stehenden Prozesse – wurden in der dritten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse mehr und mehr typisch und bedingten mit die notwendigen neuen politischen Kampfformen gegen das Monopolkapital.

Gleichzeitig aber verlangten sie die Klärung der Rolle des Staates, in konkreter Form der des junkerlich-bourgeois Staatses in Deutschland, womit entscheidende Fragen der Strategie und Taktik verbunden sind, wie zum Beispiel die veränderte Problematik der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Aber noch ein Faktor war es, der die Herausbildung der staatsmonopolistischen Tendenzen in Deutschland beschleunigte. Die deutschen Imperialisten waren bei der Aufteilung der Welt unter die Großmächte zu spät gekommen und stellten von vornherein die Frage der Neuaufteilung der Welt in militärischer Form. Dabei war der Staatsapparat innen- wie außenpolitisch das Hauptinstrument. Die rasche Rüstung, die aggressive Außenpolitik, die Flottenpolitik und das Einschalten des Staatsapparates in bestimmte internationale Kartellisierungen waren konkrete Ausdrucksformen dieser Tatsache. So schaltete sich der deutsche Kaiser 1904 direkt in Verhandlungen zwischen der Morgan-Schiffahrtsgruppe und der Gruppe Hapag/Norddeutscher Lloyd ein, wobei die Vertragsbedingungen zwischen ihm und Ballin, dem Generaldirektor der Hapag, im kaiserlichen Jagdschloß abgesprochen wurden. Ballin erhielt aus Anlaß des Vertragsabschlusses den Roten Adler Orden überreicht.

Wenn wir nun von der Warte des Jahres 1914 aus all die staatsmonopolistischen Tendenzen der Vorjahre überschauen, dann können wir feststellen, daß sie durch die aggressive und abenteuerliche Kriegspolitik des Staates und der Monopole nicht nur verstärkt wurden, sondern umgekehrt gleichzeitig konkrete Formen der Vorbereitung der deutschen Imperialisten auf den ersten Weltkrieg waren.

Westdeutsche Unternehmensgeschichte über den Wiederaufbau der Firmen in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg

VON JÜRGEN KUCZYNSKI

„Lest diese Werksgeschichte nach. Lest alle Werksgeschichten der IG Farben nach, aber es genügt schon die von Bayer. Lest sie nach, Satz für Satz. Was wir daraus hier nur zitieren konnten, ist ein beliebiges Bruchteilchen vom Ganzen dieser 250 Seiten. Ihr werdet aus dieser kleinen Broschüre natürlich noch mehr erfahren. Lest aber trotzdem nach, was sich schon im ersten Weltkrieg tat und was hinterher. Lest und achtet auf die Krämersprache dieser Großfabrikanten des Todes und denkt dabei auch daran, daß das alles im Jahre 1938 geschrieben worden ist, zu einer Zeit, als man wieder soweit war, diesmal nur noch in ganz anderen Ausmaßen.“

(Willi Kling in: Kleine Geschichte der IG Farben Der Großfabrikanten des Todes, S. 10.)

Bekanntlich haben die herrschenden Klassen vergangener Gesellschaftsordnungen sich im allgemeinen wohl gehütet, die Verantwortung für das geschichtliche Geschehen in einer Ausbeutergesellschaft vor der Öffentlichkeit zu übernehmen. Zumeist dienten Götter und ähnliche Wesen solchem Zwecke. Nur gegen Ende einer jeden Ausbeutergesellschaft, wenn die herrschende Klasse zum verlorenen Endkampf um die Erhaltung ihrer Macht antritt, sieht sie sich gezwungen, die indirekte Apologetik durch Götter, Heilige usw. aufzugeben und selbst die Verantwortung zu übernehmen, natürlich als Heroe verkleidet, der immer das Rechte getan.

Seit dem zweiten Weltkrieg, seit dem Entstehen des sozialistischen Lagers sind auch die Chef-Kapitalisten von der indirekten zur direkten „Geschichtsmacherei“ übergegangen. An die Stelle von Kaisern und Königen, von Reichskanzlern, Ministern usw., die bis dahin die Geschichte gemacht haben sollen, treten jetzt sie selbst und ihre Unternehmungen. Schon vor dem ersten Weltkrieg hielt es der alte Rockefeller für angebracht, sich einen hochbezahlten und gerissenen Agenten zu suchen (den er auch in Ivy Lee fand), um dem „Hause Rockefeller einen besseren Ruf in der Öffentlichkeit“ zu geben. Nach dem zweiten Weltkrieg aber entstand eine neue historiographische Schule in Harvard und anderswo mit dem Motto: national history is business history –

der businessman stellt die Elite der Nation, die Geschichte macht. In Westdeutschland wird dieser neueste Zweig der Historiographie vor allem von dem Kreis um die „Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie“ betrieben.¹

Breitestes Material aber für eine solche Weltgeschichte made by businessmen liefert der schier unendliche Strom von Firmengeschichten, von denen wir für die folgende Studie rund 500 der nach 1945 in Westdeutschland herausgebrachten durchgearbeitet haben.

*

Nach der totalen militärischen Niederlage des deutschen Faschismus, nach der Zertrümmerung seines Staatsapparates, reagierten die deutschen Kapitalisten sehr verschiedenartig.

Im Osten Deutschlands, in der sowjetischen Besatzungszone, versuchten die kriegsverbrecherischen Monopolisten ihre Betriebe durch Mittelsmänner reinzuwaschen und als Privatbetriebe zu erhalten, während sie selbst in Westdeutschland weiter fungierten. Das gelang ihnen nicht. Sie wurden enteignet und ihre Betriebe teils direkt, teils nach einer Zeit der Verwaltung durch die Besatzungsmacht dem Volke übereignet. Soweit es sich nicht um Monopolbetriebe, die aktiv an Kriegsvorbereitung und Kriegführung beteiligt waren, handelte, konnten die Kapitalisten, keiner unter ihnen ein Monopolist, im Rahmen der volksdemokratischen Gesetzlichkeit weiterwirken.

Im Westen wurden die führenden Monopolisten arretiert, ihre Betriebe beschlagnahmt – und von den Besatzungsmächten mit Hilfe der „zweiten deutschen Monopolgarnitur“ weitergeführt, während die übrigen Groß-, Mittel- und Kleinkapitalisten im Besitz ihrer Betriebe blieben. Nach einiger Zeit wurden auch die führenden Monopolisten entlassen und ihnen ihre Betriebe zurückgegeben.

Manche Kapitalisten sahen mit dem Zusammenbruch des faschistischen Systems keinen Ausweg mehr und entzogen sich feige und lumpig durch Selbstmord der Verantwortung. Typisch dafür war ein Teil der Familie Dierig.

Die Dierigs sind berüchtigt in der deutschen Geschichte. Mit den Zwanzigern zusammen gehörten sie zu den protzreichen Peinigern der deutschen Weber in Schlesien, gegen die sich der große Aufstand von 1844 richtete.² Ein halbes Jahrhundert später hat Gerhart Hauptmann ein Drama gegen dieses Geschmeiß geschrieben.

Heute wirken sie wieder in Westdeutschland. 1955 konnten sie „Das Werk von Fünf Generationen. 150 Jahre Dierig“ herausbringen. Die letzten Monate des Krieges und die ersten Wochen nach Kriegsende werden dort so geschildert:

¹ Vgl. dazu *Baudis, Dieter*, Gesicht und Hintergrund der „Tradition“, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1960, T. 1, Berlin 1960.

² Vgl. dazu *Kuczynski, Jürgen*, Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, T. 1, Bd 10, Berlin 1960.

„Im Osten rückte die Front näher. Aus 1000 Kilometern waren 100 und noch weniger geworden. Das scheinbar so sichere und bisher vom Krieg verschonte Schlesien sollte ein Ostwall schützen. Er wurde nie fertig.

Im Januar 1945 standen alle noch übriggebliebenen Männer im Volkssturm. Sowjetische Panzer rollten in Schlesien ein. In Langenbielau rechnete man täglich mit dem Einmarsch der Russen. Aber sie kamen noch nicht; ihr Ziel war Berlin. So blieb es ruhig in den Tälern des schlesischen Gebirges.

Sechzig Güterwagen mit Waren und Materialien wurden noch im März und April nach Nordbayern verlagert. Sonst blieb alles in Langenbielau. Auch die Geschäftsleitung konnte sich trotz dringenden Anratsens nicht entschließen, das Werk zu verlassen.

Der Frühling täuschte fast über den Krieg hinweg. Still lag Langenbielau. Der größte Teil der Bevölkerung war geblieben; in den Betrieben wurde weitergearbeitet. Die meisten Frauen brachten es nicht über sich, dem Räumungsbefehl Folge zu leisten. Bang harrte man der Dinge. Was wird aus dem größten Textilunternehmen Deutschlands? Niemand konnte diese Frage beantworten.

Wenige Tage vor Kriegsende brachen mit den letzten Trecks auch Dr. Wolfgang Dierig mit Frau und Tochter, seine Brüder Friedrich und Wilhelm sowie Andreas Hillmer von Langenbielau auf. Sie wurden von den Russen aufgehalten. Während Friedrich Dierig mit seinem Bruder Wilhelm und Andreas Hillmer nach Langenbielau zurückkehrten, schied Dr. Wolfgang Dierig mit seiner Frau und Tochter in Großgrünau/Sudetenland aus dem Leben.

Die Russen kamen am 8. Mai, zunächst kaum bemerkbar; kein Soldat betrat den Betrieb.

Der Versuch von Gottfried Dierig, mit seiner Frau ebenfalls über das Gebirge zu gehen, gelang nicht mehr. Am 11. Mai wählten sie, in ihr Haus zurückgekehrt, den Freitod.

Dr. Hans Christian Dierig und Fritz Seidel mußten mit dem Volkssturm Langenbielau verlassen. Während Dr. Hans Christian die Rückkehr gelang, wurde Fritz Seidel, der seine Einheit verfehlt hatte, später im Heuscheuergebirge erschossen aufgefunden.

Eine Woche nach dem Russeneinmarsch arbeitete die Fabrik wieder. Von den Russen wurde ein Geschäftsführer-Ausschuß eingesetzt, dem Gustav Werner vorstand. Gut, daß er einen Kassenbestand von rund 150000 RM versteckt hatte. Er sicherte die Lohnzahlungen für die erste Zeit, und man hoffte auf einen erträglichen Fortgang.“³

Hier begann der „Aufbau“ also mit einem letzten Versuch, Waren und Materialien abzubauen, indem man sie nach dem Westen verschob, mit Mord und Selbstmord im Kreise der „Großen Unternehmer“ und mit einer versteckten Kasse. Die Volksrepublik Polen machte diesem Spuk bald ein Ende:

„Zuerst wurden Friedrich und Wilhelm Dierig und ein halbes Jahr später Dr. Hans Christian Dierig ausgewiesen. Am längsten blieben als Schlüsselkräfte

³ *Das Werk von Fünf Generationen. 150 Jahre Dierig*, Augsburg 1955, S. 71f.

Johannes Brauer und Alfred Wachsmann im Betrieb. Im Sommer 1947 mußten auch sie aus Langenbielau fort. Im Werk Gellenau war die Polonisierung im selben Tempo und mit der gleichen Gründlichkeit vor sich gegangen . . .

Verloren war das Stammwerk, ein hochmoderner, mehrstufiger Betrieb mit Spinnerei, Weberei, Ausrüstung, Druckerei, einer Kaliko- und Kunstlederabteilung, in dem zu normalen Zeiten fast 4000 Arbeiter und Angestellte schafften. Verloren waren auch die Webereien Tannenberg und Gellenau sowie die Ausrüstungsanstalt Frankenberg, die volkseigener Betrieb wurde. Die Verluste der Tochtergesellschaften nicht mit eingerechnet, betrug die Kapazitätseinbuße 60000 Spindeln, 4300 Webstühle und die gesamte Ausrüstung. Die schönen Siedlungen, Werkwohnungen, Kinder- und Ferienheime, Fortbildungsstätten und sonstigen Sozialeinrichtungen für die Betriebsangehörigen erlitten das gleiche Schicksal.“⁴

Alles ist verloren, die Spindeln, die Webstühle, die schönen Siedlungen . . . restlos verloren, weil das alles nicht mehr in den Händen der Dierigs ist, sondern den Werktätigen gehört. Dierigsche Geschichtsschreibung. Die positiven Helden der Geschichte, soweit sie nicht Selbstmord begehen, Frauen und Töchter umbringen, haben alles verloren – natürlich mit Ausnahme der im Westen gelegenen Betriebe!

Andere Kapitalisten sterben nicht ganz so unappetitlich und feige den Heldentod moderner monopolistischer Geschichtsschreibung. Sie gehen im Laufe des Jahres 1945 in natürlicher Weise drauf, da sie sich nicht daran gewöhnen können, geschlagen worden zu sein und außerdem noch keine richtigen Profite machen zu können. Sie starben an gebrochenem Herzen, weil die Zirkulation G–W–G1 nicht mehr funktionieren wollte.

Hören wir von einem solchen Recken aus dem Brauereigewerbe:

„Man kann ein großes Werk nicht von der Person seines Schöpfers trennen. Der tote Stoff gewinnt erst Leben durch den Geist eines bedeutenden Menschen. Darum ist die Geschichte der Hansa-Brauerei in ihren ersten Jahrzehnten die Geschichte Theo Hellers.

Das Schicksal hat es gut mit ihm und uns gemeint. Es ließ ihn das Hansa-Schiff nicht nur zu den ersten schüchternen Fahrten aufs offene Meer des Wirtschaftskampfes hinausführen, es ließ ihn darüber hinaus mehr als 40 Jahre auf der Kommandobrücke stehen, damit er seinem Werk die Form und Gestalt geben konnte, die er sich als junger Seefahrer erträumt haben mochte. Das Wirken Theo Hellers durchzieht alle Seiten dieser Festschrift, seine Persönlichkeit erfordert aber eine Würdigung, die seiner nicht nur als Wirtschaftsführer, sondern auch als Mensch gerecht wird.

An einem trüben Novembertag des Jahres 1945 hatte sich die Belegschaft der Brauerei an der Bahre Theo Hellers versammelt, um von dem Leiter des Betriebes für immer Abschied zu nehmen, zutiefst erschüttert, so jäh verwaist zu sein.“⁵

⁴ Ebenda, S. 74.

⁵ *50 Jahre Dortmunder Hansa-Brauerei AG. 1902–1952*, Dortmund 1952, S. 58.

Andere haben mehr Glück. Die letzten Monate des Krieges und die erste Zeit des Wiederaufbaus des Geschäfts der Metallwarenfabrik Schmidt & Co. werden so geschildert:

„Noch im März 1945, kurz vor Kriegsende, fielen Bomben auf das Fabrikgebäude und zerstörten einen großen Teil der Fabrik.

Um so glücklicher war Carl Oskar Schmidt sen., als sein Sohn Karl Oskar im Juli des gleichen Jahres gesund aus dem Krieg zurückkehrte.

Mit Energie beteiligte sich der Junior am Wiederaufbau und an der Modernisierung des Betriebes. Mit den geretteten Werkzeugen konnte die Fabrikation in Möbelbeschlägen wiederaufgenommen werden.“⁶

Zu diesem Text, der die linke Seite einnimmt, gehört auf der rechten Seite eine ganzseitige Photographie des grünen „Juniorchef Karl Oskar Schmidt“.

Nun ist ja der Aufbau gesichert. Der Sohn des Chefs ist aus dem Kriege zurück, und man braucht sich keine Sorgen mehr zu machen . . .

Doch solche mehr intimen Unternehmensgeschichten sind zwar kennzeichnend für die Ideologie – der Boß ist die Firma –, aber in der Mehrzahl sehen die Schilderungen des Aufbaus anders aus.

Gewissermaßen als Übergang zu den offizieller getönten Bildern sei aus der Festschrift einer Weberei zitiert, eines Familienunternehmens:

„Auch während des Krieges war die Beschäftigungslage andauernd eine gute. Durch Bombenabwürfe am 18. März 1945 brach diese Entwicklung jäh ab.

Große Teile des Fabrikanwesens wurden zerstört, andere stark beschädigt. Immerhin blieb das Herz, der Websaal selbst, ziemlich erhalten. Bald regte sich der Aufbauwille. Herr Josef Beckmann, dessen Wohnhaus ebenfalls durch

den Angriff zerstört wurde, wohnte in den ersten Nachkriegsjahren in Vardingholt. Von dort aus fuhr er täglich mit seinem Fahrrad etwa 40 km zu seinem

Betrieb in Bocholt, und zwar Sommer wie Winter, um den Wiederaufbau zu leiten. Ende 1945 liefen wieder die ersten 12 Stühle. Die Zahl vergrößerte sich

nach Erteilung des Permits von Monat zu Monat.“⁷

Hier wird der Aufbau dadurch symbolisiert, daß der Chef des Unternehmens täglich mit dem Fahrrad fährt, um den Aufbau zu leiten.

Auf ganz anderem historiographischen Niveau, weit anspruchsvoller ist der Bericht der bekannten Union-Brauerei in Dortmund über die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg. Er beginnt:

„Wenn ich diesem Buche ein Vorwort vorausschicke, dann erscheint mir der Hinweis auf die Ausführungen des Geheimrats Brügman⁸ im August 1944, als es offenkundig war, daß der Krieg für die deutsche Seite verloren war, besonders geeignet zu sein, weil in dieser Sitzung schon die Kräfte für den Wiederaufbau nach dem verlorenen Kriege vorsorglich durch Gründung des Aktionärskonsortiums Brügman zusammengefaßt wurden. In ganz kurzen Strichen

⁶ 100 Jahre Schmidt & Co., Schwelm 1958.

⁷ 1826–1951. 125 Jahre J. Beckmann Nachf. Bocholt in Westfalen, o. O., o. J.

⁸ C. Brügman war damals Aufsichtsratsvorsitzender, Sohn eines Mitbegründers der AG (Gründung der AG im Jahre 1873).

umreißt der damalige Aufsichtsratsvorsitzende die Geschichte der Union-Brauerei: keine Neugründung, sondern eine Weiterentwicklung aus der alten Dortmunder Hausbrauerei Struck & Co. durch alte und angesehene, vorwiegend Dortmunder Familien. Erst durch Erbteilungen und schnelles Wachstum der Brauerei, besonders aber durch Fusionen und Kapitalerhöhungen, trat später eine Änderung in den Besitzverhältnissen ein. Zu den alten Gründerfamilien kamen neue Aktionäre mit ihren eigenen Wünschen und Interessen – der Kreis erweiterte sich von Jahr zu Jahr.

Der befürchtete Zusammenbruch nach dem zweiten Weltkrieg drohte nicht nur den technischen Fortbestand der Union-Brauerei, sondern erst recht die alten Führungsverhältnisse in Frage zu stellen. Das war die große Sorge des Geheimrats Brügman in seinen letzten Jahren, der er in langen Besprechungen mit mir immer wieder Ausdruck verliehen hat. Es galt deshalb, die firmennahen Kräfte rechtzeitig vor einem möglichen Auseinanderfallen zusammenzufassen und eine Majorität aus alten und befreundeten neuen Aktionär-Familien zu bilden, die dem Vorstand in den kritischen Jahren nach dem Kriege einen Rückhalt bieten konnte. Sein Vermächtnis war:

„Ich habe nur den einen Wunsch, daß dieses kostbare Erbgut unserer Väter nicht nur erhalten bleibt, sondern auch weiterhin in traditionellem Geiste geleitet wird.“

Fünfzehn Jahre des Wiederaufbaues sind seither vergangen. Haben wir das Erbe bewahrt? Urteilen Sie bitte selbst, wenn Sie dieses Buch durchblättern, ob wir das Vermächtnis bis heute trotz größter personeller und sachlicher Schwierigkeiten, gestützt auf eine vorbildliche Gemeinschaft von Aufsichtsrat, Vorstand, Prokuristenschaft und Belegschaft, gehalten haben! Ich sage: bis heute! Denn die Sorge des Geheimrats Brügman besteht weiter. Sie werden, wenn Sie dieses Buch aufmerksam lesen, immer wieder hierauf stoßen. Ob man die heutigen Führungsverhältnisse auch künftig erhalten kann, hängt nicht nur von uns, dem Aufsichtsrat und Vorstand, allein ab, sondern weithin von Ihnen, den Aktionären selbst, an die ich mich oft in betriebs- und volkswirtschaftlichen Fragen gewandt habe. Darüber hinaus müssen wir abwarten, welche Entwicklung das deutsche Aktienrecht nimmt, ob es unsere Bestrebungen nach traditioneller Selbständigkeit unterstützt oder ob es eine andere Zielsetzung hat.“⁹

Hier wird mit dem Aufbau gewissermaßen bereits im August 1944 begonnen, und zwar in der Form, daß eine Aktionärsgruppe gebildet wird, die den „alten Familien“ und „befreundeten neuen Aktionärsfamilien“ die Führung des Betriebes sichern soll. Die Großaktionäre als Rückhalt des Vorstandes und der Vorstand als Erhalter „kostbaren“ Erbgutes der Väter – Vorstand und Aktionäre, gute alte und befreundete neue Aktionärsfamilien machen Brauereigeschichte und retten das Erbgut über die „schlimmen Zeiten 1945 bis 1948“ hinweg.

⁹ *Die Dortmunder Union-Brauerei im Wiederaufbau 1945–1959*, Dortmund 1960, S. 7.

Nicht so „weitsichtig“ wie die Dortmunder Union-Brauerei war Philipp Holzmann, der bekannte Baukonzern, mit seinen Vorbereitungen für den Wiederaufbau nach dem Kriege. Zunächst heißt es zwar mit einer geradezu „Ranke-schen Objektivität“:

„Wer mitten in einer Zeit steht, eignet sich nicht, ein wahrheitsgetreues Bild dieser seiner Zeit zu geben. Eifer und Zorn sind immer schlechte Beurteiler. Darum enthalten wir uns eines Urteils, nennen nur mit einigen Schlagworten, was dieser Zeitepoche ihren Stempel aufgedrückt hat und überlassen es dem Historiker des nächsten Jahrhunderts Holzmannscher Geschichte, zu untersuchen, welchen Einfluß die Geschehnisse dieser turbulenten Jahre unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 auf das Leben unserer Unternehmung ausgeübt haben.“¹⁰

Doch ändert sich der Ton schnell, sobald man auf „Führungsfragen“ kommt: „Stark beunruhigt wurde die Verwaltung des Unternehmens, sowohl im Stammhaus als auch in den Niederlassungen, durch die in den vier Zonen verschiedenartigen und auch verschieden ausgelegten Gesetze zur politischen Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Diese griffen empfindlich in den Wiederaufbau des Unternehmens ein, führten zu lang dauernden Suspendierungen und vorzeitigen Pensionierungen führender und leitender Kräfte und zu einer fast unerträglichen Überbelastung der im Amt verbliebenen Herren. So kam es, daß im Herbst 1945 die ganze Verantwortung für die Unternehmung auf den Schultern von Dr.-Ing. Martin Arndt ruhte, der diese Last trotz seiner angegriffenen Gesundheit mit beispiellosem Eifer, tiefster Gründlichkeit und einer im In- und Auslande gereiften Erfahrung getragen hat.

Als Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. führte er den Vorsitz in dem Industriebeirat und im Sozialpolitischen Ausschuß der Kammer. Zahlreiche Ämter in wirtschaftlichen und kulturellen Gremien führten zu einer Überbelastung dieses arbeitsfreudigen Mannes und zu seinem unerwartet frühen Heimgang am 11. Februar 1948 (Abb. 228). In dem Nachruf der Unternehmung steht geschrieben:

„Wir betrauern aufs tiefste diesen ausgezeichneten Menschen, der uns als Freund und Mitarbeiter und als Vorgesetzter ein Vorbild von seltenen menschlichen und charakterlichen Eigenschaften war.

Sein Name ist für immer mit den Geschicken unseres Unternehmens verbunden.“

Am 1. Januar 1946 wurde Dr.-Ing. Walter Kesselheim, ein Sohn des früheren Vorstandsmitgliedes Dr.-Ing. E. h. Julius Kesselheim, der eine vielseitige Ausbildung auf den Betriebsstellen der Firma im In- und Auslande genossen hat, in den Vorstand berufen und teilte sich in erfolgreicher Zusammenarbeit mit Dr.-Ing. Arndt bis Ende 1947 in die Verantwortung. Nachdem durch Wiederberufung der ehemaligen Vorstandsmitglieder Reg.-Baumeister a. D. Franz

¹⁰ Philipp Holzmann Aktiengesellschaft im Wandel von hundert Jahren 1849–1949, Frankfurt a. M. 1949, S. 393.

Rudolph (1. Dezember 1947) und Dr.-Ing. Hans Meyer-Heinrich (1. Mai 1948) der Vorstand ergänzt war, bestand wiederum die Gewähr für eine traditionsverpflichtete Weiterentwicklung der Unternehmung, zumal die ehemaligen Mitglieder des Vorstandes Reg.-Baumeister a. D. Heinrich Holzmann und Reg.-Baumeister a. D. Friedrich Linsenhoff im Dezember 1948 zugleich mit Hans Latscha und Dr.-Ing. E. h. Hans Bredow in den Aufsichtsrat gewählt worden waren, der wie bisher unter dem Vorsitz des erfahrenen Finanzmannes Hermann J. Abs stand.¹¹

Überaus deutlich wird uns hier mitgeteilt, daß die Gesetze „zur politischen Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ zum Ärger jedes echten Kapitalisten in den Wiederaufbau des Unternehmens eingriffen. Man stelle sich vor: Kriegsverbrecher wurden vorzeitig pensioniert! Welche Störung im Wiederaufbau eines westdeutschen Konzerns!

Gott sei Dank standen der Firma auch noch nach dem 8. Mai 1945 Söhne und Enkel „bewährter“ alter Vorstandsmitglieder und Geschäftseigner zur Verfügung. Sie werden denn auch mit akademischem Titel, vollem Vor- und Nachnamen, sowie Datum des Amtsantritts einzeln aufgeführt. Zu ihnen kam auch Abs, führendes Mitglied der faschistischen Finanzoligarchie und Kumpan Adenauers.

Kein Wunder, daß man unter solchen Umständen von der Belegschaft nur mitzuteilen hat, daß sie sich schnell vermehrte: „Die Belegschaft der Unternehmung wuchs wieder schnell an und betrug, solange noch die Niederlassungen Ostdeutschlands zu Gliedern der Firma zählten, fast 10000 Mitglieder. Nach dem gewaltsamen Ausscheiden der Ostniederlassungen hielt sich die Zahl auf fast 9000 Mitgliedern in der Westzone, einschließlich der Westsektoren der Stadt Berlin. Der Anteil der Angestellten betrug zwischen 750 und 900.“¹² – und wie lange sie es bei der Firma aushielt:

„Mitte 1947 hatten

- 75% der Belegschaft bis zu 5 Dienstjahre
- 12% der Belegschaft bis zu 10 Dienstjahre
- 10% der Belegschaft bis zu 20 Dienstjahre
- 3% der Belegschaft über 20 bis 50 Dienstjahre.“¹³

Von irgendwelchen anderen Leistungen als ihrer Vermehrung und ihrem Verbleiben bei der Firma in den Jahren des Faschismus, in denen die Bauarbeiter bekanntlich gesetzlich an den Betrieb gebunden waren, und in den Jahren der Arbeitslosigkeit nach 1945 (beides zusammen betrifft 87 Prozent der Belegschaft), von irgendwelchen Leistungen des Wiederaufbaus nach 1945 ist hier nicht die Rede.

Nicht ganz so rücksichtslos werden die Werkstätigen aus der Geschichte des Wiederaufbaus der ehemaligen Stummschen Halbergerhütte im Saargebiet ausgeschaltet:

¹¹ Ebenda, S. 395.

¹² Ebenda, S. 397.

¹³ Ebenda.

„Überall waren die Spuren des Krieges zu sehen. Hoffnungslosigkeit sprach aus den Augen der Menschen, die zum Werk gehörten. Gerade in diesen schwersten Zeiten bewahrheitete sich das Wort des Philosophen Immanuel Kant: ‚Es ist überall nichts in der Welt und außerhalb derselben zu denken möglich, was ohne Einschränkung für gut könne gehalten werden als allein ein guter Wille.‘ Wille und Mut zum Wiederaufbau waren auch bei den in die Heimat nach und nach zurückkehrenden Werksangehörigen vorhanden. Mit klarem Ziel gingen die leitenden Männer gemeinsam mit den Ingenieuren, Angestellten und Arbeitern an die Aufgabe, aus den Trümmern wieder eine Stätte friedlicher Arbeit zu machen.“¹⁴

Man versteht nicht recht, wie es ist. Einerseits „sprach Hoffnungslosigkeit aus den Augen der Menschen, die zum Werk gehörten“. Andererseits fanden sich „Wille und Mut zum Wiederaufbau auch bei den in die Heimat zurückkehrenden Werksangehörigen“. Eines aber ist klar: Die leitenden Männer hatten ein „klares Ziel“. Darum ist im folgenden auch nur von den leitenden Männern die Rede, den leitenden Männern, die „ihren“ Kant kannten: „Die bestehenden Verhältnisse erforderten an der Spitze des Unternehmens Männer mit Weit-sicht und Erfahrung. Der Generaldirektor von Pont-à-Mousson, M. André Grandpierre, der schon seit mehr als zwei Jahrzehnten ununterbrochen mit den Angelegenheiten der Halbergerhütte vertraut war, übernahm das Präsidium des Verwaltungsrates, in dem später Herr Botschafter a. D. von Bülow-Schwante, der Gatte der ältesten Enkelin des Frhr. Carl Ferdinand von Stumm-Halberg, als Vertreter der Deutschen Gruppe Vizepräsident wurde. Am 29. Oktober wurde M. Pierre Single, der bereits einige Monate zuvor die technischen Belange des Werkes vertrat, zum Generaldirektor ernannt.“¹⁵

Welch ein Glück, daß sich unter den leitenden Männern auch „der Gatte der ältesten Enkelin“ des alten Reaktionärs und Kaiserfreundes Freiherr Carl Ferdinand von Stumm-Halberg befand. Damit, muß dem historisch gebildeten Leser klar sein, war der Wiederaufbau gesichert!

Übrigens begegnet uns dieser gleiche „Gatte der ältesten Enkelin“ auch noch bei einem anderen Wiederaufbau, dort sogar mit Bild. In dem Bericht einer Baufirma lesen wir, daß es sich auch dort „bewährte“, „daß die Leitung der Gesellschaft in den Händen von Persönlichkeiten lag, die die guten Beziehungen zu den langjährigen Bauherren nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch auszubauen und neue wertvolle Verbindungen anzuknüpfen und zu pflegen wußten.“¹⁶ Eine dieser „Persönlichkeiten“, allerdings erst seit 1949, war unser Enkelinnen-Gatte, über den wir hier Näheres erfahren: „Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt seit dem 4. Juli 1951 Vicco v. Bülow-Schwante, geboren am 10. Mai 1891 in Berlin. Nach dem juristischen Studium trat er im Jahre 1914 in das Auswärtige Amt ein, um seine diplomatische Laufbahn 1940 als Botschafter in Brüssel zu beschließen. In der Folgezeit war Vicco von Bülow-

¹⁴ *Kloevekorn, Fr.*, 200 Jahre Halbergerhütte 1756–1956, Saarbrücken o. J., S. 95.

¹⁵ Ebenda, S. 95f.

¹⁶ *Bauschaffen im Dreiklang. Fünfzig Jahre A. H. I.-Bau Allgemeine Hoch- und Ingenieurbau Aktiengesellschaft*, Darmstadt 1954, S. 47.

Schwante als Berater der Großindustrie tätig; er gehört seitdem dem Aufsichtsrat einer größeren Zahl von Industrieunternehmungen an. In den Aufsichtsrat der A.H.I-Bau trat er am 27. April 1949 ein. Die Entwicklung und der Erfolg der Gesellschaft in der Nachkriegszeit beruhen zu einem großen Teil auch auf seiner tatkräftigen Unterstützung in allen Fragen und Schwierigkeiten. Seiner überragenden Persönlichkeit, seiner verständnisvollen und einführenden Mitarbeit ist es zu danken, daß zwischen Aufsichtsrat und Vorstand bestes Einvernehmen und jene Harmonie besteht, die den Leitgedanken dieser Jubiläumsschrift immer wieder erklingen lassen.“¹⁷

Der Mann diente also unter den Faschisten, nachdem er im ersten Weltkrieg in der Aggression angelernt worden war, und brachte es bis zum Botschafter in Belgien, wo er den Überfall im zweiten Weltkrieg vorbereiten half. Auf solche Weise wurde er offenbar zu der „überragenden Persönlichkeit“, die die „Harmonie zwischen Aufsichtsrat und Vorstand“ und so auch den Wiederaufbau sichert, das heißt Geschichte macht.

Wesentlich schwieriger als Vicco, der Gatte der Enkelin, hatten es offenbar Heinrich Nothdurft von den Samson-Werken und sein Nachfolger:

„Heinrich Nothdurft hatte nun die schwere Last der Verantwortung allein zu tragen. Es verging kein Tag, ohne daß die Sirenen nicht heulten. In feuchten Luftschutzkellern mußte man oft Stunden verbringen. So ging es jahrelang, Tag und Nacht. Die Fabrikation wurde hin- und hergerissen und eine zielbewußte Fertigung war kaum noch möglich.

Immer wieder flogen die Bomber über Frankfurt, immer wieder erfüllte ein Donnern und Bersten die Luft. Detonationen, gewaltigen Erdbeben gleich, fegten alles nieder. Steine, Staub und Trümmer blieben zurück. Niemand wurde verschont . . .

Die Produktion konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Im März 1945 wurde die Arbeit im Werk stillgelegt. Es schien, als habe die Samson Apparatebau AG. aufgehört zu bestehen.

Aber schon am 31. Mai 1945 konnte von den Besatzungsbehörden die Arbeitsgenehmigung zur Wiederaufnahme der Arbeit beschafft werden. Mit 45 Mann ging man vorerst einmal daran aufzuräumen. Facharbeiter, Hilfskräfte und Angestellte beteiligten sich an den Aufräumarbeiten, die sich über mehrere Monate hinstreckten. Auch die Arbeit in den Werkstätten wurde so gut wie eben möglich wieder aufgenommen. Heinrich Nothdurft, durch die Schwere der Zeit und durch die Anforderungen, die seine Position an ihn stellten, gezeichnet, hatte ernstlichen gesundheitlichen Schaden erlitten. Er bedurfte der Ruhe und Pflege und stellte auf Anraten der Ärzte sein Amt im September 1945 zur Verfügung.

Auf seinen Vorschlag wurde Dr. Heinrich Arndt, der dem Unternehmen seit 1924 angehört und viele Jahre die Niederlassung in München leitete, zum alleinigen Vorstand bestellt. Als er 1945 sein Amt antrat, war er sich bewußt, daß

¹⁷ Ebenda, S. 48.

er die Epoche der völligen Niederlage des Werkes mit übernommen hatte. Deutschland lag am Boden und mit ihm die deutsche Industrie . . . Für ihn ging es zunächst um die Erhaltung und den Wiederaufbau der Firma, und er theoretisierte deshalb nicht lange, sondern handelte. Zuerst wurden die Arbeitsplätze mit den wenigen zur Verfügung stehenden Mitteln einigermaßen menschenwürdig hergerichtet. Doch Arbeitskräfte waren rar. Der Hunger hatte in Deutschland Einzug gehalten, und jeder hatte damit zu tun, in überfüllten Zügen aufs Land zu fahren, um die fehlenden Lebensmittel einzutauschen. Nur wenige der früheren Mitarbeiter waren daher zunächst zu einer Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Oft schien ein Erfolg der Bestrebungen der Geschäftsleitung aussichtslos.“¹⁸

Häßlich ist es zu hören, daß die Geschäftsleitung sich bestrebt – aber die Werk-tätigen nicht recht arbeiten wollen; sie fahren lieber Eisenbahn, um Lebens-mittel zu beschaffen. Aber das Märchen geht gut aus: „Schon im Juni 1948 war eine recht beachtliche Belegschaft versammelt. Eine Typenbereinigung wurde durch-geführt.“¹⁹ – Typenbereinigung bezieht sich auf die Produktion.

Die Festschrift der Armaturenfirma Bopp & Reuther ist, wie manche andere, gleich so aufgebaut, daß die historischen Abschnitte je einem führenden Kapi-talisten gewidmet sind. Über den „entscheidenden Chef“ der Nachkriegs-jahre, Fritz Reuther, lesen wir da: „Das Kriegsende und die Folgen des Zu-sammenbruchs ließen auch ihn – wie so viele Männer der Wirtschaft – die bittere Ungerechtigkeit kollektiver Maßnahmen erfahren, durch die er längere Zeit von der Leitung des Werkes ausgeschaltet wurde.“²⁰ Der Wiederaufbau beginnt also mit einer bitteren kollektiven Ungerechtigkeit – der Chef wird aus-geschaltet wegen Kriegsverbrechens. Und da er nicht da ist, ist natürlich nichts über das Werk zu berichten. So muß der Chronist also einfach das Wieder-aufbauthema fallen lassen und wie folgt fortfahren: „Was diesem Mann vor allem immer wieder die Kraft zur Lösung schwerster Probleme gegeben hat, ist neben seinem Verhältnis zur Kunst, auf das noch zurückzukommen sein wird, in erster Linie das klare Gefühl für die dem Unternehmer auferlegte Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit und sein ausgeprägtes soziales Empfinden. Dieser wesentliche Zug eines echten Unternehmers hat auch sein Verhältnis zur Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt. Schon sein Vater hatte zahlreiche soziale Einrichtungen geschaffen, lange bevor sie gesetz-lich vorgeschrieben waren. Dr. Fritz Reuther ist auf diesem Weg fortge-fahren. Er verbesserte Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, baute Arbeiter-wohnungen, begründete die Bopp & Reuther-Gefolgschaftshilfe und schuf eine großzügige Altersversorgung. Daneben errichtete er Stiftungen: die Carl-Reuther-Stiftung und, nach dem tragischen Tod seiner zweiten Gattin, die Hella-Reuther-Stiftung.

¹⁸ *50 Jahre Samson-Regler*, Frankfurt a. M. (1957), S. 22f.

¹⁹ Ebenda, S. 24.

²⁰ *Bopp & Reuther GmbH Mannheim-Waldhof*, Heidelberg 1952, S. 37.

Dr. Fritz Reuther war stets das soziale Gewissen der Firma. Man muß ihn einmal im Kreis seiner alten Mitarbeiter erlebt haben, ganz gleich, ob es sich um einen Hilfsarbeiter oder Direktor handelt. Wenn einer Sorgen hat, dann geht er zum ‚Doktor‘, und dieser hat immer ein offenes Ohr für ihn. Die vielen, die aus dem In- und Ausland zu Bopp & Reuther auf Besuch kommen, empfinden immer wieder die dort zwischen Inhabern und Belegschaft herrschende geradezu familiäre Atmosphäre.“²¹

Der Kriegsverbrecher ist also hauptberuflich das „soziale Gewissen der Firma“ – jederzeit, ob Faschismus herrscht oder nach 1945.

Da fragt man sich, wie schafft das der Mann nur, so vielseitig zu sein. Auch hierüber erhalten wir Aufklärung:

„Man mag fragen, aus welchen Quellen der nun Siebzigjährige immer wieder die Kraft geschöpft hat, die an ihn herangetretenen Probleme zu meistern und die nicht ausgebliebenen Schicksalsschläge und Enttäuschungen zu überwinden. Da ist zunächst einmal seine Liebe zur Baukunst. Es entsteht im Werk kein Gebäude, an dessen Planung und Gestaltung er nicht maßgeblich beteiligt ist. Wenn er einen Gast durch die Werkshallen und Neubauten führt, dann gibt er fachmännische Erklärungen, die jeden Besucher in Erstaunen setzen. Neben dem Hang zum Bauen ist es das Schreinerhandwerk, dem seine Mußstunden gehören. Hier verbindet sich fachliches Können mit künstlerischer Schaffensfreude. Beruf und Talent seines Großvaters werden im Enkel wieder lebendig.

Vor allem aber ist es die Musik, bei der er Entspannung und Anregung, Erholung und Sammlung findet. Schon seit früher Jugend pflegte er die Kammermusik, und seine häuslichen Musikabende, bei denen er mit seinen Musikfreunden Quartette oder Trios spielt, sind ihm Stunden eines ganz besonderen Genusses.“²²

Mit der Liebe zur Bau- und Musikkunst erklärt sich alles. Bau- und Musikkunst sind die Katalysatoren von Kriegsverbrechertum und sozialem Gewissen, deren Synthese zum Gärstoff des Wiederaufbaus wird. So lehrt es die monopolistische Alchemie der Geschichtsschreibung.

Manche dieser geschäftlichen Heroen der Geschichte sind sogar in der Lage, durch Fernleitung von Betrieben Geschichte zu machen. Hören wir folgenden Bericht über einen deutschen Kriegsverbrecher mit schweizerischer Staatsangehörigkeit, der den Baumwollbetrieb Arlen leitete:

„Einige Tage vor dem offiziellen Kriegsende verließ Dr. ten Brink den deutschen Boden. Als Schweizer Staatsangehöriger hielt er es für richtiger, die Entwicklung aus gewissem Abstand zu verfolgen. Er konnte nicht ahnen, daß es mehr als fünf Jahre dauern sollte, ehe er seinen Betrieb wiedersehen durfte. Eine Verkettung von Mißverständnissen, wie sie in jenen Tagen auch von den Eidgenossen mit strenger Genauigkeit politisch ausgeforscht wurden, riß ihn in den Strudel eines Monstreprozesses. Obwohl er in seinem Innern den poli-

²¹ Ebenda.

²² Ebenda, S. 37 f.

tischen Machthabern des Dritten Reiches niemals nahegestanden hatte (also ein antifaschistisches Innenleben geführt hatte – J. K.), wurde er von seinen Landsleuten (die nur sein faschistisches Außenleben kannten – J. K.) verurteilt. Er konnte nur noch aus der Ferne lenken.

Die souveräne Akkuratesse, mit der er diese Aufgabe bewältigte, verdient höchste Bewunderung. Das von ihm weitab von Arlen entworfene, bis in die letzte Einzelheit gründlich durchdachte Programm für die Neugestaltung seiner Betriebe hat seine Gültigkeit über Charles ten Brinks Tod hinaus behalten.

Zustatten kam ihm in dieser Zeit der Umstand, daß er sich auf eine Handvoll verlässlicher Spitzenkräfte stützen konnte. Zunächst jedenfalls. Dann aber wollte das Unglück, daß die bewährtesten von ihnen bald nacheinander dahinstarben: der Prokurist Harry Schimmel, der nach dem Krieg die kaufmännische Verantwortung für den Betrieb übernommen hatte; dessen Nachfolger Hans Beetz, der als fast Siebzigjähriger dem Betrieb noch einmal für zwei Jahre seine Arbeitskraft als erfahrener Finanzmann widmete; und schließlich die treue Johanna Wiesmann, die nach dem Tod von Hans Beetz zur Einzelprokuristin ernannt worden war, seit mehr als vierzig Jahren zur Firma gehörte und mit vorbildlichem Verantwortungsgefühl die Vertrauensperson der Familie ten Brink war.

Ein Teil der betrieblichen ‚Garde‘ war damit ausgeschieden. Als Dr. ten Brink aber einige Tage nach dem Tod Johanna Wiesmanns nach Arlen zurückkehrte, fand er einen Betrieb vor, in dem inzwischen eine neue Generation gewandter Fachleute herangewachsen war. Drei dieser Mitarbeiter ernannte er zu Prokuristen: den Textilingenieur Karl Gerhard Noack, der seit 1928 als Verkaufsleiter die immer vielseitiger gewordene Produktion der BSWA im Auf und Ab der Konjunkturen erfolgreich abgesetzt hat; Emil Würth, damals seit 16 Jahren im Betrieb, der sich neben seiner Tätigkeit als Personalchef der allgemeinen Verwaltung, den Finanzen und Organisationsaufgaben verschrieben hatte, und Anton Schaumann, der gleichzeitig zum technischen Direktor des Gesamtbetriebes bestellt wurde. Schaumann kam 1925 als Baumwollspinner in die Fabrik, besuchte nach seiner Lehrzeit als Maurer und Schlosser und nach den üblichen Betriebsjahren das Technikum in Reutlingen, wurde Meister und Obermeister und entwickelte sich zu einem Fachmann ersten Ranges, dessen Kenntnisse heute ein hoher Wertposten sind.

Daß sich dieser Wert gebührend auswirkt, ist jedoch den Menschen an den Maschinen mit zu danken. Bei der Kundschaft, in den Büros, im Laboratorium und in den Spinn- und Websälen der Firma wären die Fähigkeiten der leitenden Fachleute von geringer Bedeutung, wenn nicht auch am letzten Platz mit Ernst und Hingabe gearbeitet würde.

Auf diesen Ernst und diese Hingabe kann sich die Werksleitung heute wie einst verlassen. Es gilt in Rielasingen und in weitem Umkreis als besonders ehrenvoll, bei der 125jährigen Baumwoll-Spinn- und Weberei Arlen in Rielasingen oder in Volkertshausen tätig zu sein.“²³

²³ *Ein Garn durch 125 Jahre gesponnen. Am 125. Jahrestag der Baumwoll-Spinn- und Weberei Arlen, Rielasingen (Hegau) 1959, S. 57f.*

Man ist fast erstaunt, zum Schluß noch eine Bemerkung zu finden, daß den „Menschen an den Maschinen mit zu danken ist“.

Doch nach dieser Abschweifung zu den Werkstätigen erinnert uns der Band wieder an die „wirklichen Geschichtemacher“:

„Wieder am Arlener Schreibtisch, hielt es Dr. ten Brink für richtig, so schnell wie möglich seinen einzigen Sohn Charles Hubert ten Brink von der Hochschule weg in die Höhle des amerikanischen Konkurrenzlöwen zu schicken. Der Nachfolger sollte drüben die erfolgreichen Methoden rationeller Produktion studieren. Er brachte die Bestätigung der väterlichen Auffassung mit, daß ein ganz neues Qualitätsprogramm auf die Beine gestellt werden mußte. Die Maschinerie wurde auf den letzten Stand der Technik gebracht. Aus der alten, seit langem nicht mehr zureichenden Kämmerei entwickelte sich eine funkel-nagelneue Abteilung, deren Anblick dem Spinnereifachmann das Herz höher schlagen läßt. Auf neuen Schnellläufer-Automaten kamen auch die nun zur Hochform entwickelten vollsynthetischen Fasern zum webenden Zuge. Eine Modernisierung der Kraftwerke entlockte der Aach zusätzliche Pferdestärken. Wie ein Baumeister, der nicht ruht, als bis der letzte Ziegel eingefügt ist, hielt Dr. ten Brink durch. Als er schließlich im Jahre 1956 aufatmend hätte feststellen können, daß er es geschafft habe, rief auch ihn, den Vielseitigen, dem der Kommerzienrat neben des Lebens ernster Führung die Liebe zur Natur und zum Waidwerk vermacht hatte, ein viel zu früher Tod ab. Im August trugen ihn seine Freunde, ein halbes Jahr vor der Vollendung seines sechsten Lebensjahrzehnts, zu Grabe.

Die Nachricht vom unerwarteten Dahinscheiden des Vaters traf Charles Hubert, den Sohn, mitten im Examen an der Technischen Hochschule zu Stuttgart. Als fünfter ten Brink in der Generationenkette kehrte er nach Arlen heim, die Hoffnungen und Planungen des Vaters zur Reife zu führen. Seither ist er alleiniger Vorstand der Baumwoll-Spinn- und Weberei Arlen in Rielasingen und Mehrer des Rufs, den die ‚Arlener Ware‘ von alters her in der Textilwelt genießt.

Vier Bildnisse zieren die altersdunkle Täfelung des Chefzimmers. Aus ihren Rahmen blicken die vier ten Brinks tagein, tagaus dem fünften ihres Schlages über die Schulter. Aus den Fundamenten ihrer Tatkraft und Erfahrung wuchs das heutige Werk. Wäre es da ein so absonderlicher Gedanke, wenn sich am 4. November 1959 in der Stunde des 125. Geburtstages der Büroschlüssel sacht von innen herumdrehte und der Erbe mit seinen Ahnen eine heimliche Viertelstunde unter zehn Augen verplauderte? . . .“²⁴

Dazu ein Kopf des Charles Hubert ten Brink im Vielfarbendruck, der uns lehrt, wie die „positiven Helden“ im Reiche der Monopole miteinander verkehren: Sie besuchen sich gegenseitig in ihren Konkurrenzhöhlen, um voneinander zu lernen und zu stehlen. Monopolistische Gemeinschaftsarbeit zur Steigerung der Ausbeutung und Profite.

²⁴ Ebenda, S. 60f.

War ten Brink sen. wenigstens noch in der Lage, von seinem schweizerischen Kriegsverbrecherexil aus den Betrieb zu leiten, so ergab sich bei dem Waldhofkonzern die Notwendigkeit, daß von der Bankenseite her ein Führer durch die Geschichte einsprang, die enge Verflechtung von Banken und Industrie be­stätigend:

„Generaldirektor Schmid wurde Ende 1945 bis Anfang 1947 wegen Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat einiger großer Gesellschaften von der amerikanischen Militärregierung interniert. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Dr. Sippel, war beim Einmarsch der Russen in Berlin erschossen worden; Dr. Wilhelm Haas starb 1945, nachdem er 47 Jahre dem Aufsichtsrat angehört hatte. In dieser schweren Situation war es der Initiative von Direktor Philipp Frank, Deutsche Bank, Mannheim, der den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm, zu verdanken, daß Kredite zur Verfügung gestellt wurden und die Arbeitsaufnahme in den verbliebenen Fabriken ermöglicht wurde.“²⁵

Bisweilen mietet man sich auch einen Literaturbeflissenen, um Firmen­geschichte zu schreiben – so die chemische Fabrik Röhm & Haas zu ihrem 50jährigen Bestehen den Romanschriftsteller Kasimir Edschmid, der eine Chefbiographie „erstellt“. Der Chef aber stirbt schon während des Krieges, und so handelt die Geschichte des Wiederaufbaus natürlich vom Sohn des Chefs: „In einer tragischen Stunde, in der Nacht des 11. September 1944, wurde inner­halb von dreiviertel Stunden durch englische Flugzeuge Darmstadt zerstört. Die Fabrikanlagen Röhm & Haas brannten ebenfalls größtenteils aus.

Im Mai 1945, nach Beendigung des Krieges, kam der Sohn Otto Röhm wieder nach Darmstadt zu den Trümmern des Werkes, von dem noch einige wenige Teile standen. Er war dreiunddreißig Jahre. Er (ausgerechnet er! – J. K.) erlebte die neue Heimsuchung von Hungersnot, Geldwertlosigkeit und Demon­tage. Aber der junge Otto Röhm fand genug tüchtige Männer, die mit ihm das Werk mit Energie wieder aufrichteten. In den zwölf Jahren erhob es sich in ausgesprochener Repräsentanz, würdig des Mannes, der es begründet hatte.

An dem Tage, an dem das Werk, zwölf Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, die Feier des fünfzigjährigen Bestehens begeht, gedenken alle ihm Verbundenen nicht nur in Ehrfurcht des Gründers, sondern auch des Menschen Otto Röhm, dem neben Glück und Erfolg auch eine harte Last an Bitternis und Tragik zugefallen ist.“²⁶

Abgeschlossen sei dieser Teil der Analyse moderner monopolistischer Ge­schichtsschreibung mit einer ausführlicheren Schilderung aus der Jubiläums-

²⁵ 75 Jahre Zellstofffabrik Waldhof. *Chronik 1884–1959*, Darmstadt 1959, S. 57. – Zwar war Schmid auch Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, aber hauptberuflich eben Generaldirektor von Waldhof, während Sippel umgekehrt hauptberuflich Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und nebenberuflich Aufsichtsratsvorsitzender von Waldhof war. Frank folgte Sippel, übernahm in dieser Zeit aber faktisch auch einen Teil der Funktionen von Schmid.

²⁶ *Edschmid, Kasimir*, In Memoriam Dr. Otto Röhm. Zum 50jährigen Bestehen der chemischen Fabrik Röhm & Haas Darmstadt, Darmstadt o. J., S. 63ff.

schrift der Buntspinnerei und Weberei Hecking. Die Nachkriegsgeschichte des Werkes wird so abgehandelt:

„In Neuenkirchen, das im zweiten Weltkrieg als Standort von Lazaretten auch für verwundete Gefangene diente, war während der letzten Kriegsjahre jeder freie Saal mit Lazaretten und Krankensammelstellen belegt. Vielleicht ist das mit ein Grund dafür gewesen, daß das Werk J. Hecking von Bombenangriffen verschont geblieben ist. In den letzten Märztagen 1945 drohte dann das Herannahen der Front. Bis zum 29. März wurde gearbeitet; ab Karfreitag stand das Werk still. Am Karsamstag um 14 Uhr wurde Neuenkirchen besetzt. Englisch-kanadische Truppen bezogen das Werk. Im Kontorgebäude richtete sich der englische Kommandant ein. Aber bereits nach vier Tagen wurde Alphons Hecking durch den englischen Wirtschaftsoffizier veranlaßt, Kessel- und Maschinenhaus und damit die Kraftanlage wieder in Gang zu bringen, um den Ort mit elektrischem Strom zu versorgen. Auf diese Weise hatte die Betriebsführung die Möglichkeit, selbst wieder ins Werk zu kommen, und man erreichte auch, daß nun kein Unbefugter die Anlagen mehr betreten durfte.

Am 15. April 1945 waren die in der Spinnerei untergebrachten Truppen plötzlich über Nacht wieder abgezogen. Der Wirtschaftsoffizier gab die Räume zur Arbeitsaufnahme frei. Am 20. April waren die Aufräumarbeiten so weit gediehen, daß 10 Ringspinnmaschinen wieder anliefen, und am 10. Mai wurde ein Teil der Weberei freigegeben.

Zuerst konnten bei der Wiederaufnahme der Produktion nur die nach der Besetzung noch vorhandenen Lager aufgearbeitet werden. Der in Amerika angestaute Vorrat von Baumwollernten kam aber verhältnismäßig schnell nach Europa. Bereits im April 1946 wurden bei Hecking die ersten überseeischen Baumwollballen wieder angeliefert. Der Marshallplan trat in Aktion und beschleunigte zusammen mit der Währungsreform die Gesundung der westdeutschen Wirtschaft.

Die ruhige Aufwärtsentwicklung setzte bei Hecking, wie überall im Wirtschaftsleben, erst nach der Währungsreform ein. Ab 1948 hörte die Verarbeitung der im Krieg verwendeten Ersatzmaterialien, wie Flockenbast etc., auf. Der Betrieb konnte wieder zur Fertigung reiner Friedensqualitäten übergehen. Neben Baumwolle wurde in zunehmendem Maße auch Zellwolle verarbeitet, mit veranlaßt durch den ständig steigenden Export und die betonte Nachfrage nach Zellwollgeweben in den betreffenden Ländern.“

Doch nun, nach dieser Abschweifung auf die allgemeine Geschichte, zurück zum Helden dieser Betriebsgeschichte, dem Boß.

„Alphons Hecking hat den Wiederaufstieg aus den dunkelsten Nachkriegsjahren nicht mehr erleben dürfen. Am 21. Juli 1947 riß ihn der Tod aus einem seinem Werk und seiner Familie gewidmeten arbeitsreichen Leben, aus einer Fülle von Plänen, die dem Unternehmen eine noch breitere Basis verschaffen sollten.

Schon seit Jahren war seine Gesundheit angegriffen gewesen, er war schwer herzleidend. Die Aufregungen der Zeit hatten ihn hart getroffen. Die Sorge um

sein Lebenswerk war um so größer, als ihn sein Leiden hinderte, in der früheren Weise tätig zu sein. Dazu kamen persönliche Schicksalsschläge. Am 19. Oktober 1941 war der älteste seiner beiden Söhne, der 21jährige Justus Hecking, bei Perekop in Rußland gefallen; er hatte nach dem Abitur mit seiner Ausbildung begonnen, um einmal als Ältester an erster Stelle seinen Vater in der Geschäftsführung zu entlasten. Im August 1940 war Eugen Hecking, der zweite Sohn, zum Arbeitsdienst und anschließend zum Wehrdienst einberufen worden. Er ist im Juni 1945 unversehrt aus dem Krieg zurückgekommen, aber der Vater erkrankte bald, nachdem er noch diese Freude erlebt hatte, so schwer, daß er sich nicht mehr erholte.

Dennoch war Alphons Hecking acht Tage vor seinem Hinscheiden noch einmal in seinem Betrieb, dem er mehr als vierzig Jahre lang mit der gleichen Energie wie der Vater, mit dem gleichen Pflicht- und Verantwortungsgefühl und mit dem vollen Einsatz seines Lebens gedient hatte. Sein weit vorausschauender Blick für die technischen Fortschritte und die Bedürfnisse des Absatzmarktes, seine organisatorische Begabung und seine ungewöhnliche Tatkraft haben den modernen Großbetrieb geschaffen und ihm seine heutige Bedeutung gegeben, seine Sonderstellung auf dem Gebiet der Buntweberei und des Matratzendrells.

Als Alphons Hecking die Führung des Unternehmens übernommen hatte, wurden in der Weberei schon bunte Garne verarbeitet, jedoch nur in geringem Umfang, da ja alle Garne von auswärts bezogen werden mußten. Es ist seiner Idee und seinem Weitblick zu verdanken, daß der Betrieb verhältnismäßig schnell auf eine ausgesprochene Buntweberei umgestellt wurde. Durch die Errichtung einer eigenen Färberei und später auch durch die eigene Buntspinnerei machte er die Weberei von allen Zulieferanten unabhängig und schuf in rastloser Arbeit ein Unternehmen, das sowohl mit seinen maschinellen Anlagen wie auch in seinem Produktionsprogramm mit dem Werk, wie es von seinem Vater gegründet worden war, nicht mehr viel gemeinsam hatte.

Rastlos und mit unbeirrbarer Konsequenz hat er das Unternehmen durch Krisen und die Schwierigkeiten der beiden Weltkriege geführt, die höchste Anforderungen an seine Entschlußkraft und Konzentration stellten, aber seinen Willen zur Erweiterung und maschinellen Verbesserung des Betriebes nicht zu hemmen vermochten. Dabei hat er als hervorragender Menschenkenner es verstanden, die bestgeeigneten Mitarbeiter zu finden, die ihm mitverantwortlich zur Seite standen.“

Wieder wird uns hier ein Kapitalist in all der „Vielfalt seines Wirkens“ vorgestellt und mit allen persönlichen Zügen.

Er hat den modernen Großbetrieb geschaffen.

Er hat einen Sohn im Krieg verloren.

Er hat den Betrieb auf Buntweberei umgestellt.

Er war schwer herzleidend.

Er hatte einen rastlosen Willen zur maschinellen Umstellung.

Er hatte die Freude, einen Sohn aus dem Kriege zurückkehren zu sehen.

Er war ein hervorragender Menschenkenner.

Er war noch 8 Tage vor seinem Tode im Betrieb.

Er hatte einen weiten Blick für die Bedürfnisse des Marktes.

Er war voll Sorge um sein Lebenswerk.

Er, Er, Er . . .

Doch hören wir weiter. Wir sind noch nicht am Ende seiner Leistungen und müssen auch noch mehr über die Familie erfahren . . . wir können den bitteren Becher westdeutscher Unternehmergeschichtsschreibung nicht halbgeleert stehen lassen. Wissen wir doch zum Beispiel noch nicht, daß Er ein großer Jäger war. Doch lesen wir im Original:

„Als begeisterter Jäger fand er Erholung und Entspannung in seiner Jagd, die gleich hinter dem Werk begann. Mit seiner großen Liebe und Verbundenheit zur Natur hatte er sogar in seiner Jugend den Wunsch, Landwirt zu werden. Als echter Sohn seiner münsterländischen Heimat liebte er es, mit den Leuten plattdeutsch zu sprechen und mit den Bauern ein ‚Klönken‘ zu halten. In den Jahren seiner Krankheit fuhr ihn der Förster mit Pferd und Wagen fast täglich durch seine Jagd, zum letzten Male am Abend vor seinem Tod.

Alle die ihn gekannt haben, gedenken in Liebe und Verehrung seiner Güte und Herzenswärme, seiner Hilfsbereitschaft und Gerechtigkeit, seiner vornehmen Gesinnung und universellen Interessen.

In der Geschichte der Firma ist er derjenige, der die vom Vater gegründete Weberei ausbaute zu dem heutigen mehrstufigen Unternehmen, das in der Verarbeitung vom Rohmaterial bis zum fertig veredelten Gewebe selbständig ist und durch die Ausrichtung auf spezielle Produktionsartikel über die Grenzen Deutschlands hinaus Ruf und Ansehen gewonnen hat.

Alphons Hecking war es noch vergönnt gewesen, seinen Sohn Eugen, in dessen Hände das Unternehmen in dritter Generation übergehen sollte, in seine Gedanken, seine Pläne und Hoffnungen einzuweihen. Eugen Hecking hatte bereits nach seinem Abiturientenexamen im Jahre 1939 am Gymnasium in Rheine als Achtzehnjähriger seine Ausbildung begonnen, bis sie 1940 durch seine Einberufung zum Wehrdienst unterbrochen wurde. Im Krieg war er zuletzt Abteilungsadjutant bei einer Heeresflakbrigade. Trotz zweijährigen Einsatzes in Rußland hatte er das Glück, die Zeit ohne Verwundung zu überstehen und schon kurz nach Einstellung der Kampfhandlungen aus einem amerikanischen Gefangenenlager heimkehren zu können. In den Jahren zwischen 1945 und 1951 hat er seine Ausbildung vielseitig fortgesetzt und mit einer längeren Studienreise in die USA abgeschlossen.

In diesen Jahren verfolgte Frau Maria Hecking, die in den beinahe dreißig Jahren ihrer Ehe an der Arbeit ihres Mannes regen Anteil genommen hatte, mit großem Interesse die Entwicklung des Betriebes, den sie wie ihr Sohn in dessen bei Wilhelm Lohaus in guten Händen wußte.

Nachdem Alphons Hecking noch zu seinen Lebzeiten alle Beteiligungen seiner Geschwister abgefunden hatte, sind Frau Maria Hecking und ihr Sohn Eugen heute die alleinigen Eigentümer des Werkes.

Eugen Hecking, seit Februar 1952 mit Franzis Schilgen aus Emsdetten verheiratet, hat 1951, unterstützt von den alten Mitarbeitern seines Vaters, die Leitung des Werkes übernommen, das er nun in das zweite Jahrhundert seines Bestehens führt.“²⁷

Die Darstellung bedarf noch weiteren Kommentars, um die ganze Frechheit und Dummheit solcher Historiographie herauszuarbeiten.

Man beginnt mit einer Schilderung der ersten Wochen nach der Besetzung durch englische und kanadische Truppen – über die Belegschaft kein Wort.

Ein Absatz von wenigen Zeilen behandelt die Rohstofffrage, die letztlich mit Hilfe des Marshallplanes und der Währungsreform zugunsten des Kapitals gelöst wurde.

Es folgt ein ebenso kleiner Absatz, der erklärt, daß ab 1948 alles in Ordnung geht.

Fertig. Das heißt, die Zeit des Aufbaus, der stärksten Leistungen der Werktätigen, die nicht erwähnt werden, die unter schlimmsten Verhältnissen Größtes vollbringen, wird praktisch übergangen.

(Solche Versuche, die erste Nachkriegszeit soweit wie möglich zu übergehen, finden sich gar nicht so selten in den Jubiläumsschriften – am grotesksten wohl in der Festschrift einer Buchdruckerei mit Zeitungsverlag, wo es so aussieht:

„Ein recht schmerzlicher Verlust traf uns alle im Frühjahr 1939 durch den Heimgang des Mitbegründers und Mitinhabers der Firma, des Herrn Emil Burris. Eine nicht erkannte, wohl auch nicht empfundene Erkrankung innerer Organe nahm den sonst stets rüstigen Mann in seinem 59. Lebensjahre mitten aus vollem Schaffen heraus. Sein verdienstvolles Wirken sowie die jahrzehntelange, gemeinsame Zusammenarbeit des Verstorbenen mit seinem Bruder, dem heutigen Seniorchef des Unternehmens, ist uns allen, die wir mit dem Verbliebenen arbeiteten, bis auf diesen Tag ein Vorbild und eine Verpflichtung, in seinem Sinne weiter zu schaffen und nicht müde zu werden. Möchten nachkommende Geschlechter das Erbe in gleicher Weise fortsetzen!

Anstelle des für seine Familie allzufrüh Heimgegangenen ist seine Ehefrau, Wwe. Emma Burris, geb. Grürmann, als Gesellschafter in die Firma eingetreten, auch wurden die im Geschäft schon länger mittätigen Söhne der Gesellschafter, die Herren Werner und Helmut Burris, bei der Gelegenheit als Teilhaber mitaufgenommen. Zugleich erhielten die beiden ältesten kaufmännischen Angestellten, Herr Fritz Gerold und Herr Walter Schilbock, in Anerkennung ihrer Verdienste als sichtbaren Vertrauensbeweis Prokura bzw. Handlungsvollmacht; sie zeichnen die Firma mit ihrer Unterschrift gemeinsam.

Wenn dem mit so bescheidenen Anfängen begonnenen Unternehmen bisher ein fast stetiger, glücklicher Aufstieg beschieden war, so ist derselbe neben dem immer bereiten Einsatz der Inhaber aus nunmehr schon zwei Generationen vor allem auch der freudigen Mitarbeit seiner treuen Angestellten und Werksleute

²⁷ 100 Jahre J. Hecking, Neuenkirchen 1958, S. 40 ff.

zu danken, die ihrerseits den zurückgelegten langen Weg mit uns gegangen sind. Es ist für uns eine wahre Befriedigung und unser Stolz, daß das zwischen beiden Teilen bestehende harmonische Verhältnis wie auch der im Betriebe vorherrschende gute Ton das beste Zeugnis für diese Verbundenheit darstellen, die kaum jemals durch irgendwelche sozialen Spannungen oder Differenzen überschattet wurde.

Des Lebens höchstes Glück beruht in der Zufriedenheit. Den Inhabern der Firma Gebrüder Burris war trotz aller in der Vergangenheit erreichter geschäftlicher Erfolge dennoch für eigene, persönlichste Bedürfnisse nur eine schlichte, einfache Lebensauffassung vorbehalten. Derartige Gegebenheiten dürften indessen auch künftighin die Firmeninhaber am allerwenigsten bedrücken, denn ‚Ansprüche‘ in dieser Richtung haben sie nicht; ihr Wunsch ist begreiflicherweise aber, daß das an seinem Jubiläumstage schuldenfrei dastehende Unternehmen die durch Kriegsgeschehen wieder einmal in der ganzen Welt hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gut überstehen möge, und daß dem Werk auch in der Zukunft ein weiterer erfreulicher Aufstieg beschieden sei.

In dieser Hoffnung schließt unser Rückblick auf die verflissenen 50 Jahre mit einem herzlichen ‚Glückauf!‘²⁸

Weltkrieg und Nachkriegsjahre sind hier übersprungen – zugunsten der Erwähnung der zeitlosen Bedürfnislosigkeit und entsprechend bescheidener Ansprüche der Firmeninhaber.)

Doch zurück zur Firma Hecking. Nachdem man die Welt- und Betriebsgeschichte bis zur Währungsreform so schnell wie nur möglich erledigt hat, folgt nun – Geschichte ist die Geschichte des Boss und seiner Sippe – ein intimes Bild von Alphons Hecking, dem Rastlosen und mit unbeirrbarer Konsequenz Begabten, der noch am Abend vor seinem Tod durch „seine Jagd“ (auf Tiere, nicht auf Profite) fuhr. Wichtig erscheint dem Betriebshistoriker auch die Mitteilung, daß die Frau von Alphons, namens Maria, „regen Anteil an der Arbeit ihres Mannes“ nahm – wobei die Alternativen dazu wohl entweder Teilnahmslosigkeit für die Arbeit des eigenen und Interesse für die Arbeit eines anderen Mannes oder absolute Teilnahmslosigkeit sind. Hauptsache, daß die Nachwelt durch die Firmengeschichte volle Aufklärung über Maria, die Teilnahmsvolle, hat. Im Gegensatz zur Frau von Alphons hieß die des Sohnes Eugen nicht Maria, sondern Franzis; sie stammt aus Emsdetten, was ebenfalls seine nicht geringe Bedeutung für die Geschichte der Firma Hecking hat.

Es ist wirklich grotesk und schamlos, auf welche Tiefen die westdeutsche Betriebsgeschichtsschreibung versinkt. Vielleicht tut man den Frauen Hecking Unrecht; vielleicht sind sie harmlose gute Mütter, die sich für ihre Kinder und Enkel den Frieden wünschen; vielleicht niemanden störende dumme Gänse, deren Horizont nicht weiter als ihr Büstenumfang reicht. In jedem Fall haben sie mit der Geschichte des Betriebes nach der hier von ihnen gegebenen Charak-

²⁸ 50 Jahre Gebrüder Burris, Hemer 1951, S. 14f.

teristik nicht mehr zu tun als Jutta die Bucklige, Gräfin von Burnbary, die bekanntlich Zwillinge mit der Milch zahmer Zebras großzog. Und in jedem Fall auch schweigt die Geschichte der Firma Hecking über die Tausenden von Frauen, die in der hundertjährigen Geschichte des Betriebes ihre Arbeitskraft geben mußten, ausgesaugt, ausgeplündert, ausgepreßt bis aufs Letzte, damit mehr und mehr Waren zum Profit der Firma hergestellt werden konnten. Kein Wort über sie, ohne die die Firma auch nicht einen Tag hätte wirken können, ohne die „die prächtige Belegung des Geschäfts“ nach dem zweiten Weltkriege eine Unmöglichkeit gewesen wäre. So sieht ein Zweig westdeutscher Historiographie aus!

*

Die Wahrheit ist einfach, und der Historiker, der sie verbreitet, kann nur eine Linie haben.

Die Lüge ist kompliziert und gibt viel „größere Freiheit“ der Linie.

Daher haben die westdeutschen Historiker der Firmengeschichte verschiedene Linien. Müssen sie haben. Muß das Monopolkapital doch, um seine Apologetik so wirksam wie möglich zu machen, sowohl in dieser wie in jener Richtung, sowohl diese wie jene Schichten betrügen.

Die Chefs machen Geschichte – das ist eine Linie, um die Diktatur der Monopole zu rechtfertigen.

Wir sind doch alle Sozialpartner – das ist eine andere Linie, um den Klassenkampf abzuschwächen, um die „Theorie“ der Klassenharmonie zu verbreiten, und so das brüchige Gestell des „Thrones der Elite“ zu stützen.

Untersuchen wir nun die westdeutschen Firmengeschichten unter diesem Gesichtspunkt, und beginnen wir mit einem Bericht aus der Bauindustrie:

„Männer der Wirtschaft sind es nicht gewohnt, die Hände in den Schoß zu legen, wenn sich Schwierigkeiten auftürmen. Ihr ganzes Leben bedeutet Kampf gegen Schwierigkeiten aller Art, die sich ihrem Aufbauwillen entgegenstellen. So nimmt es nicht Wunder, daß, sofern überhaupt die Möglichkeit zum Schaffen gegeben war und nicht durch politische Tatsachen verhindert wurde, die Männer vom Bau in zäher Arbeit wieder ans Werk gingen, um aus dem Zusammenbruch zu retten, was noch zu retten war. Es fehlte praktisch an allem, nur nicht an dem Willen, die maßlosen Schwierigkeiten zu meistern. Männer aus allen Kreisen der Hochtief fanden sich zusammen in dem festen Willen, dem so schwer angeschlagenen Unternehmen zu einem neuen Anfang zu verhelfen. Arbeiter und technisches Personal suchten aus den zerstörten Bauhöfen, aus Trümmern und auf den verschont gebliebenen Baustellen wieder Geräte zusammen und machten sie mit den geringen Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen, wieder betriebsfähig. Der Kampf um das Material erschwerte diese ersten Arbeiten, der Verfall der deutschen Währung verschlimmerte die Zustände und brachte neue Hemmnisse mit sich. Die Möglichkeit, ja, nur die Erlaubnis zur Arbeit mußte vielfach den herrschenden politischen

Mächten erst abgerungen werden. Durch die willkürlich gezogenen Zonen-
grenzen, die alte wirtschaftliche Zusammenhänge zerrissen, entstanden neue,
große Erschwernisse.

Ein ungebrochener Mut gehörte dazu, unter diesen Umständen neu mit der
Arbeit zu beginnen. Es war Zeichen und Ausdruck der inneren Geschlossenheit
des Unternehmens, daß sich die Geschäftsleitung und der alte Stamm der
Belegschaft alsbald zusammenfanden in dem Bestreben, Hochtief, die ihnen
über Jahre und Jahrzehnte hinaus die Nährmutter gewesen war, an der sie
nicht nur um des Verdienstes willen hingen, sondern weil sie ihnen ans Herz
gewachsen war, wieder aufzubauen und zu ihrer alten Stellung zu verhelfen.
Was in diesen ersten Jahren nach dem Zusammenbruch geleistet wurde,
ist ein Ruhmesblatt für alle Beteiligten. Es war ein Bekenntnis zur Arbeit und
Ordnung, ein Zeichen eines ungebrochenen Geistes, vor allem ein hohes Lied
auf den Leistungswillen unserer Arbeiterschaft, die ohne genügende Nahrung
und Kleidung zu ihrer täglichen Arbeit und Pflicht stand und den Begriff
solider Facharbeit wieder erstehen ließ. Die innere Verbundenheit durch lange
gute Zusammenarbeit zeigte sich hier in ihrer reinsten Form.

Die Leitung von Hochtief lag in den ersten Nachkriegsjahren in den Händen
von Dipl.-Ing. Josef Müller, Vorstandsmitglied seit dem Jahre 1937 und Dipl.-
Ing. Arthur Konrad, Vorstandsmitglied seit 1946. Beide standen seit Jahr-
zehnten in Diensten des Unternehmens, beide hatten sich auf den verschieden-
sten Posten bewährt. Als sein Alter Arthur Konrad zu seinem Ausscheiden ver-
anlaßte, trat 1950 Regierungsbaumeister Wolfgang Anger, bis dahin Nieder-
lassungsleiter in Köln, neu in den Vorstand ein. Das Verdienst, die ungewöhn-
lichen Schwierigkeiten nach dem Zusammenbruch gemeistert zu haben, gebührt
diesen Männern. Dem Vorstand stand und steht eine große Zahl von Bau-
ingenieuren, Maschineningenieuren und Kaufleuten in leitender Tätigkeit zur
Seite, von denen jeder einzelne in jahrzehntelanger Auslese auf seinen Platz
berufen worden ist. Ohne das Wirken aller dieser Kräfte hätte Hochtief schwer-
lich die Nachkriegsschwierigkeiten so schnell überwinden können. Aber diese
Erfolge waren nur möglich, weil Hochtief aus ihrer früheren Arbeit noch über
einen großen Stamm vielfach bewährter Angestellter und Arbeiter verfügte,
die sich durch kein Ungemach in ihrem Pflichtbewußtsein beirren ließen.“²⁹

Von besonderem Interesse ist der letzte Absatz, in dem der Verfasser zunächst
in die Chefgeschichte-Ideologie zu verfallen scheint, sich dann aber zusammen-
reißt und wieder an die „vielfach bewährten Angestellten und Arbeiter“ er-
innert.

Musterhaft ist der vorletzte Absatz, in dem alles enthalten ist, was die Ideologie
der Gemeinsamkeit von Kapital und Arbeit fördern soll: das gemeinsame Be-
kenntnis zu „Arbeit und Ordnung“, das „Ruhmesblatt für alle Beteiligten“,
die „innere Geschlossenheit des Unternehmens“, das „Zusammenfinden von

²⁹ 75 Jahre Hochtief Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten, Mainz o. J.,
S. 24f.

Geschäftsleitung und „altem Stamm der Belegschaft“ usw. Dazu das „Berufsethos“: „die Männer vom Bau“ – ob Chef oder einfacher Arbeiter. Interessant auch als allgemeine Darlegung der Situation ist der folgende Bericht einer Kammgarnspinnerei:

„Vor Katastrophen, wie sie der Zusammenbruch des Reiches im unseligen Jahre 1945 auslöste, mußte jede Erfahrung versagen. Verständlich ist deshalb, daß Zweifel entstanden, ob ein Wiederaufbau in Kaiserslautern überhaupt ratsam sei. Ein zunächst fast nebensächlich scheinender Umstand aber drängte zu der Entscheidung, der das heutige Werk seine neue Blüte verdankt: Unter den zusammengesunkenen Dächern nämlich hatten die Werkzeugmaschinen der Rüstungsfertigung den Brand leidlich überstanden, besser jedenfalls als die empfindlicheren Textilmaschinen, und damit schlug der Zufall die Brücke in die neue Zukunft. Der Blick auf die erhalten gebliebenen Werkzeugmaschinen ließ den Plan reifen, einen Teil dieser Maschinen zu einer ‚Reparaturwerkstatt‘ zusammenzustellen und so dem Zugriff der damaligen Demontagekolonnen zu entziehen. Eine Robinsonade in neuem Gewand hob an, in der man dann und wann das fehlende Werkzeug oder Ersatzteil gern mit Gold aufgewogen hätte, wenn man solches besessen hätte.

Einfallsreiche Improvisationen mußten die gewohnten Verfahren, Mittel und Stoffe ersetzen. Das Kraftwerk war zunächst der einzige ‚Verdiener‘. Es lieferte nach wie vor die Kraft für Kaiserslauterns Haushaltungen. Daneben zog die Färberei einigen Verdienst aus Kleinstaufträgen der Bevölkerung. Als man herausfand, daß zellwollgemischte Handstrickgarne ein ausgezeichnetes Tauschmittel im Rahmen der in jenen Tagen üblichen Kompensationsverfahren bildeten, war man wieder einen Schritt weiter. Glücklicherweise durfte sich, wer trotz der rücksichtslosen Beschlagnahme seiner Rohstoffe und jeglichen Baumaterials durch die Besatzungsmacht doch noch einen Weg zur Beschaffung der lebensnotwendigen Ausgangsstoffe fand. Mit List und einigen Einbußen brachte man z. B. 12000 kg Kammzeug, die sich in der ‚amerikanischen‘ Zone befanden, aus Württemberg in die ‚französische‘ Besatzungszone. Es war der einzige Rohstoffvorrat, den der Krieg der Firma gelassen hatte. Auf einigen inzwischen wiederhergestellten Spinnmaschinen wurde er zu wertvollem Garn verarbeitet. Das Garn wiederum ließ sich in der amerikanisch besetzten Zone ohne Schwierigkeiten gegen weitere Wollmengen und Betriebsmaterial eintauschen. Allmählich gelang es so, den für den Wiederanlauf des Betriebes unentbehrlichen Rohstoffstock zu schaffen.

Erfreulicherweise hatte das Denken in Kompensationswerten nicht alle Wirtschaftskreise erfaßt. Manche alten Geschäftsfreunde kamen der Kammgarnspinnerei bei diesen ersten Gehversuchen nach dem Kriege großzügig entgegen, ohne nach Tauschware zu fragen. Die Kugellagerfabrik Müller in Erlangen, die ohne Zögern 20000 Kugellager zur Wiederherstellung der zerschlagenen Spinnmaschinen gegen vollkommen unzeitgemäße Bezahlung in Reichsmark lieferte, erwarb sich mit einer solchen Haltung in der Zeit des Wiederaufbaus unschätzbare Verdienste.

Besondere Opfer aber wurden von den Betriebsangehörigen verlangt, als es nach dem verlorenen Krieg darauf ankam, einen neuen Anfang zu finden. Mit besonderem Dank sei in diesem Zusammenhang der Mitarbeiter gedacht, die sich eine Zeitlang unter Verzicht auf ein reguläres Gehalt mit einer Art Ehrensold von einer Reichsmark für die Arbeitsstunde einverstanden erklärten. Arbeiter, Direktoren, Prokuristen, Heizer und Büroangestellte verrichteten damals in guter Kameradschaft die gleichen Arbeiten. Auf die Ausübung des erlernten Berufs wurde kein sonderliches Gewicht gelegt. Jeder faßte mit an, wo gerade Not am Mann war. Kaufleute aus der Verwaltung bedienten die Entrostungsgeräte, Ingenieure scheuten sich nicht, als Montageschlosser zu werken. Zu tun gab es genug. Und Ende Oktober 1945 reifte die erste Frucht dieses Notwerks, das sie alle verband, als unter dem einzigen verschont gebliebenen, wenige Quadratmeter großen Dachstück der alten Kammgarnspinnerei die erste Spinnmaschine wieder anlief.“³⁰

„Arbeiter, Direktoren, Prokuristen, Heizer“ – Welch eine Reihenfolge! und dabei noch „gute Kameradschaft“ in dieser Reihe!

Neben diesem Betrug (dem in den Tagen der schlimmsten Not durchaus eine subjektive Empfindung zugrunde gelegen haben mag, aber natürlich keineswegs mehr zu der Zeit, als die Festschrift geschrieben wurde) finden wir eine in mancher Beziehung durchaus realistische Schilderung der Zeit, in der sonst reißende Wölfe sich in gerissene Schuggler und Kompensationsgeschäfte machende commis verwandelten, und die „Löwen der Besatzungsmächte“ gegeneinander ausspielten.

Einen ähnlichen Ton der Aufbaugemeinschaft der ersten Nachkriegszeit hören wir aus der Jubiläumsschrift einer Glashütte:

„In der Bombenzeit und in den folgenden Elendsjahren hat sich am Beispiel Crengeldanz gezeigt, daß der deutsche Arbeitswille durch nichts zu brechen ist. Was die durch Hunger und Entbehrungen entkräftete Stammebelegschaft des Werkes Crengeldanz in diesen Jahren leistete, füllt ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Werkes. In zäher Ausdauer und treuer Hingabe haben Betriebsleitung und Belegschaft unter schier unerträglichen Lebensbedingungen ihr Letztes gegeben, um das Werk zu schützen, seine Schäden zu heilen und die Produktion aufrechtzuerhalten.“³¹

Anders nuanciert, doch in gleicher Richtung zielend, der Bericht einer Großgerberei, in dem „Arbeitsgemeinschaft der Ordnungskräfte des Betriebes“ und „Ausländer“ sowie „durchziehende Soldaten“ gegenübergestellt werden:

„Nach kurzem Artilleriebeschuß betraten am Vormittag des 28. März amerikanische Truppen die Anlage Zwischen Dämmen. Der Maschinenmeister ging ihnen mit der weißen Fahne entgegen. Richard Freudenberg, der das Werk seit Tagen nicht verlassen hatte, erhielt den Auftrag, die dort Anwesenden im Hof zusammenzurufen; darauf wurden diese Anlagen besetzt. Schon in der Nacht

³⁰ *Einhundert Jahre Kammgarnspinnerei Kaiserslautern 1857–1957*, Mainz 1957, S. 50f.

³¹ *125 Jahre Glashütte Witten-Crengeldanz*, Fürth 1951, S. 48.

vorher hatten Richard Freudenberg, Oberingenieur Müller und der bei der Stadt tätige Polizeibeamte Langer durchgesetzt, daß die kleine Truppe der Wehrmacht Weinheim aufgab. In den frühen Morgenstunden des 28. März verließ sie die Stadt. Am nächsten Morgen besetzten die Amerikaner auch das Werk im Müll; nun erst konnten die vielen Menschen, die in den Schutzstollen Zuflucht gesucht hatten, diese verlassen. In jenen ernsten Tagen der Übergabe, als es auf Selbstdisziplin ankam, weil keine äußere Ordnung mehr da war, hat sich der Geist der Firma aufs schönste bewährt. Die Ordnungskräfte aus den Reihen der Werksangehörigen schützten ‚ihre‘ Firma vor Eindringlingen; weder eigene noch Fremdarbeiter haben geplündert.

Auf Anordnung des Stadtkommandanten übernahm Richard Freudenberg, der schon seit 25 Jahren dem Stadtrat angehörte, das Amt des Bürgermeisters. Ohne die Mitarbeiter der Firma wäre es nicht möglich gewesen, in der schwierigen ersten Zeit weiterzukommen. ‚Freiwillige Helfer‘, heißt es in einem Bericht aus diesen Tagen, ‚waren in überreichem Maße da, ohne gerufen zu werden. Die wenigen leitenden Männer fühlten sich wie getragen von den hinter ihnen Stehenden. Alle fanden sich zusammen in dem Willen, so schnell wie möglich wieder zu arbeiten und damit zu leben. So kam eine Kraftentfaltung zustande, die niemand der Firma mit ihren übermüdeten, abgearbeiteten Leuten zugetraut hätte.‘ Die Freudenbergschen Dampfturbinen waren während der Kampfhandlungen weitergelaufen; schon am Abend des 29. März speisten sie die Stadt mit Wasserwerk, Lazaretten und Krankenhaus. Diese Tatsache hat nicht am wenigsten dazu beigetragen, daß das Werk eine Off-Limits-Erklärung erhielt und daher kein wesentlicher Teil von den Besatzungstruppen beschlagnahmt wurde. Die Stadtwerke wurden von der Truppe geräumt, die Betriebsleitung übernahm Oberingenieur Müller. Für die bedrohlich wachsende Zahl der Ausländer, der displaced persons, mußten mit größter Beschleunigung Unterkünfte geschaffen werden; nur dem energischen Zufassen der Firma und ihrer Leute war es zu danken, daß diese 3000 Fremden nicht in Privatwohnungen eingewiesen, sondern in Schulen untergebracht wurden, die man rasch dafür einrichtete. Auch für die von der Wehrmacht entlassenen, durchziehenden Soldaten sorgte die Firma. Die gesamte Last der Verpflegung für alle diese Ortsfremden lag in den ersten Wochen auf der Werksküche, die Hervorragendes geleistet hat.

Im Gegensatz zu zahllosen anderen Fabriken, die zerstört waren, konnte die Arbeit in Weinheim und Schönau schon nach wenigen Tagen wieder aufgenommen werden, nachdem die Militärbehörde in Rücksicht auf die leicht verderblichen Rohstoffe und Halbfertigfabrikate die Genehmigung hierzu gegeben hatte. Die in Weinheim und innerhalb der Sechskilometer-Grenze Wohnenden kamen wieder zur Arbeit; denen, die nicht kommen konnten, zahlte die Firma weiterhin die Hälfte ihres Wochenlohns. Trotzdem fanden sich in steigender Zahl auch solche ein, die in größerer Entfernung wohnten, ohne auf die Ausstellung von Ausweisen zu warten.“³²

³² 100 Jahre Carl Freudenberg, München o. J., S. 172, 174 u. 176.

Das scheint wirklich ein netter Betrieb gewesen zu sein. „Die leitenden Männer fühlten sich wie getragen von den hinter (nicht etwa unter! – J. K.) ihnen Stehenden“. Und dann hat der Senior-Chef sogar dafür gesorgt, daß die „Wehrmacht“ abzieht, so daß es nicht zu Kämpfen kommt. Großartig – objektiv . . . denn zweifellos hat er dadurch so manchem Leben und ein wenig Hab und Gut gerettet. Vor allem aber sich selbst! oder urteilen wir zu scharf? Hören wir noch einiges über das weitere Schicksal von Richard Freudenberg:

„Ganz überraschend wurde Richard Freudenberg, der inzwischen auch zum Landrat bestellt worden war, am 27. Mai 1945 von der Militärbehörde verhaftet; nach zwölf Wochen entließ man ihn, als sich der Verhaftungsgrund als Irrtum herausgestellt hatte. Später kam er als Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank in automatische Haft, so daß er im ganzen fast zwei Jahre für die Leitung der Firma ausfiel.“³³

Das heißt, ein Kriegsverbrecher entließ die Wehrmacht in Weinheim, weil sie ihm keinen Raub mehr, sondern nur noch Schaden bringen konnte!

Völlig gleichgültig waren in jenen Tagen die Motive, aus denen ein Widerstand, der weiteres Unglück gebracht hätte, verhindert wurde. Aber weder der Historiker noch die Werktätigen, für die er schreibt, dürfen dulden, daß solch Kriegsverbrecher, der erst zum „Pazifisten“ wird, als ihm das mehr Profit einbringt, als Mitglied einer „Betriebsgemeinschaft“ gepriesen wird.

Eine andere vom Geist der „Betriebsgemeinschaft“ durchdrungene Firma, mit Bauten beschäftigt, schildert die Nachkriegsjahre unter der Überschrift „Der Lebenswille setzt sich durch“:

„Vorbeigerast die Schlacht mit ihren Bombenteppichen, denen die rasselnden Panzer folgten! Hinter ihren Spuren war alles nur Zerstörung und Auflösung. Zerschlagen waren alle Organisationen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Nur im engsten, lokalen Bereich stellten sich verantwortungsbewußte Persönlichkeiten in den Dienst des Lebens, das trotz allem sein Recht verlangte. Es ging um die Befriedigung der primitivsten Bedürfnisse, um die Heranschaffung und Verteilung der wichtigsten Nahrungsmittel, um die Versorgung mit Trinkwasser, elektrischem Strom und Brennstoffen. Vorbedingung hierzu war die Wiederherstellung der Verkehrswege. Hier konnten die Männer vom Bau nicht untätig bleiben, denn Bauen heißt Leben, und ohne Bauen kein Leben, vor allem kein Leben für eine größere Gemeinschaft. Durchdrungen von dieser Wahrheit stellten sich die Männer der Firma Schöttle & Schuster überall, wo sie sich auf Stützpunkten zusammenfanden, sofort in den Dienst der öffentlichen Aufgabe. Immer noch bestand der Bauhof in Preußisch-Oldendorf. Und so wurde die Firma in diesem Gebiet noch im Mai 1945 wieder tätig. Das Bett des Ems-Weser-Kanals war versperrt durch die Trümmer zahlreicher, gesprengter Brücken. Zwischen Lübbecke und Bramsche begann die Schöttle & Schuster A.-G. mit der Hebung der noch verwendbaren Brückenteile und mit der Beseitigung der Trümmer. Mehrere Kolonnen waren am Werk, und so

³³ Ebenda, S. 177.

konnte der Kanal bereits zum Jahresende 1945 wieder befahren werden. Die geborgenen Brückenteile wurden auf Gerüste abgesetzt und teilweise für den behelfsmäßigen Landverkehr benutzbar gemacht . . .

Bald konnte auch eine besondere Arbeitsgruppe mit der Behebung der Kriegsschäden in den eigenen Anlagen der Firma auf dem Abraumbetrieb Berrenrath-West beginnen und die Aufnahme der Förderung zum Frühjahr 1946 vorbereiten. Überall, wo sich Männer der Schöttle & Schuster A.-G. zusammenfanden, packten sie zu in reibungslosem Zusammenwirken mit allen übrigen positiv und lebensstüchtig eingestellten Kräften, die sich nicht von der Niedergangsstimmung treiben lassen wollten und die Todesstarre des Zusammenbruchs energisch abschüttelten.

Dies zeigte sich auch im Dürener Revier, dem Kampffeld eines vernichtenden Winterkrieges. Nur zögernd kehrten die Einwohner in ihre zerstörten und minenverseuchten Dörfer zurück, um dort, abgeschnitten von der Welt, ein entbehrensreiches Dasein zu fristen. Es fehlte an allem, angefangen beim Wasser. Es gab keine öffentlichen Dienste. Die Gegend mußte wie Kolonialland von Grund auf neu erschlossen werden. Noch im Mai 1945 begab sich die Firmenleitung in das Gebiet. Der erste Eindruck war entmutigend, aber eingehende Untersuchungen zeigten, daß die Abraumgeräte nur verhältnismäßig geringfügige Beschädigungen erlitten hatten. Die verantwortungsbewußten Leiter der BIAG ‚Zukunft‘, die sich unter Hinnahme großer, persönlicher Strapazen und Entbehrungen um die Inangsetzung der Stromversorgung bemühten, faßten den Entschluß, die Kohlenförderung auf der Grube Düren zunächst wiederaufzunehmen. Die Zusage der Firma Schöttle & Schuster, sofort mit den Abraumarbeiten zu beginnen, hat ihr diesen Entschluß zweifellos erleichtert. Nun schien der Bann gebrochen, die Heimkehrer sahen die Möglichkeit, sich erneut ihren Arbeitsplatz zu schaffen, und so griffen sie alle kräftig zu. Mit Omnibussen wurden Angehörige der früheren Belegschaft aus der Evakuierung herangeholt, fehlendes Kleinwerkzeug, Reparaturmaterial und sonstige Stoffe aus den Magazinen in Preußisch-Oldendorf beschafft oder auf abenteuerlichen Fahrten durch das Industriegebiet im Tauschhandel gegen Lebensmittel neu erworben. Nach Beseitigung der Minenfelder und Wiederherstellung der Gleisanlagen konnte bereits im Juli 1945 die Abraumförderung mit einem Diesel-Löffelbagger aufgenommen werden. In gemeinsamer Arbeit mit der BIAG ‚Zukunft‘ war auch bald wieder die stark beschädigte Stromversorgung betriebsfähig, so daß endlich die Großgeräte anlaufen konnten. Zum Jahresende hatte die Abraumförderung wieder den vollen Umfang erreicht.“³⁴

Immer sind es „die Männer der Firma“, die sich zusammenfinden und etwas leisten . . . keine Spezialorbeeren für die Chefs, die in dem ganzen Abschnitt überhaupt nicht erwähnt werden.

³⁴ 75 Jahre Tatgewordener Optimismus 1875–1950. Eine Betrachtung zum Jubiläum der Schöttle & Schuster A.-G. Köln, Mainz 1950, S. 28 ff.

„Die Männer der Firma“ oder „die Männer vom Bau“ – wie gerissen geschickt wird hier wieder an den Berufsstolz der Kumpel angeknüpft und dieser mit einem „Stolz auf die eigene Firma“ verwoben! Unternehmerpsychologie!

Dazu die Erinnerung an die eigene Leistung – an Bauten, die noch heute jeder vor sich sehen, seinen Kindern zeigen kann . . . dargestellt wieder auch als Bauten der Firma, zu der man treu (und ja nicht streikend!) stehen soll. Konzernpsychologie!

Natürlich kommen auch „verantwortungsbewußte Leiter“ und „verantwortungsbewußte Persönlichkeiten“ vor – aber nicht aufdringlich, nur gewissermaßen als Erinnerung, daß auch sie existieren.

Dazu scheinbar oder gar anscheinend eine Abneigung gegen das Wüten des Krieges mit seinen Zerstörungen. Allerdings werden nur Sachen zerstört und Organisationen zerschlagen. Ein Versehen, daß das Leben nur fordert, aber nicht zerstört wird?

Sehen wir uns das vorangehende Kapitel an, und wir werden den Geist dieser Geschichte schnell begreifen. Schon die Überschrift besagt alles: „Im Dienst der Landesverteidigung“. Und nun nur noch einen Absatz:

„Die letzte große Arbeit der Firma auf deutschem Boden während des Krieges war ein Stollenbau in Porta bei Minden für die unterirdische Verlagerung von Industriebetrieben. Aber auch außerhalb der alten Reichsgrenzen schafften Baukolonnen der Schöttle & Schuster A.-G., besonders im Einsatz am Atlantikwall und dann 1942 als Hauptunternehmer bei der OT-Oberbauleitung Rouen. Mit ihren alten, erfahrenen Kräften leistete die Firma wertvolle Arbeit durch Ausführungen von Bahnen, Brücken, Schleusen und Fähren.“³⁵

Wertvolle Arbeit!

Kein Wunder, daß diesen faschistischen Verbrechern Worte wie „Betriebsgemeinschaft“, „Männer von X“ usw. leicht von den Lippen in die Feder und von dort in die Jubiläumsschrift fließen. Man braucht nur einige Gedankengänge wie Elite, Betriebsführer usw. auszulassen, und schon kann die übrige alte Phraseologie ungestört und ungehemmt weiterrauschen.

Anders im Stil – Welch gepflegter Stil! –, anders profiliert, mehr vom Standpunkt des „dem Vaterland ergebenen Patriarchen“ schildert die Jubiläumsschrift einer Teppich-Großfabrik unter der Überschrift „Die schwarze Wolke“: „Am 12. Mai 1940 fiel die erste Bombe auf Düren. Von da an ging die Stadt, genau wie andere Städte auch, auf dem schmalen Pfad des Mutes, des Trotzes, der Hoffnung und des unerschütterlichen Lebenswillens durch die Jahre des Krieges, der sich wie eine tödliche Krankheit langsam einfraß und verschlimmerte. Und trotz des Tag und Nacht lauerten Todes mühten sich die Menschen um ihr Brot, trugen die jungen Frauen hübsche Kleider, gingen die Musikfreunde in Konzerte, hoben Theateraufführungen die vom immer zermürenden werdenden Alltag erschöpften Dürener in die Gefilde der Zeitlosigkeit.“

³⁵ Ebenda, S. 26.

Die Fabrik arbeitete, sie webte keine Teppiche mehr, sie erzeugte, was Kriegsgebot und Not von ihr verlangten.

Aber im Frühjahr 1944 begann die Vernichtung. Das war kein Leidensweg mehr, das war fortgesetzter, sich von Mal zu Mal steigender Schrecken. Es war Schrecken und Entsetzen und nackte Angst zu jeder beliebigen Stunde der Tage und Nächte. Flammende Ströme brachen vom Himmel, denen Schwärze, Leblosigkeit und Tod folgte, Branddunst, den die Helligkeit des Tages nicht mehr zu durchdringen vermochte.

Es gab keinen Schutz. Es gab keine Bunker und keine Stollen. Nur flache Luftschutzgräben. Der Grundwasserspiegel lag zu hoch. Es blieb jedem Einwohner freigestellt, ob er sich ein Loch graben wolle. Ein Grab?

Die Bevölkerung veränderte sich. Alle wurden krank und häßlich, verkrampft und fiebrig. Gasometer durch Volltreffer vernichtet. Die Stromversorgung unterbrochen. Alle Geleise des Bahnhofes nicht mehr befahrbar.

Die Rückzugswelle der deutschen Truppen aus Belgien und Frankreich erreicht Düren. Die Statistik der festgestellten Bombeneinschläge wird sinnlos. Amerikanische Ferngeschütze nehmen die Stadt 46 Tage lang unter Feuer. Tag und Nacht.

Es kommt der 16. November 1944.

Eintausend viermotorige Bomber säen 4000 Spreng- und Minenbomben, 50000 Stab- und Phosphorbrandbomben auf die Stadt.

Auch an diesem Tage hatte die Fabrik gearbeitet. Sie hatte gearbeitet bis zum Letzten. Minuten nur, bevor Erde und Luft im Geheul der Flugmotore zu zittern begannen und die Welt dem Untergange nahe schien, flogen die Schalter auf ‚Aus‘, standen die Maschinen still und verkrochen sich die Menschen, um ihr Leben zu schützen.

Düren ist ausgelöscht. Ein Horchtrupp wird zurückgezogen, es wird kein Leben mehr festgestellt. Befehl: die Stadt wird geräumt. Es ist nicht mehr viel zu räumen. Wer sich von den Trümmern seiner Habe nicht trennen konnte, blieb, wurde zum Nervenfetzen und glitt an den äußersten Grenzen des Wahnsinns entlang. Schmerz, Panik, Trost wurden nicht mehr gefühlt.

Düren hatte 1940 46485 Einwohner gezählt. Am 17. Januar 1945 waren es noch vier, 95% der Stadt war zerstört. Am 25. Februar wurde Düren von amerikanischen Truppen besetzt, und Mitte März kamen die ersten Rückwanderer. Im April gab es für jeden wöchentlich ein dreipfündiges Schwarzbrot. Es herrschte Hunger.

Lange Zeit, bis zum 23. Februar 1945, dem Tage des nach schwerster Artillerievorbereitung an der Ruhr auf breiter Front vorgetragenen amerikanischen Großangriffes, war die Teppichfabrik in der Gefechtsfront gelegen. Schon am 21. 7. 1944 waren während eines schweren Bombenangriffes auf Düren, der sich auf den Norden der Stadt konzentrierte und auch den Gleisanlagen des Bahnhofes schweren Schaden zufügte, Kesselhaus und Kettfärberei zerstört worden. Was den Explosionen und der Brandsaat der vorausgegangenen Fliegerangriffe standgehalten hatte, war durch Artilleriefeuer, durch die Geschöß-

schwärme der kleineren Kaliber und durch Maschinengewehrgarben stückweise mürbe geworden, zerbröckelt. Webstühle und Maschinen lagen unter den Trümmern der herniedergebrochenen Dächer. Die zerschlagenen Riesentrommeln der Kettfärberei reckten ihre ausgeglühten, verrosteten Streben in das Grau der Tage. Chaos, Triumph der Zerstörung, Unentwirrbarkeit, Hoffnungslosigkeit, ein Ende. Regen- und Schneewasser hatten alles durchsickert in den Kellern schwammen Akten, Möbeltrümmer, Musterkarten, Geschäftsbücher wie in schwarzer Tinte; leere Umfassungsmauern mit Spuren zahlloser Einschläge . . .

Die Anker-Teppich-Fabrik war zerstört.

Was hatte aller organisierter Dienst, der sich nach jedem Fliegerangriff sofort an Räumungs- und Bergungsarbeit gemacht hatte, nun genützt? Lohnte es sich überhaupt noch aufzuräumen?

Lohnte es sich noch . . ., das war die Frage, die schon kurz nach der Zerstörung von Kesselhaus und Kettfärberei gestellt worden war. Damals, in der letzten furchtbarsten Phase des Krieges, sprachen die maßgeblichen Herren der Geschäftsleitung mit den dem Werk durch jahrzehntelange Arbeit verbundenen Meistern darüber, ob man die Kettfärberei wieder aufbauen solle. Sie erwogen die Zukunft, die sich damals dunkel genug erahnen ließ. Teppiche, kettgemusterte Teppiche, – wann würde man wieder daran gehen können, Teppiche herzustellen und zu verkaufen? Aber es gab einen Grund, der nicht zu schlagen war: in der Erfahrung, in der seit Gründung des Werkes erworbenen Geschicklichkeit, in der schier unglaublichen Verwachsenheit jedes einzelnen Mitarbeiters und jeder einzelnen Mitarbeiterin mit ihrer geübteste Sinne und feinfühligste Geduld erfordernden Arbeit lag ein Kapital, das man nicht verschleudern durfte. Man konnte sich nicht vorstellen, daß man künftig – in einer wie auch immer gearteten Zukunft – ohne den Saal mit den vielen kleinen und großen Trommeln, ohne die eifrig und flink betriebene Arbeit des Kettfärbens, Buntspulens, Setzens und was sonst noch zur Kettmusterung gehörte, auskommen könnte.

Eines Tages, im Mai 1945 – die apokalyptischen Stahlgewitter aus Westen und Osten waren über Deutschland hinweggefegt, das Reich war zerschlagen, es regierten der Hunger, der Fragebogen und die Militärregierungen der Siegermächte – näherten sich den Ruinen der Teppichfabrik drei Männer und eine Frau.

Sie kletterten über Trümmerschutt, blickten durch zerschlagene Decken in dunkle Keller, blieben vor Maschinentrümmern stehen und führten einsilbige sachliche Gespräche.

„Hat es eigentlich einen Sinn, überhaupt noch an Wiederaufbau zu denken?“ Mitten im 20. Jahrhundert war man wieder zum Höhlenbewohner, zum Kellerwesen geworden. Teppiche? Sind denn nicht Teppiche oft einziger Allerweltsbesitz primitiver Völker gewesen? Ein Teppich kann zwischen Dach und Bett alles sein. Wohnungsnot, Behelfsunterkünfte, zugige Winkel, Leben zwischen unverputzten Mauern und rohen Brettern, Kohlennot, Müdigkeit, Schwäche –

wie einladend, wie tröstlich wäre jetzt ein Teppich! Gäbe es ihn nur! Ist es nicht, als wäre in jeden Teppich eine gehörige Portion Optimismus eingewoben? Man müßte jetzt einen Teppich haben, etwas, woran die Augen Freude finden, einen Teppich, der Ruhe, Schutz, Abgeschlossenheit gewährt . . .

Schlicht, ohne Heroismus – der hatte sich verbraucht und paßte nicht mehr zum abgewetzten Anzug und zu den derben Schuhen – ganz einfach nur erwärmt von einem kleinen Glauben an die Zukunft, beschlossen Werner Schoeller, Felix Pressel und Hans Rohs und mit ihnen in Glauben und Zuversicht Frau Dagmar Schoeller den Wiederaufbau.

Frau Schoeller kannte ihre Freunde und Freundinnen unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Fabrik. Und die kannten Frau Schoeller, sie hatten sie in den Tagen des Bombenhagels, wenn sie ihr nicht ohnehin schon angingen, weil man ohne lange Formalitäten immer zu ihr kommen konnte, kennengelernt.

Es erscheint im Rückblick wie ein Wunder, daß es möglich war, den Wiederaufbau zu beginnen und – daß er gelang. Es ist nicht das ‚deutsche Wirtschaftswunder‘, das diese Leistung vollbrachte. Es war die patriarchalische Verwobenheit der Werksfamilie, das Zugehörigkeitsgefühl, das jeden, jeden einzelnen Betriebsangehörigen beseelte, das ein Abseitsstehen nicht duldete, es war der Glaube an die Zukunft, die sich damals, als Schaufeln und Hebezeuge aufzuräumen begannen, nicht entfernt absehen ließ.

Hier darf jetzt schlicht und ausdrücklich gesagt werden, daß der Sinn dieser Hundertjahrsschrift sich auf dieser Seite erfüllt. Hundert Jahre eines Unternehmens umfassen zumeist nur Gründung, Entwicklung, Auf und Ab, Blüte, Wandlung und hochgepriesene Gegenwart. Aber völlige Vernichtung und Wiederaufbau aus dem Nichts? Die Glaubens-, Willens- und Tatkraft der Männer, die in mühevollster Kleinarbeit den Wiederaufbau begannen, soll nicht vergessen sein. Es waren die gleichen Männer, die heute in wohl ausgestatteten, hellen Arbeitsräumen Werner Schoeller zur Seite die Geschicke des Werkes lenken, die damals mit einer zuerst kleinen, dann wieder langsam wachsenden Gruppe zurückkehrender Werksangehöriger die Aufräumarbeiten begannen, leiteten und selbst überall mit Hand anlegten. Und es waren die alte Belegschaft und die alte Angestelltenschaft, die sich wieder einfanden und getreulich und tapfer da anpackten, wo es nötig war, ‚um aus dem Dreck herauszukommen‘. Die Männer, deren Zuhause zerstört oder schwer beschädigt war, arbeiteten einen Tag zu Hause, einen Tag in der Fabrik. Von Baumaterialien, die für die Fabrik beschafft werden konnten, bekam jeder, der mitarbeitete, seinen Anteil für seine Behausung. Wer Werkzeug hatte, brachte es mit in die Fabrik und nahm es wieder mit nach Hause. Angestellte arbeiteten erst praktisch am Wiederaufbau, d. h., sie räumten Schutt, ehe sie sich der Büroarbeit widmeten. Nach sechs Monaten lief der erste Webstuhl. Er wob beileibe noch keinen Teppich. Weitere Webstühle folgten. Die Färberei bekam zu tun – sie färbte, was man ihr brachte. Ein Lokomobilchen, einst für landwirtschaftliche Zwecke bestimmt, lieferte die Kraft. Kohlen zu be-

schaffen war fast Unmöglichkeit, aber es gelang. Es gelang auch, die Belegschaft damit zu versorgen.

Wenn es in diesem Buche nach dem Gedenken der Toten noch ein Ruhmesblatt gäbe, dann dürfte es nichts anderes bekunden als die schlichte Feststellung, daß es ohne die Treue der Männer und Frauen, die ihre Kraft für den Wiederaufbau einsetzten, heute keine Anker-Teppich-Fabrik mehr gäbe. Und erst recht kein Kettfärbeverfahren!“³⁶

Man versteht, wenn man diese Seiten liest, mit welchem Geschick, mit welcher Raffinesse das Kapital ideologisch arbeitet – und mehr noch versteht man es, wenn man dazu den schönen Druck und die guten Bilder, das solide Papier und den der Buchsendung beiliegenden Brief sieht, der wieder besonders die Leistungen der Belegschaft hervorhebt.

Wie vermag es der Schreiber, wieder die schlimmen Tage, Wochen und Monate der Luftangriffe ins Gedächtnis zurückzurufen – bis zu jenem Tag, an dem die Einwohnerzahl der Stadt von über 40000 auf 4 gesunken war!

Dazwischen Rückstände der Ideologie des Militarismus und Faschismus! Seit der ersten Bombe von 1940 „ging die Stadt auf dem schmalen Pfade des Mutes, des Trotzes, der Hoffnung und des unerschütterlichen Lebenswillens durch die Jahre des Krieges“ . . . Ach wenn es so gewesen wäre! dann wäre die Herrschaft des Faschismus von Deutschen gestürzt worden! Aber nicht Mut zeigte die Stadt, sondern Verblendung, nicht Trotz, sondern feige Ergebenheit, nicht Hoffnung hatte sie, sondern hoffnungslose Überheblichkeit, nicht Lebenswillen, sondern Mord- und Selbstmordwillen!

Und doch wieder der Krieg als „tödliche Krankheit“ . . . eindringlich geschildert mit all seinen Schrecken, mit der Hilflosigkeit, in der die Faschisten die Menschen ließen, den Veränderungen in den Menschen, die „krank und häßlich, verkrampt und fiebrig“ wurden – bis „Düren ausgelöscht ist“.

Wer diese Darstellung liest, wer sie begreift – und wahrlich sie ist so, daß man begreifen muß, der wird entschlossener für den Frieden eintreten . . . oder voll Zorn sein über solchen verspäteten, rückblickenden „Einbruch des Humanismus“ in die nichtmonopolisierte Großbourgeoisie.

Aber nicht um eine Schrift gegen den Krieg handelt es sich bei diesem Buch, obwohl die entsprechenden Stellen wohl angemerkt werden müssen, sondern um die Festschrift eines kapitalistischen Großbetriebes, der mit ihr nicht zum wenigsten „um seine Belegschaft wirbt“.

Vier Menschen nähern sich den Trümmern der Fabrik im Mai 1945 – zwei von ihnen sind Eigentümer des Betriebes. Aber nicht sie sind es, die aufbauen. Auch nicht das unpersönliche „deutsche Wirtschaftswunder“ schafft es. Der Aufbau ist der „patriarchalischen Verwobenheit der Werksfamilie“, zu der jeder im Werk Beschäftigte gehört, zu danken!

Es waren die alte Leitung und die alte Belegschaft, die sich wieder „zusammenfanden“ und das Werk des Aufbaus leisteten. Allen gehörte alles. Wenn der

Betrieb Baumaterialien erhielt, gab er davon an die Belegschaft ab, und wer Werkzeug zu Hause hatte, nahm es mit in die Fabrik.

Ja so war es vielleicht wirklich in jenen Tagen des Jahres 1945.

Und nun der Trick: „so standen und so stehen wir zusammen – Leitung und Belegschaft“ . . . auch wenn heute alles faktisch ganz anders ist, soll das Zwielicht jener ersten Stunde, als der Krieg schwieg und das Kapital noch nicht wieder nach Profiten schrie, weil das Anlaufen seines Reproduktionsprozesses noch der Vorbereitung bedurfte, die gemeine Gegenwart, in der Ausbeutung und Profite steil ansteigen, verhüllen.

Der große elektrotechnische Konzern Brown, Boveri & Cie. geht wohl am weitesten in der historischen Begründung des Wiederaufbaus. Lehnten schon die Anker-Werke das „Deutsche Wirtschaftswunder“ als Erklärung ab, so ist die BBC noch „gründlicher“ – zugleich mit Geschick die Bosse hervorhebend und die Belegschaft als ganze preisend:

„Eine große gemeinsame Kraftanstrengung.

Dr. Schnetzler, der in schwierigen Zeiten über zwei Jahrzehnte im Vorstand des Unternehmens gewirkt hatte, trat am 31. Dezember 1944 in den Aufsichtsrat über. Den Vorsitz des Vorstandes übernahm Dr. jur. et rer. pol. Hans Leonhard Hammerbacher. Fabriken lagen in Trümmern. So gut es ging wurde in etwa vierzig ausgelagerten Betrieben gearbeitet. Dr. Hammerbachers Stellung an der Spitze des Unternehmens war nicht beneidenswert. Umsicht, Entschlossenheit und Geduld waren vonnöten, das Schiff wieder auf Kurs zu bringen.

Das durch den Zusammenbruch hervorgerufene lähmende Entsetzen dauerte nicht lange. Wie es im Wirtschaftsleben keinen Zufall gibt, so auch kein Wunder. Wenn BBC heute auf die Jahre seit Kriegsende zurückblickt, so ist alles, was geleistet wurde, das Ergebnis einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung, das Leben des Unternehmens und mit ihm die Existenz des einzelnen Beschäftigten zu erhalten. Es waren schwere Zeiten, die uns heute fast schon weit entrückt erscheinen mögen.

Die BBC-Gemeinschaft, die an die Arbeit ging, umfaßte 10000 Menschen. Anfänglich war fast die gesamte Belegschaft mit Aufräumarbeiten beschäftigt. Um die Fertigung wieder in Gang zu bringen, gab man sich mit Behelfsmöglichkeiten zufrieden, mit zugigen und unfreundlichen Werkstätten, mit Büroräumen ohne Fensterscheiben. Die Arbeit wurde außerordentlich erschwert durch eine mangelhafte Ernährung, die knapp ausreichen mochte, das Leben zu fristen, aber keine schwere Arbeit zu leisten gestattete. Und das Maß machte die zunehmende Geldentwertung voll, welche die letzten flüssigen Mittel und Reserven aufzehrte. Dennoch hielten die 10000 Firmenangehörigen zusammen und arbeiteten für Löhne, die gegenüber den Verdiensten auf dem Schwarzmarkt kaum noch Trinkgelder waren. Dabei waren viele selbst ausgebombt und hatten alles verloren.“³⁷

³⁷ 60 Jahre im Dienste der Elektrotechnik, in: Der Kontakt, BBC., 11. Jg., Nr 2, Mannheim 1960, S. 62f.

Kein Wunder war der Aufbau und auch kein Zufall, sondern die Gemeinschaft war die große Kraft. Und nicht nur um eine „Gemeinschaft von 10000“ handelt es sich, sondern – wie geschickt wieder! – es war eine Gemeinschaft, die unter schwersten physischen Bedingungen, zu Löhnen, die wie Trinkgelder (!) waren, den Wiederaufbau vollbrachte! Wann hat je das Druckwerk einer Monopolorganisation die Löhne, die sie zahlte, mit Trinkgeldern verglichen? Natürlich ist diese Trinkgelderzeit mehr als ein Jahrzehnt vergangen – aber immerhin: welch kühner Realismus für eine Monopolorganisation . . . zu Betrugszwecken!

Nur ein Unternehmen geht im „Streicheln“ der Werkstätigen – „Streichelei“ als Gegensatz zur wirklichen Einschätzung ihrer Rolle – noch weiter. Auch Brown, Boveri & Cie. erinnern einleitend noch an die Rolle der Bosse. Anders die Festschrift einer Maschinenfabrik:

„Angesichts des Trümmerfeldes, das die MFD war, erschien die Frage berechtigt, ob ein Wiederaufbau noch lohnen werde. Vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit war eine Antwort schwer zu finden. Es wurde aber sehr bald nach dem Zusammenbruch von ganz anderer Seite eine Antwort gegeben. Es fanden sich nämlich Hunderte von Arbeitern ein, die von dem entschiedenen Willen beseelt waren, wieder zu arbeiten und trotz allem den Aufbau in Angriff zu nehmen. Erleichtert wurde dieser Entschluß dadurch, daß die MFD während des Krieges nicht der Rüstung gedient hatte und darum auch nicht unter die Demontagebestimmungen fiel. Und so gab die Besatzungsmacht bereits im Mai des Jahres 1945 die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Arbeit. Nach den umfangreichen und langwierigen Aufräumarbeiten richteten sich alle Anstrengungen darauf, die Produktion so schnell wie möglich wieder aufzunehmen und an den Aufbau der zerstörten Anlagen zu gehen.

Die Mühen dieses Anfangs bleiben wohl allen, die sie miterlebt haben, unvergessen. In primitivster Form wurden Konstruktionsbüros und Werkstätten hergerichtet. Größtenteils mußte unter freiem Himmel gearbeitet werden, nur hier und da war es möglich, einige Räume behelfsmäßig abzudecken. Größte Schwierigkeiten bereitete es, Rohstoffe für die Fabrikation und Materialien für den Aufbau heranzuschaffen. Die Anfangsproduktion erreichte denn auch kaum 5 Prozent des Vorkriegsstandes. Hinzu kam eine vollkommen unzureichende Ernährung. Sie dauerte praktisch bis zur Währungsreform im Sommer 1948. Trotz dieser unsäglichen Schwierigkeiten steigerte sich die Produktion bis Mitte 1946 bereits auf 40 Prozent des Normalstandes. Dieses Ergebnis schließt eine Leistung in sich, auf die alle Beteiligten mit Recht stolz sein dürfen.“³⁸

Hier wird eindeutig die Initiative für den Wiederaufbau den Arbeitern eingeräumt. Und mehr: wieder sind es die schwierigsten Bedingungen, unter denen die Werkstätigen an die Arbeit gehen müssen!

³⁸ *Achtzig Jahre Maschinenfabrik Deutschland A. G. Dortmund*, Darmstadt 1952, S. 40.

Es erhebt sich nun die Frage: Warum gingen viele Arbeiter willig und opferungsvoll unter den in Westdeutschland herrschenden Bedingungen an die Arbeit? Die Antwort darauf ist eine vielfache:

Erstens sind unter kapitalistischen Bedingungen die Arbeiter nicht nur einfach auf Arbeit angewiesen, müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um leben zu können, sondern viele Arbeiter lieben, so sehr sie ihre spezifischen Arbeitsbedingungen hasen, ihre Arbeit. Mit Recht sind sie stolz auf ihre Arbeitsfertigkeit, auf ihre Arbeits-erfahrungen, auf ihre Arbeitsleistungen – und arbeitslos zu sein bedeutet für sie nicht nur, ohne Verdienst zu sein, sondern auch ohne Arbeit.

Zweitens betrieben damals – und das kommt natürlich in den späteren Firmen-geschichten nicht zum Ausdruck – praktisch alle Schichten der deutschen Bourgeoisie und nicht zum wenigsten auch die Führung der Sozialdemokratie Propaganda auf folgender Linie: Wir müssen eine neue Gesellschaft aufbauen, antinazistisch, demokratisch, sozial, sozialistisch usw.; die alten nazistischen und monopolistischen und militaristischen Kräfte dürfen nicht mehr die Macht ausüben.

Dem entsprach die Wirklichkeit insofern, als die monopolistischen und mili-taristischen Kräfte der Westmächte ihre deutschen Konkurrenten zum beacht-lichen Teil absetzten, einlochten usw. und sich an deren Stelle setzten. Da aber der monopolistische Konkurrenzkampf als Kampf gegen den deutschen Faschismus aufgezogen wurde, da die westlichen Militaristen damals auf Grund ihres „Atombombenmonopols“ auf ihre deutschen Kumpane verzichten zu können glaubten und da die sozialdemokratische Führung, die Schumacher folgte, den Ersatz deutscher durch westliche Monopolisten Zusammenbruch des Kapitalismus und Aufbau des Sozialismus nannten, wurden viele Arbeiter über die wirklichen Verhältnisse getäuscht.

Drittens bestand wegen der außerordentlichen Vernichtungen insbesondere während der letzten Monate des Krieges faktisch eine Art von nivellierendem Notstand insofern, als nicht nur die Fabrikräume, sondern auch die Direktoren-zimmer, nicht nur Arbeiterwohnungen, sondern auch Unternehmervillen zer-stört worden waren, was zweifellos einen Teil der Werktätigen über die Eigen-tumsverhältnisse täuschte. Da zugleich nicht wenige Unternehmer, hohe An-gestellte usw., sich anfangs direkt an den Aufräumungsarbeiten beteiligten und ebenfalls in zugigen, fensterlosen Räumen arbeiteten, ließ sich leicht eine neue Variante der Linie der letzten Phase des Faschismus „Wir sitzen alle in einem Boot“ entwickeln, die ebenfalls dem Betrug der Massen diene. Dem Betrug, der eben durch die antikommunistische, prowestliche alliierte, sozialistisch verbrämte prokapitalistische, objektiv promonopolistische Linie der sozial-demokratischen Führung in so ganz großem Maße erleichtert wurde. Wobei man auch wieder nicht vergessen darf, daß zahlreichen Sozialdemokraten, die die deutschen Arbeiter an das Monopolkapital verrieten, ihr elendes Geschäft des Arbeiterbetrugs dadurch erleichtert wurde, daß sie selbst im Gefängnis oder im Konzentrationslager gesessen hatten oder zumindest unter den Faschisten politische Funktionen verloren hatten.

So erklärt es sich, daß so viele Arbeiter so aufopferungsvoll und willig, so geschickt und fleißig am Wiederaufbau der Betriebe arbeiteten, die dann gegen ihre objektiven Interessen, sie heute ausbeutend und dabei einen Krieg für morgen vorbereitend, zu funktionieren begannen.

*

Ein dritter historiographischer Typ von Firmengeschichte kann vielleicht die auf „Ranksche“ Linie vorgehende genannt werden. Was die Frage „Boß oder Betriebsgemeinschaft“ betrifft, so legt sich dieser Typ nicht fest und versucht beides. Darüber hinaus wird den allgemeinen politischen Verhältnissen, insbesondere der Politik der Alliierten nicht wenig Raum gewidmet, wobei häufig eine deutliche und scharfe Position gegen die Haltung der westlichen Verbündeten in jenen Jahren genommen wird. Damit im Zusammenhang wird (was aber auch in Jubiläumsschriften anderen Typs gelegentlich geschieht) die Periodisierung so durchgeführt: 1933 bis 1948, 1948 bis Gegenwart, oder: Beginn der Bombenangriffe auf die Stadt bzw. den Betrieb bis 1948, 1948 bis Gegenwart. Oft werden Tatsachen mitgeteilt, Analysen gegeben, die einen beschränkten Wert haben.

Hören wir zu Anfang die mehr „intime Schilderung“ eines Baubetriebes, die als kombinierte Personen- und Betriebsschilderung aufgezo-gen ist:

„Als Franz Borchard und sein Sohn Wilhelm nach dem Zusammenbruch nach Bielefeld heimkehrten, fanden sie nur wenig von ihrem Betriebe wieder. Wohnhaus und Büroräume waren von der Militärpolizei besetzt, das Lager war zum größten Teil ab- und ausgebrannt. Die Mitarbeiter gerieten zum größten Teil in Kriegsgefangenschaft.

Mit nur einigen Getreuen, die zu erreichen waren, machten Vater und Sohn sich trotz der trostlosen Verhältnisse sogleich wieder an die Arbeit. Es waren ganze zehn Männer – von dem einst so großen Unternehmen – die zunächst begannen, das Lager Bollbrinkersweg 3 wieder auf- und auszubauen. Hierbei wurden zunächst Unterkünfte errichtet, um Heimkehrern, Flüchtlingen und zugewiesenen Arbeitskräften eine Bleibe zu bieten. Hier wurden und werden auch heute noch etwa vierzig Mann untergebracht und gepflegt, und manchem wurde es in dieser Zeit der Wohnraumnot und Zuzugssperre dadurch überhaupt erst möglich, die Arbeit im Baufach aufzunehmen.

Zunächst galt es, den Fuhrpark und die Baumaschinen wieder in Stand zu setzen, um für kommende Aufgaben gerüstet zu sein. Diese Aufgaben ließen in einer Stadt mit erheblichen Bombenschäden nicht lange auf sich warten. Schlagartig setzten die Bauarbeiten für vordringliche Zwecke ein. An wesentlichen Arbeiten fielen Franz Borchard Wiederinstandsetzungs- und Erweiterungsbauten am Bielefelder Rathaus und am St. Franziskus-Hospital zu.

Der alte und gesunde Grundsatz des Bauunternehmers Franz Borchard, jederzeit solide und wertgerechte Arbeit zu leisten, wurde auch in diesen Notzeiten

aufrechterhalten. Reifliche Überlegungen brachten das Ergebnis, daß auf 150–180 Mann Belegschaft mindestens zehn gutgeschulte Vollpoliere für die Bauaufsicht nötig seien, die auch eingestellt wurden. Daneben vergaß Franz Borchard aber auch nicht die für das Baugewerbe so notwendige Nachwuchsfrage, die ihm zeitlebens immer am Herzen gelegen hatte. Jeder der Poliere erhielt einen Maurerlehrling zugewiesen; darüber hinaus stellte sich der Betrieb – trotz der damit zunächst verbundenen finanziellen und arbeitsmäßigen Belastung – die Aufgabe, Umschüler das Maurerhandwerk ordnungsmäßig erlernen zu lassen. So traten neben jeden Lehrling drei Umschüler, und mancher von ihnen hat seither seine Gesellenzwischenprüfung bestanden und fühlt sich wohl in seinem neuen Beruf, der ihm Lohn und Brot gibt. Wilhelm Borchard, Bautechniker und Bauingenieur, beschloß in dieser Zeit, seinen Maurermeister nachzuholen, um auch selbst die persönliche Verantwortung für die Lehrlings- und Umschülersausbildung übernehmen zu können. Er legte im Januar 1947 vor der Handwerkskammer in Bielefeld seine Meisterprüfung ab.³⁹

Fast eine idyllische Darlegung – dem Unternehmer nicht so viel Leistung zugesprochen, daß die Arbeiter sich nicht auch angesprochen fühlen können. Und welch interessante Details über die Struktur der Belegschaft! Überdies, schon auf der ersten Seite lesen wir, eingeordnet mit naiver Überheblichkeit in den Weltzusammenhang, daß der Chef der Firma ein Bauernsohn war:

„Es war ein ‚guter Jahrgang‘, der von 1875. Er hat eine ganze Anzahl bedeutender und bekannter Persönlichkeiten hervorgebracht: den Arbeiter-Astronomen Bruno H. Bürgel, den schweizer Psychoanalytiker Carl Gustav Jung, den Patriziersohn Thomas Mann, den zarten Lyriker Rainer Maria Rilke, den Altmeister der deutschen Chirurgie, Ernst Sauerbruch und den Philosophen, Urwaldarzt und Organisten Albert Schweitzer. Im gleichen Jahre mit ihnen, am 4. September, morgens um 1 Uhr, wurde der spätere Baumeister Franz August Borchard zu Nesselröden bei Duderstadt auf dem Eichsfeld als Sohn des Ackermanns Caspar Borchard und dessen Ehefrau Christine, geb. Huch, geboren. Dort steht der Bauernhof, auf dem seit jeher die Borchards saßen.“⁴⁰

Zum Abschluß des Bandes heißt es jedoch, gut ausbalanciert:

„Am Jubiläumstage des Seniorchefs und Gründers geziemt es sich daher, die Namen derer zu nennen, die über Jahre und Jahrzehnte hinweg dem Werke dienten. Ihnen gebühren Dank und Anerkennung für ihre Leistung, die mit dazu verhalf, Name und Ruf des Hauses zu begründen und zu erhalten.“⁴¹

Und dann werden von rund 250 Belegschaftsmitgliedern namentlich angeführt:

6, die über 40 Jahre, also seit der Zeit vor dem ersten Weltkrieg im Betrieb gearbeitet haben,

8, die über 30 Jahre,

³⁹ Franz Borchard. *Die Entwicklung des Bauunternehmens und das Leben seines Gründers*, Bielefeld 1950, S. 65f.

⁴⁰ Ebenda, S. 13.

⁴¹ Ebenda, S. 80.

7, die über 25 Jahre,

22, die über 15 Jahre im Betrieb beschäftigt gewesen sind.

Lassen wir dem Baubetrieb mit 250 Beschäftigten einen Elektrokonzern folgen:

„Bei den Garbe-Lahmeyers ließ man dem Resignieren nicht viel Zeit. Ohne die entscheidenden Verfügungen der Militärregierung abzuwarten, tat man das, was schwerlich verboten sein konnte: Man räumte auf. Man hielt Hausputz. Man markierte Optimismus. – Und wenn es zunächst auch nur acht Mann waren, die sich an dieser Danaidenarbeit versuchten, so geschah doch wenigstens ein Anfang. Und dieser Anfang war klein und schwer wie alles Beginnen. Aber er wurde getan, und das geringste Tun ist noch immer redlicher gewesen als träges Grübeln und nutzloses Händeringen. Zwar forderte die fleißige Kolonne den Unwillen mißgünstiger Saboteure heraus, denn oft kam es vor, daß ein ganzes Tagewerk über Nacht wieder zerstört wurde; – dennoch hielt die kleine Gruppe aus und fühlte sich beim Ordnen und Sichten der Dinge jenen Kameraden verantwortlich, die im Auffangsgelände zu Benrath auf die Rückkunft nach Aachen warteten.

Diese Wiederkehr konnte bereits im Sommer 1945 eingeleitet und dann ratenweise durchgeführt werden, wobei die Geschäftsleitung den Eifer und die innere Treue ihrer Arbeiter- und Angestelltenschaft immer wieder rühmen mußte. Der gute Geist aus besseren Tagen hatte nicht gelitten, jeder gab das Letzte und Beste her. Im übrigen begann jene harte Epoche, die man im Volksmund allgemein ‚Hungerjahre‘ zu nennen pflegt (im ‚Volksmund‘, da durch den Mund der Monopolherren reichlich Essen ging – J. K.). Trotzdem schaffte man die Rückwanderung der Maschinen in verhältnismäßig kurzer Zeit, so daß im Jahre 1946 ein von den Engländern kommender Auftragsbefehl trotz erheblicher Materialschwierigkeiten vollzogen werden konnte: Die ‚State Electricity Commission of Victoria‘ in Australien hatte bei der Lübecker Maschinenbau AG einen Großraumbagger bestellt, für den die umfangreiche einmalige elektrische Ausrüstung durch Garbe-Lahmeyer geliefert werden mußte. An der Jülicher Straße löste man alle Probleme zur größten Zufriedenheit derer, die sie gestellt hatten.

Es versteht sich, daß mit dem Wiederbeginn auch eine lebhaftere Bautätigkeit verbunden war, denn alles Gestürzte bedurfte der neuen Errichtung, damit das Werk sobald wie möglich vom Zustand des Provisorischen befreit werden konnte. So war zum Beispiel die Verwaltung monatelang mit ihren sämtlichen Abteilungen in einem Nebentrakt des Nordbaues untergebracht, und zwar in einem einzigen Raum; was für die Tätigen der vielen und oft grundverschiedenen Arbeitsgebiete keinen erfreulichen Zustand bedeutete. Um 1946 wurde auch hier für Remedur gesorgt, heute besitzt die Administration wieder ihr eignes Gebäude.

Wenn wir uns in Erinnerungen an die Jahre des Behelfs und der Pferdefleisch-Atmosphäre ergehen, dann tun wir es keineswegs aus Gründen irgendwelcher Ressentiments (natürlich nicht, da man doch selber kein Pferdefleisch zu essen

brauchte – J. K.). Im Gegenteil, wir wollen uns, zwischen damals und heute abwägend, des besseren Wandels freuen; also tun wir es lediglich, damit uns im Rampenlicht des sogenannten Wirtschaftswunders noch einmal bewußt wird, wie gut wir es heute haben, da wir kein grünes Maisbrot zu essen und kein Bier aus gefärbter Molke zu trinken brauchen. Für unsere jubilierende Firma heißt das etwa dies: Von den Besatzungsmächten wurde ihr, was das zu verarbeitende Material betraf, ein Bewirtschaftungssystem vorgeschrieben, wie man es sich schwieriger kaum denken konnte. Wieder einmal fehlten die dringend notwendigen Öl-Asphalt-Isolier-Lacke, wieder sollten die Kupferdrähte durch Aluminium ersetzt werden, wieder dominierten die Austauschstoffe und die kurzlebigsten Surrogate. Diesmal waren alle Einschränkungen aber nicht die Folge eines unausweichbaren Mangels, wohl aber einer ziemlich willkürlichen Rationalisierung, deren Maßnahmen man zweifellos nicht zu Ende gedacht hatte.

Kam noch hinzu, daß die Firma im Frühjahr 1947 ihren so überaus fähigen und verdienstvollen Betriebsdirektor Franz Claßen im Alter von erst 52 Jahren verlor. Eben dieser treue und in jeder Hinsicht zuverlässige Freund und Mensch war es gewesen, dem man zur Hauptsache den Wiederaufbau und die Wiederbelebung des Aachener Geländes an der Jülicher Straße zu verdanken hatte. Franz Claßens Name gehört längst zur Geschichte des Werks: Er war ein Charakter, dessen Wirken von einem brennenden Rechtsgefühl begleitet wurde.

Und dann die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, von denen jede einzelne ihr Regierungssystem, ihre besondere Militärhoheit, ihren eignen Wirtschafts-, Kultur- und Verkehrsehrgeiz hatte. Damit nicht genug: Zollgrenzen gab es allerwärts wie zu Kienspans Zeiten, und nur die Briefmarkensammler freuten sich, weil Deutschland ein so bunt gemustertes Rasenstück für philatelistische Erntehelfer geworden war.

Genug, bei den Garbe-Lahmeyers wurde wieder hurtig produziert. Und mochte der Einkauf ebenso erschwert sein wie der Absatz, man reparierte emsig die Maschinen und griff insgeheim auf diejenigen Rohmaterialreserven zurück, die man vor der Evakuierung gerettet und mit Sorgfalt und peinlicher Verschwiegenheit eingekellert hatte. Not lehrt hamstern, und dem Armen sei ein Taler Bargeld wichtiger als ein Tausender aus Papier, sagt der alte Nestroy – die Aachener ließen sich's dienen.⁴²

Der Unterschied der Atmosphäre bei Borchard und Lahmeyer ist groß. 1946 ein Auftrag aus Australien. Gleichzeitig scharfe Kritik an der Rationierungspolitik der westlichen Besatzungsmächte.

Jedoch bei Lahmeyer genau wie bei Borchard eine gut abgewogene Verteilung des Verdienstes beim Aufbau: ein Spezialabsatz dem „überaus fähigen und verdienstvollen Betriebsdirektor“, der unter anderem auch über ein „brennendes Rechtsgefühl“ gebot – und zugleich Erinnerung an die Leistungen der Belegschaft unter schweren Lebensbedingungen.

⁴² *Licht und Kraft. Zum 75jährigen Bestehen der Firma Garbe, Lahmeyer & Co., Aachen 1961, S. 35ff.*

Der letzte Absatz fast neckisch und altväterlich, man glaubt bei Borchards zu sein – schon in den Adjektiven: hurtig, emsig, peinlich . . . entsprechend ein Zitat von Nestroy. Im Gegensatz dazu der erste Absatz voll weltmännischem Commonsense vermischt mit leichter Ironie: Man „markierte Optimismus“, ging an eine „Danaidenarbeit“, und tat, was „schwerlich verboten sein konnte: Man räumte auf“.

Nüchterner lautet der Bericht eines alten monopolistischen Hüttenunternehmens:

„Ein Werk von der Größe, Bedeutung und Belegschaftszahl, wie es das Hüttenwerk war, konnte auch im Zusammenbruch nicht völlig verschwinden. Viele Monate sah es zwar so aus, als ob der Wiederaufbau endgültig verboten werden sollte, weil die Stahlkapazität Westdeutschlands auch ohne die Hoeschhütte ausreichend, ja, als zu groß angesehen wurde. Den vereinten Bemühungen aller Beteiligten, der Werksleitung wie der Belegschaft mit Unterstützung der Gewerkschaften, der Stadtverwaltung und der damaligen Vertretung der Provinz gelang es jedoch, deutlich zu machen, welch ein Widersinn in der Vernichtung so großer Werte liegen würde. War doch das Hüttenwerk nicht nur ein Grundpfeiler des wirtschaftlichen Lebens der Stadt Dortmund, deren Nordostteil überwiegend vom Hüttenwerk lebt, sondern es konnte auch aus der deutschen Stahlwirtschaft nicht herausgebrochen werden, ohne daß die für den Wiederaufbau so notwendige Stahlerzeugung erheblich gefährdet worden wäre.

Große Sorge brachte zunächst noch die Demontagepolitik der Alliierten. Das Hüttenwerk war hier zwar von vornherein weniger hart betroffen als eine Reihe anderer Werke, weil es nur wenige Betriebe mit ausgesprochener Rüstungsfertigung aufwies. Immerhin enthielt die Demontageliste sehr wertvolle Betriebsteile der Hütte. So verfielen die Elektroöfen, die modernste Anlage der Hütte, restlos der Demontage, ebenso wurden die wertvollen Maschinen und Einrichtungen des Preß- und Hammerwerks restlos abgebaut und abtransportiert. Es verdient festgehalten zu werden, daß ein großer Teil der schweren Hämmer beim Ausbau zerstört wurde und daher niemand Nutzen bringen konnte. In der Drahtverfeinerung wurden die gesamte Drahtseilerei mit Einrichtungen, die Drahtflechtei mit allen Maschinen und die für die Stacheldraht- und Drahtstifteherstellung benötigten Maschinen und Werkzeuge restlos abgebaut. Es war ein Lichtblick, daß es hier schon am 4. Februar 1948 gelang, trotz erheblicher Widerstände die Genehmigung zur Wiedereinrichtung des demontierten Betriebes zu erlangen. Nachdem die notwendigsten Maschinen und Einrichtungen mit Geschick und Glück wieder beschafft worden waren, konnte die Drahtverfeinerung im Dezember 1948 ihren Betrieb wieder aufnehmen, wenn auch nicht in dem alten Umfang.

Langsam und mit größten Schwierigkeiten, hervorgerufen durch Materialmangel und die überaus schweren Arbeitsbedingungen, die in den ersten Jahren nach dem Kriege herrschten, schritt die Wiederherstellung des Hüttenwerks voran. Es erforderte die ganze Kraft des Unternehmens, vor allem seine finanzielle Kraft, der Kriegsschäden Herr zu werden und die notwendigsten

Reparaturen nachzuholen, die in der Kriegszeit unterblieben waren. Ohne den opferwilligen Einsatz des größten Teiles der Belegschaft wäre das Ziel natürlich nie erreichbar gewesen. Die Anstrengungen wurden aber auch belohnt. Als mit der Währungsreform ein gewisser Schlußstrich unter die Kriegs- und Nachkriegszeit gezogen wurde, lief das Hüttenwerk bereits in beachtlichem Umfang. Es wurden wieder monatlich etwa 30000 t Rohstahl und etwa 12000 t Walzwerks-Fertigerzeugnisse hergestellt, während etwa 10- bis 12000 t Halbzeug zum Verkauf gelangten.⁴³

Ein kühler Schlag gegen die Demontagepolitik der westlichen Monopolkonkurrenten. Und dann, ebenso kühl, ein paar Worte über die Leistungen von Kapital – „die finanzielle Kraft“ des Unternehmens – und Arbeit – bei Arbeit wird allerdings einschränkend vom „größten Teil der Belegschaft“ gesprochen, der sich „opferwillig einsetzte“ . . . offenbar gab es Belegschaftsmitglieder, die nicht bereit waren, auf die Verführungen des Kapitals hereinzufallen.

Politisch enorm interessant ist der Bericht der Dortmund-Hörder Hüttenunion, deren finanzkapitalistische Frühzeit schon Lenin im „Imperialismus“ analysiert. Hier wird sehr klar die Politik des amerikanischen Monopolkapitals beleuchtet, seines Kampfes gegen das deutsche, seines Bündnisses mit dem deutschen im Spiegel der Demontagepolitik:

„Die am 12. April 1945 einrückenden amerikanischen Kampftruppen fanden im Hörder Werk einen Teil der werkstreuen Belegschaft bereits mit Aufräumungs- und behelfsmäßigen Instandsetzungsarbeiten beschäftigt vor, während der Krieg noch tobte, und der Lärm rasselnder Panzerwagen und das Dröhnen der Geschütze in Städten und Straßen wiederhallte.

Die unruhvollen, wirren Nachkriegsjahre sollten wiederholt geradezu dramatische Höhepunkte in der hundertjährigen Geschichte des Werkes bringen (Drama nach dem episch-ruhigen Fluß der Profite im Kriege? – J. K.). Noch im April 1946 hatte die gesamte eisenschaffende Industrie Dortmunds rund 50 vom Hundert Beschäftigte weniger als im Jahre 1939.

Diese Jahre bittersten Kampfes um das Bestehen des Werkes konnten hier nur in Grundzügen aufgezeigt werden. Die Belegschaft war im November 1945 auf etwa viertausend Mann zusammengeschmolzen. Und auch dieser Stamm konnte infolge der katastrophalen Beschäftigungslage nicht gehalten werden, so daß etwa vierzehnhundert Mann, um sie vor Arbeitslosigkeit zu bewahren, vorübergehend ‚leihweise‘ an das Städtische Tiefbauamt und die damalige Reichsbahn abgegeben wurden. Erst ganz langsam, Schritt um Schritt, setzte die Arbeit wieder ein, von Materialmangel, Verkehrsschwierigkeiten, Trümmerhindernissen und Genehmigungsbescheiden der Besatzungsbehörde abhängig, nicht aber abhängig vom Arbeitswillen der Werksangehörigen selbst, denen trotz Hunger und Sorgen das Schicksal ihrer Arbeitsstätte am Herzen lag.

Am 1. September 1945 war die erste Arbeit im Preßbau angelaufen. Fein- und Blechwalzwerk schlossen sich als nächste an, und am 27. September leuchtete

⁴³ 80 Jahre Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Heidelberg u. Duisburg 1951, S. 54 ff.

endlich wieder die Gießhalle vom ersten Roheisen der Hochöfner auf! Ein monatelanger Kampf um jeden der einzelnen Betriebe setzte ein, die erst langsam in den Arbeitsverlauf eingeschaltet werden konnten. Schon im August 1946 konnte man auf eine Stahlproduktion von rund 37000 Tonnen zurückblicken. Diese Leistung bleibt bewundernswert, muß man doch die Ernährungslage, die schleichende Geldentwertung und die Ungewißheit über die zukünftige Lebensentwicklung in Trümmerstädten als seelische Belastungsproben bei jedem Mann in Rechnung stellen!“ Verbeugung der Direktion vor der Belegschaft. Jedoch . . .

„Hinter der sichtbaren Welt der Arbeit aber hatten sich Entscheidungen anderer Art vorbereitet, die dem tätigen Willen der Werksangehörigen weithin entzogen waren: Unser Dortmund-Hörder Hüttenverein unterstand auf Grund der ‚Allgemeinen Verfügung Nr. 7‘ der Britischen Militärregierung seit dem 20. August 1946 der Kontrolle durch die ‚North German Iron and Steel Control‘ (‚Norddeutsche Eisen- und Stahlkontrolle‘), die von Düsseldorf aus unter der Leitung des Beauftragten, Direktor Dinkelbach, ausgeübt wurde. Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 war zum Zweck der Beaufsichtigung und tätigen Beeinflussung der deutschen Industrieunternehmen dieses Kontrollorgan beschlossen, die Treuhandverwaltung dann am 15. Oktober 1945 ins Leben gerufen worden. Sie griff nun ein und entschied, daß das den Vereinigten Stahlwerken gehörige, bisher vom Hüttenverein betriebene Hörder Werk zukünftig (ab 1. März 1947) der neu gegründeten Hüttenwerk Hörde Aktiengesellschaft zur Nutzung überlassen wurde, kurz: Werk Hörde und Werk Dortmund wurden voneinander getrennt, noch kürzer: Entflechtung! Das Ausnahmeaktienkapital von 100000 RM unterhalb der aktienrechtlichen Mindestgrenze lautete auf den Namen der Treuhandverwaltung im Auftrage der NGISC.

Ein wenig umständlich sieht dieser wirtschaftlich-politische Prozeß aus, aber, was Entflechtung bedeutet, weiß heute jedermann, dem die im Laufe unserer Darstellung oft gebrauchten Begriffe wie Fusion oder Konzernierung weniger geläufig waren (man beachte die monopolistische Ironie! – J. K.). Nun also zog die eigentliche Hörder Werksverwaltung um, zurück nach Hörde, wo es einer Zeit des Anlaufs bedurfte, ehe sich die zahlreichen Abteilungen (Umbesetzungen und Organisationsumstellungen) eingerichtet hatten. In den ersten Märztagen 1947 begann, nach einundvierzig Jahren wieder verhältnismäßig selbständig, unser Hörder Werk seine Arbeit. Der Aufsichtsrat setzte sich paritätisch aus Vertretern der Altbesitzer und Gewerkschaften zusammen. Der kollegiale Vorstand fand seine Vertretung in Dr. F. Harders (technischer Direktor), W. Jaissle (kaufmännischer Direktor) und Wilh. Schäfer (Arbeitsdirektor). Die Funktionen des neueingeführten Arbeits- und Sozialdirektors bestehen in enger Zusammenarbeit mit der Belegschaftsvertretung in der Wahrung aller sozialwirtschaftlichen Belange sowie in der seelisch-menschlichen Betreuung der Werksangehörigen. An Stelle des bereits am 15. Juni 1948 ausgeschiedenen Direktors Jaissle übernahm Dr. Fr. Elshoff die Verpflichtungen des kaufmännischen Direktors.

Damit, so könnte man meinen, seien alle Fragen geklärt gewesen, aber noch immer sollten verwaltungsrechtliche und kaufmännische Dinge – von den technischen schon ganz abgesehen! – den Wiederanlauf des Werkes beeinträchtigen. Das Verhältnis des Hüttenwerks Hörde zu den Altgesellschaften (Vereinigte Stahlwerke und Dortmund-Hoerder Hüttenverein) regelte ein Betriebsbenutzungsvertrag. Die Treuhandverwaltung wurde im Herbst 1949 durch die Stahltreuhandvereinigung abgelöst, die aus zehn Mitgliedern bestand, zu denen auch Direktor Dr. Harders gehörte, der damit am 31. August 1949 als technisches Vorstandsmitglied ausschied. Er nahm am 5. Oktober 1950 die Wahl zum Aufsichtsratsvorsitzenden an, da Direktor Dinkelbach ausgeschieden war. Die technische Leitung unseres Hörder Werkes unterstand von nun ab Direktor Röser.

Das Gesetz Nr. 75 der Militärregierung hatte die Liquidation der Konzerne endgültig bestätigt. Ein weiteres Gesetz verfügte am 16. Mai 1950 noch einige kleine Änderungen, stellte dann aber vor allem die Besitzfrage der Regelung den deutschen Gesetzgebern anheim.

Jeder unserer Leser wird ohne weiteres davon überzeugt sein, daß die kargen, sagen wir ruhig: nüchternen Zahlen und Angaben dessen, was der verlorene Krieg mit sich brachte, kein einprägsames Bild der sehr schweren Nachkriegsjahre vermitteln können. Wir können hier nur den Kern tausendfältiger Sorgen und Mühen herauschälen, die alle, vom Direktor bis zum jüngsten Lehrling und darüber hinaus Tausende von Familien bewegten: Gebt uns Arbeit! Laßt unsere Werke nicht verrosteten und verkommen! Dieser Kampf um das einfache Lebensrecht jedes Menschen, arbeiten zu dürfen, war das Hauptanliegen aller, nicht zuletzt der Stadt Dortmund, der Handelskammer und der Gewerkschaften. Alles das traf natürlich für unser Schwesterwerk, die Union, in gleicher, wenn nicht gar schlimmerer Weise zu.

Hatte man nun gehofft, mit dem Abbau aller technischen Einrichtungen, die zu Kriegszwecken Verwendung finden konnten, sei der Weg frei gewesen, so sollte der Sommer 1947 ein gerütteltes Maß peinlicher Überraschung bereithalten: Die Demontage! Nun gut: Der Asphaltieranlage I und II war man schon 1945 ohne Zureden zu Leibe gegangen. Vielleicht ist dieser oder jener Leser dabei gewesen, einsichtig zustimmend, denn der Krieg war vorüber, und wir brauchten sie nicht mehr. Dann aber traf eine lange, schmerzliche Liste ein, die nach schlichter Meinung nicht unbedingt den Stempel der Notwendigkeit zu tragen schien, umfaßte sie doch über fünfhundert Maschinen, neunundzwanzig Schweißumformer, zahlreiche Fertigungsmaschinen (Karusseldrehbänke, Bohrwerke, Kurbelzapfendrehapparate usw.), und alles das ging hin, zerlegt, versandt, verschrottet und verloren! Niemand sieht es gern, wird ihm sein Arbeitsgerät aus dem Hause getragen, aber wir ‚schluckten diese Pille‘, wie der Volksmund treffend sagt. Was wir nicht schlucken und verschmerzen konnten, war die Demontage des modernen Elektrostahlwerkes. Sämtliche Einsprüche, waren sie nun sachlich oder leidenschaftlich vorgetragen, blieben erfolglos, es verblieb bei der Demontage.

So schnell wie hier erzählt, hat es sich nun keineswegs abgespielt. Werksleitung und Betriebsvertretung haben große Mühe darauf verwendet, diesen Schlag

abzuwenden – umsonst! Geradezu dramatisch aber wurde das Ringen um die noch junge, große Fünf-Meter-Grobblechstraße, ein Ringen, das in seiner Zähigkeit die Teilnahme von Millionen Menschen hervorrief, die an Ort und Stelle oder in der Presse diesen Kampf verfolgten. Wir waren die Unterlegenen! Mochte ein umfangreicher Schriftwechsel, zahllose Besuche bei hohen und höchsten Stellen, ebenso zahllose Besichtigungen und die Bemühungen höchster deutscher Regierungsstellen dieses Herzstück unseres Hörder Werkes zum Gegenstand der Erörterung machen, das Ergebnis blieb erfolgloses Bemühen, die Zerstörung unserer Werksstruktur blieb Tatsache. Das bedeutete vor allem einen Herstellungsverlust von fast zwanzigtausend Tonnen Bleche im Monat.

Seit dem 24. August 1948 lag die Grobblechstraße bereits still. Am 7. März 1949 machte der Befehl der englischen Dienststelle (RDR), mit der Demontage zu beginnen und sie bis zum September 1950 zu beenden, dem letzten Hoffnungsrest auf Erhaltung dieser wertvollen Einrichtung ein Ende. Die Demontageskolonne rückte an.

Eine strenge chronistische Darstellung wird eingehender alle diese Vorgänge schildern und begründen können. Wir möchten hier nur den Eindruck vermeiden, als plauderten wir allzu leicht über den ungeheuren, verzweifelten Ernst der damaligen Gesamtlage hinweg. Es kann aber nicht eindringlich genug unterstrichen werden, daß um die Zeit der Währungsreform 1948 das Hüttenwerk Hörde mit hunderttausend Sorgen in die Zukunft sah, und es wiederum Tausenden von fleißigen Händen zu verdanken ist, daß die tastenden Schritte zu neuem Leben gelangten, ja überhaupt getan wurden! So bedurfte das Hochofenwerk dringender Wiederherstellung. Auch der verwaltungsmäßige Aufbau war nicht einfach, Kokereineubauten und Umbauten des Stahlwerkes, in erster Linie aber die Erneuerung des Walzwerkes und vieles mehr mußte geschafft werden. Was die Walzenstraße insbesondere angeht, verfügte das Werk nach der Demontage der Grobblechstraße kaum noch über eine Walzenstraße, die viel jünger als vierzig Jahre war!

Immer wieder erlebten wir im hundertjährigen wechselvollen Ablauf der Geschichte unseres Werkes, daß politische oder wirtschaftliche Kraftströme auch unsere Arbeit beeinflussten. Und auch diesmal sollte wieder ein Tag anbrechen, der unserem hoffnungsvollen Arbeitswillen neuen Auftrieb gab: Es war der 19. April 1951! An diesem Tage waren an der Ostseite der stehengebliebenen Halle der ehemaligen Fünf-Meter-Grobblechstraße Werksleitung und Werksangehörige zusammengekommen, unter ihnen ein Vertreter des amerikanischen Oberkommissars, der mit einem symbolischen Spatenstich den Aufbau einer neuen Drei-Meter-Grobblechstraße einleitete.“⁴⁴

Zunächst wieder, wie so oft, ein paar freundliche Worte für den „Aufbauwillen der Belegschaft unter schwierigen Umständen“. Dann aber eine breite Schilderung des Kampfes eines deutschen Konzerns um sein Kapital gegen Demontagen, gegen die „Entflechtung“ – mit Nennung der Heroen dieses

⁴⁴ *Festschrift zur Hundertjahrfeier der Dortmund-Hörder Hüttenunion AG. 1852 bis 1952*, Essen 1952, S. 79 ff.

Kampfes, die Direktoren X, Y, Z –, und am Ende steht ein Vertreter des Chefs der Besatzungsmacht, der selber den ersten Spatenstich zum Ersatz der demonitierten Grobblechstraße tut – einer neuen Grobblechstraße, die gemäß der Tradition dieses Werkes gen Osten, zum Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen das sozialistische Lager führen soll!

Man mag es überflüssig finden, jene Zeit der Produktionsverbote und Demontagen, der Sorgen deutscher Monopolisten um ihr Kapital, ihrer Gegenaktionen und ihres schließlichen Erfolges so ausführlich im Zitat darzustellen. Aber so ging es faktisch zu, so wirkten sich die verschiedensten Motive des internationalen Monopolkapitals aus – Konkurrenz gegen das deutsche, der Wunsch, den Profitgegner niederzuhalten, dann die zunehmend aggressive Linie gegen die Sowjetunion, gegen das sozialistische Lager, gegen die DDR, verbunden mit einer Wiederaufbaulinie dem westdeutschen Kapital gegenüber. Während all der Jahre natürlich gegenseitiger Betrug, alle gegen alle auf Kosten des einen oder anderen oder dritten.

Und während all der Jahre zunehmende Ausbeutung der Werktätigen. Entflechtung und Verflechtung, Demontage und Remontage, Monopol gegen Monopol, Monopol und Monopol gegen das sozialistische Lager: immer auf dem Rücken der Werktätigen! –

Auch in der Schilderung des Aufbaus einer Werkzeugmaschinenfabrik spielen die Demontagefragen eine Rolle – jedoch sind hier auch andere Momente von Interesse:

„Als die Amerikaner am 27. März 1945 Gießen erreichten, sah es zunächst keineswegs so aus, als dürfte man eines Tages damit rechnen, in den alten Hallen einmal wieder Werkzeugmaschinen zu bauen. Wertvolle Arbeitsmaschinen und unersetzliches Material hatten zum Teil tief unter der Erde den Ausgang des Krieges zwar überstanden, aber als alles vorbei und Waffenstillstand geschlossen war, schien es doch so, als sei nun auch für den alten Heyligenstaedt-Betrieb das Ende gekommen. Durch Besatzungsdekret wurden die Entwicklung und der Bau von Werkzeugmaschinen verboten oder genehmigungspflichtig gemacht. Das von den Amerikanern vorübergehend besetzt gehaltene Werk, dessen Name so untrennbar mit seinen Maschinen verknüpft war, bereitete sich darauf vor, seine gesamte Ausstattung als Reparation hergeben zu müssen. Auf der Demontageliste stand es nicht an letzter Stelle. Kommissionen aller vier Alliierten prüften und untersuchten, welche Einrichtungen abzuholen seien. Die Nervenprobe, welche die ersten Nachkriegsjahre mit sich brachte, gab der der Kriegsjahre mithin wenig nach. Wie recht man aber daran tat, den Mut nicht sinken zu lassen, beweist der Anblick des heute auf vollen Touren laufenden Unternehmens, das in entscheidender Stunde nicht preisgegeben, sondern zäh und verbissen verteidigt wurde. Man führte diesen Kampf um seine Existenz mit recht ungleichen Waffen, man gab ihn trotzdem nicht auf, weil von seinem Ausgang das Wohl und Wehe vieler hundert Familienväter abhing – weil von ihm abhing, ob der Begriff ‚Heyligenstaedt‘ weiterleben oder plötzlich ausgelöscht sein sollte.“

Zweieinhalb Jahre lang stand der Betrieb sozusagen mit einem Bein in der Grube. Da man Werkzeugmaschinen nicht bauen durfte, nahm er sich vor, dem zerbombten Gießen und seinen Bewohnern zu helfen. Die Heyligenstaedt-Männer erwiesen sich in dieser schlimmen Zeit geradezu als Meister der Improvisation. Es war beinahe unmöglich, ein Stück Holz, eine Glasscheibe, einen Nagel aufzutreiben, sofern man keine Kompensationsware zu bieten hatte. Die Heyligenstaedter wußten trotzdem Rat. Sie bauten auch ihre eigenen Hallen aus den Trümmern wieder auf, obwohl ihnen kein Mensch sagen konnte, ob und wann man weiterarbeiten durfte. Sie dichteten die Dächer und Fenster, richteten die alten eingestürzten Mauern wieder her, ebneten die Bombentrichter und glätteten die Wege ihres Fabrikgeländes. Sie stellten sich erfindungsreich auf den Bau von Holzbearbeitungsmaschinen um, lieferten Holzdrehbänke, kombinierte Kreissägen, Bohr- und Fräsmaschinen, Abricht- und Dicktenhobelmaschinen, Langlochbohrmaschinen, Bandsägen und Tankholzhackmaschinen. Sogar Ersatzteile für Textilmaschinen wurden hergestellt, und zweieinhalb volle Jahre lang gelang es, die drohende Demontage hinauschieben zu lassen.

Inzwischen war nach und nach eine größere Anzahl früherer Belegschaftsmitglieder aus Gefangenschaft und Wirrnissen der Zeit zum altgewohnten Arbeitsplatz zurückgekehrt, zum Teil verhärtet und ausgezehrt. Auch ihnen galt es, durch geregelte Arbeit wieder neuen Mut und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Bis dahin wurde zur Gewißheit, daß 46 Männer nicht mehr zurückkehren. Ehre ihrem Andenken.

Ende 1947 erfuhr man, daß man weiterarbeiten durfte. Zweieinhalb Jahre nach den Märztagen, in denen die Amerikaner einmarschiert waren, wich der Schatten, der so lange über dem alten Werk geschwebt hatte, dem verheißungsvollen Licht neuer Hoffnung.

Schon in diesen Nachkriegstagen aber, in denen er noch nicht wieder in Gang gekommen war, erwachsen dem Betrieb unzählige besondere Aufgaben auf dem sozialen Sektor, denn viele seiner Mitarbeiter standen vor dem Nichts, hausten zwischen geborstenen Wänden und in Kellern, besaßen kaum mehr als das, was sie auf dem Leibe trugen, und die Papiermark bot keinen großen Anreiz zur Arbeit. Je mehr der Wert der Währung absank, desto höher im Kurs stieg andererseits der Wert der Materialien. Es fiel ihr schwer in dieser ausklingenden Reichsmarkzeit ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen, das sie sich mit ihren Löhnen unmöglich zu beschaffen vermochten. Aber es wurden trotzdem Wege gefunden, zu helfen und Not zu lindern. Es wurden Fuhrwerke für die Reparaturen an Häusern zur Verfügung gestellt, es wurden Nahrungsmittel, Hausgeräte und Kleidung herangeschafft, man schaltete sich in die Vermittlung von Wohnungen ein, man tat, was man konnte, um in gemeinsamer Arbeit mit der neuen Betriebsvertretung das Elend ringsum zu mildern.“⁴⁵

⁴⁵ 75 Jahre Bau von Werkzeugmaschinen 1876–1951. Heyligenstaedt & Comp. Gießen, Mainz 1951, S. 50ff.

Besonders wichtig ist in dieser Schilderung der letzte Absatz, da er zeigt, wie billig, praktisch ohne Kosten, die Betriebsleitung den Belegschaftsmitgliedern in ihrer Not wirklich aushelfen konnte, wie sie das ganz offenbar auch in nicht geringem Maße tat – und sich so die Dankbarkeit, echte Dankbarkeit zahlreicher Arbeiterfamilien für eine spätere Zeit sichern konnte, in der Streiklosigkeit enorme Profite brachte und die Ausbeutung enorm steigen ließ. Auch solches gehört zu den Klassenkampfmitteln des Kapitals: die Brotkrume in Zeiten der Not, die in der Erinnerung als Riesenzuckerbrot bleibt.

Nicht ohne Interesse ist aber auch, wie der Betrieb in völliger Unsicherheit über seine weitere Existenzmöglichkeit weiterläuft.

Das eigentliche Produkt durfte nicht weiter erzeugt werden.

So baute man zunächst den Betrieb als solchen wieder auf. Wertvolle Maschinen waren unter die Erde gebracht worden und wurden wieder herausgeholt. Man stellte sich auf „erlaubte“ Produkte um.

Jeden Tag mußte man vergegenwärtigen, endgültig demontiert zu werden. Aber jeder vergangene Tag ließ auch in den Augen der Besatzungsmacht den Krieg und seine offiziellen Ziele ferner erscheinen.

Nach 2¹/₂ Jahren war man gerettet – gerettet für die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges. Denn heute produzieren die Werke die gleichen Produkte, auf höherem technischen Niveau, wie in den Jahren des Faschismus. Frech lautet denn auch die Überschrift des letzten Abschnitts: „Wir können stolz sein!“

Von noch größerer, von ganz ungeheurer politischer Frechheit ist der Bericht einer Hütte. Eines der Kapitel ist überschrieben „Der zweite Weltkrieg“; es beginnt nicht ungemütlich:

„Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges brachte Produktionsstörungen mit sich, wie sie vom ersten Weltkrieg noch in Erinnerung waren. Sie konnten in den ersten Kriegsjahren aber in erträglichen Grenzen gehalten werden.“⁴⁶

Dann aber wird es schlimm:

„Um so schwerer machten sich im Fortgang des Krieges die Folgen der Luftangriffe auf die Stadt Duisburg bemerkbar, die schließlich die Produktion der Niederrheinischen Hütte zum Erliegen brachten.

Bei den Angriffen vom 14. zum 15. Oktober 1944, bei dem auf das Stadtgebiet nicht weniger als 12000 Sprengbomben und 200000 Brandbomben abgeworfen wurden, wurde die Niederrheinische Hütte, vor allen die Hochofen- und Energieanlagen, so schwer getroffen, daß der gesamte Betrieb zum Erliegen kam. Unter Aufbietung aller Kräfte konnten nach 14 Tagen die größten Schäden notdürftig beseitigt werden und die Produktion im beschränkten Umfang für kurze Zeit wieder aufgenommen werden. Neue Angriffe folgten; der Umfang der Zerstörungen und Schäden stieg immer weiter, so daß im Dezember 1944 der ganze Betrieb endgültig zusammenbrach und die Produktion bis Ende des Krieges nicht mehr aufgenommen werden konnte. Die letzten Schläge erhielt das Werk, als durch das Artilleriefeuer, das vom 4. März

⁴⁶ 100 Jahre Niederrheinische Hütte AG. 1851 Duisburg 1951, Darmstadt 1951, S. 54.

bis 11. April 1945 auf der Stadt lag, 6 Kamine des Martinwerkes zusammengeschossen wurden und die Hochöfen und Cowper weitere schwere Schäden erlitten.“⁴⁷

Es folgt eine Aufzählung der einzelnen Schäden.

Darauf fährt der Bericht, immer noch unter der Überschrift „Der zweite Weltkrieg“ fort:

„Nach dem Zusammenbruch sah sich die Werksleitung vor beispiellose Aufgaben gestellt. Der Wiederaufbau mußte schwierigsten Verhältnissen abgerungen werden. Beim Anblick der Zerstörungen mochte manchem der Mut entsinken, hier wieder Hand anzulegen. Sämtliche Hallendächer waren abgetragen oder schwer beschädigt. Noch lange Zeit nach der Wiederaufnahme der Produktion mußte die Belegschaft in diesen schwer mitgenommenen Hallen arbeiten, allen Witterungseinflüssen ausgesetzt. Der Mangel an Materialien, an Ersatzteilen, an allem und jedem, was zum Wiederaufbau benötigt wurde, schuf Hemmnisse und Schwierigkeiten ohne Zahl. Auch Arbeitskräfte waren zunächst nicht in ausreichendem Maße zur Stelle.

Trotzdem gelang es, zunächst die Energieanlagen und dann Teile des Stahl- und Walzwerkes wenigstens behelfsmäßig wiederherzustellen und in Betrieb zu nehmen. Im August 1946 konnte die Produktion im Siemens-Martin-Werk mit 2 Öfen und an der Drahtstraße und den Grobblechstraßen im kleinsten Umfang aufgenommen werden. Mühsam wurde Schritt vor Schritt gesetzt. Die Erfolge blieben nicht aus. Trotz des Mangels auf allen Gebieten, trotz gänzlich unzureichender Ernährung und trotz des empfindlichen Leutemangels konnte der Aufbau überall vorwärtsgetrieben werden.

In diese mühsame Aufbauarbeit fiel im Oktober 1947 der verhängnisvolle Demontagebeschuß der Besatzungsmacht, der das Aufbauwerk aufs schwerste bedrohte. Ganz abgesehen von dem für den Umfang des Werkes überaus großen Substanzverlust hätte die Hütte vor allem durch die Demontage des Siemens-Martin-Stahlwerkes, das in jahrzehntelanger Arbeit seine Erzeugnisse hoch entwickelt hatte, die eigene Rohstahlbasis verloren. Die wirtschaftliche Existenz der Hütte wäre vernichtet worden.

Es begann ein dramatischer, zwei lange Jahre währender Kampf um die Rettung des Werkes mit dem Erfolg, daß das Siemens-Martin-Werk auf Grund des Petersberger Abkommens vom November 1949 von der Demontageliste abgesetzt wurde und somit der Hütte erhalten blieb. Das Blechwalzwerk mit seiner Kapazität von 15000 t monatlich ging dagegen leider verloren.

Immerhin war die für das Werk unentbehrliche eigene Rohstahlgrundlage erhalten geblieben. Der Wiederaufbau der Hütte konnte nunmehr aufgrund der geklärten Verhältnisse in sorgfältiger Planung verstärkt fortgesetzt werden.

Während dieser in der Geschichte der Hütte schwersten Zeit hat die gesamte Belegschaft durch Disziplin und durch ihre feste und besonnene Haltung die Bemühungen der Werksleitung um die Rettung des Werkes auf das nachdrück-

⁴⁷ Ebenda, S. 57.

lichste unterstützt. Der Wiederaufbau der deutschen Industrie nach einem Zusammenbruch ohnegleichen stellt eine geschichtliche Großtat dar.“⁴⁸

Wieder der Demontagekampf, der wie in anderen Fällen mit einem Teilerfolg für das deutsche Monopolkapital endete. Zum Schluß auch ein paar überhebliche Worte an die Belegschaft.

Alles das aber noch unter der Überschrift „Der zweite Weltkrieg“, der nach Ansicht dieser Monopolisten mit den Bombenwürfen im Oktober 1944 begann und mit dem Petersberger Abkommen vom November 1949 abschloß.

Erst als eine neue Aufrüstungszukunft gesichert erscheint, erst als man auf den dritten Weltkrieg zusteuern zu können glaubt, ist für diese Herren der zweite Weltkrieg zu Ende, und man beginnt ein neues Kapitel mit der Überschrift „Wieder Vorwärts“.

Ganz ähnlich geht die Festschrift der Stollberger Zink AG vor, deren Kapitel „Der zweite Weltkrieg“ bis 1947 reicht. Erst das folgende, das mit der Spaltung Deutschlands 1948 einsetzt, ist „Wiederaufbau“ überschrieben.⁴⁹

Noch deutlicher ist eine chemische Fabrik, die ein Kapitel überschreibt „Die Zeit 1932–1948“ – Periodisierung als ideologische Waffe! Und was wird über die Zeit von 1945–1948 gesagt? Sie wird nicht nur übergangen, sondern es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie übergangen wird:

„Die ‚Reichsmarkzeit‘ 1945–1948, in der die Versorgung mit Ölen und Fetten fast völlig versagte, kann heute nur als Übergang zu einer besseren Ära angesehen werden, weshalb ihr hier nicht viel Worte gewidmet werden sollen.“⁵⁰

Auch die Schrecken des Krieges schreibt die Festschrift schnell ab, zumal sie kaum Materialschäden hatte und nur Menschen wirklich „zu Schaden kamen“: „Äußerlich wurde durch die Schrecknisse des Krieges der Betrieb in seinen Hauptanlagen nicht getroffen; mäßige Gebäude- und Maschinenschäden konnten wieder behoben werden. Die Lücken an Menschenleben, die der Krieg in die Familien der Inhaber und der Arbeiter riß, sind nie mehr zu schließen. Das Gedenken an die Toten mag in den Familien selbst bewahrt bleiben.“⁵¹

So wendet sich die Darstellung schnell der frohen atombomben- und profitreichen Gegenwart im letzten Kapitel, das die Überschrift „Das Werk heute“ trägt, zu. Und wie sieht das Werk heute aus?

„Wer durch die Werkanlagen der chemischen Fabrik Fridingen in Viernheim wandert, erhält Einblick in ein modernes Industrieunternehmen, das deutlich das Gepräge seiner Eigenart zeigt. Selbst der nicht fachmännische Beobachter vermag zu erkennen, wie auch beim Auf- und Ausbau dieser Anlagen die Grundsätze wirksam waren, die Georg Jakob Rübemann einst aufgestellt und Gustav Rübemann weiter entwickelt hatte.“⁵²

⁴⁸ Ebenda, S. 57 ff.

⁴⁹ *Stollberger Zink. Die Geschichte eines Metalls*, Aachen 1957, S. 111 ff.

⁵⁰ *50 Jahre Chemische Fabrik Fridingen. Gustav Rübemann. 1899–1949*, Viernheim bei Mannheim 1949, S. 24.

⁵¹ Ebenda, S. 23 f.

⁵² Ebenda, S. 24.

Man merkt dem Werk, das seine Toten schnell abschreibt, das seine fröhliche Gegenwart mit der Spaltung Deutschlands ansetzt, also gleich an: Hier herrscht der Geist der Rübeldmanns! –

Solche Betriebsgeschichtsschreibung, die den Wiederaufbau mit der Spaltung Deutschlands beginnen läßt, ist ein Musterbeispiel antinationalen Kampfes des westdeutschen Monopolkapitals.

Solche Betriebsgeschichtsschreibung, die den Wiederaufbau mit der Grundsteinlegung eines neuen Rüstungsproduktionsapparates, mit der endgültigen Paraphierung des Bündnisses des amerikanischen und westdeutschen Monopolkapitals gegen die DDR und das sozialistische Lager beginnen läßt, ist typisch für die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus.

*

Zwei Festschriften seien abschließend behandelt, weil sie in ihrer Art Besonderes bieten.

Als erste die einer Weinbrennerei. Anlässlich des zweiten Weltkrieges werden die Inhaber der Firma als „Ablehner des Systems“ geschildert, wobei geschickt die allgemeinen Wirtschaftsmaßnahmen des Faschismus als spezifisch gegen die Firma gerichtet dargestellt werden:

„Das Bild änderte sich mit Ausbruch des Krieges: Einstellung der Brennweinimporte, Kontingentierung der Bezüge der Kundschaft. Nach dem Einmarsch in Frankreich liefen wenigstens (! – J. K.) die Brennweineinfuhren wieder an. Aber gleichzeitig kamen andere Sorgen, zum Teil bedingt durch die von jeher ablehnende Haltung der Firma gegenüber der Partei. Die Inhaber hatten sich in ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Systems auch durch die Anfangserfolge des nationalsozialistischen Regimes nicht beirren lassen.

Es gab Kontrollen, Überwachung, Beschlagnahmen, Scherereien mit der Kreisleitung, Angriffe der Parteipresse auf die Firma Both, Schikanen aller Art. Ein schwerer Schlag waren die Lenkungsmaßnahmen. Sie gingen so weit, daß auch der Absatz zentral von Berlin gesteuert wurde. Wettbewerb und Werbung, alles war geregelt. Der Unternehmer war der staatlichen Lenkung so unterworfen, daß ihm nur noch geringer Spielraum für eigene Initiative verblieb; am meisten noch in Organisations- und Personalfragen, obwohl er auch hier Rücksicht auf die Machthaber zu nehmen hatte. Er war nur noch Funktionär ohne eigenes Risiko. Der Staat verfügte über seine Arbeits- und Kapitalkraft als über eines seiner Organe. Die Verbindung mit der Kundschaft – in mühsamer, jahrzehntelanger Pionierarbeit aufgebaut – bestand nicht mehr.

Die Umsätze stiegen wohl in dieser Zeit weiter an, aber man weiß ja, was das in jenen Jahren bedeutete: Es waren Zifferngewinne, die sich nicht in wirkliche Werte verwandeln ließen. Die Machtfülle der Dienststellen wirkte sich oft in unausführbaren Vorschriften und drakonischen Anordnungen aus. Im Jahre 1943 sollte der Weinhandelsbetrieb völlig stillgelegt werden. Die größte Aufregung löste wohl ein Befehl aus, wonach die Firma Both vier Kesselwagen

Weindestillat zur Herstellung von Flugzeugtreibstoff an die Monopolverwaltung abzuliefern hatte.“⁵³

Schön und gut. Wir verlangen vom Kapital nicht, daß es antifaschistisch handelt. Wir sind schon zufrieden, wenn es irgendwie gegen das faschistische System eingestellt ist.

Doch jetzt geht es weiter:

„Die furchtbarste Krise, mit keiner der vorhergehenden vergleichbar, brach herein, als im Mai 1945 der Krieg mit dem völligen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung, des Verwaltungs- und Versorgungsapparats, dem Stillstand der Wirtschaft und mit dem Elend von Millionen vertriebener Deutscher endete. Ein ganzes Volk stand vor dem Nichts. Die Sorge um die einfachsten täglichen Bedürfnisse überschattete in den ersten Wochen und Monaten alle anderen Lebensäußerungen.

Alles hing jetzt von der Besatzungsmacht ab, für die aber war zunächst die Sicherheit der Truppen oberstes Gebot. Später richteten sich die ersten Verwaltungsakte der Alliierten auf die Sicherstellung der Ernährung. Bei den nächsten Maßnahmen, der Wiederaufnahme der Verwaltung und dem Wiedereingangssetzen der Wirtschaft, stand die ständige Besorgnis der Besatzungsmächte vor dem Weiterleben des Nationalsozialismus hemmend im Wege.“⁵⁴

Nach der „Anti-Nazi“-Visitenkarte der Zorn über die „Hemmungen“, die die westliche (!) Entnazifizierung in der Wirtschaft verursachte.

Wahrscheinlich stand einer der Firmeninhaber mit einer faschistischen Lokalgröße verquer – sei es, daß er ihr nicht genug Brantwein als Geschenk gemacht hatte, oder daß er ihr soviel geliefert hatte, daß jene seine Tochter angegangen war. Wie gleichgültig! in jedem Fall war es ein Dreck, zumal keine einzige konkrete Tatsache mitgeteilt werden kann.

Der „antifaschistischen“ Visitenkarte ohne Adresse folgt die profaschistische Visage mit scharf geprägten Zügen: Erst hemmen die faschistischen „Lenkungsmaßnahmen“ den Betrieb – dann ist es „die ständige Besorgnis der Besatzungsmächte vor dem Weiterleben des Nationalsozialismus“. Wie soll man da Profite machen! Kein Wunder, daß Kriegs- und Nachkriegszeit zu einem verschmelzen – kein Wunder, daß eine neue Zeit erst 1948 beginnt:

„Die alle Verhältnisse bis zu chaotischen Zuständen hin verzerrende Kriegs- und Nachkriegsperiode wurde durch die Währungsreform von 1948 und die organisch mit ihr verbundene Wirtschaftspolitik beendet und überwunden. Professor Dr. Ludwig Erhard war der Begründer dieser neuen Wirtschaftspolitik und der geniale Schöpfer der Neuordnung des wirtschaftlichen Systems, dessen Grundelement die soziale Marktwirtschaft ist. Mit der von ihm eingeleiteten, verfochtenen und durchgehaltenen Politik hat er der unternehmerischen Aktivität wieder den Raum und die Möglichkeiten geschaffen, die sich in der Geldwirtschaft, der erweiterten Konsumkraft, dem Auslandsmarkt und dem technischen Ausbau der Produktion am kräftigsten abzeichnen.“⁵⁵

⁵³ 1886–1961 *Gebr. Both. Weinbrennerei Ahrweiler*, o. O., o. J., S. 40f.

⁵⁴ Ebenda, S. 42ff.

⁵⁵ Ebenda, S. 50.

Die zweite Festschrift betrifft den ehemaligen IG-Farbenbetrieb Knapsack und zeigt die faschistische Linie in anderer Weise.

Der „Die Katastrophe“ überschriebene Abschnitt beschäftigt sich teils mit dem Geschick des Leiters der Firma unter der englischen Besatzungsmacht, teils mit den Bombenangriffen auf das Werk.

„Es ist selten, daß ein Mann, der ein zu Anfang winziges Werk zu solcher Höhe gewaltiger Entwicklung führen durfte, wie es Max Bachmann zwischen 1907 und 1939 vergönnt war, nicht am Schluß, wenn er alles in Trümmer sinken sieht, dem Trübsinn anheimfällt und die ungerechte Absetzung nicht mit Verbitterung quittiert: seinen Lebensabend bestimmten Gelassenheit, Güte und warmherziges Interesse genau wie seinen Lebensmittag; nicht umsonst galt sein innerstes Bedürfnis dem sozialen Frieden.

Max Bachmann gehörte nicht zu denen, die unnützlich klagen. Schwierigkeiten begegnete er trocken und sachlich. Wie wohlthuend hebt sich sein Bericht über die Totalzerstörung vom 28. Oktober 1944 an Geh. Rat Schmitz von ähnlichen Dokumenten ab, die ganz natürlicher Weise versuchen, das Entsetzliche zu übertreiben, nicht aber zu untertreiben! Es bildet sich nachgerade als eine Art Sport heraus, daß Werke, die den Krieg überlebten, ihre kleinen und mittleren Schäden sozusagen am Ordensbande tragen und mit ernsthafter Miene vorrechnen, welches Wunder es doch ist, daß Fleiß und Lebenswille sie wieder gesund gemacht haben. In dieser Spezies würde Knapsack das Eichenlaub mit Schwertern beanspruchen dürfen, falls es darauf Wert legte.“⁵⁶

Wie delikats formuliert: „ungerechte Absetzung“ für den Chef eines IG-Werkes. Und neben der Delikatesse der kernige Militarismus: „Eichenlaub mit Schwertern“ für den Nachkriegswiederaufbau. Eine militärische Auszeichnung für den „friedlichen“ Aufbau. Der Chronist versteht sein Schreibwerk.

Versteht auch die Ideologie seiner Auftraggeber. Heißt es doch im nächsten Abschnitt unter der Überschrift „Fremde Herren“:

Am 5. März 1945 kamen die Amerikaner und besetzten das Werk; im Juni rückten englische Truppen nach, Deutschland zerfiel in jene unseligen Zonen, deren Grenzen durch Bahnkontrollen, Wagendurchsuchungen, Rucksack-, Koffer- und Handtaschenbeschlagnahme auf Jahre hinaus gekennzeichnet waren, es zerfiel auch die Währung, schwarze und graue Märkte griffen Platz, und beschlagnahmt wurden die Werke: Hoechst von den Amerikanern, Knapsack von den Briten, Wandeleben von den Franzosen, die I.G. Farben wurde für ‚in Auflösung befindlich‘ erklärt, ihr Direktorium verhaftet, verurteilt, eingesperrt, Waggonladungen von Patenten und Akten schwammen über den Ozean davon, und anschließend, März 1946, ging es an die Liquidation der Menschen jederlei Position – wofür man die Wunderwaffe der Entnazifizierungsgerichte erfand, bei denen sich Deutsche gegen Deutsche ihre Sporen verdienten. In einem grimmigen ‚Bäumchen-wechselt-euch-Spiel‘ wurden aus

⁵⁶ Niebelschütz, W. v., Knapsack. Zum fünfzigjährigen Bestehen der Knapsack-Griesheim AG, Bonn 1957, S. 72f.

leitenden Chemikern einfache Arbeiter oder Arbeitslose, aus Vorarbeitern und Meistern Betriebsleiter, und diese Betriebsleiter waren froh, wenn sie bei schwierigen Situationen einen Ingenieur oder Chemiker als Arbeiter unter sich hatten; auch hier bewährten sich, wie in den Anfängen der Fabrik, Kameradschaftlichkeit, gegenseitige Achtung und hilfsbereiter menschlicher Anstand, um wenigstens ‚vor Ort‘, vor dem Ofen, vor den entzündlich empfindlichen Apparaturen, die lebensgefährlichen Folgen eines organisierten Wahnsinns wenn irgend möglich zu vermeiden (beim Wiederanfahren der Gasreinigung etwa stand plötzlich der Betrieb in Flammen).“⁵⁷

Was lesen wir hier nicht alles – wie die „Feinde“ kamen, Handtaschen und IG-Farbenwerke wurden beschlagnahmt, schwarze und graue Märkte griffen Platz (so im Original!), während IG-Patente über den Ozean schwammen, mit der „Wunderwaffe der Entnazifizierung“ wurde die durch den ganzen Weltkrieg gerettete deutsche Ehre erstochen, Direktoren und Arbeiter spielten Versteck im Dunkeln oder ist es Wechselt-das-Bäumchen, aber sobald der Ofen brennt, finden sie sich in die richtige Rangordnung.

Daneben wird noch ein Hauptwunder vollbracht: „Das Hauptwunder des Wiederaufbaus wurde noch 1945 vollbracht, zwischen der Besetzung im März und der Beschlagnahme Ende November. Jeder, auch jedes Vorstandsmitglied, jede Frau, faßte mit an.“⁵⁸ Ganz gleich, wie das Geschlecht, auch wenn kein Ofen glüht, ob Vorstandsmitglied oder Frau: es wird angepackt.

Doch es geschehen noch mehr Wunder. Die Besatzungsmächte gehen demokratisch vor, und Töchter überdauern nackt:

„Das bis heute anhaltende ‚i. L.‘ hinter der Firmierung der I.G. Farbenindustrie bedeutete für Knapsack, daß der Kontrolloffizier der Hohen Kommission sehr demokratisch sowohl den Vorstand wie den Aufsichtsrat und die Generalversammlung ersetzte. Nicht anders erging es den Farbwerken Hoechst, nicht anders den Kalkwerken Wandesleben. Jede dieser Firmen, ob vertochtert oder nicht, stand ohne ihre nächsten Angehörigen da und mußte sehen, wo sie blieb. Keine wußte, welches Vermögen sie hatte, weder was ihr gehörte, noch wem sie gehörte, noch für wen sie arbeitete noch wovon, es sei denn für sich und aus der Substanz, also aus der Kraft ihrer Belegschaft für die Kraft ihrer Belegschaft. Was da exerziert wurde, war nacktes Überdauern, Funktionalismus im Leeren.“⁵⁹

Aber es bleibt nicht so: wie schon in einer anderen Festschrift erwähnt: der häßliche Besatzer verwandelt sich in einen sachlich-tatkräftigen Prinzen:

„Solche Lagen führen zu endlosem Hin und Her, nicht selten sogar dazu, daß die örtlichen Stellen das ihnen Unterstehende gleichsam als ihr eigenes Kind betrachten und es gegen die fernen Oberen zu verteidigen beginnen. Immer ist es das Menschliche, was mit dem Amtlichen versöhnt. So liest man nicht ohne

⁵⁷ Ebenda, S. 74.

⁵⁸ Ebenda, S. 75.

⁵⁹ Ebenda, S. 76.

Bewegung den Knapsacker Nachruf auf Mr. Douglas Fowles, den letzten Controller der I.G. Farben für die britische Zone, dessen Aufgeschlossenheit, Sachlichkeit und tatkräftige Anwaltschaft für Knapsack gerühmt werden, und dem man, als er starb, Dank wußte ‚für seinen Einsatz bei der wirtschaftlich vernünftigen Gestaltung des Unternehmens‘: ein schönes Dokument über den Tod hinaus.“⁶⁰

Mehr noch: Vor seinem Tode hat der Prinz noch ein Ei gelegt, aus dem ein neuer Betrieb entschlüpft, der mit ausdrücklicher westlicher Erlaubnis nach Phosphor riechen darf:

„Nach jahrelangen Verhandlungen wurde endlich sowohl den Höchster Wünschen wie den Knapsacker Notwendigkeiten auf salomonische Weise Rechnung getragen: Höchster erhielt seine Aktien zurück. (Entlassung Knapsacks aus alliierter Kontrolle 4. September 1952), Knapsack aber war inzwischen nicht nur um die Genehmigung zur Phosphorfabrikation bereichert worden (Betriebsaufnahme Februar 1953), sondern die Hohe Kommission hatte ihm am 1. Oktober 1951 eine Reihe von Sauerstoffwerken (Nordwestdeutsche in Düsseldorf, Süddeutsche in Stuttgart, Tegawerk in Kassel) und die extrem wichtige Griesheim-Autogen in Frankfurt am Main angeschlossen, eine ideale Ergänzung für beide. Die Firmierung lautete Knapsack-Griesheim Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger und Autogentechnik U. S. Administration Knapsack Bez. Köln und erleichterte sich auf der Hauptversammlung am 26. September 1952 um ihre zwei Mittelzeilen. Genau zwei Monate später wurde dem Unternehmen ein Kommanditanteil an der Friedrich Uhde K.G. in Dortmund übertragen, heute zu 70% als G.m.b.H. eine Knapsack-Griesheim-Tochter. Auch Wandersleben war aus französischem Sequester zurückgekehrt.“⁶¹ Und da sie zum Schaden unseres Volkes immer noch nicht gestorben sind, so leben sie noch heute, einschließlich des Herrn Bachmann, von dem eingangs die Rede war und von dem wir jetzt hören:

„Die alliierte Entscheidung, so seltsam es klingt, bewegte sich genau auf den Denkbahnen, die Max Bachmann vorgezeichnet hatte. Er durfte die Krönung seines Werkes, wenn auch nicht mehr als leitender Direktor, so doch als Mitglied des Aufsichtsrates, noch erleben – eine Krönung, die sich ohne Krieg und I.G.-Zerschlagung wohl kaum hätte durchführen lassen. Auf dem Boden chaotischer Trümmer wurde endlich das Zusammengehörige zusammengetan, wobei Knapsacks Stellung als überragender Schweißcarbidproduzent den eigentlichen Magnetismus abgab.“⁶²

Alles ist wie in der Zeit der schönsten Vergangenheit, wie im Faschismus:

„In all jenen Jahren des beunruhigenden Mangels an Klarheit über das nächste Schicksal hat die Fabrik, auch wenn ihre leitenden Herren manchmal wegen Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung für ein paar Tage im Klingelpütz saßen, unverdrossen ihre Produktion reorganisiert, aus ihr gelebt und

⁶⁰ Ebenda, S. 77.

⁶¹ Ebenda, S. 78.

⁶² Ebenda, S. 78f.

mit ihr neue Anlagen vorfinanziert. Fast alles, was sie vor 1938 fertigte, war bis 1948 wieder da, als letztes im Jahr darauf der Kornkalkstickstoff und 1951 Ferrosilicium. Dazwischen brachte sie erstmals Monochloressigsäure auf den Markt, 1951 stellte sie die Acetongewinnung von Essigsäure auf Isopropylalkoholbasis um, 1953 kamen die Phosphorprodukte, dann Acetylenruß, 1954 Vinylchlorid, 1957 Chloropren; eine Fabrik für Acrylnitril steht vor der Vollendung. Im Juli 1955 wurde der größte und modernste Carbidofen in Betrieb genommen, ein zweiter gleichen Ausmaßes ist momentan in Bau. Diese Neukonstruktionen dienen leider nicht so sehr der Kapazitätsausweitung wie der Energieersparnis; an ihrer Stelle werden ältere Anlagen stillgesetzt. Gäbe es Strom genug, so gäbe es keine Schwierigkeiten.“⁶³

A propos Faschismus . . . muß einem da nicht „Humanismus“ einfallen? Richtig, so ist es. Darum heißt es auch im folgenden Abschnitt, der „Das Menschliche“ überschrieben ist:

„Wenn vom Menschlichen die Rede ist, denkt man gern an die Köpfe, die das Schicksal des Werkes ausmachten. Hieße die Überschrift ‚Das Soziale‘, so bezöge sie sich nur auf den Lohnempfänger, nur auf das Nehmen, auf Vergünstigungen, auf finanzielle Opfer des Werkes: dermaßen wurde das Wort ‚sozial‘ entwertet. Man sollte es wieder durch ‚menschlich‘ ersetzen, es enthält keine Parteiung. Soziale Haltung ist heute durch Gesetz vorgeschrieben, menschliche Haltung läßt sich nicht dekretieren. ‚Sozialpartner‘ sind ein politischer Begriff, und kein schöner; ahnt man dahinter nicht immer noch die Arbeiteraufstände der Frühindustrie? Derlei Aufstände mögen im Vordergrund Lohnkämpfe gewesen sein, die man zum Klassenkampf stempelte; im heimlichen Untergrund ging es um den verständlichen Wunsch, nicht als Klasse, sondern als Mensch und als ebenbürtig behandelt zu werden – einen Wunsch, der mit Würde zu tun hatte. Das ist heute fast allenthalben erreicht, in Knapsack seit langem . . .

Vielleicht war kein Werk so dafür prädestiniert wie gerade ein chemisches, das ja nicht ein für allemal dasteht, sondern stetig Neues gebiert und, wenn ein Verfahren sich ändert, ganze Komplexe umzubauen hat, Komplexe obendrein, in denen das Unheimliche lauert. Gefahr schmilzt Menschen zusammen. In Gefahr genügt es hier nicht, daß die Werksfeuerwehr kommt; in Gefahr braucht man die Kenntnis des Chemikers, den schnellen Blick des Ingenieurs, den Mut des Vorarbeiters oder Betriebsschlossers, die Umsicht des Betriebsleiters, die sofortige Behandlungskunst des Werkarztes, niemanden, der fortläuft, niemanden, der herumsteht. Man braucht kurzum bei jedem Einzelnen das tiefe, wortlos selbstverständliche Gefühl für einander und dafür, daß dieses Werk jedem gehört – in einem edleren Sinne als dem oberflächlich materiellen der Ertragsbeteiligung, die sie alle besitzen . . .

Von der Leitung verlangt der Arbeiter, daß sie den Markt kennt und ihre Produktion mit Feingefühl manövriert. Vom Arbeiter muß die Leitung um-

⁶³ Ebenda, S. 79f.

gekehrt verlangen können, daß er Verständnis hat für die komplizierten, lebensgefährlichen Aspekte der Volkswirtschaft, in deren Blutkreislauf das Werk eingeschlossen ist und an deren Fieberkurven es teilhat. Verständnis heißt nicht substantielles Verstehen im Einzelnen, es heißt Vertrauen . . .“⁶⁴ Und so sind wir beim Monopolhumanismus gelandet, der Vertrauen von der Belegschaft, der Klassenharmonie fordert und fordern kann von wegen des Feingefühls der Leitung für Markt und Produktion. Je empfindsamer der Monopolist für Schwankungen im Profitbarometer, desto größer muß das Vertrauen der Belegschaft in die Betriebsspitze sein.

„Die Spitze ist breit fundiert“ heißt darum der nächste Abschnitt und begründet das teils antikommunistisch, teils auf den Freiherrn vom Stein zurückgehend:

„Der Vorstand sieht seine schönste Aufgabe darin, Anregungen zu geben und Anregungen aufzugreifen, dem Initiator zu helfen und zu raten und nur dort als Macht aufzutreten, wo es um die große Planung und das Gesamtinteresse des Werkes geht.

Es war das ursprünglich eine politische Reaktion auf den Überzentrismus des totalitären Regimes bei uns wie im Osten – ein Anknüpfen an große Traditionen, die, um 1800 begonnen, zum Schaden der deutschen Nationalentwicklung verlassen wurden: an die Stein'schen Ideen der gemeindlichen Selbstverwaltung und der Abgabe von Verantwortung nach unten. Derlei Ideen beschränken sich ja nicht auf das reine Parteileben – im Gegenteil. Ein großes Industrierwerk ist immer auch ein großes politisches Wesen im griechischen Sinn der Polis als eines Stadtstaates. So hat man in Knapsack die gleiche Aufgabentrennung eingeleitet, wie sie der Staat zwischen Legislative und Exekutive besitzt. Gesetzgeber und Aufsichtsbehörde ist der Vorstand und will es bleiben, ausführen aber sollen die Direktoren, nur sollen auch sie wieder nicht immer nur befehlen und alles selbst machen wollen: auch sie sollen anregen, beraten und einen Teil auch ihrer Verantwortung nach unten delegieren, an die Prokuristen, an die Betriebsleiter, und die wieder an ihre Assistenten und Meister, und die Meister an ihre Vorarbeiter. Verantwortung ist nicht möglich ohne Freiheit; Entscheidungsfreiheit heißt umgekehrt, daß man Verantwortung auf sich nimmt. So wie Knapsack als Ganzes heute ein fast selbständiges Unternehmen im Rahmen der Farbwerke Hoechst darstellt, so sind im Rahmen von Knapsack die Phosphorfabrik oder der Carbidbetrieb oder die Essigsäure- oder die Sauerstoffwerke wiederum fast selbständige Unternehmer, über denen der Vorstand als Kontrolle, als Bankier und in Zweifelsfällen als ausgleichende Instanz steht. Dies neue System hat sich in der kurzen Spanne, seit es probiert wird, glänzend bewährt. Es zeitigt fabrikatorische Denkfriede und macht denjenigen, der die Verantwortung plötzlich mitträgt, empfindlich für mancherlei Aspekte, die er vorher nicht im Traume gesehen hat.“⁶⁵

⁶⁴ Ebenda, S. 80 ff.

⁶⁵ Ebenda, S. 83 f.

Plato verlangte, daß Philosophen an der Spitze des Staates stehen. Bei Knapsacks stehen bestimmt Philosophen an der Spitze des Betriebes. Ja mehr, man könnte sagen: jedes Belegschaftsmitglied ein Philosoph.

Und so ist alles wieder in Ordnung.

Der Betrieb produziert wie eh und je und was er nur will – auch im Hinblick auf einen dritten Weltkrieg.

Die Produktion ist gut aufeinander abgestimmt.

Aus der Entflechtung ist wieder eine tochterreiche Verflechtung geworden.

Die IG, der verbrecherischste Konzern in der deutschen Geschichte, wächst von neuem heran. Stärker als zuvor. Geschickter durchorganisiert. Gefährlicher unserem Volk, der ganzen Welt, als zuvor.

Alles ist wieder in Ordnung oder okey, wie man heute in Westdeutschland sagt.

Doch dann spüren wir plötzlich, im Schlußkapitel, den harten Wind der Welt monopolistischer Konkurrenz, die ganze Unsicherheit, die auch die Erfolgreichsten in Westdeutschland packt:

„Leider führen wir, zur deutlichen Nervosität unserer Nachbarvölker, den märchenhaften Aufstieg, den wir nach 1948 erlebten, dauernd im Munde, und leider wissen wir nicht oder wollen es nicht wissen, auf wie gebrechlichen Füßen das alles steht. Das bundesdeutsche Wunder, wie gesagt, hat seine Lücken und Tücken und stellt keine so einfache, geschweige so unanfechtbare Angelegenheit dar, wie das Schlagwort dem Nichtdenkenden einreden möchte. Im Augenblick geht es uns gut; morgen kann sich das ändern, wir verdienen viel, sparen wenig, das Volk hat keine Reserven, unser Kapitalmarkt ist leer, der Staat hilft tüchtig beim Ausgeben. Ohne Kapital keine Investition, ohne Investition kein Anschluß an den Fortschritt. Wir haben gut sagen, daß z. B. Knapsack seine Vorkriegsproduktion wieder erreichte. Sie ist erreicht worden, und es war ein harter Weg, aber derweil sind die Anderen nicht stehen geblieben . . . der Raum, auf dem wir stehen, bleibt gering, wir haben von uns neue Anstrengungen zu verlangen; und gewißlich wären wir gut beraten, wenn wir sie in jenem gleichen einfachen, klaglosen, vernünftigen Geist leisteten, der die kurze, schwere Schicksalsgeschichte Knapsacks kennzeichnet.“⁶⁶

Der Raum, auf dem wir stehen, bleibt gering . . . womit auf den letzten Zeilen der Jubiläumsschrift die Richtung gewiesen wird: zur Expansion, zur räuberischen Ausdehnung.

Der Raum mag den Herren der IG-Nachfolgesellschaften gering erscheinen . . . Uns scheint er noch groß, viel zu groß. Uns scheint jeder Raum zu groß, auf dem auch nur ein einziger ehemaliger oder künftiger kriegsverbrechender Monopolist noch über der Erde Platz hat.

*

⁶⁶ Ebenda, S. 84f.

Mindestens einmal in der Woche erscheint in Westdeutschland eine Betriebsfestschrift.

Zumeist gut aufgemacht und stark bebildert.

Stets von volksfeindlicher, antinationaler, militaristischer Ideologie gefüllt. Vielfach werden die Festschriften an Teile der Belegschaft, bisweilen an alle, gegeben und stehen zu Hause neben billigen Romanen und technischen Schriften, oft das bestgebundene Buch.

Die ideologische Gefährlichkeit solcher Schriften ist groß. Auch wenn der Betrieb den Bossen gehört, fühlen viele Arbeiter und Angestellte, daß das Buch von „ihrem Betrieb“ handelt, einen Teil „ihrer Geschichte“ erzählt, zumal an den abgebildeten Maschinen gar nicht selten ein Kollege oder gar der Besitzer des Buches selber steht.

Öfter nimmt das Belegschaftsmitglied das Buch in die Hand, blättert auch im Familienkreis darin.

So leitet eine solche Festschrift nicht nur die offizielle Geschichtsschreibung an, sondern hat auch Masseneinfluß.

Darum ist diese Sparte monopolistischer Literatur so gefährlich. Darum erfordert sie unsere dringende Aufmerksamkeit.

Auch wir schreiben eine „Geschichte der Fabriken und Werke“, wirkliche Geschichte!

Sollte man im Kampf gegen das westdeutsche Monopolkapital aber nicht einmal auch die kommentierte Ausgabe einer westdeutschen Festschrift herausbringen?

Quellen
und Materialien

Literaturberichte
und Rezensionen

Aus der Praxis der IG Farben in Auschwitz-Monowitz

VON BERTHOLD PUCHERT

Es ist jetzt zehn Jahre her, daß die Verhandlungen zwischen der westdeutschen Bundesregierung und den Westmächten über die sogenannte Entflechtung der IG Farbenindustrie AG Frankfurt/Main abgeschlossen wurden. Damals fand in Bonn eine Pressekonferenz statt, von der die Westberliner Zeitung „Der Kurier“, Nr. 69 vom 23. März 1953, unter anderem berichtete: „... Alle Beteiligten hoben hervor, daß sich Bundeskanzler Dr. Adenauer bei den jeweils auftretenden Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit den Alliierten mit großem Nachdruck für die IG Farben eingesetzt habe.“

Zwar gibt es seitdem die *Firma* IG Farbenindustrie AG nur noch als Gesellschaft in Abwicklung, doch der IG Farben-Konzern ist heute mächtiger und gefährlicher denn je. Statt daß die in diesem Mammutunternehmen bestehende Konzentration wirtschaftlicher Macht gemäß dem Potsdamer Abkommen beseitigt worden wäre, wurde es im Ergebnis dieser Verhandlungen „entflochten“. Diese „Entflechtung“ entsprach den eigenen Plänen seiner Leitungsgremien, die bereits während des Krieges zu der Überzeugung gelangt waren, daß der riesige, straff zentralisierte Apparat zu schwerfällig geworden war. Die einzelnen Nachfolgesellschaften sind jetzt operativ selbständiger, stehen aber in engstem Kontakt miteinander. Viele alte Aktionäre der IG sind heute zugleich an der Farbenfabrik Bayer AG, Leverkusen, der Badischen Anilin- und Sodafabrik AG, Ludwigshafen, und der Farbwerke Hoechst AG, vormals Meister Lucius & Brüning, Frankfurt-Hoechst, beteiligt. Die Generalversammlungen dieser drei größten Nachfolgesellschaften werden gemeinsam vorbereitet, finden Jahr für Jahr an drei aufeinanderfolgenden Tagen statt und beschließen stets einheitliche Dividendensätze (1953 = 7 Prozent, 1954 = 8 Prozent, 1955 = 9 Prozent, 1956 = 10 Prozent, 1957 = 11 Prozent, 1958 = 14 Prozent, 1959 = 16 Prozent, 1960 = 18 Prozent, 1961 = 18 Prozent). Obwohl so bedeutende Werke der alten IG wie Leuna, Buna, Bitterfeld, Wolfen-Film, Wolfen-Farben, Premnitz und andere im Osten Deutschlands in Volkseigentum überführt wurden, ist die wirtschaftliche Machtstellung der heutigen IG Farben größer als früher. Abgesehen von anderen Mitteln der Einflußnahme vermag die IG Farben-Gruppe allein schon kraft ihrer Produktionsmacht entscheidend auf die Politik der westdeutschen Bundesregierung einzuwirken. Seit dem ersten Weltkrieg ist die militärische Bedeutung der chemischen Industrie im Vergleich zu anderen Industriezweigen ständig gewachsen. Die moderne Armee ist vollmotorisiert, also von kontinuierlicher Treibstoffversorgung abhängig, die moderne Artillerie, Luft-

waffe und Kriegsmarine können ohne Raketentreibstoffe nicht auskommen. Da die IG Farben-Gruppe 90 Prozent des gesamten Aktienkapitals der chemischen Industrie Westdeutschlands kontrolliert, ist die Bundeswehr in entscheidendem Maße von der IG Farben-Gruppe abhängig, während diese umgekehrt an der Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung unmittelbar interessiert ist. Nachdem seit einigen Jahren die Farbwerke Hoechst und andere IG-Unternehmen sich auch intensiv mit der Forschung, Entwicklung und Produktion auf atomarem Gebiet befassen, ist diese Gruppe auch zum Hauptinteressenten und -initiator der Atomkriegspolitik der Bundesregierung geworden.

Die wirtschaftliche Macht der IG Farben-Gruppe ermöglicht also schon wegen der Spezifik ihrer Produktion eine bestimmende Einflußnahme auf die gesamte Politik des Bonner Staates.

Während jedoch die personelle Verbindung zwischen Monopolen und Staatsapparat im allgemeinen relativ leicht erkennbar ist, bleibt der weit größere, bestimmende Einfluß der stärksten Monopole auf die Politik der imperialistischen Regierungen, auf viele konkrete Einzelmaßnahmen der staatlichen Tätigkeit, in den meisten Fällen der Öffentlichkeit verborgen. Hier erwächst den Historikern die Aufgabe, diese Beziehungen bloßzulegen. Die durch den Sieg der Sowjetarmee über den Faschismus und durch die revolutionären Umwälzungen in einer Reihe europäischer Staaten endlich zugänglich gewordenen Aktenbestände einiger deutscher Konzerne aus der Zeit vor 1945 bieten hierfür reichlich Material, aus dem gleichzeitig hervorgeht, wie lebensnotwendig für die Völker der Kampf zur Überwindung des deutschen Imperialismus ist.

Die Erforschung der Geschichte der IG Farbenindustrie AG auf Grund allen erreichbaren Materials hat erst begonnen. Selbst die Dokumente des Nürnberger Prozesses gegen einige IG Farben-Direktoren harren zum großen Teil noch der Bearbeitung.¹ Im folgenden wird aus diesen Dokumenten zitiert.

Am 10. März 1947 ergänzte Georg von Schnitzler, Mitglied des Zentralaussschusses im Vorstand der IG Farbenindustrie AG, seine Aussage vom 15. August 1945 gegenüber dem Untersuchungsbeamten durch die Worte: „Wenn ich schrieb: ‚Die IG spielte ebenfalls eine bedeutende Rolle in der Anpassung der Wirtschaft der besiegten Länder an die Zwecke der deutschen Kriegsmaschine‘, beabsichtigte ich nicht zu sagen, daß all dies freiwillig und auf unsere eigene Initiative geschah. Es wurde auf Befehl der Regierung getan.“² Wie das Verhältnis zwischen IG und Nazistaat tatsächlich aussah, wollen wir am Beispiel der IG-Werke Auschwitz untersuchen.

Nach der Besetzung Polens errichtete die IG Farben auf dem Boden der bis 1939 zur Wojewodschaft Krakau gehörigen, dann ins „Großdeutsche Reich“ eingegliederten Gemeinde Oświęcim (Auschwitz) das Buna-Werk IV und ein Synthese-

¹ Auszüge aus diesen Dokumenten befinden sich in folgenden Arbeiten: *Greuner, Eva*, Sklavenarbeit bei IG Farben, in: Dokumentation der Zeit, 143/1957; *SS im Einsatz*. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, hg. v. Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik, 3. Aufl., Berlin 1957; *Kling, Willi*, Kleine Geschichte der IG Farben — Der Großfabrikanten des Todes, Berlin 1957; *Hellwig, Joachim/Deike, Günther*, Ein Tagebuch für Anne Frank, Berlin 1959; *Drobisch, Klaus*, Der Freundeskreis Himmler, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 2/1960; IG Farben 1960 mächtiger und gefährlicher denn je, hg. v. *Ausschuß für Deutsche Einheit*,

² IG Farben-Prozeß, Dokumente (im folgenden: IGd), Nr NI-9194, Bd 54, S. 171. Zitiert wird nach der bei der Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen, Warschau, befindlichen offiziellen Abschrift der Prozeßmaterialien.

Werk. Das war ein gewaltiges Projekt, zu dessen Verwirklichung die Mitwirkung vieler nicht der IG zugehöriger Firmen und auch staatlicher und kommunaler Stellen auf verschiedenen Ebenen erforderlich war. Um alle diese verschiedenen und oft widerstreitenden Beteiligten zu koordinieren, forderte das Amt für Wirtschaftsausbau Berichte an und gab Weisungen. Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, daß die IG Farben ebenso wie die Reichsbahn, die verschiedenen Baufirmen, die Arbeitsämter, der Bürgermeister von Auschwitz usw., die Befehle dieses Amtes, also der Reichsregierung auszuführen gehabt hätten. Doch Chef des Amtes für Wirtschaftsausbau war der Vorsitzende des Aufsichtsrates der IG Farbenindustrie AG, Carl Krauch. Als Inhaber der höchsten Funktion im größten Monopol Deutschlands war er im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus gewiß der geeignetste Mann für diesen hohen staatlichen Kommandoposten, der in der Tat Befehlsgewalt über gewaltige Wirtschaftskräfte in Deutschland und den vom deutschen Imperialismus beherrschten Ländern Europas ausübte. Was diese Personalunion bedeutete und welches Machtverhältnis darin zum Ausdruck kam, war einem so eingeweihten Mann wie Schnitzler natürlich bekannt, doch im März 1947, als er seine Aussage vom Sommer 1945 ergänzte und „berichtigte“, erklärte er dem amerikanischen Untersuchungsbeamten, Krauch habe den Bauauftrag für Auschwitz „in seiner Funktion als Chef des Amtes für Wirtschaftsausbau, nicht als Vorsitzender des IG-Aufsichtsrates“³ erteilt. Wollte man Schnitzler folgen, so wäre also die IG, vertreten durch Carl Krauch, den Befehlen der Regierung, vertreten durch Carl Krauch, wehrlos ausgeliefert gewesen.

Zur „Anpassung der Wirtschaft der besiegten Länder an die Zwecke der deutschen Kriegsmaschine“ gehörte nicht zuletzt die Verschleppung von Arbeitskräften aus ihren Heimatländern in die deutsche Kriegsindustrie. Hierfür gab es im Prinzip zwei Wege:

1. den direkten Weg, der in der mehr oder weniger gewaltsamen „Vermittlung“ ausländischer Arbeiter an bestimmte deutsche Werke bestand. Sie wurden offiziell als „Fremdarbeiter“ bezeichnet und genossen teilweise und zeitweise auch geringe Rechte;
2. den indirekten Weg, der darin bestand, daß Häftlinge der Konzentrationslager von der SS an die Werke vermietet wurden. Diese Menschen waren völlig rechtlos.

Beide Wege waren völkerrechtswidrig, denn nach der Haager Konvention dürfen Bewohner okkupierter Länder nicht zur Rüstungsproduktion gegen ihr Heimatland herangezogen und schon gar nicht zu diesem Zweck außer Landes gebracht werden.

Die IG Farbenindustrie beutete in Auschwitz beide Kategorien von ausländischen Zwangsarbeitern aus. Wenn wir Schnitzler glauben wollten, geschah auch das „auf Befehl der Regierung“. Einer dieser „Befehlsempfänger“, das Mitglied des Vorstandes der IG Farbenindustrie AG, Heinrich Bütefisch, seit 1939 Mitglied der SS und ab 1943 SS-Obersturmbannführer (= Oberstleutnant), erklärte unter Eid: „Amt Krauch unterrichtete mein Berliner Büro im Februar oder März 1941 telefonisch, daß bei IG Auschwitz KZ-Häftlinge eingesetzt werden sollen. Ich wurde beauftragt, mich mit dem SS-Amt Berlin, Albrechtstraße⁴, in Verbindung

³ Ebenda, S. 169.

⁴ Muß heißen: Prinz-Albrecht-Straße.

zu setzen (ich sah Obergruppenführer Wolff), um über das Bauvorhaben Auschwitz Auskunft zu geben und Zahlen über den möglichen Einsatz von KZ-Häftlingen bei IG Auschwitz anzugeben. Walther Dürrfeld gab mir, bevor wir zum SS-Amt gingen, eine Aufstellung der Arbeitskräfte, die für IG Auschwitz benötigt wurden. Walther Dürrfeld und Obergeringieur Faust waren bei der Besprechung zugegen . . . Der stellvertretende Betriebsführer von IG Auschwitz (zu jener Zeit Obergeringieur Faust) und der Lagerkommandant des Konzentrationslagers Auschwitz (Höß) haben über örtliche Fragen des KZ-Häftlingseinsatzes in Auschwitz verhandelt . . .⁵

Wir erfahren aus diesen Sätzen, daß führende Vertreter der IG Farben mit dem engsten Mitarbeiter Himmlers⁶ verhandelten und daß sie hierzu vom Amt Krauch, der zuständigen Stelle der Regierung, „beauftragt“ wurden.⁷ Allein daraus, daß Krauch zugleich und in erster Linie höchster Repräsentant der IG Farben war, ergäbe sich schon, daß die IG selbst der Initiator für die Ausbeutung der KZ-Häftlinge war. Doch die Verantwortung hierfür liegt nicht nur bei Krauch, einer einzelnen, wenn auch maßgeblichen Person. Bütefisch erklärte nämlich gleich nach der Darstellung seiner Verhandlung mit Wolff: „TEA (Technischer Ausschuß – B. P.) und Vorstand haben gegen den Einsatz von KZ-Häftlingen bei IG Auschwitz Einspruch nicht erhoben.“⁸ Schon das ist ungeheuerlich, denn was in den Konzentrationslagern vorging, war so gut informierten und einflußreichen Leuten wie den Leitern des IG Farben-Trusts nicht unbekannt, einige von ihnen hatten ja selbst an Lagerbesichtigungen teilgenommen. Daß aber tatsächlich der Vorstand der IG Farbenindustrie AG eine sehr aktive Rolle in dieser Frage spielte, zeigt uns die Vorgeschichte des ganzen Bauprojekts. In seinem Auftrage hatte nämlich im Jahre 1940 Otto Ambros, selbst Mitglied des Vorstandes, verschiedene Gegenden des damaligen Machtbereichs der deutschen Faschisten inspiziert, um den günstigsten Standort für die geplante Buna-fabrik zu erkunden. Schließlich hatte er sich für die Gegend von Auschwitz-Monowitz entschieden, und die Leitungsgremien der IG waren mit seiner Wahl zufrieden. Bütefisch nennt uns in seiner Aussage vor dem Untersuchungsbeamten die Gründe: „ . . . Im Winter 1940/41 schlug Otto Ambros im Zusammenhang mit dem Amt Krauch und dem Vorstand der IG Farbenindustrie als günstiges Gelände Auschwitz vor mit der Begründung, daß die dortigen Bodenverhältnisse, das Vorhandensein von Kohle, Wasser und Kalk, sowie nach Aussage des Arbeitsamts das Vorhandensein von Arbeitskräften – z. B. Polen und Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz – die Errichtung der Buna-fabrik bzw. die spätere Produktion begünstigen . . .“⁹

Vor jenem Telefonanruf des Amts Krauch und vor jener Unterredung Bütefischs mit Wolff setzte also der Vorstand der IG Farben bereits das Konzentrationslager in seine Rechnung ein! Er wählte Auschwitz als Standort seiner neuen Werke, weil dort ein unerschöpfliches Reservoir billigster und völlig schutzloser Ausbeutungsobjekte vorhanden war. Dafür nahm er gern gewisse Nachteile in Kauf. Auschwitz lag nicht im alten deutschen Reichsgebiet. Zum Unterschied

⁵ IGd, Nr NI-4182, Bd 72/73, S. 69/70.

⁶ Karl Wolff war Chefadjutant und Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS Heinrich Himmler.

⁷ Wolff unterstrich in seiner Aussage vor dem Internationalen Militärtribunal die angebliche Rolle der IG Farben und besonders Bütefischs als reine Befehlsempfänger. Vgl. *SS im Einsatz*, a. a. O., S. 450–452.

⁸ IGd, Nr NI-4182, Bd 72/73, S. 69/70.

⁹ Ebenda.

von anderen polnischen Gebieten war dort keine deutsche Minderheit ansässig. Es fiel deshalb recht schwer, in den alten Werken der IG in Deutschland sogenannte deutsche Führungskräfte zur Übersiedlung nach Auschwitz zu bewegen. Das waren nicht nur Betriebs- und Abteilungsleiter, Meister und Werkschutzbeamte. Wegen des gewaltigen zahlenmäßigen Übergewichts der ausländischen Zwangsarbeiter hielt es die Trustleitung für unumgänglich, auch eine größere Anzahl deutscher Facharbeiter und Handwerker aus den alten IG-Werken als „Führungskräfte“ nach Auschwitz zu versetzen. Die Leitungen der einzelnen Werke, deren deutsche Stammebelegschaften ohnehin durch Einberufungen zur Wehrmacht immer mehr geschwächt wurden, kamen den Anforderungen für Auschwitz aber nur zögernd nach. Wenn die IG trotz dieser Schwierigkeiten in Auschwitz zu bauen begann, so doch offenbar deshalb, weil die Ausbeutung der KZ-Häftlinge äußerst profitabel war.

Allerdings wurde in der Leitung der IG Farbenindustrie nach einiger Zeit Kritik laut. Bütefisch berichtet: „Die Tatsache, daß pro Häftling RM 3,— täglich an die SS gezahlt werden sollte, wurde 1941 in einer TEA-Sitzung besprochen. Auf dieser Sitzung vertrat Otto Ambros die Auffassung, der Einsatz von KZ-Häftlingen würde sich bei diesem Satz kaum lohnen, wenn man bedenke, daß man bei KZ-Häftlingen nicht mit der vollen Arbeitsleistung rechnen könne, sowie daß durch den langen Anmarsch bzw. Rücktransport ins Konzentrationslager weitere Arbeitskraft verloren gehe . . .“¹⁰ Um die KZ-Häftlinge noch rationeller ausbeuten zu können, setzte die IG in Verhandlungen mit der SS durch, daß im Oktober 1942 auf dem IG-Werkgelände in Auschwitz-Monowitz ein eigenes Konzentrationslager eingerichtet wurde. Alles, was an Inventar zu diesem KZ gehörte, wurde von den leitenden Organen der IG Farbenindustrie AG selbst projektiert, beschlossen und finanziert – von den „Wohn“-Baracken und dem Krankenbau für die Häftlinge bis zum Munitionsbunker und Bordell für die SS-Wachmannschaft. Auch Einkauf und Zubereitung der Verpflegung für die Gefangenen wurden einige Monate später von der IG übernommen. Innerhalb des KZ Monowitz bestimmte zwar die SS, aber auch hier setzte die IG-Werkleitung ihre Wünsche durch, wenn es Meinungsverschiedenheiten gab.

Von einer solchen Meinungsverschiedenheit, die im Frühjahr 1943 ausgetragen wurde, berichtete in der Voruntersuchung zum IG Farben-Prozeß der SS-Arzt Friedrich Entreß, der von Dezember 1941 bis Oktober 1943 im Stammlager Auschwitz und einigen Außenlagern, so auch im KZ Monowitz, eingesetzt war: „Wir Lagerärzte standen auf dem Standpunkt, daß die Häftlinge, die in Monowitz bzw. auf dem IG Buna-Gelände erkrankten, in dem Krankenbau Monowitz verbleiben sollten. Wir Ärzte waren aus dem Grunde dafür, die Häftlinge im Krankenbau Monowitz zu belassen, weil im Stammlager Fleckfieber herrschte und wir nicht die fleckfieberkranken Häftlinge von Auschwitz mit den nicht-angesteckten Häftlingen in Monowitz zusammenbringen wollten . . . Von Seiten der IG (Walther Dürrfeld) wurde bei dieser Besprechung im Gegensatz zu der Meinung von uns Ärzten darauf gedrungen, den Krankenbau in Monowitz möglichst klein zu halten, da die IG besonderen Wert darauf legte, möglichst viel arbeitsfähige Häftlinge in Monowitz zu haben. Aus dieser Besprechung ergab sich später in der Praxis, daß zwar alle Häftlinge, die krank waren, in den Krankenbau Monowitz aufgenommen wurden, dort jedoch nur eine bestimmte

¹⁰ Ebenda.

Zeit bleiben konnten und – wenn ihr Kranksein zu lange dauerte (3–4 Wochen [nach Aussage des Häftlings A. Tauber nur 14 Tage¹¹ – B. P.]) – in das Stamm-lager Auschwitz zurückgeführt wurden, um von dort aus zum größten Teil nach Birkenau zur Vergasung geschickt zu werden. Die Anzahl der in Monowitz vorhandenen Krankenblocks im Verhältnis zu der Belegung des gesamten KL Monowitz ergab praktisch, daß nicht mehr als etwa 5 Prozent der Häftlinge Aufnahme finden konnten. Es wurden Tabellen über den Krankenstand geführt. Wenn der Krankenstand über die genannten fünf Prozent anstieg, mußte der Lagerarzt Selektionen vornehmen . . .“¹²

Die IG Farbenindustrie, die in großen Teilen der Welt Hunderte von Medikamenten gegen die verschiedensten Krankheiten verkaufte und deshalb für sich den Ruf eines großen Wohltäters der Menschheit in Anspruch nahm und heute noch nimmt, lehnte es ab, einige hundert Mark für den Bau einer weiteren Krankenbaracke auszugeben, weil diese Investition keinen Profit brachte. Es machte ihr nichts aus, ihre zeitweilig nicht arbeitsfähigen Sklaven ins Fleckfieber oder in den Gastod zu schicken!

Wie viele Zwangsarbeiter der IG Auschwitz auf diese Weise gemordet wurden, ist nicht bekannt. Man müßte sie noch der folgenden, ohnehin erschütternden Zahl hinzurechnen. Der tschechoslowakische politische Häftling A. Tauber (von Oktober 1942 bis August 1944 im IG-Konzentrationslager Monowitz) erklärte unter Eid unter anderem: „. . . Das IG Buna-Lager hatte in den drei Jahren seines Bestehens 30000 Tote zu verzeichnen bei einer Belegschaft von höchstens 10000 Mann. Diese Information habe ich von Häftlingen, die in der Schreibstube in Monowitz angestellt waren . . .“¹³

Dreißigtausend registrierte Tote im IG-Konzentrationslager Monowitz, also in einem Lager, das nicht eigentlich Vernichtungslager, wie Birkenau und andere, sondern Arbeitslager war! Diese 30000 Toten und dazu die ungezählten wegen Krankheit zum Gastod Verurteilten als Ergebnis der Ausbeutung durch die IG allein in einem ihrer Werke!¹⁴ Auch hier sehen wir wieder, wie verlogen Schnitzlers Behauptung ist, die IG habe ihre Verbrechen nicht freiwillig, sondern auf Befehl der Regierung begangen. In Wirklichkeit trieb sie die staatlichen Organe an und überbot diese noch an Grausamkeit, wenn sie sich davon höheren Profit versprach.

Das finden wir auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der IG-Werkleitung Auschwitz und der Geheimen Staatspolizei bestätigt. Darüber gab Günther Lotzmann, Leiter der Ermittlungsabteilung der IG Auschwitz, Auskunft, also ein Mann, der selbst zum Machtapparat der IG gehörte. Die Ermittlungsabteilungen, die in allen IG-Werken im Rahmen des Werkschutzes bestanden, hatten angeblich nur solche Aufgaben wie die Untersuchung von Diebstählen und Arbeitsbummelei. Viele Fälle von „Diebstahl“ und erst recht von „Arbeitsbummelei“ hatten in der damaligen Zeit eine positive politische Bedeutung. Unter den Bedingungen des Faschismus war in den meisten Fällen die „Arbeitsbummelei“ eine Form des Streiks und des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, und

¹¹ Ebenda, Nr NI-4829, Bd 74/75, S. 153.

¹² Ebenda, Nr NI-6190, Bd 74/75, S. 356–358. Als Entreß diese Aussage für den IG-Farben-Prozeß machte, war er bereits im Mauthausen-Prozeß zum Tode verurteilt.

¹³ Ebenda, Nr NI-4829, Bd 74/75, S. 152.

¹⁴ Nach Schätzungen des ehemaligen Häftlings Dr. Gustav Herzog, des Leiters der Schreibstube im KZ Monowitz, kamen 120000 der dort beschäftigten Häftlinge ums Leben. Vgl. *SS im Einsatz*, a. a. O., S. 469.

viele der damals vorgekommenen „Diebstähle“ dienten nicht, wie der landläufige Diebstahl, der unrechtmäßigen Bereicherung durch Wegnahme fremden Eigentums, sondern waren völlig gerechtfertigte Akte deutscher und ausländischer Antifaschisten zur Schwächung der Kriegsmaschine des deutschen Imperialismus, oder sie wurden unternommen, um Kriegs- und Zivilgefangenen, die völkerrechtswidrig behandelt und von den deutschen Monopolen maßlos ausgebeutet wurden, die physische Existenz zu erhalten. Die Ermittlungsabteilungen der IG Farben-Werke hatten also durchaus politische Unterdrückungsfunktionen.

Welche Gesichtspunkte waren für die IG bei der Auswahl von Leuten für die Ermittlungsabteilung in Auschwitz maßgebend? Der Werkschutzführer der Leunawerke, Fendel-Sartorius, empfahl am 18. März 1942 die Versetzung eines Werkschutzmannes aus Leuna nach Auschwitz mit der Begründung: „Er hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit gute Kenntnisse im Ermittlungswesen sowohl auf dem kriminellen wie politischen Gebiet angeeignet. Seine Art mit Menschen umzugehen, ist oft recht kurz angebunden und paßt daher nicht immer im Verkehr mit komplizierteren Naturen, sie ist dagegen bei Vernehmungen primitiverer Menschen, wie sie im Osten vorhanden sind, durchaus angebracht.“¹⁵

Günther Lotzmann, der von April 1942 bis zur Vertreibung der Faschisten im Januar 1945 Leiter der Ermittlungsabteilung von IG Auschwitz war, gab am 3. September 1947 für den Prozeß gegen die IG Farben-Direktoren eine Erklärung unter Eid ab. Schon seine erste Mitteilung über das Verhältnis zwischen IG und Gestapo zeigt, daß nicht die IG notgedrungen Befehle der Regierung ausführte, sondern daß umgekehrt die IG-Werkleitung Auschwitz sich der Gestapo, also einer Regierungsdienststelle, bediente, um die in ganz Deutschland von Staats wegen miserable Behandlung der ausländischen Zwangsarbeiter zum Nutzen der IG noch zu verschärfen. Die Werkleitung forderte nämlich von der Gestapo die Einrichtung einer Strafkolonie für ausländische, vornehmlich französische „Arbeitsbummelanten“. Dieser Forderung der IG kam die Gestapo sofort nach. Man muß hierbei beachten, daß mit dieser Strafkolonie ein Druck zur Erhöhung der Arbeitsleistung der französischen Arbeiter ausgeübt werden sollte. Diese aber galten, wenigstens zum Teil, als „Freiwillige“ und wurden im allgemeinen etwas weniger brutal als die polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter behandelt. Sie waren zum Teil von eigenen Arbeitskräftebeschaffern der IG Farben mit Hilfe falscher Versprechungen „geworben“ worden, wobei natürlich der Hunger im besetzten Frankreich stimulierend wirkte. Die Praxis von Auschwitz widersprach absolut den ihnen gemachten Versprechungen, und diese Enttäuschung äußerte sich selbstverständlich nicht in Arbeitsbegeisterung. Da aber die üblichen Arbeitsanforderungen bei schlechter Ernährung bereits derart erschöpfend waren, daß auch die Strafkolonie der Gestapo nicht vermochte, aus den Menschen eine noch höhere Arbeitsleistung herauszuschinden, wurde sie bald wieder aufgelöst.¹⁶

Die Werkleitung gab sich mit dem Mißerfolg nicht zufrieden. Sogenannte Fremdarbeiter, die sich nach Meinung ihrer deutschen Vorgesetzten etwas zuschulden kommen ließen, das heißt im allgemeinen, die sich nicht willig genug ausbeuten ließen, wurden für einige Zeit in das unmittelbar neben dem Werks-KZ ein-

¹⁵ Der Verfasser hatte Gelegenheit, noch nicht archivierte Personalakten der IG Farben einzusehen.

¹⁶ IGd, Nr NI-10166, Bd 74/75, S. 112.

gerichtete „Arbeitserziehungslager“ (E-Lager) eingewiesen. Der schon genannte tschechoslowakische Häftling Tauber berichtete darüber unter anderem: „Das E-Lager bestand aus 12–14 Baracken und war ein getrenntes Lager in Monowitz... Die Behandlung im E-Lager war noch schlimmer als in Monowitz selber...“¹⁷ Der Instanzenweg bei der Einlieferung von Zwangsarbeitern ins E-Lager, den Lotzmann beschreibt, war folgender: Die Gefolgschaftsabteilung bei der IG-Werkleitung benannte auf Grund von Meldungen der Meister und Denunzianten die ins E-Lager Einzuliefernden. Ihre Anzeige ging zur Ermittlungsabteilung, der für „Arbeitsbummelei“ zuständigen Stelle der Werkleitung, und von dort zur Gestapo. Und nun berichtet Lotzmann: „Bereits bei von uns vorgenommenen Nachprüfungen stellte sich heraus, daß bei einem Teil dieser Leute die Voraussetzung für die Einlieferung ins Arbeitserziehungslager nicht gegeben war. Ein weiterer Teil wurde von der Stapo sofort wieder entlassen, da auch hier die Bummellei nicht so groß war, daß eine Einweisung in das Arbeitserziehungslager gerechtfertigt war...“¹⁸ Die Gefolgschaftsabteilung der IG-Farben in Auschwitz wünschte also eine derart brutale Knebelung ihrer Arbeitssklaven, daß solche Maßstäbe selbst der Gestapo übertrieben vorkamen.

Nun suchte die Gefolgschaftsabteilung nach einem Ausweg, um ihre Linie doch zu verfolgen. Lotzmann berichtet: „... Schließlich errichtete die Gefolgschaftsabteilung im Einvernehmen mit der DAF eine sogenannte zbV-Kolonie, in die sie Arbeitsbummelanten nach eigenem Gutdünken und unter Ausschaltung der Ermittlungsabteilung einwies.“¹⁹ Das war eine Neuauflage der Strafkolonie, nur diesmal nicht in Regie der Gestapo, sondern der Werkleitung selbst. Hier wurde noch häufiger als sonst geprügelt, die Arbeiter mußten im Laufschrift Zementsäcke schleppen. Doch wie in der ersten Strafkolonie wurde auch in der zbV-Kolonie keine erhebliche Leistungssteigerung erreicht. Offenbar versteifte sich sogar noch der Widerstand der Gepeinigten, der durch die nicht mehr zu verheimlichenden schweren militärischen Niederlagen der deutschen Faschisten gewiß noch angespornt wurde. Angesichts der immer häufiger werdenden Arbeitsverweigerungen wurde die zbV-Kolonie Anfang des Jahres 1943 als „unzweckmäßig“ aufgelöst.

„Von Anfang bis Ende 1943 wurden die Arbeitsbummelanten der Stapo und von dort dem Konzentrationslager Auschwitz überwiesen“, berichtet Lotzmann.²⁰ Jetzt nahm die Gestapo anscheinend ohne Einwand alle Anzeigen der Werkleitung entgegen und schickte die angezeigten „Fremdarbeiter“ aus dem Werkgelände hinaus ins KZ Auschwitz. Waren die in die Strafkolonie, das „Arbeitserziehungs“-Lager oder die zbV-Kolonie Eingewiesenen immer noch im Blickfeld ihrer Kameraden geblieben, so stellte die Überweisung ins KZ Auschwitz nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Zurückbleibenden eine weit massivere Drohung dar. Was diese Menschen erwartete, war im ganzen IG Farben-Komplex Auschwitz-Monowitz bekannt, denn „... Die Meister drohten auch des öfteren, daß die Häftlinge wegen ungenügender Arbeitsleistung ins Gas kommen würden...“²¹ Wenn A. Tauber hier nur von Häftlingen spricht, so ist diese Einschränkung in unserem Falle unerheblich, da ja mit der Praxis, angebliche

¹⁷ Ebenda, Nr NI-4829, Bd 74/75, S. 154.

¹⁸ Ebenda, Nr NI-10166, Bd 74/75, S. 113.

¹⁹ Ebenda, S. 115/116.

²⁰ Ebenda, S. 116.

²¹ Ebenda, Nr NI-4829, Bd 74/75, S. 153.

Arbeitsbummelanten ins Konzentrationslager Auschwitz einzuweisen, jeder vorher noch vorhanden gewesen Unterschied zwischen „Fremdarbeiter“ und „Häftling“ entfiel.

„Die IG spielte ebenfalls eine bedeutende Rolle in der Anpassung der Wirtschaft der besiegten Länder an die Zwecke der deutschen Kriegsmaschine“, gestand Schnitzler 1945. Wir sahen an einigen Beispielen aus den IG-Werken Auschwitz, wie unverfroren er die Dinge auf den Kopf stellte, als er erklärte: „Es wurde auf Befehl der Regierung getan“. Die wirtschaftlichen Machtgruppen, die die Hitler, Göring, Himmler und Konsorten in die Regierung schoben und ihr Handeln bestimmten, können sich nicht von der Verantwortung reinwaschen. Doch sie bestehen, wie wir eingangs feststellten, in Westdeutschland weiter und üben wieder entscheidenden Einfluß auf die Regierung aus. Auch die leitenden Personen der IG Farbenindustrie AG aus der Nazizeit sind nach wie vor in führenden Stellungen²², sofern sie nicht inzwischen verstarben oder sich wegen ihres Alters mit hohen Pensionen zur Ruhe setzten. Das trifft auch für die auf vorstehenden Seiten genannten Verbrecher zu. Carl Krauch sitzt im Aufsichtsrat der Bunawerke Hüls GmbH, Marl, und bezieht außerdem eine jährliche „IG-Ehrenrente“ von 300 000 Mark. Georg v. Schnitzler erhielt eine „Ehrenrente“ von jährlich 120 000 Mark. Otto Ambros ist Mitglied des Aufsichtsrates der Scholven-Chemie Aktiengesellschaft, Gelsenkirchen, sowie der Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf-Oberkassel. Heinrich Bütefisch ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Kohle-Öl-Chemie GmbH, Gelsenkirchen, Mitglied des Aufsichtsrates der Ruhrchemie AG, Oberhausen-Holteln, sowie Leiter des Technischen Expertenkomitees der Internationalen Konvention der Stickstoffindustrie. Walther Dürrfeld ist Mitglied des Vorstandes der Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Borkenberge-Gesellschaft, Recklinghausen, Mitglied des Beirates der Ruhrstickstoff AG, Bochum, ferner Aufsichtsratsmitglied bei Frieseke & Hoepfner, Erlangen, sowie in der Phenolchemie GmbH, Gladbeck. Max Faust erhielt einen gutbezahlten Posten bei der Gewerkschaft Keramchemie Siershahn (Westerwald).

Sie und viele ihresgleichen sind leibhaftiger Beweis dafür, daß im Westen Deutschlands die Vergangenheit nicht bewältigt ist. Im Gegenteil: Sie benutzen ihre Machtstellungen in Wirtschaft und Staat, um eine noch schrecklichere Zukunft vorzubereiten. Ob es gelingen wird, dem rechtzeitig Einhalt zu gebieten, hängt vom demokratischen Kampf der westdeutschen Friedenskräfte, besonders der Arbeiterklasse, und von der weiteren allseitigen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik ab. Es muß gelingen!

²² S. u. a.: *IG Farben 1960 mächtiger und gefährlicher denn je*, a. a. O., S. 24–39.

LÖHNE UND PREISE IN DEUTSCHLAND, 1750 BIS 1850

(Fortsetzung)

Getreidepreise in Chemnitz*

VON RUDOLPH STRAUSS

Tabelle II

Durchschnittliche Marktpreise für Getreide um die Monatsmitte für einen Scheffel

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.
<i>1800</i>				
18. 1.	5 6 —	4 5 —	2 19 —	1 15 —
8. 2.	5 4 —	4 4 —	2 17 —	1 16 —
15. 3.	4 23 —	3 18 —	2 16 —	1 16 —
12. 4.	4 23 —	3 23 —	2 17 —	1 17 6
17. 5.	4 21 —	3 14 —	2 14 —	1 15 —
14. 6.	4 20 —	3 13 —	2 13 —	1 16 —
12. 7.	4 20 —	3 13 —	2 13 6	1 14 —
16. 8.	4 22 —	3 12 —	2 11 —	1 17 —
13. 9.	4 23 —	3 14 —	2 15 —	1 16 6
18. 10.	4 22 —	3 20 —	2 17 —	1 18 —
8. 11.	4 23 —	3 20 —	2 20 —	1 23 —
20. 12.	4 23 —	3 20 —	2 17 —	1 17 —
Jd.**	119,2 gr.	90,7 gr.	63,8 gr.	40,8 gr.

* Fortsetzung der in Band I/63 begonnenen Untersuchung. Die Preise in Klammern sind nach Bemerkungen in den Akten zu vermuten.

** Jahresdurchschnittspreis.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.
<i>1801</i>				
10. 1.	4 22 —	3 19 6	2 17 —	1 15 —
7. 2.	4 16 —	3 12 —	2 13 —	1 15 —
28. 3.	4 14 —	3 4 —	2 7 —	1 9 —
24. 4.	4 16 —	3 4 —	2 5 —	1 7 —
23. 5.	4 23 —	3 6 —	2 5 —	1 7 —
11. 7.	5 12 —	3 4 —	2 7 —	1 7 —
15. 8.	5 19 —	3 9 —	2 15 —	1 16 —
19. 9.	5 19 —	3 4 —	2 12 —	1 7 —
17. 10.	6 23 —	4 3 —	2 20 —	1 10 —
21. 11.	6 21 —	3 15 —	2 18 —	1 6 —

Jd. 181,3 gr. 82,5 gr. 59,9 gr. 33,9 gr.

1802

2. 1.	6 14 —	3 11 —	2 13 —	1 4 —
13. 2.	6 10 —	3 9 —	2 9 —	1 2 —
6. 3.	6 12 —	3 10 —	2 11 —	1 2 —
3. 4.	6 22 —	3 10 —	2 12 —	1 4 —
8. 5.	7 6 —	3 19 —	2 18 —	1 6 6
19. 6.	7 15 —	4 12 —	3 13 —	1 19 —
10. 7.	7 11 —	4 14 —	3 11 —	2 2 —
7. 8.	7 4 —	4 22 —	3 17 —	2 6 —
11. 9.	6 17 —	5 4 6	3 21 —	2 7 —
9. 10.	6 20 —	5 12 —	3 17 —	2 6 6
6. 11.	6 14 —	5 3 —	3 11 —	2 6 —
18. 12.	6 15 —	5 7 —	3 9 —	2 4 —

Jd. 165,3 gr. 105,3 gr. 75,5 gr. 41,8 gr.

1803

8. 1.	6 13 —	5 4 —	3 9 —	2 4 —
12. 2.	6 5 —	5 1 —	3 3 —	2 3 —
2. 4.	6 10 —	5 6 —	3 11 —	2 5 —
7. 5.	7 8 —	5 4 —	3 13 —	2 9 —
11. 6.	7 12 —	5 13 —	3 15 —	2 8 —
16. 7.	7 9 —	4 23 —	3 9 —	2 9 —
27. 8.	7 3 —	4 22 6	3 12 —	2 12 —
17. 9.	6 21 —	4 21 —	3 10 —	1 20 —
15. 10.	6 21 6	4 21 —	3 11 —	1 18 —

Jd. 166,1 gr. 122,2 gr. 82,3 gr. 52,4 gr.

1804

21. 1.	6 20 —	4 16 —	3 7 —	1 16 —
18. 2.	6 22 —	4 14 —	3 5 —	1 16 —
24. 3.	6 21 —	4 10 —	3 1 —	1 15 —
28. 4.	7 — —	4 11 —	3 3 —	1 19 —
12. 5.	6 22 —	4 13 6	3 7 —	1 17 6
14. 7.	7 2 —	4 12 —	3 3 —	1 15 —
25. 8.	7 2 —	4 23 —	3 6 —	1 18 —
1. 9.	7 4 —	5 3 6	3 8 —	1 20 —

	Weizen tl. gr. pf.	Roggen tl. gr. pf.	Gerste tl. gr. pf.	Hafer tl. gr. pf.
<i>1804</i>				
27. 10.	7 17 —	6 8 —	3 21 —	2 — —
24. 11.	7 16 —	6 6 —	3 19 —	1 23 —
1. 12.	7 12 —	6 5 —	3 18 —	1 19 —
Jd.	171,8 gr.	122,2 gr.	80,9 gr.	42,4 gr.
<i>1805</i>				
16. 2.	7 19 —	6 7 —	3 23 —	2 — 6
9. 3.	7 20 —	6 13 —	4 13 —	2 1 —
27. 4.	7 21 —	6 19 —	4 23 —	2 22 —
18. 5.	8 8 —	8 1 —	5 23 —	2 22 —
22. 6.	11 15 —	10 23 —	8 4 —	3 21 —
13. 7.	11 15 —	11 8 —	8 6 —	5 4 —
17. 8.	15 9 —	13 4 —	9 18 —	5 4 —
28. 9.	9 22 —	8 17 —	6 22 —	3 20 —
28. 10.	12 8 —	10 22 —	7 18 —	4 12 —
9. 11.	13 4 —	11 9 —	8 21 —	5 — —
14. 12.	13 2 —	10 17 —	8 3 —	4 7 —
Jd.	268,6 gr.	228,7 gr.	168,5 gr.	91,0 gr.
<i>1806</i>				
18. 1.	11 13 —	9 5 —	7 6 —	3 6 —
15. 2.	10 21 —	8 12 —	6 22 —	3 2 —
8. 3.	10 8 —	8 4 —	7 — —	3 3 —
19. 4.	10 10 —	8 1 —	7 9 —	3 6 —
31. 5.	10 3 —	7 12 —	6 18 —	3 12 —
12. 7.	8 13 —	5 8 —	4 19 —	3 12 —
16. 8.	8 8 —	5 10 —	4 14 —	3 7 —
20. 9.	8 10 —	6 16 —	—	—
4. 10.	8 16 —	7 8 —	5 3 —	4 9 —
22. 11.	7 21 —	6 6 —	4 9 —	2 11 —
24. 12.	7 9 —	6 1 —	—	—
Jd.	223,6 gr.	171,2 gr.	144,4 gr.	79,6 gr.
<i>1807</i>				
17. 1.	6 16 —	5 15 —	3 16 —	2 7 —
14. 2.	6 5 —	5 2 —	3 3 —	2 6 —
4. 4.	6 6 —	5 4 —	—	—
16. 5.	5 21 —	4 21 —	2 22 —	2 4 —
5. 9.	5 21 —	3 20 —	2 18 —	1 22 —
21. 11.	6 8 —	4 3 —	2 22 —	1 19 —
Jd.	148,8 gr.	114,8 gr.	73,8 gr.	50,0 gr.
<i>1808</i>				
13. 2.	6 10 —	3 19 —	2 19 —	1 20 —
19. 3.	6 13 —	4 6 —	3 4 —	2 — —
11. 4.	7 6 —	4 22 —	—	—

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.
<i>1808</i>				
14. 5.	8 7 —	5 7 —	4 11 —	2 9 —
15. 6.	9 6 —	6 22 —	—	—
9. 7.	9 8 —	6 9 —	5 2 —	3 — —
6. 8.	9 — —	5 17 —	4 22 —	2 21 —
10. 11.	6 21 —	5 2 —	—	—
31. 12.	6 10 —	4 16 —	3 6 —	1 23 —

Jd. 185,0 gr. 125,3 gr. 94,7 gr. 56,2 gr.

<i>1809</i>				
9. 1.	6 6 —	4 18 —	—	—
4. 3.	5 22 —	5 — —	3 9 —	2 1 —
1. 4.	6 2 —	4 22 —	3 10 —	1 23 —
20. 5.	5 21 —	4 22 —	3 12 —	2 1 —
3. 6.	5 20 —	4 20 —	3 10 —	2 2 —
19. 8.	5 18 —	4 18 —	3 17 —	2 3 —
2. 10.	5 15 —	3 23 —	—	—
16. 12.	5 2 —	3 15 —	—	—

Jd. 139,2 gr. 110,3 gr. 83,6 gr. 49,2 gr.

<i>1810</i>				
10. 2.	4 18 —	3 8 —	—	—
19. 5.	4 15 —	3 6 —	2 14 —	1 16 —
16. 6.	4 14 —	3 4 —	2 14 —	1 15 —
28. 9.	4 20 —	3 — —	—	—
10. 11.	4 21 —	3 6 —	2 15 —	1 19 6
17. 12.	4 16 —	3 2 —	—	—

Jd. 113,3 gr. 76,3 gr. 62,3 gr. 40,8 gr.

<i>1811</i>				
22. 4.	4 14 —	2 19 —	—	—
10. 8.	7 18 —	4 — —	—	—
14. 9.	6 21 —	3 3 —	—	—
12. 10.	6 21 —	3 7 —	2 7 —	1 11 —

Jd. 156,5 gr. 79,3 gr. (55,0 gr.) (35,0 gr.)

<i>1812</i>				
18. 1.	6 18 —	3 14 —	2 7 —*	1 12 —*
13. 4.	7 5 —	4 6 —	2 16 —**	1 21 —**
25. 5.	8 4 —	5 15 —	—	—
17. 10.	7 20 —	6 10 —	—	—
28. 11.	7 14 —	5 18 —	—	—

Jd. 180,2 gr. 123,0 gr. 59,5 gr. 40,5 gr.

* 11. 1.

** 18. 4.

	Weizen tl. gr. pf.	Roggen tl. gr. pf.	Gerste tl. gr. pf.	Hafer tl. gr. pf.
<i>1813</i>				
24. 4.	8 6 —	7 7 —	—	—
24. 5.	8 14 —	6 10 —	—	—
25. 9.	7 18 —	6 5 —	4 20 —	1 8 —
13. 11.	8 5 —	7 6 —	—	—
Jd.	196,7 gr.	163,0 gr.	(116,0 gr.)	(32,0 gr.)
<i>1814</i>				
12. 3.	6 22 —	6 2 —	—	—
20. 8.	6 21 —	5 16 —	—	—
17. 9.	6 11 —	5 4 —	3 19 —	2 20 —
1. 10.	6 12 —	5 8 —	3 14 —	2 10 —
24. 12.	6 6 —	4 18 —	2 19 —	1 21 —
Jd.	158,4 gr.	129,6 gr.	81,3 gr.	57,0 gr.
<i>1815</i>				
14. 1.	6 13 —	4 11 —	—	—
11. 2.	6 11 —	4 8 —	2 15 —	1 16 —
25. 3.	5 16 —	4 6 —	—	—
17. 4.	5 18 —	4 8 —	—	—
20. 5.	5 14 —	4 2 —	2 14 —	1 14 —
19. 8.	7 2 —	5 8 —	—	—
16. 9.	7 3 —	4 4 —	—	—
28. 10.	7 — —	4 2 —	2 22 —	1 18 —
11. 11.	7 1 —	4 16 —	3 6 —	1 17 —
16. 12.	6 12 —	3 22 —	2 14 —	1 16 —
Jd.	155,4 gr.	104,7 gr.	67,0 gr.	40,2 gr.
<i>1816</i>				
13. 1.	6 15 —	3 20 —	2 14 —	1 14 —
10. 2.	5 23 —	4 — —	2 15 —	1 14 —
23. 3.	6 8 —	4 3 —	2 22 —	1 12 —
13. 4.	6 9 —	4 10 —	3 6 —	1 18 6
11. 5.	6 16 —	4 18 —	3 17 —	1 20 —
26. 6.	8 22 —	6 16 —	—	—
6. 7.	8 21 —	6 18 —	4 21 —	2 6 —
24. 8.	9 — —	6 18 —	5 12 —	2 19 —
7. 9.	9 6 —	7 16 —	5 22 —	3 — —
19. 10.	9 3 —	8 17 —	5 15 —	3 1 —
9. 11.	9 22 —	8 17 —	5 22 —	2 8 —
28. 12.	10 16 —	8 14 —	5 14 —	2 14 —
Jd.	195,7 gr.	149,9 gr.	105,8 gr.	53,0 gr.
<i>1817</i>				
18. 1.	10 22 —	8 10 —	5 22 —	2 13 —
8. 2.	10 18 —	8 10 —	6 — —	2 16 —
8. 3.	10 15 —	8 13 —	6 5 —	2 17 —

	Weizen tl. gr. pf.	Roggen tl. gr. pf.	Gerste tl. gr. pf.	Hafer tl. gr. pf.
<i>1817</i>				
19. 4.	10 17 —	8 9 —	6 8 —	2 20 —
17. 5.	10 18 —	8 17 —	6 22 —	3 6 —
14. 6.	11 16 —	9 13 —	7 18 —	3 18 —
21. 7.	11 10 —	8 1 —	7 6 —	3 6 —
16. 8.	9 16 —	6 17 —	—	—
13. 9.	7 20 —	6 1 —	5 2 —	2 15 —
18. 10.	7 18 —	6 20 —	4 15 —	3 — —
15. 11.	7 18 —	6 20 —	4 18 —	3 — —
13. 12.	8 — —	7 — —	5 — —	2 22 —

Jd. 235,7 gr. 186,9 gr. 143,6 gr. 71,0 gr.

<i>1818</i>				
10. 1.	7 18 —	6 14 —	4 18 —	2 21 —
21. 2.	7 2 —	6 1 —	4 8 —	2 14 —
14. 3.	6 15 —	5 16 —	4 10 —	2 10 —
11. 4.	6 12 —	5 7 —	—	—
2. 5.	6 8 —	5 1 —	—	—
6. 6.	6 8 —	4 17 —	3 19 —	2 5 —
11. 7.	7 14 —	5 16 —	4 7 —	2 12 —
8. 8.	7 3 —	4 22 —	4 1 —	2 14 —
12. 9.	5 18 —	3 16 —	2 21 —	1 14 —
3. 10.	5 17 —	3 17 —	2 16 —	1 12 —
14. 11.	5 18 —	3 15 —	2 15 —	1 16 —

Jd. 158,3 gr. 119,8 gr. 90,1 gr. 53,1 gr.

<i>1819</i>				
25. 1.	5 5 —	3 4 —	2 9 —*	1 12 —*
20. 2.	4 22 —	3 2 —	2 5 —	1 10 —
14. 5.	4 16 —	2 18 —	2 1 —	1 9 —
31. 7.	4 22 —	2 18 —	2 3 —	1 13 —
28. 8.	4 21 —	2 16 —	2 1 —	1 12 —
11. 9.	4 18 —	2 16 —	2 1 —	1 15 —
20. 11.	4 18 —	2 17 —	2 5 —	1 14 —
13. 12.	4 16 —	2 13 —	2 3 —**	1 14 —**

Jd. 116,2 gr. 67,0 gr. 51,5 gr. 36,4 gr.

<i>1820</i>				
8. 1.	4 16 —	2 14 —	2 3 —	1 11 —
12. 2.	4 10 —	2 10 —	1 23 —	1 10 —
11. 3.	4 4 —	2 7 —	1 22 —	1 7 —
8. 4.	4 10 —	2 9 —	1 23 —	1 6 —
20. 5.	4 10 —	2 8 —	1 21 —	1 7 —
10. 6.	4 10 —	2 10 —	1 21 —	1 9 —
8. 7.	4 11 —	2 11 —	1 21 —	1 8 —
19. 8.	4 19 —	2 18 —	1 23 —	1 8 —
16. 9.	4 17 —	2 16 —	1 23 —	1 8 —

* 2. 1.

** 4. 12.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.
<i>1820</i>				
21. 10.	4 14 —	2 18 —	1 23 —	1 5 —
18. 11.	4 16 —	2 17 —	1 22 —	1 7 —
2. 12.	4 15 —	2 16 —	1 22 —	1 5 —
Jd.	108,7 gr.	60,8 gr.	46,6 gr.	31,6 gr.
<i>1821</i>				
13. 1.	4 12 —	2 11 —	1 22 —	1 3 —
17. 2.	4 13 —	2 12 —	1 22 —	1 3 —
17. 3.	4 9 —	2 10 —	1 19 —	1 2 —
14. 4.	4 10 —	2 13 —	1 19 —	1 4 —
12. 5.	4 10 —	2 13 —	1 21 —	1 4 —
9. 6.	4 8 —	2 12 —	1 19 —	1 3 —
7. 7.	4 12 —	2 12 —	1 19 —	1 4 —
11. 8.	4 18 —	3 1 —	2 6 —	1 9 —
8. 9.	4 22 —	3 2 —	2 3 —	1 12 —
10. 10.	5 15 —	3 16 —	3 2 —*	1 9 —*
17. 11.	5 22 —	3 18 —	2 23 —	1 10 —
17. 12.	5 15 —	3 8 —	2 11 —**	1 6 —**
Jd.	115,8 gr.	68,7 gr.	51,5 gr.	29,8 gr.
<i>1822</i>				
12. 1.	5 14 —	3 11 —	2 12 —	1 6 —
1. 2.	5 10 —	3 10 —	2 11 —	1 5 —
16. 3.	5 8 —	3 5 —	2 7 —	1 1 6
13. 4.	5 5 —	3 2 —	2 5 —	1 2 —
11. 5.	5 1 —	3 1 —	2 5 —	1 2 —
22. 6.	4 21 —	2 20 —	2 5 —	1 2 —
20. 7.	5 10 —	3 8 —	2 19 —	1 15 —
10. 8.	5 4 —	3 4 —	2 16 —	1 15 —
21. 9.	4 22 —	3 6 —	2 15 —	1 19 —
19. 10.	4 20 —	3 9 —	2 15 —	1 21 —
16. 11.	4 15 —	3 10 —	2 22 —	2 7 —
10. 12.	4 13 —	3 14 —	3 5 —***	2 8 —***
Jd.	121,9 gr.	78,3 gr.	61,4 gr.	36,6 gr.
<i>1823</i>				
11. 1.	4 14 —	3 15 —	3 5 —	2 7 —
8. 2.	4 14 —	3 17 —	3 3 —	2 7 —
8. 3.	4 10 —	3 17 —	3 1 —	2 3 —
19. 4.	4 10 —	3 14 —	2 21 —	1 23 —
14. 6.	4 14 —	4 3 —	2 17 —	2 —
12. 7.	4 14 —	4 1 —	2 17 —	1 22 —
9. 8.	4 14 —	3 22 —	2 14 —	1 21 —

* 20. 10.

** 29. 12.

*** 21. 12.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.
<i>1823</i>				
20. 9.	4 6 —	2 16 —	1 23 —	1 3 —
11. 10.	4 14 —	2 18 —	1 23 —	1 3 —
8. 11.	4 12 —	2 17 —	1 20 —	1 3 —
6. 12.	4 10 —	2 11 —	1 18 —	1 3 —
Jd.	108,0 gr.	81,4 gr.	60,5 gr.	41,4 gr.
<i>1824</i>				
17. 1.	4 8 —	2 14 —	1 14 —	1 1 —
16. 2.	4 4 —	2 11 —	1 15 —*	1 1 —*
13. 3.	4 4 —	2 9 —	1 15 —	1 — 6
17. 4.	4 — —	2 8 —	1 13 —	1 1 —
15. 5.	4 2 —	2 8 —	1 13 —	1 1 —
12. 6.	3 22 —	2 9 —	1 11 —	1 — —
10. 7.	3 22 —	2 9 —	1 11 —	1 — 6
28. 8.	3 21 —	2 10 —	1 11 —	1 1 —
11. 9.	3 14 —	2 2 —	1 9 —	— 23 —
9. 10.	3 11 —	1 23 —	1 8 —	— 17 —
13. 11.	3 9 —	1 21 —	1 9 —	— 23 —
18. 12.	3 8 —	1 20 —	1 8 —	— 19 —
Jd.	92,4 gr.	54,0 gr.	35,4 gr.	23,3 gr.
<i>1825</i>				
15. 1.	3 6 —	1 19 —	1 5 —	— 19 —
12. 2.	3 8 —	1 22 —	1 8 —	— 21 —
12. 3.	3 10 —	1 23 —	1 8 —	— 19 6
9. 4.	3 10 —	2 1 —	1 10 —	— 22 —
21. 5.	3 6 —	1 22 —	1 9 —	1 — —
18. 6.	3 10 —	1 22 —	1 8 —	— 23 —
9. 7.	3 10 —	1 22 —	1 8 —	1 1 —
6. 8.	3 9 —	1 22 —	1 8 —	— 22 —
17. 9.	3 10 —	1 22 —	1 8 —	1 3 —
15. 10.	3 10 —	1 22 —	1 8 —	1 3 —
12. 11.	3 10 —	1 18 —	1 8 —	1 1 —
24. 12.	3 8 —	1 18 —	1 8 —	— 23 —
Jd.	80,9 gr.	45,4 gr.	32,0 gr.	23,1 gr.
<i>1826</i>				
21. 1.	3 6 —	1 18 —	1 8 —	— 23 —
11. 2.	3 6 —	1 18 —	1 7 —	— 22 —
18. 3.	3 6 —	1 14 —	1 7 —	— 22 —
8. 4.	3 8 —	1 16 —	1 8 —	— 22 —
20. 5.	3 8 —	1 16 —	1 8 —	— 22 —
17. 6.	3 10 —	2 — —	1 8 —	1 1 —
8. 7.	3 10 —	1 22 —	1 8 —	1 1 —
12. 8.	3 10 —	1 22 —	1 8 —	1 1 —
16. 9.	3 10 —	2 5 —	1 10 —	1 2 —

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.
<i>1826</i>				
14. 10.	3 12 —	2 14 —	1 12 —	1 4 —
11. 11.	3 12 —	2 11 —	1 17 —	1 4 —
9. 12.	3 14 —	2 22 —	1 22 —	1 4 —
Jd.	81,3 gr.	48,8 gr.	34,3 gr.	24,7 gr.
<i>1827</i>				
13. 1.	3 14 —	2 20 —	2 1 —	1 4 —
17. 2.	3 19 —	2 19 —	2 1 —	1 4 —
3. 3.	3 18 —	2 18 —	2 1 —	1 4 —
21. 4.	3 22 —	3 2 —	2 4 —	1 8 —
5. 5.	3 22 —	3 — —	2 4 —	1 9 —
16. 6.	3 22 —	2 23 —	2 2 —	1 8 —
28. 7.	3 22 —	2 19 —	1 22 —	1 8 —
11. 8.	3 21 —	2 21 —	1 22 —	1 6 —
22. 9.	3 22 —	3 3 —	2 — —	1 8 —
6. 10.	3 22 —	3 8 —	—	—
10. 11.	3 22 —	3 12 —	—	—
22. 12.	3 22 —	3 15 —	2 5 —	1 11 —
Jd.	92,7 gr.	73,3 gr.	49,4 gr.	31,0 gr.
<i>1828</i>				
19. 1.	3 23 —	3 20 —	2 5 —	1 11 —
16. 2.	3 23 —	3 20 —	2 5 —	1 11 —
22. 3.	3 23 —	3 20 —	2 7 —	1 11 —
12. 4.	3 21 —	3 20 —	2 7 —	1 9 —
10. 5.	4 9 —	4 5 —	2 13 —	1 9 —
21. 6.	4 22 —	4 9 —	3 4 —	1 10 —
19. 7.	4 16 —	4 3 —	3 3 —	1 10 —
9. 8.	4 21 —	4 10 —	3 5 —	1 11 —
11. 10.	5 12 —	4 12 —	3 5 —	1 11 —
13. 12.	5 13 —	4 11 —	3 9 —	1 11 —
Jd.	109,5 gr.	99,4 gr.	66,3 gr.	34,4 gr.
<i>1829</i>				
10. 1.	5 13 —	4 8 —	3 7 —	1 11 —
14. 2.	5 13 —	4 10 —	3 5 —	1 11 —
21. 3.	5 13 —	4 8 —	3 5 —	1 11 —
11. 4.	5 9 —	4 5 —	3 5 —*	1 11 —*
16. 5.	5 9 —	3 21 —	2 22 —	1 11 —
6. 6.	5 9 —	3 21 —	2 21 —	1 9 —
15. 8.	5 12 —	3 12 —	2 14 —	1 9 —
19. 9.	4 19 —	2 21 —	2 5 —	1 7 —
17. 10.	4 20 —	3 2 —	2 9 —	1 7 —
21. 11.	4 20 —	3 2 —	2 8 —	1 7 —
5. 12.	4 15 —	2 20 —	2 6 —	1 7 —
Jd.	125,1 gr.	88,2 gr.	66,5 gr.	33,2 gr.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.
<i>1830</i>				
30. 1.	4 15 —	2 21 —	2 2 —	1 5 —
13. 2.	4 12 —	2 15 —	2 2 —	1 5 —
20. 3.	4 8 —	2 19 —	2 — —	1 5 —
1. 5.	4 7 —	2 15 —	1 18 —	1 4 —
5. 6.	4 10 —	2 23 —	1 23 —	1 6 —
24. 7.	5 6 —	3 — —	—	—
21. 8.	4 20 —	2 22 —	1 21 —	1 6 —
25. 9.	5 20 —	3 6 —	2 1 —	1 9 —
23. 10.	5 18 —	3 9 —	2 1 —	1 8 —
20. 11.	5 8 —	3 11 —	2 1 —	1 6 —
18. 12.	4 22 —	3 7 —	1 22 —	1 4 —
Jd.	118,0 gr.	72,4 gr.	47,5 gr.	29,8 gr.
<i>1831</i>				
15. 1.	4 20 —	3 3 —	1 20 —	1 4 —
12. 2.	4 23 —	3 3 —	1 20 —	1 5 —
19. 3.	4 15 —	3 7 —	1 21 —	1 6 —
9. 4.	4 19 —	3 10 —	1 23 —*	1 6 —*
21. 5.	5 3 —	3 15 —	2 — —	1 6 —
18. 6.	4 23 —	3 10 —	2 1 —	1 6 —
23. 7.	5 4 —	3 10 —	2 1 —	1 6 —
20. 8.	4 22 —	3 8 —	2 — —	1 5 —
3. 9.	4 20 —	3 5 —	2 — —	1 4 —
15. 10.	5 1 —	3 13 —	2 5 —	1 6 —
10. 11.	5 1 —	3 16 —	2 5 —**	1 6 —**
10. 12.	4 21 —	3 15 —	2 6 —	1 6 —
Jd.	118,4 gr.	81,6 gr.	48,5 gr.	29,5 gr.
<i>1832</i>				
21. 1.	4 23 —	3 11 —	2 5 —	1 8 —
11. 2.	4 20 —	3 16 —	2 6 —	1 5 —
17. 3.	4 19 —	3 12 —	2 4 —	1 5 —
7. 4.	4 20 —	3 13 —	2 5 —	1 5 —
19. 5.	4 18 —	3 10 —	2 6 —	1 5 —
16. 6.	4 23 —	4 — —	2 13 —	1 6 —
21. 7.	5 1 —	3 23 —	2 21 —	1 13 —
11. 8.	5 3 —	4 2 —	3 1 —	1 22 —
8. 9.	4 16 —	3 16 —	2 16 —	1 14 —
6. 10.	4 13 —	3 12 —	2 9 —	1 10 —
17. 11.	4 11 —	3 9 —	2 7 —***	1 7 —***
1. 12.	4 8 —	3 7 —	2 7 —	1 9 —
Jd.	114,6 gr.	86,9 gr.	58,3 gr.	33,1 gr.
<i>1833</i>				
12. 1.	4 7 —	3 6 —	2 5 —	1 9 —
16. 2.	4 4 —	3 3 —	2 3 —	1 8 —

* 2. 4.

** 26. 11.

*** 10. 11.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.
<i>1833</i>				
9. 3.	4 1 —	3 — —	2 2 —	1 9 —
20. 4.	3 20 —	2 20 —	2 — —	1 8 —
11. 5.	3 16 —	2 15 —	1 21 —	1 8 —
15. 6.	3 18 —	2 19 —	2 — —	1 9 —
6. 7.	4 3 —	3 4 —	2 4 —	1 7 —
17. 8.	3 18 —	2 19 —	2 1 —	1 9 —
28. 9.	3 18 —	2 17 —	2 1 —	1 7 —
12. 10.	3 17 —	2 17 —	1 23 —	1 7 —
9. 11.	3 17 —	2 17 —	2 — —	1 7 —
21. 12.	3 16 —	2 15 —	1 22 —	1 8 —
Jd.	92,9 gr.	68,7 gr.	48,8 gr.	32,0 gr.
<i>1834</i>				
4. 1.	3 14 —	2 13 —	1 22 —	1 8 —
8. 2.	3 11 —	2 9 —	1 20 —	1 8 —
22. 3.	3 10 —	2 8 —	1 14 —	1 7 —
12. 4.	3 11 —	2 9 —	1 20 —	1 8 —
17. 5.	3 10 —	2 8 —	1 20 —	1 8 —
9. 8.	3 11 —	2 11 —	1 22 —	1 7 —
6. 9.	3 12 —	2 11 —	1 21 —	1 6 —
8. 11.	4 2 —	2 21 —	2 — —	1 6 —
20. 12.	4 5 —	2 22 —	2 2 —	1 7 —
Jd.	86,9 gr.	60,4 gr.	45,0 gr.	31,2 gr.
<i>1835</i>				
17. 1.	4 3 —	2 20 —	2 1 —	1 7 —
14. 2.	4 1 —	2 17 —	1 22 —	1 7 —
14. 3.	3 23 —	2 18 —	1 21 —	1 6 —
18. 4.	3 20 —	2 15 —	1 21 —	1 7 —
16. 5.	3 21 —	2 15 —	1 20 —	1 6 —
13. 6.	3 21 —	2 15 —	1 21 —	1 8 —
18. 7.	3 23 —	2 18 —	1 23 —	1 7 —
15. 8.	3 22 —	2 18 —	1 22 —	1 9 —
12. 9.	3 21 —	2 15 —	1 21 —	1 12 —
17. 10.	3 22 —	2 13 —	2 — —	1 9 —
14. 11.	3 22 —	2 17 —	1 23 —	1 10 —
12. 12.	3 21 —	2 15 —	1 21 —	1 9 —
Jd.	94,3 gr.	64,3 gr.	46,0 gr.	32,1 gr.
<i>1836</i>				
13. 2.	3 16 —	2 12 —	1 21 —	1 8 —
12. 3.	3 15 —	2 12 —	1 22 —	1 6 —
16. 4.	3 13 —	2 10 —	1 23 —	1 8 —
14. 5.	3 16 —	2 9 —	2 2 —	1 8 —
18. 6.	3 21 —	2 17 —	2 1 —	1 10 —
16. 7.	3 21 —	2 16 —	2 3 —	1 11 —
13. 8.	4 7 —	2 21 —	2 4 —	1 13 —
17. 9.	4 16 —	2 17 —	2 2 —	1 13 —

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.
<i>1836</i>				
15. 10.	4 14 —	2 15 —	2 1 —	1 6 —
12. 11.	4 14 —	2 17 —	2 4 —	1 9 —
17. 12.	4 9 —	2 16 —	2 2 —	1 7 —
Jd.	97,6 gr.	62,7 gr.	49,2 gr.	33,0 gr.
<i>1837</i>				
14. 1.	4 8 —	2 17 —	2 2 —	1 7 —
18. 2.	4 6 —	2 15 —	2 2 —	1 6 —
18. 3.	4 5 —	2 14 —	1 23 —	1 7 —
15. 4.	4 6 —	2 16 —	2 2 —	1 7 —
13. 5.	4 6 —	2 13 —	1 21 —	1 6 —
17. 6.	4 10 —	3 1 —	2 2 —	1 8 —
15. 7.	4 10 —	2 21 —	2 1 —	1 7 —
12. 8.	4 10 —	2 21 —	2 3 —	1 10 —
16. 9.	4 8 —	2 23 —	2 2 —	1 9 —
14. 10.	4 12 —	3 9 —	2 5 —	1 10 —
18. 11.	4 14 —	3 14 —	2 10 —	1 8 —
16. 12.	4 10 —	3 9 —	2 10 —	1 10 —
Jd.	104,7 gr.	70,4 gr.	50,9 gr.	31,9 gr.
<i>1838</i>				
13. 1.	4 11 —	3 8 —	2 10 —	1 9 —
17. 2.	4 11 —	3 10 —	2 10 —	1 8 —
17. 3.	4 8 —	3 7 —	2 10 —	1 7 —
14. 4.	4 12 —	3 13 —	2 10 —	1 12 —
12. 5.	4 12 —	3 14 —	2 14 —	1 14 —
16. 6.	4 16 —	3 22 —	2 19 —	2 2 —
14. 7.	4 15 —	3 22 —	2 20 —	1 23 —
18. 8.	5 8 —	4 8 —	3 4 —	2 7 —
15. 9.	4 22 —	4 14 —	3 2 —	2 5 —
13. 10.	5 11 —	5 — —	3 2 —	2 — —
17. 11.	5 15 —	4 22 —	2 22 —	1 20 —
15. 12.	5 17 —	4 22 —	3 2 —	1 16 —
Jd.	117,2 gr.	97,5 gr.	66,4 gr.	42,3 gr.
<i>1839</i>				
12. 1.	5 13 —	4 21 —	3 4 —	1 17 —
16. 2.	5 15 —	4 22 —	3 6 —	1 22 —
16. 3.	5 17 —	4 18 —	3 5 —	1 20 —
13. 4.	5 14 —	4 18 —	3 10 —	1 22 —
18. 5.	5 13 —	4 17 —	3 10 —	2 2 —
15. 6.	5 18 —	4 14 —	3 14 —	3 5 —
13. 7.	5 12 —	4 7 —	3 13 —	1 23 —
17. 8.	5 10 —	4 2 —	3 10 —	1 19 —
14. 9.	5 9 —	4 2 6	3 10 —	1 20 —
12. 10.	5 9 —	4 4 —	3 8 —	1 18 —
16. 11.	5 16 —	4 8 —	3 10 —	1 20 —
14. 12.	5 13 —	4 12 —	3 10 —	1 18 —
Jd.	133,2 gr.	108,1 gr.	81,2 gr.	47,2 gr.

	Weizen tl. gr. pf.	Roggen tl. gr. pf.	Gerste tl. gr. pf.	Hafer tl. gr. pf.
<i>1840</i>				
18. 1.	5 11 —	4 7 —	3 10 —	1 18 —
15. 2.	4 23 —	3 22 —	3 10 —	1 15 —
14. 3.	5 6 —	4 2 —	3 10 —	1 17 —
18. 4.	5 6 —	4 2 —	3 6 —	1 15 —
16. 5.	5 6 —	4 3 —	3 10 —	1 15 —
13. 6.	5 6 —	4 6 —	3 10 —	1 16 —
18. 7.	5 8 —	4 4 —	3 8 —	1 16 —
15. 8.	5 13 —	3 23 —	3 2 —	1 17 —
12. 9.	4 18 —	3 3 —	2 10 —	1 14 —
17. 10.	4 10 —	3 5 —	2 7 —	1 6 —
14. 11.	4 6 —	3 3 —	2 6 —	1 6 —
12. 12.	4 5 —	2 20 —	2 4 —	1 4 —
Jd.	119,8 gr.	90,3 gr.	71,8 gr.	37,3 gr.

	Weizen tl. ngr. pf.	Roggen tl. ngr. pf.	Gerste tl. ngr. pf.	Hafer tl. ngr. pf.
--	------------------------	------------------------	------------------------	-----------------------

<i>1841</i>				
16. 1.	3 27 5	2 27 5	2 6 2 ¹ / ₂	1 7 7 ¹ / ₂
13. 2.	4 3 7 ¹ / ₂	3 2 5	2 2 5	1 7 5
13. 3.	4 3 7 ¹ / ₂	3 3 5	2 — —	1 7 —
17. 4.	4 1 —	3 1 5	1 17 5	1 4 7 ¹ / ₂
15. 5.	3 23 —	2 15 —	1 22 5	1 5 7 ¹ / ₂
12. 6.	3 27 5	2 11 7 ¹ / ₂	1 22 5	1 5 7 ¹ / ₂
17. 7.	4 7 5	2 12 5	1 22 5	1 6 2 ¹ / ₂
14. 8.	4 17 —	2 17 —	1 22 5	1 6 2 ¹ / ₂
18. 9.	4 17 5	2 16 —	1 22 5	1 3 5
16. 10.	4 11 2 ¹ / ₂	2 11 2 ¹ / ₂	1 22 5	1 3 7 ¹ / ₂
13. 11.	4 8 —	2 20 —	1 27 5	1 4 2 ¹ / ₂
18. 12.	4 18 7 ¹ / ₂	2 20 —	1 22 5	1 — —
Jd.	126,4 ngr. = 101,1 gr.	80,7 ngr. = 64,6 gr.	55,1 ngr. = 44,1 gr.	35,2 ngr. = 28,2 gr.

<i>1842</i>				
15. 1.	4 27 5	2 20 —	1 22 5	— 28 2 ¹ / ₂
19. 2.	4 16 2 ¹ / ₂	2 17 5	1 22 5	1 1 2 ¹ / ₂
12. 3.	5 3 —	2 20 —	1 22 5	1 1 2 ¹ / ₂
16. 4.	5 3 7 ¹ / ₂	2 22 5	1 22 5	1 3 7 ¹ / ₂
14. 5.	5 3 7 ¹ / ₂	2 22 5	1 22 5	1 3 7 ¹ / ₂
18. 6.	5 — 7 ¹ / ₂	2 28 7 ¹ / ₂	1 25 —	1 8 —
16. 7.	5 12 5	3 5 —	2 5 —	1 21 2 ¹ / ₂
13. 8.	5 12 5	3 5 —	2 5 —	2 3 —
17. 9.	5 6 —	3 25 —	2 18 5	2 — —
15. 10.	5 27 5	3 26 2 ¹ / ₂	2 25 —	2 — —
12. 11.	5 27 5	4 1 5	3 2 5	2 7 5
17. 12.	5 27 5	4 4 —	3 7 5	2 10 —
Jd.	159,0 ngr. = 127,2 gr.	96,5 ngr. = 77,2 gr.	66,7 ngr. = 53,4 gr.	47,3 ngr. = 37,8 gr.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. ngr. pf.	tl. ngr. pf.	tl. ngr. pf.	tl. ngr. pf.
<i>1843</i>				
14. 1.	4 25 —	4 6 —	3 7 5	2 8 7 $\frac{1}{2}$
18. 2.	4 20 —	4 2 —	3 6 5	2 6 5
18. 3.	4 18 7 $\frac{1}{2}$	4 — —	3 10 —	2 8 —
15. 4.	4 25 —	4 10 —	3 15 —	2 15 —
13. 5.	5 3 7 $\frac{1}{2}$	5 2 5	3 22 5	3 1 —
17. 6.	6 8 7 $\frac{1}{2}$	6 8 7 $\frac{1}{2}$	4 7 5	3 7 5
15. 7.	6 — —	6 — —	4 5 —	3 3 7 $\frac{1}{2}$
12. 8.	5 20 —	4 28 7 $\frac{1}{2}$	4 5 —	2 28 7 $\frac{1}{2}$
16. 9.	4 28 7 $\frac{1}{2}$	3 10 —	2 10 —	1 11 2 $\frac{1}{2}$
14. 10.	4 20 —	3 17 5	2 12 5	1 10 —
18. 11.	4 25 —	3 16 2 $\frac{1}{2}$	2 16 —	1 8 7 $\frac{1}{2}$
16. 12.	4 15 —	3 12 5	2 10 —	1 10 —
Jd.	152,5 ngr. = 122,2 gr.	132,0 ngr. = 105,6 gr.	98,1 ngr. = 78,5 gr.	67,4 ngr. = 53,9 gr.

<i>1844</i>				
13. 1.	4 11 5	3 12 5	2 11 5	1 10 5
17. 2.	4 11 5	3 10 —	2 11 5	1 10 5
16. 3.	4 12 5	3 13 7 $\frac{1}{2}$	2 12 5	1 13 7 $\frac{1}{2}$
13. 4.	4 15 —	3 11 5	2 15 —	1 14 —
18. 5.	4 5 —	2 26 2 $\frac{1}{2}$	2 12 5	1 8 7 $\frac{1}{2}$
15. 6.	4 1 2 $\frac{1}{2}$	2 22 5	2 10 —	1 8 7 $\frac{1}{2}$
13. 7.	4 5 —	2 27 5	2 11 2 $\frac{1}{2}$	1 12 5
17. 8.	4 1 2 $\frac{1}{2}$	2 22 5	2 11 2 $\frac{1}{2}$	1 11 2 $\frac{1}{2}$
14. 9.	4 2 2 $\frac{1}{2}$	3 — —	2 11 2 $\frac{1}{2}$	1 13 7 $\frac{1}{2}$
12. 10.	4 5 —	3 — —	2 13 7 $\frac{1}{2}$	1 15 —
16. 11.	4 6 2 $\frac{1}{2}$	3 1 2 $\frac{1}{2}$	2 16 2 $\frac{1}{2}$	1 16 2 $\frac{1}{2}$
14. 12.	4 5 —	2 27 5	2 10 2 $\frac{1}{2}$	1 12 5
Jd.	126,8 ngr. = 101,4 gr.	92,1 ngr. = 73,7 gr.	72,3 ngr. = 57,8 gr.	42,3 ngr. = 33,8 gr.

<i>1845</i>				
18. 1.	3 25 —	2 26 2 $\frac{1}{2}$	2 8 7 $\frac{1}{2}$	1 12 5
15. 2.	3 25 —	2 25 —	2 7 5	1 11 2 $\frac{1}{2}$
15. 3.	3 25 —	2 23 7 $\frac{1}{2}$	2 7 5	1 10 —
12. 4.	3 27 5	2 27 5	2 8 7 $\frac{1}{2}$	1 11 2 $\frac{1}{2}$
17. 5.	3 25 —	3 26 2 $\frac{1}{2}$	2 7 5	1 15 —
14. 6.	4 3 7 $\frac{1}{2}$	3 3 7 $\frac{1}{2}$	2 12 5	1 22 5
12. 7.	3 25 —	3 26 2 $\frac{1}{2}$	2 10 —	1 17 5
16. 8.	3 28 7 $\frac{1}{2}$	3 15 —	2 12 5	1 20 —
13. 9.	4 13 7 $\frac{1}{2}$	3 7 5	2 12 5	1 23 7 $\frac{1}{2}$
18. 10.	5 11 2 $\frac{1}{2}$	4 5 —	3 7 5	2 7 5
15. 11.	6 5 —	4 13 7 $\frac{1}{2}$	3 13 7 $\frac{1}{2}$	2 13 7 $\frac{1}{2}$
13. 12.	6 2 5	4 8 7 $\frac{1}{2}$	3 10 —	2 8 7 $\frac{1}{2}$
Jd.	133,1 ngr. = 106,5 gr.	104,9 ngr. = 83,9 gr.	77,4 ngr. = 61,9 gr.	52,0 ngr. = 41,6 gr.

<i>1846</i>				
17. 1.	6 1 2 $\frac{1}{2}$	4 11 2 $\frac{1}{2}$	3 10 —	2 8 7 $\frac{1}{2}$
14. 2.	6 — —	4 11 7 $\frac{1}{2}$	3 7 5	2 8 5

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. ngr. pf.	tl. ngr. pf.	tl. ngr. pf.	tl. ngr. pf.
<i>1846</i>				
14. 3.	5 17 5	3 27 5	3 2 5	2 3 7 $\frac{1}{2}$
18. 4.	5 15 —	3 27 5	3 — —	2 4 —
16. 5.	5 11 5	3 23 5	2 23 —	2 6 2 $\frac{1}{2}$
13. 6.	5 11 —	3 24 5	2 25 —	2 3 5
18. 7.	5 16 2 $\frac{1}{2}$	3 28 7 $\frac{1}{2}$	2 29 2 $\frac{1}{2}$	2 3 —
15. 8.	5 17 5	4 11 2 $\frac{1}{2}$	3 5 —	2 5 —
12. 9.	5 25 —	5 7 5	3 12 5	2 1 2 $\frac{1}{2}$
17. 10.	6 1 2 $\frac{1}{2}$	5 12 5	3 7 5	2 3 5
14. 11.	6 9 5	5 16 5	3 22 5	2 6 —
12. 12.	6 1 2 $\frac{1}{2}$	5 12 5	3 16 2 $\frac{1}{2}$	2 3 —

Jd.	173,1 ngr. = 138,5 gr.	135,4 ngr. = 108,3 gr.	95,9 ngr. = 76,7 gr.	64,7 ngr. = 51,8 gr.
-----	---------------------------	---------------------------	-------------------------	-------------------------

1847

16. 1.	6 2 5	5 22 5	3 17 5	2 5 —
13. 2.	6 7 5	6 10 —	4 11 5	2 11 5
13. 3.	6 17 5	6 6 2 $\frac{1}{2}$	4 21 2 $\frac{1}{2}$	2 11 5
17. 4.	9 20 —	9 18 7 $\frac{1}{2}$	7 15 —	3 15 —
15. 5.	10 7 5	9 25 —	8 5 —	3 22 —
16. 6.	10 25 —	8 10 —	7 11 5	3 9 —
14. 7.	10 5 —	9 7 5	7 10 —	3 10 5
14. 8.	6 17 5	4 22 —	4 27 2 $\frac{1}{2}$	2 15 —
15. 9.	6 22 5	4 15 —	3 26 2 $\frac{1}{2}$	1 26 2 $\frac{1}{2}$
16. 10.	6 27 5	4 28 7 $\frac{1}{2}$	4 — —	2 2 5
17. 11.	6 20 —	4 18 7 $\frac{1}{2}$	3 25 —	2 3 —
15. 12.	6 12 5	4 12 5	3 14 —	2 — 7 $\frac{1}{2}$

Jd.	232,9 ngr. = 186,3 gr.	196,4 ngr. = 157,1 gr.	157,9 ngr. = 126,3 gr.	78,5 ngr. = 62,8 gr.
-----	---------------------------	---------------------------	---------------------------	-------------------------

1848

19. 1.	5 22 5	4 7 5	3 11 —	2 2 —
16. 2.	5 11 2 $\frac{1}{2}$	3 19 5	3 2 5	—
15. 3.	5 1 2 $\frac{1}{2}$	3 9 5	2 22 5	—
19. 4.	4 15 —	2 15 —	2 17 2	1 15 —
13. 5.	4 15 —	2 20 —	2 16 5	1 11 —
17. 6.	4 11 2 $\frac{1}{2}$	4 22 5	2 3 —*	1 9 5*
15. 7.	4 17 5	2 12 5	1 25 —**	1 7 —**
5. 8.	4 7 5	2 13 7 $\frac{1}{2}$	2 1 —	—
16. 9.	4 11 5	2 12 5	1 26 —	1 3 5
18. 10.	4 7 —	2 7 5	1 28 —	1 4 5
15. 11.	4 5 —	2 8 —	1 20 —	1 3 —
9. 12.	3 28 7 $\frac{1}{2}$	2 4 —	1 26 5***	— 29 —***

Jd.	137,8 ngr. = 110,2 gr.	87,7 ngr. = 70,2 gr.	58,6 ngr. = 46,9 gr.	33,4 ngr. = 26,7 gr.
-----	---------------------------	-------------------------	-------------------------	-------------------------

* 7. 6.

** 1. 7.

*** 23. 12.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	tl. ngr. pf.	tl. ngr. pf.	tl. ngr. pf.	tl. ngr. pf.
<i>1849</i>				
20. 1.	3 14 —	1 27 5	1 27 —	— 27 —
17. 2.	4 3 —	2 7 5	2 2 5	1 2 5
17. 3.	3 29 7½	2 3 5	1 24 5	1 2 —
14. 4.	3 27 —	2 2 5	1 17 5	1 1 5
9. 5.	4 7 —	2 4 5	1 15 5	1 2 5
18. 7.	4 5 —	2 5 —	1 20 —	1 5 7½
18. 8.	4 29 5	2 7 —	1 22 5	1 10 —
19. 9.	4 9 5	2 6 5	1 21 —	1 11 5
13. 10.	4 7 5	2 8 —	1 20 5	1 8 5
14. 11.	4 17 5	2 13 —	1 26 5	1 8 —
15. 12.	4 12 —	2 7 5	1 21 5	1 10 —
Jd.	126,5 ngr. = 101,2 gr.	65,7 ngr. = 52,6 gr.	52,6 ngr. = 42,1 gr.	35,4 ngr. = 28,3 gr.
<i>1850</i>				
16. 1.	4 9 —	2 7 —	1 21 5	1 7 —
16. 2.	4 20 —	2 8 5	1 22 5	1 7 5
16. 3.	4 7 5	2 8 —	1 19 —	1 8 —
17. 4.	4 8 5	2 7 —	1 22 5	1 7 5
15. 5.	4 5 —	2 7 5	1 16 —	1 5 —
15. 6.	4 3 7½	2 14 —	1 25 —	1 12 5
13. 7.	4 2 5	2 8 —	1 24 —	1 10 —
14. 8.	4 12 5	3 — —	2 2 5	1 12 5
14. 9.	4 15 —	3 — 5	2 8 —	1 11 —
16. 10.	4 13 —	3 7 5	2 7 5	1 15 —
16. 11.	4 13 5	3 14 5	2 11 5	1 14 5
14. 12.	4 20 —	3 12 —	2 13 —	1 12 —
Jd.	130,9 ngr. = 104,7 gr.	80,4 ngr. = 64,3 gr.	58,6 ngr. = 46,9 gr.	40,2 ngr. = 32,2 gr.

Tabelle III

Durchschnittspreise eines Scheffels Weizen in Groschen

Jahr	Preis	Index	Jahr	Preis	Index
1800	119,2	100,0	1812	180,2	151,2
1801	131,3	110,1	1813	196,7	165,0
1802	165,3	138,7	1814	158,4	132,9
1803	166,1	139,3	1815	155,4	130,4
1804	171,8	144,1	1816	195,7	164,2
1805	268,6	225,3	1817	235,7	197,7
1806	223,6	187,6	1818	158,3	132,8
1807	148,8	124,8	1819	116,2	97,5
1808	185,0	155,2	1820	108,7	91,2
1809	139,2	116,8	1821	115,8	97,2
1810	113,3	95,1	1822	121,9	102,3
1811	156,5	131,3	1823	108,0	90,6

Jahr	Preis	Index	Jahr	Preis	Index
1824	92,4	77,5	1838	117,2	98,3
1825	80,9	67,9	1839	133,2	111,7
1826	81,3	68,2	1840	119,8	100,5
1827	92,7	77,8	1841	101,1	84,8
1828	109,5	91,9	1842	127,2	106,7
1829	125,1	104,9	1843	122,2	102,5
1830	118,0	99,0	1844	101,4	85,1
1831	118,4	99,3	1845	106,5	89,4
1832	114,6	96,1	1846	138,5	116,2
1833	92,9	77,9	1847	186,3	153,3
1834	86,9	72,9	1848	110,2	92,4
1835	94,3	79,1	1849	101,2	84,9
1836	97,6	81,9	1850	104,7	87,8
1837	104,7	87,8			

Durchschnittspreise eines Scheffels Roggen in Groschen

Jahr	Preis	Index	Jahr	Preis	Index
1800	90,7	100,0	1826	48,8	53,8
1801	82,5	91,0	1827	73,3	80,8
1802	105,3	116,9	1828	99,4	109,6
1803	122,2	134,7	1829	88,2	97,2
1804	122,2	134,7	1830	72,4	79,8
1805	228,7	252,1	1831	81,6	90,0
1806	171,2	188,8	1832	86,9	95,8
1807	114,8	126,6	1833	68,7	75,7
1808	125,3	138,1	1834	60,4	66,6
1809	110,3	121,6	1835	64,3	70,9
1810	76,3	84,1	1836	62,7	69,1
1811	79,3	87,4	1837	70,4	77,6
1812	123,0	135,6	1838	97,5	107,5
1813	163,0	179,7	1839	108,1	119,2
1814	129,6	142,9	1840	90,3	99,6
1815	104,7	115,4	1841	64,6	71,2
1816	149,9	165,3	1842	77,2	85,1
1817	186,9	206,1	1843	105,6	116,4
1818	119,8	132,1	1844	73,7	81,3
1819	67,0	73,9	1845	83,9	92,5
1820	60,8	67,0	1846	108,3	119,4
1821	68,7	75,7	1847	157,1	173,2
1822	78,3	86,3	1848	70,2	77,4
1823	81,4	89,7	1849	52,6	58,0
1824	54,0	59,5	1850	64,3	70,9
1825	45,4	50,1			

Durchschnittspreise eines Scheffels Gerste in Groschen

Jahr	Preis	Index	Jahr	Preis	Index
1800	63,8	100,0	1826	34,3	53,8
1801	59,9	93,9	1827	49,4	77,4
1802	75,5	118,3	1828	66,3	103,9
1803	82,3	129,0	1829	66,5	104,2
1804	80,9	126,8	1830	47,5	74,5
1805	168,5	264,1	1831	48,5	76,0
1806	144,4	226,3	1832	58,3	91,4
1807	73,8	115,7	1833	48,8	76,5
1808	94,7	148,4	1834	45,0	70,5
1809	83,6	131,0	1835	46,0	72,1
1810	62,3	97,6	1836	49,2	77,1
1811	(55,0)	(86,2)	1837	50,9	79,8
1812	(59,5)	(93,3)	1838	66,4	104,1
1813	(116,0)	(181,8)	1839	81,2	127,3
1814	(81,3)	(127,4)	1840	71,8	112,5
1815	67,0	111,3	1841	44,1	69,1
1816	105,8	165,8	1842	53,4	83,7
1817	143,6	225,1	1843	78,5	123,0
1818	90,1	141,2	1844	57,8	90,6
1819	51,5	80,7	1845	61,9	97,0
1820	46,6	73,0	1846	76,7	120,2
1821	51,5	80,7	1847	126,3	198,0
1822	61,4	96,2	1848	46,9	73,5
1823	60,5	94,8	1849	42,1	66,0
1824	35,4	55,5	1850	46,9	73,5
1825	32,0	50,2			

Durchschnittspreise eines Scheffels Hafer in Groschen

Jahr	Preis	Index	Jahr	Preis	Index
1800	40,8	100,0	1826	24,7	60,5
1801	33,9	83,1	1827	31,0	76,0
1802	41,8	102,5	1828	34,4	84,3
1803	52,4	128,4	1829	33,2	81,4
1804	42,4	103,9	1830	29,8	73,0
1805	91,0	223,0	1831	29,5	72,3
1806	79,6	195,1	1832	33,1	81,1
1807	50,0	122,5	1833	32,0	78,4
1808	56,2	137,7	1834	31,2	76,5
1809	49,2	120,6	1835	32,1	78,7
1810	(40,8)	(100,0)	1836	33,0	80,9
1811	(35,0)	(85,8)	1837	31,9	78,2
1812	(40,5)	(99,3)	1838	42,3	103,7
1813	(32,0)	(78,4)	1839	47,2	115,7
1814	(57,0)	(139,7)	1840	29,8	73,0
1815	40,2	98,5	1841	28,2	69,1
1816	53,0	129,9	1842	37,8	92,7
1817	71,0	174,0	1843	53,9	132,1
1818	53,1	130,1	1844	33,8	82,8
1819	36,4	89,2	1845	41,6	102,0
1820	31,6	77,5	1846	51,8	127,0
1821	29,8	73,0	1847	62,8	153,9
1822	36,6	89,7	1848	26,7	65,4
1823	41,4	101,5	1849	28,3	69,4
1824	23,3	57,1	1850	32,2	78,9
1825	23,1	56,6			

Bierpreise in Chemnitz

VON RUDOLPH STRAUSS

Das Bier, das in der Stadt und in den Dörfern ausgeschenkt wurde, war ein Erzeugnis der Brauberechtigten in Chemnitz. Den Preis setzte der Rat fest. Er wurde vor allem durch die Bewegung der Preise für Gerste, Hopfen und Holz bestimmt. Für die Niedrighaltung des Bierpreises sorgte in erster Linie der kurfürstliche bzw. königliche Amtmann, der als Leiter des Amtes Chemnitz die Interessen der in der „Braumeile“ liegenden Dörfer zu vertreten hatte.

Die Biertaxe des Rates ist in den Akten V IV 6¹ und V IV 9^{b2} enthalten. Ältere Akten sowie Akten aus der Zeit nach 1838 sind nicht vorhanden.

Der erstgenannte Aktenband beginnt im Herbst 1785 und endet mit dem Dezember 1806. Daran schließt sich der andere Band mit einem Zeitraum vom März 1807 bis zum September 1838.

Die Taxe wurde nicht in regelmäßigen Abständen bekannt gemacht, sondern nur, wenn sie auf Anfordern überprüft worden war. So erklärt sich, daß in einem Jahr wie 1805 fünfmal der Bierpreis neu festgesetzt wurde, während er zu anderen Zeiten über Jahre hin bestehen blieb. Allerdings scheinen die Akten nicht immer mit der nötigen Gewissenhaftigkeit geführt worden zu sein. Aus Bemerkungen in den Niederschriften ist zu entnehmen, daß zwischen 1786 und 1791, zwischen Oktober 1791 und Oktober 1792 sowie zwischen 1792 und 1795 Senkungen bzw. Steigerungen eingetreten sind, die nicht in aller Form schriftlich niedergelegt wurden. Wenn man von diesen Lücken absieht, die sich leider nicht völlig schließen lassen, so ist es möglich, eine Liste der Bierpreise für die Monate des Zeitraums 1785 bis 1838 aufzustellen.

Die Veröffentlichung der Bierpreise im „Chemnitzer Anzeiger“ zwischen 1814 und 1834 bietet nichts, was nicht schon in den Akten steht. Sie erlaubt aber zu vergleichen.

Tabelle I enthält einmal alle Taxpreise, die den Akten zu entnehmen waren, zum andern alle Taxpreise, die der „Chemnitzer Anzeiger“ veröffentlichte.

Tabelle II gibt die Bierpreise um die Monatsmitte und jeweils den Jahresdurchschnitt.

Tabelle III bringt die Bierpreise im Jahresdurchschnitt und die Indexzahlen. (Die Preise in Klammern sind nach Bemerkungen in den Akten zu vermuten.)

¹ Das Brauwesen, insonderheit die Taxe des Bieres 1785—1806.

² Die Veränderungen der Bierpreise 1807—1838.

Tabelle I

Preise für eine Kanne Bier

	tl.	gr.	pf.		tl.	gr.	pf.		tl.	gr.	pf.
Akte V IV 6				1806				1819			
1785				15. 9.	—	—	10	1. 5.	—	—	7
19. 11.	—	—	7	24. 12.	—	—	8	1820			
			(Erhöhung!)	Akte V IV 9b				1. 10.	—	—	7
28. 11.	—	—	6	1807				1821			
1786				1. 3.	—	—	8	24. 11.	—	—	8
20. 11.	—	—	7	26. 6.	—	—	8	1823			
1791				1808				12. 1.	—	—	8
28. 2.	—	—	7	15. 6.	—	—	9	25. 10.	—	—	7
			(Erhöhung!)	1809				1824			
24. 10.	—	—	6	14. 1.	—	—	8	10. 7.	—	—	7
1792				1810				1825			
26. 10.	—	—	6	22. 1.	—	—	7	21. 11.	—	—	6
			(Senkung!)	1811				1827			
1795				29. 1.	—	—	8	24. 1.	—	—	7
11. 7.	—	—	6	1812				1828			
			(Erhöhung!)	28. 9.	—	—	9	13. 10.	—	—	8
1798				1813				1830			
1. 10.	—	—	7	26. 4.	—	—	10	13. 1.	—	—	7
			(Erhöhung!)	1814				1833			
1799				3. 12.	—	—	9	15. 1.	—	—	8
8. 6.	—	—	7	1815				1835			
19. 6.	—	—	7	26. 5.	—	—	8	1. 11.	—	—	7
1800				1816				1838			
3. 11.	—	—	8	1. 6.	—	—	9	1. 9.	—	—	8
1802				13. 9.	—	—	10				
8. 2.	—	—	7	1817							
2. 7.	—	—	8	17. 3.	—	—	11				
1804				11. 10.	—	—	10				
1. 12.	—	—	8	1818							
1805				13. 6.	—	—	9				
1. 3.	—	—	9	17. 10.	—	—	8				
25. 5.	—	—	10								
19. 6.	—	—	11								
17. 8.	—	1	—								
23. 11.	—	1	—								

„Chemnitzer Anzeiger“

	tl.	gr.	pf.		tl.	gr.	pf.		tl.	gr.	pf.
<i>1815</i>				<i>1818</i>				<i>1821</i>			
11. 11.	—	—	8	8. 8.	—	—	9	28. 7.	—	—	7
2. 12.	—	—	8	12. 9.	—	—	9	11. 8.	—	—	7
16. 12.	—	—	8	3. 10.	—	—	9	25. 8.	—	—	7
				17. 10.	—	—	8	8. 9.	—	—	7
<i>1816</i>				14. 11.	—	—	8	22. 9.	—	—	7
13. 1.	—	—	8					6. 10.	—	—	7
10. 2.	—	—	8	<i>1819</i>				20. 10.	—	—	7
24. 2.	—	—	8	2. 1.	—	—	8	3. 11.	—	—	7
23. 3.	—	—	8	20. 2.	—	—	8	17. 11.	—	—	7
13. 4.	—	—	8	21. 4.	—	—	7	19. 11.	—	—	8
11. 5.	—	—	8	14. 5.	—	—	7	1. 12.	—	—	8
31. 5.	—	—	9	29. 5.	—	—	7	<i>1822</i>			
6. 7.	—	—	9	31. 7.	—	—	7	12. 1.	—	—	8
30. 7.	—	—	9	28. 8.	—	—	7	1. 2.	—	—	8
24. 8.	—	—	9	11. 9.	—	—	7	2. 3.	—	—	8
7. 9.	—	—	9	20. 11.	—	—	7	16. 3.	—	—	8
13. 9.	—	—	10	4. 12.	—	—	7	30. 3.	—	—	8
25. 9.	—	—	10	<i>1820</i>				13. 4.	—	—	8
5. 10.	—	—	10	8. 1.	—	—	7	27. 4.	—	—	8
19. 10.	—	—	10	29. 1.	—	—	7	11. 5.	—	—	8
9. 11.	—	—	10	12. 2.	—	—	7	25. 5.	—	—	8
27. 11.	—	—	10	11. 3.	—	—	7	8. 6.	—	—	8
28. 12.	—	—	10	8. 4.	—	—	7	22. 6.	—	—	8
<i>1817</i>				6. 5.	—	—	7	6. 7.	—	—	8
18. 1.	—	—	10	20. 5.	—	—	7	20. 7.	—	—	8
8. 2.	—	—	10	10. 6.	—	—	7	10. 8.	—	—	8
22. 2.	—	—	10	23. 6.	—	—	7	24. 8.	—	—	8
8. 3.	—	—	10	8. 7.	—	—	7	7. 9.	—	—	8
5. 4.	—	—	11	22. 7.	—	—	7	21. 9.	—	—	8
19. 4.	—	—	11	19. 8.	—	—	7	5. 10.	—	—	8
3. 5.	—	—	11	2. 9.	—	—	7	19. 10.	—	—	8
17. 5.	—	—	11	16. 9.	—	—	7	2. 11.	—	—	8
14. 6.	—	—	11	7. 10.	—	—	7	16. 11.	—	—	8
5. 7.	—	—	11	21. 10.	—	—	7	30. 11.	—	—	8
21. 7.	—	—	11	4. 11.	—	—	7	21. 12.	—	—	8
9. 8.	—	—	11	18. 11.	—	—	7	<i>1823</i>			
30. 8.	—	—	11	2. 12.	—	—	7	11. 1.	—	—	8
13. 9.	—	—	11	30. 12.	—	—	7	25. 1.	—	—	8
27. 9.	—	—	11	<i>1821</i>				8. 2.	—	—	8
18. 10.	—	—	10	13. 1.	—	—	7	22. 2.	—	—	8
15. 11.	—	—	10	3. 2.	—	—	7	8. 3.	—	—	8
13. 12.	—	—	10	17. 2.	—	—	7	22. 3.	—	—	8
<i>1818</i>				3. 3.	—	—	7	5. 4.	—	—	8
10. 1.	—	—	10	17. 3.	—	—	6	19. 4.	—	—	8
24. 1.	—	—	10	31. 3.	—	—	7	24. 5.	—	—	8
7. 2.	—	—	10	14. 4.	—	—	7	14. 6.	—	—	8
21. 2.	—	—	10	28. 4.	—	—	7	28. 6.	—	—	8
14. 3.	—	—	10	12. 5.	—	—	7	12. 7.	—	—	8
6. 6.	—	—	10	26. 5.	—	—	7	2. 8.	—	—	8
10. 6.	—	—	9	9. 6.	—	—	7	9. 8.	—	—	8
11. 7.	—	—	9	23. 6.	—	—	7	30. 8.	—	—	8
25. 7.	—	—	9	7. 7.	—	—	7	20. 9.	—	—	8
								11. 10.	—	—	8

	tl.	gr.	pf.		tl.	gr.	pf.		tl.	gr.	pf.
<i>1823</i>				<i>1826</i>				<i>1828</i>			
8. 11.	—	—	7	4. 3.	—	—	6	25. 10.	—	—	8
22. 11.	—	—	7	18. 3.	—	—	6	13. 12.	—	—	8
6. 12.	—	—	7	8. 4.	—	—	6	24. 12.	—	—	8
				22. 4.	—	—	6				
<i>1824</i>				20. 5.	—	—	6	<i>1829</i>			
3. 1.	—	—	7	3. 6.	—	—	6	10. 1.	—	—	8
17. 1.	—	—	7	17. 6.	—	—	6	31. 1.	—	—	8
14. 2.	—	—	7	8. 7.	—	—	6	14. 2.	—	—	8
28. 2.	—	—	7	29. 7.	—	—	6	7. 3.	—	—	8
13. 3.	—	—	7	12. 8.	—	—	6	21. 3.	—	—	8
27. 3.	—	—	7	2. 9.	—	—	6	4. 4.	—	—	8
17. 4.	—	—	7	16. 9.	—	—	6	2. 5.	—	—	8
1. 5.	—	—	7	30. 9.	—	—	6	16. 5.	—	—	8
15. 5.	—	—	7	14. 10.	—	—	6	6. 6.	—	—	8
29. 5.	—	—	7	11. 11.	—	—	6	27. 6.	—	—	8
12. 6.	—	—	7	2. 12.	—	—	6	15. 8.	—	—	8
26. 6.	—	—	7	9. 12.	—	—	6	29. 8.	—	—	8
10. 7.	—	—	7	30. 12.	—	—	6	19. 9.	—	—	8
28. 8.	—	—	7					3. 10.	—	—	8
11. 9.	—	—	7	<i>1827</i>				17. 10.	—	—	8
25. 9.	—	—	7	19. 1.	—	—	6	7. 11.	—	—	8
9. 10.	—	—	7	17. 2.	—	—	7	21. 11.	—	—	8
19. 11.	—	—	7	3. 3.	—	—	7	5. 12.	—	—	8
4. 12.	—	—	7	31. 3.	—	—	7				
18. 12.	—	—	7	21. 4.	—	—	7	<i>1830</i>			
31. 12.	—	—	7	5. 5.	—	—	7	30. 1.	—	—	7
				26. 5.	—	—	7	13. 2.	—	—	7
<i>1825</i>				16. 6.	—	—	7	20. 3.	—	—	7
15. 1.	—	—	7	28. 7.	—	—	7	1. 5.	—	—	7
29. 1.	—	—	7	11. 8.	—	—	7	5. 6.	—	—	7
12. 2.	—	—	7	1. 9.	—	—	7	7. 8.	—	—	7
26. 2.	—	—	7	22. 9.	—	—	7	21. 8.	—	—	7
12. 3.	—	—	7	3. 11.	—	—	7	4. 9.	—	—	7
9. 4.	—	—	7	24. 11.	—	—	7	25. 9.	—	—	7
23. 4.	—	—	7	22. 12.	—	—	7	23. 10.	—	—	7
7. 5.	—	—	7					6. 11.	—	—	7
21. 5.	—	—	7	<i>1828</i>				20. 11.	—	—	7
4. 6.	—	—	7	5. 1.	—	—	7	18. 12.	—	—	7
18. 6.	—	—	7	19. 1.	—	—	7	31. 12.	—	—	7
9. 7.	—	—	7	1. 2.	—	—	7				
23. 7.	—	—	7	16. 2.	—	—	7	<i>1831</i>			
6. 8.	—	—	7	1. 3.	—	—	7	15. 1.	—	—	7
3. 9.	—	—	7	22. 3.	—	—	7	29. 1.	—	—	7
17. 9.	—	—	7	12. 4.	—	—	7	12. 2.	—	—	7
1. 10.	—	—	7	26. 4.	—	—	7	5. 3.	—	—	7
15. 10.	—	—	7	10. 5.	—	—	7	19. 3.	—	—	7
29. 10.	—	—	7	24. 5.	—	—	7	2. 4.	—	—	7
12. 11.	—	—	7	7. 6.	—	—	7	21. 5.	—	—	7
26. 11.	—	—	6	21. 6.	—	—	7	4. 6.	—	—	7
24. 12.	—	—	6	5. 7.	—	—	7	18. 6.	—	—	7
				19. 7.	—	—	7	23. 7.	—	—	7
<i>1826</i>				9. 8.	—	—	7	6. 8.	—	—	7
7. 1.	—	—	6	30. 8.	—	—	7	20. 8.	—	—	7
21. 1.	—	—	6	27. 9.	—	—	7	3. 9.	—	—	7
11. 2.	—	—	6	11. 10.	—	—	8	1. 10.	—	—	7

	tl.	gr.	pf.		tl.	gr.	pf.		tl.	gr.	pf.
<i>1831</i>				<i>1832</i>				<i>1833</i>			
15. 10.	—	—	7	25. 8.	—	—	7	25. 5.	—	—	8
26. 11.	—	—	7	8. 9.	—	—	7	15. 6.	—	—	8
10. 12.	—	—	7	6. 10.	—	—	7	29. 6.	—	—	8
24. 12.	—	—	7	10. 11.	—	—	7	6. 7.	—	—	8
				19. 11.	—	—	7	27. 7.	—	—	8
<i>1832</i>				1. 12.	—	—	7	3. 8.	—	—	8
21. 1.	—	—	7					17. 8.	—	—	8
4. 2.	—	—	7	<i>1833</i>				31. 8.	—	—	8
11. 2.	—	—	7	12. 1.	—	—	7	28. 9.	—	—	8
3. 3.	—	—	7	19. 1.	—	—	7	12. 10.	—	—	8
17. 3.	—	—	7	2. 2.	—	—	8	26. 10.	—	—	8
7. 4.	—	—	7	16. 2.	—	—	8	9. 11.	—	—	8
28. 4.	—	—	7	9. 3.	—	—	8	23. 11.	—	—	8
19. 5.	—	—	7	23. 3.	—	—	8	21. 12.	—	—	8
2. 6.	—	—	7	20. 4.	—	—	8				
16. 6.	—	—	7	4. 5.	—	—	8	<i>1834</i>			
11. 8.	—	—	7	11. 5.	—	—	8	4. 1.	—	—	8
								8. 2.	—	—	8

Tabelle II

Preis für einen Liter Bier in Pfennigen

	1785	1786	1787	1788	1789	1790	1791	1792	1793	1794	1795	1796
Januar	—	6	(7)	—	—	—	—	—	—	—	—	6
Februar	—	6	—	—	—	—	(6)	—	—	—	—	6
März	—	6	—	—	—	—	7	—	—	—	—	6
April	—	6	—	—	—	—	7	—	—	—	—	6
Mai	—	6	—	—	—	—	7	—	—	—	—	6
Juni	—	6	—	—	—	—	7	—	—	—	(5)	6
Juli	—	6	—	—	—	—	7	—	—	—	6	6
August	—	6	—	—	—	—	7	—	—	—	6	6
September	—	6	—	—	—	—	7	—	—	—	6	6
Oktober	(6)	6	—	—	—	—	7	(7)	—	—	6	6
November	7	7	—	—	—	—	6	6	—	—	6	6
Dezember	6	7	—	—	—	—	6	6	—	—	6	6
Jd.*		6,2					6,7				5,9	6,0

* Jahresdurchschnittspreis

Preis für einen Liter Bier in Pfennigen

	1797	1798	1799	1800	1801	1802	1803	1804	1805	1806	1807	1808
Januar	6	6	7	7	8	8	8	8	8	12	8	8
Februar	6	6	7	7	8	7	8	8	8	12	8	8
März	6	6	7	7	8	7	8	8	9	12	8	8
April	6	6	7	7	8	7	8	8	9	12	8	8
Mai	6	6	7	7	8	7	8	8	9	12	8	8
Juni	6	6	7	7	8	7	8	8	10	12	8	9
Juli	6	6	7	7	8	8	8	8	11	12	8	9
August	6	6	7	7	8	8	8	8	12	12	8	9
September	6	6	7	7	8	8	8	8	12	10	8	9
Oktober	6	7	7	7	8	8	8	8	12	10	8	9
November	6	7	7	8	8	8	8	8	12	10	8	9
Dezember	6	7	7	8	8	8	8	8	12	8	8	9
Jd.	6,0	6,3	7,0	7,2	8,0	7,6	8,0	8,0	10,3	11,2	8,0	8,6

Preis für einen Liter Bier in Pfennigen

	1809	1810	1811	1812	1813	1814	1815	1816	1817	1818	1819	1820
Januar	8	8	7	8	9	10	9	8	10	10	8	7
Februar	8	7	8	8	9	10	9	8	10	10	8	7
März	8	7	8	8	9	10	9	8	11	10	8	7
April	8	7	8	8	9	10	9	8	11	10	8	7
Mai	8	7	8	8	10	10	9	8	11	10	7	7
Juni	8	7	8	8	10	10	8	9	11	9	7	7
Juli	8	7	8	8	10	10	8	9	11	9	7	7
August	8	7	8	8	10	10	8	9	11	9	7	7
September	8	7	8	8	10	10	8	10	11	9	7	7
Oktober	8	7	8	9	10	10	8	10	10	8	7	7
November	8	7	8	9	10	10	8	10	10	8	7	7
Dezember	8	7	8	9	10	9	8	10	10	8	7	7
Jd.	8,0	7,1	7,9	8,3	9,7	9,9	8,4	8,9	10,6	9,2	7,3	7,0

Preis für einen Liter Bier in Pfennigen

	1821	1822	1823	1824	1825	1826	1827	1828	1829	1830	1831	1832
Januar	7	8	8	7	7	6	6	7	8	7	7	7
Februar	7	8	8	7	7	6	7	7	8	7	7	7
März	7	8	8	7	7	6	7	7	8	7	7	7
April	7	8	8	7	7	6	7	7	8	7	7	7
Mai	7	8	8	7	7	6	7	7	8	7	7	7
Juni	7	8	8	7	7	6	7	7	8	7	7	7
Juli	7	8	8	7	7	6	7	7	8	7	7	7
August	7	8	8	7	7	6	7	7	8	7	7	7
September	7	8	8	7	7	6	7	7	8	7	7	7
Oktober	7	8	8	7	7	6	7	8	8	7	7	7
November	7	8	7	7	7	6	7	8	8	7	7	7
Dezember	8	8	7	7	6	6	7	8	8	7	7	7
Jd.	7,1	8,0	7,8	7,0	6,9	6,0	6,9	7,3	8,0	7,0	7,0	7,0

Preis für einen Liter Bier in Pfennigen

	1833	1834	1835	1836	1837	1838
Januar	8	8	8	7	7	7
Februar	8	8	8	7	7	7
März	8	8	8	7	7	7
April	8	8	8	7	7	7
Mai	8	8	8	7	7	7
Juni	8	8	8	7	7	7
Juli	8	8	8	7	7	7
August	8	8	8	7	7	7
September	8	8	8	7	7	8
Oktober	8	8	8	7	7	8
November	8	8	7	7	7	8
Dezember	8	8	7	7	7	8
Jd.	8,0	8,0	7,8	7,0	7,0	7,3

Tabelle III

Durchschnittspreise für einen Liter Bier in Pfennigen

Jahr	Preis	Index	Jahr	Preis	Index
1786	6,2	100,0	1813	9,7	156,5
1787	—	—	1814	9,9	159,7
1788	—	—	1815	8,4	135,5
1789	—	—	1816	8,9	143,5
1790	—	—	1817	10,6	171,0
1791	6,7	108,1	1818	9,2	148,4
1792	—	—	—	—	—
1793	—	—	1819	7,3	117,7
1794	—	—	1820	7,0	112,9
1795	5,9	95,2	1821	7,1	114,5
1796	6,0	96,8	1822	8,0	129,0
1797	6,0	96,8	1823	7,8	125,8
1798	6,3	101,6	1824	7,0	112,9
1799	7,0	112,9	1825	6,9	111,3
1800	7,2	116,1	1826	6,0	96,8
1801	8,0	129,0	1827	6,9	111,3
1802	7,6	122,6	1828	7,3	117,7
1803	8,0	129,0	1829	8,0	129,0
1804	8,0	129,0	1830	7,0	112,9
1805	10,3	166,1	1831	7,0	112,9
1806	11,2	180,6	1832	7,0	112,9
1807	8,0	129,0	1833	8,0	129,0
1808	8,6	138,7	1834	8,0	129,0
1809	8,0	129,0	1835	7,8	125,8
1810	7,1	114,5	1836	7,0	112,9
1811	7,9	127,4	1837	7,0	112,9
1812	8,3	133,9	1838	7,3	117,7

Die gegenwärtige westdeutsche Historiographie zur deutschen Kolonialgeschichte

Es ist bekannt, daß der „schaffende Spiegel“ der gegenwärtigen westdeutschen Historiographie oft eine stark gekrümmte oder gewellte Oberfläche aufweist. Er besitzt daneben aber auch ausgesprochen blinde Stellen.

Gewiß wirkt in der an Ereignissen so reichen neueren deutschen Geschichte die rund dreißig Jahre währende Herrschaft des Reiches in einigen afrikanischen und südwestpazifischen Kolonien nur wie eine Episode. Als integrierender Bestandteil der imperialistischen Expansion aber nahm die Kolonialpolitik nicht nur in der praktischen Politik des wilhelminischen Deutschland, sondern auch im Bewußtsein der Oberklassen eine solche Stellung ein, daß zahlreiche historiographische Arbeiten sich seinerzeit mit ihr beschäftigten. Die Bearbeitung kolonialgeschichtlicher Themen wurde auch nach dem ersten Weltkrieg fortgesetzt und erreichte einen Höhepunkt zwischen 1933 und 1945. Heute aber, das heißt nach dem zweiten Weltkrieg, erscheint diese Tradition wie abgebrochen, obwohl man sonst keine Hemmungen zeigt, die alten Lieblingsthemen der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung wieder aufzunehmen.

Unter Hunderten von historischen Titeln erschien bisher in Westdeutschland ein einziges Buch speziell zur deutschen Kolonialherrschaft in Afrika: „Südwestafrika in der Deutschen Zeit“ von O. Hintrager.¹ Daneben beschäftigt sich noch P. A. Schramm in „Deutschland und Übersee“ kurz mit den Anfängen der deutschen Kolonialherrschaft.² Außer in diesen beiden Büchern werden Fragen der deutschen Kolonialgeschichte ganz vereinzelt in Zeitschriften- oder Sammelbandaufsätzen abgehandelt. Hinweise oder Bemerkungen finden sich sonst nur in Überblicksdarstellungen zur deutschen oder afrikanischen Geschichte, wo die deutsche Kolonialpolitik meist sehr kurz erwähnt wird.

Welcher Art ist die Behandlung der genannten Thematik? In den Büchern, Aufsätzen oder Bemerkungen dazu lassen sich fast mühelos die konventionellen Linien der bourgeoisen deutschen Kolonialgeschichtsschreibung wiedererkennen. Betrachten wir zum Beispiel die Schrift von Hintrager. Der Verfasser war von 1904 bis 1914 Erster Referent der Kaiserlichen Kolonialverwaltung von Südwestafrika und Vertreter der jeweiligen Gouverneure. Rein wissenschaftlich bringt er daher wohl Voraussetzungen mit, um eine Geschichte der deutschen Kolonialherrschaft in diesem Gebiet zu schreiben. Aber Hintrager macht von den Kennt-

¹ Hintrager, O., Südwestafrika in der Deutschen Zeit, München 1955.

² Schramm, P. A., Deutschland und Übersee, Braunschweig 1950.

nissen der Methoden der deutschen Kolonialherrschaft und den Einblicken in das System des Kolonialismus, die bei ihm vorausgesetzt werden können, keinen Gebrauch im Sinne einer objektiven Geschichtsschreibung. In seiner Publikation erleben wir ein Gemisch von Apologetik, Demagogie, Entstellung und Diffamierung der afrikanischen Bevölkerung. Ein übler Rassismus kommt besonders deutlich im Abschnitt über das Problem der Mischehen zwischen Deutschen und Afrikanern zum Ausdruck. Der heldenhafte Freiheitskampf der Herero und Hottentottenstämme wird in infamer Weise herabgewürdigt, den Untaten der deutschen Schutztruppe und ihrer Offiziere dagegen hohes Lob gesungen. So unterscheidet sich diese Schrift in keiner Weise von vielen relativ primitiven Veröffentlichungen zur Verherrlichung des Kolonialismus, die in der wilhelminischen Periode oder von 1933 bis 1945 erschienen.

Ein hervortretender Zug der deutschen bürgerlichen Kolonialgeschichtsschreibung war die Glorifizierung der Taten jener Personen, die in der Anfangsperiode der deutschen Kolonialaggression eine gewisse Initiative entfalteten. So fehlt denn in der Hintragerschen Darstellung auch nicht das obligatorische Loblied auf den Bremer Kaufmann Lüderitz, der eine Rolle bei der Vorbereitung der deutschen Annexion Südwestafrikas spielte. Lüderitz, Peters, Wissmann – das sind jene Gestalten aus der Ahnengalerie des deutschen Kolonialismus, in denen sich Profitgier und Brutalität, Machttrieb und Sadismus – alle jene Eigenschaften, die der kolonialen Eroberung und Unterdrückung ihre abscheuliche Fratze verleihen – so besonders eindeutig verkörpern. Daß die bürgerliche Kolonialgeschichtsschreibung gerade diese Personen zu ihren Heroen erkor, zeigt nicht nur die besondere Verlogenheit jenes speziellen Sektors der bürgerlichen Historiographie, sondern ist auch eine, wenn auch ungewollte, Verurteilung des Kolonialismus überhaupt, der keine positiven Leistungen und Repräsentanten aufweisen kann.

Galt dies schon für die Zeit, in der das Kolonialsystem noch in Blüte stand, so muß es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geradezu grotesk anmuten, wenn nicht nur Lüderitz, sondern zum Beispiel auch Karl Peters als eine um Deutschland verdiente und ehrenhafte Persönlichkeit zu würdigen unternommen wird.³ Gerade Peters, der Geltungsdrang und Brutalität in besonders krasser Form in sich vereinigte und infolge seiner Verbrechen Mittelpunkt eines der Kolonialskandale der wilhelminischen Ära war, ist allerdings von jeher eine der Lieblingsfiguren der reaktionären Koloniallegende des deutschen Imperialismus. In der Zeit des Faschismus wurde er ja sogar in einem Film, der die historischen Tatsachen völlig entstellte, zu einem Märtyrer und Volkshelden besonderer Art gestempelt. Natürlich hat jedes in diese Richtung zielende Unternehmen mit ernsthafter Geschichtsschreibung nichts zu tun, und es ist typisch für das Niveau der gegenwärtigen westdeutschen Historiographie, wenn sie solche Versuche fortsetzt. Mehr als ein dutzend Mal wird Peters auch in der Arbeit von P. A. Schramm „Deutschland und Übersee“⁴ genannt. Dabei wird hier ebenfalls das Bestreben deutlich, Peters als „Kolonialpionier“ und bedeutende Persönlichkeit herauszustellen. Von seinen Verbrechen kein Wort – nur die vage Andeutung einer

³ Zimmer, *Norbert*, Karl Peters. Zu seinem 100. Geburtstag am 27. September 1956, Neues Archiv für Niedersachsen, Bd 8 (13), H. 4, S. 285ff. In einer anderen Schrift wird Peters als „kühner Kolonialpionier“ bezeichnet; s. Schäfer, *Emil*, Erdteile erwachen, Darmstadt 1954, S. 301.

⁴ Schramm, *P. A.*, a. a. O., S. 296, 307, 341, 344–353, 394, 407, 411 f., 429, 436, 449 f., 454, 457.

angeblichen Tragik, welche die letzten Jahre dieses Mannes unwittert habe. Überhaupt finden wir in der Schrammschen Darstellung alle jene Namen wieder, die oben schon erwähnt wurden, während die eigentliche deutsche Kolonialpolitik kaum berücksichtigt wird. Schramm stellt sich vielmehr die Aufgabe, koloniale Unternehmungen in der Zeit von Karl V. bis zu Bismarck zu behandeln. Die Schrammsche Darstellung setzt im Grunde eine Tradition bürgerlicher Kolonialhistoriographie fort, welche die Begründung deutscher Kolonialpolitik aus jahrhundertealter Betätigung deutscher Seefahrer und Kaufleute in Übersee zu gewinnen suchte. Schon in der wilhelminischen Ära wurde diese Art der „historischen Rechtfertigung“ gepflegt, so bei Koschitzky⁵, Valentin⁶ und anderen. Daher bietet Schramms Arbeit keine grundsätzlich neuen Gesichtspunkte, wenn auch eine Fülle von Einzelheiten in ihr zum erstenmal erwähnt sein mögen. Im übrigen beschränkt sich Schramm auf eine glorifizierende Beschreibung der überseeischen Tätigkeit deutscher Kaufleute und Seefahrer. „Von der Phase nach 1884 ist“, wie er sagt, „überhaupt nicht mehr die Rede, da sie als bekannt vorausgesetzt werden darf und zudem an Interesse verloren hat.“⁷ Natürlich hat eine wissenschaftliche Untersuchung des Kolonialsystems nach 1884 heute weniger denn je „an Interesse verloren“ – für denjenigen, der Wert darauf legt, die historische Wahrheit zu erkennen und die gewonnene Erkenntnis zu verbreiten. Doch aus dem gleichen Grund, aus welchem heute in Westdeutschland so auffallend wenig über diese Thematik gearbeitet wird, kommt auch Schramm zu seiner Behauptung. Dieser Grund besteht darin, daß den herrschenden Kräften in Westdeutschland, die zur Zeit die Expansion in die sogenannten unterentwickelten Länder betreiben, an einer Erinnerung an die koloniale Vergangenheit des deutschen Imperialismus nichts gelegen ist. Eben deswegen befassen sich speziell mit diesen Fragen fast nur Autoren, welche keinen Anspruch auf Rang und Namen in der gegenwärtigen bürgerlichen Historiographie erheben können, wie Hintrager oder andere.⁸ Ludwig Dehio zum Beispiel verliert in seinen Betrachtungen „Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert“⁹ kein Wort über die deutsche Kolonialpolitik. Eine Ausnahme macht G. Ritter, auf dessen kolonialhistorische Arbeit wir noch eingehen werden. Schramm selbst kann trotz seiner Behauptung nicht ganz vermeiden, die Periode des kolonialen Vorstoßes von 1884/85 in seine Betrachtungen miteinzubeziehen. Auch er bewegt sich dabei in den altgewohnten Bahnen. Er sucht die Bismarcksche Kolonialpolitik als eine Errungenschaft darzustellen und führt alle möglichen Argumente an, die seit Jahr und Tag zur Rechtfertigung dieser Politik dienen sollen. Die seinerzeit von Sozialdemokraten und oppositionellen Bürgerlichen an der Kolonialpolitik und dem Regiment der deutschen Beamten und Offiziere in den Kolonien geübte Kritik sucht Schramm als Parteiengezänk zu diffamieren. Seine eigene Kritik beschränkt sich auf die Feststellung, daß die deutsche Kolonialpolitik das Ver-

⁵ Koschitzky, Max V., Deutsche Kolonialgeschichte, Leipzig 1888.

⁶ Valentin, Veit, Kolonialgeschichte der Neuzeit, Tübingen 1915.

⁷ Schramm, P. A., a. a. O., S. 8.

⁸ Der Kuriosität halber sei erwähnt, daß der Schutztruppengeneral Lettow-Vorbeck sich bemüßigt fühlte, ein Buch zu schreiben, in dem er nicht nur im „Heia Safari“-Ton über koloniale Feldzüge plaudert, sondern auch von seinen pommerschen Verwandten und „von dem starken Bock, wo der Onkel sagte, ein solch starker Bock ist in Lietzow noch nie geschossen worden“. Lettow-Vorbeck, Mein Leben, Biberach 1957, S. 273.

⁹ S. Dehio, Ludwig, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955.

hältnis zu England belastet habe, wobei es denkbar geblieben sei, „daß eine günstige Stunde die zur Phrase gewordene Vetternschaft wieder zur verbindenden Kraft hätte gestalten können“.¹⁰

Nun sind Ausdrücke des Bedauerns über den deutsch-englischen Gegensatz vor 1914 und Erwägungen darüber, wie er sich hätte vermeiden lassen, seit der Niederlage im ersten Weltkrieg unter den bürgerlichen deutschen Historikern nicht selten. Im Zuge der im Nato-Bereich betriebenen Integrationspolitik gewinnen sie sogar eine erhöhte Aktualität. Es ist jedoch bezeichnend für die bürgerliche Geschichtsschreibung, daß die Ursachen für die Gestaltung des Verhältnisses Deutschland–England nicht in der komplexen imperialistischen Entwicklung gesucht, sondern die Spannung und der Zusammenstoß zwischen beiden Staaten als Ergebnis von einzelnen, aus ihrem Zusammenhang gelösten Handlungen, Unterlassungen, Fehlern oder politischen Teilkomplexen gesehen werden. „Holsteins großes Nein“ *oder* die Kolonialpolitik *oder* die Flottenpolitik – das etwa sind, wenn man den Ansichten bürgerlicher Historiker Glauben schenken wollte, die Ursachen für den Zusammenprall der beiden imperialistischen Rivalen. Es kommt den betreffenden Historikern eben darauf an, zu leugnen, daß Zusammenstöße innerhalb des imperialistischen Systems gesetzmäßig sind. Da ein solches Herangehen an die historischen Prozesse nicht wissenschaftlich ist und kein überzeugender Beweis für derartige Behauptungen geführt werden kann, kommt es folgerichtig zu den widersprechendsten Meinungen. Im Gegensatz zu der Schrammschen Darlegung erklärt zum Beispiel P.-H. Seraphim in seiner 1962 erschienenen Überblicksarbeit „Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Von der Frühzeit bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges“, daß Deutschland „weniger durch den Erwerb einiger Kolonien . . . als durch den Ausbau einer ansehnlichen Kriegsflotte . . . von England als Konkurrent empfunden wird“.¹¹ Über die Schwäche dieser Argumentation, die Flotten- und Kolonialpolitik nicht in ihrem Zusammenhang begreifen will, braucht nach dem Vorherigen nichts mehr gesagt zu werden. Es sei bei dieser Gelegenheit jedoch darauf hingewiesen, daß die Kolonialpolitik in dem Buch von Seraphim weiter keine Erwähnung findet.

In ähnlicher Weise wie Schramm argumentiert auch F. Hartung in seiner „Deutschen Geschichte von 1871 bis 1919“. Er behauptet: „Nicht weil wir gleich anderen großen Nationen für die starken Kräfte, die bisher durch inneren Hader gebunden waren, seit 1871 Raum in der Kolonisation gesucht und gefunden haben, sondern weil wir die Opfer, die von der Erschließung neuen Koloniallandes nicht zu trennen sind, allzusehr gescheut und den bequemeren Weg durch die von anderen bereits geöffneten Türen vorgezogen haben, lieber in aller Herren Länder Geschäfte treiben wollten, sind wir überall in der Welt unbeliebt geworden.“¹² Hartung ist also sogar der Meinung, daß die Kolonialpolitik nicht nur nicht zur Isolierung des deutschen Imperialismus beigetragen hat, sondern im

¹⁰ Schramm, P. A., a. a. O., S. 468.

¹¹ Seraphim, Peter-Heinz, Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Von der Frühzeit bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, Wiesbaden 1962, S. 148. Diese Auffassung wird in der westdeutschen Literatur mehrfach vertreten, so auch von Wahl, Rudolf, Die Deutschen, München 1953, der schreibt: „Zum Schutze des deutschen Überseehandels und seiner neu erworbenen afrikanischen Kolonien bedurfte es also allenfalls einiger Kreuzer, niemals aber einer Schlachtflotte.“ Ebenda, S. 622. Dies ist die einzige Stelle in dem Buch von Wahl, aus der hervorgeht, daß Deutschland Kolonien besaß.

¹² Hartung, F., Deutsche Geschichte von 1871 bis 1919, Stuttgart 1952, S. 127.

Gegenteil eine Verstärkung dieser Politik dem Übel entgegengewirkt hätte. Wie man sieht, hat mancher Historiker in dieser Frage seine eigene Logik, die mit der historischen nichts gemein hat.

Wenn weiter oben darauf hingewiesen wurde, daß die Spitzenreiter der westdeutschen Historiographie sich fast gar nicht speziell mit Fragen der deutschen Kolonialgeschichte beschäftigen, so soll jetzt auf die schon erwähnte Ausnahme eingegangen werden. Es handelt sich um Gerhard Ritter, von dem 1958 im Sammelband „Lebendige Vergangenheit“ ein Aufsatz über „Geschichtliche Erfahrungen deutscher Kolonialpolitik“ erschien.¹³ Ritter untersucht hier vor allem die verschiedenen Ursachen und Motive, die zur Einleitung der deutschen Kolonialpolitik geführt haben, und kommt dabei teilweise zu interessanten Feststellungen, wie denen über die soziologische Zusammensetzung der Anhänger des Kolonialismus. Im ganzen jedoch zeigt sich auch hier die Unterschätzung der ökonomischen Wurzeln des Kolonialvorstoßes, die für die meisten bürgerlichen Autoren so typisch ist. Ritter schreibt: „Nach alledem ist kein Zweifel, daß für die Anfänge deutscher Kolonialpolitik unter Bismarck nicht so sehr ein unmittelbar dringender Wirtschaftsbedarf maßgebend war, als vielmehr der Gedanke an eine spätere Zukunft, vor allem aber der – ebenso begreifliche wie sachlich berechtigte – Wunsch der jetzt endlich zu einem Reich geeinten deutschen Nation: ihr politischer Geltungs- und Betätigungsdrang.“¹⁴ Die Auffassung, daß nicht ökonomische Interessen der deutschen Bourgeoisie, sondern ein von der Ökonomie losgelöster „Betätigungsdrang“ die Quelle der Kolonialpolitik war, gehört schon lange zum eisernen Bestand der bürgerlichen Geschichtsschreibung, und Ritter behauptet hier nichts Neues. Die Wurzeln dieses zählebigen Fehlschlusses sind folgende: erstens die tatsächlich äußerst schwachen ökonomischen Ergebnisse des ersten Jahrzehnts deutscher Kolonialherrschaft, und zweitens die Erscheinung, daß in den Anfängen des deutschen Kolonialismus eine Anzahl Glücksritter, Abenteurer und vom Machthunger besessene Ehrgeizlinge eine vordergründige Rolle spielten. Diese bemerkenswerten Fakten sucht die Historiographie des deutschen Imperialismus bei jeder Gelegenheit auszubeuten, um den angeblich öden ökonomischen Materialismus der marxistischen Wissenschaft ad absurdum zu führen. Die neueste Forschung in der DDR hat jedoch bewiesen, daß die genannten Erscheinungen richtig in das komplizierte Geschehen der prokolonialistischen Bewegung in Deutschland und in die Anfänge der Kolonialpolitik des Reiches eingeordnet werden müssen, und daß bei den entscheidenden Aktionen, bzw. bei den maßgebenden Leuten der Kolonialpolitik ökonomische Gesichtspunkte durchaus die vorrangigen waren.¹⁵ Wir wollen uns hier jedoch nicht zu sehr in eine Diskussion dieser Problematik verlieren, so wichtig sie auch sein möge. Vor allem muß nämlich festgestellt werden, daß, wenn im Jahre 1958 eine Abhandlung unter dem Titel „Geschichtliche Erfahrungen deutscher Kolonialpolitik“ erscheint, dort etwas mehr erwartet werden kann als eine Auseinanderlegung Bismarckscher Absichten und Nichtabsichten. Immerhin leben wir in einer Zeit, da die betroffenen Völker mit dem Kolonialismus Abrechnung halten, und es gäbe noch anderes über die Erfahrungen aus und mit seiner deut-

¹³ Ritter, Gerhard, *Lebendige Vergangenheit*, München 1958.

¹⁴ Ebenda, S. 139.

¹⁵ S. Müller, F. F., *Deutschland, Sansibar, Ostafrika*, Berlin 1959; Büttner, Kurt, *Die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika*, Berlin 1959; Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft, hg. v. Helmut Stoecker, Berlin 1960; Nussbaum, Manfred, *Vom Kolonialenthusiasmus zur Kolonialpolitik der Monopole*, Berlin 1962.

schen Variante zu sagen, als Gerhard Ritter in seinem Aufsatz zu äußern für gut befunden hat. Ritter scheint das wohl selbst zu spüren, denn er sucht dieser Problematik mit der Bemerkung auszuweichen: „Dafür, daß unsere Kolonialverwaltung keine Mißwirtschaft zum Schaden der Eingeborenen war, sondern (trotz aller Mißgriffe im Einzelnen, wie sie nirgends ganz unvermeidlich sind) ein wirkliches Kultur- und Zivilisationswerk, zeugt am lautesten die treue Anhänglichkeit der schwarzen Eingeborenenbevölkerung, die sich im Weltkrieg besonders in Südost auch durch große Blutopfer bewährte.“¹⁶

Ritter kämpft hier für die Aufrechterhaltung einer verlogenen Version und benutzt dabei als Waffe einen Bumerang, der zurückkehrend ihn selbst trifft. Es ist nämlich nicht nur längst bewiesen, daß jenes „Kultur- und Zivilisationswerk“ nie bestanden hat (das wird in den erwähnten Arbeiten der DDR-Historiker erneut gezeigt), sondern auch „die treue Anhänglichkeit der schwarzen Eingeborenenbevölkerung“ an die deutschen Kolonialisten ist als eine Zweckklüge des deutschen Imperialismus entlarvt. Wie aus den Akten des Reichskolonialamtes hervorgeht, kämpften die Bewohner der Kolonien Togo und Kamerun sofort nach Kriegsausbruch mit der Waffe in der Hand gegen die deutsche Kolonialherrschaft, deren unbarmherziges Joch sie nicht mehr ertragen wollten.¹⁷ Die Kolportierung der Redensarten von dem „Kultur- und Zivilisationswerk“ und der „treuen Anhänglichkeit“ durch Ritter zeigt am deutlichsten die ganze Misere, in der sich die bürgerliche Geschichtsschreibung speziell dann befindet, wenn sie sich auf das für die Imperialisten so heiß gewordene Gebiet des Kolonialismus begibt. Das von der Mehrzahl der Historiker Westdeutschlands in dieser Hinsicht geübte Schweigen kann daher von ihrem Standpunkt aus als der „Tapferkeit besserer Teil“ gewertet werden. Daher findet man auch in der klerikal gefärbten 643 Seiten umfassenden „Deutschen Geschichte“ des Hubertus Prinz zu Löwenstein lediglich bei der Behandlung der Marokko-Krise von 1912 den Hinweis, daß die deutsche Kolonie Kamerun durch einen Streifen des französischen Kongo vergrößert wurde. Sonst nichts über deutsche Kolonien.¹⁸

So ergibt sich bei Durchsicht der betreffenden Schriften ein eigenartiges Bild. Bezöge der Leser seine Information nur aus den Arbeiten der westdeutschen Historiker, so müßte er beinahe den Schluß ziehen, daß es sich bei den Kolonien um unbewohnte Gebiete gehandelt bzw. daß es keinerlei Problematik der Beziehungen zwischen den Einwohnern dieser Gebiete und den Kolonialherren gegeben habe. Wenn eine solche Problematik überhaupt auftaucht, dann nur in der Form, daß irgendwelche unbotmäßigen Bewohner von tapferen deutschen Truppen zur Räson gebracht werden mußten. Das geht dann etwa auf folgende Weise vor sich: „Zwei Jahre später entfachten arabische Sklavenhändler an der Küste Ostafrikas einen Krieg gegen die Deutschen, den 1889/90 eine kleine deutsche Truppenabteilung, von Marinesoldaten begleitet, unter Führung Wißmanns siegreich beendete.“¹⁹ Hier wird nicht nur die unwahre Behauptung kolportiert, daß der ostafrikanische Aufstand ein Krieg der Sklavenhändler gewesen sei,

¹⁶ Ritter, Gerhard, a. a. O., S. 147.

¹⁷ S. Nussbaum, Manfred, Togo — eine Musterkolonie?, Berlin 1962, S. 115–120, und *Zwei Dokumente zur Geschichte des deutschen Kolonialismus*, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1961, T. 2, S. 303–317.

¹⁸ S. Hubertus Prinz zu Löwenstein, Deutsche Geschichte, Frankfurt a. M. 1954.

¹⁹ Orihband, Eberhard, Deutsche Geschichte, Laupheim 1954, S. 716. In allem übrigen, was der Verfasser zur deutschen Kolonialpolitik zu sagen weiß, beschränkt er sich im Grunde auf die Wiedergabe einiger Daten der „Erwerbungs-geschichte“.

eine Behauptung, die Bismarck seinerzeit im Reichstag aufstellte, um den Einsatz von Truppen in Afrika zu rechtfertigen, sondern gleichzeitig werden auch alle anderen Aufstände der afrikanischen Bevölkerung in den anderen deutschen Kolonien totgeschwiegen. Eine ähnliche Taktik finden wir in der Darstellung von Walter Bussmann „Das Zeitalter Bismarcks“.²⁰ Bussmann widmet der Kolonialpolitik immerhin fünfeinhalb Seiten, eine Seltenheit in der westdeutschen Historiographie, die sich meist mit wenigen Zeilen, oft nur mit einem halben Satz zum Thema begnügt. Der Verfasser geht, soweit er die Inaugurierung der Kolonialpolitik schildert, von den ökonomischen Bedürfnissen des damaligen deutschen Kapitalismus aus, doch verläuft seine Darstellung im übrigen in den konventionellen Bahnen der bürgerlichen Historiographie und enthält keinerlei Kritik am Kolonialismus. Über die Annexion von Togo und Kamerun heißt es: „Die Aufstände der Eingeborenen, hinter denen englische Kolonialbeamte standen, wurden im Dezember von Landungstruppen niedergeschlagen.“²¹ Auch hier handelt es sich wieder um die Übernahme einer Bismarckschen Behauptung. Es wird von Bussmann an keiner weiteren Stelle mehr auf Kämpfe zwischen Kolonialeroberern und Afrikanern hingewiesen. Das heißt: Die westdeutschen Historiker vermeiden es, auf den umfassenden Charakter der Aufstandsbewegungen in den deutschen Kolonien einzugehen, und erwähnen nur diese oder jene Kämpfe, die angeblich entweder von arabischen Sklavenhaltern oder englischen Agenten inspiriert waren. Auf diese Weise will man über die Verbitterung hinwegsehen, die die brutale Kolonialherrschaft erzeugte und die sich in zahlreichen Aufständen in allen Kolonien Luft machte. Auch in einer „Geschichte Afrikas von 1840 bis zur Gegenwart“ wird nichts davon erwähnt. Für die die Afrikaner diffamierende Darstellungsweise der westdeutschen Historiker ist folgende Bemerkung charakteristisch: „1891 übernimmt das Deutsche Reich Ostafrika als Kolonie. In heftigen Kämpfen gegen wilde Negerstämme und aufsässige Araber dringt die schwarze Schutztruppe langsam ins Innere vor, gründet Stationen und baut Straßen, bis sie an der Kette der großen Seen auf fremde Interessengebiete stößt.“²² Anstatt die entscheidenden Fragen zu untersuchen, bewegt man sich ständig in der Sphäre der außenpolitischen bzw. diplomatischen Verwicklungen und nimmt die Gelegenheit wahr, die wirklichen und angeblichen Fähigkeiten Bismarcks herauszustellen, wie es denn ein kennzeichnender Zug fast aller einschlägigen Arbeiten ist, die Rolle des Reichskanzlers stark zu betonen.²³ Dabei werden fast durchweg die Behauptungen der apogetischen Geschichtsschreibung des aufkommenden deutschen Imperialismus kritiklos übernommen.

²⁰ Bussmann, Walter, *Das Zeitalter Bismarcks*, Konstanz 1956.

²¹ Ebenda, S. 149. Fast wörtlich so auch bei Bühler, Johannes, *Vom Bismarck-Reich zum geteilten Deutschland*, Berlin 1960, S. 101.

²² S. Zierer, Otto, *Dunkle Schwester Afrika. Geschichte Afrikas von 1840 bis zur Gegenwart*, Murnau, München, Innsbruck, Basel 1959, S. 242.

²³ Diese Art der Darstellung finden wir auch in *Gebhards Handbuch der Deutschen Geschichte*, Bd 3, Stuttgart 1960, S. 226–228, und bei Schieder, Th., *Das Reich unter der Führung Bismarcks*, in: *Deutsche Geschichte im Überblick*, hg. v. Peter Rassow, Stuttgart 1953, S. 552/553.

Im *Handbuch der Weltgeschichte*, hg. v. Alexander Randa, Bd 3, Olten u. Freiburg im Breisgau 1958, heißt es: „ohne sich darum zu bemühen und fast widerwillig hat Bismarck dem Reiche mehr außereuropäische Besitzungen zugebracht als nachher Wilhelm II.“. Ebenda, S. 2227. Auch hier keinerlei Kritik an der Kolonialaggression. Ebensowenig in der Arbeit von Mommsen, Wilhelm, *Geschichte des Abendlandes von der französischen Revolution bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., München 1960, S. 450.

Paul Sethe, der sich offenbar auf die gängigen westdeutschen Historiker stützt, hält seine drei Sätze über die Kolonialpolitik im üblichen Tenor: „Ihm (d. h. Bismarck — d. V.) gelang es zwischen 1883 und 1885 einige

F. Haselmeyer zum Beispiel tischt die veraltete These auf, daß die schlechte Behandlung der Deutschen auf den von England okkupierten Fidschi-Inseln der Anlaß zum Einschwenken Bismarcks in die Kolonialpolitik gewesen sei.²⁴ Selbst solche bürgerliche Autoren, die eine gewisse Kritik an der Bismarckschen Politik üben, stoßen doch nicht zu den entscheidenden Fragen vor. So bewegt sich Erich Eyck, der Bismarcks Politik vom bürgerlich-liberalen Standpunkt aus kritisiert, ebenfalls völlig in der Sphäre der Diplomatie und der persönlichen Ambitionen Bismarcks. Er gibt keinerlei Hinweis auf ökonomische Entwicklungen, die der Kolonialpolitik zugrunde lagen, geschweige denn eine wirkliche Analyse.²⁵ Auf den ersten Blick scheint die „Propyläen-Weltgeschichte“ eine Ausnahme zu bilden. Dort heißt es im Abschnitt „Europäisches Gleichgewicht und Imperialismus“ von Geoffrey Baraclough: „Hinter der 1887 gegründeten ‚Deutschen Kolonialgesellschaft‘, dem 1880 gegründeten ‚Alldeutschen Verband‘²⁶ und dem 1898 gegründeten ‚Flottenverein‘ stand das deutsche Großkapital . . .“²⁷ Der Eindruck einer objektiven Darstellung wird jedoch wieder aufgehoben, wenn man weiter unten liest: „Die lärmenden, verhetzten Volksmengen aller Nationen, hingerissen von den Möglichkeiten der technologischen Ära, und eine jüngere Generation verloren die Geduld mit der sich immer noch in engen Grenzen bewegenden Politik und zwangen ihre Staatsmänner, sich in den neuen Konzepten der Weltpolitik zu bewegen.“²⁸ Also nicht das zur Expansion drängende Großkapital, sondern die „lärmenden Volksmassen“ sollen die Inspiratoren des Kolonialismus gewesen sein. In der gleichen Richtung argumentiert man auch, wenn man schreibt: „So hatte der deutsche Steuerzahler nach 1890 für die Kolonien durchschnittlich etwa eine Milliarde Mark pro Jahr aufzubringen, was freilich sein Verlangen, sie zu behalten, nicht dämpfte.“²⁹ In keiner der genannten Arbeiten werden die wirklichen Ursachen, die treibenden Kräfte und das Wesen des seinerzeitigen kolonialen Vorstoßes aufgedeckt, der eng mit dem bevorstehenden Übergang des deutschen Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium zusammenhing. Ebensowenig findet Erwähnung, daß die tatsächlich annektierten Kolonien nur einen Bruchteil des geplanten deutschen Kolonialreiches ausmachten. Auch daß die Bismarcksche Kolonialpolitik, von ihrer ökonomischen Zielstellung her gesehen, ein Mißerfolg war, wird verschwiegen. Die Kolonialpolitik erfüllte angeblich „ihren Zweck, wenigstens für kurze Zeit das deutsche Volk von den Zänkereien der Parteien abzuhalten“.³⁰ So kommen die Verfasser der genannten Arbeiten, indem sie die Kolonialaggression

Gebiete in Afrika (Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika, also das heutige Kenia, Togo und Kamerun), ferner einige Gebiete in der Südsee unter deutschen Schutz zu stellen.“ *Sethe Paul*, Deutsche Geschichte im letzten Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1960, S. 167. Abgesehen vom Gebrauch der ominösen Formulierung „unter deutschen Schutz zu stellen“, beweist sich der historisierende Journalist auch in anderer Beziehung als halbgebildeter Dilettant. Er verwechselt Kenia mit Tanganjika.

²⁴ *Haselmeyer, F.*, Diplomatische Geschichte des Zweiten Reiches von 1871 bis 1918, Bd 2: Bismarcks Reichssicherung gegen Rußland (1879 bis 1884). Der Erwerb deutschen Kolonialbesitzes (1884 bis 1885), München 1956. In einer anderen Veröffentlichung, die wissenschaftlich in keiner Weise ernstzunehmen ist, heißt es sogar: „Als Gladstone ihn (d. h. Bismarck – d. V.) schlecht behandelte, erfand er im Nu die deutsche Kolonialpolitik und steckte zum Staunen Europas 1 Million qkm afrikanischen Bodens ein.“ *Reimers, Ludwig*, In Europa gehen die Lichter aus, München 1954, S. 14.

²⁵ *S. Eyck, Erich*, Bismarck und das Deutsche Reich, Erlenbach, Zürich u. Stuttgart 1955, S. 343–356.

²⁶ Der Alldeutsche Verband wurde nicht 1880, sondern 1890 gegründet.

²⁷ Propyläen Weltgeschichte, hg. v. *Golo Mann*, Berlin, Frankfurt u. Wien 1960, S. 710.

²⁸ Ebenda, S. 729.

²⁹ Ebenda, S. 717.

³⁰ *Hartung, Fritz*, a. a. O., S. 130.

von 1884/85 als Erfolg Bismarckscher Staatskunst darstellen, zu einer positiven, das heißt apologetischen Beurteilung der Geschehnisse.

Auf ähnliche Manier wird die Thematik auch in den *wirtschaftshistorischen* Veröffentlichungen der Bundesrepublik behandelt, außer in der erwähnten Arbeit von Seraphim zum Beispiel in der „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert“ von Heinrich Bechtel.³¹ Neben der Aktivität des Reichskanzlers sucht Bechtel besonders die angeblichen Verdienste der sogenannten „Afrikapioniere“ herauszustellen.³² Auch hier fällt das Fehlen einer wirklichen Analyse der ökonomischen und sozialen Triebkräfte der deutschen Kolonialpolitik auf – zumal es sich ja um eine wirtschaftshistorische Arbeit handelt.

Die meisten genannten Veröffentlichungen stützen sich offensichtlich auf die vor dem ersten Weltkrieg, bzw. kurz danach erschienenen Arbeiten von Zimmermann³³, Maximilian v. Hagen³⁴, Valentin und anderen Vertretern der offiziellen Kolonialgeschichtsschreibung. Die darin enthaltenen Behauptungen und das Schweigen über die Verbrechen des Kolonialismus werden mit Selbstverständlichkeit übernommen. Eine kritische Überprüfung der in diesen älteren Schriften gegebenen Darstellungen anhand von Primärquellen erfolgte in keinem Falle – obwohl auch für westdeutsche Historiker die Möglichkeit dazu besteht. So weist O. Diehn, der Verfasser einer an der Hamburger Universität vorgelegten Dissertation über Fragen der deutschen Kolonialpolitik in Kamerun und Togo, auf die gute Quellenlage in Westdeutschland hin. Über die Auswertung bisher unbearbeiteter Akten der Afrika-Mission, des Briefwechsels des Kolonialkaufmannes Vietor und anderen Materials kommt Diehn zu durchaus beachtlichen Ergebnissen, wenn er auch den Versuch macht, die deutsche Mißwirtschaft in den genannten Kolonien zu beschönigen. Aber bezeichnenderweise wurde die 1956 in Hamburg verteidigte Arbeit nicht gedruckt.³⁵

Das Bemühen der bundesrepublikanischen Historiographie, sich möglichst an jeder Kritik der kolonialen Vergangenheit vorbeizudrücken, führt sie schließlich zu der fast unglaublich anmutenden Haltung, die aktenkundigen Verbrechen der deutschen Kolonialherrschaft völlig zu ignorieren. Kein Wort von der tückischen Überlistung der kolonialen Einwohner bei der Annexion, nichts von Zwangsarbeit, von Prügelstrafe, von den zahlreichen, sogar im Reichstag zur Sprache gekommenen Schandtaten der Kolonialisten. Nichts auch über die ökonomischen Folgen der Kolonialherrschaft, über die Zerstörung alter Kulturen, über die Dezimierung der unglücklichen Kolonialvölker durch Maschinengewehre und Alkohol. Für die Historiker Westdeutschlands existiert das alles nicht, und sie verhalten sich dazu gemäß der Maxime: „Verschwiegenheit – Regiererin der Völker du!“ Um so bedeutsamer ist es, daß die Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik die Aufgabe übernommen hat, die Geschichte des deutschen Kolonialismus zu erforschen und wissenschaftlich einwandfrei darzustellen.

MANFRED NUSSBAUM

³¹ Bechtel, Heinrich, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1956.

³² Ebenda, a. a. O., S. 91 f.

³³ Zimmermann, Alfred, *Geschichte der deutschen Kolonialpolitik*, Berlin 1914.

³⁴ Hagen, Maximilian v., *Bismarcks Kolonialpolitik*, Stuttgart u. Gotha 1923.

³⁵ Diehn, O., *Kaufmannschaft und deutsche Eingeborenenpolitik in Togo und Kamerun von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Weltkrieges*. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung des Bremer Afrikahauses J. K. Vietor, Diss. Hamburg 1956 (MS).

Neue wirtschaftshistorische Literatur aus der Volksrepublik Polen

II. Teil

Im Rahmen der Reihe „Polens Wirtschaft 1918 bis 1939“ brachte der Warschauer Verlag Książka i Wiedza im Jahre 1961 eine Arbeit von Zbigniew Landau¹ unter dem Titel „Polskie zagraniczne pożyczki państwowe 1918 bis 1926“ (Polnische ausländische Staatsanleihen 1918 bis 1926) heraus.

Über dieses Thema erschienen vor und auch nach dem Kriege bereits zahlreiche Abhandlungen. Dennoch stellt das Buch von Z. Landau ein Novum gegenüber dem bisherigen Schrifttum dar. Die Vorkriegs-Autoren gingen an die Problematik als Finanzpraktiker oder Wirtschaftspolitiker heran. Die Nachkriegsautoren (Leon Grosfeld 1948, Franciszek Ryszka 1954, Karol Ostrowski 1958) bemühten sich um eine marxistische Beurteilung der Anleihepolitik der kapitalistischen Regierungen Polens, stützten sich dabei jedoch (und konnten sich zunächst auch nur stützen) auf die Publikationen aus der Vorkriegszeit. Dagegen wertet Z. Landau erstmalig in reichem Maße Archivalien von zahlreichen staatlichen Behörden und unveröffentlichte Tagebuchaufzeichnungen gutinformierter und einflußreicher Politiker und Wirtschaftler der damaligen Zeit aus, ohne dabei die Presse und andere zeitgenössische Publikationen zu vernachlässigen. Landau bemüht sich um eine neue, mehr differenzierte Einschätzung der Anleihepolitik der polnischen Bourgeoisie. In der Einleitung kritisiert er die schon genannten marxistischen Autoren, weil sie nach seiner Meinung einseitig von der These ausgingen, „daß unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft alle Auslandsanleihen grundsätzlich für den Empfänger unvorteilhaft seien, also auch alle von Polen aufgenommenen Auslandsanleihen schlecht gewesen wären“ (S. 8).

In drei Kapiteln untersucht Z. Landau chronologisch im Detail die Anleihepolitik des polnischen Staates von seiner Wiedererstehung am Jahresende 1918 bis zum Piłsudski-Putsch im Mai 1926. Das vierte Kapitel befaßt sich mit den drei Emissionsanleihen von 1924/25, der Tabak-, der Dillon- und der Zündholz-Anleihe.

Der Leser erhält ein plastisches Bild von der komplizierten innen- und außenpolitischen Situation des damaligen polnischen Staates, von seinen daraus resultierenden dauernden finanziellen Schwierigkeiten, deren Höhepunkte der Zusammenbruch der polnischen Markwährung und die bald nach ihrer Ablösung einsetzende inflationäre Entwicklung der neuen Złotywährung waren. Wir erkennen, daß die ausländischen Anleihen im jeweiligen Augenblick insofern nützlich waren, als das Budgetdefizit teilweise und zeitweise vermindert wurde. Da die Mittel aber nicht in der Produktionssphäre angelegt, also mit ihnen keine

¹ Vgl. Teil I dieses Literaturberichts im *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963*, Teil 1, Berlin 1963.

neuen Einnahmequellen für den Staatshaushalt erschlossen wurden, vermehrten sich in der Folgezeit noch die finanziellen Schwierigkeiten des polnischen Staates, der die Anleihen ja verzinsen und zurückzahlen bzw. zugunsten der Anleihegeber auf bisherige Einnahmequellen verzichten mußte. Insgesamt waren die ausländischen Staatsanleihen Polens also doch unvorteilhaft.

Die polnische Regierung erhielt in den Jahren 1918 bis 1925 ausländische Anleihen und Kredite in Höhe von 358 Millionen Dollar. Sie verteilten sich auf die einzelnen Jahre wie folgt (S. 279):

1918	25,8 Mill. Dollar
1919	102,1 „ „
1920	84,0 „ „
1921	11,3 „ „
1922	3,6 „ „
1923	0,0 „ „
1924	31,5 „ „
1925	40,0 „ „

Es entfielen also 76 Prozent aller Kredite und Anleihen auf die Jahre 1918 bis 1920. Das waren zum großen Teil Warenkredite. Als Begründung dafür, daß die Westmächte, darunter auch das durch den Weltkrieg doch finanziell und wirtschaftlich stark geschwächte Frankreich, damals dem jungen polnischen Staat so freigiebig Waren auf Kredit lieferten, führt der Autor an, daß Polen damals eine besonders wichtige Rolle im System der kapitalistischen Staaten spielte. Es sollte zur Ausfallbasis gegen das revolutionäre Rußland ausgebaut werden. Deshalb handelte es sich bei den gelieferten Waren zum großen Teil um Waffen und Ausrüstungsgegenstände für die polnische Armee. Wenn Marian Drozdowski in seiner Rezension des Buches von Z. Landau darauf aufmerksam macht, daß auch viele Lebensmittel und andere Versorgungsgüter auf Kredit geliefert wurden, und die Meinung vertritt, darin sei der ehrliche Wunsch der in Amerika lebenden Polen zur Hilfe für ihre unter den Kriegsfolgen leidenden Landsleute in der Heimat zum Ausdruck gekommen², so mag er damit nicht ganz unrecht haben. Zu sehr verallgemeinern darf man dieses Motiv aber nicht. Denken wir daran, daß die USA nach dem zweiten Weltkrieg große Mengen von Lebensmitteln und anderen Konsumgütern auf Kredit nach Westdeutschland lieferten, so zeigt sich deutlich eine Parallele: Die Imperialisten bemühten sich, durch eine gewisse Besserung der Lebenslage der Bevölkerung in dem am weitesten östlich gelegenen Teil des kapitalistischen Herrschaftsbereichs zu verhindern, daß das Beispiel des revolutionären Nachbarlandes, das heißt nach 1918 Sowjetrußlands, nach 1945 Ostdeutschlands, Schule machte. Die Lebensmittellieferungen linderten zwar die Not der Volksmassen in Polen (nach 1918) und in Westdeutschland (nach 1945), waren aber in der Hauptsache ein Mittel zur Eindämmung der revolutionären Bewegung. Auf dieses Motiv weist auch die Tatsache hin, daß in den Jahren 1921 bis 1923, als dieser Zweck erreicht zu sein schien, die Auslandskredite an die polnische Regierung rapide eingeschränkt wurden. Allerdings müssen hierbei noch andere Gründe berücksichtigt werden. Landau betont besonders, daß der englische Imperialismus, der mit dem französischen um die Vormachtstellung in Europa rivalisierte, nicht gewillt war, den polnischen Staat, den wichtigsten Verbündeten Frankreichs, zu stärken. Der Autor hätte aber

² *Przegląd Historyczny*, Jg. 1962, S. 375.

auch mehr, als er es tut, den ökonomischen Aspekt berücksichtigen sollen. Jeder Bankier prüft, ehe er Kredite gibt, die Bonität des Kunden und verlangt Sicherheiten. Die Untersuchung, inwieweit der polnische Staat und die polnische Volkswirtschaft damals vom kapitalistischen Standpunkt kreditwürdig waren, ist von Z. Landau leider vernachlässigt worden.

Diesen Mangel stellen wir auch bei der Behandlung des Zeitabschnitts 1924/25 fest. Die wirtschaftliche und politische Situation Polens war in diesen Jahren zwiespältig. Einerseits gelang es, die Inflation der polnischen Mark zu überwinden, wodurch das Wirtschaftsleben eine solidere Basis erhielt und die rapide Verschlechterung der materiellen Lage der Volksmassen aufhörte, sich also auch die innenpolitische Situation für die Regierung etwas entspannte. Diese Entwicklung konnte ausländische Kapitalisten zur Hergabe von Krediten ermutigen. Andererseits hörten mit der Inflation natürlich auch die Inflationsgewinne zahlreicher polnischer Kapitalisten auf, Bank- und Handelskredite wurden sehr knapp und teuer, die Wirtschaft erlebte eine Depression, und die nach der Währungsstabilisierung selbstverständlich zunächst geringe Kaufkraft der Massen, besonders der in Polen vorwiegenden Landbevölkerung, sank noch zusätzlich infolge der Mißernte des Jahres 1924. Die vorhandenen Devisen flossen für Getreideimporte ins Ausland, und die neue Währung verlor bald an Wert. Diese Entwicklung veranlaßte natürlich ausländische Kapitalisten zur Vorsicht bei der Hergabe von Krediten. Es gab also zwei einander entgegengesetzte Entwicklungstendenzen in Polen, folglich auch Unterschiede und Widersprüche im Verhalten des ausländischen Kapitals gegenüber polnischen Kreditanträgen. Neben diesen wirtschaftlichen spielten allerdings politische Gesichtspunkte eine große Rolle; Z. Landau scheint diesen politischen Aspekt jedoch überzubewerten. Er untersucht zum Beispiel die von der amerikanischen Bank Dillon, Read & Co. im Februar 1925 der polnischen Regierung gewährte Anleihe. Diese unterschied sich von anderen ausländischen Anleihen dadurch, daß die Dillon-Bank keine wirtschaftlichen Privilegien in Polen verlangte. Z. Landau stellt nun die These auf: „... diese Anleihe hatte politischen Charakter“ (S. 160). Er verweist darauf, daß Dillon, Read & Co. die Bedingung stellten, daß die polnische Regierung für keine anderen Dollar-Anleihen Garantie leistete und daß einige Monate lang keine polnischen Obligationen auf dem amerikanischen Markt ausgegeben würden. Der Autor zieht daraus den Schluß: „... Dillon machte bereits vor dem Ausbruch des Zollkrieges den weiteren Zufluß von Krediten nach Polen von sich abhängig. Angesichts ihrer sehr engen Beziehungen zum deutschen Kapital handelten Dillon, Read & Co. in dessen Interesse und wollten es Polen schwermachen, ausländische Anleihen auf dem einzigen zugänglichen, dem amerikanischen Finanzmarkt zu erhalten. Auf diese Weise wollten sie die Wirtschaft Polens schwächen und es Deutschland erleichtern, den Zollkrieg zu gewinnen“ (S. 160). Richtig ist, daß die Dillon-Bank mit verschiedenen großen deutschen Firmen verbunden war. Landaus Meinung, daß Dillon es Deutschland erleichtern wollte, sich durch den Wirtschaftskrieg die polnische Wirtschaft unterzuordnen, ist also nicht unbegründet. Allerdings halte ich es nicht für ein schlagendes Argument, daß die Dillon-Bank bestrebt war, für eine bestimmte Frist andere polnische Anleihepapiere vom amerikanischen Markt fernzuhalten. Der polnische Staat galt damals nicht nur in den USA, sondern auch auf anderen Kapitalmärkten als wenig sicherer Kunde. Die deutsche Regierung und Reichsbankpräsident Schacht

unternahmen große Anstrengungen, um die führenden Wirtschaftskreise in den USA, England, Holland und anderen Ländern in dieser Ansicht noch zu bestärken. Von vornherein war klar, daß die Unterbringung der polnischen Anleihe auf dem amerikanischen Geldmarkt nicht leicht sein würde. Es ist also begreiflich, daß die Emissionsbank besonders stark daran interessiert war, konkurrierende Anleihepapiere auszuschalten.

Selbst wenn man Z. Landaus Einschätzung der Dillon-Anleihe ohne jeden Vorbehalt zustimmte, bliebe immer noch die Frage offen, warum die polnische Regierung denn nicht bei anderen, weniger mit dem deutschen Kapital verbundenen und dem polnischen Staate freundlicher gesinnten amerikanischen Banken Anleihen erhielt. Aus einem Bericht des deutschen Botschafters in Washington wissen wir, daß er mit seinen vom Auswärtigen Amt befohlenen antipolnischen Intrigen in den führenden Wirtschaftskreisen der USA unterschiedliche Aufnahme fand.³ Wenn sich dennoch außer Dillon, Read & Co. keine Bank bereit fand, eine Anleihe für Polen zu emittieren, so doch offenbar vor allem aus ökonomischen Erwägungen.

Das Buch „Polnische ausländische Staatsanleihen 1918 bis 1926“ von Zbigniew Landau ist reich an bisher unbekanntem Material und klugen Gedanken. Es wäre noch wertvoller, wenn der Autor neben den politischen die ökonomischen Aspekte des Themas stärker berücksichtigt hätte. Doch auch so ist es jedem, der sich mit der Geschichte Polens in der sogenannten Zwischenkriegsperiode beschäftigt, warm zu empfehlen.

Während im Jahre 1960 in der Deutschen Demokratischen Republik 18 Prozent der berufstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiteten, waren es in Polen 48 Prozent. Anfang der dreißiger Jahre war die Landwirtschaft Haupterwerbsquelle für 29 Prozent der deutschen und für 70 Prozent der polnischen berufstätigen Bevölkerung.⁴ Diese Zahlen zeigen schon, daß die Landwirtschaft in Polen ein größeres relatives Gewicht innerhalb der Volkswirtschaft besaß und besitzt als in Deutschland. Für die Wirtschaftshistoriker der Volksrepublik Polen ergibt sich daraus noch mehr als für uns die Notwendigkeit, der Untersuchung der Geschichte der Landwirtschaft größere Aufmerksamkeit zu widmen. Allerdings stößt der Forscher hierbei unter anderem auf das Hindernis, daß die amtlichen Agrarstatistiken nicht nur äußerst unvollständig und miteinander oft nicht vergleichbar, sondern teilweise auch unrichtig sind. Um so höher ist das Verdienst, das sich Mieczysław Mieszczankowski⁵ mit seinem Buch „Struktura agrarna Polski międzywojennej“ (Die Agrarstruktur Polens zwischen den beiden Weltkriegen), das im Jahre 1960 im Staatlichen Verlag der Wissenschaften in Warschau erschien, erworben hat.

Während der Vorbereitung zu seinem Buche gewann Mieszczankowski die Überzeugung, „daß es für die untersuchte Zeit keine fertigen theoretischen Lösungen gibt. Die Entwicklung des marxistischen Wissens über die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in der Landwirtschaft ist im Grunde genommen im Jahre

³ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Akten des Auswärtigen Amtes Nr 67367, Bl. 195.

⁴ *Mały Rocznik Statystyczny 1962*, Warszawa 1962, S. 216.

⁵ Aus der Feder desselben Autors erschienen bisher: *Wyzysk pracującego chłopstwa jako najmniej siły roboczej przez obszarników i kulaków* (Die Ausbeutung der werktätigen Bauernschaft als Lohnarbeitskraft durch Gutsbesitzer und Kulaken), in: *Materiały i Studia Instytutu Nauk Społecznych*, 1955, Bd 2, sowie *Struktura agrarna Polski przedwojennej* (Die Agrarstruktur Vorkriegs-Polens), in: *Życie Gospodarcze*, 1959, Nr 48.

1917 stehengeblieben, als Lenin seine bekannte Arbeit ‚Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft‘ veröffentlichte. . . . Und doch gingen in der Zwischenzeit in der Landwirtschaft, in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt, ziemlich grundlegende Veränderungen vor sich, die der theoretischen Verallgemeinerung bedürfen“ (S. 6).

In seinem Buche beschränkt sich der Autor allerdings auf einige einleitende Gedanken zur Theorie der Evolution der Agrarstruktur allgemein und speziell für Polen. Als vordringlich sieht er eine andere Aufgabe an: Die Ergebnisse der statistischen Erhebung vom Jahre 1921 zu korrigieren und zu ergänzen sowie brauchbare statistische Angaben über die Wirtschafts- und Flächenstruktur im polnischen Dorfe für die Jahre 1931 und 1938 zu ermitteln. Dieser Aufgabe nimmt sich Mieszcankowski in seiner Arbeit mit bewundernswertem Fleiß und mit Findigkeit an. Er hat damit eigentlich erst das Faktenmaterial (genauer: einen wichtigen Teil davon) geschaffen, aus dem allgemeine theoretische Schlüsse gezogen werden können.

Im ersten Teil des Buches (Kapitel 1–3) faßt er die bisher erschienene Literatur und die statistischen Veröffentlichungen über die Agrarstruktur zusammen und setzt sich mit ihnen kritisch auseinander. In der Literatur unterscheidet er drei Richtungen: die bürgerliche, die sogenannte radikale und die marxistische.

Alle bürgerlichen Ökonomen vertraten im Prinzip die These, daß die Koexistenz von Groß- und Kleinbesitz Bedingung für eine gesunde Agrarstruktur sei. Meinungsverschiedenheiten gab es lediglich darüber, welcher Wirtschaftstyp etwas mehr gefördert werden müßte, um eben diese Koexistenz zu erhalten. Als bedeutendsten bürgerlichen Agrartheoretiker Polens nennt uns der Autor Władysław Grabski.

Die sogenannte radikale Richtung besaß nur wenige Vertreter an den Universitäten, spielte aber eine große Rolle im politischen Leben des Landes, besonders in der Polnischen Sozialistischen Partei und in einem Teil der Bauernbewegung (ludowcy), namentlich bei den Anhängern des sogenannten Agrarismus. Nach Auffassung der Vertreter der „radikalen“ Richtung wirkt das Gesetz der Konzentration in der Landwirtschaft nicht. Sie unterschieden sich grundsätzlich von der bürgerlichen Richtung dadurch, daß sie die These von der Koexistenz von Groß- und Kleinbesitz ablehnten. Mit der Begründung, der Kleinbetrieb sei dem Großbetrieb in der Landwirtschaft überlegen, forderten sie die Liquidation (meist gegen Entschädigung) des Großgrundbesitzes mittels Parzellierung und verwarfen die Kollektivierung. Elemente ihrer Auffassungen fanden ihren Niederschlag in dem Agrarreform-Gesetz, das der polnische Sejm im Jahre 1921 unter dem Eindruck der Gegenoffensive der Roten Armee beschloß.

Der bedeutendste Vertreter der marxistischen Agrartheorie in Polen war Julian Marchlewski. Er wies nach, daß auch in der polnischen Landwirtschaft das Gesetz der Konzentration wirkte. Über die weitere Entwicklung der polnischen Agrarstruktur erschienen in den Jahren bis zum zweiten Weltkrieg dann in Polen keine größeren wissenschaftlichen Arbeiten von marxistischer Seite mehr, weil die Illegalität der Kommunistischen Partei Polens exakte Forschungen erschwerte. Unter dem Einfluß des Dogmatismus herrschten schematische Auffassungen vom Konzentrationsprozeß vor.

Im zweiten Teil seiner Arbeit (Kapitel 4–8) untersucht Mieszcankowski dann im einzelnen die Veränderungen der Agrarstruktur in den verschiedenen Landes-

teilen Vorkriegs-Polens. Hier wird dem Leser so recht bewußt, wie kompliziert das Problem von Konzentration und Dekonzentration in der Landwirtschaft doch ist und wie differenziert man sie betrachten muß. Außer dem Wirken der objektiven ökonomischen Gesetze berücksichtigt der Autor auch die Eingriffe des Überbaus, vor allem die sogenannte Kolonisationspolitik der polnischen Regierung in der West-Ukraine und West-Belorußland sowie die teilweise Liquidation deutschen Vermögens in den ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen.

Im dritten Teil (Kapitel 9–13) versucht der Autor schließlich, eine allgemeine Charakteristik der Evolution der Agrarstruktur in der Periode zwischen beiden Weltkriegen zu geben. Sie kulminiert in folgenden Sätzen: „Marx formulierte das Gesetz von der Konzentration in der Landwirtschaft. . . . Das bedeutet nicht, daß in einzelnen Zeitabschnitten und einzelnen Ländern nicht auch Prozesse der Dekonzentration aufträten. . . . In der Periode zwischen den beiden Weltkriegen waren, im Gegensatz zu der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, (in Polen – B. P.) die Prozesse der Dekonzentration erheblich stärker als die Prozesse der Konzentration“ (S. 377).

Der Autor hat das in seinem Buche überzeugend bewiesen – sofern es die Bodenfläche betrifft. Man möchte wünschen, daß Mieczysław Mieszcankowski seinem vorliegenden, äußerst wertvollen Werk eine ähnlich sorgfältige Untersuchung solcher Probleme wie der Kapitalanlage im Groß- und Kleinbetrieb, der Entwicklung der Produktivkräfte, kurz der Intensivierung der Produktion, folgen ließe. Es ist doch durchaus möglich, daß der Großgrundbesitz minderwertige Böden abstieß, zuungunsten des flächenmäßig gewachsenen Klein- und Mittelbesitzes seine eigene durchschnittliche Bodenqualität verbesserte und höhere Zuwachsquoten der Produktion erreichte. Bei einer solchen Untersuchung würde sich klarer erweisen, ob das Gesetz der Konzentration des Kapitals und der Produktion in der polnischen Landwirtschaft der zwanziger und dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts tatsächlich so stark von der Dekonzentrations-Tendenz überdeckt worden ist.

Im Jahre 1962 begann der Staatliche Verlag der Wissenschaften in Warschau mit der Herausgabe der „Kronika lat wojny i okupacji“ (Chronik der Kriegs- und Okkupationsjahre) von Ludwik Landau. Es handelt sich zunächst um drei Bände, denen vielleicht noch ein vierter Band folgen wird. Zum Druck vorbereitet wurde der Text von Zbigniew Landau und Jerzy Tomaszewski. Das Vorwort schrieb der Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeschichte der Universität Warschau, Prof. Witold Kula.

Ludwik Landau, 1901 geboren, studierte an der Juristischen Fakultät der Universität Warschau und arbeitete danach in verschiedenen Abteilungen des Hauptamts für Statistik und im Institut für Wirtschaftskonjunkturforschung. Wegen eines Berichts über die Wirtschaftssituation, der das Mißfallen des Finanzministers fand, wurde er 1937 aus dem Institut entlassen und war dann als Sozialstatistiker wieder im Hauptamt für Statistik tätig. Stets arbeitete er mit zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen und fortschrittlichen gesellschaftlichen Organisationen zusammen. Bis zum Kriegsausbruch 1939 wurden von ihm 75 Bücher und Artikel sowie 12 Rezensionen und Berichte veröffentlicht. Bei weiteren 17 Büchern und Artikeln war er Mitautor.

Sofort nach der Besetzung Warschaus durch die faschistische deutsche Wehrmacht begann Ludwik Landau eine intensive illegale Tätigkeit. Im Institut für Sozialwirtschaft, dem er seit 1933 angehörte und das jetzt illegal weiterarbeitete, übernahm er die Leitung zahlreicher Forschungsarbeiten, unter anderem organisierte und leitete er ein Seminar über Probleme der Planwirtschaft. Für die Armia Krajowa (Heimatarmee) fertigte er Wochen- und Monatsberichte über die Wirtschaftslage in Polen und Deutschland an. Ferner entstanden, außer der „Chronik“, sechs längere wissenschaftliche Abhandlungen, von denen bisher zwei veröffentlicht sind.⁶

Als Jude mußte er im September 1940 in das damals noch offene Ghetto umziehen. Im November 1940, als das Ghetto gegen die anderen Stadtteile Warschaus hermetisch abgeriegelt wurde, floh er von dort und wohnte fortan illegal in Włochy bei Warschau. Von hier aus fuhr er täglich zur konspirativen Arbeit nach Warschau. Am 29. Februar 1944 wurde er verhaftet. Die näheren Umstände seines Todes sind nicht bekannt.

Landaus Chronik unterscheidet sich von allen damals geführten Tagebüchern dadurch, daß er keine rein persönlichen Erlebnisse aufzeichnete, sondern streng wissenschaftlich alles irgend Erreichbare zusammentrug, was von allgemeiner Bedeutung war. Dabei waren Ludwik Landau und seine Mitarbeiter im wesentlichen auf die offiziellen deutschen Nachrichtenorgane wie „Nowy Kurjer Warszawski“, „Warschauer Zeitung“, „Völkischer Beobachter“, „Das Reich“ usw. angewiesen, aus denen sie die Wahrheit eruieren mußten. Ferner wurden die konspirative polnische Presse, deren Nachrichtenteil allerdings sehr klein war, und die Berichte aus den einzelnen Landesteilen ausgewertet, die in zentralen Organen der Untergrundbewegung (im Büro für Information und Propaganda der Heimatarmee, in der Delegatur der Exilregierung, bei der Leitung der Polnischen Sozialistischen Partei u. a.) einliefen. Aus Gesprächen mit der Bevölkerung wurden weitere Informationen geschöpft. Obwohl Ludwik Landau bestrebt war, die empfangenen Nachrichten auf ihre Richtigkeit zu überprüfen, was unter den Bedingungen der Okkupation und der Konspiration sehr oft scheiterte, und die Chronik mit großer Vorsicht niederschrieb, ließen sich manche Fehler nicht vermeiden. Dennoch ist die Chronik Ludwik Landaus als historische Quelle gar nicht hoch genug einzuschätzen. Für viele Probleme ist sie die einzige existierende Quelle. Besonders in ökonomischen, aber auch in einigen anderen Fragen begnügte sich Ludwik Landau nicht damit, die Fakten zu registrieren, sondern er verarbeitete sie zu wissenschaftlichen Analysen. Diese wurden zum Teil von der Presse der Widerstandsbewegung, an der er ebenfalls mitarbeitete, unter der polnischen Bevölkerung verbreitet.

Greifen wir die Eintragung vom 7. Februar 1940 heraus und lesen wir, was Ludwik Landau an diesem ganz gewöhnlichen Tage über das Geschehen im besetzten Polen mitzuteilen hat (S. 253–256 des I. Bandes): „Als Aufmunterung, sich zur Arbeit nach Deutschland zu melden, erschien heute an den Mauern eine Bekanntmachung Fischers⁷, wonach es auf Entscheidung des Reichswirtschaftsministers den im Reich beschäftigten polnischen Arbeitern erlaubt sein werde, ihren Familien monatlich bis zu 100 Złoty zu schicken. Auf diese Weise werde die Existenz der Familien der in Deutschland arbeitenden Personen gesichert sein,

⁶ Landau, Ludwik, Wybór pism (Ausgewählte Schriften), Warszawa 1957.

⁷ Gouverneur Dr. Ludwig Fischer, Chef des Distrikts Warschau.

die Übersendung aber werde ohne Schwierigkeiten vonstatten gehen: durch Einzahlung in einem beliebigen Postamt in Deutschland und Postauszahlung im Generalgouvernement.“ Und nun kommentiert Landau: „Die Mitteilung ist nicht ganz genau. Wie sich aus der ‚Schlesischen Tageszeitung‘ ergibt, bestehen Beschränkungen nicht nur in dem Verbot, 50 Mark im Monat zu überschreiten, sondern es darf die Gesamtsumme der Überweisungen im Jahre nicht mehr als 600 Mark für Industrie- und nur 300 Mark für Landarbeiter betragen. In diesen Grenzen werden die Arbeitgeber ohne besondere Devisengenehmigungen, nur unter Vorlage spezieller, von den Arbeitsämtern ausgestellter Karten, die Einzahlungen vornehmen können. – Auf jeden Fall werden die daher rührenden Summen sehr beträchtlich sein: angenommen, der durchschnittliche Landarbeiter schickt 200 Mark jährlich in die Heimat (bei der Rückkehr darf er nur 10 Mark mitnehmen) und von der angekündigten Million polnischer Landarbeiter entfallen auf das Gouvernement 600 000, so ergibt das eine Summe von 120 Millionen Mark. Das wird wahrscheinlich der Hauptaktivposten in der Zahlungsbilanz des Generalgouvernements sein, das nach den deutschen Plänen ein devisen-autarkes Gebiet sein soll. Es hat – in seinen gegenwärtigen Grenzen! – viele Passivposten zu decken: Die landwirtschaftliche Produktion ist unzureichend, und die Deutschen werden sie wahrscheinlich nicht zu vervollständigen erlauben; ihm fehlen sämtliche Rohstoffe für die Industrieproduktion, vor allem fehlt ihm Kohle, da alle Kohlenreviere ins Reich eingegliedert wurden. Alle diese Positionen werden im Rahmen der festgelegten Verrechnung aus Guthaben gedeckt, die auf Ersparnissen von Emigranten beruhen. Selbstverständlich gestattet das die Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit wie auch der Konsumtion nur in sehr bescheidenem Umfange, aber gerade das entspricht den Absichten der Okkupanten. Die Warenausfuhr aus dem Generalgouvernement kann nur überaus gering sein, denn einziger Exportartikel wird, wenn man Raubbau am Walde betreibt, nur das Holz sein können. Gerade heute wurden Vorschriften bezüglich der Prozedur für die Bewilligung von Holzexporten veröffentlicht, und Nachrichten aus dem Distrikt Radom sprechen von einer Belebung in der Sägeindustrie: Einige Sägewerke arbeiten in zwei Schichten.

Es gibt eigentlich noch einen Aktivposten der Zahlungsbilanz, allerdings nur von theoretischer Bedeutung. Das sind die Unterhaltskosten der deutschen Armee und Verwaltung, ihre individuellen und kollektiven Ausgaben. Diese Summen müßten von der deutschen Regierung auf Clearingrechnung zugunsten des Gouvernements eingezahlt werden, denn sie spielen die gleiche Rolle, als wenn entsprechende Produkte für den Bedarf der Armee und der Beamten nach Deutschland ausgeführt würden (analog den normalerweise in Zahlungsbilanzen figurierenden Ausgaben von Vertretern fremder Staaten und Ausländern). Die Wahrscheinlichkeit, daß die Okkupanten das anerkennen, ist wohl gleich null. Falls man ein solches Argument gebrauchte, würden sie den Grundsatz aufstellen, daß es sich um den Schutz und die Verwaltung des Gouvernements handle, welches also die Kosten selbst tragen müsse. . . .“ Es folgen in der Eintragung dieses Tages noch Mitteilungen über die Errichtung der „Landbewirtschaftungsstelle“, über erste Lohn- und Gehaltstarife für den öffentlichen Dienst, über die Art und Weise, in der die deutsche Propaganda über die polnische Wirtschaft und Kultur sprach, über die Sprengung des Warschauer Schlosses, über Schikanen gegen die Juden und gegen verwundete polnische Offiziere, ferner über die Ein-

führung des Reichsarbeitsdienstes, über Kreisbauerntage, Lohntarife, Schulunterricht und Umsiedlungen in den polnischen „ins Reich eingegliederten Gebieten“.

Diese ausführliche Leseprobe und diese lange Aufzählung sollen nicht nur augenscheinlich machen, welche Fülle von Material Ludwik Landau gesammelt und der Nachwelt übergeben hat und wie er es zum Teil schon selbst verarbeitete. Sie sollen auch auf einen Mangel hinweisen: Wie in unserem Beispiel sind an jedem Tage, für den L. Landau Eintragungen vornahm, mehrere Themen behandelt. Die Chronik ist selbstverständlich chronologisch und nicht systematisch aufgebaut, gleiche Themen kehren also ganz unregelmäßig wieder. Wie zum Beispiel das Tagebuch der Anne Frank ist auch die Chronik Ludwik Landaus ein Denkmal menschlicher Größe, geschaffen unter der täglichen Drohung des Todes von faschistischer Hand. Und doch ist die Chronik etwas anderes: Sie will vor allem wissenschaftlich ausgewertet werden. Um das zu erleichtern, hätten die Herausgeber sich der gewiß sehr großen Mühe unterziehen sollen, für die etwa 2000 (falls noch verschollene Manuskriptteile aufgefunden werden, sogar etwa 2500) Buchseiten der Chronik ein Sachregister anzulegen. Dann könnten wir noch besser das Vermächtnis des hervorragenden polnischen Ökonomen und Historikers Ludwik Landau und der Millionen anderen Opfer des deutschen Faschismus erfüllen: Wissen, was geschah! Nie vergessen, was geschah! Verhindern, daß solches jemals wieder geschieht!

Der Verfasser des vorliegenden Literaturberichts beschränkte sich auf die in letzter Zeit in der Volksrepublik Polen erschienenen wirtschaftshistorischen Bücher über den Zeitabschnitt vom ersten bis zum zweiten Weltkrieg, von denen er die wichtigsten ausgewählt zu haben glaubt.

Hansische Studien. Heinrich Sproemberg zum 70. Geburtstag

Die wissenschaftliche Redaktion erfolgte im Auftrage der Hansischen Arbeitsgemeinschaft in der DDR durch GERHARD HEITZ und MANFRED UNGER

Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, herausgegeben von H. Sproemberg, H. Kretzschmar und E. Werner, Bd 8, Akademie-Verlag, Berlin 1961, VIII, 463 Seiten, Preis 38,- DM.

Die deutsche Hanse- und Stadtgeschichtsforschung weist beachtliche wissenschaftliche Leistungen auf. In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts war es vor allem *Fritz Rörig*, der im Rahmen der bürgerlichen Geschichtswissenschaft die deutsche Hanse- und Stadtgeschichtsforschung weit voranbrachte und noch nach 1945 in richtungweisenden Worten auch der marxistischen Forschung wertvolle Anregungen hinterlassen hat, die es kritisch zu verarbeiten gilt.

Die aktuelle politische Bedeutung der Hansegeschichtsschreibung der DDR liegt in der Erforschung und Popularisierung der Geschichte der Ostseeländer und der Beziehungen dieser Länder und Gebiete zu anderen Staaten und Völkern im Sinne der Friedenspolitik unseres Arbeiter- und Bauern-Staates. Die Hansegeschichtsforschung der DDR hat seit der Gründung der „Arbeitsgemeinschaft DDR des Hansischen Geschichtsvereins“ im Jahre 1955 eine ansehnliche Breitenwirkung erzielt, die weit über die Grenzen Deutschlands hinausgeht und gegenwärtig in starkem Maße die geschichtswissenschaftliche Arbeit vor allem in den nordischen Staaten und mehreren Ländern des sozialistischen Lagers, so etwa in der Sowjetunion, in Polen und in der Tschechoslowakei, beeinflußt. Auch bei den holländischen und französischen Hansehistorikern finden die Ergebnisse der DDR-Forscher bereits seit mehreren Jahren große Beachtung.

Die internationale Hansegeschichtsforschung vereinigt in sich somit zahlreiche Historiker nicht nur der verschiedensten Länder, sondern auch der verschiedensten Geschichtsauffassungen, das heißt, an ihr nehmen sowohl bürgerliche wie auch marxistische Gelehrte teil.

Was die Forschungen der Hansehistoriker der DDR anlangt, so zeichnen sich bereits seit mehreren Jahren zwei Hauptrichtungen ab. Die erste wird vor allem durch die städtische und ländliche Wirtschafts- und Sozialgeschichte repräsentiert, die andere durch die Ostsee- und Nordseehandelsforschung. An der Erforschung dieser beiden Hauptgegenstände beteiligen sich sowohl marxistische als auch bürgerliche Historiker der DDR. Die bisher von der „Arbeitsgemeinschaft DDR des Hansischen Geschichtsvereins“ vorgelegten Arbeiten machen dies deutlich. Die marxistische Richtung innerhalb der Hansegeschichtsforschung der DDR wird dabei vor allem von Historikern der jüngeren und mittleren Generation vertreten, die sich vornehmlich mit Fragen der städtischen und ländlichen Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte beschäftigen. Auf diesem Gebiet

konnten in den vergangenen Jahren wertvolle Forschungsergebnisse erzielt werden.

Auch der zur Besprechung vorliegende Sammelband „Hansische Studien“ läßt deutlich die beiden angeführten Hauptforschungsrichtungen erkennen. Er wurde herausgegeben im Auftrag der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der DDR von *Gerhard Heitz* und *Manfred Unger* und ist ihrem Vorsitzenden *Heinrich Sproemberg* zum 70. Geburtstag gewidmet. Der stattliche Band enthält insgesamt 28 Beiträge marxistischer und bürgerlicher Forscher zu verschiedenen Themen der Hansegeschichte im engeren und weiteren Sinne. Die Beteiligung polnischer, sowjetischer, tschechoslowakischer und französischer Historiker ist Ausdruck der erfreulich engen Zusammenarbeit mit marxistischen und bürgerlichen Fachvertretern der Nachbarländer, die von Anfang an ein Hauptanliegen der Hansischen Arbeitsgemeinschaft in der DDR gewesen ist.

Neben Angehörigen der mittleren Generation und des wissenschaftlichen Nachwuchses haben auch mehrere international ausgewiesene Historiker wie *Marian Biskup* (Toruń), *Pierre Jeannin* (Paris), *P. M. Lesnikov* (Moskau) und *Walter Markov* (Leipzig) Untersuchungen beigesteuert.

Der zeitliche Rahmen der Beiträge spannt sich vom 9. bis zum 19. Jahrhundert und greift somit weit über die eigentliche Hansegeschichte hinaus. Inhaltlich reicht der Bogen von der allgemeinen Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im hansischen Raum über handels- und wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen, Probleme der sozialen und politischen Entwicklung einzelner Hansestädte. Beziehungen der Hanse zu außerhansischen Mächten und Untersuchungen der Quellenlage bis zur Geistes- und Ideologieggeschichte der Hansestädte.

Im Rahmen einer Besprechung ist es nicht möglich, alle in den verschiedenen Beiträgen aufgeworfenen Probleme auch nur anzudeuten.¹ Im Folgenden sollen daher nur einige wichtig erscheinende Fragenkomplexe, denen mehrere Aufsätze gewidmet sind, etwas ausführlicher betrachtet werden. Dabei handelt es sich vor allem um internationale Wirtschaftsbeziehungen der Hanse und Fragen der Geschichte der sozialökonomischen Struktur und der Klassenkämpfe in den Hansestädten.

Die Auseinandersetzungen zwischen Patriziat und Bürgeropposition, die in den norddeutschen Städten im Gegensatz zum süddeutschen Raum in der Mehrzahl mit einem Sieg der patrizischen Führungsschicht oder mit einem Kompromiß endeten, und die Veränderung der sozialökonomischen Struktur der Hansestädte vom 13. bis 16. Jahrhundert verdienen die besondere Aufmerksamkeit der Forschung, da auf diesen für die Hansegeschichte wie für die Geschichte des deutschen Bürgertums und des Bürgertums der übrigen europäischen Länder im Mittelalter so außerordentlich wichtigen Gebieten noch manches Versäumnis nachzuholen ist. Im vorliegenden Sammelband befassen sich mehrere wertvolle Untersuchungen mit diesem Themenkreis. *Karł Czok* behandelt in seinem Beitrag „Zum Braunschweiger Aufstand 1374–1386“ (S. 34–55) am Beispiel der Stadt Braunschweig grundsätzliche theoretische Fragen der Einschätzung mittelalterlicher Bürgerkämpfe, die in der bürgerlichen Geschichtsschreibung häufig zu

¹ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Rezension von *Laube A.*, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 3/1962, S. 683ff., der auf weitere bereits vorliegende Besprechungen einzelner Beiträge verweist.

Unrecht als „Zunftrevolutionen“ abgetan werden.² Der Terminus „Zunftrevolution“ ist in doppelter Hinsicht fehlerhaft, da man erstens bei diesen Auseinandersetzungen keineswegs von Revolutionen sprechen kann, das heißt von gesellschaftlichen Umwälzungen, die entweder in ihrem tatsächlichen Ergebnis oder aber in ihrer Zielsetzung den Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung sprengten, und weil zweitens die Triebkräfte dieser Aufstände in Braunschweig wie auch in vielen anderen Städten des hansischen Raums durchaus nicht nur die Handwerkerzünfte, sondern in erster Linie die nach politischer Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Macht strebenden Kaufleute waren. Diese bürgerliche Opposition umfaßte sehr breite Schichten der Stadtbevölkerung, neben den Zünften auch Gewandschneider, Krämer, Fernkaufleute, Intellektuelle und zuweilen sogar Teile der Ratsaristokratie. Es handelt sich also nicht um „Zunftrevolutionen“, sondern um Bürgerkämpfe, bei denen es nicht um eine grundsätzliche Umwälzung der bestehenden Ordnung, sondern um eine Neuverteilung der Macht entsprechend den tatsächlichen ökonomischen Positionen der einzelnen Schichten ging. Verlauf und Ergebnis des Braunschweiger Aufstands von 1374 bis 1386 machen diese allgemeinen Grundzüge besonders deutlich. Die Quellen konfrontieren nicht so sehr die Handwerkerzünfte mit der von bürgerlichen Historikern wie *W. Spieß*³ als Einheit gedachten, aus Fernhändlern und alten Ratsgeschlechtern bestehenden Oberschicht, sondern die Gemeinde, zu der auch die Fernkaufleute gehörten, mit dem Rat. Ratsaristokratie und Gilden waren im 13. und 14. Jahrhundert nicht durch eine unüberbrückbare Kluft voneinander geschieden. In dieser Periode vollzieht sich in den meisten Städten allmählich, und zwar im Gefolge der zunehmenden sozialökonomischen Differenzierung, eine Umbildung der sozialen Struktur, und aus der ursprünglichen scharfen Trennung der Ratsgeschlechter von der Gesamtheit der Gemeinde geht im Laufe der Zeit die für die spätere Entwicklung maßgebliche Neugruppierung in die von reichen Kaufleuten, Gildemeistern und alten Ratsgeschlechtern gemeinsam gebildete Oberschicht hervor, der die Handwerkszünfte und die wachsenden plebejischen Schichten gegenüberstehen. Die Bürgerkämpfe im 14. und 15. Jahrhundert setzen jedoch die Neugruppierung nicht etwa voraus, sondern sind selbst die geschichtlichen Erscheinungsformen dieses Entwicklungsprozesses. Der Kritik *Czoks* an den herkömmlichen Auffassungen über die Bürgerkämpfe kann ergänzend hinzugefügt werden, daß auch die Gilden ebenso wie die sozialen Fronter innerhalb der Städte in dieser Periode noch nicht die späteren beruflich und politisch abgeschlossenen Körperschaften darstellten, sondern ihrem ursprünglichen Zweck entsprechend in vielen Städten Vertreter verschiedener Berufsgruppen umfassen konnten.⁴ Die in der Verfassung von 1386 vorgenommene Neuverteilung der politischen Macht in Braunschweig, die den Kaufleuten die führende Position im Rate zusicherte, beweist die Richtigkeit der vom Verfasser entwickelten Grundlinien des Aufstands eindrucksvoll (S. 53f.).

² Vgl. auch *Czok, K.*, Zunftkämpfe, Zunftrevolutionen oder Bürgerkämpfe, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, 8, 1958/59, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, S. 129–143.

³ Besonders *Spieß, W.*, Fernhändlerschicht und Handwerkermasse in Braunschweig bis zur Mitte des 15. Jh., in: Hansische Geschichtsblätter, Jg. 63, 1939, S. 64 u. 74.

⁴ Vgl. für die Entwicklung des Gildenwesens in Riga die umfangreiche Arbeit von *Stieda, W.*, und *Mettig, C.*, Schragen der Gilden und Ämter der Stadt Riga bis 1121, Riga 1896, S. 56–110.

Interessante Aufschlüsse gibt der Verlauf des Braunschweiger Aufstands auch über die innenpolitische Funktion des Hansebundes als Organisation der herrschenden Oberschicht der Mitgliedstädte gegen soziale Unruhen und Aufstandsbewegungen, die deren Macht in Frage stellten. Der schließliche Kompromiß zwischen Bürgeropposition und Ratsaristokratie wird maßgeblich von der Intervention des Hansebundes bestimmt (S. 45–53).

Die Ausführungen *Czoks* werden in vieler Hinsicht ergänzt und unterstrichen durch die Untersuchung von *Eva Gutz* „Zu den Stralsunder Bürgerkämpfen am Ende des 14. Jahrhunderts“ (S. 90–102), die für Stralsund eine parallele Entwicklung im gleichen Zeitraum nachweist. Auch in Stralsund ist die „ökonomisch erstarkte Mittelschicht“ (S. 91), das heißt die aus der weiteren sozialen Differenzierung hervorgegangene wirtschaftlich starke Oberschicht der **Gilden**, die politische Triebkraft der gegen die Ratsaristokratie gerichteten Bürgeropposition. Wie in Braunschweig haben auch in Stralsund die Gewandschneider maßgeblichen Anteil an der Oppositionsbewegung. Auch in Stralsund komplizierte sich der frühere Gegensatz zwischen den sogenannten ratsfähigen Geschlechtern und allen übrigen Bürgern dadurch, daß sich aus der städtischen Mittelschicht die ökonomisch stärksten Vertreter dem Rat in wirtschaftlicher und in der Folge auch in der politischen Machtstellung annäherten. Das Ergebnis der Unruhen, äußerlich günstiger für die alte Ratsaristokratie als in Braunschweig, gestaltet sich dennoch in seinem sozialen Gehalt sehr ähnlich. Die siegreiche Ratsaristokratie ist, um ähnliche Ereignisse zu vermeiden, gezwungen, die Führungsschicht der Opposition durch Gewährung politischer Privilegien an sich zu ziehen und dadurch die Oppositionsfront zu sprengen. Die Älterleute und Ältesten der Gewandschneiderkompagnie erhalten die politische Mittlerrolle zwischen Rat und Gemeinde und werden in der Folgezeit selbst auf dem Wege der Kooptation ratsfähig. So ist auch für Stralsund im Ergebnis der Bürgerkämpfe eine politische Umschichtung als Folge der sozialen Differenzierung der Gemeinde festzustellen: Die Stände gruppieren sich den veränderten ökonomischen Machtverhältnissen entsprechend neu.

Für die sozialökonomische und innerpolitische Entwicklung der Stadt Rostock vom 13. bis 16. Jahrhundert bieten die Beiträge von *Johannes Schildhauer* „Die Sozialstruktur der Hansestadt Rostock von 1378 bis 1569“ (S. 341–353) und *Rosemarie Wiegand* „Zur sozialökonomischen Struktur Rostocks im 14. und 15. Jh.“ (S. 409–421) wertvolles Vergleichsmaterial. An Hand der Schoßregister der Stadt, das heißt auf Grund einer Analyse der verschiedenen Steuerzahlergruppen, ergibt sich die Tatsache, daß in Rostock vom 13. bis 15. Jahrhundert die zu Anfang der untersuchten Periode sehr starke Mittelschicht von sechzig Prozent auf zwanzig Prozent der Steuerpflichtigen absinkt, und zwar zugunsten eines raschen Anwachsens der armen bzw. besitzlosen Bevölkerung, während andererseits die Differenzierung der oberen Steuerklassen nur sehr langsam fortschreitet. Rechnet man zu den in den Schoßregistern aufgeführten Unterschichten die große Zahl der nichtsteuerpflichtigen Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten hinzu (nach *Wiegand* kommen in Rostock auf einen Steuerpflichtigen fünf Nichtsteuerpflichtige), so ergibt sich für das 16. Jahrhundert in Rostock eine außerordentlich starke plebejische Unterschicht. Wie in den anderen aus Gründungen der deutschen Ostexpansion hervorgegangenen Hansestädten war die Kaufmannschaft in Rostock von vornherein an der politischen Macht beteiligt. Das Rathaus

wurde häufig direkt als Gewandschneiderhaus bezeichnet, wie *Wiegand* feststellt (S. 412). Die Älterleute der Gilden stellten hier nach Ansicht der Verfasserin von Anfang an das politische Bindeglied zwischen den Ämtern und dem Rat dar, der sie auf Vorschlag der Zünfte auch ernannte. Es bleibt allerdings die Frage offen, ob diese Regelung nicht doch bereits das Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen Gilden und Rat war, das heißt, ob nicht aus ursprünglich selbständigen Gildevertretern, die gegen den Rat vorgegangen waren, durch die Ausgleichspolitik des Rats erst diese Mittlerstellung geschaffen wurde.⁵ Dann wäre sie, wie in Braunschweig, zwar nicht im Ergebnis heftiger Unruhen, aber doch der Entwicklung des politischen Wechselverhältnisses zwischen Rat und Gemeinde ein Kompromiß zwischen beiden. In Rostock bildete somit die reiche Kaufmannschaft schon früh die Ratsaristokratie; die wichtigsten Machtpositionen lagen in der Hand des Handelspatriziats. Daraus erhellt auch die Tatsache, daß bei den ersten Bürgerkämpfen zwischen 1287 und 1312 die Handwerkszünfte noch im Bunde mit den Kaufleuten gegen den Rat vorgingen, während schon 1427 die Zunftforderungen auf den geschlossenen Widerstand des Rats und der Oberschicht der Kaufleute stießen. Die soziale und politische Umschichtung war hier infolge des Charakters der Stadt als Fernhandelszentrum bereits früher vollzogen. Der Bürgerkampf von 1427, direkt veranlaßt durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Stadt im Kriege der wendischen Städte gegen Dänemark, den an Hand der Finanzpolitik Lübecks *Konrad Fritze* in seinem Beitrag „Die Finanzpolitik Lübecks im Krieg gegen Dänemark 1426–1433“ (S. 82–89) näher untersucht, sieht die mittlere und kleine Kaufmannschaft im Bündnis mit den Handwerkern gegen Rat und Handelspatriziat auf dem Plan. Auch hier entscheidet die Intervention des Hansebundes den Kampf zugunsten des alten Rats. *Wiegand* betont, daß angesichts der sozialökonomischen Entwicklung der Sieg des alten Rats nicht unbedingt als Sieg der Reaktion angesehen werden kann, sondern letztlich einen Triumph des Großhandels über die beschränkenden Forderungen der Zunftopposition darstellte (S. 421). Auch diese hatte, während des Aufstands zur Macht gelangt, im Grunde die Interessen des Handels vertreten, da die begüterten Schichten sich sehr bald von den sozialen Forderungen der plebejischen Opposition und den Handwerkern lossagten. Deren Forderungen nach dem alten Recht waren bereits überholt; ob man aber mit der Verfasserin im Ergebnis des Bürgerkampfes, das in mancher Hinsicht der innenpolitischen Entwicklung der wichtigsten livländischen Städte Riga und Reval im 16. Jahrhundert ähnelt, von einem Triumph des Handelskapitals über die Zunftschranken sprechen kann, bleibt fragwürdig. Dazu wäre eine nähere Untersuchung der Folgen, die diese Entwicklung im Produktionsprozeß selbst nach sich zog, notwendig; die eigentliche Überwindung der Zunftschranken durch das Handelskapital liegt doch letztlich in der Anlage des Handelskapitals in der Produktion.

Für Danzig stellt *Henryk Samsonowicz* (Warschau) in seinen dieses Problem berührenden „Studien über das Danziger Kaufmannskapital im 16. Jh.“⁶ (S. 332 bis 340) eindeutig fest, daß „bei einer entschiedenen und eindeutigen Entwicklung von Formen des Kreditverkehrs . . . wohl von einem qualitativen Unterschied im Vergleich mit dem Zeitraum des frühen Mittelalters nicht die Rede sein“ kann

⁵ Für Riga hat vergleichsweise schon *Keussler, J.*, Beiträge zur Verfassungs- und Finanzgeschichte der Stadt Riga, T. 1, Riga 1873, S. 30, auf eine solche Entwicklung hingewiesen.

⁶ Im Titel unterlief ein Druckfehler. Es muß richtig heißen: „über das Danziger Kaufmannskapital“.

(S. 340). Aus einem Vergleich der Handelsvorräte von dreizehn der reichsten Danziger Kaufleute errechnet der Verfasser einen Anstieg des Gesamtumsatzes der Stadt von dreizehn auf neunzehn Prozent. Im gleichen Zeitraum wuchsen die aus dem Grundbesitz der reichen Bürger resultierenden Gewinne ständig an. Beide Gewinnquellen wiederum gründeten sich vornehmlich auf den stark entwickelten Kreditverkehr im Handel und im Grundbesitz, wobei der prozentuale Anteil des investierten Kapitals gegenüber dem gehorteten im Verlauf der untersuchten Periode zunimmt. Eine Ergänzung dieser wertvollen Ergebnisse durch Untersuchungen über eventuelle Investitionen von Kapitalien in der gewerblichen bzw. ländlichen Produktion wäre zur vollen Stützung der eingangs erwähnten These, die Entwicklung des Handelskapitals in Danzig im 16. Jahrhundert sei nicht über den Rahmen der bestehenden mittelalterlichen Ordnung hinausgegangen, allerdings erforderlich.

Für dieses Problem gibt der Beitrag von *Karl-Friedrich Olechnowitz* „Zum Schiffbau Lübecks im 16. und 17. Jh.“ (S. 311–321) aufschlußreiches Vergleichsmaterial. Der Schiffsbau als einer der wesentlichsten Gewerbebezüge in Lübeck war nach Art der mittelalterlichen handwerklichen Produktion genossenschaftlich organisiert. Vor dem Bau eines Schiffes mußte der Schiffsbauer die sogenannten Schiffsfreunde, das heißt seine Mitreeder, benennen, die dann zum gemeinsamen Unternehmen je nach ihrem Vermögen Geld, Baumaterial, Arbeitskräfte und ähnliches beisteuerten. Die genossenschaftliche Form hielt sich auch, als später dieses System der Partenreederei mehr und mehr ausschließlich von Kapitalsbeziehungen unter nicht mehr in direktem persönlichen Verhältnis zum Baugegenstand befindlichen Teilhabern bestimmt wurde. Geld- und Auftraggeber waren stets die reichen Kaufleute. Die Schiffszimmermeister und Zimmerleute waren „im Dienste des Kaufmanns bezahlte Lohnarbeiter“ (S. 315). Wir haben hier eine Kapitalinvestition in der Produktion vor uns, die sich eindeutig qualitativ von der alten Form der direkten genossenschaftlichen Zusammenarbeit schiffsbauender Handwerker unterscheidet und einen Schritt auf dem Wege zu kapitalistischen Produktionsformen darstellt, wenn sie natürlich auch noch durch die vielen zünftlerischen Beschränkungen, denen sowohl die Kaufleute wie die Bauarbeiter unterworfen waren, stark eingeschränkt wurde. So kam es bei den oft scharfen sozialen Auseinandersetzungen zwischen Kaufmannschaft und Schiffsbauarbeitern auch zu keiner über den Rahmen der betreffenden Stadt hinausgreifenden Solidarität. Der Rat konnte den Einsatz fremder, nicht zünftiger Bauarbeiter als starkes Druckmittel gegen Streiks und Unruhen der Schiffbauleute in die Waagschale werfen.

Eine frühe Form des Verlagswesens als Methode der Anlage von Handelskapital in der Produktionssphäre untersucht *Peter Kirchberg* in seinem Beitrag „Bemerkungen zum Verhältnis Kaufmann–Fischer in Norwegen“ (S. 201–209). Die norwegischen Fischer waren zur Erhaltung ihrer Existenz darauf angewiesen, daß ihnen durch fremden Vorschuß Werkzeuge und vor allem Lebensmittel zur Deckung des Bedarfs während der Wintermonate bereitgestellt wurden. Diese Funktion übernahm schon früh die Hanse, die sich umfangreiche Privilegien im norwegischen Fischhandel sichern konnte, indem sie als Kreditgeber die materielle Grundlage für den Aufschwung der Fischerei in Norwegen schuf und diese gleichzeitig von sich abhängig machte. Das Vorkaufsmonopol für den norwegischen Fischfang genoß die Hanse so lange, bis fremde – vor allem niederländische –

Konkurrenz den norwegischen Fischern die Wahl des Aufkäufers ihrer Waren ermöglichte. Im Gegensatz zum bisherigen Urteil der bürgerlichen deutschen Forschung, insbesondere *Rörigs*, stellt der Verfasser eindeutig fest, daß es sich bei den Beziehungen zwischen Hansekaufmann und Fischer in Norwegen nicht lediglich um ein Vertrauensverhältnis zu beiderseits gleichem Nutzen, sondern um ein Ausbeutungsverhältnis zwischen dem kreditgebenden Kaufmann und dem Fischer handelte.

Am Rande der engeren Hansegeschichte liegt die wertvolle Untersuchung von *Gerhard Heitz* „Zur Rolle der kleinen mecklenburgischen Landstädte in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus“ (S. 103–122), die sich mit dem sozialökonomischen Entwicklungsprozeß der Kleinstädte in Mecklenburg im 18. und zu Anfang des 19. Jahrhunderts beschäftigt. Zu diesem bisher noch wenig erforschten Problem steuert der Verfasser auf der Grundlage statistischen Materials über Bevölkerungszahl, soziale Differenzierung, Gewerbearten, Manufakturen und Binnenhandelsbeziehungen wertvolle Beobachtungen bei, die zu ähnlichen Untersuchungen der reichhaltigen, noch kaum verwerteten Quellen der verschiedenen Stadtarchive Anregung geben sollten. Der ländlichen Handelsentwicklung ist auch der Beitrag von *Wolfgang Rudolph* „Die Anfänge der ländlichen Frachtschifffahrt auf der Insel Rügen“ (S. 322–331) gewidmet, die sich von bescheidenen Anfängen in Form primitiven Nahverkehrs allmählich vor allem durch die Unterstützung seitens der Landesherren und der Feudalen auf Rügen seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zu einer ansehnlichen Küstenschifffahrt bis nach Stettin entwickelte und zur Herausbildung eines freien Schifferstandes auch in den Küstendörfern führte.

Neben den bisher behandelten Untersuchungen zur inneren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im hansischen Raum beschäftigten sich zahlreiche Beiträge mit internationalen Fragen der Hansegeschichte. Hierbei steht vor allem das Problem der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung in West-, Mittel- und Osteuropa und ihrer Konsequenzen für den Ostseehandel im Mittelpunkt.

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und besonders im 16. Jahrhundert wurden die Ostseeländer im Zusammenhang mit den großen Umwälzungen, die sich im sozialökonomischen Gefüge Westeuropas und in den internationalen Handelsbeziehungen vollzogen, zu bedeutenden Getreidelieferanten für die rasch ansteigende Bevölkerung der westeuropäischen Länder, insbesondere der Niederlande. Diese Entwicklung begünstigte die wirtschaftliche Lage der Ostseehäfen, die ein weites agrarisches Hinterland kontrollierten, vor allem Danzigs, aber auch Rigas und Revals, während sie andererseits einen Umschwung in den Ländern Osteuropas herbeiführte, da die polnischen, litauischen, preußischen und russischen Feudalherren ihre Wirtschaften auf Exportproduktion umstellten und damit den Übergang zur Gutswirtschaft vollzogen. Gleichzeitig drängten sie selbst unmittelbar zum Markt und suchten mit allen Mitteln die Mittlerrolle zunächst der Binnenstädte, später auch der großen Ostseehäfen zu umgehen. Im Zuge dieser Entwicklung wurde vornehmlich in Polen das städtische Bürgertum durch die wachsende Adelskonkurrenz ausgeschaltet, während andererseits Danzigs Bedeutung als Exporthafen, Stapel- und Umschlagsplatz ständig wuchs.⁷ Den Be-

⁷ Vgl. dazu die verschiedenen Arbeiten von *Malowist, M.*, in deutscher Sprache, zuletzt: Polens wirtschaftliche Entwicklung vom 15. bis 17. Jh., in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Jg. 7, 1963 (im Druck).

ginn dieser Entwicklung untersucht *Marian Biskup* (Toruń) in seinem Beitrag „Die polnisch-preußischen Handelsbeziehungen in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts“ (S. 1–6). Die preußischen Städte, insbesondere Danzig, stellten schon früh einen wichtigen Handelspartner Polens dar. Diese Beziehungen gewannen durch die Erschließung des niederländischen Marktes für polnische Agrarrohstoffe einerseits und die Einfuhr flandrischer Gewerbecprodukte, insbesondere Tuche, nach Polen andererseits an Bedeutung. Der früher übermächtige Einfluß des Deutschen Ordens auf die beiderseitigen Handelsbeziehungen wird durch die Kriege des 15. Jahrhunderts (1409 bis 1411 und 1454 bis 1466) endgültig gebrochen, wogegen der Handelsverkehr, trotz zeitweiliger Störungen durch Kriegsauswirkungen, ständig zunimmt. Im Verlaufe des 15. Jahrhunderts hat Danzig als wichtigste preußische Handelsstadt mit der zunehmenden Konkurrenz des polnischen Adels zu rechnen. Auch die polnischen Kaufleute, vor allem die Krakauer, suchen sich der Vormachtstellung der westpreußischen Metropole zu erwehren. Dennoch bleibt die Stellung Danzigs unerschüttert und festigt sich sogar im Zuge der weltwirtschaftlichen Entwicklung immer mehr. Im gleichen Maße verwächst die Stadt mit ihrem polnischen Hinterland, mit dem sie wirtschaftlich untrennbar verbunden bleibt.

Für das voraufgegangene 14. Jahrhundert wirft *Benedykt Zientara* (Warschau) in seinem Aufsatz „Einige Bemerkungen über die Bedeutung des Pommerschen Exports im Rahmen des Ostsee-Getreidehandels im 13. und 14. Jahrhundert“ (S. 422–431) im Anschluß an ähnliche Untersuchungen *Lesnikovs*⁸ die Frage auf, welche Bedeutung der oft überschätzte, jedenfalls in der Forschung noch sehr umstrittene Getreidehandel im Ostseeraum im 13. und 14. Jahrhundert bereits besessen hat. Im Anschluß an *Lesnikovs* Feststellung, daß der Getreideexport nach Westeuropa in dieser Periode im Gegensatz zum 15. und 16. Jahrhundert noch keine allzu große Bedeutung erlangen konnte, kommt auch *Zientara* zu dem Ergebnis, daß sich der Bedarf Flanderns noch weitgehend durch nordfranzösisches und englisches Getreide decken ließ. Dagegen bildet Norwegen in dieser Zeit schon einen wichtigen Getreideabnehmer für die Ostseeländer. Die Niederlande kommen in großem Umfange erst zu Beginn des 15. Jahrhunderts hinzu. Im 13. und 14. Jahrhundert war, wie *Zientara* weiter ausführt, Pommern ein wichtiges Getreidezufuhrgebiet für die Hansestädte, insbesondere Lübeck und Rostock. Zur Frage der Kontinuität des Ostseegetreidehandels stellt der Verfasser fest, daß in der Zeit von 1250 bis 1350 ein beträchtlich intensiverer Getreidehandel als im darauffolgenden Jahrhundert stattgefunden habe. Die zweite Hälfte des 14. und die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts stellten dagegen eine Periode der Depression dar, für welche die Ursachen in den Pestepidemien, in der Abwanderung eines Teils der Bevölkerung nach dem Osten und in den Veränderungen der Lage auf den Getreidemärkten West- und Nordeuropas zu suchen seien.

Auf Grund umfangreichen Materials aus dem Archiv der Gebrüder Veckinchusen, das von *W. Stieda* schon 1879 erstmalig bearbeitet, seither aber noch nicht vollständig ausgewertet werden konnte, untersucht *Lesnikov* am Beispiel des Pelzhandels die wirtschaftlichen Bedingungen des Ostseehandels in seinem Aufsatz „Der Hansische Pelzhandel zu Beginn des 15. Jahrhunderts“ (S. 219–272).

⁸ *Лесников, М. П.* Некоторые вопросы балтийско-нидерландской торговли хлебом в конце XIV. — начале XV. века, in: *Средние века*, Jg. 7, 1959, S. 112–134.

Hildebrand und Sivert Veckinchusen waren außerordentlich aktive Handelsunternehmer, deren Geschäfte nahezu die gesamte Spannweite des Ostseehandels von Brügge bis Riga umfaßten und deren schriftliche Aufzeichnungen gerade deshalb als Quelle für die Handelsgeschichte im Ostseeraum bedeutsam sind, weil darin verschiedene Handelsoperationen vom Ausgangs- bis zum Zielpunkt verfolgt werden können. Eingehende Analysen der Angaben über Preise, Spesen und Gewinne aus dem Pelzhandel lassen *Lesnikov* zu dem Schluß kommen, daß das bisher übliche Bild vom Ostseehandel als überaus profitreichem Kolonialhandel korrekturbedürftig ist. An Hand mehrerer Beispiele, die zwar noch keine Allgemeingültigkeit beanspruchen können, aber doch schon einiges über die Grundzüge der Handelsoperationen im Ostseeraum zu dieser Periode aussagen, weist der Verfasser nach, daß der Verlust häufig den Profit durchaus übertraf. Ähnliche Resultate zeitigt auch eine weitere Untersuchung des gleichen Verfassers über „Lübeck als Handelsplatz für Osteuropawaren im 14. Jahrhundert“ (S. 273–292), verfaßt ebenfalls nach Veckinchusenschen Materialien und nach dem Handlungsbuch der Lübecker Kaufleute Hermann und Johann Wittenberg. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß der lübische Großkaufmann ähnlich wie der Deutsche Orden in dieser Periode nicht als Verkäufer westeuropäischer Waren in Livland und Novgorod auftritt. Wittenberg löste seine Pelz- und Wachseinkäufe in Livland nicht mit dem in Lübeck gestapelten flandrischen Tuch, sondern auffälligerweise in Silbergeld ein, während er andererseits die in Livland aufgekauften Rohstoffe nicht direkt nach den Niederlanden vermittelte, sondern in Lübeck verkaufte. Die Gewinne waren dabei keineswegs so hoch wie bisher oft angenommen. Diese Feststellungen *Lesnikovs*, die in mancher Hinsicht dem traditionellen Bild vom mittelalterlichen Ostseehandel widersprechen, sind, wie er selbst nachdrücklichst betont, nur Beiträge zu einer notwendigen Neuorientierung der wissenschaftlichen Fragestellung auf die eigentlichen Handelsprozesse, die bisher häufig hinter wirtschaftspolitischen, juristischen und außenpolitischen Fragen der Hansengeschichte zurückstanden.

Für das 16. Jahrhundert gibt *Pierre Jeannin* (Paris) einen interessanten Abriss der Handelslage Lübecks um 1580, also gegen Ende des 25jährigen Livländischen Krieges, der den Ostseehandel sehr wesentlich beeinflusste. Das Thema seines Aufsatzes lautet: „Contribution à l'Etude du Commerce de Lubeck aux environs de 1580“ (S. 162–189). An Hand reichhaltigen Quellenmaterials und zahlreicher statistischer Untersuchungen über Umfang, Ausgangspunkte und Ziele des lübischen Außenhandels kommt *Jeannin* zu dem Ergebnis, daß Lübeck ungeachtet des allgemeinen Rückgangs seiner wirtschaftlichen und politischen Stellung im 16. Jahrhundert um 1580 noch einen beachtlichen Platz im Ostseehandel einnahm, besonders durch seine engen Beziehungen zum schwedischen Markt. Der Niedergang Lübecks sei also relativ zu betrachten. Danzig hatte es zwar an wirtschaftlicher Bedeutung übertroffen, aber noch keineswegs völlig verdrängt. Bemerkenswert sind auch die Untersuchungen des Verfassers zum Problem der Narvafahrt, das im Verlaufe des Livländischen Krieges die Ostseemächte, insbesondere Polen, sehr eingehend beschäftigte. Lübeck nahm trotz der Bemühungen Danzigs, Königsbergs und der livländischen Städte einen sehr reservierten Standpunkt gegenüber den Bestrebungen zum Verbot des Narvahandels ein. Auf dem Hansetag von 1579 setzte Lübeck seinen Standpunkt durch, daß die Narvafahrt, die der polnische König Stefan Batory vor seinem großen Feldzug

gegen die Russen nochmals zu unterbinden suchte, lediglich für ein Jahr und auch nur unter der Bedingung eingestellt werden sollte, daß die Schließung des Sunds auch für nicht nach Narva bestimmte Schiffe aufgehoben wurde.⁹

Miroslav Hroch (Prag) behandelt in seinem ausführlichen Beitrag „Wallensteins Beziehungen zu den wendischen Hansestädten“ (S. 135–161) ein Problem, das für die Entwicklung der mecklenburgischen Hansestädte in späthansischer Zeit ebenso interessant ist wie für die Diskussion um die vielumstrittene Persönlichkeit des großen kaiserlichen Feldherrn im Dreißigjährigen Krieg. *Hroch* weist nach, daß in der mecklenburgischen Städtepolitik Wallensteins in der in Frage kommenden Zeit von 1627 bis 1630 ein deutlicher Umschwung zu verzeichnen ist, der mit der Ausprägung einer eigenen politischen Konzeption parallel verläuft. Aus der rücksichtslosen Eroberungspolitik im Kondottiere-Stil, die Wallenstein nach 1627 betrieb, wurde allmählich ein taktisches Lavieren zwischen den Interessen der neutralen Hansestädte und den kaiserlichen Zielen und schließlich eine offene Begünstigung der hansischen Neutralitätspolitik, die noch durch Schutzmaßnahmen gegen Seeräuberei und Handelsbehinderung unterstrichen wurde. Ob Wallenstein hier nur der Notwendigkeit der für ihn letztlich ungünstigen Entwicklung an der Ostseeküste folgte oder ob er eine wirklich relativ fortschrittliche Wirtschaftspolitik im Hinblick auf eine moderne Staatsgründung betrieb, bleibt freilich dahingestellt, zumal die Abberufung Wallensteins das Werk unvollendet bzw. nicht einmal richtig begonnen schon zu Ende gehen ließ. Die Beurteilung nicht ausgeführter Pläne ist auch hier wie in fast allen Fragen der Beurteilung Wallensteins schwierig. Für die Küstenstädte selbst – das macht *Hroch* deutlich – war die schwedische Herrschaft keineswegs ein Fortschritt gegenüber der Wallensteinschen; selbst Stralsund macht hier keine Ausnahme.

Fragen der späten internationalen Handelsbeziehungen des Hanseraums behandeln die Beiträge von *Manfred Kossok* „Die Bedeutung des spanisch-amerikanischen Kolonialmarkts für den preußischen Leinwandhandel am Ausgang des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts“ (S. 210–218), der besonders den schweren Kampf der schlesischen Textilindustrie gegen die übermächtige Konkurrenz Englands, Frankreichs und der Niederlande bei der Suche nach einem Ausweg auf südamerikanischen Märkten darstellt, und von *Walter Markov* „Die Triestiner Ostindien-Kompanie (1757–1785) und die Nordsee-Adria-Konkurrenz“ (S. 293–303). Zur vorhansischen Zeit untersucht *Bruno Widera* „Novgorods Beziehungen zu Ural und Westsibirien in der Vorhansezeit“ (S. 388–397) auf der Grundlage neuester archäologischer Forschungen in der Sowjetunion, und *Jan Brankač* stellt in seinem sehr materialreichen Beitrag „Einige Betrachtungen über Handwerk, Handel und Stadtentwicklung der Westslawen an der Ostseeküste vom 9. zum 12. Jahrhundert“ (S. 7–35) den sozialökonomischen Entwicklungsstand der später im Ergebnis der deutschen Ostexpansion untergegangenen westslawischen Stämme dar.¹⁰

Für die Erforschung des Wechselverhältnisses zwischen Stadt und Territorialfürstentum vermittelt *Eckhard Müller-Mertens* in seinem Aufsatz „Die Unter-

⁹ Vgl. zum Gesamtproblem der Ostseefrage zur Zeit des Livländischen Krieges *Donner*, E., Der Livländische Krieg und die baltische Frage in der europäischen Politik 1558 bis 1583. Phil. Habil.-Schrift Jena 1961 (MS).
¹⁰ Daß sich in der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung zum Problem des kulturellen Niveaus der Westslawen seit Ranke dem Inhalt nach nichts Wesentliches geändert habe, gilt nur für die große politische Linie, nicht aber für die Methoden und einzelnen Thesen (vgl. S. 10).

wurfung Berlins 1346 und die Haltung der märkischen Städte im wittelsbachisch-luxemburgischen Thronstreit“ (S. 432–460) wertvolle Ergebnisse. Bei der Herausbildung des Territorialfürstentums schuf der doppelte Gegensatz zwischen Stadt und Landesherrschaft einerseits und Patriziat und Zunfthandwerk andererseits Möglichkeiten für einen äußeren Eingriff. Die Überlagerung beider Widersprüche bot der Zentralgewalt die Chance, im Bündnis mit dem Stadtbürgertum gegen die Territorialfürsten vorzugehen, wie der Verfasser am Beispiel des Eingreifens Karls IV. in Brandenburg nachweist. Die Frage der Zugehörigkeit einer weit im Binnenland gelegenen Stadt zur Hanse untersucht auch *Fritz Wiegand* in seinem Beitrag „Über hansische Beziehungen Erfurts“ (S. 398 bis 408). Auf die enge Verzahnung von hansischer Wirtschaftspolitik und Geistesgeschichte weist *Elisabeth Schnitzler* in ihrer Abhandlung „Zur hansischen Universitätsgeschichte“ (S. 354–387) hin, die sie am Beispiel der Herkunft, Berufung und Entwicklung mehrerer Universitätsprofessoren insbesondere für Rostock untersucht. Die Bedeutung der Salzproduktion und des Salzhandels für die Hanse stellt *Walter Fellmann* in seiner Studie „Die Salzproduktion im Hanseraum“ (S. 56–71) dar, und *Johannes Kalisch* untersucht in seinem Beitrag „Pläne zur Belegung des Orienthandels über Kurland und Polen am Ausgang des 17. Jahrhunderts“ (S. 190–200) polnische und kurländische Projekte, mit Hilfe armenischer Kaufleute den kontinentalen Orienthandel zu Beginn des 17. Jahrhunderts zu beleben (S. 190–200). Bemerkenswert ist dabei die weitgespannte Aktivität eines gewissen Philipp de Zagly, für dessen Pläne sich schließlich auch August II. interessierte. Mit dem Ausbruch des Nordischen Krieges kam das ganze, teilweise recht abenteuerlich anmutende Unternehmen zum Erliegen.

Abschließend sei noch auf die Beiträge von *Karl Höhnel* „Archivalische Quellenlage zur Hansengeschichte in den mecklenburgischen Stadtarchiven“ (S. 123–134), *Klaus Friedland* „Die Hanserezesse der frühen Neuzeit“ (S. 72–81), und *Rudi Ogrissek* „Die Hansekarte als Problem der thematischen Kartographie“ (S. 303–310), verwiesen, die Fragen der Quellenlage und Quellenedition behandeln, und ebenso auf die Bibliographie der Veröffentlichungen *Heinrich Sprombergs* seit 1956, die den Band beschließt.

Zur Gesamtanlage der „Hansischen Studien“ ist zu sagen, daß die Anordnung der Beiträge in alphabetischer Reihenfolge nach den Namen der Verfasser sich als wenig glücklich erweist. Eine thematische Gruppierung hätte dem Leser die Benutzung zweifellos erleichtert. So sind unmittelbar zusammengehörige Untersuchungen, wie die von *Schildhauer* und *Wiegand* oder *Biskup* und *Zientara* weit auseinandergerückt worden. Die wissenschaftliche Transkription russischer Namen und Bezeichnungen wird nicht konsequent angewandt und läßt auf diesem Gebiet Akkuratessen vermissen.¹¹ Die kyrillischen Zitate sind nicht immer frei von Druckfehlern.¹²

Insgesamt stellt der vorliegende Sammelband der „Hansischen Studien“ einen wertvollen Beitrag zur hansischen Geschichtsforschung dar. Er macht das Bemühen vor allem der jüngeren Historikergeneration der Hanseforscher der DDR deutlich, ihren Untersuchungen noch stärker als bisher den historischen Mate-

¹¹ Vgl. S. 7, Anm. 1: Doroschenko (richtig Dorošenko), aber Pašuto; S. 11, Anm. 13: Gracianski muß heißen: Gracianskij; S. 12, Anm. 13: Zintčuk muß heißen Zinčuk; die Beiträge Lesnikovs dagegen, S. 219–292, weisen exakte Umschrift auf.

¹² Vor allem S. 388 f., Anm. 1, 8; S. 191, Anm. 6: Johanssen muß heißen: Johansen.

rialismus zugrunde zu legen und auch im Rahmen der Stadt- und Hansegeschichte die Hauptfragen der deutschen Nationalgeschichte deutlicher in den Vordergrund zu rücken. Ausgehend von den zentralen Anliegen der Geschichtswissenschaft der DDR wird es künftig notwendig sein, auf der Grundlage des historischen Materialismus und echter humanistischer Gesinnung die Rolle der Hanse, ihrer Kaufleute und Städte bei der Herausbildung der Elemente der deutschen Nation durch eingehende Forschungen darzustellen.

ERICH DONNERT/WOLFGANG KÜTTLER

Autorenverzeichnis

- Donnert, Erich*, Dr. phil. habil., Dozent, Leiter der Arbeitsgruppe Geschichte der slawischen Völker am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Kubitschek, Helmut*, Dr. rer. oec., Dozent (m. d. W. b.) am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen*, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Küttler, Wolfgang*, Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abt. für Geschichte der UdSSR am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Nussbaum, Manfred*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Puchert, Berthold*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Radandt, Hans*, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Richter, Siegfried*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Sonnemann, Rolf*, Dr. rer. oec., Dozent (m. d. W. b.) am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Strauß, Rudolph*, Archivar im Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt.
- Widera, Bruno*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Arbeitsgruppe Geschichte der slawischen Völker am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

„GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER“

Bisher sind erschienen:

BAND 1, 2 und 3, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1900 geben. Ferner sind als „Studien- und Dokumentenbände“ zu BAND 1–7 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16 und 18. BAND 11, 12 und 15 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1945, BAND 14 und 16 eine Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, BAND 18 eine Geschichte der Lage der Arbeiterinnen.

Beim Verlag befinden sich als Manuskript:

BAND 4, der die Geschichte der deutschen Gesellschaft in den Jahren 1900 bis 1917/18 behandelt,
BAND 5, der die Jahre der Weimarer Republik darstellt,
BAND 6, der die Jahre des Faschismus analysiert,
BAND 17, der Studien und Dokumente zu Band 6 und 7 bringt.

In Bearbeitung befinden sich:

BAND 1 und 2 der Geschichte der Lage der Arbeiter in England.